

Exklusion|Inklusion – Transkulturalität im Raum

Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 37, 2020

Umschlagabbildung:

Janine Cordts, Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Siedlungsforschung

Archäologie – Geschichte – Geographie 37, 2020

Die 45. Jahrestagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V., fand vom 19.–22. September 2018 in Kiel unter dem Titel »*Exklusion|Inklusion – Transkulturalität im Raum*« statt.

Exklusion|Inklusion – Transkulturalität im Raum

Herausgegeben
von

Thomas Meier, Ulrich Müller
und Winfried Schenk

Arbeitskreis
für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa
ARKUM e.V.

Mit Beiträgen der Jahrestagung 2018 in Kiel

SELBSTVERLAG ARKUM e.V. BONN 2020

HERAUSGEBER

Für den Themenschwerpunkt:

Prof. Dr. Thomas Meier: Institut für Ur- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg – Sandgasse 7, D-69117 Heidelberg. E-Mail: thomas.meier@zaw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Ulrich Müller: Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel – Johann Mestorf-Straße 2–6, D-24118 Kiel. E-Mail: umueller@ufg.uni-kiel.de

Für die Zeitschrift Siedlungsforschung:

Prof. Dr. Winfried Schenk: Geographisches Institut der Universität Bonn, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D-53115 Bonn. E-Mail: winfried.schenk@giub.uni-bonn.de

REDAKTION

Drs. Peter Burggraaff: Am Mühlenberg 6, D-53539 Kelberg. E-Mail: peter.burggraaff@t-online.de

Mit Unterstützung von *Dr. Klaus-Dieter Kleefeld:* LVR-Abteilung Digitales Kulturerbe – Gürzenich-Quartier, Augustinerstraße 10–12, D-50667 Köln. E-Mail: klaus-dieter.kleefeld@lvr.de

Für die Mitglieder des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. ist der Bezugspreis im Jahresbeitrag enthalten (Anmeldungen an die Geschäftsstelle: Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn).

Der Nachdruck von Beiträgen ohne Genehmigung von ARKUM e.V. ist auch bei Quellenangabe nicht gestattet. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung bleiben vorbehalten. Der Bezug erfolgt unmittelbar bei der Geschäftsstelle (% Geographisches Institut der Universität Bonn, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D-53115 Bonn, Tel.: 02 28 / 73 58 71) oder über den Buchhandel.

Herstellung: Mignon-Verlag Peter Hartmann, Winzerstr. 61,
53129 Bonn. E-Mail: peter.hartmann@mignon-verlag.de

Druck: Linsen Druckcenter GmbH, Siemensstrasse 12–14, 47533 Kleve

ISSN: 0175–0046

INHALT

Exklusion|Inklusion – Transkulturalität im Raum

Timo Felber

Grußwort des Dekans der Philosophischen Fakultät der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 9

Ulrich Müller und Thomas Meier

Inklusion|Exklusion – Transkulturalität im Raum
Zur Einführung 13
Mit 6 Abbildungen
Summary

Oliver Nakoinz und Daniel Knitter

Modelle der Transkulturalität 43
Mit 10 Abbildungen
Summary

David Schnur

Vom Quartier zur Gasse
Das spätmittelalterliche Judenviertel in Frankfurt a.M.
im Spiegel von Inklusion und Exklusion 63
Mit 2 Abbildungen
Summary

Jürgen Heyde

Räume aushandeln
Armenisch und Bürgerlich im spätmittelalterlichen Lemberg 87
Mit 1 Abbildung
Summary

Thomas Schader

Missionare in der Warteschleife
Einblicke in die Lebenswelt deutschsprachiger Überseekandidaten
in den andalusischen *Hospicios de Indias*, 1660–1760 101
Mit 2 Abbildungen und 1 Tabelle
Summary

Martin Krieger

- Die Heide- und Moorkolonisation auf der Kimbrischen Halbinsel
in der Mitte des 18. Jahrhunderts 119
Mit 1 Abbildung
Summary

Ellinor Forster

- Hürden der Transkulturalität?
Die Strukturierung des neuen schlesischen Grenzraums
mittels Inklusions- und Exklusionsprozessen, 1742–1770 129
Mit 2 Abbildungen
Summary

Markus Zbroschzyk

- Transkulturelle Räume in der Frühen Neuzeit
Ländliche Kolonisationspolitik preußischer Herrscher 145
Mit 3 Abbildungen
Summary

Patrick Reitinger

- Transkulturelle Raumkonstrukteure
Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in
der Tschechoslowakischen Republik 187
Summary

Rolf Peter Tanner

- Transkulturalität im romanisch-deutsch-italienischen
Durchdringungsraum zwischen Gotthard und Dolomiten
vom Frühmittelalter bis heute 201
Mit 16 Abbildungen
Summary

David Fuchs und Jan Peter Kosok

- Materielles Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung
Migration, Interpretation und Transformation 225
Mit 5 Abbildungen und 1 Tabelle
Summary

Alina Strzempa

- Gemeinschaft, Raum, Diskurse und Kulturtexte: Das oberschlesische
regionale ›Andersmachen‹ im polnischen nationalen Kontext
Inklusion, Exklusion und Transkulturalität 245
Mit 6 Abbildungen
Summary

Oliver Auge

Eine Stadt in Bewegung

Zur Migrationsgeschichte Kiels vom Mittelalter bis zur Gegenwart 269

Mit 9 Abbildungen

Summary

Anschriften der Autoren, Herausgeber und

Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises 291

Contents 293

Timo Felber

Grußwort des Dekans der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel¹

Lieber Ulrich, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Philosophische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität fühlt sich sehr geehrt, dass der »Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa« seine 45. Jahrestagung hier in Kiel abhält und sich einem Thema in seiner historischen Tiefendimension, Differenziertheit und Vielfältigkeit widmet, das aktueller kaum sein könnte. Und dies nicht nur im Hinblick auf die wahrnehmbaren Schwierigkeiten der europäischen, amerikanischen und auch ozeanischen Staatengemeinschaften, die gegenwärtigen Formen der Migration, die vornehmlich durch Flucht aufgrund von Kriegen, politisch-weltanschaulicher Verfolgung und sozialer Armut, aber auch durch Einwanderung in der Hoffnung auf Partizipation am Wohlstand ökonomisch prosperierender Gesellschaften begründet sind, politisch und emotional zu bewältigen. Sondern auch im Hinblick auf die mit der zunehmenden Mobilität von Menschen in einer globalisierten Welt im Zusammenhang stehende Re-Nationalisierung Europas, die dem Konzept der Transkulturalität mit seinen Vorstellungen einer Pluralität, Hybridität und Dynamik von Kulturen statische, auf eine lange Tradition gründende, einheitliche Kollektividentitäten gegenüberstellt. Wenn Sie auf Ihrer Tagung in den nächsten Tagen nun nach den konkreten räumlichen Manifestationen von transkulturellen Exklusions-, Inklusions- und Verschmelzungsprozessen in der Vergangenheit des europäischen Kontinents fragen – wo auch immer diese stattfinden mögen: in deutsch-romanischen Kontaktzonen des Dolomiten-/Alpenraums, in deutsch-slawischen Kontaktzonen im ottonischen Ostfranken, im christlich-jüdischen städtischen Begegnungsraum usw. –, dann setzen Sie der gegenwärtig in weiten Teilen der europäischen Gesellschaften erstarkenden Phrase von den nationalen Einheitskulturen in toto ein differenziertes Bild von den Abgrenzungen, Austauschprozessen und Vereinnahmungen im historischen Prozess entgegen. Auch dafür sei Ihnen an dieser Stelle Dank geschuldet.

1 Grußwort des Dekans auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018).

Wissenschaft ist niemals unpolitisch. Bei ihrer Gründung im Jahr 1665 gab sich die CAU das Motto »*Pax Optima Rerum: Der Friede ist das höchste aller Güter*«. Diese Maxime ist über 350 Jahre danach nach wie vor aktuell. Gemäß diesem Leitgedanken möchte die Universität zu einer friedlichen, gerechten Welt beitragen, in der alle Menschen auskömmlich und in pluralistischer Freiheit leben können. Dieser Leitgedanke kann heutzutage ebenso wie in vergangenen Zeiten nur in Räumen gedeihen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Religionen, Kulturen und ganz allgemein unterschiedlichen Gruppenidentitäten zusammenleben sowie sich in ihrem Anderssein akzeptieren. Dem Konzept der Transkulturalität, das Ihrer Tagung zugrunde liegt, ist der Gedanke der Friedensbewahrung m.E. normativ inhärent. Ihre Tagung steht folglich in der Tradition unserer universitären Maxime. Dies tun jene nationalistischen Bewegungen und ihre Repräsentanten – die *Trumps, Wilders, Le Pens, Orbans, Straches, Salvinis, Kaczynskis* und *Gaulands* – nicht, die im Kern darauf zielen, kulturelle und politische Pluralität zu beseitigen und zur Durchsetzung ihrer demokratiefeindlichen Ziele auf die friedenszerstörende Spaltung unserer Gesellschaft setzen.

Ich stehe aber nicht nur als Dekan der Philosophischen Fakultät und homo politicus vor Ihnen, sondern auch als germanistischer Mediävist. Und so möchte ich Ihnen abschließend eine Szene aus einem mittelalterlichen Roman vorstellen, der um 1205 entstanden ist und in dem die Emergenz neuer Identitäten durch den Kontakt von Vertretern unterschiedlicher Kulturen als bereichernd und alternativlos für das friedliche Zusammenleben der Menschen vorgestellt wird: Es handelt sich um den »*Parzival*« *Wolframs von Eschenbach*. Gegen Ende des Romans trifft der Titelheld allein umherreitend im Wald auf einen herrlich geschmückten Ritter. Bei diesem handelt es sich um einen mächtigen muslimischen König, der eine Flotte von Schiffen vor die Küste Frankreichs geführt hat. Der König ist zum Vergnügen alleine ausgeritten. Ohne ein Wort miteinander zu wechseln, stürzen sich beide Ritter in den Kampf, der damit endet, dass *Parzivals* Schwert zerbricht. Großmütig wirft auch der Muslim sein Schwert weg und nennt seinen Namen: *Feirefiz*. Er ist mit großem Gefolge nach Europa gekommen, um seinen christlichen Vater *Gahmuret* zu suchen, der noch vor seiner Geburt seine königliche Mutter sitzen gelassen hat. *Gahmuret* ist aber zugleich der Vater *Parzivals*. Die beiden sind also Halbbrüder.

Wie ist der Zweikampf der Brüder, der letzte Kampf in diesem Roman, zu verstehen? Ich zitiere Wolfram in neuhochdeutscher Übersetzung: »*Jeder der beiden Männer trug das Herz des Anderen in der Brust: Dass sie sich fremd waren, war merkwürdig. Also ich kann diesen Muslim nicht von diesem Christen unterscheiden.*« Und weiter: »*Nun ist das Geschehen bis zu einem Punkt gelangt, da ich nicht länger schweigen kann; ich muss ihren Zweikampf von Herzen beklagen, denn es waren zwei Männer von gleichem Fleisch und Blut. Beide waren doch die Kinder des gleichen Mannes.*« Und weiter: »*Im Grunde waren sie nämlich eins und untrennbar: Mein Bruder und ich sind nämlich ein Fleisch wie ein Mann und seine Frau.*«. Vor diesem Hintergrund, dass ein Kampf gegen den Bruder ein Kampf gegen sich selbst ist, macht das Kämpfen keinen Sinn mehr – wie der Autor betont:

»Wer immer hier den Sieg erringt, hat alle Freuden dieser Welt verloren und ewiges Leid gewonnen.«

In dieser Begegnung findet *Parzivals* Lebensweg vor der Erhebung zum Gralskönig seinen Abschluss. *Parzival* hat bis dahin eine Welt durchwandert, in der er ständig ihm unbekanntem Verwandten begegnet ist. »Die Erde ist so groß, wie konnte es nur passieren, dass ausgerechnet sie – *Parzival* und *Feirefiz* – aufeinandertrafen?« fragt der Erzähler. Die Antwort, die der Roman gibt: Wir Erdenbürger sind alle miteinander verwandt. Seit *Adam* und *Eva*. Wir alle entstammen demselben Menschengeschlecht. Daher kann Gewalt nie eine Lösung sein, weil wir uns mit dieser nur selber treffen und Gottes Schöpfung besudeln. *Wolfram* legt ein transkulturelles und interreligiöses Bekenntnis ab: Der Christ hat im Muslim ein Stück seiner eigenen Identität gefunden. Beide Vertreter der Weltreligionen stammen von demselben Vater ab. Sie lassen sich im Grunde nicht unterscheiden. Hier scheint eine Botschaft der Toleranz und Akzeptanz auf, die für viele Menschen in unserer ach so aufgeklärten Moderne ihre Selbstverständlichkeit leider längst verloren hat.

Ich wünsche Ihnen im Begegnungsraum Ihrer Jahrestagung informative Vorträge, kontroverse sowie lebhaft Diskussionen und das Wissen, dass Ihre Tagung an dieser Universität und Fakultät bestens aufgehoben ist.

Herzlichen Dank!

Ulrich Müller und Thomas Meier

Inklusion|Exklusion – Transkulturalität im Raum

Zur Einführung¹

Mit 6 Abbildungen

Tagungen und Publikationen zu Inklusion, Exklusion und Transkulturalität haben, sicherlich auch politisch bedingt, Hochkonjunktur.² Aufgrund dieser Aktualität hat sich auch der Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa e.V. (ARKUM) entschlossen, seine 45. Jahrestagung 2018 in Kiel unter dieses Thema zu stellen. Allerdings sollte es nicht darum gehen, in einer weiteren Tagung und Publikation die letzten Raffineszen des ursprünglich von *Fernando Ortiz* und dann von *Mary Louise Pratt* und *Wolfgang Welsch* ausformulierten Paradigmas der Transkulturalität auszuloten oder eine weitere disparate Sammlung von In-/Exklusionsbeispielen bzw. mehr oder minder gelungener transkultureller Vorgänge zusammenzustellen.³ Das Ziel war es, Transkulturalität als zu erklärendes und erklärendes Phänomen in diachroner und aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven zu sichten. Darüber hinaus sollte es aber auch darum gehen, sowohl aus dem (kartesisch) geographischen als auch sozial-kulturell konstruierten Raum heraus inkludierende, exkludierende und transdifferente Praktiken zu beleuchten. Das mag auf den ersten Blick erstaunen, denn das Konzept Transkulturalität ist bereits in seiner Etymologie raumwirksam. Kontakt, Interaktion, Austausch oder Mischung sind an Räume gebundene Begriffe, und will man sie nicht als Metaphern verstehen, sind diese Räume abseits des spatial turn vor allem geografisch-kartesisch zu denken.

Ähnliches gilt auch für die Einbeziehung von Dingen im engeren und im weiteren Sinn. Der material turn oder der new materialism haben den Blick auf die »Handlungsmacht der Dinge« gelenkt.⁴ Materialitäten sind nun weder ein unkon-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

2 So erbringt allein ein Blick in die historisch orientierte Internetplattform HSozKult (www.hsozkult.de) seit 1996 etwa 650 Rezensionen und 950 Tagungsberichte, die sich mit Aspekten von Transkulturalität, Exklusion und Inklusion beschäftigen [Stand 24. September 2018].

3 *Ortiz* 1940; *Taylor* 1991; *Pratt* 1992. Vgl. *Abu-Er-Rub et al.* 2019b, S. xxiv–xxvi.

4 Kritisch hierzu *Keupp* 2017.

trollierbarer Rest einer vordiskursiven Welt oder Rohmaterialien für Diskurse, sondern ein nicht wegzudenkender Teilbereich sozialer Wirklichkeit. Materielles und Symbolisches sind miteinander verwoben, was auch zur Bezeichnung »*relationale Ontologien*« geführt hat.⁵ Ohne an dieser Stelle auf die differenzierte Diskussion über Objekte, Gegenstände oder Dinge einzugehen, sei festgehalten, dass dieser Blick auf die Dinge auch stets den Blick auf deren relationale Entität beinhaltet und das Wissen um die Verschränktheit von Praktiken, Orten und Materialitäten derzeit state-of-the-art ist.

Daher wollen wir zunächst einen kurzen Überblick über die Konzeptionalisierung von Transkulturalität sowie Inklusion und Exklusion geben und diese dann vor dem Hintergrund des Konzeptes der Assemblagen fruchtbar machen. Alle diese Konzepte gehören zu Theorieangeboten poststrukturalistischer Ansätze, die nicht nach allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten suchen, sondern nach Bedeutungszuschreibungen fragen, aufgrund derer gesellschaftliche (De-)Stabilisierungen erfolgen. Zwar ist die Gegenwart Fluchtpunkt aller historischen Narrative, aber die Übertragung dieser analytischen Zugriffe in die Vergangenheit bedeutet doch eine erhebliche konzeptionelle Herausforderung: Scheinbar am einfachsten haben es hier die Historik**s*, denn Schriftquellen sprechen oft explizit von Fremdheit, ihrer Aneignung oder Ablehnung, und über die Zeit lässt sich beobachten, wie Fremdes mit Eigenem verschmolzen oder wie Fremdheit von Eigenem konstruiert wurde. Doch die disziplinäre Fokussierung der Historik**s* auf Schriftquellen lässt andere Quellen und Erfahrungskategorien von Eigenem und Fremdem, so insbesondere Dinge und ihre räumlichen Anordnungen, aus dem Blick geraten, und auch wo Historik**s* zuletzt die »*Sachlichkeit*« in den Blick genommen haben,⁶ war es zumeist ein Sprechen über Texte, die über Dinge sprechen, also eine Beobachtung des Diskurses über Dinge und nicht eine Analyse des Diskurses der Dinge selbst, nicht einmal der Dinge als Dispositive von Diskursen. Hier kommen Archäologie und (Historische) Geographie ins Spiel, deren Quellen die Dinge und ihre räumlichen Anordnungen sind – freilich nicht in fixierten Settings, sondern in stets neu auszuhandelnden Assemblagen. Es ist das Anliegen vieler Beiträge dieses Bandes, diese sehr theoretischen Überlegungen mit dem Leben konkreter Untersuchungen zu füllen und zu testen, inwieweit die Konzepte von Transkulturalität, Ex- und Inklusion nicht nur theoretisch, sondern auch in der praktischen, raumorientierten Forschung historisierbar sind.

Konzepte

»Die Begriffe ›Transkulturalität‹ und ›transkulturell‹ bezeichnen intensive kulturelle Mischungen, richten den Blick auf den Zustand der Verwobenheit unterschiedlicher kultureller Traditionen im sozialen Raum und heben damit ab auf gesellschaftliche Verhältnisse, Situationen, Prozesse, Praktiken und Artefakte von

⁵ Heywood 2017.

⁶ Zum Beispiel Keupp u. Schmitz-Esser 2015.

großer Komplexität.«⁷ Die anglophone Forschung interessiert sich vor allem für die globalen kulturellen Austauschprozesse (cultural flows), die zur Formierung transkultureller Gesellschaften führen, während die deutschsprachige Forschung stärker auf konkrete Gesellschaften fokussiert und die in ihnen wirksamen transkulturellen Prozesse untersucht. Transkulturalität gehört damit zu jenen Konzeptionalisierungen, die auf kulturelle Interaktionsformen blicken. Hierzu gehören auch Akkulturation, Inter- und Multikulturalität, Hybridisierung und Kreolisierung oder entanglement.

Transkulturalität wird insbesondere in der deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft mit den 1992 formulierten Konzepten von *Wolfgang Welsch* verknüpft.⁸ Sein Entwurf hat die kulturwissenschaftlichen Diskussionen und Diskurse über zwanzig Jahre lang nachhaltig geprägt, löste es doch »als kulturwissenschaftliches Paradigma [...] sowohl das Konzept der Interkulturalität als auch die Prämissen der ›Post Colonial Studies‹ der 1990er Jahre ab.«⁹ Transkulturalität wurde nicht nur zu einem Schlüsselbegriff in der Philosophie, den Literatur- sowie den Kultur- und Sozialwissenschaften, sondern auch zu einem kulturpolitisch kontrovers diskutierten Begriff.

Das Interagieren von Kulturen und die Unzufriedenheit mit den seinerzeit in der deutschen Gesellschaft heiß diskutierten Begriffen »Interkulturalität« und »Multikulturalität« führten den Philosophen *Welsch* dazu, dass seit längerem bestehende Konzept der Transkulturalität einer neuerlichen Analyse und Schärfung zu unterziehen. Nach *Welsch* beruht Transkulturalität im Kern auf einem nicht-essentialistischen Kulturkonzept, das klar abgrenzbare kulturelle Entitäten verneint und anstelle dessen mit Begriffen wie »Multikollektivität«, »Durchdringung«, »Multivokalität« usw. das Relationale, Fließende und Verschmelzende kultureller Prozesse herausstellt. *Welsch* betonte seinerzeit: »Kulturen haben de facto längst nicht mehr die Form der Homogenität und Separiertheit, sondern [sind] bis in ihren Kern hinein durch Mischung und Durchdringung gekennzeichnet.«¹⁰ Der Philosoph vertritt u.a. die Thesen, dass (1) gegenwärtige Kulturen nicht mehr einzelkulturell, sondern transkulturell verfasst sind, und (2) Transkulturalität nicht nur auf der Makroebene der Kulturen, sondern gleichermaßen bis in die Struktur der individuellen Identität hineinwirkt.

Das *Welsche* Konzept der Transkulturalität ist bereits früh einer kritischen Bewertung unterzogen worden. So fiel mitunter *Welschs* Sprachwahl auf, wenn er von »Mischlingen«¹¹ sprach oder »sogenannte primitive, mythologisch geprägte oder residuale Kulturen«¹² benannte.¹³ Weiterhin wurde daraufhin hingewiesen, dass das Konzept zwar mit den *Herderschen* Kugelkulturen bricht, aber im Kern

7 *Christ et al.* 2016, S. 72f.

8 *Welsch* 1992: *Welsch* 2017.

9 *Kimmich u. Schahadat* 2012, S. 7.

10 *Welsch* 1997, S. 4.

11 *Welsch* 1994, S. 97.

12 *Welsch* 1994, S. 108.

13 *Blum-Barth* 2016, S. 114.

trotzdem kulturbezogen bleibt.¹⁴ Zudem ist die Engführung des essentialistischen Kulturbegriffs, gegen den sich Transkulturalität abgrenzt, problematisch, denn *Welsch* ignoriert in seiner Kritik nicht-essentialistische Kulturbegriffe und Kulturtheorien, die aus den post-colonial-studies erwachsen sind (so durch *Homi K. Bhabha* oder *Edward Said*), ebenso wie die Rekonzeptionalisierungen von »Interkulturalität« oder »Multikulturalität«. Auch wurde dem Konzept vorgeworfen, (post)-kapitalistische Herrschafts- und Machtverhältnisse eher zu verschleiern als zu thematisieren und damit einer globalen Integration auf der Grundlage westlicher »ökonomischer-kapitalistischer Interessen« das Wort zu reden.¹⁵ Hegemonial- und Machtstrukturen moderner und globaler Gesellschaften mit top down-Prozessen wie Amtssprachen, religiösen Zuweisungen, Grenzziehungen oder baulichen Arrangements werden ignoriert und Fragen nach den (Re)-Produktionen von Macht und sozialer Ungleichheit als auch die Differenzkategorien treten bisweilen in den Hintergrund.

Ein weiter Kritikpunkt war der Umgang mit Differenzen, denn diese »werden zwar en passant gebilligt und anerkannt, sollen jedoch als ›folkloristischer‹ Schein und ja nicht wiederum als originäre Pole, d.h. als gesonderte bis inkommensurable Kulturidentitäten, im transkulturellen Kulturspiel erscheinen.¹⁶ Anders ausgedrückt: »Was ist mit jenen Menschen, die nicht zu transkulturellen Transformationsleistungen befähigt sind, keine ›Transkulturalitätskompetenz‹ haben und keine transkulturellen Identitäten ausbilden (können)?«¹⁷ – oder wollen.

Offen blieb zunächst auch, wie stark sich das auf (post)-moderne Gesellschaften ausgerichtete Konzept historisieren lässt bzw. Transkulturalität eine Erscheinung nicht-(post)moderner Epochen ist. Zwar hatte *Welsch* auf vormoderne transkulturelle Erfahrungen hingewiesen,¹⁸ die trotz (oder gerade) »in den differenzbetonten Jahrtausenden davor«¹⁹ existierten, doch bleibt die Frage nach transkulturellen Prozessen in nicht-modernen Gesellschaften in seinem Konzept sehr vage. Die Frage nach der Übertragbarkeit bzw. Anwendbarkeit des transkulturellen Konzeptes auf historische, insbesondere nicht-moderne Epochen hat sowohl eine zeitliche als auch räumliche Dimension und betrifft einerseits das Thema des Vergleichs oder der Analogie,²⁰ andererseits aber auch die Rekonzeptionalisierung des transkulturellen Modells. So stellte *Kramer* heraus, dass »die meisten vormodernen Gesellschaften und Gebietskörperschaften [...] multikulturell und multiethnisch [waren]. Erst der bürgerliche Nationalstaat setzte Homogenität auf die Tagesordnung.«²¹ So steht der Verdacht im Raum, transkulturelle Gesellschaften seien gerade kein Alleinstellungsmerkmal der Postmoderne, son-

14 *Blum-Barth* 2016, S. 116; 120–122.

15 *Griese* 2006, S. 22.

16 *Drechsel* 1999, S. 186.

17 *Griese* 2006, S. 22.

18 *Welsch* 1997, S. 7.

19 *Welsch* 2012, S. 38.

20 *Becher* 2018, S. 18ff.

21 *Kramer* 1996, S. 14.

dern historisch betrachtet eher der Normalfall, der nur nach den nationalstaatlichen Abenteuern der Moderne als neu wahrgenommen wird.

Gleichermaßen unbestimmt bleibt auch das Verhältnis von »Hybridität« und »Transkulturalität«. Aus der Biologie stammend, wurde Hybridität bereits im 20. Jahrhundert immer wieder in der kulturhistorischen und kulturwissenschaftlichen Diskussion verwandt bis der Begriff im Zuge der post-colonial studies und durch *Bhabha* einen neuerlichen und bis heute wirkmächtigen theoretischen Ansatz erfahren hat.²² Spätestens mit der Loslösung von den Feldern der *post-colonial studies* und einem Kulturbegriff, der Kulturen immer als Interaktionsräume von Menschen, Ideen, Konzepten, Praktiken, Objekten, Bildern und vielen mehr ansieht, hat Hybridität neue Interpretationen und Refunktionalisierungen erfahren.²³

Weitere Aspekte ließen sich nennen, doch kann man rückblickend zweierlei feststellen. Zum einen hat die Diskussion um »Transkulturalität« nicht nur eine Auseinandersetzung mit »Interkulturalität«, »Multikulturalität« und »Hybridität« befördert, sondern auch zu ihren Rekonzeptionalisierungen beigetragen. Zugleich bewirkten die Diskussionen auch die »Einführung« neuer Begriffe und Konzepte wie »Hyperkulturalität« oder »Transdifferenz«.²⁴ Damit einhergehend wurden und werden die Grenzen fließender, die Konzepte oftmals auch »schwammiger«. Dies ist ein Ausdruck fachinterner und fachübergreifender diskursiver und damit transdisziplinärer(!) Prozesse. Es bildet darüber hinaus die zunehmende wechselseitige Durchdringung von wissenschaftlichen und außer-wissenschaftlichen Diskursen ab, die es eben erlaubt, bestehende Theorien zu modifizieren oder auszuweiten. Zusammen mit dem neuerlichen Aufstieg der Globalgeschichte insbesondere im deutschen Sprachraum hat dies dazu geführt, das Konzept der Transkulturalität nicht mehr ausschließlich auf *Welsch* zu reduzieren und auf die (Post)-Moderne zu beschränken, sondern als einen »multi-sided approach«.²⁵

»Eine transkulturelle Geschichtsforschung versteht in diesem Sinne die neue Begrifflichkeit nicht nur als kategoriale Benennung, sondern insbesondere als Anregung, ihre Untersuchungsobjekte neu zu konstituieren, dynamische Beziehungsgeflechte und prozessuale Veränderungen in den Blick zu nehmen, anstatt vornehmlich nach Übertragungen zwischen zwei oder mehreren autonom definierten Einheiten zu suchen.«²⁶ Daher wurden auch Konzepte wie das der »Transkulturalität« von (nichtmodernen) Historik**s* rezipiert und erweitert bzw. nichtmodernen Begebenheiten angepasst.²⁷ Hierzu gehört, das dichotomische Bild traditioneller und angeblich nicht-transkultureller Gesellschaften auf der einen Seite und (post)moderner und transkultureller Gesellschaften auf der anderen im Sinne

22 *Bhabha* 1994. Vgl. *Ackermann* 2012.

23 *Christ et al.* 2016; *Michaels* 2019.

24 *Griese* 2006; *Lösch* 2005.

25 So *Abu-Er-Rub et al.* 2019b, S. xxvi–xxx.

26 *Christ et al.* 2016, S. 77.

27 Siehe z.B. *Christ et al.* 2016; *Becher, Conermann u. Dohmen* 2018; *Abu-Er-Rub et al.* 2019a; *Freist et al.* 2019. Eine Einführung bietet *Conermann* 2017.

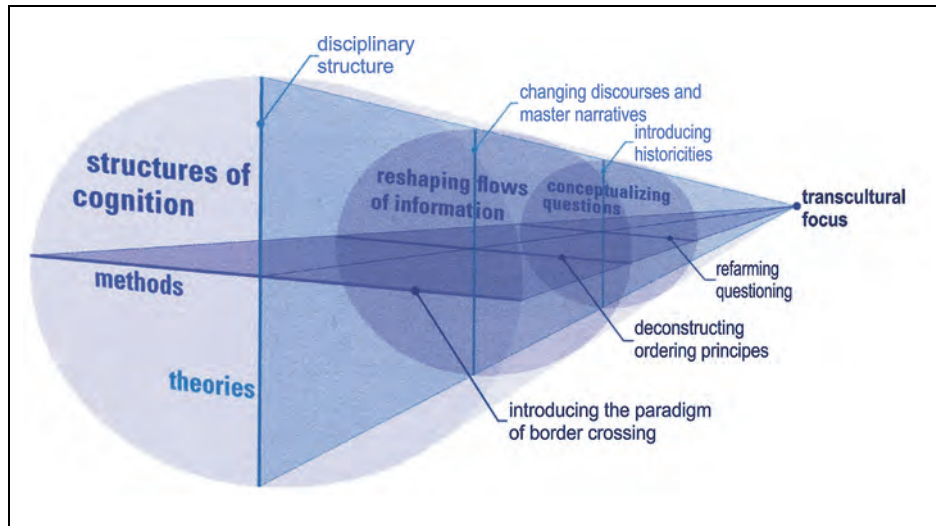


Abb. 1: "Transcultural aspects of history"
 Nach: Herren, Rüesch u. Sibille 2012

eines prozesshaften Zugriffs aufzulösen und »in der historischen Analyse Transkulturalität, Interkulturalität und Multikulturalität durchaus als kategoriale Begriffe für unterschiedliche historische Ausprägungen kulturellen Kontakts und Austausches zu verwenden.«²⁸ Die gegenwärtige Forschung versteht Transkulturalität nicht nur als einen theoretischen Zugriff auf historische Konstellationen, sondern fragt auch nach dem Transkulturellen in historischen Konstellationen. Dies kommt in den vorliegenden Beiträgen immer wieder zur Sprache. Zwei weitere Aspekte transkultureller Forschung werden hier indes nicht erfüllt, da sie auch nicht im Fokus der Tagung standen: der explizite *longue-durée* Zugriff und die Berücksichtigung einer nicht-westlichen Perspektive.

Ein besonderes Augenmerk, und dies ist das zweite spezifische Anliegen dieses Bandes, richtet sich auf die (räumliche) Dimension von In- und Exklusion. Beides sind Begriffe, die vor allem seit den 1990er Jahren zur kritischen Selbstbeschreibung westlicher Gesellschaften dienen und heute mit weiteren Konzepten wie »empowerment« oder »Partizipation«, aber auch »Diversität« und »Marginalisierung« die öffentlichen Diskurse nachhaltig bestimmen. Im Kern geht es um den Ausschluss und die Zugehörigkeit von Einzelnen und Gruppen. Inklusion meint, dass alle Menschen unabhängig von den Kriterien und Eigenschaften, die sie unterscheiden, möglichst umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Exklusion hingegen bezeichnet den gesellschaftlichen Ausschluss von der Teilhabe, heute meist mit Blick auf ökonomische Verhältnisse; grundsätzlich orien-

²⁸ Christ et al. 2016, S. 75.

tiert sich der Exklusionsbegriff aber primär am Ergebnis und richtet erst sekundär den Blick auf die Mechanismen und Felder des Ausschlusses.²⁹ Ins Positive gewendet, impliziert der Befund der Exklusion stets die sozialkritische Frage, welche sozio-ökonomischen Praktiken und Konstellationen vermieden oder aufgehoben werden sollten, um diese Exklusion zu vermeiden. Diese dichotomische Zuspitzung gestaltet sich aber aus kulturwissenschaftlicher Perspektive weitaus komplexer, denn Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit, Teilhabe und Ausschluss sind strukturellen wie semantischen Veränderungen unterworfen und reflektieren beispielsweise sowohl Fremd- als auch Selbstselektionen. In historischer Perspektive geht es zudem um eine Analyse, die nach den Bedingungen von Zugehörigkeiten und Nicht-Zugehörigkeiten fragt und diese auch einer diachronen Sichtung unterzieht. Der Trierer Sonderforschungsbereich »*Fremdheit und Armut*« (2002–2012) hat sich des Themas Inklusion|Exklusion nicht nur in vielfältigen Teilprojekten angenommen, sondern versucht, einen (system-)theoretischen Rahmen zu entwickeln, der diachrone Zugänge und Analysen ermöglichen soll.³⁰ Sicherlich auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Diskussion um transidentitäre und nicht-binäre Identitäten stellte sich zunehmend die Frage nach der Temporalität von Differenzen. Anstelle multipler Dichotomien sollte der Blick auf ein multiples Sowohl-als-Auch gerichtet werden. Dies findet sich wieder im Konzept der Transdifferenz, das vor allem von den beiden Amerikanisten *Helmbrecht Breinig* und *Klaus Losch* formuliert wurde. Gemeint ist ein Blick, der über Dichotomien hinaus ein Sowohl-als-Auch zulässt. Das »*Denken der Transdifferenz erfordert [...] die Fähigkeit, Ungewissheit, Zweifel und Unentscheidbarkeit auszuhalten, das Inkommensurable zu ertragen, ohne dem Drang nachzugeben, Transdifferenz in binäre Differenzen aufzulösen.*«³¹ Damit benennt Transdifferenz im Gegensatz zur Intersektionalität das Ambivalente, benennt Momente in denen das »*Individuum die Erfahrung einander widersprechender und sich wechselseitig ausschließender Inklusions- und Exklusionslogiken macht*«. ³² Je nach Verwendung bewegt es sich an der Grenze zwischen essentialistischer Abgrenzung und transkultureller Auflösung, denn »*Transdifferenz hält im Gegensatz zu Wolfgang Welschs Transkulturalitätsbegriff an den sozialen Differenzen fest, räumt jedoch die Möglichkeit ein, diese Grenzziehungen zumindest temporär überwinden zu können.*«³³ Seit der »Einführung« des Konzepts ist es auch Revisionen und Refunktionalisierungen unterworfen worden. So firmiert Transdifferenz inzwischen zu einem Oberbegriff für Überschneidungs- und Überlappungsphänomene, die seinerzeit durch Konzepte wie Hybridität oder Kreolisierung usw. analysiert worden sind. Der Fokus all dieser Konzepte auf Austausch, Interaktion und Überschneidung favorisiert stets das Bild inklusorischer Gesellschaften und diskriminiert gegen die Wahrnehmung von Exklusion, Ab-

29 *Kronauer* 2002; *Böhnke* 2006.

30 *Uerlings u. Patrut* 2013.

31 *Lösch* 2005, S. 28.

32 *Kalscheuer* 2007, S. 13. Vgl. *Lutz* 2010.

33 *Millner u. Teller* 2018, S. 13.

und Ausgrenzung, die damit Gefahr laufen, weiterhin unsichtbar oder doch schlecht sichtbar zu bleiben. Die Narrative, die diese Konzepte erzeugen, laufen daher latent die Gefahr einer sozialromantischen Perspektive, welche die inklusorische Selbstwahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft stützt und gerade dadurch ihre exklusorischen Wirkungen affirmiert.

Transkulturelle Assemblagen

Transkulturalität im Sinne der oben genannten »dynamische[n] Beziehungsgeflechte« und mit Blick auf »prozessuale Veränderungen« soll im Folgenden aus einer auf den ersten Blick ungewöhnlichen Perspektive in den Blick genommen werden. Es geht um Grenzen als Beispiele für Assemblagen (»agencements«)³⁴ – ein Thema, dessen sich vor allem die moderne Grenzforschung angenommen hat.³⁵

Grenzen als ein Thema der archäologischen, historischen und geographischen Forschung sind nicht neu.³⁶ Sie sind gleichsam ein Klassiker, an denen sich nicht zuletzt auch Konjunkturen wissenschaftlicher Konzepte aufzeigen lassen. Auf der einen Seite werden sie mit dichotomischen Konzepten wie Innen/Außen oder Ein-/Ausschluss belegt, zugleich laden Grenzen aber auch zu Grenzüberschreitungen ein. Sie bilden Interfaces beispielsweise zwischen benachbarten sozial-räumlichen Systemen, die zum Passieren, zur Überschreitung und dem Erfahren von Unbekanntheit einladen. Grenzen sind aber vor allem für die Transkulturalitätsdiskussion von Bedeutung, da sich anhand von Grenzziehungen und Grenzräumen paradigmatisch Konzepte, Strategien und Diskurse verhandeln lassen. Grenzen sind gleichermaßen offen und geschlossen und damit Teil der Praktiken der Differenzierung, des Schutzes und der Kontrolle, aber auch der Offenheit, Hybridisierung und des Erfindungsreichtums.³⁷

Das Konzept der Assemblagen wurde im Wesentlichen durch *Gilles Deleuze* und *Félix Guattari* formuliert und durch *Manuel DeLanda* ausgebaut.³⁸ Das Konzept (oder die Theorie) der Assemblagen ist in jene Ansätze und Konzepte einzureihen, welche die Dichotomie von Materie und Geist aufheben wollen. Ähnlich wie die Akteur-Netzwerk-Theorie *Bruno Latours* fokussiert die Assemblagen-Theorie auf das Zusammenspiel von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren.³⁹ Auch wenn sie vielfach als eine ahistorische Theorie angesehen wird, ist sie es auf der Objekt-Ebene keinesfalls: Jede Assemblage ist das Produkt vielfältiger, in Zeit und Raum ablaufender Prozesse und damit durch eine historische

34 Das engl. "Assemblage" oder dt. »Gefüge« ist die etablierte Übersetzung des französischen Wortes. Vgl. *Phillips* 2006.

35 *Sohn* 2016.

36 Vgl. hierzu *Schiffauer, Koch, Reckwitz, Schoor u. Krämer* 2018 mit Bezug auf Grenzforschung und Borderland Studies.

37 Vgl. allgemein *Robbins u. Marks* 2010.

38 *Deleuze u. Guattari* 1992 [1987]; *DeLanda* 2006; *DeLanda* 2011.

39 *Müller u. Schurr* 2016.

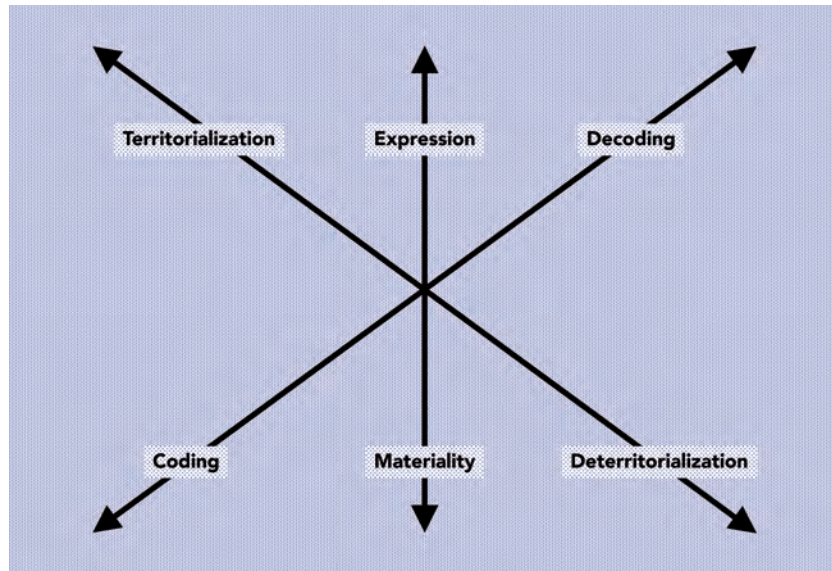


Abb. 2: Assemblagen
Nach: Sesay, Oh u. Ramirez 2016

Dimensionalität gekennzeichnet. So schreibt *DeLanda*, „*the identity of an assemblage should always be conceived as the product of a historical process*“.⁴⁰ Ob die Assemblagen-Theorie als analytisches Werkzeug ahistorisch im Sinn von zeitunabhängig eingesetzt werden kann, muss die Praxis erweisen. *Deleuze* und *Guattari* messen vor allem den Sprachakten als Ausdrucksform von Assemblagen große Bedeutung bei, doch ist die Theorie gerade in den materialorientierten Wissenschaften und insbesondere in den Archäologien inzwischen breit rezipiert worden.⁴¹ Auf den ersten Blick erstaunt dies, denn das Konzept stellt zwar die für die Archäologien wichtigen »Dinge« heraus, greift aber in seinen philosophischen Ansätzen weitaus tiefer. Der »Mehrwert« insbesondere für die Archäologie besteht unter anderem darin, dass scheinbar »stumme« archäologische Objekte als aktive Elemente agieren und diese Objekte nicht nur Funde, sondern sämtliche materiellen Strukturen (Häuser, Städte, Landschaften) umfassen können.

Als solche Gefüge verstehen *Deleuze* und *Guattari* das Ergebnis von Verknüpfungen, die in ihrem Zusammenwirken neue Eigenschaften und Fähigkeiten ausbilden. Dadurch werden soziomaterielle Wirklichkeiten stabilisiert oder destabilisiert. Die Assemblagen sind „[...] a multiplicity which is made up of heterogeneous terms and which establishes liaisons, relations between them, across ages,

⁴⁰ *DeLanda* 2011, S. 185.

⁴¹ Vgl. z.B. *Jervis* 2019; *Schreiber* 2018. Zur Rezeption in der Geographie siehe den grundlegenden Beitrag von *Anderson, Kearnes, McFarlane u. Swanton* 2012.

*sexes and reigns – the different natures. Thus, the assemblage’s only unity is that of a co-functioning: it is a symbiosis, a ‘sympathy’. It is never filiations which are important, but alliances, alloys; these are not successions, lines of descent, but contagions, epidemics, the wind.*⁴² Nach Buchanan ist die Assemblage “*the productive intersection of a form of content (actions, bodies and things), and a form of expression (affects, words and ideas). The form of content and the form of expression are independent of each other – their relationship is one of reciprocal presupposition (one implies and demands the other but does not cause or refer to it [...]).*”⁴³

Nach Deleuze und Guattari haben das Objekt und das Gefüge die Fähigkeit, auf die Handlungen anderer Teile zu reagieren und damit sowohl seine eigenen Fähigkeiten als auch die gesamte Verbundfähigkeit zu ändern. So sind die Elemente, aus denen sich ein Gefüge zusammensetzt, nicht nur ihrerseits Gefüge. Sie können auch zugleich Bestandteile anderer Funktionszusammenhänge sein. Hieraus folgt eine Interkonnektivität, die von der Mikro- bis zur Makroebene reicht. Hinzu kommt, dass die Eigenschaften (»Fähigkeiten«) von Gefügen mehr sind als die Summe ihrer Teile: Ein Grenzregime besteht eben nicht nur aus materiellen Arrangements an der Grenze, sondern beinhaltet auch Entscheidungsprozesse oder Infrastrukturen, die nicht in einem ursächlichen oder zumindest alleinigen Zusammenhang mit der Grenze stehen müssen.

Diese Eigenschaft der Assemblagen, zur Interaktion fähig zu sein, impliziert zugleich ihre Veränderbarkeit.⁴⁴ Dadurch wird das Konzept nicht-deterministisch, denn es entsteht gleichsam ein unbegrenzter Raum an Möglichkeiten. So ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung oder Fahrbahnverengung bei Grenzübertritten nicht in den Objekten ›Schild‹ oder ›Straße‹ als Technologie implementiert. Im Zusammenhang mit einer Grenze werden sie aber zu Teilen des Gefüges »Grenzregelung«. Daraus folgt gewissermaßen auch das Postulat der »*Relations of Exteriority*«. Als heterogene Multiplizitäten verfügen Assemblagen über eine gewisse »*Autonomie*«, denn sie verfügen über Fähigkeiten, um andere Assemblagen zu beeinflussen und/oder beeinflusst zu werden. Mit anderen Worten, eine Assemblage funktioniert wie ein Rhizom, indem sie ihre Verbindungen auf vielfältige Weise erweitert. Dabei hat DeLanda herausgestellt, dass Beziehungen der Assemblage nach Außen “*contingently obligatory*” aber nicht “*logically necessary*”⁴⁵ sind. Diesem Konzept wohnt eine große Wirkmacht inne, denn es lenkt den Blick von der Frage, was ein Ding sei, in Richtung, welche verbindenden oder ausschließenden Logiken und Praktiken es generiert.

Als besonders wirkmächtig im Universum von Deleuze und Guattari erscheint die Tetravalenz, die durch Inhalt und Ausdruck sowie Territorialität und Deterritorialisierung gekennzeichnet ist.⁴⁶ Die Analyse der Bedeutung von »*Einzelteilen*« in einer Assemblage blickt sowohl auf die Art und Weise wie ihre Materi-

42 Deleuze u. Guattari 1992 [1987]; Parnet, Dialogues II, zitiert in DeLanda 2006, S. 121.

43 Buchanan 2015, S. 390.

44 DeLanda 2011, S. 186.

45 DeLanda 2006, S. 11.

46 Deleuze u. Guattari 1992 [1987], S. 505.

alien gebildet werden, als auch auf das, was sie ausdrücken. Hier unterscheiden die beiden zwischen einem Inhalts- und einem Ausdruckssegment. Verständlicherweise kommt in sozialen Gefügen der Sprache große Bedeutung zu; in einer eher allgemeinen Form kann man aber auch von materiellen (Inhalt) und symbolischen (Ausdruck) Beziehungen sprechen. Inhalt und Ausdruck beschreiben gleichsam die Rollen und definieren die Prozesse, die in einem bestimmten »Milieu« ablaufen.⁴⁷ Damit ist eine Inhalt-Ausdruck-Relation gegeben, die Deleuze und Guattari zu einem »semiotischen System« und zu einem »pragmatischen System« weiterentwickeln. Gemeint sind damit die Bedingungen für die Kommunikation zwischen verschiedenen Komponenten sowie eine ontologische Bedingung für Aktion und Reaktion zwischen verschiedenen Komponenten. Daher bedeutet die Analyse einer Assemblage immer, das Spiel der doppelten Artikulation zwischen der Form des Inhalts und der Form des Ausdrucks zu erklären.⁴⁸ Mit Blick auf die Grenze wäre beispielsweise das Kontrollhaus des Grenzbeamts* sowohl ein materieller als auch symbolischer Raum, in dem weitere Verfahren wie das Bewilligen oder Ablehnen des Grenzübertritts in Aktion gesetzt werden.

Diese Prozesshaftigkeit in Raum und Zeit findet sich auch in den Konzepten der »Territorialisierung« und »Deterritorialisierung« wieder. Jede Assemblage hat ein durchaus räumlich zu verstehendes Territorium, das sie umgibt, und der Prozess der Territorialisierung stabilisiert die Assemblage.⁴⁹ Sie gibt ihr quasi ihre Identität, denn der »Grad der inneren Homogenität oder der Grad der Schärfe ihrer Grenzen [wird durch die Territorialisierung] erhöht«.⁵⁰ Der Vorgang der Territorialisierung wird auch als erster Syntheseprozess bezeichnet, denn er verändert die gesamte Assemblage sowohl in ihrer Form als auch Struktur und führt damit zu deutlichen Inhalts- und Ausdruckssegmenten. Die Einführung neuer Komponenten in das aktuelle Territorium kann die derzeit territorialisierte Zone de-/re-territorisieren. So wird »Grenze« – um auf unser Beispiel zurückzukommen – durch zahlreiche miteinander verbundene bzw. zusammenspielende Gefüge konstituiert. Hierzu gehören auf einer unmittelbaren Ebene Elemente wie Zäune, Pässe oder Wege, aus einer »entfernteren« Perspektive aber politische oder ökonomische Entscheidungen, eine Grenze dort zu etablieren, wo sie sich befindet. Diese Territorialisierung lässt sich beispielsweise an den Ausbauphasen der »Berliner Mauer« ebenso gut nachvollziehen wie die einsetzende Deterritorialisierung. Gemeint sind hierbei nicht nur der Funktionsverlust beim »Fall der Berliner Mauer« am 9. November 1989, sondern beispielsweise auch die vielschichtigen Prozesse, die vom Abbruch über die Metapher einer »Nachwendzeitlichen« West-Ost Grenze in den Köpfen bis hin zur Diskussion um die Inwertsetzung als Denkmallandschaft reichen.

47 Deleuze u. Guattari 1992 [1987], S. 505ff.

48 Deleuze u. Guattari 1992 [1987], S. 113.

49 Deleuze u. Guattari 1992 [1987]; Deleuze u. Guattari 1992 [1987], S. 503.

50 DeLanda 2006, S. 12.

Neben Inhalt und Ausdruck sowie Territorialität und Deterritorialisierung kann die Codierung und Dekodierung zu einer weiteren Veränderung führen. Diese wirken als zweiter Synthesevorgang primär auf bereits territorialisierte Assemblagen. Kodierung/Dekodierung kann durch Verfassungen, Satzungen, Normen, die die mit den formalen Rollen verbundenen Rechte und Pflichten festlegen, erfolgen. Sie kann aber auch nicht-humane (De)Kodierungsprozesse betreffen. Hierunter fallen beispielsweise Budgets, Managementindikatoren, Abrechnungszahlen, Computeralgorithmen oder Authentifizierungs- und Autorisierungsprozesse. Die Codierung und Decodierung kann zwar vereinfacht als eine bistabile Kippstufe gedacht werden, doch ähnlich wie bei der Territorialisierung / Deterritorialisierung sind die Abläufe alles andere als linear oder symmetrisch.

Bislang wurden Transkulturalität und Assemblagentheorie nicht zusammengedacht. Dies mag daran liegen, dass Transkulturalität ebenso wie Inklusion| Exklusion vor allem Perspektiven bzw. Fragestellungen sind, die bestimmte kulturelle bzw. soziale Strukturen sichtbar machen. Die Assemblagentheorie hingegen ist eher unter die epistemischen Werkzeuge zu rechnen, die zu konkreten Untersuchungsgegenständen einen Zugang ermöglichen. Die Assemblagentheorie zielt daher auf das Konkrete, Lokale, während Transkulturalität auf die Makrostruktur zielt; es geht also auch um einen Skalenunterschied. Diese Unterschiede wollen wir jedoch nicht als unvereinbare Differenzen verstehen, sondern im Gegenteil: Die Assemblagentheorie stellt aus unserer Sicht ein mögliches Werkzeug bereit, um die abstrakten Fragen nach Transkulturalität und Inklusion am konkreten Untersuchungsobjekt zu analysieren und mit Leben zu füllen. Interkonnektivität und De-/Territorialisierung können ebenso wie die fortwährende Neubestimmung der Assemblagen, ihrer Entitäten, Eigenschaften und Kapazitäten ohne weiteres mit transkulturellen und inklusorischen Konzepten verbunden werden, sofern die Skalenunterschiede in Rechnung gestellt sind. Da die Assemblagentheorie auf das Zusammenwirken verschiedenster Entitäten in den Gefügen abhebt, bleibt vorderhand unsicher, ob und wie sich auch Exklusion mit diesem Werkzeug denken und analysieren lässt. Denn dort geht es gerade um die Nicht-Teilhabe, um den Ausschluss und damit um die Zerstörung und Verhinderung von Gefügen, so dass zu testen wäre, ob sich die Assemblagentheorie um eine Inversion ins Negative und Disruptive erweitern lässt.

Der limes saxoniae als transkulturelle Assemblage

Diese sehr abstrakten Gedankengänge sollen – auch unter der Gefahr einer Vereinfachung – am Beispiel des *limes saxoniae* angewandt und erläutert werden: Transkulturelle Raumbildungen und Assemblagen lassen sich geradezu paradigmatisch anhand von Grenzen behandeln, da hier materielle wie symbolische Aspekte in unterschiedlichen Reichweiten und Maßstabsebenen miteinander verbunden sind und zudem Prozesse der Territorialisierung und Deterritorialisierung sichtbar werden.

Grenzen im Mittelalter und der frühen Neuzeit waren im Vergleich zu modernen Grenzziehungen generell weniger materiell sichtbar, so dass ihre Faktizität mit anderen Mitteln behauptet wurde.⁵¹ Der *limes saxoniae* ist eine solche Grenze und meint im Wesentlichen die sächsisch-slawische Grenze etwa zwischen dem heutigen Kiel und der Delvenau.⁵² Im Gegensatz zum Danewerk ist der *limes saxoniae* aber kein eigentliches Geländedenkmal, sondern seine Existenz ergibt sich sowohl aus zwei Abschnitten der fränkischen Reichsannalen als auch der ebenso berühmten wie berüchtigten Passage der ›Hamburger Kirchengeschichte‹ *Adams von Bremen* (um 1075). Der Einleitung »*Invenimus quoque limitem Saxoniae, quae trans Albiam est, prescriptum et Karolo et imperatoribus ceteris, ita se continetem, hoc est:*« folgt die Beschreibung »*ab Albiae ripa orientali usque ad rivulum quem Slavi Mescenreiza vocant*« bis »*Per quem limes Saxoniae usque in pelagus Scythicum et mare, quod vocant orientale, delabitur*«. ⁵³ Hier informierte Adam nicht nur die Zeitgenossen, sondern auch die Nachwelt unter Berufung auf eine Urkunde aus der Zeit *Karls des Großen* über den Verlauf und die Entstehungszeit des Grenzwerks: Ein klassischer Fall einer "invention of tradition".

Der *limes* wird von Adam als eine (politische) Grenze markiert, eine Grenze zwischen territorialen bzw. herrschaftlichen Systemen. Sie scheint zugleich eine soziale, religiöse, kulturelle und ethnische Grenze zu sein, was nicht nur die Zeitgenossen, sondern vor allem die Interpretationen seit dem 18. Jahrhundert andeuten bzw. zu belegen versuchen.⁵⁴ Hieran hat sich eine umfassende Diskussion entzündet, welche den karolingerzeitlichen *limes* als Konstrukt zur Rechtfertigung der hochmittelalterlichen Diözesangrenze zwischen dem Erzbistum Hamburg-Bremen und dem Bistum Oldenburg-Lübeck interpretiert. Damit verbunden ist auch die Frage, ob man überhaupt von einer Grenze im engeren Sinne sprechen kann.

Die Forschungsperspektive des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde überwiegend von dem Bild einer geplanten und überwiegend linearen Grenze bestimmt, die durch fränkische Befestigungsanlagen gesichert war und die nicht zuletzt den Topos von »*Deutschen*« und »*Slawen*« bis hin zu Vorstellungen eines Rasse- und Kulturkampfes bediente. Dieses Bild speiste sich sowohl aus Vorstellungen über den römischen *limes* als aus nationalstaatlichen und ethnischen Ideen. Während die Vorstellung der Grenze seit den 1950er Jahren nicht in Frage gestellt wurde, deuteten archäologische Untersuchungen auf slawische Burganlagen, woraus die Vorstellung einer slawischen Burgenkette erwuchs. Seit den 1970er Jahren geriet die Idee einer starren Grenze zunehmend in Kritik, was nicht nur Ausdruck einer neuen politischen Sichtweise im Zuge der Ostverträge war. Hinzu kamen auch Untersuchungen der Archäologie und Sprachwissenschaft, die über Fundverteilungen und onomastische Quellen den Grenzverlauf eher im

51 Siehe zu Grenzen zuletzt auch Rutz 2018.

52 Siehe hierzu Müller u. Wehner 2016 und Wehner 2019 mit weiteren Angaben.

53 Adam liber II cap. 17–19.

54 Müller 2012.

Sinne eines Grenzraumes oder -saumes rekonstruierten. Zusammen mit den Angaben bei *Adam* hat sich derzeit die Vorstellung durchgesetzt, den *limes* als einen Grenzraum zu verstehen, der durch Ödland, dichten Bewuchs und Niederungsgebiete geprägt war. In dieser Interpretationsfigur tritt das Militärisch-Fortifikatorisch und damit die gezielte Grenzgestaltung zu Gunsten einer Grenzzone in den Hintergrund. Diese Aufgabe hat scheinbar die »Natur« übernommen, wenn ganz im Sinne *Adams* wilde Tiere, undurchdringliches Strauchwerk oder Niederungen die Passierbarkeit zwar nicht unmöglich machen, aber nach wie vor einschränken. *Donat Wehner* hat dieses Narrativ jüngst kritisch hinterfragt. »Weitaus deutlicher unterstreichen die materiellen Zeugnisse allerdings die Bedeutung der Grenze als Handlungsraum mit einer Landschaft, die durch Laubwald, Siedlungen, Ackerland und Offenland mit Sträuchern und Hecken geprägt war« und deren Charakter somit »weniger unwirklich als bislang gezeichnet« war.⁵⁵

Die Diskussion um den *limes saxoniae* ist in mehrfacher Hinsicht interessant. So lässt sich festhalten, dass die Multidimensionalität von Grenzen auf konzeptueller Ebene anerkannt wird. Zugleich zeigt sich aber die Tendenz in den diskursiven Praktiken, die Bedeutung von Grenzen auf einen einzigen Aspekt zu reduzieren – jenen, der als am relevantesten angesehen wird. In den meisten Fällen wird eine Grenze zu einem Mechanismus der Teilung und Ausgrenzung oder einem Ort der Begegnung und Verbindung vereinfacht. Eine Perspektivierung, die beides gleichzeitig ermöglichen und damit auch die »innere« Ambivalenz von Grenzen andeuten würde, findet sich nicht. Ebenfalls weniger in den Blickpunkt der Forschung rückten die symbolischen, rituellen oder performanten Seiten des *limes saxoniae*.

Für *Deleuze* und *Guattari* sind die beiden »Segmente« der *„machinic assemblage of bodies“* und der *„collective assemblage of enunciation“* grundlegend, womit sie besagtes Inhaltssegment und Ausdruckssegment meinen.⁵⁶ Bei einer modernen Grenze kann es sich um eine Vielzahl an Komponenten handeln, die inhaltlich und expressiv-symbolisch zusammenwirken. Zu dem Inhaltssegment gehören unmittelbare Infrastrukturen wie Kontrollpunkte oder Mauern, Überwachungstechnologien, administrativ-polizeiliche Verfahren oder Ressourcen (Geld, Zeit) dazu. Aber auch die unterschiedlichen Netzwerke an der Grenze und ihrem Umfeld stellen solche Komponenten dar. Es liegt auf der Hand, dass diese auch einen expressiven Charakter haben.

Mit Blick auf den *limes* waren die genannten Burgen nicht nur ein Ausdruck realer militärisch-fortifikatorischer Präsenz, sondern sie können auch Mittelpunkte von Siedlungskammern gewesen sein, waren Orte der Gerichtsbarkeit oder des ökonomischen Austauschs. Sie bildeten zusammen mit offenen Siedlungen Netzwerke aus, die sich über die Zeit veränderten. Mit der Verbreitung von Funden aus dem nordwestslawischen Raum (z.B. Keramik) oder slawischen Toponymen werden individuelle und kollektive Akteure erfasst, die mit unterschiedlichen Zielen diesen Transitraum passierten.

⁵⁵ Zuletzt *Wehner* 2019, S. 50.

⁵⁶ *Deleuze u. Guattari* 1992 [1987], S. 88.

Der Nachweis der Ausdrucksform bleibt auf rein archäologischem Wege nicht einfach, kann aber durchaus in anderen historischen Materialien erkannt werden. In der Beschreibung des *limes* hat *Adam* selbst eine Ausdrucksform gewählt, die nicht nur deskriptiven, sondern narratologischen Charakter hat. Wenn *Adam* die physischen Einheiten wie Flüsse oder Wälder aufzählt, die die Grenze materialisieren, so folgt er damit der seit dem 9./10. Jahrhundert üblichen Form der Gemarkungsbeschreibung. Auch die gerne zitierten wilden Tiere im Grenzraum sind ein narratologischer Topos, und in dem von *Adam* zitierten Memorialstein (»*Ubi et Burwido fecit duellum contra campionem Sclavorum, interfecitque eum; et lapis in eodem loco positus est in memoriam*«) finden sich materielle Inhaltsform und symbolische Ausdrucksform paradigmatisch wieder.⁵⁷ Hier wird eine Grenze als Teil einer umfassenden Raum- und Herrschaftsinszenierung beschrieben oder – nach neuerer Lesart – erschaffen.

Auch das Konzept der fortschreitenden Transformation der Assemblage in Form der Territorialisierung und Deterritorialisierung lässt sich am Beispiel des *limes saxoniae* aufzeigen. Mit dem von *Adam* formulierten Grenzkonzept wird ein Anspruch erhoben und eine Identität zugewiesen. In der neueren Lesart (»*Rechtfertigung der Diözesangrenze*«) konstituiert das Zusammenwirken von Inhaltssegment und Ausdruckssegment erst die Grenze als singuläres Ganzes – selbst, wenn sie in den Jahrhunderten zuvor als Grenzraum präsent war. Bleibt man in der älteren Lesart, so wurde durch *Karl den Großen* eine Grenze geschaffen, deren historische Faktizität die Assemblage bis in die Zeit *Adams* und darüber hinaus prägt. Mit anderen Worten: Die Perspektivierung auf die Territorialisierung / De-Territorialisierung erlaubt es, die Grenze als ein singuläres Ganzes in ihrem Werden zu betrachten. Zugleich wird deutlich, dass diese Grenze nur vordergründig stabil erscheint, denn die territoriale Institutionalisierung und die damit verbundene symbolische Wiederholung von Grenzpraktiken ist lediglich eine Seite der Lesart. Die andere zeigt sich in Prozessen der Entterritorialisierung einer Grenze, wie sie dann als Umordnung im Zuge des hochmittelalterlichen Landesausbaus sichtbar wird.

Die Assemblage *limes saxoniae* verfügt also nicht nur über Eigenschaften, sondern auch Kapazitäten oder Potenziale, die im Voraus nicht vollständig bekannt sind. Nach *DeLanda* sind die Eigenschaften das Ergebnis von Interaktionen zwischen Entitäten, während Kapazitäten von den möglichen Interaktionen mit anderen Begriffen oder Beziehungen abhängen. Grenzen sind historische und zufällige Produkte. Sie weisen weitreichende Eigenschaften auf, wenn es um die Zuschreibung im Sinne von Diözesangrenzen geht oder um die Regulierung der Münzströme in einem Transitraum zwischen Münz- und Gewichtsgeldwirtschaft. Sie beinhalten aber auch »zufällige« Momente, wenn der Grenzraum beispielsweise wirtschaftliche Ressourcen (Raseneisenerz; Ackerflächen) enthält und somit zu einem grenzüberschreitenden »*Regionalismus*« beiträgt.

57 *Adam* liber II cap. 17–19.

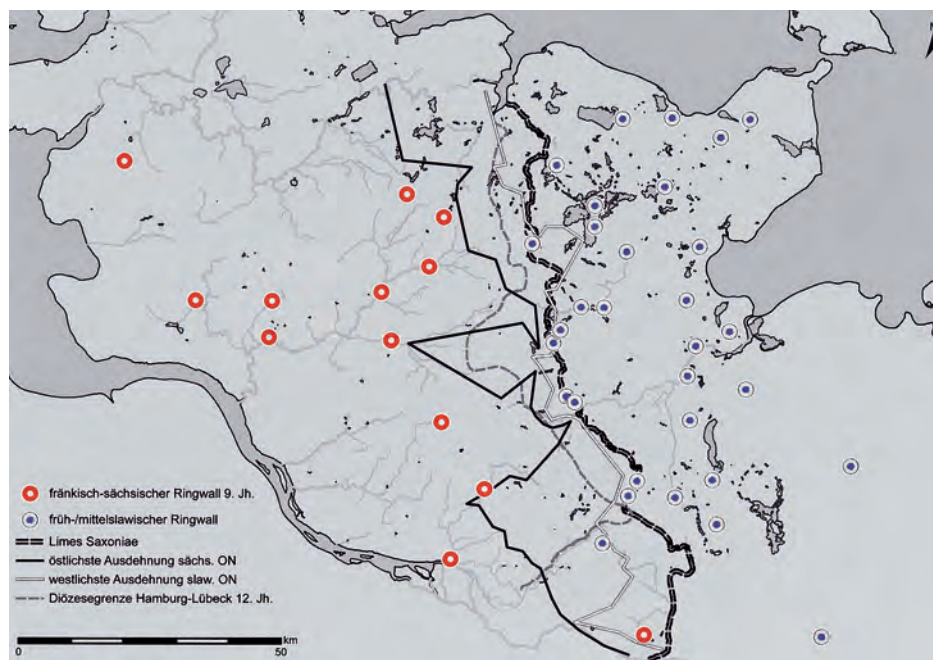


Abb. 3: Die Lage fränkisch/sächsischer Ringwälle des 9. Jahrhunderts und früh-/mittel-slavischer Ringwälle sowie rekonstruierter Verlauf des *limes saxoniae*, sächsisch-slavische Ortsnamengrenze und die Diözesangrenze Hamburg–Lübeck
 Nach: Wehner 2019, 46 Anm. 1

Unabhängig, ob es nun *Karl der Große* war oder der Versuch einer Rechtfertigung der neuen Diözesangrenze – in der Diskussion um den *limes* war stets die übergeordnete politisch-militärische bzw. politisch-missionarische Perspektive bestimmend. Grenze wurde und wird hier gedeutet als top-down-Entscheidung der jeweiligen Herrschaftssysteme. Diese Perspektive lässt sich aus Sicht der Assemblagen ausweiten, wenn nicht mehr allein nach einem zentralen Herrschaftsorgan gefragt wird, das entscheidet, wer die Grenze »überqueren« darf und wer nicht, oder festlegt, was sich innerhalb und außerhalb des Grenzraums befindet. Diese institutionelle Macht ist vorhanden und darf keineswegs negiert werden, wie man ja in *Adams* Text sieht, in dem es auch um Einfluss, Verhandlung, Forderung oder Anfechtung geht. Der archäologische Blick mit seiner materiellen Vielfältigkeit offenbart allerdings eine »Landschaft konkurrierender Bedeutungen«. Damit werden die konventionellen Grenzdichotomien auf den Prüfstand gestellt. In einer Lesart aus Sicht der Assemblagentheorie wäre der Blick nicht nur auf die Grenze als ein mehr oder minder deutlich sichtbarer Raum zu richten, sondern nach der Tiefe etwaiger Filter-, Kontroll- und Selektionsmechanismen zu fragen. Gemeint ist hier, den Blick auf innergesellschaftliche Praktiken zu richten, die nicht nur Grenze als ein nach Außen gerichtetes herrschaftliches oder religiöses

Teilsystem konstituieren, sondern »Grenze« als Synonym für eine Art innere soziale Kontrolle zu sehen und damit das Spektrum an Bedeutungen und Rollen zu erweitern.

Nicht nur aus der Perspektive der Assemblagentheorie werden Grenzen mehrfache Bedeutungen zugewiesen. Doch der Blick durch oder auf die Assemblage macht die relativen Bedingungen der Prozesshaftigkeiten und damit die fortlaufenden Transformationen sichtbar. Es geht also um die Wege und die Praktiken, die Assemblagen zusammenhalten. Der Mehrwert der Assemblagentheorie liegt darin, dass sie das Arrangieren von menschlichen und nicht-menschlichen Praktiken im Raum untersucht, Interaktion als emergente Eigenschaften und Fähigkeiten von Gefügen anerkennt und nach Strategien und Wegen der Stabilisierung und De-Stabilisierung sowie deren Reichweiten fragt.

Transkulturalität durch die Zeit: Eine Kulturlandschaft

Mit der Frage nach der historischen Dimension von Transkulturalität rückt noch eine andere Form von Transkulturalität in den Blick, die man als transtemporale Transkulturalität bezeichnen mag: die Transformation und Aneignung von Dingen, Orten und Narrativen, die im Raum vorhanden, aber durch ihr Alter aus anderen kulturellen Kontexten überkommen sind. *Johann Gustav Droysen* spricht hier, sofern die Überlieferung nicht in der Intention der ursprünglichen Akteure lag, von Überresten,⁵⁸ *Aleida Assmann* nennt sie weniger glücklich »zersprengte Fragmente eines verlorenen oder zerstörten Lebenszusammenhangs« und sieht in ihnen Überbleibsel dessen, was nicht mehr besteht und gelte.⁵⁹ Dabei zeigt ihre schiere Existenz doch, dass sie noch bestehen, und spannend ist die Frage, wie sie in neue Kontexte integriert werden, wie sie als Entitäten in neue Assemblagen geraten und durch ihre Vor-Existenz zu den Eigenschaften und Fähigkeiten und auch zum Wandel dieser Gefüge beitragen.

Solche transtemporalen Entitäten sind zwar keineswegs ausschließlich, aber insbesondere für die Erforschung historischer Kulturlandschaften ein bedeutender Faktor, der bereits in der alten Metapher von der Landschaft als Palimpsest⁶⁰ und zuletzt wieder unter dem Schlagwort "*the past in the past*" mit verschiedenen theoretischen Aspekten thematisiert wurde: So etwa als Relikt oder Pfadabhängigkeit, als Erinnerung oder Landschaftsbiographie,⁶¹ und im Grund ist der Umgang mit der Transtemporalität von Landschaft, mit ihrer zeitlichen Vielschichtigkeit und Heterogenität das Kerngeschäft aller historisch und landespflegerisch informierten Raumplanung und -entwicklung.⁶² Dabei ist freilich nicht zu über-

58 *Droysen* 1882, S. 14 §21–22; 1937, S. 38–50. Vgl. *Bernheim* 1926, S. 104–132.

59 *Assmann* 1999, S. 309f.; vgl. *Meier* 2016, S. 30f.

60 Vgl. etwa *Fliegler* 2014, bes. S. 17–44. Zur Kritik der Palimpsest-Metapher vgl. etwa *Kany* 2009.

61 Zum Beispiel *Thäte* 2007; *Nord* 2009; *Bourgeois* 2013; *Kolen et al.* 2015.

62 *Kleefeld* 2004; vgl. *Kemper* 2015, S. 11–52.



Abb. 4: Blick auf einen beliebigen kulturlandschaftlichen Kleinraum mit dem typischen, sichtbaren und unsichtbaren mehrtausendjährigen Mosaik von Landschaftselementen ganz unterschiedlichen Alters, die in ihrer Überblendung das spezifische Gefüge einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft bilden.

Lila: Siedlung und Gräberfeld der Urnenfelderzeit.

Türkis: Straßentrasse, die möglicherweise auf eine römische Fernstraße zurückgeht, jedenfalls aber im älteren Mittelalter bestand und in der frühen Neuzeit zur Poststraße (nebst Infrastruktur) und Chaussee wurde.

Grün: drei Ortskerne mit Kirchen des älteren Mittelalters (Ortsnamenbefund), der Standort zweier Burgen am Hang oberhalb der Siedlungskammer, eine Straßentrasse spätestens des frühen-/hohen Mittelalters und Bereiche mit Landschaftsgliederung durch hoch-/spätmittelalterliche Feldfluren (im Tal) und Flurausbau (am Hang).

Orange: Wallfahrtskapelle von 1750/67 am Ort einer Eremitage von 1659, mittelalterlicher Mühlsteinbruch mit frühneuzeitlicher Eremitage und barocker Wallfahrtsanlage von 1626/30, Landschaftsgliederung durch frühneuzeitliche Flurausbauten im Auebereich.

Rot: Landschaftsgliederung durch eine Flurreform des 18. Jh., Trasse der Eisenbahn von 1851/1858, Aufforstung des Bergwalds im frühen 20. Jh., Trasse der Autobahn von 1953/1965, moderne Aussiedlerhöfe und Einzelbebauung, Neubaugebiete in Ortsrandlage.

© CC BY-SA 4.0 Thomas Meier mit einer Abbildung aus BayHStA KL Weyarn 1

sehen, dass auch die Vernichtung historisch tradierter Elemente in der Landschaft deren transkulturelle Biographie zwar (teilweise) beendet, aber selber ein möglicher Umgang mit Transkulturalität ist und eben auch zum transkulturellen Repertoire landschaftsbezogener Praktiken zählt – andernfalls wir noch immer in einer Kulturlandschaft prähistorischer Zeit leben würden (sofern man nicht schon die Natur aufgrund ihrer kulturellen Konstitution unter die Kulturlandschaft rechnen möchte⁶³).

Nicht anders als bei Transkulturalität im Hier und Jetzt, an einem Ort im Präsenz, stellt die historische Tiefe kulturlandschaftlicher Elemente die Akteure einer Zeit vor die Herausforderung, vorgefundene Dinge und Orte in Assemblagen zu re-kontextualisieren und sich dadurch anzueignen. Kulturwissenschaftlich lässt sich zeigen, dass sich in diesen Praktiken der Re-Kontextualisierung die Bedeutungen von Dingen und Orten sehr beträchtlich verschieben können wie auch die Dinge und (ihre) Orte keineswegs stabil im Raum bleiben müssen. Ein Bedeutungskern, eine Essenz oder auch nur eine inhärente Affordanz der Dinge und Orte lässt sich zumal in transkultureller Perspektive nicht erkennen, wenngleich im Einzelfall Nutzungskontinuitäten über Jahrhunderte oder Jahrtausende vorkommen können.

So zeichnet sich beispielsweise eine Senke, auf halber Höhe des Kleinen Madron oberhalb der Ortschaft Flintsbach am Inn (Lkr. Rosenheim) gelegen, durch eine mehrtausendjährige Deponierungspraxis aus, die – soweit archäologisch erkennbar – aber auch immer wieder mehrhundertjährige Lücken aufweist (Abb. 5).⁶⁴ Es läge zunächst nahe, mit Blick auf die Kontinuität tatsächlich von einer Essenz des Platzes, einem »starken Ort« oder einem »naturheiligen Platz« zu sprechen,⁶⁵ doch vermag diese Annahme eben gerade die Lücken nicht zu erklären, die ihrerseits darauf verweisen, dass wir es auch bei dieser räumlich situierten Praxis der Deponierungen mit einer kulturellen Zuschreibung zu tun haben, die in verschiedenen Epochen in diesem Platz einen geeigneten Deponierungsort sah, in anderen Epochen aber gerade nicht.⁶⁶

Auf der benachbarten Rückfallkuppe befand sich die Burg Alt-Falkenstein, eine von vier Burgen eines Grafengeschlechts regionaler Bedeutung in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts; eine stark schematisierte Ansicht der Burg ist in einem um 1166 verfassten Urbar der Falkensteiner Besitzungen überliefert.⁶⁷ Nach dem politischen Ende der Falkensteiner Grafen durch die wittelsbachischen Herzöge um 1243/1245 verlor die Burg an Bedeutung, möglicherweise kam 1296 eine Zerstörung im Rahmen bairisch-tirolischer Grenzstreitigkeiten hinzu.⁶⁸

63 Meier 2006.

64 Vgl. die zahlreichen Beiträge im Bericht der Bayerischen Bodendenkmalpflege 39/40, 1998/1999, S. 143ff.

65 Zum Konzept beispielsweise Dally u. Metzner-Nebelsick 2006; Falkenstein 2012, S. 5–7; vgl. kritisch dazu Meier u. Tillessen 2014, S. 65–69.

66 Vgl. Müller 2002, S. 34; Hansen 2003, S. 135f.; 2008, S. 301f.

67 Codex Falkensteinensis fol. 6v.

68 Diepolder et al. 1978, S. 262f., 273.

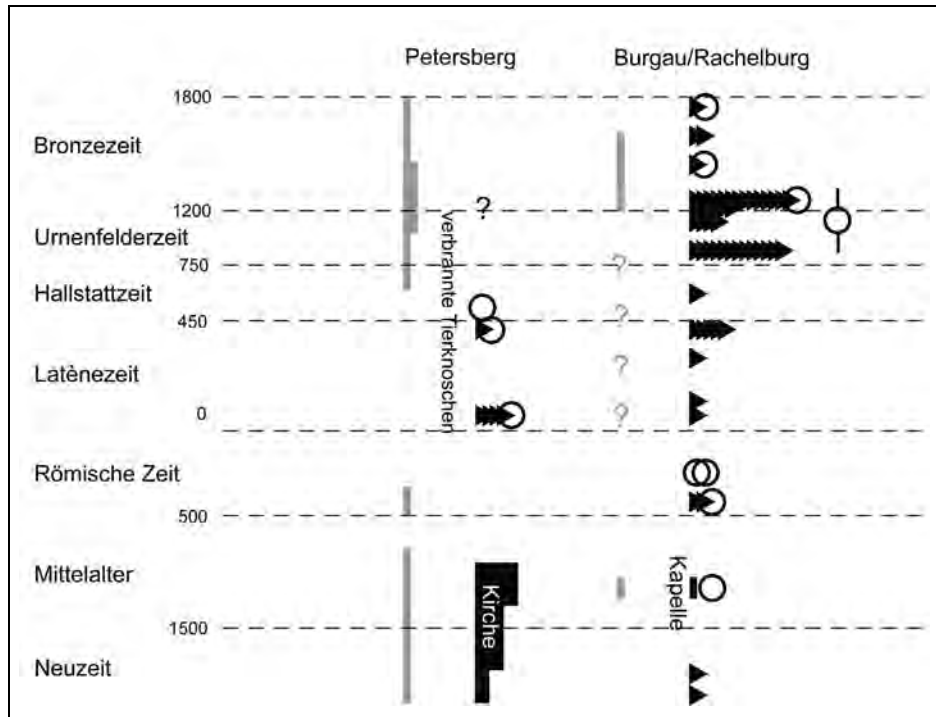


Abb. 5: Deponierungsabfolge in der Burgau und auf dem Petersberg oberhalb von Flintsbach am Inn (Lkr. Rosenheim); Dreiecke markieren Einstück-, Kreise Mehrstück-Deponierungen; graue Balken geben Siedlungsphasen an
© CC BY-SA 4.0 Thomas Meier; vgl. Fußnote 64 mit Ergänzungen.

Das Lesefundmaterial in Privatbesitz enthält keine Funde, die zwingend nach 1300 datiert werden müssten; wissenschaftliche Untersuchungen fehlen. Heute zeugen nur noch wenige obertägig sichtbare Mauerreste im wiederaufgeforsteten Bergwald vom Standort der Burg,⁶⁹ mehrere Sagen hängen an den Gebäude-resten,⁷⁰ und zahlreiche mehr oder minder tiefe Raubschächte belegen die intensive Appropriation des Platzes einerseits durch Jugendliche, andererseits durch Raubgräber unterschiedlicher Professionalität. Die Raumwirksamkeit der Burg als weithin sichtbares, strukturierendes Raumelement, welche die mittelalterliche Illustration so deutlich hervorhebt, ist nicht nur durch die Ruinierung der Anlage, sondern auch durch die kommerzielle Aufforstung des Bergwalds in den 1920er Jahren dahin. Einen Schatten der einstigen Bedeutung enthalten – neben der Denkmaltopographie und wissenschaftlichen Arbeiten – die lokalen Sagen, die

⁶⁹ Zeune 1998/1999, S. 273f. sowie eigene Beobachtung.

⁷⁰ Einmayr u. Arbingner 1988, bes. S. 107.

den Ort freilich in einen *haunted place*, bevölkert von schwarzen Pudeln mit feurigen Augen und schwarzen Jungfrauen verwandelt haben. Diese Sagen tragen ihrerseits dazu bei, am Ort nun einen großen Schatz zu vermuten und laden seinen Besuch in der Peripherie der Siedlungslandschaft mit einem zusätzlichen leichten Gruseln auf. Vom zentralen Ort der politischen Macht wandelte sich die Burg Falkenstein zu einem marginalen, verwunschenen Ort, der als Ort jugendlicher Mutproben und illegaler Schatzgräbereien in diesen Regelüberschreitungen auch einige Elemente des *Foucaults*chen Heterotops⁷¹ in sich trägt.

Mit der appropriierenden Umwertung des Platzes und seiner baulichen Überreste ging auch eine Verschiebung des Ortes einher. Der Name »*Alt-Falkenstein*« ist eine gelehrte Erfindung, lokal heißt die Ruine längst »*Rachelburg*« nach einer benachbarten Felsspalte.⁷² Der Name »*Burg Falkenstein*« haftet heute vielmehr an einer Burganlage einige hundert Meter weiter, am Fuß des gleichen Bergstocks gelegen und zur Kontrolle der Verkehrswege ins Inntal bestens geeignet.⁷³ Der historischen Forschung zu Folge wurde sie von den Wittelsbachern errichtet, um die ältere Burg oben auf halber Höhe abzulösen, doch Lesefunde weisen darauf hin, dass wir mindestens für das 13. Jahrhundert mit zwei parallelen Anlagen an beiden Plätzen rechnen müssen, deren tiefere möglicherweise die höhere in einem allmählichen Prozess ersetzte.⁷⁴ Mit dem Namen wanderte auch die räumliche Bedeutung als zentraler Ort politischer Macht vom halben Berg ins Tal und überließ den nun namenlosen Platz am Berg den Geistern. Lösen wir uns von der Zwangsjacke eines physisch fixierten, cartesischen zugunsten eines sozial konstruierten Raums, so lässt sich formulieren, dass die Burg Falkenstein im 13. Jahrhundert durch Praktiken der Re-Kontextualisierung ihren physischen Platz im Raum wechselte, während sie als Ort konstant blieb.

Die Macht der Assemblagen und die dunklen Seiten der Transkulturalität

Der übliche Blick auf Transkulturalität sieht darin eine inklusorische Praxis, die Aneignung und Integration von Fremdem in die eigene Kultur, die dadurch ebenfalls verändert wird, so dass aus diesem Prozess etwas Eigenes, Neues hervorgeht. Doch ist Transkulturalität wirklich stets nur Inklusion? Oder können transkulturelle, integrative Prozesse nicht – gleichsam als Nebenwirkungen – auch exklusorisch wirken? Sie können ...

Nur am Rande sei an die sozial-exklusorischen Praktiken Europäischer Verwaltungen erinnert, die im Rahmen der De-Kolonialisierung auch in vielen ehemaligen Kolonien übernommen, an die eigenen Bedürfnisse und die neuen politischen Situationen zugunsten der nun herrschenden lokalen Oberschichten

⁷¹ *Foucault* 1984.

⁷² *Schmeller* 1872/1877, 2, S. 13.

⁷³ *Zeune* 1998/1999, S. 276f.

⁷⁴ Eigene Beobachtung. – Ausgrabungen im Jahr 2017 (unveröffentlicht) fanden weitestgehend im äußeren Bering statt, erbrachten aber doch eine Randscherbe des 12. Jahrhunderts.

angepasst wurden, dabei aber nichts von ihrem exklusorischen Charakter verloren, sondern gleichsam in koloniales Verwaltungshandeln gegenüber der eigenen Bevölkerung transformiert wurden.

Aber bleiben wir im europäischen Kontext und betrachten etwas intensiver ein Beispiel mit starkem Raumbezug: Der Anspruch der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO) ist ausweislich der Präambel ihrer Konstitution die Förderung des Friedens im Geist der Völkerverständigung und internationalen Solidarität.⁷⁵ Nicht nur durch den universalen Anspruch der UNESCO lässt sich darin ein transkulturelles Programm erkennen, sondern auch die Stoßrichtung des Programms zielt auf die Beförderung und Integration einer friedlichen und wohlhabenden Weltgesellschaft auf Grundlage der regionalen kulturellen Eigenheiten – ebenfalls ein transkulturelles Konzept. Ein wesentliches Instrument der UNESCO ist die Welterbe-Konvention. Gerade dieser integrative und verbindende Charakter der Welterbe-Idee führte dazu, dass zuletzt insbesondere multi-nationale, grenzüberschreitende Verbund-Nominierungen vorangetrieben und durch die Aufnahme in die Welterbeliste belohnt wurden. So auch das Welterbe *“Frontiers of the Roman Empire”*, dem derzeit der Hadrians- und Antoninus-Pius-Wall in Großbritannien und der römische Limes in Deutschland angehören;⁷⁶ weitere Teile des Limes am niederländischen und deutschen Niederrhein sowie an der Donau in Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Serbien und Bulgarien stehen auf der *tentative list* und erwarten ihre Aufnahme.⁷⁷ Die Nominierung hebt ganz im Sinn der politischen Ideale der Welterbe-Konvention auf den multi-nationalen und verbindenden Charakter des Denkmals ab – freilich nur für jene der heutigen Staaten, die (zumindest teilweise) innerhalb der einstigen Grenzen des Römischen Reichs liegen: Hervorgehoben wird der einheitliche Charakter der Römischen Kultur, der insbesondere auch durch das Militär in den entlegensten Winkel des Reichs getragen worden sei – kolonialistische und imperialistische Töne sind nicht zu überhören.⁷⁸ Und nach außen? Werden die Grenzen des Römischen Imperiums nun gar nicht als kulturverbin-

75 <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000261751.page=6> [13.6.2019].

76 <https://whc.unesco.org/en/list/430> [25.09.2018].

77 <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6298/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6299/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6002/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6004/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/5452/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/2014/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6060/>; <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/6126/> [alle 25.09.2018].

78 So formuliert die knappe offizielle Zusammenfassung: *“Each section of the property constitutes an exceptional example of a linear frontier, encompassing an extensive relict landscape [...] which displays the unifying character of the Roman Empire, through its common culture”* Und ferner: Die Überreste *“constitute a physical manifestation of Roman imperial policy. They illustrate the Roman Empire’s ambition to dominate the world in order to establish its law and way of life there in a long-term perspective. They witness Roman colonization in the respective territories, the spread of Roman culture and its different traditions – military, engineering, architecture, religion management and politics”* (<https://whc.unesco.org/en/list/430> [25.09.2018].

dendes Element zelebriert, obwohl sich in den aktuellen *border studies* doch längst ein Verständnis von Grenze als Kontaktraum statt als starre Linie durchgesetzt hat, wie die neuen Forschungen zum *limes saxoniae* eindringlich zeigen, sondern im Fall des *limes* geht es um harte Exklusion, deren militärisch-technisch perfekte Organisation Bewunderung hervorrufen soll.⁷⁹ 2005 formulierte Henry Cleere, immerhin bis 2002 ICOMOS-World Heritage Coordinator, ganz deutlich: “Among the most striking of these ancient defences are those which present a continuous barrier to hostile armies”.⁸⁰ Vorbei ist es mit Inklusion und transkultureller Teilhabe, beim Blick über den Limes geht es um die effiziente militärische Abwehr äußerer Feinde. Dabei sah sich das Römische Reich nach heutiger Lesart im wesentlichen drei Bedrohungen gegenüber: erstens den Germanen aus dem Osten Europas, in der Spätzeit dann verstärkt den »Steppenvölkern« aus den Tiefen Asiens; zweitens den Sassaniden aus dem Nahen Osten; und drittens, oft vergessen, aber am Nordrand der Wüste ebenfalls durch gewaltige Grenzfestungen des *limes tripolitanus* bewehrt, aus den Tiefen der Sahara und Afrikas. Es liegt auf der Hand, die Brücke zu Szenarien äußerer Bedrohung zu schlagen, denen sich die europäische Politik heute ausgesetzt glaubt und gegen die sie vermeint, sich schützen zu müssen. Die Stoßrichtungen sind erstaunlich deckungsgleich: Die russische Bedrohung aus Osteuropa und den Tiefen Asiens, die islamische Bedrohung aus dem Nahen Osten und die afrikanische Bedrohung aus den Tiefen der Sahara. Und erneut reagiert Europa durch die Errichtung einer “continuous barrier to hostile armies”, einer Festung Europa, für deren Grenzverteidigung gegen diese drei Bedrohungen neue *limitanei*, heute Frontex genannt,⁸¹ zuständig sind. Das transkulturelle, transnationale Weltkulturerbe “Frontiers of the Roman Empire” wird hier zu einem Masternarrativ und zur historischen Legitimation für kulturelle und religiöse Exklusion aus einem vermeintlich kulturell und religiös homogenen Europa, das in dieser gewaltvollen Exklusion gerade die ethischen Fundamente seines kulturellen Erbes aufgibt: Humanismus und Aufklärung oder politisch formuliert: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

79 Vgl. wiederum aus der offiziellen Zusammenfassung: “The Roman Empire [...] was protected by a network of frontiers”. – “It [der Hadrianswall] is a striking example of the organization of a military zone and illustrates the defensive techniques and geopolitical strategies of ancient Rome. [...] It illustrates an ambitious and coherent system of defensive constructions perfected by engineers over the course of several generations and is outstanding for its construction in dressed stone and its excellent use of the spectacular upland terrain through which it passed.” – “It [der Obergermanisch-Raetische Limes] was not solely a military bulwark, but also defined economic and cultural limits. Although cultural influences extended across the frontier, it did represent a cultural divide between the Romanised world and the non-Romanised Germanic peoples. In large parts it was an arbitrary straight line, which did not take account of the topographical circumstances. Therefore, it is an excellent demonstration of the Roman precision in surveying.” (<https://whc.unesco.org/en/list/430> [25.09.2018]).

80 Breeze et al. 2005, S. 5.

81 <https://frontex.europa.eu/> [25.09.2018].

Epilog



Abb. 6:
 Das Graffiti »Europa tot –
 der Tod und das Geld«
 von Justus »Cor« Becker
 und Oguz Sen übersetzt
 eine Photographie Nilüfer
 Demirs von der Leiche
 Aylan Kurdis auf eine
 Mauer am Frankfurter
 Osthafen in der Nähe
 des Gebäudes der Europä-
 ischen Zentralbank
 © CC BY-SA 4.0 Frank
 C. Müller

Am 2. September 2015, als täglich Tausende von Menschen in mörderischen Passagen das Mittelmeer überquerten, um dem Bombenhagel und den Massenexekutionen des syrischen Bürgerkriegs, der Terrorherrschaft des Daesh in Syrien und dem Irak und der Taliban in Afghanistan zu entkommen, als die Europäische Gemeinschaft vollkommen versagte, für diese Flüchtlinge sichere Wege aus den Kriegsgebieten und sicheres Asyl in Europa zu schaffen, als national-chauvinistische Bewegungen innerhalb und außerhalb von Regierungen den Humanismus lautstark verhöhnten und forderten, Europa abzuriegeln – an diesem Tag wurde die Leiche eines dreijährigen Jungen, noch bekleidet mit einem roten T-Shirt, kurzen Hosen und seinen Schuhen am Strand von Bodrum angespült. Das Boot, auf dem seine Familie in der Nacht die Überfahrt nach Kos versucht hatte, war gekentert, *Aylan Kurdi*, sein fünf-jähriger Bruder *Galip* und ihre Mutter *Rehan* ertranken, nur der Vater überlebte. Alles, was die Photographin *Nilüfer Demir*, die die Leichen der drei am frühen Morgen am Strand fand, noch tun konnte, war, durch ihre Bilder »den verstummten Schrei des Jungen hörbar [zu] machen«. ⁸²

Die Bilder *Demirs* vom Morgen des 2. September 2015 wurden zur politischen Ikone, zur Anklage gegen die menschenverachtende Exklusion in der europäischen Flüchtlingspolitik. Und sie wurden selber zu transkulturellen Objekten, nicht nur indem sie das konkrete Scheitern von Transkulturalität an Xenophobie dokumentierten, sondern auch indem sie einen (toten) Menschen anderen kulturellen Hintergrunds in viele europäische Kulturen einführten, indem sie vielfach und in den verschiedensten kulturellen Kontexten rezipiert und appropriiert wurden, indem sie jenseits der Dokumentation einer individuellen menschlichen Katastrophe zu einer politischen Ikone geworden sind, an der – in ganz anderen kulturellen und räumlichen Kontexten – politische, soziale und ethische Werte verhandelt werden.

⁸² https://de.wikipedia.org/wiki/Alan_Kurdi [23.09.2018].

Zusammenfassung

Kontaktzonen, Anpassungs- und Austauschprozesse, Übersetzungsmodi und Momente des Grenzübertretts sind gleichermaßen Schauplätze und Analyse-rahmen für nicht-moderne wie moderne Gesellschaften. Das Konzept der Transkulturalität im Verbund mit Inklusion und Exklusion kann dazu dienen, neue Forschungsfragen und -perspektiven auf die historischen Materialien zu entwickeln. Die Beiträge in diesem Band machen auch deutlich: Um das Transkulturelle zu analysieren, muss man die kulturellen »Komponenten« trennen und dabei gleichzeitig ihre Existenz aufgrund ihrer transkulturellen Bedingtheit leugnen. Ein Weg hieraus ist, dass nicht über Grenzen in einer »Wirklichkeit« gesprochen wird, sondern über Grenzziehungen und Grenzräume als Konzepte, Strategien und Diskurse. Man identifiziert kulturelle Gegenstände nur im Gegensatz zu anderen Kulturen. Kulturen oder kulturelle Phänomene sind daher immer in einer Beziehung, und folglich sind ihre Grenzen porös, offen und fließend. Transkulturelle Strukturen und Prozesse negieren weder Differenzen noch zielen sie auf eine Homogenisierung. Homogenisierung und Heterogenisierung sind nur scheinbar gegensätzliche Trends: Sie sind gleichzeitig, komplementär und interpretierend, auch wenn sie in konkreten Situationen durchaus kollidieren können und müssen. Dabei blicken transkulturelle Ansätze auf Re-Kontextualisierung und (Re-)Konzeptualisierungen von Prozessen der Übernahme kultureller Praktiken.

Summary

Inclusion|Exclusion

Transculturality in space. An introduction

Zones of contact, processes of adaptation and exchange, modes of translation and moments of transgressing borders are equally settings and analytical frames of non-modern as well as modern societies. The concept of transculturality, together with inclusion and exclusion, may help to develop new questions and perspectives of research on historical materials. But the contributions to this volume clearly show: Cultural "components" have to be separated and the transcultural condition of their existence must be negated to analyse the transcultural itself. One option is not to speak about demarcations in "reality", but about classification and differentiation as concepts, strategies and discourses. Cultural objects are only identified in contrast to other cultures. Cultures and cultural phenomena are, thus, always in relation and their frontiers are porous, open and in flux. Transcultural processes neither negate differences nor do they aim at homogenization. Homogenization and heterogenization only seem to be opposing trends: They are contemporaneous, complementary and interpretive, even if in specific situations they can and must collide. Here transcultural approaches look at the re-contextualization and (re-)conceptualization of processes adapting cultural practices.

Literatur

- Abu-Er-Rub, Laila et al. [Hrsg.] (2019):* Engaging transculturality. Concepts, key terms, case studies. – New York u.a.
- Abu-Er-Rub, Laila; Brosius, Christiane; Meurer, Sebastian; Panagiotopoulos, Diamantis u. Richter, Susan (2019):* Introduction. engaging transculturality. – In: Abu-Er-Rub, Laila: Engaging transculturality. Concepts, key terms, case studies. New York u.a., S. xxiii–xlvi.
- Ackermann, Andreas (2012):* Cultural Hybridity: Between metaphor and empiricism. – In: Stockhammer, Philipp W. [Hrsg.]: Conceptualizing cultural hybridization. A transdisciplinary approach. New York u.a., S. 5–25.
- Adam von Bremen (1961):* Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum. – In: Trillmich, Werner; Buchner, Rudolf [Hrsg.]: Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der Hamburgischen Kirche und des Reiches. Darmstadt, S. 247–249.
- Anderson, Ben; Kearnes, Matthew; McFarlane, Colin u. Swanton Dan (2012):* On assemblages and geography Dialogues. *Human Geography* 2, S. 171–189.
- Assmann, Aleida (1999):* Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. – München.
- Bhabha, Homi K. (2000):* The location of culture (London 1994) (dt.: Die Verortung der Kultur. – Tübingen.
- Becher, Matthias (2018):* Macht und Herrschaft. Vormoderne Konfigurationen in transkultureller Perspektive. – In: Becher, Matthias; Conermann, Stephan u. Dohmen, Linda [Hrsg.]: Macht und Herrschaft transkulturell Vormoderne Konfigurationen und Perspektiven der Forschung. Göttingen, S. 11–41.
- Becher, Matthias; Conermann, Stephan u. Dohmen, Linda [Hrsg.] (2018):* Macht und Herrschaft transkulturell Vormoderne Konfigurationen und Perspektiven der Forschung. – Göttingen.
- Bernheim, Ernst:* Einleitung in die Geschichtswissenschaft. – 3. Aufl. Berlin u. Leipzig 1926.
- Blum-Barth, Natalia (2016):* Transkulturalität, Hybridität, Mehrsprachigkeit. Von der Vision zur Revision einiger Forschungstrends. – In: *GfL Journal (German as a foreign language)* 1, S. 114–129.
- Böhnke, Petra (2006):* Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung. – Opladen.
- Bourgeois, Quentin:* Monuments on the horizon. The formation of the barrow landscape throughout the 3rd and 2nd millennium BC. – Leiden 2013.
- Breeze, David J.; Jilek; Sonja u. Thiel, Andreas (2005):* Frontiers of the Roman Empire – Grenzen des Römischen Reiches – Frontieres de l'Empire Romain. – Edinburgh, Esslingen u. Wien.
- Buchanan, Ian (2015):* Assemblage Theory and Its Discontents. – In: *Deleuze Studies* 9, S. 382–392.
- Christ, Georg u.a. (2016):* Transkulturelle Verflechtungen: Mediavistische Perspektiven. – Göttingen.
- Codex Falkensteinensis. Die Rechtsaufzeichnungen der Grafen von Falkenstein; ed. Elisabeth Noichl. – München 1978 (Quellen und Erörterungen zur Bayerischen Geschichte N.F. 29).*
- Conermann, Stephan (2017):* Vormoderne Transkulturalitätsforschung. Einführung. Sehepunkte 17.5, <http://www.sehepunkte.de/2017/05/forum/vormoderne-transkulturalitaetsforschung-219/> [6.2.2020].
- Dally, Ortwin u. Metzner-Nebelsick, Carola (2006):* Heilige Orte, heilige Landschaften. – In: *Archäologischer Anzeiger* 1, S. 203–207.

- DeLanda, Manuel (2006):* A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity. – New York.
- DeLanda, Manuel (2011):* Philosophy and simulation. The emergence of synthetic reason. – London and New York.
- Deleuze, Gilles u. Guattari, Félix (1992):* Tausend Plateaus: Kapitalismus und Schizophrenie. – Berlin [zuerst Paris 1987].
- Diepolder, Gertrud; Dülmen, Richard von Dülmen u. Sandberger, Adolf (1978):* Rosenheim. Die Landgerichte Rosenheim und Auerburg und die Herrschaften Hohenaschau und Wildenwart. – München (Historischer Atlas von Bayern. Altbayern, 38).
- Drechsel, Paul (1999):* Paradoxien interkultureller Beziehungen. – In: Cesana, Andreas [Hrsg.]: Interkulturalität. Grundprobleme der Kulturbegegnung. Mainz, S. 173–212.
- Droysen, Johann Gustav (1882):* Grundriss der Historik. – 3. Aufl., Leipzig.
- Droysen, Johann Gustav (1937):* Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, hrsg. von Rudolf Hübner. – München.
- Einmayr, Max u. Arbingler, Max (1988):* Innentaler Sagen. Sagen und Geschichten aus dem Innental zwischen Kaisergebirge und Wasserburg. – 2. Aufl., Oberaudorf.
- Eule, Monika (1998/1999):* Die mittelalterlichen Funde von der Rachelburg und der Burgau bei Flintsbach a. Inn, Lkr. Rosenheim: Sondagegrabung 1994 und Lesefunde. – In: Bericht der Bayerischen Bodendenkmalpflege 39/40, S. 265–267.
- Falkenstein, Frank (2012):* Felstürme und Schachthöhlen. Zur kultischen Nutzung »naturheiliger« Plätze auf der Fränkischen Alb. – In: Falkenstein, Frank [Hrsg.]: Hohler Stein, Rothensteine und Jungfernhöhle. Archäologische Forschungen zur prähistorischen Nutzung naturheiliger Plätze auf der nördlichen Frankenalb. Scheinfeld, S. 2–21.
- Fliegler, Dominique (2014):* Kulturlandschaft als Palimpsest. Begreifen disparater Vergangenheiten. – Dissertation Weimar [<https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.3178> (25.09.2018)].
- Foucault, Michel (1984):* Des espaces autres. Architecture Mouvement Continuité N.S. 5, S. 46–49 (wieder in: Foucault, Michel: Dits et Ecrits 4 [Paris 1994], S. 752–762).
- Freist, Dagmar; Kyora, Sabine u. Unseld, Melanie [Hrsg.] (2019):* Transkulturelle Mehrfachzugehörigkeit als kulturhistorisches Phänomen. Räume – Materialitäten – Erinnerungen. – Bielefeld.
- Griese, Hartmut (2006):* »Meine Kultur mache ich selbst.« Kritik der Inter- und Transkulturalität in Zeiten der Individualisierung und Globalisierung. – In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 29, S. 19–23.
- Hansen, Sven (2003):* Archäologie zwischen Himmel und Hölle: Bausteine für eine theoretisch reflektierte Religionsarchäologie. – In: Heinz, Marlies; Eggert, Manfred K.H. u. Veit, Ulrich [Hrsg.]: Zwischen Erklären und Verstehen? Beiträge zu den erkenntnistheoretischen Grundlagen archäologischer Interpretation. Münster, New York, München u. Berlin (Tübinger Archäologische Taschenbücher, 2), S. 113–148.
- Hansen, Svend (2008):* Bronzezeitliche Horte als Indikatoren für »andere Orte«. – In: Das Altertum 53, S. 291–314.
- Herren, Madeleine; Rüesch, Martin; Sibille, Christiane [Hrsg.] (2012):* Transcultural History. Theories, Methods, Sources. – Berlin u. Heidelberg.
- Heywood, Paolo: Ontological Turn, The.* – In: Stein, Felix u.a. [Eds.]: The Cambridge Encyclopedia of Anthropology <http://doi.org/10.29164/17ontology>.
- Jervis, Ben (2019):* Assemblage thought and archaeology. – London and New York.
- Kalscheuer, Britta (2007):* Transdifferente Positionalitäten als Manifestationen biografischer Grenzerfahrungen. – In: Psychologie und Gesellschaftskritik, 31, 2/3, S. 7–57.
- Kany, Roland (2009):* Palimpsest. Konjunkturen einer Edelmetapher. – In: Danneberg, Lutz; Spoerhase, Carlos u. Werle, Dirk [Hrsg.]: Begriffe, Metaphern und Imaginatio-

- nen in Philosophie und Wissenschaftsgeschichte. Wiesbaden(Wolfenbütteler Forschungen, 120), S. 177–203.
- Kemper, Till (2015)*: Der Schutz historischer Kulturlandschaften nach deutschem Recht im Lichte der Europäischen Landschaftskonvention. Rechtliche Möglichkeiten des passiven Schutzes gemessen an den Anforderungen des Denkmalschutzes. – Dissertation Tübingen [<http://dx.doi.org/10.15496/publikation-7971> (25.09.2018)].
- Keupp, Jan u. Schmitz-Esser, Romedio [Hrsg.] (2015)*: Neue Alte Sachlichkeit, Studienbuch Materialität des Mittelalters. – Ostfildern.
- Keupp, Jan (2017)*: Die Gegenstandslosigkeit des Materiellen: Was den material turn zum Abtörner macht. – In: Mittelalter. Interdisziplinäre Forschung und Rezeptionsgeschichte, 26. Juni 2017, <https://mittelalter.hypotheses.org/10617>.
- Kimmich, Dorothee u. Schahadat, Schamma (2012)*: Einleitung. – In: dies [Hrsg.]: Kulturen in Bewegung. Beiträge zur Theorie und Praxis der Transkulturalität. Bielefeld, S. 7–22.
- Kleefeld, Klaus-Dieter (2004)*: Begriffsdefinition »Historische Kulturlandschaft«. – In: UVP-Report 18, H. 2/3, S. 67–68.
- Kolen, Jan; Renes, Johannes u. Hermans, Rita [Hrsg.] (2015)*: Landscape biographies. Geographical, historical and archaeological perspectives on the production and transmission of landscapes. – Amsterdam.
- Kramer, Dieter (1996)*: Die Ressource »kulturelle Vielfalt« und die Transkulturalität. Bemerkungen zu Wolfgang Welsch und Johann Gottfried Herder. – In: Kunst und Kultur 9, S. 14–15.
- Kronauer, Martin (2002)*: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. – Frankfurt a.M. u. New York.
- Losch, Klaus (2005)*: Begriff und Phänomen der Transdifferenz: Zur Infragestellung binärer Differenzkonstrukte. – In: Allolio-Nacke, Lars; Kalscheuer, Britta u. Manzeschke, Arne [Hrsg.]: Differenzen anders denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz. Frankfurt a.M., S. 26–49.
- Lutz, Helma [Hrsg.]*: Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. – Wiesbaden 2010.
- Meier, Thomas (2006)*: On landscape ideologies: an introduction. – In: Thomas Meier [Hrsg.]: Landscape ideologies. – In: Archaeolingua Series Minor 22. Budapest, S. 11–50.
- Meier, Thomas (2016)*: Tod und Gedenken in der Landschaft – Zur Einführung. – In: Meier, Thomas u. Schenk, Winfried [Hrsg.]: Tod und Gedenken in der Landschaft. – In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 33, S. 9–93.
- Meier, Thomas u. Tillessen, Petra (2014)*: Archaeological imaginations of religion: an introduction from an Anglo-German perspective. – In: Meier, Thomas u. Tillessen, Petra [Hrsg.]: Archaeological imaginations of religion. Budapest, S. 11–247.
- Michaels, Axel (2019)*: Cultural hybridity and transculturality. – In: Abu-Er-Rub, Laila [Hrsg.]: Engaging transculturality. Concepts, key terms, case studies. New York u.a., S. 3–14.
- Millner, Alexandra u. Teller, Katalin (2018)*: Transdifferenz und Transkulturalität in den Literaturen und Kulturen Österreich-Ungarns. – In: Millner, Alexandra u. Teller, Katalin [Hrsg.]: Transdifferenz und Transkulturalität Migration und Alterität in den Literaturen und Kulturen Österreich-Ungarns. Bielefeld, S. 11–23.
- Müller, Felix (2002)*: Götter, Gaben, Rituale. Religion in der Frühgeschichte Europas. – Mainz (Kulturgeschichte der Antiken Welt, 92).
- Müller, Martin u. Schurr, Carolin (2016)*: Assemblage thinking and actor-network theory: conjunctions, disjunctions, cross-fertilisations. – In: Transactions of the Institute of British Geographers, S. 217–229.

- Müller, Ulrich (2012):* Der »limes saxoniae« – Deutungshorizonte und Deutungshoheiten in der Forschung nach 1945. – In: Smolnik, Regina [Hrsg.]: Umbruch 1945? Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext. Dresden (Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege, Beih. 23), S. 138–153.
- Müller, Ulrich u. Wehner, Donat (2016):* Wagrien im Brennpunkt der Slawenforschung. – In: Marterior, Karina u. Nübler, Norbert [Hrsg.]: Mehrsprachige Sprachlandschaften? Das Problem der slavisch-deutschen Mischtoponyme. Leipzig, S. 209–260.
- Nord, Jenny (2009):* Changing landscapes and persistent places. An exploration of the Bjäre peninsula. – Lund (Acta Archaeologica Lundensia Series in 4° 29).
- Ortiz, Fernando (1987):* Contrapunteo cubano del tabaco y el azúcar. Havana 1940 [dt.: Tabak und Zucker. Ein kubanischer Disput. – Frankfurt a.M.
- Phillips, John (2006):* Agencement/Assemblage. – In: Theory, Culture & Society, 23, S. 108–109.
- Pratt, Mary Louise (1992):* Imperial eyes. Travel writing and transculturation. – London.
- Robbins, Paul u. Marks, Brian (2010):* Assemblage geographies. – In: Smith, Susan; Pain, Rachel; Marston, Sallie u. Jones, John-P. [eds.]: The SAGE Handbook of Social Geographies. Beverly Hills, S. 176–194.
- Rutz, Andreas (2018):* Die Beschreibung des Raumes. Territoriale Grenzziehungen im Heiligen Römischen Reich. – Köln u. Weimar.
- Schiffauer, Werner; Koch, Jochen; Reckwitz, Andreas; Schoor, Kerstin u. Kramer, Hannes (2018):* Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität. – Frankfurt/Oder.
- Schmeller, Johann Andreas (1872/1877):* Bayerisches Wörterbuch. – 2. Aufl., München.
- Schreiber, Stefan (2018):* Wandernde Dinge als Assemblagen. – Berlin.
- Sesay, Abdul; Oh, On-Ok u. Ramirez, Ronald (2016):* Understanding Sociomateriality through the Lens of Assemblage Theory: Examples from Police Body-Worn Cameras. – In: Proceedings of the 37th International Conference on Information Systems. Dublin, S. 1–19.
- Sohn, Christophe (2016):* Navigating borders' multiplicity: the critical potential of assemblage. – In: Area 48, S. 183–189.
- Taylor, Dana (1991):* "Transculturating Transculturation,". – In: Performing Arts Journal 13, S. 90–104.
- Thäte, Eva S. (2007):* Monuments and minds. Monument re-use in Scandinavia in the second half of the first millenium AD. – Lund (Acta Archaeologica Lundensia Series in 4°27).
- Uerlings, Herbert u. Patrut, Iulia (2013):* Inklusion/Exklusion und die Analyse der Kultur. – In: Uerlings, Herbert u. Patrut, Iulia [Hrsg.]: Inklusion/Exklusion und Kultur. Theoretische Perspektiven und Fallstudien von der Antike bis zur Gegenwart. Köln, S. 9–47.
- Wehner, Donat (2019):* Grenzkonstellationen: Konfrontation, Raum und Bewegung am »limes saxoniae«. – In: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft Archäologie Mittelalter und Neuzeit 32, S. 45–52.
- Welsch, Wolfgang (1992):* Transkulturalität – Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen. – In: Information Philosophie 2, S. 5–20.
- Welsch, Wolfgang (1994):* Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen. – In: Duve, Freimut [Hrsg.]: Sichtweisen. Die Vielheit in der Einheit. Frankfurt a.M., S. 84–122.
- Welsch, Wolfgang (1997):* Transkulturalität. Zur veränderten Verfassung heutiger Kulturen. – In: Schneider, Irmela u. Thomson, Christian W. [Hrsg.]: Hybridkultur: Medien, Netze, Künste. Köln, S. 67–90.

Welsch, Wolfgang (2012): Was ist eigentlich Transkulturalität? In: Kimmich, Dorothee, Schahadat, Schamma [Hrsg.]: Kulturen in Bewegung. Beiträge zur Theorie und Praxis der Transkulturalität. Bielefeld, S. 25–40.

Welsch, Wolfgang (2017): Transkulturalität. Realität – Geschichte – Aufgabe. – Wien.

Zeune, Joachim (1998/1999): Zur Geschichte der Burgen Alt- und Neufalkenstein bei Flintsbach am Inn, Lkr. Rosenheim. Bericht der Bayerischen Bodendenkmalpflege 39/40, S. 269–277.

Oliver Nakoinz und Daniel Knitter

Modelle der Transkulturalität¹

Mit 10 Abbildungen

1 Einleitung

Inklusion, Exklusion und Transkulturalität im Raum sind ein archäologisch und geographisch höchst relevantes Thema, das am Schnittpunkt gesellschaftlicher, kultureller und räumlicher Phänomene liegt. Transkulturalität ist gewissermaßen als Vereinigung in irgendeiner Weise abgegrenzter Kulturen zu verstehen, der auf einer gesellschaftlichen Ebene Inklusions- und Exklusionsmechanismen entsprechen. Dieses Themenfeld wird mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen verfolgt. Um diese jedoch in ihrer Funktionsweise und Wirkung verstehen zu können ist es wichtig, das jeweilige Konzept von Kultur darzulegen. Dieser Beitrag setzt genau an diesem Punkt an und präsentiert unterschiedliche Modelle der Transkulturalität. Hierbei ist von Bedeutung, dass die unterschiedlichen Kulturkonzepte unterschiedliche Arten von Transkulturalität ermöglichen oder gar implizieren. Die Abhängigkeit des Verständnisses der Transkulturalität von den Kulturkonzepten wird teilweise im historischen Verlauf dargestellt. Hierbei ist deutlich erkennbar, wie der Wandel der Kulturkonzepte zu ganz unterschiedlichen Auffassungen der Transkulturalität führt, die ihrerseits methodische Implikationen besitzen.

2 Modelle der Transkulturalität

2.1 Spezifische Kulturen

Am Anfang muss ein Konzept stehen, das eigentlich gar keine Transkulturalität enthält, das aber essentielle Bedeutung für die späteren Kulturkonzepte hat und viele Kulturkonzepte des 19. und 20. Jahrhunderts maßgeblich geprägt hat. Die Rede ist von *Johann Gottfried Herders* (1744-1803) (*Herder u.a.* 2012 [1774]) Konzept der Kultur aus dem Jahr 1774. Kultur war für *Herder* eine bestimmte Art, wie die Menschen ihr Leben gestalten, eine Art, die sich aus historischen Prozessen und naturräumlichen Bedingungen herleitet. Kulturen bilden konsistente

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

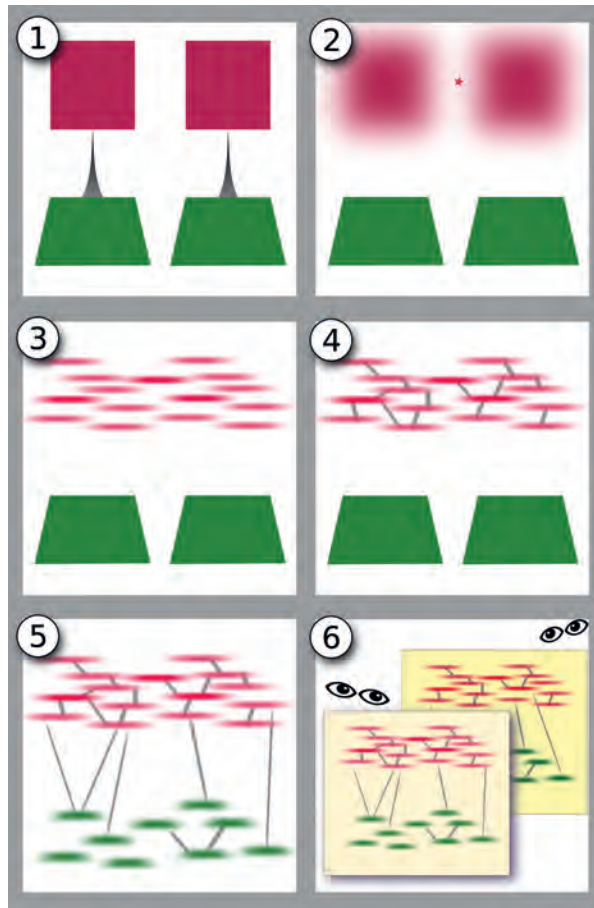


Abb. 1:
Modelle der Transkulturalität
Verfasser

Formen, das Leben unter bestimmten historischen und naturräumlichen Bedingungen zu führen, und sind Voraussetzung für ein glückliches Leben. Diesen Zusammenhang stellt er in seinem Kugelmodell der Kultur dar. Hierbei werden Nationen und Völker durch eine homogene Kultur charakterisiert. Herders Kulturmodell hat einige wichtige Implikationen:

- Kulturen werden durch die Umwelt determiniert,
- Kulturen sind homogen,
- Kulturen besitzen klar definierte räumliche Grenzen und
- Kulturen formen ein konsistentes System, in dem die einzelnen Elemente aufeinander abgestimmt sind.

In diesem Kulturmodell ist Transkulturalität nicht enthalten (Abb. 1,1). Lediglich die Wahrnehmung anderer Kulturen als etwas Fremdes ist diesem Konzept immanent. Wir können dieses Kulturkonzept schematisch darstellen, indem wir eine Umwelt (grün) die klar abgegrenzten und homogenen Kulturen (rot) beeinflussen lassen. Zwei Kulturen sind in keiner Weise verbunden.

2.2 Interkulturalität

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die Konzepte der Kultur intensiv weiterentwickelt. Diese können hier nicht umfassend dargestellt werden, so dass wir nur die wichtigsten Entwicklungen nennen können. Hervorzuheben ist etwa der ethnologische Kulturbegriff *Edward B. Tylors* (1832-1917), der Kultur auffasst als ein System von Gewohnheiten und Glaubensvorstellungen (*Tylor* 1970[1871]).

Carl Ortwin Sauer (1952) setzt letztlich auch auf die Vorarbeiten *Herders* und deren Weiterentwicklungen durch Geographen des 19. Jahrhunderts auf, fokussiert in seiner *Cultural Geography* aber stärker auf die naturräumlichen Rahmenbedingungen der Kulturen und thematisiert ausdrücklich interkulturelle Interaktion.

Während für *Herder*, etwa im Gegensatz zu *Kant*, eine rassische Erklärung regionalspezifischer Kulturen nicht in Betracht kam, so wurde dieser Ansatz im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem dominanten Konzept, das archäologisch in den Arbeiten *Kossinnas* (*Kossinna* 1911) kulminierte. Der Weg hierzu wurde nicht zuletzt von *Darwin* und *Galton* geebnet, die der Rassenkunde die Aura moderner Naturwissenschaften ermöglichte. Der Kern von *Kossinnas* sogenannter »*Siedlungsarchäologie*« ist ein Kulturbegriff, der sich am besten durch eine Kulturgleichung ausdrücken lässt (*Nakoinz* 2013a) und die ab etwa 1912 folgende extreme Form angenommen hat: Die Fundprovinzen stecken hierbei ein scharf umgrenztes Gebiet ab, in denen Kulturen ansässig sind, die ihrerseits von bestimmten Ethnien getragen werden. Diese Ethnien entsprechen bestimmten Rassen, die wiederum bewertet werden. Die Kulturen sind homogen. Interkulturalität in diesem Modell wird vor allem durch Völkerwanderungen und Eroberungen repräsentiert.

Dieser Ansatz wirkt heute sehr verstörend, entfaltete aber etwa seit 1900 eine enorme Wirkungsmacht. Um dies zu verstehen, müssen wir einen Blick auf etwas werfen, das wir ECNR-System² nennen wollen.

Das ECNR-System, benannt nach der Kombination aus *Ethnology, Culture, Nations and Race*, ist eine Symbiose unterschiedlicher Konzepte, die in der Ausprägung des späten 19. Jahrhunderts alle problematisch sind und deren Unzulänglichkeiten dadurch verdeckt wurden, dass sich diese Konzepte gegenseitig stützten. Es ist demnach kein Zufall, dass drei der Begriffe ebenfalls in der Kulturgleichung *Kossinnas* vorkommen, denn diese Konzepte wurden im späten 19. Jahrhundert zu einer vermeintlichen Einheit verbunden, die gleichermaßen politisch wie wissenschaftlich zu überzeugen schien. Wenngleich schon früh einzelne Mängel dieses Ansatzes erkannt wurden (z.B. *Jacob-Friesen* 1928), so war es doch gerade die Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft, die es vermochte, die vordergründige Überzeugungskraft dieses Ansatzes gegenüber den inhaltlichen Schwächen hervorzuheben.

2 Das ECNR-System wurde zuerst im Vortrag *Celts and Cargo Cult Science* in der Session CC6 »*Rethinking the Celts*« auf der EAA in Glasgow im September 2015 vorgestellt.

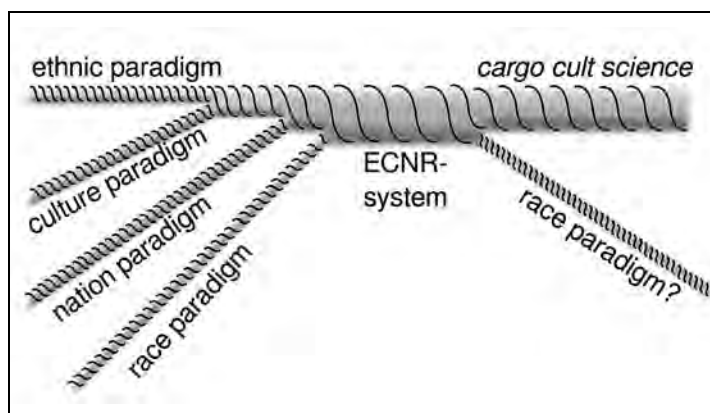


Abb. 2:
Entwicklung des
ECNR-Systems
als verbundene
Stränge im chrono-
logischen Sinn
von links nach
rechts
Verfasser

Der Grund für den Erfolg dieses Konzeptes, das bis weit in das 20. Jahrhundert hinein seine Wirkung entfaltete, besteht letztlich darin, dass jede Komponente eine bestimmte Funktion erfüllt. Die ethnischen Einheiten bieten eine historische Identifikation, die Kultur die empirische Grundlage hierfür, die Nation schafft Bedeutung für die Bevölkerung und die Rasse steuert die Aura der modernen Naturwissenschaften bei, die Naturgesetze untersuchen. Dieses damit höchst bedeutsam gewordene Bündel an Konzepten impliziert gewissermaßen eine Art Kulturgleichung, in der Ethnien, Nationen, Kulturen und Rassen sich entsprechen. Intuitiv besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen diesen Einheiten. Nach unseren heutigen Vorstellungen sind diese Einheiten aber lediglich über analoge Interaktionsprozesse gekoppelt. Kulturen sind das Ergebnis von Interaktion im Sinne einer Angleichung, wie es unten beschrieben wird. Ethnien sind das Ergebnis spezifischer sozialer Interaktionen, während Nationen von politischen Interaktionen hervorgerufen werden. Rassen, sofern wir diese als biologische Einheiten auffassen wollen, resultieren aus biologischen Interaktionsprozessen. Der Zusammenhang zwischen diesen Einheiten ist demnach hochgradig komplex und lässt sich nicht in einer einfachen Kulturgleichung darstellen.

Das ECNR-System löste sich im 20. Jahrhundert allmählich auf. Während das Modell von *Kossinnas* Konzept wie auch das ECNR-System jenem *Herders* gleicht, da sich auch hier monolithische Kulturblöcke gegenüber stehen, so führte doch die Kritik an unterschiedlichen Details dieser Ansätze zu einem modifizierten Kulturverständnis und damit einhergehend zu einer spezifischen Auffassung von Transkulturalität, die sich am besten als Interkulturalität beschreiben lässt. Die sich hieraus ergebenden Charakteristika sind:

- Scharfe Kulturgrenzen können nicht vorausgesetzt werden,
- Kulturen können räumlich spezifisch sein, müssen es aber nicht und
- Individuen gehören einer Kultur zu einem gewissen Grad an.

Diese Aspekte lösen die monolithischen Kulturblöcke des letzten Modells etwas auf und erhöhen die Kontingenz des Kulturkonzeptes (Abb. 1,2). Die Transkulturalität erscheint hierbei als Interkulturalität. Individuen können räumlich wie in-

haltlich zwischen Kulturen stehen. Hierbei erscheinen sie nicht als Vollmitglieder der einzelnen Kulturen, sondern gehören diesen nur graduell an. Diesen interkulturellen Individuen kommt in diesem Kulturkonzept eine besondere Rolle als Kulturvermittler zu. Sie sind Ausnahmen des eigentlich traditionellen Kulturkonzeptes, und es sind relativ wenige, die Zugang zu mehreren Kulturen haben. Dieser Ansatz lässt sich einfach verallgemeinern, indem die Rolle zwischen den Kulturen, die Mehrfachzugehörigkeit nicht als Sonderfall, sondern als Normalfall angesehen wird. Damit kommen wir zur Multikulturalität.

2.3 Multikulturalität

Der Schritt von der Interkulturalität zur Multikulturalität ist inhaltlich recht klein, wie oben schon gezeigt wurde. Der Unterschied in der Wirkung der Konzepte ist aber immens, denn die Rolle jedes Individuums wird hierdurch neu definiert. Jedes Individuum besitzt grundsätzlich mehrere Mitgliedschaften in Kulturen. Die Kulturen sind hierbei nicht nur große Blöcke wie Nationalkulturen, sondern unterschiedliche Teile der Gesellschaft bilden ihre eigenen Kulturen aus wie etwa jene bestimmten Berufsgruppen. Ferner gibt es Abhängigkeiten zwischen den Kulturen, die aus Sicht der Mitglieder oder der Kulturinhalte beschrieben werden können. Kulturen lassen sich mitunter auf eine oder mehrere übergeordnete Kulturen in dem Sinne zurückführen, dass sie diese verbinden und weiter spezifizieren. Die wesentlichen Charakteristika sind also:

- Multiple Mitgliedschaften in Kulturen,
- feingranulare Kulturen und
- Kulturen formen eine Polyhierarchie.

Dieses Konzept der Kultur mit ihren Implikationen der Transkulturalität wird von den Arbeiten *Klaus Peter Hansens* (1942) getragen (2003). *Hansen* definiert: »Kulturen umfassen Standardisierungen, die in Kollektiven gelten.« (*Hansen* 2003, S. 39). Diese schlichte Definition beabsichtigt, den Großteil der gängigen Kulturkonzepte zu umfassen, und ist deshalb bewusst abstrakt gehalten. Die Kernaussage ist, dass bestimmte Gruppen von Menschen (die Kollektive) Werte, Praktiken und Vorstellungen teilen (die Standardisierungen). Hiermit werden also Menschen mit Kulturinhalten verbunden, ohne spezifische Angaben zu diesen Menschen oder den Kulturinhalten zu machen. Es ist also eine rein formale Definition. Der hohe Abstraktionsgrad dieser formalen Definition in Verbindung mit einer Interpretation von Artefakten und Baustrukturen als Indikatoren von Standardisierungen lässt dieses Kulturkonzept als ideal für die Archäologie erscheinen. Multikulturalität im Sinne von *Hansens* Kollektivwissenschaften können wir basierend auf der genannten Definition folgendermaßen formulieren: Individuen besitzen multiple Mitgliedschaften in Kollektiven, in denen unterschiedliche Standardisierungen gelten (Abb. 3).

Dieser Kulturansatz fasst Transkulturalität als Multikulturalität (Abb. 1,3). Multikulturalität ist damit eine bestimmte Mischung aus graduellen Mitgliedschaften in unterschiedlichen Kollektiven beziehungsweise Kulturen.

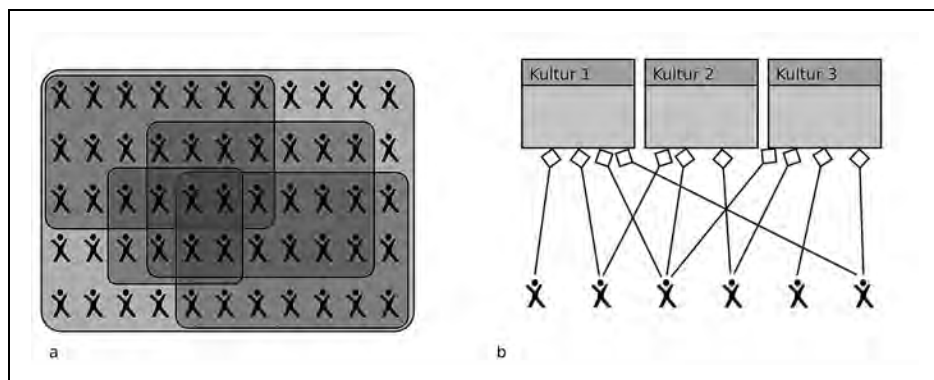


Abb. 3: Schemata der Multikollektivität
Verfasser

2.4 Interaktionsprozesse

Mit der Multikulturalität haben wir das umfassendste Kulturkonzept erreicht, das Implikationen auf Transkulturalität besitzt. Nun nähern wir uns dem eigentlichen Begriff der Transkulturalität und konzentrieren uns auf die Frage, was Transkulturalität in ihrer Bedeutung ausmacht. In der Multikulturalität ist eine Stellung zwischen den Kulturen der Normalfall, wird aber nicht mit einer besonderen Funktionalität herausgehoben. Die Individuen scheinen in diese Mischung aus Kulturen gewissermaßen hineingeboren zu sein und hierin leben zu müssen. Nehmen wir den Standpunkt der Individuen ein, so spielt diese Grundkonstellation der »ererbten« Kulturen, die Wahrnehmung eigener und fremder Kulturen und die Entscheidung, diese zu adaptieren oder dies nicht zu tun, eine ebenso große Rolle. Wir wechseln damit von einem Fokus, der einen Zustand beschreibt, hin zu einem, der einen Prozess beschreibt. Transkulturalität wird damit zu einem Interaktionsmotor, der als treibende Kraft die interkulturellen Beziehungen antreibt (Abb. 1,4). Diese interkulturellen Beziehungen sind hier aber nicht als Ausnahme oder Sonderfall, sondern als Normalfall gedacht und damit gewissermaßen der Hauptantrieb kultureller Entwicklungen. Die interkulturellen Beziehungen sind auch nicht grundsätzlich gerichtet von einer ausstrahlenden übergeordneten Hochkultur zu einer untergeordneten aufnehmenden Kultur – dies ist eher ein Sonderfall –, sondern formen ein komplexes Beziehungssystem.

2.5 Kontingente Interaktionsprozesse

Bisher haben wir uns seit *Herder* und *Sauer* den naturräumlichen Parametern nicht mehr zugewandt und implizit angenommen, dass diese einen eher statischen Einfluss auf die Kulturen haben. Diese Einschätzung ist unrealistisch. Umweltparameter bilden vielmehr unterschiedliche Profile bezüglich bestimmter Themen wie Nutzungsszenarien aus, die zudem von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich wahrgenommen werden. Auch hierauf können wir den Ge-

danken der graduellen multiplen Mitgliedschaft übertragen und kommen zu einem Modell unscharfer Umweltparameterprofile im Sinne der fuzzy sets. Zudem ist das Verhältnis Mensch–Umwelt nicht statisch. Umwelt und Kultur beeinflussen sich gegenseitig (z.B. *Sieferle 1997; Wardenga u.a. 2006*), womit der Begriff der Kulturlandschaft Ausdruck eines komplexen Wirkungsgefüges ist. Die Charakterisierung dieses Konzeptes umfasst demnach:

- Unterschiedliche Umweltparameterprofile,
- unterschiedliche Umweltwahrnehmungen,
- wahrgenommene Landschaft als unscharfe Mengen idealtypischer Umweltparameterprofile und
- wechselseitige Beeinflussung von Landschaft und Kultur.

Transkulturalität bekommt mit diesem Ansatz einen Fokus auf die unterschiedlichen Möglichkeiten und Einschränkungen der verschiedenen Standorte und Regionen, die einen erheblichen Einfluss auf die oben genannten Interaktionsprozesse besitzen (Abb. 1,5). Umweltparameter können den interkulturellen Austausch direkt (Transport) oder indirekt (Innovationsbedarf) beeinflussen.

2.6 Beobachtete Transkulturalität

Unser letztes Modell der Transkulturalität bezieht zusätzlich den Beobachter mit ein. Wir wandeln unser Modell um in ein bewusst ethisches Modell, in dem wir den Beobachter einbeziehen und selber beobachten, aber auch die Einschränkungen der ursprünglichen Akteure respektieren. Den Beobachter nicht als objektive, allwissende Forscherinnen und Forscher vorauszusetzen, sondern als interessengesteuerte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer pfadabhängigen Wissenschaftstradition zu verstehen, hilft uns, unser Modell einen Schritt hin in Richtung Intersubjektivität zu entwickeln. Durch das skeptische Hinterfragen des eigenen Modells wird dessen Qualität letztlich gesteigert, denn nun sind wir in der Lage, versteckte Annahmen und Einschränkungen anzugeben. Ein entsprechender Schritt hätte das ECNR-System vielleicht deutlich früher ins Wanken gebracht, da der Einfluss der politischen Interessen auf das vermeintlich objektive Modell unübersehbar gewesen wäre. Dieses letzte Modell (Abb. 1,6) der Transkulturalität, das wir hier vorstellen, hat folgende zusätzliche Charakteristika:

- Wir sind uns des beschränkten Wissens der Akteure und unserer beschränkten Daten bewusst,
- wir sind uns der Forschungsinteressen bewusst und lassen vielleicht unterschiedliche Forschungsszenarien einfließen und
- in gleicher Weise sind wir uns der Paradigmen, Theorien und Forschungstraditionen bewusst und bedenken Alternativen.

2.7 Fazit zum Begriff der Transkulturalität

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir unterschiedliche Modelle der Transkulturalität knapp auf der Basis der assoziierten Kulturkonzepte vorgestellt.

Die Modelle haben sich von etwas, das wir kaum wirklich als Transkulturalität bezeichnen können, hin zu etwas entwickelt, das mit diesem Begriff sehr wohl vereinbar ist. Transkulturalität können wir als ein System gegenseitiger Beeinflussung in einem Netzwerk verbundener Kulturen verstehen. Transkulturalität erkennt damit einen kohärenten Kern der einzelnen Kulturen an, aber weniger im Sinne *Herders*, für den Kulturen fast als Organismen aufgefasst werden könnten, sondern in dem Sinne, dass bestimmte Standardisierungen, also Kulturinhalte, wohl aufeinander abgestimmt ein mächtiges Werkzeug im Alltag sein können. In diesem Sinne kann etwa die Neolithisierung als Prozess eines Kulturtransfers aufgefasst werden, in dem bestimmte, aufeinander abgestimmte Standardisierungen gemeinsam aufgenommen werden oder auch nicht. Nur unter bestimmten Bedingungen wird dieses ursprüngliche »*Neolithische Paket*« aufgelöst, und einzelne Standardisierungen kombinieren sich zu neuen Systemen.

Die Abhängigkeit einiger Standardisierungen voneinander ist ein Grund, nicht zwangsläufig ein kulturelles Kontinuum anzunehmen, sondern mit mehr oder weniger stark räumlich oder nicht räumlich abgegrenzten Kulturen zu rechnen. Der Schritt von der Annahme räumlich strikt abgegrenzter Kulturen führt also nicht im Sinne eines Paradigmenwechsels zu den nicht abgegrenzten Kulturen, sondern hin zu einer kontingenten Betrachtungsweise, in der beides möglich und untersuchenswert ist. Der andere Grund, nicht per se ein kulturelles Kontinuum anzunehmen, ist die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit von Interaktionen, die Grundlage von Angleichung und der Übermittlung von Innovationen ist, nicht gleichmäßig im Raum verteilt ist. Naturräumliche ebenso wie soziale und ökonomische Parameter können diese Interaktionswahrscheinlichkeit beeinflussen.

Transkulturalität als Form der Interaktion hängt demnach ab von Faktoren, die die Interaktionswahrscheinlichkeit zwischen Gruppen, Individuen oder Orten beeinflussen:

- Transportkosten,
- kollektive und individuelle Identitäten und
- Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Kommunikation.

3 Modellierung von Transkulturalität

Die Modellierung von Transkulturalität als Prozess der Modellentwicklung beinhaltet im Wesentlichen drei Komponenten:

- Die Analyse der Interaktionsstrukturen, -netzwerke, -gebiete und -intensitäten im Sinne der Entwicklung empirischer Modelle,
- die Modellierung von Interaktionsnetzwerken im Sinne der Simulation und Entwicklung theoretischer Modelle und
- die Modellierung von Interaktionssystemen als Simulation komplexer Systeme (agentenbasierte Modelle).

Diese drei Schritte sollen im Folgenden kurz diskutiert werden.

3.1 Interaktionsanalyse

Die empirische Interaktionsanalyse umfasst zahlreiche Ansätze (Abb. 4), die in einer Synthese zusammengeführt und theoretischen Ansätzen gegenübergestellt werden können. Die unterschiedlichen Ansätze führen zu drei Modelltypen:

- Interaktionsintensitäten (Nakoinz 2013b),
- Interaktionsnetze (Nakoinz 2017b) und
- Interaktionsräume (Nakoinz 2013a).

Die Eingangsdaten, also die Quellen der empirischen Modelle, sind überwiegend den Kategorien Fundstellenlage und -verteilung, Chemie und Isotopie der Artefakte und Artefakttypologie zuzuordnen. Die Verknüpfung der unterschiedlichen technischen und mathematischen Ansätze erlaubt es nun, die oben angegebenen drei Modelltypen zu erarbeiten, und schafft damit eine solide Grundlage der

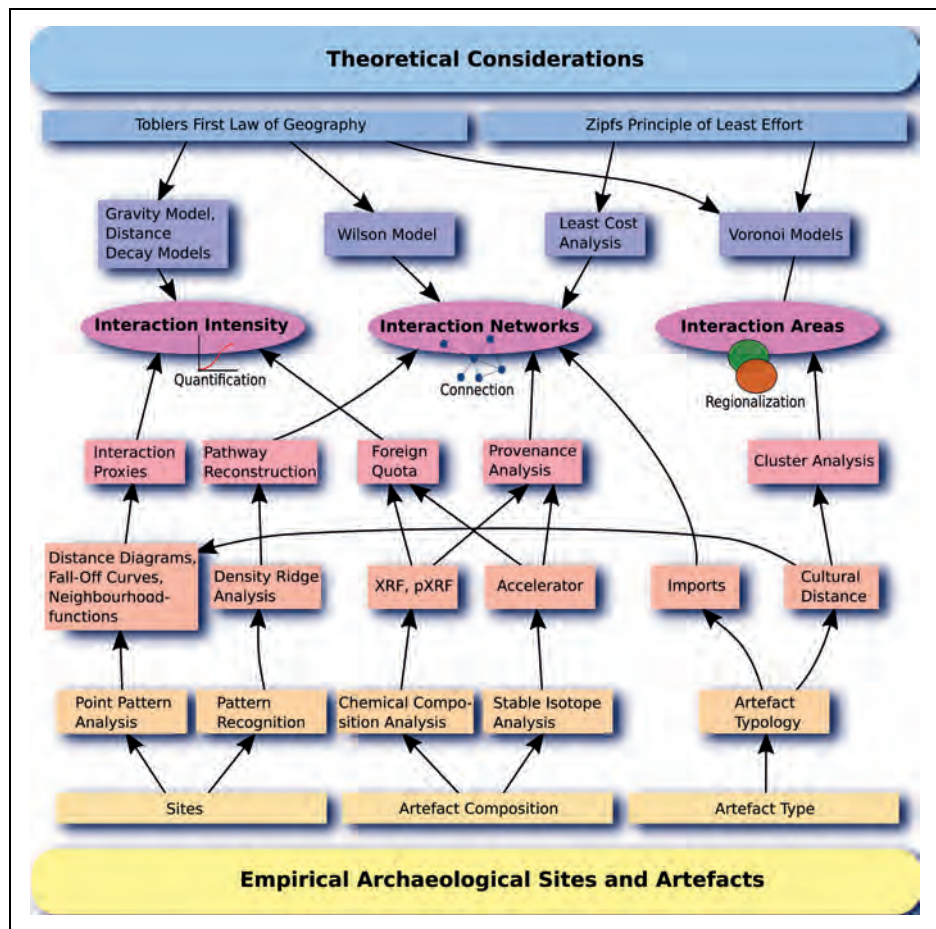


Abb. 4: Schema Interaktionsanalyse
Verfasser

Beurteilung von Interaktionen. Diese drei Modelltypen sind komplementäre Aspekte, die erst zusammengenommen ein Bild der Interaktionen ergeben. Spezifische Fragestellungen mag ein methodischer Ansatz beantworten können, nicht jedoch die generelle Frage nach Interaktion, die eine Beleuchtung aller drei genannten Aspekte erfordert. Bei den eingesetzten Methoden (Nakoinz 2013b) kann es sich um Distanzgraphen, empirische Wegerekonstruktionen, Kulturdistanzanalysen, Artefakttypologien oder Isotopenanalysen handeln.

3.2 Interaktionsmodellierung

Den empirischen Modellen stehen die theoretischen Modelle und Simulationen gegenüber (Abb. 4, Nakoinz u.a. 2016), die durch erstere validiert werden und die Kenntnisse zu den inneren Mechanismen und zugrundeliegenden Prinzipien liefern. Da die theoretischen Modelle vollständig konstruiert sind, auch wenn sie empirische Daten beinhalten, kennen wir die Konstruktionsprinzipien und -mechanismen und wissen deshalb warum das Modell genau so ist, wie es ist. Dieses Wissen fehlt uns bei den empirischen Modellen, bei denen wir wissen, wie sie sind und dass sie eine reale Vergangenheit beschreiben. Erst die Modelle, die empirische und theoretische Modelle integrieren, beziehungsweise die empirisch validierten theoretischen Modelle verfügen über beide Informationen und sind damit wissenschaftlich am reichhaltigsten.

Die theoretischen Interaktionsmodelle (Dios Ortúzar u.a. 2011) gehen vor allem von den Prinzipien des “*First Law of Geography*” von Tobler und des “*Least Effort*” von Zipf aus. Bei diesen Modellen kann es sich beispielsweise um Gravitationsmodelle, Entropie-Modelle, Least-Cost-Modelle oder Voronoimodelle handeln. All diese Methoden setzen bestimmte Annahmen und Prinzipien, aus denen bestimmte mögliche Zustände von Interaktionsmodellen folgen – wie beispielsweise Grenzverläufe –, die mit den empirischen Daten verglichen werden können.

Der hier genannte Modelltyp erlaubt es, aus den entsprechenden Eingangsdaten und Prinzipien eindeutige Zustände oder Zustandsbereiche abzuleiten. Wenn beispielsweise die mutmaßlichen Zentren bekannt sind und etwaige andere Parameter festgelegt wurden, dann liefern die unterschiedlichen Varianten der Voronoi-Graphen wie etwa die einfachen oder die gewichteten Voronoi-Graphen eindeutige Grenzverläufe. Das kann jedoch nicht grundsätzlich vorausgesetzt werden, da derartig deterministische Voraussagen in komplexen Systemen nicht möglich sind. Das führt uns zu den agentenbasierten Modellen.

3.3 Agentenbasierte Modelle (ABM)

Agentenbasierte Modelle simulieren Systeme, indem die Verhaltensweisen der Akteure oder der Akteursklassen definiert und unter Berücksichtigung von Informationen zur Umwelt und von Zufallsinformationen die Systemveränderungen aus der Summe der individuellen Aktivitäten abgeleitet werden (Abb. 5). Agentenbasierte Modelle lassen sich prinzipiell realitätsnah konfigurieren und

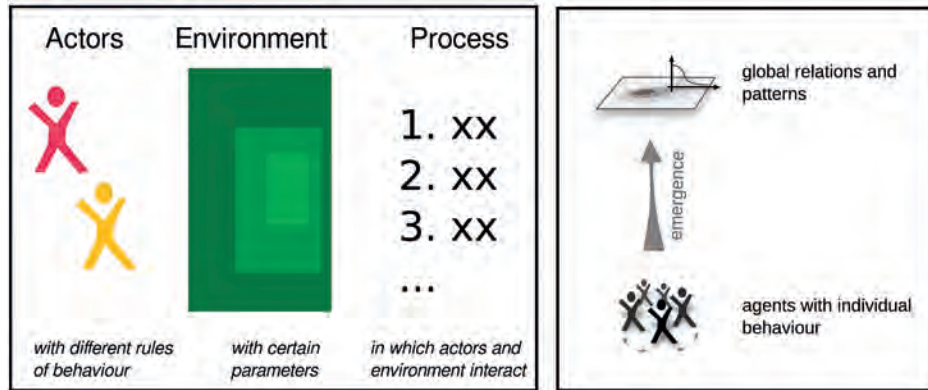


Abb. 5: Elemente und Schema der agentenbasierten Modellierung
Verfasser

leicht verstehen, da die Grundlage überschaubare Sätze an Verhaltensregeln sind. Die agentenbasierten Modelle werden in dem Moment interessant, in dem der Systemzustand sich nicht mehr analytisch aus den Verhaltensregeln und Anfangsbedingungen vorhersagen lässt. Das ist dann der Fall, wenn das System komplex ist (Sayama 2015). Komplexe Systeme zeichnen sich unter anderem durch nicht lineare Beziehungen, Emergenz und Pfadabhängigkeit aus. Systeme werden komplex, wenn sie eine bestimmte Größe erreichen oder wenn die Beziehungen von vorneherein nicht linear sind und schon bei wenigen Akteuren eine analytische Lösung nicht möglich ist. Kultur ist sicher als komplexes System zu verstehen.

Die Ziele der agentenbasierten Modellierung umfassen die Exploration des Systemverhaltens bei Variation der Parameter, die Ermittlung emergenter Muster und das Abschätzen möglicher Systemzustände.

Einige Aspekte der genannten Analysen sollen am Beispiel der Heuneburg verdeutlicht werden. Da die Details der zugrundeliegenden Untersuchungen an anderer Stelle ausführlich publiziert wurden (Nakoinz 2013a; Nakoinz 2017a; Nakoinz 2018b), können wir uns hier kurz fassen und auf wesentliche Elemente fokussieren, die für die Transkulturalität relevant sind. Die Heuneburg ist ein an der oberen Donau gelegener sogenannter Fürstensitz (Krausse u.a. 2017). Die Stelle wurde schon in der Bronzezeit genutzt und dann im 6. Jahrhundert v. Chr. zur Gründung eines Fürstensitzes verwendet, der eine Befestigung, Importe aus dem Mittelmeerbereich und reiche Gräber im näheren Umfeld besitzt (Abb. 6). Üblicherweise wird die Heuneburg wie auch die anderen Fürstensitze als Zentralort eines relativ großen Territoriums aufgefasst, von dem aus eine durch Territorialherrschaft zu Reichtum gekommene und in Kontakt zum mediterranen Raum stehende Elite dieses Gebiet beherrschte. Der Standort an der Donau und am Rande der Schwäbischen Alb ist dadurch gekennzeichnet, dass er an wichtigen Verkehrswegen entlang der Donau und quer über der Alb lag. Darüber hin-

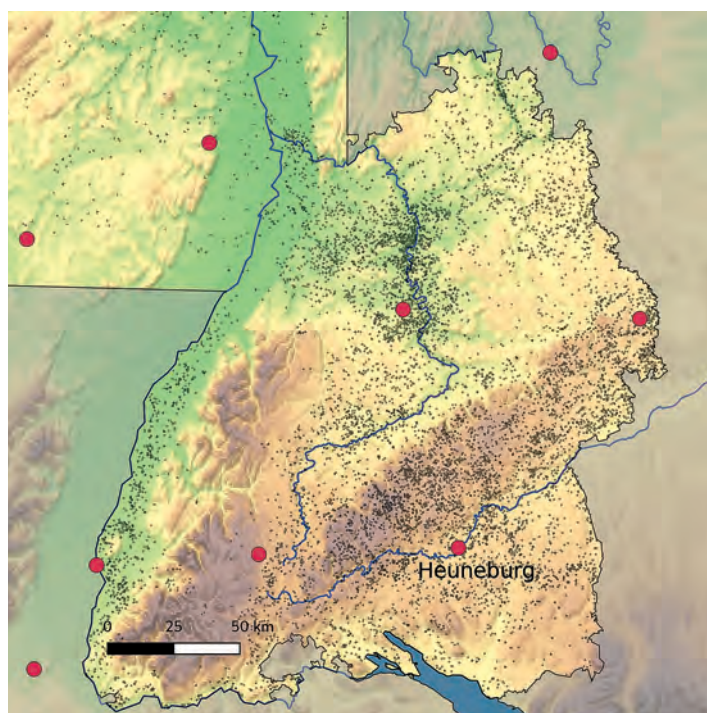


Abb. 6:
Lage der Heuneburg mit weiteren Fürstensitzen (rot) und eisenzeitlichen Fundstellen (schwarz) im Arbeitsgebiet Verfasser

aus liegt die Heuneburg an der Grenze naturräumlich unterschiedlich geprägter Landschaften, womit der Zugriff auf unterschiedliche natürliche Ressourcen möglich und eine gewisse Resilienz erreicht wurde. Von diesen begünstigten Standorten wird das weitere Umland unterworfen und in die Territorien der Fürstensitze eingegliedert, so scheint es. Es wird oft angenommen, dass äußere Einflüsse wie feindliche Übergriffe den Niedergang der Heuneburg und auch den massiven Einbruch der Bevölkerungszahlen während der Laufzeit der Heuneburg verursacht haben.

4.1 Importe

In unserem Kontext wird der Begriff des Imports nicht im ökonomischen Sinne verwendet, sondern verweist lediglich auf Objekte, die aus einem anderen Gebiet an den Fundort gelangt sind. Die mediterranen Importe, zu denen Keramik und Metallgefäße gehören, deuten kulturübergreifende Kontakte an. Da mediterrane Importe zu den Charakteristika der Fürstensitze im Allgemeinen gehören, dürfte es sich um regelhafte Kontakte gehandelt haben. Die Quantitäten lassen sich schwer abschätzen, da die Importfunde, die in eher geringer Zahl vorkommen, sicher nicht den Umfang des Austauschs anzeigen, sondern oft eher als Gastgeschenke oder Begleitgüter interpretiert werden. Als Kennzeichen der Elite dürfte den Importen und damit dem interkulturellen Austausch eine gewisse Bedeutung

zugekommen sein. Modell 1 der Transkulturalität können wir also sofort zurückweisen. Im Modell 2 können Händler eine gewisse Sonderrolle als Vermittler zwischen den Kulturen einnehmen. Diese kann in Modell 3 weiter ausgebaut werden. Hier sind es nicht nur die Vermittler, denen Multikollektivität möglich ist, sondern die gesamte Bevölkerung. In einer einfachen Variante dieses Modells können wir der einfachen Bevölkerung eine Mitgliedschaft im Kollektiv der regionalen Kultur und der niederen sozialen Ränge zubilligen, während die Elite den regionalen und den elitären Kollektiven angehört. Zudem besitzt sie in gewissem Maße gemeinsame Standardisierungen mit den Händlern und mit mediterranen Gemeinschaften. Es zeichnet sich also eine kulturelle Hierarchie ab, in der die Verbindung unterschiedlicher Kulturen der Normalfall ist und die Verbindung entfernter Kulturen zur eigenen Kultur einer elitären Weltläufigkeit wird. Hiermit erreichen wir schon Modell 4, denn dieser Austausch erscheint als ökonomische und soziale Triebkraft. Berücksichtigen wir zudem die Umwelt, gelangen wir zu Modell 5. Insbesondere die räumliche Verortung der Eliten ist nicht zufällig und gründet sich auf die vorteilhafte Lage der Heuneburg im europäischen Interaktionsnetz. Die Lage der Heuneburg ist zu einem bestimmten Zeitpunkt strategisch relevant. Während sich die naturräumlichen Bedingungen des Verkehrsnetzes vermutlich nicht oder nur marginal ändern, ist es die Konfiguration des Netzwerkes, das sich wandelt und den Standort der Heuneburg im Laufe der Eisenzeit obsolet werden lässt. Dies führt zum Niedergang der Heuneburg und zum Aufblühen weiter nördlich gelegener funktional analoger Orte. Modell 6 schließlich lässt uns unsere Modelle hinterfragen. Welche versteckten oder unhaltbaren Annahmen enthalten unsere Modelle auch noch, nachdem die Optimierung von Modell 1 zu Modell 5 durchlaufen wurde? Zu den Annahmen, die wir verdeckt mitgeführt haben, zählt vielleicht, dass die mutmaßlichen Territorien den kulturellen Räumen entsprechen, dass die Heuneburg ein Handelspartner des Südens ist und das nördliche Ende dieser Interaktionsverbindung darstellt, und dass eine Gliederung in kulturelle Räume relevant sein kann. Darüber hinausgehen wir von Zentralorten im Sinne *Christallers*, von streng hierarchischen Sozialstrukturen und von stabilen, kaum komplexen Systemen aus. Diese Aspekte beleuchten wir in den nächsten Absätzen. Weiterhin sollten wir uns vergegenwärtigen, dass unterschiedliche Modelle für unterschiedliche Fragestellungen gültig sein mögen, ohne sich zu widersprechen. Unsere Modelle greifen aus der komplexen Realität lediglich bestimmte Aspekte heraus und stellen diese in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen. So sind beispielsweise Aspekte der Homogenität, der Abgrenzung und der Multikollektivität von Kulturen hier in diesen Modellen von Bedeutung. Diese Modelle sind per se nicht universell.

4.2 Kulturelle Räume

Wenn der Reichtum *der* Heuneburg-Eliten auf der Nutzung oder Ausbeutung des Umlandes, also des beherrschten Territoriums, beruht, dann kann man innerhalb dieses Gebietes derart intensive Beziehungen des Zentrums zum Umland annehmen, dass diese Beziehungen sich in einer Angleichung der Standardisierungen,

angezeigt durch ein Angleichen der materiellen Kultur, zu erkennen geben. Die Frage, ob es kulturelle Räume entsprechender Größe gibt, die mit den Fürstensitzen korrespondieren, hilft also, das Problem der Rolle der Interaktionen und des Austauschs und insbesondere des kulturüberschreitenden Austauschs zu klären.

Die hier angewandte Methode (Nakoinz 2013a; Cormier u.a. 2017; Nakoinz 2018a) beruht auf kulturellen Distanzen, die anhand archäologischer Beobachtungen ermittelt werden. Archäologische Beobachtungen dienen hierbei als Hinweis auf Standardisierungen, deren genauer Inhalt uns nicht bekannt sein muss. Vielmehr wird die Zusammenstellung an archäologischen Beobachtungen, das Typenspektrum, als kultureller Fingerabdruck genutzt, welches einen Vergleich ermöglicht. Für unterschiedliche Zeitstellungen und Teile der Gesellschaft werden unterschiedliche Typenspektren formal definiert und anhand der vorliegenden archäologischen Informationen für unterschiedliche Fundstellen oder abstrakte Probenpunkte befüllt. Nun werden für die einzelnen Arten der Typenspektren die Punkte mit gleichartigen Typenspektren mittels einer Clusteranalyse zu Gruppen zusammengefasst. Es folgt eine zweite Clusteranalyse, die die Gruppen der ersten Clusteranalyse anhand ihres räumlichen Überlappungsgebietes gruppiert und damit die dominanten Strukturen herausarbeitet.

Das Ergebnis (Abb. 7) zeigt unterschiedliche überlappende und unscharf gegeneinander abgegrenzte Kulturbereiche, die einerseits kompakte Kulturzonen und andererseits langgestreckte Kommunikationskorridore abbilden. Die gezeigten Strukturen kommen in allen betrachteten Phasen vor und werden durch heterogene Strukturen der einzelnen Zeiten und Gesellschaftsteile überlagert. Damit sehen wir in diesen Ergebnissen eher latente Strukturen. Auffällig ist, dass weder die Ergebnisse der ersten Clusteranalyse noch die der zweiten Clusteranalyse mit den Fürstensitzen korrespondieren. Vielmehr liegen die Fürstensitze an den kulturellen Grenzen. Damit ist die Annahme ausgeprägter *Christallerzentren* widerlegt und muss für die Fürstensitze durch ein Modell der Netzwerkzentralität ersetzt werden. Die Fürstensitze sind wohl keine Endpunkte der Südkontakte, sondern vermitteln als Netzwerkzentren in beide Richtungen (Nakoinz 2018c). Zudem wird die transkulturelle Rolle der Fürstensitze unterstrichen. Die dominante Funktion der Fürstensitze und ihrer Eliten ist eher nicht die Territorialherrschaft, denn die Territorien sind entweder recht klein, oder werden nicht intensiv vom Zentralort ausgenutzt. Ihre Funktion dürfte durch ihre Lage an der Grenze erkennbar sein. Die Fürstensitze weisen eine strategisch günstige Lage an wichtigen Verkehrsachsen und an der Grenze zwischen Kulturräumen auf, so dass die Annahme nahe liegt, dass sie ihre Bedeutung aus der Vermittlung zwischen diesen Räumen ziehen. Das erfolgt auf zwei Ebenen. Auf der regionalen Ebene vermitteln die Fürstensitze zwischen den in der Analyse erkennbaren Kulturräumen und verdanken ihre Entstehung vermutlich der hiermit verbundenen Lage und Funktion. Hiermit sind die Südkontakte noch nicht berücksichtigt. Die Vermutung liegt nahe, dass die Fürstensitze auch als Netzwerkzentren auf überregionaler Ebene fungierten und zwischen Austauschsystemen südlich und nördlich von ihnen vermittelten. Die Lage an der Grenze großräumiger Organisationssysteme

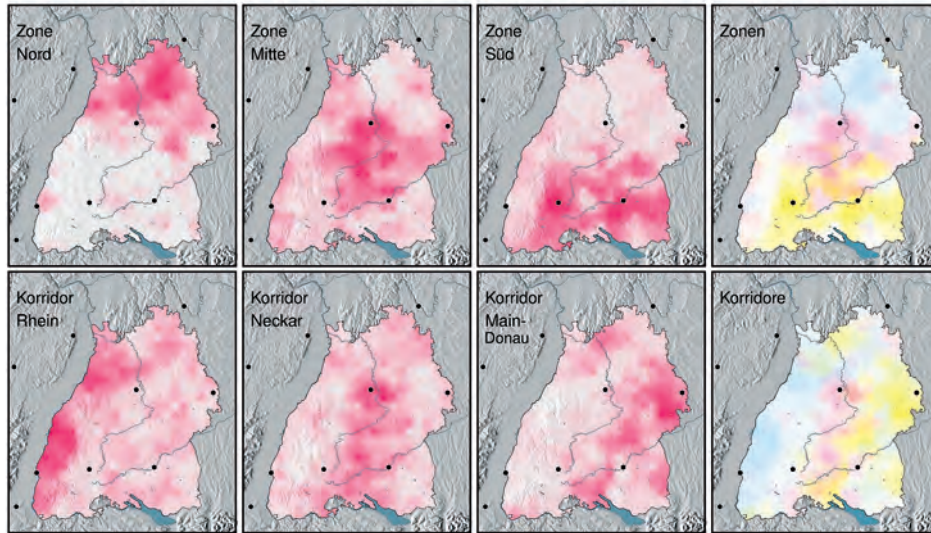


Abb. 7: Ergebnis der Kulturreaumanalyse
Verfasser

scheint sich im Laufe der Zeit langsam nach Norden verlagert zu haben, womit auch die Funktion der Fürstensitze nach gewisser Zeit an einem Standpunkt obsolet wurde. Mit diesen Beobachtungen werden die letzten drei Modelle der Transkulturalität betont. Transkulturalität als Interaktionsmotor, die Einbindung naturräumlicher Aspekte, die das Verkehrsnetz prägen, und der kritische Blick auf den Beobachter scheinen unverzichtbar für eine sachgemäße Bearbeitung des hier betrachteten Phänomens zu sein.

3 Komplexität

Als letzten Ansatz wenden wir uns der Komplexität und der Frage nach dem Bevölkerungseinbruch in der Phase Ha D2 zu (Nakoinz 2017a). In Abb. 8 sind naturräumliche Parameter (Temperatur und Kolluvien) und kulturelle Parameter (Bevölkerung der Heuneburg und Siedlungen im Umland) aufgeführt. Es scheint einen Zusammenhang zu geben. Ein geringer Temperaturrückgang scheint einen gesellschaftlichen Prozess ausgelöst zu haben. Offensichtlich kommt es zu einem Zusammenbruch der Gesellschaft der Heuneburg. Ein Großteil der Bevölkerung verlässt die Heuneburg und siedelt sich im Umland an. Auch die Landwirtschaft scheint intensiver betrieben zu werden, vielleicht um geringere Erträge zu kompensieren. Die Frage ist nun, ob ein derartiger Kollaps auf externe Gründe zurückzuführen ist, oder alleine durch die innere Dynamik verursacht werden kann. Zur Beantwortung dieser Frage können agentenbasierte Modelle beitragen. Hervorzuheben ist, dass unsere Frage so formuliert ist, dass nicht nach spe-

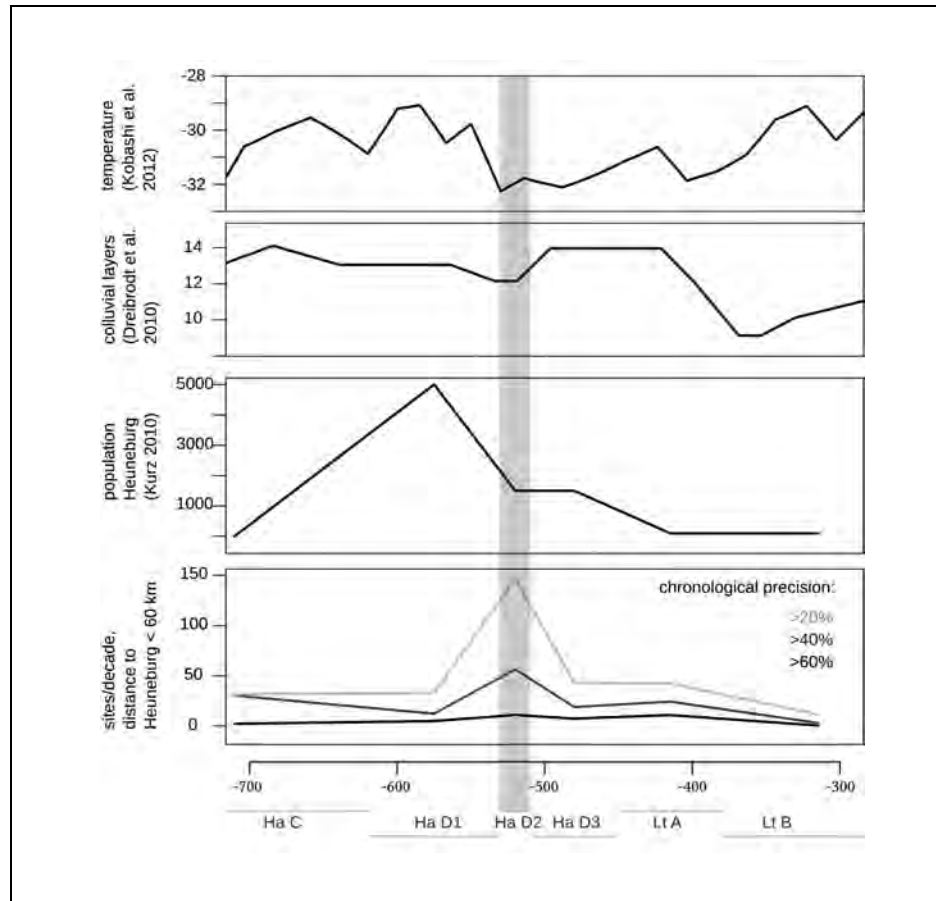


Abb. 8: Entwicklung naturräumlicher und kultureller Parameter der Heuneburg
Verfasser

zifischen historischen Ereignissen, sondern nach möglichem Systemverhalten gefragt wird. Simulationen wie agentenbasierte Modelle können keine Ergebnisse zu vergangenen Ereignissen oder Prozessen liefern, sondern nur die Funktionsweise von Systemen verdeutlichen und visualisieren. Für unsere Aufgabe verwenden wir ein einfaches Modell (Abb. 9). Den hier dargestellten Regeln folgen die Agenten in ihren iterativen Durchläufen des Modells. Beide Agententypen, Einheimische und Händler, können in jedem Iterationsschritt entscheiden, ob sie sich zu einem anderen, durch Zufallszahlen generierten Platz bewegen wollen. In jedem Schritt wird aufgrund von agententypenspezifischen Regeln geprüft, ob die neue Position eingenommen werden soll oder nicht. Die Händler bevorzugen, sich nach Norden zu bewegen. Beide haben eine maximale Distanz, die bei Einheimischen geringer ist als bei Händlern. Wege und Reichtum ziehen eben-

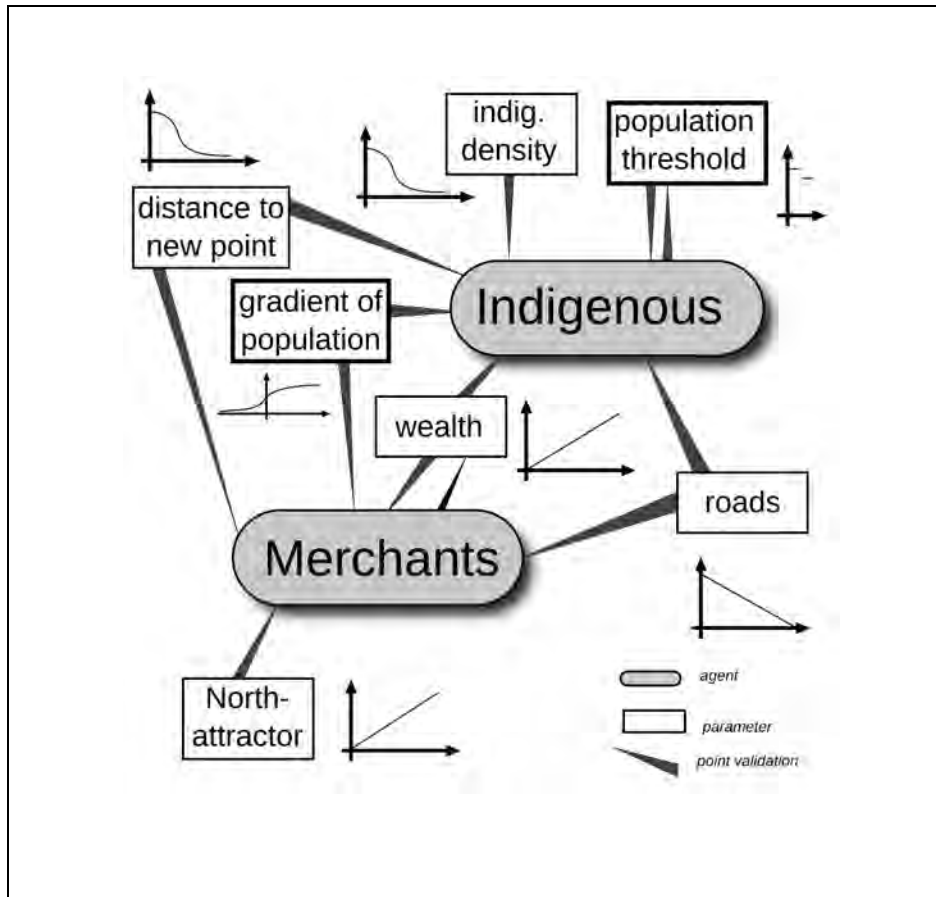


Abb. 9: Schema des agentenbasierten Modells
Verfasser

falls beide Agententypen an. Reichtum kann durch einfache Transaktionen zwischen Händlern und Einheimischen akkumuliert werden und ist im Simulationssystem zunächst ein Kennwert für eine mögliche Interaktion zwischen beiden Agententypen. Die Einheimischen werden bis zu einem bestimmten Grenzwert von umfangreichen Populationen angezogen. Beide werden zudem von wachsenden Bevölkerungen angezogen und von einem negativen Bevölkerungsgradienten abgestoßen. Hierdurch kommt ein gewisses Maß an Komplexität in das Modell, das zu einem nichtlinearen Verhalten führt. In diesem Modell entstehen und zerfallen Agglomerationen als die Konzentrationen von Agenten an einem Ort. Das Modell kann hierbei mögliche Szenarien zeigen und es erlaubt, die Wirkung von Parameteränderungen zu erkunden.

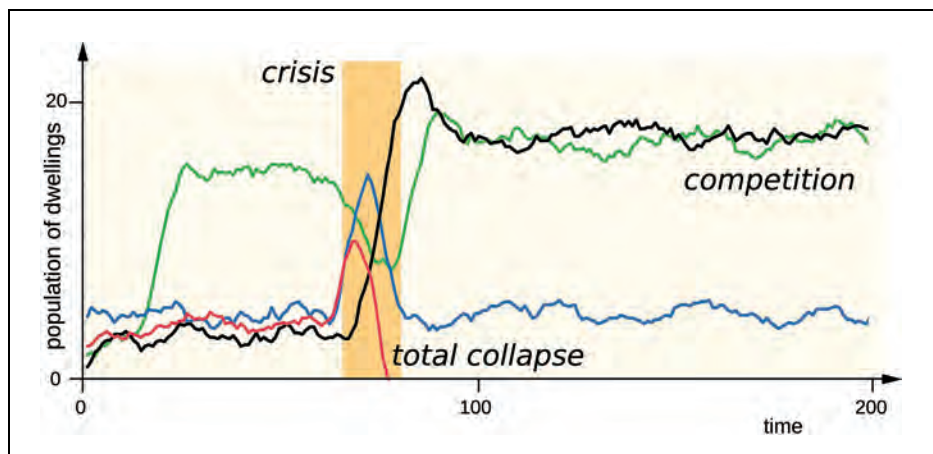


Abb. 10: Siedlungsgrößen nach Simulationen des agentenbasierten Modells
Verfasser

In Abb. 10 ist beispielhaft für einen Simulationsdurchlauf die Größe ausgewählter Siedlungen beziehungsweise Agglomerationen des oben skizzierten Modells über der Zeit zu sehen. Offensichtlich sind vollständige und teilweise Zusammenbrüche möglich, die alleine durch systemimmanente Dynamik hervorgerufen werden, da die Parameter während einer Simulation nicht von außen verändert werden. Die in Abb. 10 zu sehenden Prozesse des Wachstums, des Kollaps und der Konkurrenz basieren ausschließlich auf der inneren Dynamik des einfachen Modells. Wachstum kann durch interkulturelle Kontakte, die im Modell dargestellt werden, hervorgerufen werden, und Gesellschaften können kollabieren, wenn Bevölkerungsschwellenwerte überschritten werden. (Näheres hierzu in Nakoinz 2017a). Auch dieses Ergebnis stützt eine kritische Herangehensweise, die Annahmen des Beobachters, in diesem Fall die Notwendigkeit externer Kräfte, hinterfragt.

5 Fazit

Dieser Beitrag zeigt, dass unterschiedliche Kulturkonzepte zu unterschiedlichen Modellen der Transkulturalität führen und dass diese grundlegenden Einfluss auf die Ergebnisse der Untersuchung jeglicher archäologischer Fallbeispiele haben, in denen Kulturen und ihre Beziehungen eine Rolle spielen. Multikollektivität, Transkulturalität als Normalfall und als Motor der Interaktion und historischer Entwicklungen sowie ein kritischer Blick auf den Beobachter und seine Annahmen haben sich für unser Beispiel als essentiell erweisen. Die Entwicklung vom Modell *Herdens* bis hin zum beobachteten Beobachter bedeutet für unser Fallbeispiel einen grundlegenden Wandel der Interpretation und eine gänzlich andere Einschätzung der Bedeutung der Transkulturalität für historische Prozesse. Transkulturalität erscheint als wesentliche Triebkraft historischer Prozesse.

Die betrachteten Kulturkonzepte und Modelle der Transkulturalität stellen keine inkommensurablen Paradigmen im Sinne *Kuhns* (1962) dar, sondern bauen aufeinander auf und korrigieren Aspekte der vorangehenden Modelle. In diesem Sinne fußt auch Modell 6, das Modell des beobachteten Beobachters der Transkulturalität, noch auf dem Kulturkonzept *Herders*. Es spezifiziert aber viele Aspekte wie etwa die Multikollektivität, der die verdeckte Annahme der Monokollektivität gegenüberstand, die jedoch dem Konzept nicht immanent war und letztlich nur einen theoretischen Sonderfall darstellt. Zudem korrigiert Modell 6 andere Konzepte, wie etwa die Kulturgleichung, die dem Inhalt gänzlich unangemessen ist. Erst die Integration der unterschiedlichen Standpunkte ergibt ein bedeutungsvolles Ergebnis, da etwa Modell 6 ohne die Substanz der aus den anderen Modellen ererbten Teile lediglich eine Metapher der Reflexivität wäre.

Zusammenfassung

Das Verständnis von Kultur hat sich in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten deutlich verändert und damit auch einen erheblichen Wandel des Konzeptes der Transkulturalität nach sich gezogen. In diesem Beitrag stellen wir sechs Modelle der Transkulturalität vor, die auf unterschiedlichen Kulturkonzepten beruhen. Es sind die Modelle der spezifischen Kulturen, der Interkulturalität, der Multikulturalität, der Interaktionsprozesse, der kontingenten Interaktionsprozesse und der beobachteten Transkulturalität. Anschließend werden die Modellierungskonzepte und Analysemethoden besprochen und einige davon in einer Fallstudie zur Heuneburg vorgestellt.

Summary

Models of transculturality

The notion of culture considerably changed during the previous two and a half centuries and also induced a change of concepts of transculturality. In this article we present six models of transculturality which are the models of distinct cultures, of interculturality, of multiculturalism, of interaction processes, of contingent interaction processes and of observed transculturality. Then, we discuss concepts of modelling and methods for analysing transculturality. Finally, we present a case study on the Heuneburg, a hilltop settlement on the upper course of the Danube, applying some of the mentioned concepts.

Danksagung

Die Arbeit an diesem Artikel wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert (DFG, Projektnummer 2901391021 – SFB 1266, Projektnummer 222256586 NA 687/1-2, Projektnummer 252470382 NA 687/3-2 und Deutsche Exzellenz Strategie – EXC-2150–390870439).

Literatur

- Cormier, L.T.; Nakoinz, O. u. Popa, C.N. (2017):* Three methods for detecting past groupings: Cultural space and group identity. – In: *Journal of Archaeological Method and Theory* 25/2, S. 643–661.
- Dios Ortúzar, J. de u. Willumsen, L.G. (2011):* Modelling Transport. – Hoboken.
- Hansen, K.P. (2003):* Kultur und Kulturwissenschaft: Eine Einführung. – Tübingen.
- Herder, J.G. von u. Irmscher, H.D. (2012 [1774]):* Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. – Stuttgart.
- Jacob-Friesen, K.H. (1928):* Grundfragen der Urgeschichtsforschung: Stand und Kritik der Forschung über Rassen, Völker und Kulturen in urgeschichtlicher Zeit. – Hannover.
- Kossinna, G. (1911):* Die Herkunft der Germanen: Zur Methode der Siedlungsarchäologie. – Würzburg.
- Krause, D.; Hansen, L.; Fernández-Götz, M. u. Kretschmer, I. (2017):* Die Heuneburg – älteste Stadt nördlich der Alpen. – Esslingen am Neckar.
- Kuhn, T.S. (1962):* The structure of scientific revolutions. – Chicago.
- Nakoinz, O. (2013a):* Archäologische Kulturgeographie der ältereisenzeitlichen Zentralorte Südwestdeutschlands. – Bonn.
- Nakoinz, O. (2013b):* Räumliche Interaktionsmodelle. – In: *Prähistorische Zeitschrift* 88, S. 226–257.
- Nakoinz, O. (2017a):* Quantifying Iron Age urbanism. – In: Stoddart, S. [Hrsg.]: *Delicate urbanism in context: Pre-Roman German urbanism (The DAAD Cambridge Symposium)*. Cambridge (McDonald Institute Monographs), S. 87–95.
- Nakoinz, O. (2017b):* Kollektive und Netzwerke als komplementäre Ansätze in der Eisenzeitforschung. – In: *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* 3(2), S. 61–82.
- Nakoinz, O. (2018a):* Geographisch-archäologische Methoden und Konzepte der Identitätskonstruktion. – In: Grunwald, S.; Hofmann, K.P.; Werning, D.A. u. Wiedemann, F. [Hrsg.]: *Mapping ancient identities: Methodisch-kritische Reflexionen zu Kartierungspraktiken*. Berlin, S. 243–260.
- Nakoinz, O. u. P. Lüth (2018b):* Hierarchien, Territorien und Zentren der Vorrömischen Eisenzeit. – In: *Prähistorische Zeitschrift* 93, S. 121–143.
- Nakoinz, O. (2018c):* The Iron Age in Southwestern Germany. – In: Haug, A.; Käppel, L. u. Müller, J. [Hrsg.]: *Past landscapes. The dynamics of interaction between society, landscape and culture*. Leiden, S. 259–276.
- Nakoinz, O. u. Knitter, D. (2016):* Modelling human behaviour in Landscapes – Basic concepts and modelling elements. – New York.
- Sauer, C.O. (1952):* Agricultural origins and dispersals. – New York.
- Sayama, H. (2015):* Introduction to the modelling and analysis of complex systems. – Geneseo, NY.
- Sieferle, R.P. (1997):* Kulturelle Evolution des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses: Ein Versuch in Sozialer Ökologie. – In: Fischer-Kowalski, M.; Haberer, H.; Hüttler, W. Payer, H.; Schandl, H. u. Winiwater, V. [Hrsg.]: *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur*. Amsterdam, S. 37–53.
- Tylor, E.B. (1970 [1871]):* Religion in primitive culture. – Cloucester, Mass.
- Wardenga, U. u. Weichhart, P. (2006):* Sozialökologische Interaktionsmodelle und Systemtheorien – Ansätze einer theoretischen Begründung integrativer Projekte in der Geographie. – In: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 148, S. 9–31.

David Schnur

Vom Quartier zur Gasse

Das spätmittelalterliche Judenviertel in Frankfurt a.M. im Spiegel von Inklusion und Exklusion¹

Mit 2 Abbildungen

Der nachfolgende Beitrag widmet sich den topographischen Siedlungsverhältnissen der jüdischen Gemeinde in der Reichs- und Messestadt Frankfurt am Main während des späten Mittelalters. Der zeitliche Fokus liegt dabei zwischen der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts und der vom städtischen Rat erzwungenen, innerstädtischen Siedlungsverlagerung im Jahr 1462, die innerstädtisch über mehrere Dekaden hinweg teils kontrovers diskutiert worden war. Dieser Wohnzwang für Juden in der Frankfurter Judengasse wurde nach verheerenden Bränden in den Jahren 1711 und 1721 zwar temporär gelockert, doch erst 1796 im Zuge der Eroberung der Stadt durch französische Revolutionstruppen vollends aufgehoben (dazu *Backhaus* 2016, S. 15–40). Beschränken werde ich mich im Folgenden auf den privaten Hausbesitz der Frankfurter Juden, während gemeinschaftliche Einrichtungen wie Synagoge, Frauenbad sowie Versammlungs- und Tanzhaus nur peripher behandelt werden (dazu siehe *Schnur* 2017a, S. 187–206; *Korn* 1988). Als Hintergrundfolie dient dabei die Konzeption des Begriffspaares »Inklusion|Exklusion«, wie sie der 2012 erfolgreich abgeschlossene Trierer Sonderforschungsbereich 600 »Fremdheit und Armut. Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart« als Leittheorie definiert hat. Dabei werden vor allem »elementare Regulierungen bzw. Konstitutionsbedingungen von sozialem Zusammenleben angesprochen« und »nach dem Wandel, dem die For-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde. Erste Überlegungen zur Thematik, insbesondere zur Identifikation des Schreibers der antijüdischen Kommentare (siehe Abschnitt 6), gehen zurück auf meinen bislang nicht publizierten Vortrag »Blicke auf Interna: Antijüdische Kommentare in seriellen Quellen des Spätmittelalters am Beispiel der Bürgermeisterbücher der Reichsstadt Frankfurt am Main«, den ich im Rahmen des 15. Symposiums des Mediävistenverbandes »Abrahams Erbe: Konkurrenz, Konflikt, Koexistenz im Mittelalter« in der Sektion 25: Die Darstellung von Juden in erzählenden und administrativen Quellen des Spätmittelalters am 6. März 2013 in Heidelberg gehalten habe.

men der Einschließung und der Ausgrenzung unterliegen« gefragt (Raphael 2008, bes. S. 17–23, die Zitate S. 14). Dieser Ansatz hat sich für die Beschreibung vor-moderner christlich-jüdischen Beziehungen als tragfähig erwiesen (jeweils mit weiterer Literatur Stretz 2016; Hirbodian u. Stretz 2016).

1 Quellengrundlage

Hinsichtlich der Quellengrundlage muss vorausgeschickt werden, dass für keine andere nordalpine Judengemeinde des Mittelalters eine derart dichte Quellenüberlieferung auf uns gekommen ist, wie für die Frankfurter (Schnur 2017a, S. 23–38). Allein für das 13. und 14. Jahrhundert liegen rund 14 000 zeitgenössische Belege vor, die überwiegend auf serielle Quellengruppen zurückgehen; so beinhalten allein die Frankfurter Schöffengerichtsprotokolle zwischen 1330 und 1400 rund 10 500 Judaica (speziell zu den Schöffengerichtsbüchern Schnur 2014, S. 220 und S. 230–236). Tausende weitere Judenbelege sind in den städtischen Rechenmeisterbüchern, Bedebüchern sowie Insatzbüchern enthalten. Im 15. Jahrhundert setzt zudem die Überlieferung der für die städtische Geschichte höchst bedeutsamen Ratsprotokolle ein, die unter der etwas irreführenden Bezeichnung »Bürgermeisterbücher« (im Folgenden: Bmb) seit den 1430er Jahren nahezu lückenlos überliefert sind (dazu Matthäus 2012, bes. S. 15f.). Für das 15. und frühe 16. Jahrhundert bricht die Überlieferung keineswegs ab, sondern bleibt mit rund 10 000 Nachweisen zwischen 1400 und 1519 nominell auf einem vergleichbaren, ausgesprochen dichten Niveau, gleichwohl insbesondere die 1944 eingetretenen Verluste bei den seriellen Quellen beachtlich sind. Noch vor ihrer Auswertung gingen die Rechenmeister- und Bedebücher vollständig sowie die Schöffengerichtsprotokolle des späten Mittelalters verloren (Meinert 1948, S. 35–41; zuletzt Brockhoff 2013, S. 203). Ferner ist zu bemerken, dass der Erschließungsstand dieser Quellen zur jüdischen Geschichte Frankfurts ebenfalls singulär ist – zu keiner anderen nordalpinen Judengemeinde liegt die spätmittelalterliche Quellenüberlieferung in einer derart gebündelten Weise und summa summarum wohl recht vollständig in Editionen oder als Regesten vor (Kracauer 1914a; Andernacht 1996–2006; 2007; Schnur 2011; 2016).

Innerjüdische Quellen, wie sie etwa seit dem 12. Jahrhundert zum Kölner Judenviertel in Form von hebräischen Vorurkunden zu innerjüdischen Grundstücks- und Hausgeschäften vorliegen, die zusätzlich im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vor christlichen Instanzen in lateinischer Sprache bekundet wurden und aus diesem Grund in den sogenannten Schreinsbüchern überliefert sind (Laqua 2014), fehlen für Frankfurt vollständig. Gleiches gilt auch für tausende Schiefertafeln mit hebräischen Schriftzeichen, die vor wenigen Jahren ebenfalls in Köln bei archäologischen Grabungen gefunden wurden (Haverkamp 2014, S. 7); ihre hoffentlich baldige Auswertung wird sicherlich zahlreiche neue Befunde und Einsichten ermöglichen. Erhalten haben sich für Frankfurt lediglich einige Dutzend hebräische Dorsualvermerke auf Schuldurkunden des 14. Jahrhunderts (Schnur 2017a, S. 431–447), doch topographische Erkenntnisse hieraus,

wie sie *Christian Scholl* für die jüdische Gemeinde Ulms erarbeitete (*Scholl* 2012, S. 105–107; 2014), sind für Frankfurt nicht zu gewinnen.

2 Das Judenviertel im 13. und frühen 14. Jahrhundert

Die älteste Quelle zur Topographie des Frankfurter Judenviertels datiert in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts.² Inhaltlich handelt es sich hierbei um ein 1267/68 begonnenes und bis etwa 1308 fortgeführtes Anniversarbuch des Bartholomäusstiftes, das neben den verstorbenen Messstiftern in aller Regel auch Angaben zur Höhe des jeweiligen Zinses und der Liegenschaft enthält, auf dem der Zins lastete (Frankfurt, ISG, Bartholomäusstift Bücher II–7; zur Datierung dieses Bandes siehe *Bund* 1982, S. 38). Vielfach werden in diesem Anniversar auch die Personen angegeben, die als Bewohner oder Eigentümer der jeweiligen Liegenschaft zur Zahlung dieser Zinse verpflichtet waren (*Orth* 1991, S. 39f.). Unter den zahllosen Christen werden hierin auch 17 Juden namentlich genannt, die entweder selbst als Zahler der entsprechenden Zinsabgaben oder als Nachbarn christlicher Hausbesitzer angeführt werden, wodurch die genaue Lage der letztgenannten bestimmt werden kann. Manche Juden wohnten als Mieter in jüdischen oder christlichen Häusern und leisteten aus diesem Grund die Zinszahlungen. Auch Christen als Mieter in jüdischen Häusern sind nachzuweisen (dazu *Schnur* 2017a, S. 178f.).

Da Veränderungen in den Besitzverhältnissen durch das Stift recht gewissenhaft nachgetragen wurden, können ebenfalls rein innerjüdische sowie christlich-jüdische Besitzerwechsel nachgewiesen werden. Ergänzung finden diese Einträge in jüngeren Anniversar- und Zinsverzeichnissen des Bartholomäusstiftes. Im Anniversar von 1267/1268 wird so beispielsweise ein Jude namens *Gottschalk* als Besitzer verschiedener Häuser angeführt, von denen er eines selbst bewohnte und weitere an seinen Glaubensgenossen *Seligmann* vermietete. In einem jüngeren Zinsbuch, das um 1317 angelegt und bis etwa 1340 geführt wurde, wird derselbe *Gottschalk* als verstorben bezeichnet und der vorhin genannte *Seligmann* erscheint als neuer Eigentümer der Immobilien (*Schnur* 2017a, S. 179). Bereits *Isidor Kracauer* nutzte die überlieferten Verzeichnisse des Bartholomäusstiftes gezielt dazu, um die Besitzverhältnisse des ältesten Judenviertels der Main- und Messemetropole bis um 1350 zu erforschen (*Kracauer* 1914b, S. 9–13).

Ergänzung finden die insgesamt rund ein Dutzend unterschiedlichen Anniversar- und Zinsverzeichnisse des 13. und 14. Jahrhunderts in einer zeitgenössischen topographischen Beschreibung der Straßenzüge des mittelalterlichen Frankfurts (*Nathusius-Neinstedt* 1896, S. 1–54; *Euler* 1858, S. 51–110; Auszüge bei *Kracauer* 1914a, S. 302–304). Diese wurde in den 1340er Jahren durch den Kanoniker *Baldemar von Peterweil* im Zuge der Neuordnung der Finanzen des Stifts

2 Die älteren Hinweise zu Gemeindeeinrichtungen, die im Zusammenhang mit den Quellen zur sogenannten Ersten Frankfurter Judenschlacht 1241 überliefert sind, werden an dieser Stelle ausgeklammert. Sie sind angeführt bei *Schnur* 2017b (mit weiterer Literatur).

angefertigt und sollte als verwaltungsinternes Hilfsmittel zur eindeutigen Lagebestimmung der dem Bartholomäusstift zinspflichtigen Häuser dienen. Zur Erreichung dieses Zwecks beschrieb *Baldemar* in knapper, prägnanter Form alle Straßen, Gassen und Plätze der Stadt, machte unter Zuhilfenahme der Himmelsrichtungen Angaben zu Lage und Verlauf, und fügte die in der Stadt gebräuchlichen Bezeichnungen hinzu (zur Person *Baldemars* siehe *Klötzer* 1996 Bd. 1, S. 181f.). Unter den Straßennamen finden wir über einen als *vicus judeorum* bezeichneten Straßenzug hinaus auch noch einige weitere Straßennamen wieder, die auf überwiegend jüdische Bewohner schließen lassen – die in Ost-West-Richtung verlaufende Saalgasse und die südlich gelegene, parallel verlaufende Fischergasse waren durch die von Nord nach Süd verlaufenden Samuels-, Mosemanns- und Gumprechtsgasse verbunden. Weitere Straßennamen orientierten sich an markanten, wohl hofartigen Liegenschaften, die teilweise in jüdischem Besitz standen: Die Affengasse wurde nach dem Haus »*Zum Affen*«, die Storchgasse nach dem Haus »*Zum Storch*« benannt (*Schnur* 2017a, S. 180f.).

Das Gebäude – oder vielmehr der hofartige Komplex – »*Zum Storch*« stand seit dem späten 13. Jahrhundert in jüdischem Besitz (zur Besitzgeschichte siehe *Schnur* 2017a, S. 227–231). Die Zinsbücher des Bartholomäusstifts geben Aufschluss darüber, dass dieses Gebäude zunächst als *domo Brestonis* (»*Haus des Bresto*«) bezeichnet wurde – wohl nach dem 1248 nachgewiesenen Schöffen *Berthold Bresto* (*Böhmer u. Lau* 1901 Bd. 1, Nr. 150, S. 75f.) –, nach dem Übergang in jüdischen Besitz seinen Namen jedoch in »*Zum Storch*« änderte (Frankfurt, ISG, Bartholomäusstift Bücher I-19, fol. 7r: *habitatione dicta Brestonis, nunc dicta zu dem Storgke*). Die neue Bezeichnung des Anwesens entspricht interessanterweise dem Namen der neuen jüdischen Eigentümerfamilie, die in den Quellen als weitverzweigter, vermögender Familienverband greifbar wird und enge verwandtschaftliche Verbindungen nach Mainz und Erfurt unterhielt (zur Familie siehe *Schnur* 2017a, S. 479–488). In den 1330er und 1340er Jahren besetzte die Familie zahlreiche Führungspositionen innerhalb der jüdischen Gemeinde und stellte neben dem Vorsteher auch mehrere Schulmeister und hochspezialisierte liturgische Schreiber. *Gumprecht zum Storch*, dem letzten Vorsteher der 1349 untergegangenen Gemeinde, wird zudem als einzigem Frankfurter Juden namentlich im Memorbuch der Nürnberger Gemeinde gedacht, das die Blutorte von Verfolgungen sowie herausragende Märtyrer benennt (*Salfeld* 1898, S. 248, 281 u. 365).

Wie wirkmächtig diese Umbenennung des Gebäudes »*Zum Storch*« war, lässt sich noch heute im städtischen Weichbild ablesen: Obwohl das Anwesen bereits 1462 in christlichen Besitz übergegangen war, seit dem 18. Jahrhundert eine Gastwirtschaft beherbergte und während der Luftangriffe auf die Frankfurter Altstadt 1943/1944 vollständig zerstört wurde, entschieden sich die Grundstückseigentümer dafür, den alten Hausnamen wiederzubeleben und den 1953 errichteten Nachkriegsbau entsprechend zu benennen. Und auch die Mitglieder der Frankfurter Judengemeinde transferierten diesen Namen »*Zum Storch*« in die 1462 eröffnete Judengasse, indem sie ein dort gelegenes Haus entsprechend benannten (*Dietz* 1907, S. 476).

Es mutet verlockend an, komparative Untersuchungen zu den Namen der von Juden bewohnten Anwesen und Häusern im vormodernen Aschkenas anzustrengen. Gegebenenfalls ließen sich derart Migrationsbewegungen und damit einhergehend weiträumige familiäre Netzwerke im vormodernen Judentum leichter identifizieren. Ferner scheinen sich hierin spezifische innerjüdische Traditionen zu spiegeln, die – als Erzählungen bzw. Legenden verstanden – aufgrund des konkreten Bezugs zu einem definierten Gebäude einen räumlichen Fixpunkt erhalten. Dieser Aspekt der gruppenspezifischen Memoria ist insbesondere in einer sich wandelnden Umwelt mit sich ändernden rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen von Bedeutung (dazu insbesondere *Raspe* 2011; 2005).

Bauhistorisch-archäologische Untersuchungen am Gebäude »*Zum Storch*« sind aufgrund der vollständigen Zerstörung der Bausubstanz während des Zweiten Weltkriegs heute nicht mehr möglich (vgl. *Clemens* 2004; 2009; *Harck* 2014). Doch auch auf Grundlage der überlieferten Schriftquellen können verschiedene Rückschlüsse auf die Ausstattung jüdischer Privatanwesen geschlossen werden. So sahen beispielweise die überlieferten Schuldurkunden der 1340er Jahre aus Frankfurt a.M. vielfach für den Fall, dass der christliche Schuldner gegenüber seinem jüdischen Gläubiger säumig wurde, eine Einlagerleistung der Bürgen im Haus des Juden vor (*Schnur* 2017a, S. 421–431; *Mentgen* 2008). Das Einlager war regelmäßig durch die im Frankfurter Umland ansässigen Adeligen, darunter die Grafen von Nassau, Herren von Kronberg und von Hanau, sowie deren Bürgen zu leisten und vielfach war zusätzlich auch die Stellung von Pferden und Knechten zu deren Versorgung vereinbart. Die jüdischen Gläubiger mussten also über hinreichende Räumlichkeiten verfügen, um adelige Leistbürgen mitsamt ihren Streitrössern angemessen im eigenen Anwesen unterbringen zu können. Es ist daher wahrscheinlich, dass der Gebäudekomplex »*Zum Storch*« ähnlich repräsentative Züge aufwies, wie das mit ausladenden Wandmalereien bestückte Haus in der Zürcher Brunnergasse (*Wild u. Böhmer* 1997). Die Besitzerfamilie des Zürcher Hauses war übrigens während der 1330er und 1340er Jahre in Frankfurt regelmäßiger Gast und ging hier auf den beiden halbjährlichen Reichsmessen ihren Geschäften nach. Aufgrund zahlreicher Klagen vor dem städtischen Reichsgericht, das zugleich als Messegericht fungierte, lassen sich rund ein Dutzend Mitglieder dieser Züricher Familie namentlich identifizieren (*Schnur* 2014, S. 253f.).

3 Verpfändung und Pogrom 1349

Zahlreiche weitere Beispiele geben Aufschluss darüber, dass die Frankfurter Juden bis zum Pogrom von 1349 zu vollen Rechten Eigentum im gesamten Stadtgebiet erwerben konnten und dies auch taten; erwerbs- und besitzrechtliche Unterschiede zur christlichen Stadtgesellschaft sind nicht erkennbar (*Schnur* 2017a, S. 181–183, mit einer Karte S. 182). Dieser Befund ist zentral zum Verständnis des Einschnitts, den die weiter unten noch zu besprechenden und auf die Wohnverhältnisse der Frankfurter Juden abzielenden Neuerungen seit den 1430er Jahren

bedeuteten, da die exkludierenden Vorgänge des 15. Jahrhunderts nur unter der Prämisse richtig eingeordnet werden können, dass auch die (vorangegangenen) Inklusionsmaßnahmen mitbetrachtet werden (vgl. *Raphael* 2008, S. 19).

An den seit dem 13. Jahrhundert üblichen Erwerbs- und Besitzrechten änderte sich auch durch den Pogrom vom Juli 1349 und die Wiederansiedlung seit 1360 zunächst nichts: Juden und Jüdinnen sind noch bis zur Zwangsumsiedlung in die Judengasse 1462 als legitime Eigentümer von Grundstücken und Häusern nachzuweisen. Im Schwerpunkt bewohnten sie ein ausgesprochen zentral gelegenes Areal: In unmittelbarer Nachbarschaft befanden sich mit dem Römerberg das politische, mit dem Bartholomäusstift respektive Kaiserdom als einziger städtischer Pfarrkirche das geistliche und mit der steinernen Brücke und dem Mainufer gelegenen Hafen- und Krananlagen das wirtschaftliche Zentrum der Mainmetropole (*Kracauer* 1914b, S. 3 (Karte) u. 16f.; *Schnur* 2017a, S. 176f. u. 180f.). Der christliche Chronist *Johannes Latomus* sah im 16. Jahrhundert daher auch eben jene innerstädtische Zentralität als Ursache für den Pogrom zur Zeit des Schwarzen Todes im Juli 1349: Die Verfolgung sei nur deshalb geschehen, weil die Juden den besten Teil der Stadt bewohnten (*tunc judei optimam partem civitatis inhabitabant*) (*Froning* 1884, S. 93; *Kracauer* 1914b, S. 6 mit Anm. 2).

Gleichwohl diese Begründung des Pogroms einem eigenen politischen Programm folgte (*Backhaus* 1989, S. 83f.) und eine derart einseitige Sichtweise zahlreiche andere, wirkmächtige Faktoren außer Acht lässt (*Schnur* 2017a, S. 265f.; *Andernacht* 1973; *Heil* 1991), können im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem Pogrom von 1349 zahlreiche Aktivitäten und Veränderungen beobachtet werden, die das jüdische Viertel betreffen. Die Stadt erhielt nur wenige Wochen vor dem Pogrom die Frankfurter Judengemeinde mitsamt allen zugehörigen Rechten und dem mobilen und immobilien Besitz der Juden durch König *Karl IV.* gegen Zahlung von 15.200 Pfund Heller als Reichspfandschaft übertragen (*Kracauer* 1914a, Nr. 141, S. 50–53; Frankfurt, ISG, Privilegien 87). Von dieser Verpfändung, die durch das Reich bis zu seinem Untergang 1806 nicht mehr eingelöst wurde und die jahrhundertlang die Grundlage der städtischen Judenpolitik darstellte, war auch der jüdische Privatbesitz betroffen, namentlich *ire hofe unde ir husere*. Sofern, so der Text des königlichen Diploms weiter, die Juden zukünftig erschlagen würden und *von todes wegen abgingen adir virterbit adir dirslagen wurden*, so solle der Stadt, die das Erbe der Juden antreten dürfe, hieraus kein Schaden entstehen und sie den verwaisten Besitz der ermordeten Juden einziehen. Bereits wenige Jahre zuvor hatte der Frankfurter Rat die Gebäude und Anwesen von Juden erworben, die aufgrund eines Steuerstreites mit Kaiser *Ludwig dem Bayern* aus der Stadt abgezogen waren (*Kracauer* 1914a, Nr. 108, S.37–39; Frankfurt, ISG, Privilegien 78).

Nach dem Pogrom von 1349 ließ der Frankfurter Rat bestimmte Abschnitte des nunmehr zerstörten Judenviertels mit Brettern beschlagen, wohl um Plünderungen zu verhindern (*Kracauer* 1914a, S. 216). Noch 1357 wurde auf städtische Kosten in der brachliegenden Synagoge nach versteckten Wertgegenständen gegraben (*Kracauer* 1914a, S. 217). Ob diese Grabungen, deren Kosten in den Stadtrechnungen gebucht wurden, zum Erfolg führten, ist nicht bekannt, doch sind ver-

gleichbare Vorgänge aus der elsässischen Cathedralstadt Straßburg bekannt und nicht zuletzt ein erst vor wenigen Jahren in Erfurt aufgefundener Schatz verdeutlicht, dass dies keine Frankfurter Besonderheit darstellte (dazu *Schnur* 2017a, S. 398f.).

In Folge des Pogroms erfuhr das alte Judenviertel zahlreiche Veränderungen (hierzu und zum Folgenden *Schnur* 2017a, S. 207–214): Zahlreiche christliche Nachbarn erweiterten ihre eigenen Grundstücke durch den Erwerb von nunmehr verwaisten Gärten, Hofstätten und Gebäuden der getöteten jüdischen Eigentümer. Da die Stadt als Pfandinhaber das jüdische Erbe angetreten hatte, erscheint sie in diesem Zusammenhang als Verkäuferin der Immobilien und hielt die hieraus resultierenden Einnahmen akribisch in ihren Rechnungen fest. Unter den Profiteuren dieser Grundstücksgeschäfte sind zahlreiche Vertreter der führenden städtischen Familien greifbar. Eine gütliche Einigung konnte etwa hinsichtlich der Judenhäuser bzw. den hierauf lastenden Zinsen auch zwischen dem Frankfurter Rat und dem Bartholomäusstift erzielt werden. Darüber hinaus wurde die nördliche Häuserzeile des *vicus judeorum* abgetragen und die Brachfläche zur Erweiterung des Pfarrfriedhofs genutzt. Aufgrund von archäologischen Untersuchungen des späten 19. Jahrhunderts ist bekannt, dass die abgerissenen Judenhäuser mit ihrer Rückseite direkt an der Friedhofsmauer angebaut waren. Nach vorne zur Straße hin wiesen die Häuser keine geraden oder einheitlichen Fronten auf, vielmehr existierten zwischen den einzelnen Gebäuden schmale Zwischenräume, woraus eine unregelmäßige und hofartige Bebauung resultierte. Anhand der ergrabenen Grundmauern wurde konstatiert, dass der *vicus judeorum* kaum mehr als zwei Meter breit gewesen sei (*Thomas* 1899; *Kracauer* 1914b, S. 6). Damit bestätigt sich für Frankfurt auch der in vielen anderen Städten des Regnums nachzuweisende Umstand, dass die spätmittelalterlichen Judenviertel regelmäßig zu den am dichtesten bebauten Straßenzügen der Städte gehörten (*Haverkamp* 2002; s. Abb. 1).

4 Wiederansiedlung seit 1360

Nach der sukzessiven Wiederansiedlung von Juden seit dem Jahr 1360 ist zu beobachten, dass sich die Siedler erneut schwerpunktmäßig im alten Judenviertel niederließen. Auch die alten Gemeindeinstitutionen wie Synagoge, Tanzhaus und Mikwe wurden wiederhergestellt und erneut in Betrieb genommen. Die Stadt selbst beteiligte sich an den Aufbauarbeiten, indem sie zwischen August 1361 und März 1362 rund 390 Pfund Heller zur Wiederherstellung der Straßen im Judenviertel investierte (*Schnur* 2017a, S. 214–222; *Kracauer* 1914a, Nr. 182, S. 74. Zur Wiederansiedlung zudem noch *Goldschmidt* 1888).

Zum Oktober 1361 datiert zudem ein christlich-jüdischer Mietvertrag über ein abseits des alten und neuen Judenviertels gelegenes Anwesen (das Folgende nach *Schnur* 2017a, S. 214f.; Frankfurt, ISG, Insatzbuch 2, fol. 71v-72r). Für einen Kredit über 75 Gulden verpfändete ein christliches Ehepaar dem Juden *Simon von Seligenstadt* ein Drittel des steinernen Hauses »*Neu-Falkenstein*«. Der Gläubiger verzichtete auf die Berechnung von Zinsen und erhielt im Gegenzug das



Abb. 1: Frankfurt um 1400
 Schnur 2017a, S. 182

Recht, zwei Jahre lang in dem Haus zu leben und den zugehörigen Stall sowie den Brunnen nutzen zu dürfen. Zudem sagte *Simon* zu, während der nächsten vier Jahre bauliche Investitionen im Umfang von 66 Gulden vorzunehmen. Kurz vor Ablauf dieser vier Jahre treffen wir denselben Juden *Simon* als Besitzer des Hauses »*Fürstenberg*« an, welches in der Fahrgasse unmittelbar am Judenviertel gelegen war. *Simon* hatte das gemietete Anwesen also nur temporär genutzt, offenbar um sich in Ruhe nach einer geeigneten Immobilie im Umfeld der Synagoge umsehen bzw. eine solche umbauen zu können. Interessanterweise dokumentieren die Schöffengerichtsbücher insbesondere in den 1360er Jahren eine verstärkte Verpfändung von Baumaterialien an jüdische Geldleiher, die schließlich vor dem städtischen Gericht als verfallene Pfänder aufgeboden wurden.

Detaillierte Einblicke in die Praxis des Hauserwerbs erhalten wir aus einem Corpus von rund einem Dutzend Kaufurkunden aus dem letzten Drittel des 14. Jahrhunderts, die als Entwürfe überliefert sind und Immobiliengeschäfte zwischen Juden sowie Juden und Christen dokumentieren (Schnur 2017a, S. 222–240). Im Jahr 1375 bekundete so etwa der Frankfurter Schöffe und Rats Herr *Konrad von Löwenstein*, dass er dem Juden *Fivelin von Dieburg* ein steinernes Haus und Anwesen verkauft habe, das am vorhin bereits genannten Haus »*Neu-Falkenstein*« gelegen sei. Bemerkenswert ist nicht nur der hohe Kaufpreis von 650 Gulden – der durchschnittliche Hauspreis bewegte sich in Frankfurt in dieser Zeit bei unter 100 Gulden (so *Bothe* 1906, S. 186f.) –, son-

dern auch der Umstand, dass der Verkäufer auch weiterhin im Nachbarhaus wohnen blieb. Und so werden im Kaufvertrag detailliert nachbarschaftliche Rechte wie Mauerbau-, Licht-, Trauf- und Wasserrechte geregelt (*Schnur* 2017a, S. 218f.; Frankfurt, ISG, Judicialia S 789, fol. 7r-9r).

Dass ein christlicher Schöffe einem Juden ein repräsentatives Steinhaus verkaufte und selbst im Nachbarhaus wohnen blieb, zeigt eindrücklich auf, dass die Zugehörigkeit zu einer kleinen Spitzengruppe mit gehobenem ökonomischem und sozialem Status deutlich stärker gewichtet wurde als eine Unterscheidung anhand der Religionen. Nur wenige Jahre später datiert ein umgekehrter Fall: Der nach Mainz abgewanderte Jude *Liebmann von Nürnberg* verkaufte im Januar 1387 sein nicht mehr benötigtes Anwesen in der Messestadt an den Frankfurter Bürger *Johann zum Eber*, der wiederum ein Bruder des langjährigen Schöffen und Ratsherren *Gipel zum Eber* war (*Schnur* 2017a, S. 220f.; Frankfurt, ISG, Hausurkunden 2307). Dieses Anwesen, das einst dem Juden *Joselin von Marburg* gehört hatte, lag *under den judden* zwischen dem Brückhof und dem Haus des Juden *Yselin von Fulda* und kostete den christlichen Käufer stattliche 400 Gulden. Über diese beiden Beispiele hinaus sind während des gesamten 14. Jahrhunderts noch zahlreiche weitere Christen als Hausbesitzer bzw. -bewohner im sogenannten Judenviertel nachzuweisen, darunter auch einige Angehörige der berühmten Patrierfamilie »*von Holzhausen*« (*Schnur* 2017a, S. 181 mit Anm. 200).

5 Topographische Exklusionsbestrebungen seit den 1430er Jahren

Erste Maßnahmen in Bezug auf die Wohnverhältnisse der Frankfurter Juden, die unter dem Begriff der »*Exklusion*« subsumiert werden – lässt man die oben skizzierten besitzrechtlichen Veränderungen im Frankfurter Judenviertel nach dem Pogrom von 1349 einmal weitestgehend außer Acht – können, werden in den 1430er Jahren erkennbar. Seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert vertrieben immer mehr Städte und Territorien ihre jüdischen Gemeinden und erließen befristete oder unbefristete Niederlassungsverbote. Den Anfang machte 1387 die elsässische Kathedralstadt Straßburg, und in den nächsten Dekaden folgten unter anderem die Kurpfalz, Trier und Köln, Speyer, Mainz, Augsburg und Magdeburg (*Ziwes* 1999; *Mentgen* 2006; *Laux* 2010, bes. S. 29–89). Vor diesem überregionalen Kontext wurde auch im Frankfurter Rat längere Zeit das Für und Wider einer Vertreibung diskutiert; dabei tritt die prozessuale Dimension des Begriffspaars Inklusion/Exklusion (*Raphael* 2008, S. 20) deutlich hervor. Zu 1431 vermerkt das Ratsprotokoll etwa Beratungen darüber, *ob man der juden quit mochte werden* (*Backhaus* 1989, S. 63). Wie aus den Quellen hervorgeht, wusste man jedoch nicht genau einzuschätzen, ob man die eigenen Juden überhaupt vertreiben dürfe, da sie als königliche Kammerknechte seit 1349 lediglich an die Stadt verpfändet waren. Wohl aus dieser Unsicherheit heraus, ging man dazu über, Alternativen zu einer Vertreibung zu beraten. Bereits die Ratsprotokolle von 1432 vermerken Beratungen darüber, *die juden an ein ander stat zu legen* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 413, S. 118). Als die jüdische Gemeinde hiervon erfuhr, »*schenkte*« sie

dem Rat 500 Gulden, woraufhin die Diskussion erstmal wieder einige Jahre verebbte und erst 1438 wieder aufgegriffen wurde (*Kracauer* 1925–1927, Bd. 1, S. 168, Anm. 3).

Angeheizt wurde diese innerstädtische Diskussion im Jahr 1442, als der zwei Jahre zuvor in Frankfurt zum König gewählte *Friedrich III.* dem städtischen Rat mitteilte, dass er es im Rahmen eines Reichstags in Frankfurt selbst erlebt habe, dass die Feier des christlichen Gottesdienstes in der Bartholomäuskirche durch »das Geschrei« in der nahegelegenen Synagoge erheblich gestört werde. Daher trug der König der Stadt auf, binnen Jahresfrist für Abhilfe zu sorgen und den Synagogenstandort zu verlegen (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 700, S. 192; Frankfurt, ISG, Juden Urkunden 46). Der Rat unterrichtete umgehend die jüdische Gemeinde von dem königlichen Befehl (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 701, S. 192), woraufhin die Juden eine Petition verfassten, in der sie zu dem Vorhaben Stellung bezogen (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 712, S. 194; Frankfurt, ISG, Juden Akten 685): Die Judengemeinde argumentierte, dass es an anderen Standorten innerhalb der Stadt keine geeigneten Gebäude gebe, um die kostbaren Pfänder, die sie mit Geld beleihen, sicher unterzubringen. Zudem käme die Verlegung ihrer Wohnsitze einer Vertreibung gleich, was jedoch sicherlich nicht die Intention des Königs gewesen sei (*das solichs nit unßers gnedigen herren des koniges meynunge gewest sij*). Allerdings erklärte sich die Gemeinde bereit, dem Rat im Rahmen einer Ortsbegehung ihre Häuser zu zeigen und Türen und Fenster in Richtung des Pfarrfriedhofs, die von den Ratsherren beanstandet würden, auf eigene Kosten zu vermauern. Zudem werde man zukünftig bei geistlichen Prozessionen Fenster und Türen geschlossen halten und die Häuser nicht mehr verlassen.

Auf dieses Angebot ging der Rat ein und besichtigte die von Juden bewohnten Häuser. Beanstandete Fenster und Türen wurden in der Folge vermauert, zudem wurde die Mauer, die den Synagogenhof umfriedete, in Richtung der Bartholomäuskirche erhöht. Hierdurch war, wie die städtischen Baumeister feststellten, kein direkter Sichtkontakt mehr zum christlichen Gräberfeld möglich (*Schnur* 2017a, S. 188–191).

6 Die antijüdischen Kommentare eines Frankfurter Schreibers in den 1440er Jahren

Gleichwohl also durch bauliche Maßnahmen zügig Abhilfe geschaffen werden konnte, war der Frankfurter Rat offenbar gespalten, wie mit dem Gesamtvorgang zu verfahren sei. Anders ist es kaum zu erklären, dass sich ein Frankfurter Schreiber just in den 1440er Jahren zu rund 20 judenfeindlichen Kommentaren hinreißen ließ, die er eigenmächtig in die Bürgermeisterbücher und anderes Verwaltungsschriftgut eintrug (dazu bereits *Backhaus* 1989, S. 74; *Heil* 2005; 2004). Erstmals zum Dezember 1441 charakterisierte der Schreiber einen auswärtigen Juden, der beim Frankfurter Rat um temporäres Geleit in der Messestadt nachgesucht hatte, um hier seinen Geschäften nachgehen zu können, despektierlich als

*suberlich*³ (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 675, S. 186; Frankfurt, ISG, Bmb 1441, fol. 66v). Nachdem das gewährte einwöchige Geleit abgelaufen war und derselbe Jude um eine Verlängerung bat, lehnte der Rat eine Verlängerung desselben ab. Im Protokoll notierte der Schreiber: *Item Sampson, dem unseligen juden, kein geleide geben* (Frankfurt, ISG, Bmb 1441, fol. 68r). Im Februar des Folgejahres wurde (demselben?) *Samson, dem unseligen juden*, erneut für acht Tage Geleit in Frankfurt eingeräumt (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 675, S. 186; Frankfurt, ISG, Bmb 1441, fol. 82r). Ebenfalls im Kontext von Geleitsangelegenheiten werden an anderer Stelle der Jude *Aaron* als *vil unseliger huntsjude* und eine ungenannte Jüdin als *judenhore* bezeichnet (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 684, S. 188 und Nr. 703, S. 192; Frankfurt, ISG, Bmb 1441, fol. 95v sowie Bmb 1442, fol. 44r).

Diese Motive – Juden als unselige Hunde und Jüdinnen als Huren zu bezeichnen – kehren in verschiedenen anderen Eintragungen wieder und sind auch über Frankfurt hinaus vielfach belegt (zum Motiv der »jüdischen Hunde« siehe etwa *Cluse* 2000, S. 297–305; *Schnitzler* 2002, S. 285–308; *Menache* 1997, S. 23–44; *Frey* 2007, S. 125; *Fischer* 2005, bes. S. 12f.). Als der Frankfurter Rat im Sommer 1442 erneut über mögliche Folgen einer Judenausweisung diskutierte, wurde im Bürgermeisterbuch vermerkt, dass darüber beraten worden sei, *der judischen hunde abezukomen* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 693, S. 190; Frankfurt, ISG, Bmb 1442, fol. 17v). Der alternativ diskutierte Plan einer Verlagerung des Judenviertels innerhalb des Stadtgebiets wurde protokolliert mit den Worten: *Item von der huntsjuden wegen und sie anders hene setzen* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 718, S. 195; Frankfurt, ISG, Bmb 1443, fol. 5v). Der Begriff der *huntsjuden* wird auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen um Verlängerung der Stättigkeiten sowie im Zuge der Erhebung einer Sonderabgabe zum Nutzen der Stadtbefestigung, zu der *die huntsjuden* mindestens 600 Gulden beizusteuern hatten, verwendet (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 763, S. 207; Frankfurt, ISG, Bmb 1444, fol. 44r). Einer kranken Jüdin gestatteten die Ratsherren die Beschäftigung einer Magd oder eines Knechts in ihrem Haushalt, wobei der Eintrag beginnt mit *Item der krancken huntyenne gonnen, ein meyt oder knecht zu halden* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 705, S. 193; Frankfurt, ISG, Bmb 1442, fol. 49v). Die Bezeichnung *huntsjuden* soll sich ebenfalls in den Rechenmeisterbüchern der 1440er Jahre befunden haben (so *Kracauer* 1925–1927, Bd. 1, S. 200, Anm. 1), was jedoch wegen des vollständigen Verlustes der archivalischen Vorlagen nicht mehr nachgeprüft werden kann. Im Jahre 1444 bestimmte der Rat in einem anderen Zusammenhang, dass die Juden eine in Richtung des Bartholomäusstifts gehende Tür zu verschließen hätten und stattdessen rückseitig, in Richtung des städtischen Münzmeisters, eine neue Tür brechen sollten. Der

3 »*Suberlich*« begegnet regelmäßig in der Bedeutung »artig, züchtig, anständig«, kann jedoch auch von »*sich subern*« mit der Bedeutung »*die Nachgeburt ablegen*« abgeleitet werden (siehe <http://www.woerterbuchnetz.de/BMZ?lemma=suberlich> sowie <http://www.woerterbuchnetz.de/BMZ?lemma=subere>). Der Überlieferungszusammenhang deutet jedoch auf eine Pejorisierung des Begriffs hin.

Schreiber vermerkte hierbei, dass die alte *in des dufels namen* zu schließen und eine neue Tür genau dort anzubringen sei, *wo die suwe geen schissen* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 767, S. 208; Frankfurt, ISG, Bmb 1444, fol. 54r).

Während diese antijüdischen Charakterisierungen allesamt Teil der eigentlichen Eintragungen waren, können auch verschiedene Randbemerkungen und kommentierende Zusätze ausgemacht werden, die zwar ähnliche Intentionen aufweisen, jedoch nicht zeitgleich mit der eigentlichen Eintragung, sondern erst nachträglich angebracht wurden. So verwehrt der Frankfurter Rat dem Juden *Natan von Eppstein* im März 1452 temporäres Geleit, woraufhin der Schreiber in einem eigenmächtig geschriebenen Kommentar zum schriftlich fixierten Ratsbeschluss ergänzte (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 979, S. 254; Frankfurt, ISG, Bmb 1451, fol. 97v): *O lux, beata Trinitas et [principalis unitas]!* Die bereits angesprochene Erhebung einer Sondersteuer vom Oktober 1444 in Höhe von mindestens 600 Gulden wurde kommentiert mit dem Zusatz *deo gratia* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 763, S. 207; Frankfurt, ISG, Bmb 1444, fol. 44r), und als die Juden beim Rat über die zur Verfügungstellung geeigneter Bademöglichkeiten nachsuchten, beendete der Schreiber den Protokolleintrag mit dem Zusatz, die Juden alternativ zum kalten Bad in den Main gehen zu lassen (*in Meyne lassen zum kalden bade*) (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 758, S. 206; Frankfurt, ISG, Bmb 1444, fol. 24r). Gerade der letztgenannte Eintrag wurde verschiedentlich als Beleg dafür herangezogen, dass die Frankfurter Judengemeinde in Ermangelung einer eigenen Mikwe die vorgeschriebenen rituellen Reinigungen im Main ausgeführt habe (so etwa *Kriegk* 1871, S. 2 mit S. 341, Anm. 2), was jedoch irrig ist. Nur wenige Jahre zuvor leiteten die Ratsherren Nachforschungen nach Täter und möglichen Zeugen eines Mordes an einem Juden an. Der Schreiber kommentierte dies mit drei Kreuzen und fügte in (fehlerhaften) Latein hinzu: *Teum [!] deum laudamus* sowie *Crist ist entstanden [!]*. *Ipse vivit vere quia surrexit de morte* (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 822, S. 221; Frankfurt, ISG, Bmb 1446, fol. 47v; eine Abbildung dieser Stelle bei *Bund* 1986, S. 73).

In diesem Zusammenhang ist auch auf eine bereits mehrfach innerhalb der Literatur angeführte Skizze in einem Frankfurter Kopiaibuch hinzuweisen. Gleichzeitig zu den antijüdischen Kommentaren in den Bürgermeisterbüchern wurde um 1450 eine Judenschutzbulle Papst *Clemens V.* in ein zu diesem Zeitpunkt geführtes städtisches Kopiaibuch übertragen. Vermutlich derselbe Schreiber, der die Kopie besorgte, zeichnete am linken Rand neben der Abschrift eine Papstfigur, welche auf ihren Schultern einen Juden trägt und zugleich von einem zweiten, unter ihm stehenden Juden Geldmünzen angeboten bekommt (Frankfurt, ISG, Kopiaibuch 3, fol. 269r; *Heil* 2004, S. 176; 2005, S. 148f.; *Nirenberg* 2013, S. 206).

Ebenso wie die Eintragungen in den Bürgermeisterbüchern muss auch das entsprechende Kopiaibuch zum städtischen Verwaltungsschriftgut gerechnet werden, das nur für den internen Gebrauch bestimmt war und somit keinem natürlichen Rezipientenkreis verpflichtet war. Dementsprechend gilt, was bereits *Johannes Heil* hierzu konstatierte (*Heil* 2005, S. 148f.): »Die Zeichnung in einem Kopiaibuch hatte kein natürliches Publikum, auf das hin sie gestaltet gewesen sein

könnte. Das macht diese Marginalie so interessant: sie war nicht auf Außenwirkung hin gezeichnet; sie war keine um des Effekts Willen und vielleicht wider besseres eigenes Wissen polemisch aufgeladene Karikatur [...]. Die Szene sollte ganz dem internen Geschäftsvorgang vorbehalten bleiben, als persönliche Zeitgeschichtsdeutung.«

Vergleichbare judenfeindliche Zusätze und Zeichnungen in städtischem Verwaltungsschriftgut sind für das 14. und 15. Jahrhundert ebenfalls aus Landshut (Kirmeier 2002, S. 105; Spitzlberger 1988, S. 216f. und S. 229; Schreckenbergs 1996, S. 264, Abb. 16), Würzburg (Geldermans-Jörg 2010, S. 184f.), Speyer (Voltmer 1981, S. 315; Schreckenbergs 1996, S. 319, Abb. 12f.) und weiteren Orten bekannt. Die hier gebrauchten historischen Semantiken im Sinne Lutz Raphaels (2008, S. 35) ermöglichen weiterführende Rückschlüsse auf einen Wandel in den zeitgenössischen Diskursen zu exkludierenden Maßnahmen zum Nachteil einer gesellschaftlichen Minderheit.

Anhand paläographischer Befunde kann es als gesichert gelten, dass all diese judenfeindliche Ausfälle in Frankfurt von derselben Hand geschrieben wurden und damit auf einen einzigen Schreiber zurückgehen, der an der Führung von Bürgermeister-, Rechenmeister- und Koppialbüchern direkt beteiligt war. Als Urheber kommen also die im Dienst der Reichs- und Messestadt Frankfurt stehenden Schreiber in Frage, deren Gruppe sich wiederum differenzieren lässt: Zum einen Stadt- und Ratsschreiber sowie zum anderen die beiden Ämtern zugeordneten Unterschreiber, welche jedoch nur selten Reinschriften besorgten. Zum Zeitpunkt der judenfeindlichen Eintragungen fungierten Nikolaus Uffsteiner von Worms als Stadtschreiber und Johannes Bechtenhenne als Ratsschreiber (Wolf 1969, S. 22–27). In der Literatur herrscht bislang keine Einigkeit darüber, welcher von beiden Schreibern als Urheber der Kommentare anzusprechen ist. Während eine Gruppe direkt Uffsteiner benennt (Backhaus 1989, S. 74, Anm. 96; ihm folgend Grebner 2004, S. 170, Anm. 103, dort jedoch mit »?«), verweisen eine zweite und dritte Gruppe anonym entweder auf den Stadtschreiber (Maimon, Breuer u. Guggenheim 1987–2003 Bd. 1, S. 358f.) oder den Ratsschreiber (Bund 1986, S. 73; ihm bereits im Aufsatztitel folgend Heil 2004; auch Andernacht 2006, S. 162, gleichwohl Andernacht 1996–2006, Bd. 1, Nr. 675, S. 186, noch neutral von einem »judenfeindliche[n] Schreiber« spricht) als Urheber. Auffällig ist zudem, dass sich nirgends eine Begründung der jeweiligen Identifizierung finden lässt. Gleichwohl haben sich von beiden Schreibern eigenhändig geschriebene Dienstbriefe erhalten, die als Grundlage für unsere paläographische Analyse dienen.

Der Dienstbrief von Nikolaus Uffsteiner von Worms datiert zum 21. Juli 1440 (Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 167; Edition in Bücher/Schmidt 1914/1915, Nr. 31, S. 74f.). Nach Auskunft eines auf den Soldzahlungen der verlorenen Rechenmeisterbücher beruhenden Manuskripts des früheren Stadtarchivars Georg Ludwig Kriegk stand Uffsteiner bereits 1425 in städtischem Dienst und dankte erst 1470 wegen seines hohen Alters ab (Frankfurt, ISG, Ratswahlen und Ämterbestellung 72, S. 419–439). Uffsteiner verstarb spätestens 1487 (so Wolf 1969, S. 23).

Die Bestellung Bechtenhennes zum Ratsschreiber datiert zum 26. September 1441 (Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 227), nachdem derselbe zuvor bereits vier

Jahre lang als Unterschreiber in städtischen Diensten gestanden hatte (Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 294; sowie *Wolf* 1969, S. 24). Gegebenenfalls ist er mit dem 1433–1436 belegten Schreiber *Johannes* identisch (Frankfurt, ISG, Ratswahlen und Ämterbestellung 72, S. 431–434). Der zunächst befristete Dienstvertrag *Bechtenhennes* wurden im März 1470 auf unbestimmte Zeit verlängert (Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 228/1, der zugehörige Urkundenentwurf Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 228/2; entsprechend zu korrigieren sind die Angaben bei DRTA 2013 Bd. 19,2, S. 861, Anm. 3, da diese irrigerweise einen Dienstbrief von *Nikolaus Uffsteiner von Worms* [Frankfurt, ISG, Dienstbriefe 226] betreffen).

Die Handschriften beider Schreiber sind zwar in ihrem Duktus insgesamt sehr ähnlich (vgl. dazu die Bemerkung in DRTA Bd. 19,2, S. 861f.), jedoch weisen sie an manchen Stellen markante Unterschiede auf. *Uffsteiner* schreibt ein rundes, geschwungenes »J«, während *Bechtenhenne* denselben Buchstaben mit zwei geraden Strichen ausführt, die der Ziffer »7« nicht unähnlich sind. *Bechtenhenne* verzichtet bei »u« und »v« zudem auf nach oben gezogene Schleifen wie sie hingegen wiederum für *Uffsteiner* charakteristisch sind. Darüber hinaus zieht *Uffsteiner* beim Endungsbuchstaben »n« die letzte Haste etwas nach unten, während *Bechtenhenne* sie auf gleicher Höhe wie die erste Haste des »n« enden lässt. Zuletzt bieten auch die Großbuchstaben »B« und »S« eindeutige Unterscheidungsmöglichkeiten beider Schreiber.

Der paläographische Befund spricht klar dafür, in dem Frankfurter Stadtschreiber *Nikolaus Uffsteiner von Worms* den Urheber der judenfeindlichen Kommentare zu sehen. Über seine Person ist bislang nur wenig bekannt. Er soll 1439 zunächst in die Patriziergesellschaft »*Frauenstein*« aufgenommen worden sein, aus der seine Nachkommen wieder ausschieden und schließlich 1495 in die Gesellschaft »*Alten-Limpurg*« aufgenommen wurden (*Lerner* 1952, S. 173; *Körner* 1971, S. 425 (Index)). Ferner soll er mit Spezereien gehandelt und ein auf Grundlage seiner Bedezahlungen errechnetes Vermögen in Höhe von rd. 26 000 Gulden besessen haben (*Dietz* 1910–1925, Bd. 1, S. 202). In seinem Nachlass sollen sich ferner gut zehn Zentner Zinngeräte befunden haben, und mit der berühmten Kaufmannsfamilie *Blum* sei er verschwägert gewesen (*Dietz* 1921–1925, Bd. 3, S. 174 und S. 267). Als Stadtschreiber nahm er regelmäßig an Gesandtschaften teil (siehe dazu die Indexangaben bei DRTA 1906 Bd. 10, S. 1114; DRTA 1898 Bd. 11, S. 633; DRTA 1901 Bd. 12, S. 346; DRTA 1912–1914 Bd. 15, S. 947; DRTA 1928 Bd. 16, S. 752; DRTA 1939–1963 Bd. 17, S. 884; *Heinig* 1986, S. 528).

In seiner Eigenschaft als Stadtschreiber, die insgesamt zu den »wichtigste[n] Ratgeber[n] der Bürgermeister in politischen und rechtlichen Fragen« gehörten (so *Matthäus* 2012, S. 25), sollte *Uffsteiner* auch im Mai 1442 im Auftrag des Frankfurter Rates mit der Judengemeinde über die Ablösung bestimmter Sachleistungen an den König bei dessen Aufenthalt in der Mainstadt verhandeln (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 686, S. 188; DRTA 1928 Bd. 16, Nr. 142, S. 317). Dies ist umso bemerkenswerter, da ausgerechnet im diesbezüglichen Eintrag des Bürgermeisterbuchs die von *Uffsteiner* geschriebene Charakterisierung der Gemeinde als *judische(n) hunde* begegnet (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 693, S. 190; Frankfurt, ISG, Bmb 1442, fol. 17v). Auch bei anderen Gelegen-

heiten finden wir ihn als Unterhändler des Frankfurter Rates in Sachen der städtischen Judengemeinde (etwa *Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 1119, S. 285; Frankfurt, ISG, Kopialbuch 3, fol. 272r/v). Dass die jüdenfeindlichen Kommentare in den frühen 1450er Jahren scheinbar abrupt enden, obgleich *Uffsteiner* noch längere Zeit als Stadtschreiber amtierte, ist auf eine Änderung in der Zuständigkeit der jeweiligen Schreiber zurückzuführen. Seit Mai 1454 zeichnete nach Ausweis der Schrift der Eintragungen der Ratsschreiber *Johannes Bechtenhenne* für die Führung der Bürgermeisterbücher verantwortlich.

Die schriftlich fixierten antijüdischen Ausfälle *Uffsteiners* stellen einen singulären Vorgang im spätmittelalterlichen Frankfurt dar, gleichwohl bereits im 14. Jahrhundert die Synagoge in unterschiedlichen Amtsbüchern gelegentlich als »*Ketzerschule*« bezeichnet wurde (Frankfurt, ISG, Bartholomäusstift Bücher II–7, fol. 62r; ebd., Insatzbuch 2, fol. 101v–102r; und ebd., Insatzbuch 2, fol. 104r). Als Trägermedium verwendete er stets ihm zugängliche Akten der laufenden Registratur, die ausschließlich für den internen Gebrauch bestimmt waren und kein natürliches, externes Publikum ansprechen wollten.

Allerdings sei die Frage erlaubt, ob sich eben jene Kommentare nicht auch an ein internes Publikum gerichtet haben könnten? Die politischen Entscheidungsträger wurden beim alltäglichen Gebrauch dieses Verwaltungsschriftguts regelmäßig mit den Kommentaren konfrontiert, was sicherlich nicht ohne Konsequenzen für ihre Entscheidungen blieb – man bedenke dabei bloß die jahrzehntelangen Diskussionen im Frankfurter Rat um das Für und Wider einer Ausweisung der Juden aus der Reichsstadt bzw. einer Verlagerung ihres Wohnviertels (vgl. *Backhaus* 1989, S. 74). Dabei ist zudem auffällig, dass diese Kommentare für *Uffsteiner* offenbar folgenlos blieben, gleichwohl eigenmächtige Notizen durch Schreiber in amtlichen Unterlagen ansonsten streng geahndet wurden (*Mone* 1867, S. 43); eine Bestrafung des Frankfurter Schreibers konnte bislang in den zeitgenössischen Quellen nicht ermittelt werden.

Uffsteiner wiederum hatte aufgrund seiner Gesandtschaften auch Einblicke in die andernorts mit rechtlichen, politischen und religiösen Argumenten geführten Debatten um Duldung oder Ausweisung von Juden, und dies ausgerechnet in den beiden Dekaden vor der Mitte des 15. Jahrhunderts, denen hinsichtlich der »*Vertreibungswelle aus den Städten eine Hochkonjunktur*« attestiert wurde (so das Urteil von *Ziwes* 1999, S. 166). Sozio-ökonomische Krisenerscheinungen wie die Hungersnöte der späten 1430er Jahre (*Jörg* 2008, bes. S. 118–178) sowie die aufgrund des Basler Konzils von 1434 angestoßenen Predigten »*geistlicher ›Spezialisten*« (so *Maimon, Breuer u. Guggenheim* 1987–2003 Bd. 3, S. 2289; ähnlich bereits *Backhaus* 1989, S. 72f.), die auf eine Bekehrung der Juden zielten und Vertreibungen gelegentlich unmittelbar vorausgingen (etwa in Mainz, siehe *Cluse* 2013, S. 11–16 und S. 31–34), sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu beachten. Besonders bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die im September 1434 in Basel verkündeten Beschlüsse, unter denen bestimmt wurde, »*daß die Juden in eigenen Bezirken getrennt von den Christen und möglichst weit von der Pfarrkirche entfernt wohnen sollten*« (so *Backhaus* 1989, S. 73).

7 Die Einrichtung der Judengasse

Unterdessen erneuerte Kaiser *Friedrich III.* im September 1458 sein früheres Mandat hinsichtlich der Verlegung der Synagoge, erneut unter Bezug auf die Störung des Gottesdienstes in der Bartholomäuskirche (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 1158, S. 292; Heinig 1986, Nr. 285, S. 183). Und erneut richtete die Judenschaft – unter Verweis auf den ersten Vorstoß *Friedrichs III.* im Jahr 1442 – eine Petition an ihren Rat, dieses Mal jedoch weitaus länger und in einem weitaus professionelleren Duktus gehalten (*Backhaus* 1989, S. 65f.; *Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 1213, S. 305f.; Frankfurt, ISG, Juden Urkunden 48). Da die vorgeschlagene Alternative, also eine weitere Erhöhung der Sichtmauer in Richtung Pfarrkirche und -friedhof dieses Mal abgelehnt wurde, beschloss der Rat, die Juden innerhalb kurzer Zeit in eine eigens auf städtische Kosten zu errichtende Gasse umzusiedeln. Städtische Gesandte erwirkten in Rom an der Kurie die erforderliche Zustimmung des Papstes zur Verlegung der Synagoge, da Synagogenneubauten seit dem Vierten Laterankonzil von 1215 prinzipiell verboten waren und Kirchenstrafen nach sich ziehen konnten (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 1315, S. 334; Frankfurt, ISG, Juden Urkunden 51). Die neue Synagoge wurde als Steinbau, die übrigen Häuser jedoch als Fachwerkbauten errichtet, wie sich aus den überlieferten Baurechnungen ergibt (*Kracauer* 1904, S. 307–313; *Backhaus* 1989, S. 67–69; die Regesten zu den Baurechnungen summarisch bei *Andernacht* 2006, Bd. 4, S. 162f. (Index); die beiden archivalischen Vorlagen unter Frankfurt, ISG, Juden Akten 971 und Juden Akten 972). Die Gebäude selbst verblieben dauerhaft im Besitz der Stadt und wurden den Juden gegen eine jährliche Mietzahlung verpachtet. Interessanterweise wurden die Grund- und Ewigzinsen, die auf den alten jüdischen Häusern lasteten, ebenfalls auf die neuen Gebäude übertragen (*Andernacht* 1996–2006, Bd. 1, Nr. 1318, S. 334). 1462 wurden die ersten Häuser der neuen Gasse bezogen, und 1473 standen neben der Synagoge, einem Ritualbad und einem Hospital bereits 15 Wohnhäuser, in denen 154 Personen in 22 Haushalten lebten (zur Bevölkerungsentwicklung siehe *Backhaus* 2006, bes. S. 105; und detailliert *Burger* 2013, S. 60–134 u. 193–328). Damit war die Frankfurter Judengasse, die in den folgenden Jahrhunderten zum Inbegriff eines jüdischen Ghettos werden sollte (siehe die Beiträge in *Backhaus* 2012) und in zahlreichen frühneuzeitlichen Reisebeschreibungen als touristisches Highlight beschrieben wurde (*Schnur* 2015, S. 99f.; *Schlick* 2000, passim; mit breiterem Fokus auch *Treue* 2011), begründet (Abb. 2).

Zusammenfassung

Der Aufsatz widmet sich den topographischen Siedlungsverhältnissen der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main während des späten Mittelalters. Zunächst wird die singuläre Quellenüberlieferung vorgestellt, auf deren Grundlage sich detaillierte Aussagen zum früheren Judenviertel südlich der Bartholomäuskirche (sog. Kaiserdom) erzielen lassen. Bereits in den 1270er Jahren können auf Grundlage der Zins- und Anniversarbücher des Bartholomäusstifts in diesem Gebiet

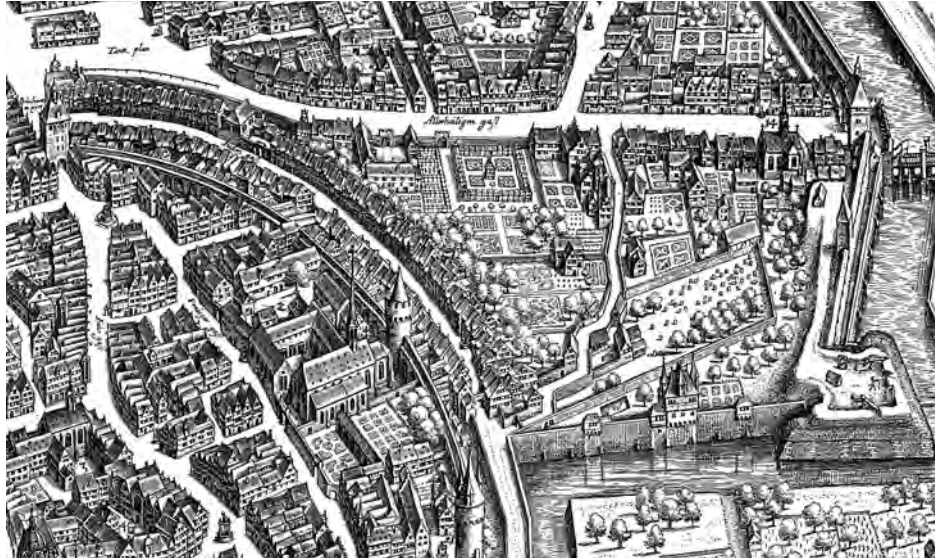


Abb. 2: Ausschnitt aus dem Vogelschauplan von Matthäus Merian von 1628
https://de.wikipedia.org/wiki/Frankfurter_Judengasse#/media/Datei:Frankfurt-Judengasse-1628-MkII.png

zahlreiche jüdische Hausbesitzer und Bewohner nachgewiesen werden. Dieses Viertel war auch über die Verpfändung der Judengemeinde durch *Karl IV.* an die Stadt, den anschließenden Pogrom und die seit 1360 erfolgte Wiederansiedlung hinaus primäres Siedlungsgebiet für die Frankfurter Juden, die dort in enger Nachbarschaft mit christlichen Bürgern lebten. Erst 1462 änderte sich dies, als die jüdische Gemeinde auf Anordnung Kaiser *Friedrichs III.* sowie des Frankfurter Rats in die eigens errichtete Judengasse am Wollgraben umziehen musste. Dieser innerstädtischen Zwangsumsiedlung gingen jahrzehntelange Diskussionen innerhalb des Rats voraus, die ihren Niederschlag auch in zahlreichen antijüdischen Kommentaren eines Anonymus finden. Diese Kommentare können nun aufgrund einer paläographischen Analyse dem Stadtschreiber *Nikolaus Uffsteiner von Worms* zugeordnet werden. Gleichwohl die Einrichtung der Frankfurter Judengasse 1462 klar als wohn- und grundbesitzrechtliche Exklusionsmaßnahme der christlichen Mehrheitsgesellschaft zu bewerten ist, muss ihr paradoxerweise zugleich aber ebenso ein inkludierender Aspekt zuerkannt werden. Erst mit der Entscheidung für eine vollständige Segregation der jüdischen Gemeinde in einer neu errichteten Gasse wurde die jahrzehntelang mitdiskutierte Alternative, die in einer Vertreibung der Juden aus der Reichs- und Messestadt Frankfurt a.M. bestanden hätte, verworfen.

Summary

From a quarter to an alleyway.

The Late Medieval Jewish quarter in Frankfurt am Main
Reflecting inclusion and exclusion

The article is dedicated to the topographical settlement conditions of the Jewish community in Frankfurt-on-Main during the late Middle Ages. In a first step, the individual sources of lore information are presented. Based on this, details regarding the former Jewish quarter, which was located south of the “*Kaiserdome*” (Bartholomew Cathedral), can be deduced. Numerous Jewish house owners and residents in this area can be traced back to the 1270s on the basis of the anniversary books of the “*Bartholomäusstift*” (so-called “*Emperors cathedral*”). Due to the pledging of the Jewish community to the city by *Charles IV*, the subsequent pogrom and the resettlement that ensued since 1360, this quarter was also the primary settlement area for the Jews in Frankfurt, who lived there in close proximity to Christian citizens. This remained unchanged until 1462, when the Jewish community was ordered to move to the specially built “*Judengasse am Wollgraben*” by Emperor *Frederick III* and the Frankfurt Council. This forced resettlement was preceded by decades of discussions within the Council, which are reflected in numerous anti-Jewish commentaries by an anonymous person. These comments can now be assigned to the town writer, *Nikolaus Uffsteiner of Worms*, on the basis of a palaeographic analysis. Nevertheless the establishment of the Frankfurter Judengasse in 1462 is clearly to be seen as an excluding measure of the Christian majority society in terms of residential property law and real estate law, paradoxically it has to be granted an including aspect, too. Only with these decisions, to completely segregate the Jewish community in a newly built alley, the alternative was discarded, which had been discussed before for decades and which would have consisted in expelling the Jews from the imperial town of Frankfurt am Main.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Frankfurt, Institut für Stadtgeschichte (ISG):

Bartholomäusstift Bücher I–19 und II–7

Bürgermeisterbücher (zitiert als: Bmb) 1441, 1442, 1443, 1444, 1446 und 1451

Dienstbriefe 167, 226, 227, 228/1, 228/2 und 294

Hausurkunden 2307

Insatzbuch 2

Juden Akten 685, 971 und 972

Juden Urkunden 46, 48 und 51

Judicialia S 789

Kopialbuch 3

Privilegien 78 und 87

Ratswahlen und Ämterbestellung 72

Literatur

- Andernacht, Dietrich (1973)*: Die Verpfändung der Frankfurter Juden 1349. Zusammenhang und Folgen. – In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 53, S. 5–20 (Erst-
abdruck In: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik
Deutschland 3, 1973, S. 9–25).
- Andernacht, Dietrich [Bearb.] (1996–2006)*: Regesten zur Geschichte der Juden in der
Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401–1519, 4 Bde. – Hannover (Forschungen zur
Geschichte der Juden B 1).
- Andernacht, Dietrich [Bearb.] (2007)*: Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichs-
stadt Frankfurt am Main von 1520–1616. Aus dem Nachlass hrsg. v. Helga Andernacht,
2 Bde. – Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, B 2).
- Backhaus, Fritz (1989)*: Die Einrichtung eines Ghettos für die Frankfurter Juden im Jahre
1482. – In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 39, S. 59–86.
- Backhaus, Fritz (2006)*: Die Bevölkerungsexplosion in der Frankfurter Judengasse des
16. Jahrhunderts. – In: Backhaus, Fritz; Engel, Gisela; Liberles, Robert u. Schlüter,
Margarete [Hrsg.]: Die Frankfurter Judengasse. Jüdisches Leben in der frühen Neu-
zeit. Frankfurt a.M. (Schriftenreihe des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, 9),
S. 103–117.
- Backhaus, Fritz [Hrsg.] (2012)*: Frühneuzeitliche Ghettos in Europa im Vergleich. – Berlin
(Frankfurter kulturwissenschaftliche Beiträge, 15).
- Backhaus, Fritz (2016)*: Die Frankfurter Judengasse. – In: Backhaus, Fritz; Gross, Raphael;
Kößling, Sabine u. Wenzel, Mirjam [Hrsg.]: Die Frankfurter Judengasse. Geschichte,
Politik, Kultur. Katalog zur Dauerausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt.
München, S. 15–39.
- Böhmer, Johann Friedrich u. Lau, Friedrich [Bearb.] (1901–1905)*: Codex Diplmaticus
Moenofrancofurtanus. Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt, 2 Bde. – Frankfurt
a.M. (Ndr. Glashütten i.T. 1970).
- Bothe, Friedrich (1906)*: Die Entwicklung der direkten Besteuerung in der Reichsstadt
Frankfurt bis zur Revolution 1612–1614. – Leipzig (Staats- und sozialwissenschaftliche
Forschungen, 26,2).
- Brockhoff, Evelyn (2013)*: Geschichtsvermittlung und Archivmarketing – Zum Selbstver-
ständnis des Instituts für Stadtgeschichte. – In: Brockhoff, Evelyn [Hrsg.]: Das Institut
für Stadtgeschichte. Seit 1436 das Gedächtnis Frankfurts. Frankfurt a.M., S. 202–214.
- Bücher, Karl u. Schmidt, Benno [Hrsg.] (1914–1915)*: Frankfurter Amts und Zunfturkun-
den bis zum Jahre 1612, 2 Bde. – Frankfurt a.M. (Veröffentlichungen der Historischen
Kommission der Stadt Frankfurt a.M., 6).
- Bund, Konrad (1982)*: Untersuchungen zur Chronologie, Quellenproblematik und Quel-
lenwert der ältesten Memorialüberlieferung des Frankfurter St. Bartholomäusstifts. –
In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 32, S. 19–61.
- Bund, Konrad (1986)*: 1436–1986. 550 Jahre Stadtarchiv Frankfurt am Main. Eine Kurz-
übersicht über seine Bestände. – Frankfurt a.M. (Mitteilungen aus dem Frankfurter
Stadtarchiv, 3).
- Burger, Thorsten (2013)*: Frankfurt am Main als jüdisches Migrationsziel zu Beginn der
Frühen Neuzeit. Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Bedingungen für das Leben in
der Judengasse. – Wiesbaden (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden
in Hessen, 28).
- Clemens, Lukas (2004)*: Archäologische Beobachtungen zur Trierer Judengemeinde im
Mittelalter. – In: Wamers, Egon u. Backhaus, Fritz [Hrsg.]: Synagogen, Mikwen, Sied-
lungen: Jüdisches Alltagsleben im Lichte neuer archäologischer Funde. Frankfurt a.M.
(Schriften des Archäologischen Museums Frankfurt, 19), S. 165–177.

- Clemens, Lukas (2009)*: Les communautés juives d'Europe. Une archéologie des minorités. – In: Demoule, Jean-Paul [Hrsg.]: *L'Europe. Un continent redécouvert par l'archéologie*. Paris, S. 159–168.
- Cluse, Christoph (2000)*: Studien zur Geschichte der Juden in den mittelalterlichen Niederlanden. – Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 10).
- Cluse, Christoph (2013)*: Darf ein Bischof Juden zulassen? Die Gutachten des Siffridus Piscator OP (gest. 1473) zur Auseinandersetzung um die Vertreibung der Juden aus Mainz. – Trier (Arye Maimon-Institut für Geschichte der Juden: Studien und Texte, 7). Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe (DRTA):
 Bd. 10: Unter Kaiser Sigmund, Vierte Abteilung: 1431–1433, bearb. v. *Hermann Herre*. – Gotha 1906.
 Bd. 11: Unter Kaiser Sigmund, Fünfte Abteilung: 1433–1435, bearb. v. *Gustav Beckmann*. – Göttingen 1898.
 Bd. 12: Unter Kaiser Sigmund, Sechste Abteilung: 1435–1437, bearb. v. *Gustav Beckmann*. – Gotha 1901.
 Bd. 15: Unter Kaiser Friedrich III.: Erste Abteilung, 2 Tle.: 1440–1441, bearb. v. *Hermann Herre*. – Gotha 1912–1914.
 Bd. 16: Unter Kaiser Friedrich III.: Zweite Abteilung 2 Tle.: 1441–1442, bearb. v. *Hermann Herre und Ludwig Quidde*. – Gotha 1928.
 Bd. 17: Unter Kaiser Friedrich III.: Dritte Abteilung, 3 Tle.: 1442–1445, bearb. v. *Walter Kaemmerer*. – Stuttgart 1939–1963.
 Bd. 19,2: Unter Kaiser Friedrich III.: Fünfte Abteilung, Zweiter Teil: Reichsversammlung zu Frankfurt 1454, bearb. v. *Johannes Helmraath*. – München 2013.
- Dietz, Alexander (1907)*: Stammbuch der Frankfurter Juden. Geschichtliche Mitteilungen über die Frankfurter jüdischen Familien von 1349–1849 nebst einem Plane der Judengasse. – Frankfurt a.M.
- Dietz, Alexander (1910–1925)*: Frankfurter Handelsgeschichte, 4 Bde. in 5 Teilen. – Frankfurt a.M. (Ndr. Glashütten i.T. 1970–1974).
- Euler, Ludwig Heinrich [Bearb.] (1858)*: Des Canonicus Baldemar von Peterweil Beschreibung der kaiserlichen Stadt Frankfurt am Main aus dem XIV. Jahrhundert. – In: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt, S. 51–110.
- Fischer, Michael (2005)*: Tierstrafen und Tierprozesse. Zur sozialen Konstruktion von Rechtssubjekten. – Münster (Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik, 38).
- Frey, Winfried*: *Woelt Gott man hing sie wie die Hund*. Vergleiche von Juden mit Hunden in deutschen Texten des Mittelalters und der frühen Neuzeit. – In: Honegger, Thomas u. Rohr, Günther W. [Hrsg.]: *Tier und Religion*. Berlin (Das Mittelalter, 12,2), S. 119–134.
- Froning, Richard [Hrsg.] (1884)*: Frankfurter Chroniken und annalistische Aufzeichnungen des Mittelalters. – Frankfurt a.M. (Quellen zur Frankfurter Geschichte, 1).
- Geldermans-Jörg, Kathrin (2010)*: »Als verren unser geleit get«. Aspekte christlich-jüdischer Kontakte im Hochstift Bamberg während des späten Mittelalters. – Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, 22).
- Maimon, Arye; Breuer, Mordechai u. Guggenheim, Yacov [Hrsg.] (1987–2003)*: *Germania Judaica 3: 1350–1519*, 3 Bde. – Tübingen.
- Goldschmidt, Joseph (1888)*: Die Rückkehr der Juden nach Frankfurt am Main im Jahre 1360. – In: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 2*, S. 154–171.
- Grebner, Gundula (2004)*: Haltungen zum Judeneid: Texte und Kontexte der Frankfurter Eidesformeln im 14. und 15. Jahrhundert. – In: Müller, Heribert [Hrsg.]: »... Ihrer

- Bürger Freiheit.« Frankfurt am Main im Mittelalter. Beiträge zur Erinnerung an die Frankfurter Mediaevistin Elsbeth Orth. Frankfurt a.M. (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, 22), S. 141–173.
- Harck, Ole (2014):* Archäologische Studien zum Judentum in der europäischen Antike und dem zentraleuropäischen Mittelalter. – Petersberg (Schriftenreihe der Bet Tfila-Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa, 7).
- Haverkamp, Alfred (2002):* Die Judenviertel in deutschen Städten während des späten Mittelalters. – In: Burgard, Friedhelm; Clemens, Lukas u. Matheus, Michael [Hrsg.]: Alfred Haverkamp. Gemeinden, Gemeinschaften und Kommunikationsformen im hohen und späten Mittelalter. Festgabe zur Vollendung des 65. Lebensjahres. Trier, S. 237–254 (Deutsche Übersetzung des englischen Erstdruckes: The Jewish quarters in German towns during the Late Middle Ages. – In: Hsia, Pochia R. u. Lehmann, Hartmut [Hrsg.]: In and out of the ghetto. Jewish-gentile relations in Late Medieval and Early Modern Germany. Cambridge (Publications of the German Historical Institute, Washington, D.C.), S. 13–28).
- Haverkamp, Alfred (2014):* Verschriftlichung und die Überlieferung von Quellen zur Geschichte des aschkenasischen Judentums während des späten Mittelalters: Überblick und Einsichten. – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: Verschriftlichung und Quellenüberlieferung. Beiträge zur Geschichte der Juden und der jüdisch-christlichen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reich (13./14. Jahrhundert). Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 25), S. 1–64.
- Heil, Johannes (1991):* Vorgeschichte und Hintergründe des Frankfurter Pogrom von 1349. – In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 41, S. 105–151.
- Heil, Johannes (2004):* Die Zeichnung eines Frankfurter Ratsschreibers (ca. 1450) und die Vorstellung von »jüdischer Verschwörung« im Mittelalter. – In: Müller, Heribert [Hrsg.]: »... Ihrer Bürger Freiheit.« Frankfurt am Main im Mittelalter. Beiträge zur Erinnerung an die Frankfurter Mediaevistin Elsbeth Orth. Frankfurt a.M. (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, 22), S. 175–195.
- Heil, Johannes (2005):* Jude und Papst – Antichrist und Teufel: Zur Vorstellung von »jüdischer Verschwörung« im Mittelalter. – In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14, S. 147–160.
- Heinig, Paul-Joachim [Bearb.] (1986):* Die Urkunden und Briefe aus dem Stadtarchiv Frankfurt am Main. – Wien, Köln u. Graz (Regesten Kaiser Friedrichs III., 1440–1493). Nach Archiven und Bibliotheken geordnet, Heft 4).
- Hirbodian, Sigrid u. Stretz, Torben [Hrsg.] (2016):* Juden und ländliche Gesellschaft in Europa zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit. Kontinuität und Krise, Inklusion und Exklusion in einer Zeit des Übergangs. – Wiesbaden (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 24).
- Jörg, Christian (2008):* Teure, Hunger, Großes Sterben. Hungersnöte und Versorgungskrisen in den Städten des Reiches während des 15. Jahrhunderts. – Stuttgart (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 55).
- Kirmeier, Josef (2002):* Juden im mittelalterlichen Landshut. – In: Stangier, Thomas u. Niehoff, Franz [Hrsg.]: 1204 und die Folgen. Zu den Anfängen der Stadt Landshut. Beiträge zum öffentlichen Kolloquium in Landshut am 1./2. Dezember 1997. Landshut (Schriften aus den Museen der Stadt Landshut, 6), S. 103–111.
- Klötzer, Wolfgang [Hrsg.] (1996):* Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon, 2 Bde. – Frankfurt a.M. (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, 19).
- Körner, Hans (1971):* Frankfurter Patrizier. Historisch-Genalogisches Handbuch der Adelligen Ganerbschaft des Hauses Alten-Limpurg zu Frankfurt am Main. – München.

- Korn, Salomon (1988)*: Synagogen und Betstuben in Frankfurt am Main. – In: Schwarz, Hans-Peter [Hrsg.]: Die Architektur der Synagoge. Stuttgart, S. 347–395.
- Kracauer, Isidor (1904)*: Die Geschichte der Judengasse in Frankfurt am Main. – In: Festschrift zur Jahrhundertfeier der Realschule der israelitischen Gemeinde (Philanthropin) zu Frankfurt am Main 1904. Frankfurt a.M., S. 307–464
- Kracauer, Isidor (1914a)*: Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150–1400. – Frankfurt a.M.
- Kracauer, Isidor (1914b)*: Aus der inneren Geschichte der Juden Frankfurts im XIV. Jahrhundert (Judengasse, Handel und sonstige Berufe). – In: Jahresbericht des Philanthropins. Frankfurt a.M., S. 1–51.
- Kracauer, Isidor (1925–1927)*: Geschichte der Juden in Frankfurt a.M. (1150–1824), 2 Bde. – Frankfurt a.M.
- Kriegk, Georg Ludwig (1871)*: Deutsches Bürgerthum im Mittelalter. Nach urkundlichen Forschungen. Neue Folge. – Frankfurt a.M. (Ndr. Frankfurt a.M. 1969).
- Laqua, Benjamin (2014)*: Kooperation, Kommunikation, Übersetzung. Zur Anlage und Überlieferung des Judenschreibsbuches der Kölner Laurenz-Parochie. – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: Verschriftlichung und Quellenüberlieferung. Beiträge zur Geschichte der Juden und der jüdisch-christlichen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reich (13./14. Jahrhundert). Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 25), S. 147–171.
- Laux, Stephan (2010)*: Gravamen und Geleit. Die Juden im Ständestaat der Frühen Neuzeit (15.–18. Jahrhundert). – Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 21).
- Lerner, Franz (1952)*: Die Frankfurter Patriziergesellschaft Alten-Limpurg und ihre Stiftungen. – Frankfurt a.M.
- Mathäus, Michael (2012)*: »Wir, die Bürgermeister, Schöffen und Rath zu Franckfurt ...« Das Frankfurter Bürgermeisteramt in reichsstädtischer Zeit 1311–1806. – In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 73, S. 9–62.
- Menache, Sophia (1997)*: Dogs: God's most enemies?. – In: Society and Animals 5, S. 23–44.
- Meinert, Hermann (1948)*: Das Stadtarchiv Frankfurt a.M. im Zweiten Weltkriege. – In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Fünfte Folge 1, S. 35–41.
- Mentgen, Gerd (2006)*: Die Judenvertreibungen im mittelalterlichen Reich: Ein Forschungsbericht. – In: Aschkenas 16, S. 367–403.
- Mentgen, Gerd (2008)*: Die Juden und das Einlager als Instrument der Kreditabsicherung im 14. Jahrhundert. – In: Clemens, Gabriele [Hrsg.]: Schuldenlast und Schuldenwert. Kreditnetzwerke in der europäischen Geschichte 1300–1900. Trier (Trierer Historische Forschungen, 65), S. 53–66.
- Mone, Franz Josef (1867)*: Städtische Verfassung und Verwaltung vom 12. bis 16. Jahrhundert. – In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 20, S. 1–59.
- Nathusius-Neinstedt, Heinrich von [Bearb.] (1896)*: Baldemars von Petterweil Beschreibung von Frankfurt. – In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 24, S. 1–54.
- Nirenberg, David (2013)*: Anti-Judaism. The Western tradition. – New York.
- Orth, Elsbeth (1991)*: Frankfurt am Main im Früh- und Hochmittelalter. – In: Frankfurter Historische Kommission [Hrsg.]: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, 17), S. 9–52.
- Raphael, Lutz (2008)*: Figurationen von Armut und Fremdheit. Eine Zwischenbilanz interdisziplinärer Forschung. – In: Raphael, Lutz u. Uerlings, Herbert [Hrsg.]: Zwischen Ausschluss und Solidarität. Modi der Inklusion/Exklusion von Fremden und Armen in

- Europa seit der Spätantike. Frankfurt a.M. (Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, 6), S. 13–36.
- Raspe, Lucia (2005)*: Ascher ha-lewi und die Gründung des jüdischen Worms: Liturgiekommentar, Familiensinn und Geschichtsbewußtsein im mittelalterlichen Aschkenas. – In: Klein, Birgit E. u. Müller, Christiane E. [Hrsg.]: *Memoria. Wege jüdischen Erinnerns: Festschrift für Michael Brocke zum 65. Geburtstag*. Berlin, S. 133–144.
- Raspe, Lucia (2011)*: Sacred space, local history, and diasporic identity: the graves of the righteous in medieval and Early Modern Ashkenaz. – In: Boustan, Raanan S.; Kosansky, Oren u. Rustow, Marina [Hrsg.]: *Jewish studies at the crossroads of anthropology and history: authority, diaspora, tradition*. Philadelphia (Jewish culture and contexts), S. 147–163 und S. 370–379.
- Salfeld, Siegmund [Bearb.] (1898)*: Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches. – Berlin (Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland, 3).
- Schlick, Gabriela (2000)*: Was Goethe hätte sehen können ...! Die Judengasse in Frankfurt am Main. – In: Weber, Annette [Hrsg.]: »Außerdem waren sie ja auch Menschen.« Goethes Begegnung mit Juden und Judentum. Berlin, S. 47–65.
- Schnitzler, Norbert (2002)*: Juden vor Gericht: Soziale Ausgrenzung durch Sanktionen. – In: Schlosser, Hans; Sprandel, Rolf u. Wolloweit, Dietmar [Hrsg.]: *Herrschaftliches Strafen seit dem Hochmittelalter. Formen und Entwicklungsstufen*. Köln, Weimar u. Wien (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas. Symposien und Synthesen, 5), S. 285–308.
- Schnur, David [Bearb.] (2011)*: Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden in der Wetterau 1 (1273–1347). – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: *Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich*. Trier u. Mainz 2011, URL: <http://www.medieval-ashkenaz.org/quellen/1273-1347/fw01.html>.
- Schnur, David (2014)*: Juden und Gerichtsbücher am Beispiel der Reichsstadt Frankfurt am Main (1330–1400). – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: *Verschriftlichung und Quellenüberlieferung. Beiträge zur Geschichte der Juden und der jüdisch-christlichen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reich (13./14. Jahrhundert)*. Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 25), S. 217–273.
- Schnur, David (2015)*: Frankfurter Archivalien in den »Jüdischen Merckwürdigkeiten«: Beobachtungen zu Schudts spätmittelalterlicher Quellengrundlage und ihrer Stellung im Gesamtwerk. – In: *Frankfurter Judaistische Beiträge* 40, 2015 (zugleich: Cluse, Christoph u. Voß, Rebekka [Hrsg.]: *Frankfurt's »jewish notabilia« (»Jüdische Merckwürdigkeiten«): Ethnographic views of urban jewry in Central Europe around 1700*. Frankfurt a.M. 2015), S. 79–101.
- Schnur, David (2016)*: Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden in der Wetterau 2 (1348–1390). – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: *Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich*. Trier/Mainz 2016, URL: <http://www.medieval-ashkenaz.org/quellen/1273-1347/fw02.html>.
- Schnur, David (2017a)*: Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400. – Wiesbaden (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, 30).
- Schnur, David (2017b)*: Weltuntergang an der Wende zum Spätmittelalter? Der Frankfurter Pogrom von 1241 und seine Einbettung in jüdische Endzeiterwartungen. – In: Eibisch, Nora u. Klinge, Hendrik [Hrsg.]: *Endspiele interdisziplinär. Zukunftsentwürfe zwischen Weltuntergang und Utopia*. Göttingen (Kontexte. Neue Beiträge zur historischen und systematischen Theologie, 46), S. 105–138.

- Scholl, Christian (2012):* Die Judengemeinde der Reichsstadt Ulm im späten Mittelalter. Innerjüdische Verhältnisse und christlich-jüdische Beziehungen in süddeutschen Zusammenhängen. – Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 23).
- Scholl, Christian (2014):* Hebräische Rückvermerke als Quellen für den Historiker. Erkenntnismöglichkeiten und Überlieferung anhand Ulmer Beispiele des 14. und 15. Jahrhunderts. – In: Haverkamp, Alfred u. Müller, Jörg R. [Hrsg.]: Verschriftlichung und Quellenüberlieferung. Beiträge zur Geschichte der Juden und der jüdisch-christlichen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reich (13./14. Jahrhundert). Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 25), S. 83–96.
- Schreckenberg, Heinz (1996):* Die Juden in der Kunst Europas. Ein historischer Bildatlas. – Göttingen.
- Spitzlberger, Georg (1988):* Jüdisches Leben in Altbayern. Die Juden im mittelalterlichen Landshut. – Landshut.
- Stretz, Torben (2016):* Juden in Franken zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit. Die Grafschaften Castell und Wertheim im regionalen Kontext. – Wiesbaden (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 26).
- Thomas, Christian Ludwig (1899):* Die Ausgrabungen im Domhof und auf dem Weckmarkt 1896 und 1897. – In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 25, S. 300–308.
- Treue, Wolfgang (2011):* »Ich verlangte sehr, sie in ihren Synagogen zu sehen...« Juden und jüdisches Leben im Spiegel christlicher Reiseberichte des 16. und 17. Jahrhunderts. – In: Klein, Birgit E. u. Ries, Rotraud [Hrsg.]: Selbstzeugnisse und Ego-Dokumente frühneuzeitlicher Juden in Aschkenas. Beispiele, Methoden und Konzepte. Berlin, S. 329–353.
- Voltmer, Ernst (1981):* Reichsstadt und Herrschaft. Zur Geschichte der Stadt Speyer im hohen und späten Mittelalter. – Trier (Trierer Historische Forschungen, 1).
- Wild, Dolf u. Böhmer, Roland (1997):* Die spätmittelalterlichen Wandmalereien im Haus »Zum Brunnenhof« in Zürich und ihre jüdischen Auftraggeber. – In: Zürcher Denkmalpflege 1995/1996, S. 15–33.
- Wolf, Armin [Hrsg.] (1969):* Die Gesetze der Stadt Frankfurt am Main im Mittelalter. – Frankfurt a.M. (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, 13).
- Ziwes, Franz-Josef (1999):* Territoriale Judenvertreibungen im Südwesten und Süden Deutschlands im 14. und 15. Jahrhundert. – In: Burgard, Friedhelm; Haverkamp, Alfred u. Mentgen, Gerd [Hrsg.]: Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit. Hannover (Forschungen zur Geschichte der Juden, A 9), S. 165–188.

Jürgen Heyde

Räume aushandeln

Armenisch und Bürgerlich im spätmittelalterlichen Lemberg¹

Mit 1 Abbildung

Der vorliegende Beitrag diskutiert am Beispiel der Handelsmetropole Lemberg eine besondere Form der Soziotopographie spätmittelalterlicher Städte im Wirkungsbereich des Magdeburger Rechts. Es geht um die Frage, wie sich die ethnischen Viertel, die sich in der frühen Neuzeit deutlich im Stadtbild abzeichneten, im Zusammenspiel von normativen Ordnungsvorstellungen und pragmatischen Aushandlungen auf dem Immobilienmarkt herausgebildet haben. Im Mittelpunkt steht dabei die Zeit zwischen dem Lokationsprivileg König *Kasimirs des Großen* von Polen aus dem Jahre 1356 und dem großen Stadtbrand von 1527, dem weite Teile der mittelalterlichen Stadt zum Opfer fielen.

Dabei ist das Anfangsdatum als Zäsur in der Stadtgeschichte unumstritten. Die Besiedlung des Gebietes und auch die wirtschaftliche wie politische Bedeutung Lembergs als Fernhandelsplatz reichen zwar deutlich vor die in der Mitte des 14. Jahrhunderts einsetzende, so genannte »*polnische Periode*« in die Zeit des Fürstentums Halič-Wolhynien zurück. Der Name Lembergs – in den lateinischen Quellen als ›Leopolis‹, im heutigen Ukrainisch ›L'viv‹, auf Polnisch ›Lwów‹ – geht auf Fürst *Lew von Halič* zurück, dessen Vater *Daniil* in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Gründer der Stadt gilt. Erst im späten 14. Jahrhundert setzt dann eine dichtere schriftliche Überlieferung ein, die es erlaubt, die Entwicklung der Stadt und ihrer Bewohner genauer zu untersuchen.

Das Enddatum 1527 markiert zwar eine Katastrophe für die Zeitgenossen und nimmt als Erinnerungsort einen wichtigen Platz in der frühneuzeitlichen Chronistik der Stadt ein, doch die Topographie Lembergs wurde im Zug des Wiederaufbaus keinen grundlegenden Änderungen unterworfen. Es wird jedoch gezeigt, dass die Zerstörungen durch das Feuer durchaus zu einem Nachdenken über die Grundlagen der topographischen Ordnung geführt haben. Dieses Nachdenken spiegelt sich in einigen Dokumenten der Wiederaufbauphase, die neben konkreten Angaben zum Gegenstand der Transaktion nun auch Gedanken zur Bedeutung dieser Immobilien für die Ordnung der Stadt deutlich werden lassen.

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

Die Entwicklung ethnischer Quartiere in Lemberg kann sich auf eine normative Ordnung stützen, deren Grundlagen bereits im Lokationsprivileg von 1356 vorgezeichnet erscheinen. Im Stadtbild lassen sich bereits an der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert im Umkreis der jeweiligen sakralen Zentren Siedlungsverdichtungen der armenischen, jüdischen oder ruthenischen Bevölkerung ausmachen (Janeczek 2015); der größere Teil des innerstädtischen Straßennetzes wurde vorwiegend von katholischer Bevölkerung bewohnt. Aus dem 16. Jahrhundert sind vereinzelt Dokumente überliefert, in denen der (katholische) Magistrat versuchte, diese Siedlungsschwerpunkte zu kompakten, ethnokonfessionellen Quartieren umzuformen, indem er Angehörigen der nichtkatholischen Gruppen untersagte, Grundbesitz außerhalb bestimmter Straßenzüge zu erwerben (Kapral 2000, Nr. 2, S. 42–44; Nr. 89, S. 307–311; Nr. 139, S. 440–442). Allerdings sind diese Quellen auch deswegen überliefert, weil sie den Widerstand der Betroffenen gegen solche Beschränkungen dokumentieren.

Andrzej Janeczek (2015) hat die Herausbildung dieser Siedlungsschwerpunkte als Ergebnis einer bereits früh greifenden Segregations- und damit auch Exklusionspolitik interpretiert, mit welcher der Lemberger Magistrat seine politische Dominanz sowie die Marginalität der nichtbürgerlichen Gruppen zum Ausdruck brachte. Im vorliegenden Text hingegen stehen die Potentiale transkultureller Verflechtung im Mittelpunkt des Interesses. Die Entwicklung ethnokonfessioneller Schwerpunkte im städtischen Raum wird als kommunikativer Prozess untersucht, in welchen normative Konzepte ebenso einfließen soziale Praktiken. Im ersten Abschnitt wird auf die Anlage einer ethnischen Ordnung in dieser Urkunde sowie auf die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Gruppen bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts eingegangen. Daran schließt sich die Betrachtung praktischer Aushandlung des Raums im Licht der Immobilientransaktionen an, welche seit dem späten 14. Jahrhundert in der städtischen Überlieferung zu greifen sind. Im dritten Teil geht es dann um die Kommunikation über räumliche Ordnung und gesellschaftliche Hierarchien zwischen den Vertretern der ethnischen Gruppen, mit besonderem Blick auf Bürger und Armenier.²

Im Zentrum steht die Frage nach den Akteuren, ihren Agenden und den Praktiken der Aushandlung. Durch diesen Zugriff wird die Stadt selbst als konstituierter Raum erkennbar. Sie ist nicht allein die Folie, vor deren Hintergrund innerstädtische Aushandlungsprozesse betrachtet werden können, sondern sie wird selbst als Teil der Aushandlung analysiert. Der akteurszentrierte Ansatz überwindet hergebrachte dichotomische Betrachtungsweisen, bei denen als zweiseitig imaginierte Beziehungen zwischen ›den Bürgern‹ und ›den Armeniern‹ in den Blick genommen werden. Anstatt in dieser Weise die ethnischen Gruppen als

2 Die Verwendung maskuliner Pluralformen bei Kollektivbegriffen wie »die Armenier«, etc. verweist auf die ausschließlich männliche Prägung der repräsentativen Organe der einzelnen Gruppen. Im öffentlichen Leben der spätmittelalterlichen Stadt traten Frauen als Akteurinnen im Wirtschaftsleben oder auch als religiöse Impulsgeberinnen auf, nicht aber als politische Repräsentantinnen. Der Artikelgebrauch im Text versucht, dem Rechnung zu tragen.

Kollektivakteure zu verabsolutieren, wird nach den sozialen Rollen der Akteure gefragt: treten sie als Repräsentanten einer Gruppe oder als Individuen in Erscheinung – und wie beeinflusst dies die Kommunikation? Die dualistische Betrachtung wird zudem aufgebrochen, indem der König und seine Würdenträger als externe Autoritätsressourcen einbezogen werden: Ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung um soziale Hierarchien zwischen den Gruppen und die Ordnung des städtischen Raums erfolgt nicht direkt zwischen den jeweiligen Repräsentanten, sondern indirekt, als Kommunikation zwischen jeweils einer Seite und dem König oder seinen Würdenträgern – auch wenn die Angehörigen der anderen innerstädtischen Gruppen deutlich als inhaltliche Adressaten zu greifen sind.

1 Lemberg 1356 – Entwurf einer ethnischen Ordnung

Nach Ausweis archäologischer Grabungen geht die Besiedlung im Raum des späteren Lemberg bereits auf das frühe Mittelalter zurück, was mit der Lage des Orts an der Handelsroute von Westeuropa zum Schwarzen Meer und nach Konstantinopel in Verbindung gebracht wird. In der Mitte des 13. Jahrhunderts ließ Fürst *Daniil von Halič* eine Burg errichten, was den Aufschwung der Siedlung zum Handelszentrum förderte (Walczy 2002; Janeczek 1993–1994). Nach dem Aussterben der einheimischen Dynastie im 14. Jahrhundert lag das Fürstentum im Interessengebiet der Nachbarmächte Polen, Litauen, Ungarn sowie der Goldenen Horde. Die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts war von militärischen Auseinandersetzungen geprägt, bei denen sich schließlich das Königreich Polen durchsetzen konnte (Lübke 2003; Paszkiewicz 2002 = 1925; Knoll 1972, S. 121–177; Rhode 1955, S. 172–206).

In eine erste Periode polnischer Oberhoheit zwischen 1350 und 1370 fällt das Lokationsprivileg für Lemberg, welches König *Kasimir der Große* im Jahre 1356 ausfertigte; mit dieser Urkunde erhielt die Stadt das Magdeburger Recht verliehen und wurde als selbstverwalteter Organismus konstituiert (Kapral 1998, Nr. 1, S. 27–29; zur Urbanisierungspolitik der polnischen Könige vgl. Janeczek 2011; Werdt 2006, S. 204–247). Das Privileg wandte sich in erster Linie an eine Gruppe von Einwandernden, die sich nicht erst mit der polnischen Herrschaft in der Stadt niedergelassen hatten. Aus ihnen erwuchs die katholische Bürgerschaft als künftige Führungsschicht der Stadt.

In der Urkunde König *Kasimirs* stand aber nicht ein Gegensatz zwischen zugewanderter katholischer und ansässiger orthodox-ruthenischer Bevölkerung im Vordergrund. Die Einwohnerschaft Lembergs wurde vielmehr im umfassenden Sinne als Migrationsgesellschaft begriffen. Neben den Bürgern wandte sich die Urkunde nämlich auch an die Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen, an die ›*alii gentes*‹ der Armenier, Juden, Ruthenen und ›Sarazenen‹ sowie an einer weiteren Stelle zusätzlich noch an Tataren (vgl. Heyde 2017). Sie alle wurden eingeladen, ihre Rechtsangelegenheiten selbst zu organisieren: nach den Vorschriften des Magdeburger Rechts, und falls sie das nicht wünschten, auch nach ihrem eigenen Recht, wenn auch unter dem Vorsitz des königlichen Vogtes.

Dass es in einer Stadt neben den Bürgern andere Gruppen gab, die nicht der städtischen Gerichtsbarkeit unterlagen, war nicht außergewöhnlich. Die Besitzungen von Adel und Geistlichkeit waren häufig davon ausgenommen (*Johanek* 2012; *Schmieder* 2004; *Belzyt* 2004); auch die jüdische Bevölkerung lebte oft ›in der Stadt‹ ohne rechtlich ›zu der Stadt‹ zu gehören (vgl. *Cluse* 2014; 2009; *Gilomen* 2002). Diese Fälle wurden aber so gut wie nie in Stadtrechtsverleihungen geregelt, sondern entwickelten sich in der politischen wie gerichtlichen Praxis. In Lemberg war das anders: die ›*alii gentes*‹ waren kein Sonderfall, sondern Teil der Stadtrechtsverleihung, so dass potentiell in der Stadt mehrere Rechtsgemeinden nebeneinander existierten. Dies wirft die Frage auf, wie der städtische Raum in einer solchen pluralen migrantischen Gesellschaft organisiert werden konnte.

Nachdem der polnische König in der Urkunde von 1356 seinen Entwurf für die künftige Ordnung der Stadt präsentiert hatte, sind schon recht bald danach auch Quellen greifbar, in denen Repräsentanten der Bürger, Armenier und Juden ebenfalls ihre Position dazu klärten. Das Stadtrechtsprivileg folgte in weiten Teilen dem gängigen Formular des Magdeburger Rechts: Die Stadt wurde als eigener Rechtskörper aus dem Verband des Landrechts herausgelöst und die Hoheit der königlichen Beamten mit Ausnahme des königlichen Vogts aufgehoben. Die Verleihung von Ländereien im Umland (Stadtmark) zeigt den territorialen Anspruch des Stadtrechts an; in die gleiche Kategorie fallen Klauseln gegen Konkurrenz bei Schenken und Mühlen im Umland. Eine Besonderheit bildete das erwähnte Angebot an die ›*alii gentes*‹, ihre Angelegenheiten nach dem Magdeburger Recht oder nach ihren eigenen Rechtsgewohnheiten zu regeln. Sie waren damit nicht der Bürgergemeinde unterstellt, sondern – genau wie die Bürger – allein dem königlichen Vogt.

Bereits vier Jahre später, aus dem Jahr 1360, ist die älteste Urkunde überliefert, in der Strukturen und Anspruch der Bürgergemeinde erwähnt werden. In diesem Dokument inszeniert sich die Bürgergemeinde als Friedensgemeinschaft und macht damit ihren Führungsanspruch deutlich. Rat und Schöffenbank werden hier als Organe der Gemeinde greifbar; sie bilden die direkten Ansprechpartner des Königs. Besonders die Rolle der Schöffen und ihrer Urteile wird demonstrativ hervorgehoben – weder der Rat noch der Vogt sollten in der Lage sein, ihre Urteilssprüche zu ändern. Es ist bezeichnend, dass der königliche Vogt im gesamten Text nur an dieser einen Stelle erwähnt wird, in der noch dazu seine Befugnisse begrenzt werden. Die Bürgergemeinde erreichte mit diesem Privileg schon kurz nach der Lokationsurkunde eine Bestätigung der im Magdeburger Recht angelegten Selbstverwaltung. Dass ihr Vertretungsanspruch über die Gemeinde hinaus auf den gesamten Stadtraum zielte, belegt eine Vorschrift zur Nachbarschaftshilfe im Brandfall, die nicht mehr an den Vogt geknüpft war (*Kapral* 1998, Nr. 2, S. 31–33, hier S. 31; AGZ 1872, Nr. 10, S. 27–28).

Wieder drei Jahre später werden im Stiftungsprivileg für die armenische Kirche die Ältesten als eigene Führungsgruppe deutlich (*Abraham* 1904, Doda-tek XI, S. 378–379, hier S. 378; *Chrzyszczewski* 2001, S. 3–4; *Obertyński* 1934 mit falscher Datierung: 1356). Sie stehen neben den kirchlichen Würdenträgern als Repräsentanten der Gruppe, denen Gehorsam geschuldet wird. Im Unterschied

zur Bürgergemeinde zeichnet sich hier keine Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Gemeinschaft ab. Die kirchlichen Würdenträger, Patriarch und Bischof, stehen als Quellen der Autorität im Vordergrund, aber die geforderte Unterordnung der Gläubigen unter die Geistlichen wird wie selbstverständlich auch auf die Ältesten übertragen. Mit der Berufung auf den Patriarchen als oberste Autorität wird die armenische Gemeinde zudem in eine überlokale Ordnung eingebunden; der König und seine Würdenträger wiederum finden keine Erwähnung.

Die Lemberger Juden wiederum erhielten 1367, bei der Bestätigung der jüdischen Generalprivilegien für die ganze Provinz eine eigene Urkunde, die sich von der am selben Tag ausgefertigten Urkunde für die Juden in Kleinpolen und Rotreußen nur durch die Adressierung: »*Iudeis nostris in Lamburga et tota terra Rusie constitutis*« unterschied (Kapral 2000, Nr. 108, S. 381–384). Damit mochte die Rolle der Lemberger jüdischen Gemeinde innerhalb der neuen Provinz unterstrichen werden, doch von größerer Bedeutung scheint der implizite Bezug auf das Angebot der Lokationsurkunde an die »*alii gentes*« zu sein, ihre Angelegenheiten nach Magdeburger oder eigenem Recht unter dem Vorsitz des städtischen Vogts zu regeln. Davon grenzte sich das Privileg von 1367 deutlich ab, indem es – wie bei allen anderen jüdischen Gemeinden im Königreich – festlegte, dass der Richter der Stadt keine Hoheit über sie habe (Heyde 2014, S. 24–33). An seiner Stelle stand ein vom Wojewoden eingesetzter Adelliger als »Judenrichter«. Damit verorteten sich die Juden zwar topographisch innerhalb der Stadt (»*in Lamburga*«), aber rechtlich außerhalb von ihr.

Aus den folgenden zwei Jahrzehnten sind nur wenige Quellen zur Stadtgeschichte erhalten. In der Provinz überzog nach dem Tod des letzten Königs aus der Piastendynastie zunächst ungarischer Einfluss, bis dann ab 1387 die neue polnisch-litauische Union ihre Herrschaft durchsetzte (Szyszka 2016; Marzec 2017; Janeczek 2002). Für die Bürgergemeinde ebenso wie für die Armenier markierte jedoch 1378 das Jahr, in dem anstelle des königlichen Vogts jeweils ein eigener Vogt als Vorsitzender des Gerichts belegt ist. Somit waren die zwei Gemeinden als formal unabhängige Instanzen innerhalb des städtischen Raums konstituiert. Anders als der königliche Vogt konnte der bürgerliche Vogt zunächst keine Hoheit über die armenische Bevölkerung beanspruchen. Die Genese dieser Ämterteilung ist unklar: für das Amt des bürgerlichen Vogts ist eine Urkunde überliefert, in welcher der königliche Statthalter in der Provinz, *Władysław von Oppeln*, am 7. November 1378 den Auskauf des Vogtsamts durch den Lemberger Rat bestätigte (Kapral 1998, Nr. 6, S. 41). Für den armenischen Vogt ist kein vergleichbares Privileg erhalten. Er wird lediglich als Zeuge in einer anderen Urkunde erwähnt – dies allerdings bereits ein halbes Jahr vor dem bürgerlichen Vogt, nämlich am 18. Mai 1378 (Balzer 1909, Dodatek 1, S. 176–177).

2 Immobilienmarkt und ethnische Quartierbildung

Erste Einblicke in das Mit- und Nebeneinander der beiden Bevölkerungsgruppen liefert das älteste Stadtbuch Lembergs, welches die Jahre 1382 bis 1389 umfasst

(*Czołowski* 1892). Es stellt zwar eine bürgerliche Überlieferung dar, zu der kein armenisches Pendant erhalten ist, aber darin finden sich doch Hinweise auch auf armenische AkteurInnen. Das Stadtbuch enthält zahlreiche Aufzeichnungen zu Grundstücksverkäufen und Verpfändungen zwischen ArmenierInnen und BürgerInnen, aber auch zwischen ArmenierInnen untereinander, die ihre Geschäfte vor diesem Forum dokumentierten. Wie in frühen Stadtbüchern häufig, werden überwiegend nur die Vertragsparteien genannt; Hinweise zur Topographie gibt es nur in Einzelfällen. Daraus lässt sich aber ein Schwerpunkt armenischen Immobilienbesitzes im Umfeld der armenischen Kirche ablesen (*Czołowski* 1892, Nrr. 21, 42, 297), und ein zweiter im Norden, in der Straße zum Dominikanerkloster (*Czołowski* 1892, Nrr. 346, 424) – damit sind die beiden Eckpunkte des späteren armenischen Viertels markiert, das zu dieser Zeit noch nicht als fester Begriff erschien. Daneben gibt es Hinweise auf ein armenisches Badehaus direkt am Markt (*Czołowski* 1892, Nrr. 116, 162).

Im Stadtbuch sind somit verschiedene Ansätze für den Umgang mit Immobilientransaktionen zu erkennen. Wenn Häuser oder Grundstücke kartiert werden, geschieht dies in einigen (insgesamt sieben) Fällen bereits mit dem obrigkeitlichen, notariellen Blick auf die Straßentopographie (*Smail* 2000). In drei Fällen wiederum legten die Vertragsparteien Wert darauf, die relative Lage des Grundstücks durch Angaben zur Nachbarschaft zu definieren. In zwei Fällen handelte es sich dabei um weitere ArmenierInnen, in einem Fall um einen Bürger. Die Mehrzahl der Transaktionen blieb jedoch unkartiert; deswegen ist hier ein Blick auf die Parteien in den Grundstücksgeschäften aufschlussreich. Ganz überwiegend, in ca. drei Viertel aller Fälle, waren sowohl Kaufende als auch Verkaufende ArmenierInnen; zweimal wurden Geschäfte zwischen ArmenierInnen und RuthenInnen abgeschlossen, ebenso wie zwischen ArmenierInnen und BürgerInnen. Einmal erwarb ein Armenier eine Immobilie von einem »getauften«, also zum Katholizismus konvertierten Armenier; ein Haus wurde testamentarisch der armenischen Kirche verschrieben. Gehandelt wurden Immobilien bei den gruppenübergreifenden Transaktionen in beide Richtungen: ArmenierInnen traten als Kaufende ebenso auf wie als Verkaufende.

Diese Angaben unterstreichen den Eindruck, den ein Reisender im Jahre 1394 von der Stadt hatte – der Alchemist *Leonard von Maurperg* sprach von einem »*vicus Armenorum*« neben einem »*vicus Christianorum*« in der Stadt (*Corbett* 1936; vgl. *Daškevič* 2018, S. 46–47 mit der Korrektur von »*Livoniam*« zu »*Livouiam*«). Die Vorstellung eines sichtbaren »*armenischen Viertels*« wird durch die ältesten Steuerlisten aus den Jahren 1405 bis 1414 bestätigt. Sie enthalten konkrete Angaben zur Topographie und vermitteln einen (obrigkeitlichen) Eindruck von der Raumordnung in der Stadt. Die Steuereinnehmer gingen nämlich Haus für Haus durch die Straßen und erfassten die bürgerlichen wie die ruthenischen BewohnerInnen systematisch (*Czołowski* 1896; vgl. *Janeczek* 2015). Zu den Armeniern enthalten die Listen hingegen nur Namenslisten der Haushaltsvorstände und summarische Angaben, zu den Juden – gar keine.

Insgesamt veranschaulichen die ältesten Rechnungsbücher die Bildung ethnischer Viertel um die armenische wie die orthodoxe Kirche und die Synagoge;

auch die Straßennamen spiegeln bei diesen Gruppen die gesellschaftliche Organisation des Stadtraums wider. Interessanterweise galt dies nicht für die in der Stadt wohnenden TatarInnen, die gerade nicht in der »platea tartarorum« oder der »heidnischen Gasse« (wie sie in deutschsprachigen Quellen genannt wurde) lebten. Diese war die Hauptverkehrsachse zwischen dem östlichen und dem westlichen Stadttor, und sie wurde bereits bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts in Krakauer Gasse umbenannt (Janeczek 2015, S. 266).

3 Räumliche Ordnung und gesellschaftliche Hierarchien

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts zeigte sich das Streben der Bürgerschaft nach normativer Hegemonie in der Stadt. Sie demonstrierte dies bezeichnenderweise zunächst nicht im Verhältnis zu den anderen ethnischen Gruppen, sondern gegenüber Adel und Geistlichkeit, die durch königliche Mandate verpflichtet wurden, auf ihre Immobilien in der Stadt auch die städtischen Abgaben zu leisten (Kapral 1998, Nr. 20, S. 65 <1420> [Adel]; Nr. 34, S. 99–100 <1444> [Geistlichkeit und Adel]). Im Jahr 1415 erlangte der Rat die Kontrolle über die städtische Waage und damit über das Marktgeschehen (Kapral 1998, Nr. 18, S. 60–61). Im Jahre 1444 machte der Magistrat dann dem armenischen Vogt die Einkünfte aus zwei Fleischbänken am Markt streitig (Kapral 2000, Nr. 42, S. 132–133) – dies ist bis dahin der erste und einzige Hinweis darauf, dass auch die armenische Gemeinde eigene Hoheitsrechte im städtischen Raum beanspruchte.

Aus der Mitte des Jahrhunderts ist mit dem ältesten Schöffebuch eine weitere Quelle erhalten, in der zahlreiche Immobiliengeschäfte zwischen ArmenierInnen – untereinander und mit Nicht-ArmenierInnen – bezeugt sind (Czołowski u. Jaworski 1921). Das Schöffebuch zeigt den Fortschritt in der Verwaltungspraxis: mittlerweile dominierte der notarielle Blick und die Kartierung der Immobilien innerhalb der städtischen Topographie; Nachbarschaften traten als Orientierungsmarken in den Hintergrund.

Die jetzt so genannte Armenische Gasse weist die höchste Zahl an Belegen auf, aber auch die Straße zum Dominikanerkloster (jetzt »Heiligen Leichnams Gasse«) wird mehrfach erwähnt. Im Armenischen Viertel lag auch der zweimal belegte Armenische Kirchhof, ein weiteres Haus wird einfach mit »bei der Mauer« beschrieben. Die Armenische Gasse mündete direkt in die Krakauer Gasse, allerdings waren an der dazugehörigen Transaktion zwei Bürger beteiligt. Armenier besaßen Häuser »bei der reussischen Kirche« und in der Judengasse; sie verkauften Immobilien am Markt und erwarben welche »am galizischen Tor« sowie eine weitere in der Judengasse. Es existierte somit ein deutlich erkennbares armenisches Viertel, welches von der Krakauer Gasse über die Armenische Kirche nach Norden bis zum Dominikanerkloster reichte und sich im Westen an die Stadtmauer anlehnte; aber die armenische Bevölkerung war im 15. Jahrhundert nicht darauf beschränkt, sondern besaß oder erwarb auch Besitz in anderen Teilen der Stadt.

Rechtliche Schranken zwischen Bürgern und Armeniern oder eine verordnete Segregation zwischen den Gruppen gab es nicht, und doch wurden über die Immobilientransaktionen auch Raumordnungskonzepte vermittelt. Dies zeigt der

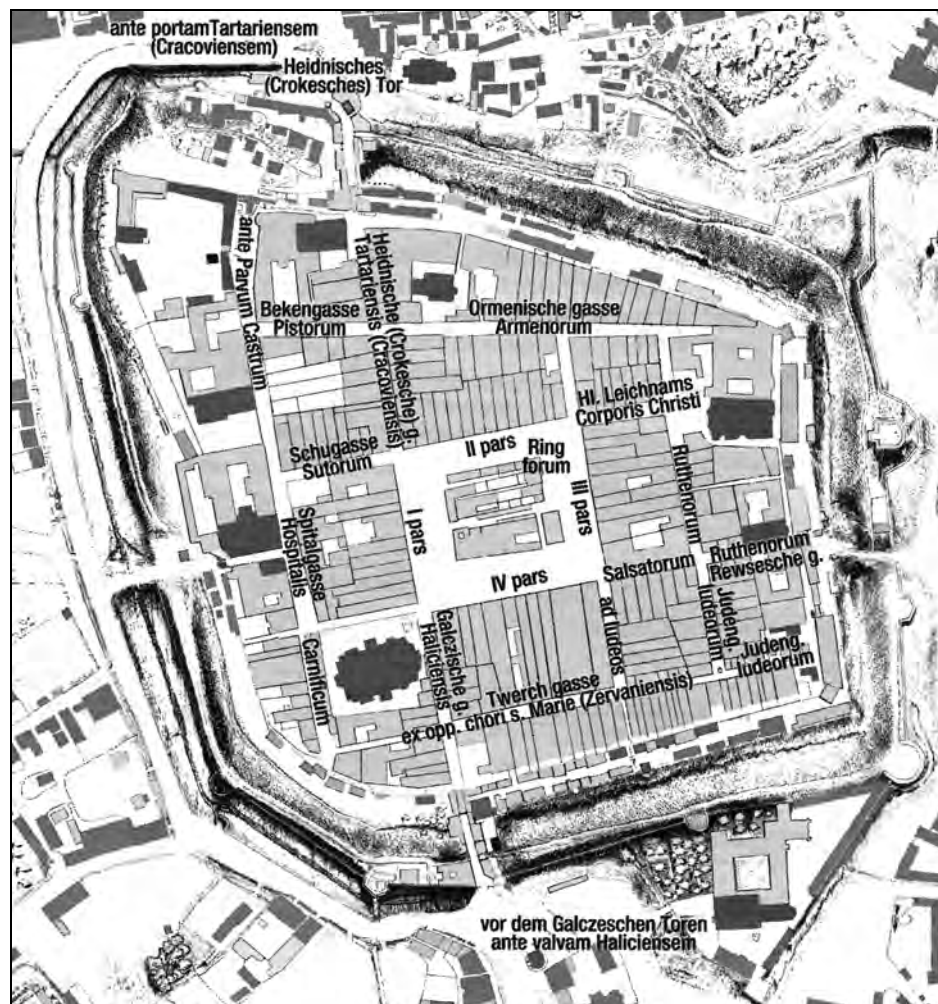


Abb. 1: Sozialtopographischer Stadtgrundriss von Lemberg mit Straßen- und Regionsnamen am Ende des 14. und im 15. Jahrhundert auf einem Katasterplan von 1777
Janeczek 2015, S. 266, ryc. 1

erwähnte Erwerb eines Hauses im jüdischen Viertel durch einen Armenier im Jahre 1443. Der Käufer verpflichtete sich nämlich, dass er dieses Haus in der Zukunft »*keyme vnkristen vorkauft sunder alleyne eyne Cristen eyne mitburger in der stat*«. Nicht die Lage der Immobilie war somit entscheidend, sondern allein der »*christliche*« Besitz. Trotz aller religiösen Differenzierung wurde die armenische Bevölkerung als zum städtischen Raum zugehörig betrachtet, während die jüdische davon ausgeschlossen sein sollte. Diese vereinzelte Quelle lässt sich jedoch nicht ohne weiteres als Beleg für einen allgemeinen Trend sehen. Sie fügt sich ein in das politische Klima der Jahre 1443 und 1444, als König *Władysław* von

Polen und Ungarn zu einem Kreuzzug gegen das Osmanische Reich rüstete und der Lemberger Rat die Stadt in seiner Korrespondenz mit dem König als ›Vormauer der Christenheit‹ im Kampf gegen die Heiden inszenierte (Kapral 1998, Nr. 35, S. 101).

Andere Quellen, vom Ende des 15. Jahrhunderts, belegen, dass auch jüdische Personen Immobilienbesitz außerhalb des jüdischen Viertels besaßen. In den Ratsakten ist zum Jahr 1495 eine Doppeltransaktion zwischen einem Armenier und einem Juden verzeichnet: Der Armenier verkaufte ein Grundstück im jüdischen Viertel an einen Juden und erwarb am selben Tag das Haus dieses Juden in der »platea Rinthemith«, deren Lage nicht genau bestimmt werden konnte (CDIAU-L, fond 52, opis 2 Nr. 8, S. 701). Ähnlich wie im Fall des armenischen Viertels illustriert dieses Geschäft eher die Konsolidierung des jüdischen Viertels, also eine allgemeine Vorstellung von der ethnischen Ordnung innerhalb der städtischen Topographie. Der Immobilientausch wurde nämlich nicht allein zwischen dem armenischen und dem jüdischen Partner ausgehandelt, sondern zudem vor dem Ratsgericht dokumentiert.

Interessant ist dieser Umstand deswegen, weil er bereits in eine Zeit wachsender Spannungen zwischen den Bürgern und den Armeniern oder Juden fiel. Die Konflikte verliefen auf unterschiedlichen Ebenen und illustrieren je auf ihre Weise die Hegemonialpolitik des Rates gegenüber den ethnischen Gruppen. Bei den Armeniern war bereits seit 1469 das Amt des Vogts aufgehoben und das Gericht der Ältesten dem städtischen Vogt unterstellt worden (Heyde 2011). Die armenischen Ältesten klagten am Ende des 15. Jahrhunderts wiederholt über ihre zunehmende Marginalisierung, doch sie konnten damit beim König zunächst kein Gehör finden. Gegenüber den Juden kämpfte der Magistrat seit 1484 um eine Einschränkung ihrer Handelsrechte, die er nach dem Vorbild Krakaus auf den Verkauf verfallener Pfänder begrenzen lassen wollte (Heyde 2014, S. 126–148).

In beiden Fällen ist vom Ende des 15. und aus den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts eine umfangreiche Polemik vor dem Gericht des Königs überliefert, wobei es allerdings nie zu gemeinsamen Aktionen von Armeniern und Juden gegen die Politik des Magistrats kam. Die polnischen Könige – von *Johann Albrecht* bis zu *Sigismund dem Alten* – vertraten lange Zeit die Auffassung, dass die Lemberger Streitigkeiten auf lokaler Ebene gelöst werden sollten und riefen die Konfliktparteien ein ums andere Mal dazu auf, eine Übereinkunft untereinander zu finden. Dies kam der Haltung des Rates entgegen, dessen Maßnahmen als Auslöser der Auseinandersetzungen erscheinen.

Um 1520 herum spitzten sich die Konflikte weiter zu und konnten nicht länger als lokale Angelegenheiten abgetan werden. Nach einem umstrittenen Todesurteil des Rates gegen einen Armenier im Jahre 1518 wandten sich die Angehörigen des Verurteilten direkt an König *Sigismund* von Polen, der eine eigene Untersuchung ankündigte. Der Rat ließ das Urteil trotzdem vollstrecken, woraufhin der König die Bürgermeister inhaftieren ließ. Der Lemberger Justizskandal hatte zudem zur Folge, dass *Sigismund* seine Haltung zu den Klagen der armenischen Ältesten über ihre fortschreitende Marginalisierung überdachte. Er bestätigte im folgenden Jahr das so genannte ›Armenische Statut‹, eine Kodifikation des arme-

nischen Rechts. Dies bedeutete eine bewusste Abkehr von der seit einem halben Jahrhundert verfolgten Politik einer rechtlichen Integration der Armenier in die bürgerlichen Strukturen und stellte die armenische Selbstverwaltung wieder her (Kapral 2000, Nr. 65, S. 184; vgl. Heyde 2011, S. 399–401).

Gegenüber den Juden erreichte der Konflikt einen Höhepunkt im Jahre 1521, als sich der Lemberger Rat an den Rat der Stadt Posen wandte. Er wollte ihn als Verbündeten gewinnen in seinem Kampf gegen die »Zerstörung der Stadt« durch den jüdischen Handel (Łukaszewicz 1878, S. 58–59 mit Anm. 1; zu Posen vgl. Rexheuser 2008). Damit versuchte er, die Arena des Konflikts zu erweitern und so die Oberhand in der Auseinandersetzung zu gewinnen.

Die Konflikte hatten die Grundlage der interkulturellen Kommunikation in der Stadt verschoben. Die Ältesten als Repräsentanten der jeweiligen Gruppen traten in der Kommunikation mit den Bürgern sowie mit dem König und seinen Würdenträgern in den Vordergrund; individuelle Kommunikationswege und Kontakte, welche bis weit in das 15. Jahrhundert die Verständigung zwischen Armeniern, Bürgern, Juden und Ruthenen bestimmt hatten, traten zurück, weil sich die Politik des Rates an die Gruppen als solche richtete.

Von diesem Trend zur ethnischen Organisation wurde auch die ruthenische Bevölkerung erfasst, deren Älteste im Jahre 1521 erstmals in einer königlichen Urkunde als kollektive Repräsentation auftraten. Sie klagten gegen den Rat über rechtliche Diskriminierung, ähnlich wie es die Armenier seit Jahrzehnten getan hatten (Kapral 2000, Nr. 1, S. 39–42). Vier Jahre später erließ der König eine weitere Urkunde zugunsten der ruthenischen Ältesten, weil der Magistrat sie keine Häuser außerhalb des ruthenischen Viertels erwerben lasse (Kapral 2000, Nr. 2, S. 42–44; vgl. Janeczek 2015, S. 274–278). Der jahrzehntelange Konflikt um die Hegemonie der Bürgerschaft hatte die Ruthenen, die im 15. Jahrhundert durchgängig von den Bürgern ‚mitrepräsentiert‘ worden waren, zum Aufbau einer eigenen Vertretung veranlasst, welche nun dem Magistrat vor dem König mit ihren eigenen Forderungen gegenübertrat. Dauerhaft gelöst wurde keiner der Konflikte – die Auseinandersetzungen zwischen dem Magistrat und den Repräsentanten der nunmehr drei anderen Gruppen in der Stadt flammten das gesamte 16. Jahrhundert immer wieder auf; nicht nur die Themen, sondern auch die Argumente wiederholten sich.

Auf kurze Sicht jedoch musste der Rat bald seine Haltung zur topographischen Ordnung der Stadt überdenken. Im Jahr 1527 brannte ein großer Teil der Stadt in einem Feuer nieder. Nun war es der Rat selbst, der über den Verkauf von Immobilien versuchte, den Wiederaufbau der Stadt zu fördern – und er war bereit, dabei auch ältere Restriktionen außer Kraft zu setzen.

So beurkundete er bereits im Jahr 1528 den Verkauf eines Grundstücks an einen Juden (CDIAU-L, f. 52, op. 2, Nr. 9, S. 782–783). Dieses habe, so vermerken es die Ratsakten, schon über 20 Jahre leer gestanden und solle nun zum Wohle der Stadt wieder genutzt werden. Der Kauf ist mit zahlreichen Auflagen versehen, darunter auch einer Zinszahlung an die nahe gelegene Kirche, doch er belegt den Willen, festgefahrene polemische Fronten zu überwinden. Ein Jahr später folgte der nächste Verkauf – ein jüdischer Arzt erwarb das Gelände des ehemaligen

städtischen Gefängnisses am Rande des jüdischen Viertels (CDIAU-L, f. 52, op. 2, Nr. 9, S. 851–852; vgl. *Janeczek* 2015, S. 278 mit Anm. 84). Diese Quelle hat doppelte symbolische Bedeutung: sie zeigt zum einen die demonstrative Abwertung des jüdischen Viertels durch die Nachbarschaft dieses entehrenden Bauwerks, zum anderen aber den Willen, das Ringen um Symbolik in der gegenwärtigen Notlage hintanzusetzen.

4 Fazit: Ethnische Viertel zwischen normativer Hegemonie und pragmatischer Aushandlung

Was sagen nun die hier präsentierten Quellen über das Aushandeln von Räumen in einer spätmittelalterlichen Migrationsgesellschaft aus? Betrachtet man die Aushandlungsprozesse in der *longue durée*, so tritt zum einen das Streben der Bürgerschaft nach Hegemonie im städtischen Raum zutage, das sich bereits in der frühesten Erwähnung des Rats 1360 ankündigte und bis in die Konflikte an der Schwelle zur Neuzeit mit wechselnden Schwerpunkten fortsetzte. Dem gegenüber steht die topographische Konsolidierung der ethnischen Viertel rund um die jeweiligen religiösen Zentralorte: die Kirchen und die Synagoge. Bei den hier näher betrachteten Armeniern ist sowohl die Konsolidierung als auch die Expansion in benachbarte Straßen erkennbar, bei Juden und Ruthenen ist es jeweils eine verweigte Expansion, die sich in den Quellen spiegelt.

Die Hegemonialpolitik des Rates ist jedoch nicht durchgängig bestimmend für die Kommunikation in der Stadt. Sie manifestiert sich zum einen an einigen politisch aufgeladenen Momenten. Demonstrative Exklusions- und Dominanzbestrebungen des Magistrats werden deutlich vor dem Kriegszug König *Władysław III.* gegen das Osmanische Reich 1444 sowie im Zuge der Auseinandersetzungen um Handelsrechte am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Sie überlagern sich allerdings mit dem Anspruch auf Repräsentation der gesamten Stadt durch den Rat, der bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts sichtbar ist. Klagen wie die der ruthenischen Gemeinde über Beschränkungen beim Immobilienerwerb oder von Ruthenen wie Armeniern über Marginalisierung vor Gericht deuten auf längerfristige Konflikte und Exklusionspraktiken hin, die allerdings in den Quellen nur dann zu fassen sind, wenn sie vor ein äußeres Forum (den König) getragen werden können.

In der kurzen Dauer und bei der Betrachtung individueller Akteure verschiebt sich das Bild merklich. Hier zeigen sich intensive transkulturelle Verflechtungen und ein hohes Maß an Pragmatismus über die normativen Gruppengrenzen hinweg. Deshalb sind bei der Frage nach der Entwicklung der innerstädtischen Räume sowohl die beiden zeitlichen Perspektiven als auch die jeweilige Bedeutung von interkultureller Normsetzung und transkulturellen Praktiken in die Analyse miteinzubeziehen.

Zusammenfassung

Der Beitrag stellt die Entwicklung ethnischer Quartiere in der Stadt Lemberg im Zeitraum zwischen dem Lokationsprivileg von 1356 und dem Stadtbrand von 1527 in den Mittelpunkt. Er untersucht die organisatorischen Grundlagen einer armenischen Gemeindebildung und beleuchtet die Immobilientransaktionen in der Stadt, welche bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts zur Herausbildung eines topographisch erkennbaren armenischen Viertels geführt haben. Analysiert wird der Einfluss obrigkeitlicher Setzung und transkultureller Aushandlung, um auf diese Weise Vorstellungen einer a priori gesetzten Segregation der ethnischen Gemeinschaften in der Stadt zu hinterfragen. Dabei wird das Zusammenspiel von langfristigen Hegemonialstrategien und alltäglichem Pragmatismus in der transkulturellen Kommunikation deutlich.

Summary

Arranging areas

Armenian and civic in late medieval L'viv

The article discusses the development of ethnic quarters in the town of L'viv in the time between the privilege of 1356, granting Magdeburg law to the city, and the great fire of 1527. It analyzes the organizational foundations of Armenian community-building and sheds light on real-estate transactions, which document the development of a topographically visible Armenian quarter until the mid-15th century. The argument focusses on the influence of normative rulings as well as transcultural negotiations, thus scrutinizing preconceptions of a spatial segregation that had been forced upon the ethnic communities from the very beginning. The article argues instead to take both long- and short-term approaches into consideration, which reveal an interplay between the strive for hegemony by the magistrate and an every-day pragmatism in the realm of transcultural communication.

Literatur und Quellen

Abraham, Władysław (1904): Powstanie organizacyi kościoła łacinskiego na Rusi [Die Entstehung der Organisation der lateinischen Kirche in der Rus']. Bd. 1. – Lwow.

AGZ = Akta grodzkie i ziemskie z czasów Rzeczypospolitej polskiej z archiwum tak zwanego bernardyńskiego we Lwowie (1872), Bd. 3. – Lwów.

Balzer, Oswald (1909): Sądownictwo ormiańskie w średniowiecznym Lwowie [Das armenische Gerichtswesen im mittelalterlichen Lemberg]. – Lwów.

Belzyt, Leszek (2004): »Sondergemeinden« in Städten Ostmitteleuropas im 15. und 16. Jahrhundert am Beispiel von Prag, Krakau und Lemberg. – In: Johanek, Peter [Hrsg.]: Sondergemeinden und Sonderbezirke in der Stadt der Vormoderne. Köln, S. 165–172.

CDIAU-L = Central'nyji Deržavnyji Istoryčnyji Arkhiv Ukrainy. – L'viv, fond 52, opis 2, Nr. 8, Nr. 9.

- Chrzyszczewski, Jacek (2001)*: Historia katedry ormiańskiej we Lwowie [Geschichte der armenischen Bischofskirche in Lemberg]. – In: *Biuletyn Ormiańskiego Towarzystwa Kulturalnego* 26/27, S. 3–54.
- Cluse, Christoph (2009)*: Jewish community and civic commune in the high Middle Ages. – In: Gestrinch, Andreas [Hrsg.]: *Strangers and poor people. changing patterns of inclusion and exclusion in Europe and the Mediterranean world from classical antiquity to the present day*. Frankfurt a.M., S. 165–192.
- Cluse, Christoph (2014)*: Kommunale Zugehörigkeiten und vielfältige Privilegien: die Rechte Fremder im Hoch- und Spätmittelalter. – In: Coşkun, Altay u. Raphael, Lutz [Hrsg.]: *Fremd und rechtlos? Zugehörigkeitsrechte Fremder von der Antike bis zur Gegenwart*. Ein Handbuch. Köln u. Weimar, S. 153–192.
- Corbett, James (1936)*: L'alchimiste Léonard de Maurperg (XIVe siècle). Sa collection de recettes et ses voyages. – In: *Bibliothèque de l'École des chartes* 97, S. 131–141.
- Czołowski, Aleksander [Hrsg.] (1892)*: Pomniki dziejowe Lwowa z archiwum miasta [Lemberger Geschichtsdenkmäler aus dem Stadtarchiv]: Bd. 1: Najstarsza księga miejska [Das älteste Stadtbuch]. – Lwów.
- Czołowski, Aleksander [Hrsg.] (1896)*: Pomniki dziejowe Lwowa z archiwum miasta [Lemberger Geschichtsdenkmäler aus dem Stadtarchiv]. Bd. 2: Księga przychodów i rozchodów miasta, 1404–1414 [Das Buch der Einnahmen und Ausgaben der Stadt, 1404–1414]. – Lwów.
- Czołowski, Aleksander u. Jaworski, Franciszek [Hrsg.] (1921)*: Pomniki dziejowe Lwowa z archiwum miasta [Lemberger Geschichtsdenkmäler aus dem Stadtarchiv]. Bd. 4: Księga ławnicza miejska, 1441–1448 [Das städtische Schöffnenbuch, 1441–1448]. – Lwów.
- Daškevič, Jaroslav (2018)*: Die Armenierviertel in den Städten der Ukraine (14.–18. Jahrhundert). – In: Ganjalyan, Tamara; Troebst, Stefan u. Kovács, Bálint [Hrsg.]: *Armenier im östlichen Europa*. Eine Anthologie. Wien, S. 44–90.
- Gilomen, Hans-Jörg (2002)*: Städtische Sondergruppen im Bürgerrecht. – In: Schwinges, Rainer Christoph u. Gerber, Roland [Hrsg.]: *Neubürger im späten Mittelalter*. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550). Berlin, S. 125–167.
- Heyde, Jürgen (2011)*: Ethnische Gruppenbildung in der spätmittelalterlichen Gesellschaft. Die Armeni in Lemberg und das Armenische Statut von 1519. – In: Gawlas, Sławomir u. Szczepański, Michał T. [Hrsg.]: *Historia społeczna późnego średniowiecza*. Nowe badania [Gesellschaftsgeschichte des Spätmittelalters. Neue Forschungen]. Warszawa, S. 387–403.
- Heyde, Jürgen (2014)*: Transkulturelle Kommunikation und Verflechtung. die jüdischen Wirtschaftseliten in Polen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert. – Wiesbaden.
- Heyde, Jürgen (2017)*: Multiethnizität, Stadtrecht, Stadt. Lemberg im späten Mittelalter. – In: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska F* 72, S. 95–119.
- Janeczek, Andrzej (1993–1994)*: Studia nad początkami Lwowa. Bilans osiągnięć i potrzeb badawczych [Studien zu den Anfängen Lembergs. Bilanz der Errungenschaften und Forschungsdesiderate]. – In: *Rocznik Lwowski*, S. 7–36.
- Janeczek, Andrzej (2002)*: New authority, new property, new nobility. The foundation of noble estates in Red Ruthenia during the fourteenth and fifteenth centuries. – In: *Quaestiones Mediae Aevi Novae* 7, S. 77–125.
- Janeczek, Andrzej (2011)*: Die Modernisierung der Städte Rutheniens. Die Reformen des 14.–16. Jahrhunderts. – In: Mühle, Eduard [Hrsg.]: *Rechtstadtgründungen im mittelalterlichen Polen*. Köln, S. 355–371.

- Janeczek, Andrzej (2015):* Segregacja wyznaniowa i podział przestrzeni w miastach Rusi Koronnej (XIV–XVI w.) [Konfessionelle Segregation und Aufteilung des Raums in den Städten Kronrutheniens (14.–16. Jh.). – In: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej* 63, Nr. 2, S. 259–281.
- Johanek, Peter (2012):* Adel und Stadt im Mittelalter. – In: *Johanek, Peter: Europäische Stadtgeschichte. ausgewählte Beiträge*, hrsg. v. Werner Freitag. Wien, S. 216–236.
- Kapral, Myron [Hrsg.] (1998):* Prileji mista L'vova XIV–XVIII st. [Privilegien der Stadt Lemberg]. – L'viv.
- Kapral, Myron [Hrsg.] (2000):* Pryvileji nacional'nych hromad mista Lvova = Privilegia Nationum Civitatis Leopoliensis (XIV–XVIII saec.) [Privilegien der nationalen Gruppen der Stadt Lemberg (14.–18. Jh.)]. – Lviv.
- Knoll, Paul W. (1972):* The rise of the Polish monarchy. Piast Poland in East Central Europe, 1320–1370. – Chicago.
- Lübke, Christian (2003):* Außenpolitik im östlichen Mitteleuropa: Expansion und Hegemonie am Beispiel Polens und des Landes Halič-Volyn' (bis 1387). – In: *Wünsch, Thomas u. Patschovsky, Alexander [Hrsg.]: Das Reich und Polen. Parallelen, Interaktionen und Formen der Akkulturation im hohen und späten Mittelalter. Ostfildern*, S. 21–58.
- Lukasiewicz, Józef (1878):* Historisch-statistisches Bild der Stadt Posen. wie sie ehemals, d.h. vom Jahre 968–1793 beschaffen war. Bd. 1. – Posen.
- Marzec, Andrzej (2017):* Pod rządami nieobecnego monarchy. Królestwo Polskie 1370–1382 [Unter der Regierung eines abwesenden Königs. Das Königreich Polen 1370–1382]. – Kraków.
- Obertyński, Zdzisław (1934):* Die Florentiner Union der polnischen Armenier und ihr Bischofskatalog. – Roma.
- Paskiewicz, Henryk (2002/1925):* Polityka ruska Kazimierza Wielkiego [Die Ruthenien-Politik Kasimirs des Großen]. – Kraków (Original Warszawa 1925).
- Rexheuser, Rex (2008):* Zurückdrängen oder Aussiedeln. Die Stadt Posen und ihre Juden 1518–1538. – In: *Rexheuser, Rex: Kulturen und Gedächtnis. Studien und Reflexionen zur Geschichte des östlichen Europas. Wiesbaden*, S. 13–38.
- Rhode, Gotthold (1955):* Die Ostgrenze Polens. Teil 1. Im Mittelalter bis zum Jahre 1401. – Köln.
- Schmieder, Felicitas (2004):* Des gedencke der rat, ob sie eynis malis der stad bedorfften! Geistliche Bürger, Ausbürger, Beisassen als besondere Gruppen in der spätmittelalterlichen Stadt Frankfurt am Main. – In: *Johanek, Peter [Hrsg.]: Sondergemeinden und Sonderbezirke in der Stadt der Vormoderne. Köln*, S. 125–163.
- Smail, Daniel Lord (2000):* Imaginary cartographies. Possession and identity in late medieval Marseille. – Ithaca.
- Szyszka, Janusz (2016):* Formowanie i organizacja dóbr monarszych w ziemi lwowskiej od połowy XIV do początku XVI wieku [Bildung und Organisation der monarchischen Dominalgüter im Lemberger Land von der Mitte des 14. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts]. – Kraków.
- Walczy, Łukasz (2002):* W sprawie początków Lwowa [Zur Frage der Anfänge Lembergs]. – In: *Karolczak, Kazimierz [Hrsg.]: Lwów. Miasto – Społeczeństwo – Kultura. Studia z dziejów Lwowa [Lemberg. Stadt – Gesellschaft – Kultur. Studien zur Geschichte Lembergs]*: Bd. 4. Kraków, S. 31–41.
- Werdt, Christophe von (2006):* Stadt und Gemeindebildung in Ruthenien. Okzidentalisation der Ukraine und Weißrusslands im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit. – Wiesbaden.

Thomas Schader

Missionare in der Warteschleife

Einblicke in die Lebenswelt deutschsprachiger Überseekandidaten in den andalusischen *Hospicios de Indias*, 1660–1760¹

Mit 2 Abbildungen und 1 Tabelle

Die Gesellschaft Jesu gilt als einer der ersten *Global Player* der Frühen Neuzeit. Der Grund lag in dem missionarischem Engagement des Ordens in den für Europa unbekanntem Gebieten jenseits der Ozeane. Vor allen in den spanischen Kolonien, wie dem heutigen Lateinamerika, wirkte der Orden nachhaltig. Die Missionen waren lange Zeit fast ausschließlich den Untertanen der spanischen Krone vorbehalten, doch lockerten sich im Laufe des 17. Jahrhunderts die Beschränkungen und der Ruf nach Übersee erreichte auch die Territorien des Heiligen Römischen Reiches. In den folgenden Jahrzehnten verließen hunderte Jesuiten der deutschen Ordensassistenten ihre Heimat, um sich auf den Weg in die Missionen zu machen (vgl. *Nebgen* 2007, S. 52–60).

Der Weg nach Übersee führte die Missionsaspiranten, auch *Indipetae* genannt, über die andalusischen Hafenstädte Sevilla, Cádiz und Puerto de Santa María. In den dortigen Herbergen, den *Hospicios de Indias*, mussten sie häufig längere Zeit warten, bis sie ihre große Reise nach Westindien antreten konnten. Der folgende Beitrag widmet sich diesen Warteräumen, indem er Einblicke in die dortige Alltagswelt gewährt, den Diskursen und Praktiken der Missionskandidaten nachgeht und einen soziologischen Blick auf das Phänomen des Wartens wirft.

Die Missionskandidaten reisten aus der oberdeutschen, niederrheinischen, österreichischen und böhmischen Provinz zunächst nach Genua, wo sie sich versammelten und gemeinsam ein Schiff bestiegen, das sie in die spanische Küstenstadt Cádiz brachte. Dort liefen einmal jährlich die königlichen Flotten in die ›Neue Welt‹ aus, doch konnten sich die Abfahrtstermine aufgrund von Verspätungen, Unwettern oder Schiffsunglücken um Jahre hinauszögern – wie im Fall der ersten großen Missionsexpedition des Jahres 1678. Verspätet in Spanien angekommen, mussten die deutschen Missionare mit ansehen, wie die Flotte vor ihren Augen abfuhr. Die nächste Möglichkeit ergab sich erst zwei Jahre später, doch erlitt ihr Schiff im Hafen von Cádiz Schiffbruch. Erst 1681 konnte ein Teil der Expedi-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

tion Spanien verlassen (vgl. *Roedl u. Binková* 1994, S. 106ff.). Neben nautischen und meteorologischen Unwägbarkeiten konnten politische Spannungen die Weiterreise der ausländischen Missionare verhindern. Die Jesuiten aus den deutschen Ordensprovinzen wurden mit dem königlichen Dekret als vertrauenswürdig eingestuft, im Gegensatz etwa zu englischen und französischen Jesuiten und mit der Zulassung für die Überseemission zu Untertanen des Königs. Eine vollständige Freizügigkeit wurde ihnen jedoch nicht zugesprochen. Die spanische Krone führte grundsätzlich eine restriktive Migrationspolitik und legte immer wieder Quoten fest, um den Anteil ausländischer Missionare in den Überseegebieten möglichst niedrig zu halten. In politisch angespannten Zeiten konnte zudem die Freizügigkeit ohne weiteres beschränkt werden (vgl. *Hausberger* 1995, S. 38ff.).

1 Die *Hospicios de Indias*

Während ihres Aufenthalts in Spanien wurden die ausländischen Missionskandidaten auf die andalusischen Niederlassungen des Jesuitenordens verteilt. Sofern sie nicht an die Universitäten oder Professhäuser geschickt wurden, um ihre Ausbildung fortzusetzen, kamen sie vorrangig im Sevillaner Kolleg *San Hermenegildo* unter. Vor dem Hintergrund der Zulassung ausländischer Kandidaten für die Überseemission wurde das Kolleg in den 1680er Jahren um die Missionsherberge *Nuestra Señora de Guadalupe* erweitert (vgl. *Galán García* 1995, S. 169ff.). Der Grund für den Bau einer Unterkunft allein für die Indienmissionare lag an dem permanenten Platzmangel, mit dem die Niederlassungen der andalusischen Ordensprovinz seit Beginn an zu kämpfen hatten. Auf die Dringlichkeit einer geeigneten Unterkunft wurde schon früh hingewiesen, nicht zuletzt, um die Missionskandidaten vor den profanen Verlockungen der Hafenstädte zu schützen (vgl. *Egaña* 1958, S. 711). Mit der neuen Herberge, welche im Jahr 1688 eröffnet wurde und laut dem Luzerner Pater *Philipp Sgesser* »zimlich altfrenkisch auf gottische weis« errichtet war (StA Luzern, PA 437/585/23), konnte das Problem des Platzmangels jedoch nicht vollständig gelöst werden. Die Ordensoberen waren weiterhin gezwungen, die Missionskandidaten auf die anderen Häuser der Provinz zu verteilen und beizeiten auf die Gastfreundschaft anderer Orden zu vertrauen (vgl. *Galán García* 1995, S. 173). Viele Missionare kamen weiterhin im Sevillaner Kolleg unter, im Sevillaner Professhaus und im Cádiz *Colegio de Santiago*.

Vor allem im Cádiz Kolleg war der Platzmangel virulent. Pater *Paul Klein*, ein Teilnehmer der ersten großen Missionsexpedition, schrieb 1680 an seinen ehemaligen Rektor in Prag: »Die Art und Weise, wie man hier mit Gästen umgeht, vor allem mit jenen aus dem Ausland, ist grundverschieden, verglichen mit dem was man aus unserem Böhmen gewohnt ist. Wir wohnen fast alle in derselben Kammer, welche uns als Schlafsaal, Gebetsstube und alles andere dient. Da man sich den Tisch immer selbst basteln muss, schreibt man eben irgendwie möglich, so bspw. kniend am Bett« (übersetzt aus *Zavadil* 2011, S. 361). Eine ähnliche Erfahrung machte knapp 40 Jahre später sein Ordensbruder Pater *Dominicus Mayr*: »Wir bewohnten inzwischen in unserem Kolleg in Cádiz zu acht deutschen Patres einen Raum, ausgestattet mit eben so viel Betten, Decken und Truhen, der der

Länge und Breite nach nicht größer war als meiner in Dillingen. Mit solcher Unbequemlichkeit – mögen eH [euer Hochwürden] selbst beurteilen! Es nützt wohl öfter jenes Wort des hl. Augustinus gehört zu haben. Wenn die Gefäße des Fleisches in die Enge getrieben werden, weiten sich die Spielräume der Liebe« (Stadelmann u. Hartmann 2002, S. 101).

Neben dem Platzmangel machte den *Indipetae* auch die spanische Hitze zu schaffen. Wie unangenehm die Verhältnisse in den Unterkünften zeitweise sein konnten, zeigen folgende Äußerungen aus der Feder des Paters *Philipp Segesser*: »[...] in einem Haus, al wo nur die Mißionarij bei zwei und sexig, in einem zimer zwei, trei, viere, fünffe bis 8en miesen bei sammen wohnen mit der grösten ungelegenheit, und zwar iezund in einr solchen hiz, der gleichen spanien lange zeit nit erfahren, wegen einem brenentten lufft, welcher alles also entzündet, das wan alles im feür gelegen. ich schreibe dißes in meinem Zimmer [...] ohne rock, dan sonsten mir ohn-möglich nur etliche wörter ohne besudlung des brieffs von dem schweis, so tag und nacht über uns herunder rinnet, zu schreiben« (StA Luzern, PA 437/586/1). Mit der Hitze kamen weitere Unannehmlichkeiten hinzu: »Hier ist Ein unleidentliche plag der spanischen mügcken, welche unsere Händ und ge-sichter also zerstechen zu nachs, das wir wie krezige oder raüidige aussehen« (StA Luzern, PA 437/585/23).

Neben dem Wechsel vom mitteleuropäischen Kontinentalklima zum mediterranen Klima Andalusiens war für die Missionare vor allem die mehrwöchige Reise auf dem Mittelmeer eine körperliche Belastung. Viele von ihnen kamen krank in Spanien an und mussten sich in den Unterkünften auskurieren. Die Kollegien verfügten über medizinische Betreuung, doch kam es mitunter vor, dass einzelne Missionskandidaten derartig erkrankten, dass sie wieder in ihre Heimatprovinzen zurückgeschickt werden mussten. Manch einer verstarb gar, bevor er seine große Reise über den Atlantik antreten konnte (vgl. *Thompson, Zimmt u. Dahlquist* 2014, S. 83f.).

Die Kollegien fungierten fortwährend als reguläre Ausbildungsstätten des Ordens. Die Herausforderungen des täglichen Lehrbetriebs und die Betreuung der Gäste bedeutete für die Kollegeleiter stets eine Doppelbelastung, welche immer wieder zu Spannungen führte, zumal die Anzahl ausländischer Überseekandidaten in den folgenden Jahrzehnten stetig zunahm (Tab. 1). Eine deutliche Besserung der Unterkunftsbedingungen brachte der Bau der Herberge *Casa de Misericordia* in der Küstenstadt Puerto de Santa María. Das Haus fungierte allein als Missionsherberge und als es im Jahr 1735 seine Türen öffnete, bot es Platz für mehr als hundert Gäste (vgl. *Galán García* 1995, S. 177). Pater *Joseph Och*, der circa zwölf Monate in Spanien verweilte, schrieb über das Gebäude: »Es liegt nahe an dem Flusse, der sich allda ins Meer ergießt. Die Aussicht ist sehr angenehm, wegen der vielen Pommeranzengärten, und weil man gegen Westen die ganze Bay von Cadiz so wie die ganze Stadt nebst ihren Castellen vor Augen hat. Das viereckige Haus ist prächtig anzusehen, es ist drey Stockwerke hoch, hat zwey Thürme an den Seiten und über hundert geräumige Zimmer, die alle mit Alcobas (Bett- oder Schlafgestellen) versehen sind [...]« (*Murr* 1809, S. 11f.).

Zeitraum	Aussendungen	Zeitraum	Aussendungen
1560–1600	?	1700–1710	32
1600–1620	11	1710–1720	49
1620–1630	1	1720–1730	86
1630–1640	4	1730–1740	94
1640–1650	4	1740–1750	132
1650–1660	6	1750–1760	100
1660–1670	3	1760–1770	5
1670–1680	15	1770–1773	4
1680–1690	15		
1690–1700	31	Saec. 18°	502
		Saec. 17°	91
Saec. 17°	91	Summa	593

Tab. 1: *Entsendungen der Jesuitenmissionare aus der deutschen Ordensassistenz*
Nach: Nebgen 2007, S. 46

Von den *Hospicios* ist heute kaum mehr originale Bausubstanz erhalten. Die Herberge *Casa de Misericordia* wurde bereits beim Erdbeben des Jahres 1755 stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach der Vertreibung der Jesuiten im Jahr 1767 fungierte das Gebäude zunächst als Unterkunft für Soldaten und als Krankenstation und wurde später den Franziskanern anvertraut, welche es weiterhin als Missionsherberge nutzten (vgl. *Cebrián González* 1992, S. 353–357). Ein ähnliches Schicksal erlitt die Sevilleaner Kollegsherberge *San Hermenegildo* bzw. *Nuestra Señora de Guadalupe*. Sie fungierte im Zuge der Vertreibung der Jesuiten als Unterkunft für die Artillerie und wurde 1879 umfassend saniert (vgl. *Galán García* 1995, S. 172). Nur die Kirche des Gebäudekomplexes ist bis heute erhalten (siehe Abb. 1).



Abb. 1: *Ansicht der Kirche des ehemaligen Kollegs San Hermenegildo, heute entweiht*
© Schader 2019

2 Eingrenzungen

Die *Indipetae* waren grundsätzlich dem Indienprokurator untergeordnet. Dieser wohnte zusammen mit den Missionskandidaten und leitete die Missionsprokur des Ordens, das sogenannte *Oficio de Indias*. Er verwaltete die königlichen Gelder, organisierte den Warenverkehr mit den Überseemissionen und kümmerte sich um die Modalitäten der Überfahrt (vgl. *Fechner 2015*, S. 57ff.). In den Kollegsherbergen war jedoch der jeweilige Rektor weisungsbefugt. Diesem wurde immer wieder aufgetragen, den Aktionsradius der zukünftigen Missionare weitestgehend auf die Unterkünfte zu beschränken, so auch im Jahr 1678: »[...] und so soll Euer Ehrwürden dem Rektor empfehlen, dass er sie [die Missionare] behüte wie die Seinigen, wenn auch nur für wenige Tage. Ebenso soll Euer Ehrwürden dafür Sorge tragen, dass die Studenten und Brüder so wenig wie möglich das Haus verlassen, und sollte es nicht anders gehen, dass sie von vertrauenswürdigen Gefährten begleitet würden. Denn bei derartigen Ausflügen sehen, hören und lernen sie, was sich nicht ziemt und werden davon verführt« (übersetzt aus *Galán García 1995*, S. 163). Wie streng die Instruktion ausgelegt wurde, zeigt beispielsweise der Umstand, dass den Missionskandidaten im darauffolgenden Jahr untersagt wurde, an den Feierlichkeiten der Fronleichnamsprozession teilzunehmen, obwohl sie vom Sevilleaner Erzbischof darum gebeten worden waren (vgl. *Zavadil 2011*, S. 326).

Der Aktionsradius der *Indipetae* beschränkte sich auf die Kollegien und Unterkünfte. Dort sollten sie ihren spanischen Brüdern bei alltäglichen Arbeiten zur Hand gehen und sich ansonsten auf die anstehende Mission vorbereiten (vgl. *Egaña 1954*, S. 143). Neben wissenschaftlichen Aktivitäten bildeten sich die Missionare vor allem im Handwerk fort: »Sevillia [...] allwo wir die zwey Jahr hindurch / als wir dort seynd aufgehalten worden / uns in der Stern=Kunst / in der Mathematic und andern fürwitzigen Wissenschaften nicht allein geübt / sondern auch allerhand Tandelwerck zu einem künfftigen Vorrath eigenhändig verfer=tiget und verschiedene Handwerck getrieben haben. Etliche aus uns machten Compass oder Sonnen=Uhren / andere hingegen Futteral darüber: diese näheten Kleider aus Beltzwerck zusammen / jene lerneten Flaschen und andere Spengler=Arbeit löthen; einer verlegte sich auf das Wasserbrennen / der andere auf die Bildhauer=Kunst oder Drehebanck / damit wir nur mit dergleichen Waa=ren und Wissenschaften die Gemüther dern wil=den Heyden einnehmen und die Wahrheiten des Christlichen Glaubens ihnen desto leichter mögten einflößen« (*Stöcklein 1726*, Nr. 28, S. 79). Aus der Äußerung des österreichischen Paters *Johannes Ratkay* lässt sich schließen, dass die Gäste in *San Hermenegildo* auf die räumliche Infrastruktur und die materiellen Ressourcen des Hauses zurückgreifen konnten, um ihren täglichen Beschäftigungen nachzugehen. Der Orden verfügte mit dem Haus *San Miguel* zudem über ein Landgut außerhalb Sevillas auf welchem sich die *Indipetae* weiterqualifizieren konnten, wie etwa Pater *Paul Klein* in der Landwirtschaft: »Außerdem wurde ich zum Landwirt und lerne gerade, wie man den Boden bebaut. (Während ich das schreibe, muss ich über mich lachen, denn ich stand ja der Landwirtschaft immer fern.) So lerne ich, wie und wann man die Hülsen-

früchte pflanzt, wie man sich um Schafs- und Rinderherden kümmert und das alles zum Wohl der armen Inder [...]» (übersetzt aus Zavadil 2011, S. 341).

Die Überseekandidaten sollten während ihres Aufenthalts in Andalusien vorrangig die spanische Sprache lernen. Der rasche Erwerb des Spanischen war für die zukünftigen Missionare insofern wichtig, als oftmals beklagt wurde, dass unter den spanischen Brüdern das Lateinische wenig verbreitet und der Gebrauch des Deutschen unerwünscht war (vgl. Murr 1809, S. 12). Da viele ohne große sprachliche Vorkenntnisse auf die iberische Halbinsel kamen, wurde den Kollegleitern nahegelegt, die ausländischen *Indipetae* zu trennen und auf die verschiedenen Niederlassungen in Andalusien zu verteilen (vgl. Keller 1758, Nr. 654, S. 51). Die Behauptung des Paters *Joseph Och*, innerhalb von drei Wochen bereits Bücher in spanischer Sprache lesen und innerhalb von vier Monaten fließend sprechen zu können (vgl. Murr 1809, S. 12) mag großspurig klingen, doch lernten einige Missionare in der Tat sehr schnell Spanisch und betätigten sich bald als Übersetzer. So übertrug Pater *Franz Dirrhaim* die Heiligengeschichte des Paters *Juan de Alloza* ins Lateinische und schickte die Übersetzung an sein Heimatkolleg – auch um zu beweisen, dass er noch am Leben war, da ihm das Gerücht zu Ohren gekommen war, dass er in seiner oberdeutschen Heimatprovinz für totgeglaubt wurde (vgl. Stadelmann 2008, S. 295f.). Die Spanischkenntnisse ermöglichten den deutschsprachigen Missionskandidaten auch Ämter innerhalb der Ordensniederlassungen zu bekleiden, vorausgesetzt, dass die Missionsvorbereitungen nicht auf der Strecke blieben und die Kräfte für die anstehende Reise geschont würden (vgl. Egaña 1958, S. 474). Pater *Philipp Segesser* war als Theologiedozent tätig, der aus Böhmen stammende Pater *Wilhelm Illing* amtierte als Missionsleiter und der Bruder *Simon Boruhradský* assistierte dem Indienprokurator bei dessen täglichen Arbeiten (vgl. Thompson, Zimmt u. Dahlquist 2014, S. 96 u. Zavadil 2011, S. 263, 357). Vereinzelt kamen die Missionskandidaten auch mit indigenen Sprachen in Kontakt. Pater *Joseph Wilhemli* traf während seines über dreijährigen Aufenthalts in Spanien im Sevillaner Professhaus auf einen ehemaligen Missionar von den philippinischen Inseln, der ihn mit den Sprachen der Inseln vertraut machte (vgl. Keller 1758, Nr. 654, S. 52).

Die Gesellschaft Jesu war ein Orden, der über eine ausgeprägte Schreib- und Informationskultur verfügte. Die zukünftigen Missionare verfassten in Spanien zahlreiche Briefe, um ihre Oberen und Mitbrüder über den Aufenthalt in Andalusien zu informieren. Besonders interessierte die Missionare jedoch, was in ihren zukünftigen Überseeprovinzen geschah. Zahlreiche Briefe aus Andalusien handeln daher von den Herausforderungen und Gefahren, welche ihnen in der Mission bevorstanden. Die Unterkünfte waren Orte, in denen regelmäßig Berichte aus Übersee eintrafen und die Missionskandidaten über Neuigkeiten informierten. Die Berichte wurden grundsätzlich in Form von Tischlesungen laut vorgetragen und sollten dem Missionsnachwuchs als Paradebeispiel für richtiges apostolisches Handeln dienen (vgl. Zavadil 2016, S. 84). Neben der ausgiebigen Lektüre beteiligten sich die *Indipetae* ferner daran, diese Informationen weiterzuleiten und den Niederlassungen ihrer jeweiligen Heimatprovinzen zukommen zu lassen. So verbreiteten die Missionare von dort aus beispielsweise das Rundschreiben

des chinesischen Vizeprovinzials *Ferdinand Verbiest* aus dem Jahr 1678, welches in ganz Europa das Interesse für die Chinamission befeuern sollte (vgl. *Burrus* 1965, S. 226).

In den Herbergen trafen die Missionsaspiranten aus den verschiedenen europäischen Ordensprovinzen das erste Mal aufeinander. Besonders die Kandidaten aus den italienischen Provinzen waren stark vertreten, daneben flämische, vereinzelt portugiesische. Die Bemerkung *Philipp Segessers* dort bereits »Indien vor Indien [zu] finden« (StA Luzern, PA 437/586/1) verdeutlicht, dass in den Herbergen ganz nach dem Verständnis des Jesuitenordens ein grundsätzlich kosmopolitischer Geist herrschte. Die Herbergen waren in gewisser Weise das verräumlichte Modell der Gesellschaft Jesu, formierten sich dort im übertragenen Sinne die ›Glieder‹ des Ordens zu ›einem Körper‹. Die Missionskandidaten wurden sich in dieser Zeit vermutlich das erste Mal über die tatsächliche Größe des Ordens bewusst und darüber, welche Position ihnen innerhalb dieser weltumspannenden Gemeinschaft zukam. Wie sehr sich die Berufenen bereits als Überseemissionare definierten, zeigt sich daran, dass sie ihre Briefe bereits nach dem Verständnis eines Überseemissionars signierten, beispielsweise nach dem Muster »*indignissimus Indiarum Missionarius*« (*Zavadil* 2011, S. 551). Außerdem verwendeten sie bereits ihre Namen in einer hispanisierten Form. So wurde aus einem *Adolf Steinhäuser* ein *Juan de Pedrosa* und aus einem *Simon Boruhradský* ein *Simón de Castro*. Die sprachliche Assimilation sollte den spanischen Brüdern die Aussprache der deutschen Namen erleichtern und zur Eingliederung der Gäste in die apostolische Gemeinschaft beitragen (vgl. *Hausberger* 1995, S. 41f.).

Nicht zuletzt waren die gemeinsamen Tischlesungen von Missionarsberichten aus Übersee Momente, in denen sich die *Indipetae* ihrer apostolischen Zukunft bewusst werden konnten. Nachdem Pater *Paul Klein* mit seinen Gefährten aus dem Brief eines mexikanischen Missionars erfahren hatte, welche Niederungen ihre Brüder dort zu erleiden hatten, schrieb er folgende Zeilen an seinen ehemaligen Rektor in Prag: »Doch das alles macht jenen nichts aus, die Gott in diese Länder berufen hat. Denn sie haben die Gelegenheit für den Ruhm Gottes einzustehen: Nichts anderes scheint mir schöner zu sein. Ich habe hier und jetzt schon so viele Erzählungen gehört und wurde dadurch schon einige Male zusammen mit meinen Gefährten zum Mönch [sic!]« (übersetzt aus *Zavadil* 2011, S. 340).² Auch anhand des bereits erwähnten Rundbriefes des Chinamissionars *Ferdinand Verbiest* wird deutlich, welches identitätsstiftende Momentum die gemeinsame Lektüre barg. Pater *Verbiest* machte im Schreiben vom 15. August 1678 auf die Dringlichkeit neuer Missionare aufmerksam und veranschaulichte sehr deutlich, auf welche Weise der missionarische Nachwuchs in Fernost zu Blutzeugen des Glaubens werden konnte (vgl. *Golvers* 2017, S. 270–292). Laut Pater *Eusebius Kino* seien während der Lektüre viele seiner Gefährten in Tränen ausgebrochen (vgl. *Burrus* 1965, S. 226). Das Weinen war für die Jesuitenmissionare grundsätzlich ein Akt, in dem sie ihren religiösen Gefühlen Authentizität verleihen konnten und

2 Originalzitat: »[...] et jam aliquoties in choro egregie monachizaverim.«

wurde, so *Markus Friedrich*, häufig gezielt provoziert (vgl. *Friedrich* 2016, S. 220). Die Tischlesungen waren daher ritualisierte Inszenierungen, in denen die *Indipetae* durch die Vergegenwärtigung von Zukünftigem ihr apostolisches Bewusstsein stärken konnten. Die Antizipationspraxis konnte aufgrund ihrer emotionalen Komponente der international zusammengesetzten Gruppe von Missionsaspiranten zudem ein gewisses Gemeinschaftsgefühl vermitteln und die Bindung untereinander festigen.

3 Ausgrenzungen

Neben Praktiken der missionarischen Selbstvergewisserung bot die multikulturelle Gemengelage in den Herbergen den Missionsanwärtern auch Raum, sich ihrer eigenen Provenienz bewusst zu werden. Vor allem der Kontakt mit den spanischen Ordensbrüdern barg einen Moment der Reflektion. Pater *Dominikus Mayr* schrieb rückblickend über seine Zeit in Spanien: *So sehr die Deutschen von den Spaniern angenommen sind, so diametral sind sie ihnen auch entgegengesetzt. Vieles wäre hier zu sagen [...] Ich füge nur das eine an: Meine durchaus geliebte Provinz, der ich um der Liebe Gottes willen Lebewohl gesagt habe, habe ich bis jetzt weder in Spanien noch anderswo wiedergefunden* (*Stadelmann u. Hartmann* 2002, S. 101). Die Gesellschaft Jesu war trotz ihrer kosmopolitischen und supranationalen Ausrichtung nicht frei von vorjesuitischen Identitäten. Geographische, sprachliche und ethnische Zugehörigkeiten spielten unter ihren Mitgliedern nach wie vor eine Rolle. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts nahm vor allem die Rivalität zwischen Vertretern der spanischen und der deutschen Assistenz des Ordens zu (vgl. *Křížová* 2016, S. 63). Der Keim für etwaige Spannungen mag in der Frage nach den besseren Ausbildungssystemen gelegen haben (vgl. *Kohut* 2007, S. XIX). Für einige spanische Brüder galten die deutschen Missionare jedoch schlichtweg als verkappte Lutheraner, ein Ressentiment, welches, wie aus der Äußerung des Paters *Joseph Och* hervorgeht, vor allem der Gebrauch des Deutschen hervorrief: *»[...] weit weniger konnten sie dulden, wenn wir deutsch miteinander redeten. Die deutsche Sprache halten sie für eine Ketzersprache, deßhalb sagten sie uns immer: reden sie doch christlich! Ja in ihren Wörterbüchern habe ich das Wort Germania gefunden, daß es so viel heiße als Gerigenza, eine Schelmen-, Zigeuner- und Lumpensprache, welches mich sehr verdroß.«* (*Murr* 1809, S. 12f.).

Trotz der grundsätzlichen Gleichstellung in den Unterkünften und der Möglichkeit, Ämter zu bekleiden, fühlten sich die deutschsprachigen Missionskandidaten gegenüber ihren spanischen Kollegen oftmals benachteiligt. Pater *Wilhelm Illing* schrieb im Juni 1687: *»Ich bin Missionsleiter, jedoch nur auf dem Papier, da mir die Hände gebunden sind. In Wirklichkeit bestimmen ein Bruder und ein spanischer Pater, der zum Missionsprokurator, Studienpräfekten und Novizenmeister ernannt wurde. Fast alle Spanier haben etwas zu Sagen. Mir hingegen wurde keine Beglaubigung, kein Brief und schon gar kein Geld anvertraut«* (übersetzt aus *Zavadil* 2011, S. 263). Derartige Klagen aus dem Mund deutschsprachiger Jesuiten sind vor allem aus den Missionen in Übersee bekannt. Doch bereits

in Spanien konnte sich ein spannungsvolles Verhältnis zwischen Protagonisten beider ‚nationes‘ abzeichnen. Bernd Hausberger weist jedoch darauf hin, dass die Klagen über diskriminierende Praktiken in den Missionen oftmals mit persönlichen Befindlichkeiten zusammenhingen und die ethnischen bzw. (proto-)nationalen Hintergründe als bloße Argumente fungierten (vgl. Hausberger 1995, S. 87f.).

Wenn sich die deutschsprachigen Missionare auf ihre Herkunft bezogen, hatten sie weniger die abstrakte politische Entität des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vor Augen, als vielmehr ihre Heimatprovinz innerhalb der deutschen Assistenz des Ordens (vgl. Křížová 2016, S. 66ff.). Im selben Zug wurde immer wieder auf die feinen Unterschiede zwischen den deutschen Ordensprovinzen hingewiesen. So betonte Pater Eusebius Kino wiederholt, dass er nicht aus der österreichischen oder böhmischen Provinz stamme, sondern aus der Provincia Germaniae Superioris und gerade deswegen besonders geeignet sei, die Niederungen des apostolischen Lebens zu ertragen: »Jene [der oberdeutschen Provinz] die nach Indien gehen möchten, streben danach, das Kreuz Christi zu tragen und sind bereit für den Ruhm des Herren und die Rettung der Seelen alle Entbehrungen auf sich zu nehmen. Essen, Kleidung und Unterkunft sind ihnen nicht wichtig. Sie ertragen Kälte und Hitze, Hunger und Durst. Auf alles, was ihnen in der Mission widerfahren kann, sind sie vorbereitet. Sie wissen von Christus zu berichten – von dem leidenden Christus – nicht allein durch Worte, sondern durch ihr beispielhaftes Leben und ihre wahre Güte“ (übersetzt aus Burrus 1965, S. 222).

Das Bewusstsein für die Provenienz wurde unter den *Indipetae* nicht nur diskursiv am Leben gehalten, sondern durch soziale Praktiken kultiviert, etwa indem bestimmte Traditionen, Rituale und Symboliken aus den Heimatprovinzen weiterhin gepflegt wurden. Enttäuscht von den Fastnachtsfeierlichkeiten in Spanien beschloss Philipp Segesser kurzerhand einen Kuchen für seine »teüsche[n]« Gefährten zu backen, um die Fastnacht nach gewohnter Art feiern zu können: »allhier gehet Es mit der faßnacht schlecht, und Hab fast kein underschid vermercket gegen anderen zeiten. damit wir aber auch faß-nacht-kiechlein Hetten, Haben die teüsche an mir nit nachgelaßen, bis ich ihnen Eine ver-sprochen [...] ist Entlich auch Halb und Halb gerathen, maßen Eine aufgangen, die andere wie wetzstein verbliben. zu lachen Hatte ich und alle um-stehente genug. [...] Hab den-nen miesen auch wein zu trincken geben ec. dis ware Ein faßnach gespas« (StA Luzern, PA 437/586/10). Das bewusste Festhalten an gewohnten Traditionen in einer fremden Umgebung rief nicht nur Erinnerungen an die Heimat hervor. Die sinnliche und geschmackliche Vergegenwärtigung von Vergangenen stärkte durch das emotionale Momentum das Gemeinschaftsgefühl der deutschsprachigen *Indipetae* untereinander, grenzte jedoch gleichzeitig jene aus, die nicht Teil dieser Erinnerungsgemeinschaft waren.

Die *Hospicios de Indias* waren konkrete Warteräume. Zeitlichkeit wie Räumlichkeit wurden dort erfahren, um überbrückt zu werden. Das Empfinden der *Indipetae*, zwischen Vergangenen und Zukünftigem zu stehen, wurde durch Praktiken und Diskurse des Antizipierens und des Erinnerns verstärkt. Die in den Herbergen zirkulierenden Informationen über ein- und auslaufende Schiffe sowie

das Empfangen und Versenden von Korrespondenzen fungierten zudem als zeitliche Orientierungspunkte und gaben einen eigenen Rhythmus vor, wodurch sich unter den wartenden Missionskandidaten ein eigenes Zeitbewusstsein entwickeln konnte. Dieses intersubjektive Zeitempfinden richtete sich weniger auf das Hier und Jetzt als vielmehr auf das Noch-nicht eines Zustandes aus (vgl. *Pikulik* 1997, S. 18f. u. *Göttlich* 2016, S. 132ff.). Die ›Gegenwart des Gegenwärtigen‹ konnte dabei unter Spannung geraten und zu einem ›horror vacui‹ werden (vgl. *Kirschner* 2016, S. 149).

Vor allem die Untätigkeit machte einigen Missionskandidaten sehr zu schaffen. Zur »zeit vertreibung« kümmerte sich beispielweise Pater *Philipp Segesser* um die Aufzucht eines kranken Vogels, führte topographische Messungen durch und probierte sich an neuen Kochrezepten. (vgl. *Thompson, Zimmt u. Dahlquist* 2014, S. 58–105). Auch Spaziergänge waren unter den *Indipetae* beliebt, vor allem entlang des Strandes. Für Pater *Joseph Och* und seine Gefährten war der sehnsuchtsvolle Blick zum Horizont gleichermaßen Erfüllung und Enttäuschung, wurden sie sich in diesem Moment doch dem Ausgeliefertsein des Wartens bewusst: »Die Zeit ward uns allhier ziemlich lang, jedoch konnten wir täglich an das Meer spazieren gehen, allwo wir uns manche Stunden aufhielten, [...] Noch mehr wurden wir entzückt, wenn westwärts wir das ganze große Weltmeer ohne Land und festen Grund vor Augen hatten; mit Ungeduld erwarteten wir jedoch den Augenblick, uns diesem Ozean anzuvertrauen, um nur geschwind unser gewünschtes Indien zu sehen« (*Murr* 1809, S. 14).

Verstärkt wurde die Zeitspannung unter den *Indipetae* durch die Gerüchte bezüglich potenzieller Abfahrtstermine, die ständig in den Unterkünften kursierten. Die dadurch hervorgerufene Ungewissheit konnte leicht in Frustration umschlagen. Neben den Mahlzeiten in den Herbergen waren vor allem gängige Motive spanischer Andersartigkeit beliebte Topoi, auf welche der Verdruss des Wartens projiziert werden konnte: »villeicht werden wir bald aus Europa marschieren, wie wohl bald weis, bald schwarz uns vorgesagt wirdt, hiermit nichts gewißes zu Sagen. kan die Fr [Frau] schwester oder schwegerin auch So gute mahlzeiten zubereiten, als wie uns hier zubereitet werden. alle tag alle liebe tag das alte et eodem modo, [...] Hat die Fr [Frau] schwegerin auch Ein So langen schweiff an dem rock, als wie die weiber hier zu Sevilla. neühlich als ich spazieren gienge, und vor mirh Einige Solche geschweiffte weiber, der gleichen die gaßen ziemlich eng machen und alles voll der weiber, hergingen, kame Ein Eßel wohl beladen, der mieste vorübergehn, und kein anderen blaz fandte, ist der ganze Eßel mit allen vier fiesen auf Einem Solchen schweiff gestanden, welches mirh und anderen Ein gelechter verursacht« (*StA Luzern*, PA 437/586/13). Die Äußerung aus der Feder des Paters *Philipp Segesser* ist insofern interessant, als sie die Frage aufwirft, inwiefern der Modus des Wartens die Wahrnehmung und Beschreibung spanischer Alterität beeinflusste. Für die Beantwortung dieser Frage sind weitere Untersuchungen vonnöten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Warten als Katalysator fungierte, indem es Ressentiments verstärkte und zur Stereotypenbildung beitrug.

Die alltägliche Hitze, die räumliche Enge und die beschränkte Bewegungsfreiheit in den *Hospicios* konnten ferner zu ›Spannungsverstärkern‹ werden und das Warten zur körperlichen und seelischen Qual werden lassen – wie im Fall von Pater Franz Pertl: »Ich lebe nun hier mit meinen Genossen zwischen Hoffnung und Furcht. Von Tag zu Tag warte ich darauf, dass sich die Gelegenheit bietet, zum Ziel unserer Wünsche segeln zu können. [...] Wie es auch immer damit steht, wir müssen abwarten, ob wir wollen oder nicht, und bestimmt nicht ohne die vielen großen Beschwerlichkeiten. Offen gebe ich zu, daß mich von allen Unannehmlichkeiten auf der bisherigen Reise keine so sehr drückte und daß dieses tägliche Warten weitaus am lästigsten ist. Abgesehen davon nämlich, daß ich in Einsamkeit leben muß, kommt dazu noch viel anderes, was mich physisch und psychisch drückt [sic!]. Das möchte ich jedoch nicht zu Papier bringen. Geduld! Das allein tröstet mich, daß uns bestimmt die Möglichkeit nicht fehlt, uns in Geduld zu üben, wenn wir schon nicht zur Ehre Gottes tätig sein können« (Huber 1982, S. 203).³

Die *Indipetae* verfügten durch ihre spirituelle Ausbildung über ein gewisses Repertoire von Praktiken, sich in Geduld zu üben. Allem voran fanden sie Halt im Gebet. Neben Andachten und den regelmäßigen Exerzitien gehörten laut Pater Franz Pertl auch Bußübungen zu den Maßnahmen, die ergriffen werden konnten, um das Erleben von zeitlicher Kontingenz erträglicher zu machen: »Wir haben schon wieder eine zehntägige Andacht für den Hl. Franz Xaver begonnen und festgelegt, daß jeder von uns zehn Feiertage hintereinander seine Messe opfert, bestimmte Fürbitten spricht und durch irgendwelche Werke der Abtötung [sic!] versucht, uns diesen Heiligen gnädig zu stimmen, damit wir durch seine Fürsprache erreichen, was wir als Menschen kaum mehr erhoffen können« (Huber 1982, S. 203).⁴

Weniger schmerzvoll war der Griff zur Schreibfeder. Im Fortführen von Korrespondenzen konnten die *Indipetae* die gewohnte Routine aufrechterhalten und erfuhren ein gewisses Maß an Selbstwirksamkeit. Außerdem konnten sie im Schreiben ihre Gefühle formulieren und sich dadurch ihrer emotionalen Verfassung bewusst zu werden. Das Sprechen über Emotionen war im Jesuitenorden jedoch gewissen Konventionen unterworfen. Gerade die gefühlvolle Offenlegung von Ungeduld fiel oft der Selbstzensur zum Opfer, denn wie alle Jesuiten hatten auch die Missionskandidaten grundsätzlich indifferent zu sein und alle Ereignisse als das Ergebnis des Wirken Gottes demütig zu akzeptieren (vgl. Friedrich 2016, S. 458). Deutlich ungezwungener konnten sie ihrer Ungeduld in privaten Korrespondenzen Luft machen. So schrieb Pater Philipp Segesser im Februar 1730 an seinen Bruder in Luzern: »alle tag wirdt uns schlechtere Hoffnung gemacht weiter zu reisen, [...] dörfte also die Frau geliebte des J.r Bruders nit vil mich vexieren [reizen], dan gwiß Es geschechen konte, das Ein Hungriger freiherr, und Ein ar-

3 Originalzitat: »*praeterquam enim, quid solitario vivere debeam, accedunt ad sua ulla multa, quae corpus et animus affligunt [...]*.« (BayHStA, Jesuitica 607/43).

4 Originalzitat: »[...] *ac aliquibus Mortificationis operibus Sanctum hunc nobis demereri constituimus [...]*.« (BayHStA, Jesuitica 607/43).

mer Juncker mit Einem verlohrenen Sohn Sein Vatterlandt widerumb Besuchen wurde.«(StA Luzern, PA 437/586/9). Derartig freimütig über eine mögliche Rückkehr zu sprechen, wäre in einem ordensinternen Schreiben unhaltbar gewesen. Eine Äußerung dieser Art wäre als charakterliche Untauglichkeit aufgefasst worden und hätte für den Missionskandidaten sicherlich Konsequenzen nach sich gezogen, auch wenn die Äußerung, wie häufig bei *Segesser*, nicht frei von einer gewissen Ironie war. Pater *Segesser* setzte seine emotionale Verfasstheit immer wieder in ein narratives Bild, um seine Familienangehörigen die prekären Verhältnisse in Spanien glaubhaft zu machen. So fährt er in demselben Schreiben fort: »vor drei tügen ist Ein franciscaner mit namen Pater Philipp zu uns kommen mit Einem anderen Pater uns zu besuchen, ist aber kaum zur thür hineingetreten, fallet der Pater Philipp nider, und ist in drei bis 4 Vatterunser verschiden. wan Sie Solten durch Einen misverstand Solches vernemben, gedencken Sie nur, Es gibt mehrer Philipp in spanien [...]«. Während seines 15-monatigen Aufenthalts in Spanien schickte *Philipp Segesser* mehr als 20 Briefe an seine Familienangehörigen. Sie geben einen tiefen Einblick in die Alltagswelt und die emotionale Verfasstheit des wartenden Missionskandidaten. Das Warten wurde gar zum »concept« eines Portraits, welches seine Familie in dieser Zeit in Auftrag gab. Obgleich *Philipp Segesser* den Wunsch hegte, in tropischer Kulisse als Missionar »in Einem zerrißnen bilger-mentelein als Ein undanckbaren Sünder« und »inter barbaras gentes poenitentiam agentis« dargestellt zu werden (StA Luzern, PA 437/586/10), wurde er als demütig wartender *Indipeta* portraitiert, vor dem Hintergrund einer nach Westindien auslaufenden Galeone (siehe Abb. 2).



Abb. 2:
Portrait des oberdeutschen Jesuiten-
missionars Pater Philipp Segesser
aus dem Jahr 1729

Privatarchiv der Familie Segesser, Luzern

4 Entgrenzungen

Obgleich es den Missionskandidaten aufgrund ihrer Gehorsamspflicht untersagt war, über die Vermittlung externer Akteure Einfluss auf die Entscheidungen des Ordens zu nehmen, gab es dennoch einzelne, die dies wagten, in der Hoffnung die Wartezeit zu verkürzen. Pater *Eusebius Kino*, der von 1678 bis 1681 in Spanien festsaß, nahm nach zwei Jahren des Wartens Kontakt auf mit *Maria Guadalupe de Lencastre*, der Herzogin von Aveiro. Von einem Reisegefährten hatte er erfahren, dass sich die Herzogin für die Belange der Missionare einsetzte und zudem gute Kontakte zum königlichen Hof in Madrid pflegte. Pater *Kino* erhoffte sich, sie möge ihren Einfluss geltend machen, um seinen Bestimmungsort zu ändern, denn obgleich *Kino* für die Mission in Mexiko vorgesehen war, hegte er die Hoffnung nach China zu reisen. Pater *Kino* kontaktierte Doña *Maria de Lencastre* in einem prekären Moment seiner Wartezeit, da er wenige Wochen zuvor mit ansehen musste, wie ein Teil seiner Gefährten abreiste, er jedoch zurückbleiben musste. Obgleich es der Herzogin nicht möglich war, *Kinos* Wünschen nachzukommen, konnte sie ihm aus dem Kreis des königlichen Hofes Informationen hinsichtlich zukünftiger Abfahrtspläne zukommen lassen und ihm dadurch neue Hoffnung geben (vgl. *Burrus* 1965, S. 74, 218f.).

Während für einige *Indipetae* das Warten zum »*feckfeür*« werden konnte (StA Luzern, PA 437/586/18), versuchten andere, den ‚horror vacui‘ gar nicht erst aufkommen zu lassen. Als Teil der Missionsexpedition des Jahres 1678 musste der Österreicher Pater *Karl Borango* mit ansehen, wie die Indienflotte vor seinen Augen abreiste. Über dessen Reaktion wird folgendes berichtet: »*Alle wären in eine Kleinmüthigkeit gera=then / wann nicht P. Carolus durch seine Zuver=sicht zu Gott sie aufgerichtet und mit dem getrö=stet hätte / sie könnten mittler solcher langen Weile nach erlerneter Spanischen Sprach [...] in selbiger Gegend durch predigen / Beichthören und Missionen viel gutes würcken [...] wobey unser P. Borango von aller Frühe biß in die Nacht mit solchem Bestand Beichte hörete / daß ihm zum Metzlesen und Bre=vier=Beten kaum Zeit übrig bliebe. Nach be=schlossener Mission gabe er in dem Collegio zu Xereza einen Operarium und Beichtvatter ab / be=suchte die Gefängnussen / Spithäler und arme Häuser*« (Stöcklein 1726, Nr. 9, S. 25). Ebenso engagiert zeigte sich knapp 40 Jahre später sein Landsmann Pater *Petrus Liner*: »*Zu jetzt-erwehntem Sevilla hat P. Petrus Liner, weil der die Spanische Sprach (welche alle fremden Missionarii vor der Indianischen nothwendig erlernen müssen) gar frühzeitig begriffen hatte / mit Haltung Christlicher Lehr / und Besuchung dern Gefangenen unserer Provintz und Mission grosses Lob erworben / absonderlich da er denen armen Sündern / da sie hingerichtet wurden / auferbaulichst beygestanden ist*« (vgl. Stöcklein 1726, Nr. 210, S. 37).

Beide Textpassagen stammen aus der jesuitischen Missionszeitschrift »*Der Neue Welt-Bott*«. Die Zeitschrift wurde zwischen 1726 und 1761 verlegt und galt innerhalb der deutschsprachigen Länder als die jesuitische Missionsliteratur schlechthin. Die darin veröffentlichten Berichte verfügen grundsätzlich über einen belehrenden wie erbaulichen Duktus und hatten exemplarische Funktion (vgl. *Dürr* 2007, S. 441, 451). So auch jene Beschreibungen über das Verhalten der

Patres *Borango* und *Liner* in Spanien, vermittelten sie doch der Leserschaft – unter welcher sich auch zukünftige Missionskandidaten befanden – klassische jesuitische Tugenden wie Indifferenz, Beharrlichkeit und Pragmatismus und präsentierten Identifikationsfiguren, die vorlebten, wie man als *Indipeta* die Wartezeit in Spanien zu bewältigen habe.

Beide Exempla zeigen, dass ein Engagement außerhalb der *Hospicios* für die deutschsprachigen Gäste durchaus möglich war, sofern sie die spanische Sprache beherrschten und die dafür notwendige Motivation aufbrachten. Beide Voraussetzungen erfüllte auch der bereits erwähnte Pater *Eusebius Kino*. Der aus Trient stammende und in der oberdeutschen Provinz ausgebildete Missionar verfügte zudem über besondere Kenntnisse auf dem Feld der Astronomie, die er um den Jahreswechsel 1680/1681 unter Beweis stellen konnte, als in ganz Europa der sogenannte ›Große Komet‹ zu sehen war. Die Himmelserscheinung erhitze die Gemüter vieler Menschen, da unter Fachleuten kontrovers darüber diskutiert wurde, ob der Komet nun Unheil bringen würde. *Eusebius Kino* nahm von Cádiz aus an der Kontroverse teil, indem er selbst Messungen durchführte und sich über seine Ergebnisse mit spanischen Ordensbrüdern austauschte. Die Teilnahme an der Debatte sorgte dafür, dass sein Name unter der kreolischen Elite bereits bekannt war, bevor er mexikanischen Boden betrat. Die wissenschaftliche Korrespondenz bildete zudem die textuelle Grundlage für die Abhandlung »*Exposición astronómica de el cometa*«, welche Pater *Kino* nach seiner Ankunft in Mexiko im Jahr 1681 verfasste. Sein über den Atlantik vorauseilender Ruf verhalf *Kino* nicht nur, dass seine astronomische Abhandlung wohlwollend rezipiert wurde – so verfasste die bekannte mexikanische Nonne *Juana Ines de la Cruz* ein Gedicht zu seinen Ehren – sondern auch, dass er außerhalb des Ordens zu einem der Hauptprotagonisten der wissenschaftliche Kontroverse avancierte (vgl. *Gauger* 2015, S. 59–110).

Der pragmatische und sozial-integrative Umgang mit der Wartezeit zahlte sich auch für die Patres *Borango* und *Liner* aus. *Karl Borango* behielt seinen Tatenrang bei und wurde kurz nach seiner Ankunft auf den marianischen Inseln zum Superior ernannt (vgl. *Stöcklein* 1726, Nr. 9, S. 26). *Petrus Liner* hatte sich durch seine seelsorgerische Tätigkeit einen Namen gemacht und übernahm bald nach seiner Ankunft in Cartagena de Indias das pastorale Amt über die afrikanischen Sklaven, welches zuvor der bekannte spanische Missionar und später heiliggesprochene Pater *Petrus Claver* innehatte (*Stöcklein* 1726, Nr. 210, S. 39).

5 Fazit

Die andalusischen *Hospicios de Indias* waren grundsätzlich Orte der Begegnung. Die Maßnahmen, welche die Ordensleitung ergriff, waren daran ausgerichtet, die Missionskandidaten unterschiedlicher Provenienz weitestgehend zu integrieren. Die missionsvorbereitenden Aktivitäten sowie die Pflege sozial-verbinder Diskurse und Praktiken strukturierten den Alltag der Wartenden, konnten zur Nivellierung kultureller Differenzen beitragen und einen gewissen Gemein-

schaftssinn unter den *Indipetae* stiften. Kulturelle Vorbehalte, sprachliche Unzulänglichkeiten sowie die eingeschränkte Bewegungs- und Handlungsfreiheit konnten Begegnungen jedoch erschweren, mit der Folge, dass sich einzelne Missionskandidaten in ihren kulturellen Kosmos zurückzogen. Der Modus des Wartens konnte die desintegrativen Tendenzen verstärken und zur Isolation führen. Es gab jedoch vereinzelt Missionare, die gerade die Begegnung mit der spanischen Lebenswirklichkeit suchten, um die Wartezeit erträglicher zu machen, zeigte sich doch, dass die lähmende Zeit- und Raumspannung des Wartens durch soziale Initiativen abgemildert werden konnte.

Die Wartezeit in Spanien war für die Überseekandidaten eine Bewährungsprobe. In den Warträumen der *Hospicios de Indias* kristallisierte sich heraus, inwiefern die zukünftigen Missionare den Ansprüchen der Gesellschaft Jesu gewachsen waren. Während für einige das Warten zur emotionalen Krise wurde, nahmen sich andere den kosmopolitischen, integrativen und pragmatischen Geist des Ordens zum Vorbild und verstanden die Wartezeit in Spanien als Chance.

Zusammenfassung

Bevor die Missionskandidaten der Societas Jesu ihre Seereise nach Westindien antreten konnten, verbrachten sie für gewöhnlich längere Zeit in den Herbergen der andalusischen Hafenstädte, den sogenannten *Hospicios de Indias*. Der Beitrag widmet sich der Lebenswelt deutschsprachiger *Indipetae* in diesen Warträumen, indem Einblicke in den dortigen Alltag gewährt, den Diskursen und Praktiken der Missionskandidaten nachgegangen und ein soziologischer Blick auf das Phänomen des Wartens geworfen wird.

Summary

Missionaries on the threshold

The everyday life of German-speaking Jesuits in the Andalusian *Hospicios de Indias*, 1660–1760

Before the missionary candidates of the Society of Jesus could set sail to their oversea destinations, they usually had to stay for a longer time in the Andalusian port cities and their hostels, the so-called *Hospicios de Indias*. This article focuses on the life of German-speaking *Indipetae* in these waiting rooms, by delivering insights into their everyday life, following the missionaries' discourses and practices and analyzing the phenomenon of waiting in terms of its sociological dimensions.

Archivalien

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv München* (BayHStA): Jesuitica 607/43, P. Franz Pertl an P. Joseph Preiss, Sevilla 11.10.1716.
- Staatsarchiv des Kantons Luzern* (StA Luzern): PA 437/585 und PA 437/586, Nachlass Pater Philipp Segesser von Brunegg S. J.: Briefe aus Sevilla und Havanna, 1729–1731 (Archiveinheit).

Quellen

- Burrus, Ernest J. [Hrsg.] (1965)*: Kino writes to the Duchess: Letters of Eusebio Francisco Kino to the Duchess of Aveiro. An annotated English Translation and the Text of the Non-Spanish Documents. – Rom.
- Egaña, Antonio de [Hrsg.] (1954)*: Monumenta Peruana I (1565–1575). – Rom. (Monumenta Historica Societatis Iesu 75; Monumenta Missionum Societatis Iesu VII).
- Egaña, Antonio de [Hrsg.] (1958)*: Monumenta Peruana II (1576–1580). – Rom. (Monumenta Historica Societatis Iesu 82; Monumenta Missionum Societatis Iesu XIII).
- Golvers, Noël [Hrsg., u. komm.] (2017)*: Letters of a Peking Jesuit: The Correspondence of Ferdinand Verbiest, SJ (1623–1688). – Löwen.
- Huber, Alfons (1982)*: P. Franz Pertl SJ (1682–1717) auf dem Weg in die Indianermission im Vizekönigreich Neu-Granada (Kolumbien/Venezuela). – In: Jahresbericht des historischen Vereins für Straubing und Umgebung 84, 1982, S. 193–216.
- Keller, Franciscus [Hrsg.] (1758)*: Der *Neue Welt-Bott*. Allerhand *So Lehr=als Geistreiche Brieffe, Schrifften und Reise-Beschreibungen, Welche von denen Missionariis der Gesellschaft Jesu Aus Beyden Indien, und anderen Über Meer gelegenen Länder Meisten theils Von A. 1735 biß 1745. in Europa angelangt seynd. Aus Hand=Schriftlichen Urkunden, Und Anderen bewehrten Nachrichten Zusammengetragen von Francisco Keller, Einem Priester derselbigen Gesellschaft.* – Wien.
- Murr, Christoph Gottlieb von [Hrsg.] (1809)*: Nachrichten von verschiedenen Ländern des spanischen Amerika: Aus eigenhändigen Aufsätzen einiger Missionare der Gesellschaft Jesu. – Halle.
- Roedl, Bohumír [Hrsg. u. eingef.] u. Binková Simona [Übers.] (1994)*: Joseph Neumann: Historia de las Sublevaciones Indias en la Tarahumara. – Prag.
- Stadelmann, Karl-Heinz [Hrsg., übers. u. komm.] u. Hartmann, Peter Claus [Eingef.] (2002)*: Dominicus Mayr: Terra Amazonum oder Landschafft der streitbahnen Weiber. – Konstanz u. Eggingen.
- Stadelmann, Karl-Heinz [Hrsg., übers. u. komm.] (2008)*: Franz Xaver Dirrhaim: Bienium itineris: oder Reisebericht in die Missionen des Vizekönigreichs Peru im Jahre 1718. – Konstanz u. Eggingen.
- Stöcklein, Joseph [Hrsg.] (1726)*: Der *Neue Welt-Bott* mit allerhand Nachrichten deren Missionariorum Soc. Iesu. *Allerhand So Lehr=als Geist=reiche Brief/ Schrifften und Reis-Beschreibungen/ Welche von denen Missionariis der Gesellschaft Jesu Aus Beyden Indien, und andern Über Meer gelegenen Ländern/ Seit An. 1642. biß auf das Jahr 1726. in Europa angelangt seynd. Jetzt zum erstenmal Theils aus Handschriftlichen Urkunden, theils aus denen Französischen Lettres Edifiantes verteutscht und zusammen getragen von Joseph Stöcklein/gedachter Societät Jesu Priester.* – Augsburg u. Graz.
- Thompson, Raymond H. [Hrsg.]; Zimmt, Werner S. u. Dahlquist, Robert E. [Übers.] (2014)*: A Jesuit missionary in eighteenth-century Sonora: The family correspondence of Philipp Segesser. – Albuquerque.

Zavadil, Pavel [Hrsg., u. komm.] (2011): Bohemia Jesuitica in Indiis Occidentalibus. Latin Correspondence of Bohemian Jesuits from America, Philippines and Mariana Islands in Bohemian and Moravian Archives. Critical Edition. – Prag.

Literatur

- Cebrián González, Carmen (1992):* El Hospicio Misionero de Indias de El Puerto de Santa María. – In: Cebrián González, Carmen u. Castañeda Delgado, Paulino [Hrsg.]: El Puerto, su entorno y América. El Puerto de Santa María.
- Dürr, Renate (2007):* »Der Neue Welt-Bott« als Markt der Informationen? Wissenstransfer als Moment jesuitischer Identitätsbildung. – In: Zeitschrift für historische Forschung 34, 2007, S. 441–466.
- Fechner, Fabian (2015):* Entscheidungsprozesse vor Ort. Die Provinzkongregationen der Jesuiten in Paraguay (1608–1762). – Regensburg.
- Friedrich, Markus (2016):* Die Jesuiten: Aufstieg, Niedergang, Neubeginn. – München, Berlin u. Zürich.
- Galán García, Agustín (1995):* El »Oficio de Indias« de Sevilla y la organización económica y misional de la Compañía de Jesús (1566–1767). – Sevilla.
- Gauger, Juan Manuel (2015):* Autoridad jesuita y saber universal. La polémica cometaria entre Carlos de Sigüenza y Góngora y Eusebio Francisco Kino. – New York.
- Göttlich, Andreas (2016):* Gemeinsam Warten. Zur Sozialisierbarkeit eines Grundmodus menschlicher Zeiterfahrung. – In: Sociologia Internationalis 54, 2016, S. 119–141.
- Hausberger, Bernd (1995):* Jesuiten aus Mitteleuropa im kolonialen Mexiko. Eine Bibliographie. – Wien u. München.
- Kirschner, Martin (2016):* Messianische Zeiterfahrung? Eine Annäherung an das Warten aus theologischer Sicht. – In: Kazmaier, Daniel; Kerscher, Julia u. Wotschal, Xenia [Hrsg.]: Warten als Kulturmuster. Würzburg.
- Kohut, Karl (2007):* Introducción. Desde los confines de los imperios ibéricos. – In: Kohut, Karl u. Torales Pacheco, María Cristina [Hrsg.]: Desde los confines de los imperios ibéricos: Los jesuitas de habla alemana en las misiones americanas. Frankfurt a.M. u. Madrid.
- Křížová, Markéta (2016):* Identidades inciertas de los misioneros jesuitas centroeuropeos. – In: Křížová, Markéta u. Binková, Simona [Hrsg.]: Ir más allá... Fuentes bohemicales para el estudio comparativo de la expansión colonial española en la temprana Edad Moderna. Prag.
- Nebgen, Christoph (2007):* Missionarsberufungen nach Übersee in drei Deutschen Provinzen der Gesellschaft Jesu im 17. und 18. Jahrhundert. – Regensburg.
- Pikulik, Lothar (1997):* Warten, Erwartung. Eine Lebensform in End- und Übergangszeiten. An Beispielen aus der Geistesgeschichte, Literatur und Kunst. – Göttingen.
- Roldán, Manuel Jesús (2011):* Iglesias de Sevilla. Rutas, recomendaciones, arte, rincones, arquitectura, historia. Una guía completa de la ciudad templo a templo. – Córdoba.
- Schmuck, Heiko (2004):* Philipp Segesser SJ (1689–1762). Exemplarische Biographie eines mitteleuropäischen Missionars in Nueva España. – Frankfurt a.M.
- Zavadil, Pavel (2016):* Frustración y desilusión de los jesuitas bohemios en las misiones del nuevo mundo. – In: Křížová, Markéta u. Binková, Simona [Hrsg.]: Ir más allá ... Fuentes bohemicales para el estudio comparativo de la expansión colonial española en la temprana Edad Moderna. Prag.

Martin Krieger

Die Heide- und Moorkolonisation auf der Kimbrischen Halbinsel in der Mitte des 18. Jahrhunderts¹

Mit 1 Abbildung

Bereits die vormoderne Zeit war europaweit durch ausgreifende Migrationsbewegungen geprägt. Hohe Sterblichkeit sorgte etwa in den Städten für einen kontinuierlichen Bedarf an Einwanderung. Ebenso existierte eine saisonale Arbeitsmigration vor allem in Richtung Niederlande wie auch allgemein zwischen dichter und dünner besiedelten ländlichen Räumen eine Bevölkerungsverlagerung stattfand. Die Konfessionalisierung löste darüber hinaus seit dem 16. Jahrhundert regelrechte Flüchtlingsströme aus. Im Kontext der frühmodernen Staatlichkeit entwickelte sich Migration bisweilen zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Instrument, um fiskalisch bedeutungslose, periphere Regionen durch Binnenkolonisation (»*Peuplierung*«) stärker in die landesherrliche Wirtschaft einzubinden. Das galt etwa für die Ansiedlung der Salzburger Protestanten in Preußen 1731–1732 oder die Besiedlung von Oder-, Netze- und Warthebruch in Brandenburg Jahrzehnte später (North 2000, S. 121f.). In der dänischen Monarchie sollte mit der Heide- und Moorkolonisation des Mittelrückens der Kimbrischen Halbinsel ebenso eine kaum entwickelte Gegend durch Ansiedlung der sogenannten »*Pfälzer*« stärker in den absoluten Staat integriert werden.

Im Folgenden soll nach den Beweggründen für die Heide- und Moorkolonisation der Kimbrischen Halbinsel um 1760, nach deren konkretem Ablauf und den Gründen für ein weitgehendes Scheitern gefragt werden. Hierfür steht neben den im Archiv der königlichen Rentekammer im schleswig-holsteinischen Landesarchiv verwahrten Dokumenten und gedruckten Quellen eine begrenzte Zahl einschlägiger Studien zur Verfügung (Andersen 1970; Carstens 2006; Clausen 1981; Degn u. Klose 1960; Hyllested, Dürr u. Sørensen 2003; Krüger 1992; Ølgaard o.J.; Schmidt 2011).

Gemeinhin besteht Konsens in der Auffassung, dass die Heide- und Moorkolonisation als Teil der großen dänischen Agrarreformen zu betrachten ist. Die Notwendigkeit von Neuerungen, gleich in welcher Form diese am Ende in die

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

Praxis umgesetzt wurden, lag in der dänischen Monarchie seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf der Hand. Denn auf der einen Seite war unübersehbar, dass die Landwirtschaft in der dänischen Monarchie in vielerlei Hinsicht noch über Produktivitätsreserven verfügte. Dem stand andererseits eine in weiten Teilen Europas anziehende Agrarkonjunktur gegenüber. So führte ein deutlicher Bevölkerungsanstieg in vielen Regionen zu einer Verknappung des Lebensmittelangebots, damit verbunden zu steigenden Preisen und auf diese Weise zu steigenden Gewinnmöglichkeiten seitens der Produzenten (*North* 2000, S. 118–120).

Zunehmend gerieten die teils archaische Agrarverfassung und Agrarwirtschaft in der dänischen Monarchie in die Kritik (*Krüger* 1992, S. 39). Neben der durch den Flurzwang nur wenig produktiven Eigenwirtschaft der freien Bauern standen die großen, meist im Osten der Herzogtümer Schleswig und Holstein gelegenen Gutsbetriebe, deren Produktion zu einem ganz erheblichen Teil auf dem Schollenband und den damit verbundenen Frondiensten ruhte. Da sich im Laufe der Jahrhunderte eine weitgehende Eigengerichtsbarkeit und Steuerprivilegien der Güter herausgebildet hatten, entzogen sich die Gutsbetriebe zudem weitgehend landesherrlicher Kontrolle. Nur in Ausnahmefällen, wie etwa auf dem bei Plön gelegenen Gut Ascheberg, konnten durch frühe Experimente mit der Überführung von Gutsland in eigenverantwortliche bäuerliche Wirtschaft und der Aufhebung des Flurzwangs Erfahrungen mit Agrarreformen im kleineren Rahmen gemacht werden (*Krüger* 1992, S. 39).

Unter der Ägide des reformorientierten Oberhofmarschalls *Adam Gottlob Moltke* (1710–1792) als leitendem Politiker in der dänischen Monarchie wurde nach frühen, weitgehend vergeblichen Reformbemühungen Mitte der 1750er Jahre eine publizistische Debatte in den Zeitschriften »*Danmarks og Norges Økonomiske Magazin*« und »*Den patriotiske Tilskuer*« ausgetragen. Diese brachte eine große Breite an Reformvorschlägen hervor, die der Staat in Hinblick auf deren Realisierungsmöglichkeiten einschätzen und in Auswahl tatsächlich umsetzen konnte. Jene Vorschläge betrafen einerseits die Agrarwirtschaft, andererseits die Agrarverfassung.

Den Beginn einer umfassenden Reformpolitik, die 1788 mit der Aufhebung des Schollenbandes in Dänemark ihren Höhepunkt erfuhr, machte 1757 die Gründung eines sogenannten Landwesenskollegiums in Kopenhagen, gefolgt einige Jahre später von einem Zentrallandwesenskollegium mit einer Schleswig-Holsteinischen Landkommission. Auf diese Weise gründete sich allmählich ein institutioneller Rahmen für die Durchsetzung von Agrarreformen (*Degn u. Klose* 1960, S. 227). Erste praktische Neuerungen folgten bald, wie 1758 die Erlaubnis, auf freiwilliger Basis in den Dörfern die traditionellen Feldgemeinschaften aufzulösen (*Krüger* 1992, S. 39–41). Durch die damit allmählich einhergehende Verkoppelung änderte das Land allmählich sein Gesicht, und die vor allem für Schleswig-Holstein so charakteristische Knicklandschaft entstand.

Während frühe, bescheidene Reformen auf den Adelsgütern meist in der Umwandlung von Gutsland in bäuerliches Pachtland bestanden hatten, beschritt die dänische Regierung seit Ende der 1750er Jahre einen anderen Weg. So sollte stattdessen nicht oder nur wenig genutztes bäuerliches Brach-, Weide- oder Moorland

einer intensiveren Landwirtschaft zugeführt werden. Denn dieses unterstand anders als die Güter der direkten landesherrlichen Gewalt. Ermöglicht werden sollte ein solcher Ausbau durch Ansiedlung von Kolonisten.

Zielregionen waren die Geestgebiete im mittleren Teil der Kimbrischen Halbinsel, bei denen es sich um die unfruchtbarsten, kargsten Landstriche der gesamten dänischen Monarchie handelte. Entstanden war jener Landstreifen gegen Ende der Weichsel-Eiszeit, als mit dem Abschmelzen des Eises gewaltige Sandmassen westlich der Eiskante fächerartig abgelagert wurden. Wo sich kein Sand ausbreitete, bildeten sich Hoch- und Niedermoore (Küster 2013, S. 48). Die anfangs auf der sandigen Geest wachsenden natürlichen Eichenwälder wichen im Laufe der Zeit einer offenen, von Mooren durchsetzten Heidelandschaft. Extensive Beweidung und Plaggenwirtschaft führten schließlich in historischer Zeit zur extremen Verarmung der Böden, zu Podsolisierung, Sandflug und zur Bildung von Binnendünen. Entsprechend wies dieser karge Landstreifen stets nur eine spärliche Besiedlung auf. Andererseits verlief über den Geestrücken seit vorgeschichtlicher Zeit ein wichtiger Verkehrskorridor zwischen Nord und Süd, der gemeinhin unter der Bezeichnung »Heerweg« oder »Ochsenweg« bekannt ist (Becker-Christensen 1986).

Die dünne Besiedlung bedeutete aber im Gegensatz zu mancher Fehleinschätzung in Kopenhagen nicht, dass die Geest in der Frühen Neuzeit landwirtschaftlich überhaupt nicht genutzt wurde. Im Gegenteil existierten auch hier, wenn auch in größerem Abstand als auf Marsch- oder Endmoränenland, Bauerndörfer, die die besseren Böden für eine bescheidene intensive Landwirtschaft und die ärmeren Heide- und Moorländereien für extensive Viehwirtschaft, die Plaggen Gewinnung oder den Torfabbau nutzten.

Es war kein geringerer als der bedeutende Wiener Ökonom *Johann Heinrich Gottlob von Justi* (1720–1771), der mit der Anfertigung eines Gutachtens beauftragt wurde, das er nach einer Reise durch Jütland allerdings erst 1760 im Druck vorlegte, als das Projekt der Heide- und Moorkolonisation bereits angelaufen war (Justi 1760). Darin stellt *Justi* pauschal wie unzutreffend fest, dass die kimbrischen Heiden für das Betreiben intensiver Landwirtschaft durchaus geeignete Böden aufwiesen. Diese seien unterschiedslos von derselben Güte: »Ueberhaupt ist die ganze Halbinsel, die aus Holstein, Schließwig und Jütland bestehet, ganz von einerley Beschaffenheit des Bodens« (Justi 1760, S. 247). Wenn bereits diese Aussage nicht korrekt ist, dann umso weniger *Justis* Erklärung für die äußerst geringe Bevölkerungsdichte: »Die wüsten Gegenden in Jütland sind vermuthlich durch die grosse Pest entstanden, die man den schwarzen Tod nennete [...]« (Justi 1760, S. 249). Auch wenn ein Einfluss des Schwarzen Todes nicht ganz auszuschließen ist, dürfte die geringe Bevölkerung stattdessen doch in allererster Linie auf die schwierigen Bodenverhältnisse zurückzuführen sein. Mit weiteren pauschalen Aussagen (»Wer daran zweifeln wollte, der müßte aller Vernunft beraubt seyn«) (Justi 1760, S. 250) legte *Justi* den ideellen Grundstein für ein Projekt, das im wahrsten Sinne des Wortes auf Sand gebaut werden sollte.

Zu einem wesentlichen Motor des Vorhabens, der leicht über die fehlenden Voraussetzungen hinwegsehen ließ, entwickelte sich die Tatsache, dass auswärtige

Kolonisten in der Tat in großer Zahl zur Verfügung standen. So war den zahllosen Auswanderungswilligen im Südwesten des Heiligen Römischen Reiches inmitten des Siebenjährigen Krieges der sonst übliche Weg nach Nordamerika, aber auch nach Südosteuropa weitgehend versperrt. Hier sah die Kopenhagener Regierung eine gute Gelegenheit, den Auswandererstrom eine Zeit lang gleichsam umzulenken. 1756 wurde der aus Worms stammende Hofrat *Johann Friedrich Moritz* (1715–1771) von *Johann Hartwig Ernst Bernstorff* (1712–1772), dem Chef der Deutschen Kanzlei und damit dänischem Außenminister, zum dänischen Gesandten beim schwäbischen und oberrheinischen Kreis mit Sitz in Frankfurt am Main bestellt (*Andersen* 1970, S. 50f.). *Moritz* wurde beauftragt, gegen eine stattliche Provision Auswanderungswillige aus dem Südwesten anzuwerben, und war befugt, möglichen Interessenten Freiheit von jeglichen Zwangsdiensten, zwanzig Jahre Abgabefreiheit für das Pachtland, Haus und Grundausrüstung sowie ein Handgeld für die Anreise und eine erste Übergangszeit zuzusagen. An bäuerlicher Ausstattung sollten die Kolonisten je ein Paar Zugochsen, eine Kuh, zwei Schafe, Wagen, Pflug, Egge, Saatgut und Holz frei erhalten (*Degn u. Klose* 1960, S. 228–230). Werbewirksam wurde in einer örtlichen Zeitung annonciert, dass »sothane allergnädigst zugestandene Vortheile aber an den wenigsten Orten hiesiger Gegenden Teuschlands bekannt seyn dürften« (zit. n. *Ølgaard* o.J., S. 136).

Bereits bei der Implementierung der Heide- und Moorkolonisation wurden Kerngedanken der in den 1750er Jahren stattfindenden öffentlichen Agrardebatte umgesetzt. Flurzwang und die damit verbundene Feldgemeinschaft wurden gar nicht erst eingeführt, sondern jeder Kolonist erhielt von Beginn an seine eigene Stelle. Anstatt der ebenfalls angedachten agrarischen Großbetriebe nach englischem Vorbild setzten die Reformer auf bäuerliche Familienbetriebe, wie sie ebenfalls im Zuge der Agrardebatte gefordert worden waren (*Krüger* 1992, S. 40). Andererseits lösten sich die Entscheidungsträger nicht vollständig von der Allmende, indem die künftigen Kolonisten neben ihrer eigenen Parzelle auch gemeinschaftlich zu nutzendes Weideland und Moorparzellen zugewiesen bekamen. Einstiges gemeinschaftliches Weideland ist teilweise auch heute noch in der Landschaft erkennbar, wie im Bereich der Siedlung Neu Duvenstedt am Westrand der Duvenstedter Berge im heutigen Landkreis Rendsburg-Eckernförde.

Auch im Hinblick auf die Agrarverfassung machte sich der Reformgeist bemerkbar. Traditionelle Frondienste und Lasten wurden gar nicht erst eingeführt. Demgegenüber blieben die Kolonisten über zwei Jahrzehnte abgabefrei; und selbst als diese Frist verstrichen war, erwies sich die Pflicht zur Zahlung als verhandelbar (Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, 66, 7358, Resolution vom 8. Dezember 1784). Da die Kolonisten auf Königsland siedelten und daher nicht wie bei den Gutsbauern Abfindungen geleistet werden mussten, reduzierten sich die ohnehin nicht ganz unbeträchtlichen Gesamtkosten. Die in der dänischen Agrardebatte stets artikulierten Themen Freiheit und Eigentum wurden auf diese Weise und für damalige Verhältnisse vorbildhaft umgesetzt – letztlich auch, um das Projekt für Einwanderungswillige aus dem Südwesten des Heiligen Römischen Reiches möglichst attraktiv zu machen (*Krüger* 1992, S. 40).

Die Ursprungsregionen der Kolonisten stellten weitgehend die südwestdeutschen Mittelgebirge dar; etwas pauschal erhielten sie in der landläufigen Wahrnehmung bald die Bezeichnung »Pfälzer«. Ein Großteil von ihnen stammte aus dem Odenwald, wie etwa die Familien *Harres* und *Kriechbaum*, die sich um 1760 in der Kolonie Frederikshøj (vormals und heute wieder Resenfelde) niederließen (*Hyllested, Dürr u. Sørensen* 2003, S. 5–28). Insgesamt erreichten auf diese Weise etwa 5 000 Auswanderer den Norden, die zunächst in den Heidegebieten des nördlichen Jütland, etwas später auch im Herzogtum Schleswig angesiedelt wurden.

Die Vermessung der jütischen Heidegebiete begann 1757 (*Andersen* 1970, S. 42f.). Doch erst im April 1760, nur einen Monat, ehe die ersten Kolonisten Dänemark erreichten, wurden konkret in Frage kommende Parzellen identifiziert und ausgewiesen (*Carstens* 2006). Die ersten Siedler erreichten am 1. Mai 1760 die Stadt Fredericia, von wo aus sich kleinere Gruppen bereits eine Woche später in Richtung Randbølheide und Alheide auf den Weg machten. Vor allem in letzterer Region gründete sich bis 1762 eine Reihe an Kolonistendörfern, die in Gedenken an den damaligen König *Friedrich V.* und andere Angehörige der Königsfamilie Namen wie Frederikshøj, Frederikshede, Frederiksdal, Frederiksmose, Julianehede und Christianshede erhielten (*Johansen* 1999, S. 24–28).

Als die ersten »Pfälzer« den Norden Jütlands erreichten, zeigte sich rasch, dass die Obrigkeit übereilt gehandelt hatte und dass die Vorbereitungen bei weitem noch nicht abgeschlossen waren. Vor allem waren die versprochenen Häuser längst noch nicht gebaut, so dass die Ankömmlinge vorerst in primitiven Behelfshütten, teils in Erdhütten, sonst in den wenigen Bauerndörfern untergebracht werden mussten (*Degn u. Klose* 1960, S. 228).

Rasch wurde zudem deutlich, dass die große Zahl der anreisenden Kolonisten nicht allein in Jütland würde angesiedelt werden können. Bereits 1760 wurde daher beschlossen, das Projekt auch auf die Geest- und Mooregebiete in den Herzogtümern Schleswig und Holstein auszudehnen, wozu der Arzt und Unternehmer *Johann Gottfried Erichsen* (1712–1768) dort mit einer Landesaufnahme betraut wurde. In einem umfassenden Gutachten konstatierte er im Dezember 1760 insgesamt 4 231 mögliche Siedlerstellen in beiden Herzogtümern, von denen am Ende allerdings nur etwa 600 in Schleswig realisiert wurden. Allerdings hatte *Erichsen* in der Kürze der Zeit ebenso wie *Justi* in seinem Gutachten auf eine Untersuchung der jeweiligen Bodengüte verzichtet und lediglich Flächenmessungen vorgenommen. In Unkenntnis der großen Bandbreite unterschiedlicher Böden und in Verkennung der Notwendigkeit ausreichenden Weidelandes glaubte *Erichsen*, »daß der Colonist keine natürlichen Wiesen braucht, sondern sich und sein Vieh von allerhand Garten- und Erdgewächs, nach Art der Oberdeutschen unterhalten könnte und müßte [...]« (Zit. n. *Degn u. Klose* 1960, S. 227). Weiterhin ging er davon aus, dass eine Kolonistenfamilie auf einer Fläche von umgerechnet lediglich 9–12 ha auskömmlich leben könne. Neben *Justi* trug also auch der wesentlich landeskundigere *Erichsen* mit seinen Einschätzungen zu einer verhängnisvollen Fehlplanung bei.

Als die ersten Kolonisten den Landesteil Schleswig erreichten, befanden sich die Vorbereitungen auch hier noch in den Anfängen. Mehrere hundert Tagelöhner waren damit beschäftigt, westlich Rendsburgs das ausgedehnte Königsmoor mit Entwässerungsgräben zu durchziehen. Kolonistenhäuser standen nur wenige, so dass viele der Migranten wie bereits auf der Alheide in Privathäusern oder Schulen der Geestdörfer untergebracht wurden, wo deren Präsenz in aller Regel auf keine große Gegenliebe stieß.

In den Jahren 1761–1763 gelangten gleichwohl etwa 4 000 Kolonisten nach Schleswig. *Moritz* hatte bei deren Auswahl indes kaum auf deren Eignung für das neue, harte Umfeld geachtet, so dass sich unter ihnen viele Siedler mit nur geringer oder überhaupt keiner Erfahrung in der Landwirtschaft befanden (*Degn u. Klose* 1960, S. 230).

Auch in Schleswig wurde das Land schon nach kurzer Zeit zu knapp, um die zahlreich Ankommenden unterzubringen. Immer peripherere Böden wurden als Siedlerstellen ausgewiesen. Als eine der letzten Kolonien im Herzogtum Schleswig entstand die erwähnte Siedlung Neu Duvenstedt auf dem Gebiet des Dorfes (Alt-)Duvenstedt. Eine Besonderheit, die auf den zunehmenden Mangel an Geestland weist, wird bei der Betrachtung ihrer topographischen Lage deutlich (Abb. 1). So lagen 12 von 15 Kolonistenstellen hier im Gegensatz zu allen anderen bis dahin im Zuge der Heide- und Moorkolonisation geschaffenen Parzellen östlich des Altdorfes am Hang eines auf 72 m ansteigenden, besonders kargen, damals heidebewachsenen Endmoränenzuges und damit um die 60 m über dem Altsiedelland. Wie auch heute noch deutlich erkennbar, waren die Parzellen durch arme, besonders sandige Böden gekennzeichnet, die sich kaum als Acker-, sondern allenfalls als Weideland nutzen ließen. Lediglich drei weitere Stellen wurden als Enklave jenseits des Altortes auf ebenem Geestland angesiedelt (heute Broholm) (*Clausen* 1981, S. 193). Somit führte der Landmangel schließlich zu einer disparaten Verteilung des Siedlergebietes, was zu Beginn des Gesamtprojektes tunlichst hätte verhindert werden sollen. Auch heute noch ist die Zweiteilung Neu Duvenstedts mit seinen lediglich etwa 130 Einwohnern anhand der Gemeindegrenzen deutlich erkennbar. So liegt das zu Neu Duvenstedt zählende Broholm einer Insel gleich inmitten des Gemeindegebietes von Alt-Duvenstedt etwa 5 km westlich des Hauptteils des Gemeindegebietes.

Allenthalben waren die Kolonisten gezwungen, kulturelle Transformationsleistungen zu vollbringen. Das betraf sowohl die Auseinandersetzung mit den für sie unbekanntem einheimischen Sprachen, einerseits dem Dänischen, andererseits dem Niederdeutschen, als auch die Entwicklung sozialer Praktiken im Umgang mit der Obrigkeit und im Konflikt mit den Einheimischen. Kulturell anpassen mussten sie sich auch in Bezug auf die Unterkunft. Die Kolonistenhäuser, von denen heute nur noch ein einziges im Freilichtmuseum Molfsee im Original überlebt hat, waren im sogenannten Niedersachsenstil mit Tenne, Stall und Wohnräumen unter einem Dach errichtet. Schornsteine fehlten in der Anfangszeit. Erst als sich die Klagen der mit dem sich im Haus sammelnden Rauch unvertrauten Kolonisten häuften, wurden einige entsprechend nachgerüstet.



Abb. 1: Lage der 15 Kolonistenstellen im Gebiet Duvenstedts auf Grundlage der Messtischblätter 1624 (Rendsburg) und 1623 (Owschlag) von 1877
Nach: Schmidt 2011, S. 50

In der landläufigen Wahrnehmung gelten die Heide- und Moorkolonisten als Begründer des Kartoffelanbaus auf der Kimbrischen Halbinsel (Johansen 1999, S. 28–31). Auch wenn für die »Pfälzer« die Kartoffel in vielen Fällen bald schon das wichtigste Anbauprodukt darstellte, trifft diese Aussage nur bedingt zu. Vermutlich wurde jene Feldfrucht bereits um 1740 nördlich der Elbe angebaut. Wie anderenorts auch, stieß die unscheinbare Knolle in der Anfangszeit bei den Bauern aber auf nur wenig Gegenliebe. Beinahe wäre sie wieder in Vergessenheit geraten, hätte sie nicht in *Philipp Ernst Lüders* (1702–1786) einen klugen und geschickten Fürsprecher gehabt.

Lüders war auf dem großelterlichen Hof in Angeln aufgewachsen und von Kindesbeinen an mit den Sorgen und Nöten der Landwirtschaft vertraut gewesen. Später studierte er Theologie und machte als Propst im Landesteil Schleswig Karriere. Dabei lernte er auf seinen Inspektionsreisen durch das Altsiedelland die Strukturschwächen der bäuerlichen Landwirtschaft genau kennen: Flurzwang, die Zersplitterung der Ländereien, geringe Erträge und ständige Probleme bei der Nutzung der Allmende. Ganz der Aufklärung verhaftet, forderte er nicht nur eine Umverteilung des Landes, sondern auch die Einführung neuer Feldfrüchte. Denn nur diese würden langfristig die Menschen ausreichend und zu moderaten Preisen ernähren und das Einkommen der Bauern sichern können. Um eine öffentliche Debatte anzustoßen, gründete der Propst inmitten der großen Siedlungswelle auf der Kimbrischen Halbinsel 1762 in Glücksburg unter dem klangvollen Namen

»Königlich Dänische Acker-Akademie« einen landwirtschaftlichen Versuchsbetrieb.

Ein besonderes Augenmerk verwandte er auf die nährstoffreiche Kartoffel, wobei es ihm nicht allein um die Identifizierung geeigneter Sorten und die Vorbereitung des Bodens, sondern auch um den allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen auch in den jungen Heide- und Moorkolonien ging. Häufig verwendete Lüders in seinen Texten das sprachliche Mittel des fiktiven Dialogs zwischen Geistlichem und Bauern. So erschien 1772 seine »Kurze Anleitung zum Potatos= oder Cartuffel=Bau«. Unmissverständlich beginnt der Dialog mit einem Lob auf die Kartoffel: »Frage 1: Welche Frucht ist die beste und nützlichste im ganzen Lande? Antwort: Die Potatos= oder Cartuffel=Frucht« (Lüders 1772, o.S.).

Tatsächlich gelang es Lüders und seinen Mitstreitern auf diese Weise, so manchem Menschen im Lande die Kartoffel trotz vielerlei Vorbehalte bekannt zu machen. Auf den kargen Böden der Heide- und Moorkolonien spielte die Kartoffel bald schon eine entscheidende Rolle als neben Roggen und Buchweizen wichtigstem Anbauprodukt (Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, 66, 1908, Verzeichnis von den Beschlags-Stücken 1778ff.).

Aber nicht allein das unermüdliche Wirken des Propstes oder die spezifischen Böden in den Kolonistengebieten, sondern vielmehr eine europaweite Agrarkrise bescherte der Kartoffel seit den 1770er Jahren eine ungeahnte Karriere: Nach extrem langen und harten Wintern konnte die traditionelle Getreidesaat nur spät ausgebracht werden. Starke Regenfälle in Sommer und Herbst taten ein Übriges. Überall zwischen Dänemark und Ungarn kam es zu Missernten. Vielerorts stiegen die Preise für das Grundnahrungsmittel Getreide auf das Dreifache – in Schleswig-Holstein und Dänemark immerhin auf das Doppelte. Hungerjahre brachen über das Land herein, von denen 1771 und 1772 die schlimmsten waren, und oft wurde das eigentlich für die Aussaat bestimmte Getreide von den Bauern zur eigenen, notdürftigen Ernährung verwendet. Durch den Preisanstieg mussten gerade ärmere Menschen auf andere Nahrungsmittel wie Hülsenfrüchte oder Grobgemüse ausweichen. Aber auch diese litten unter den ungünstigen Wetterbedingungen und wurden immer teurer. Die gesellschaftlichen Folgen waren unübersehbar: Vielerorts ging die Geburtenrate zurück, und in Hamburg oder Kopenhagen verdoppelte sich die Sterblichkeit. In der Not besannen sich viele Bauern auf die kleine, braune Knolle, die bereits seit einem Jahrzehnt von Lüders als wahres Wundermittel angepriesen worden war (Hobhouse 2001, S. 227–275).

Nur wenige Heide- und Moorkolonisten konnten indes trotz des Kartoffelanbaus von den ihnen zugewiesenen Stellen auskömmlich leben. Auch wenn mit schwerer Karrenstrafe geahndet, verließen viele von ihnen schon bald nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges die jütische und die schleswigsche Geest, um nun doch etwa im Wolgagabiet oder in Nordamerika ihr Glück zu versuchen. Am Ende scheiterte das Projekt der Heide- und Moorkolonisation auf der Kimbrischen Halbinsel nicht nur an den hohen Kosten, sondern vor allem an der Missachtung der spezifischen Bodenverhältnisse und zweifellos auch an der großen Eile, mit der es umgesetzt wurde. 1765 ließ die dänische Regierung die weitere Auswanderung von Kolonisten beenden. Viele Kolonisten verließen wieder das

Land. Die Nutzung eines Großteils des unter den Pflug genommenen Neusiedellandes setzte sich andererseits fort. So wurden die meisten verlassenen Parzellen im Laufe der Zeit von Einheimischen übernommen. Auf diese Weise konnte mancher Bauer sein Wirtschaftsland vergrößern und mancher kam überhaupt erst in den Genuss eigenen Landes. Auf diese Weise wurden die bislang kaum genutzten Teile der Geest schließlich also doch, wenn auch weitgehend ohne fremde Kolonisten, in das sich immer mehr reformierende System der Agrarwirtschaft und der Agrarverfassung auf der Kimbrischen Halbinsel eingebunden (*Degn u. Klose* 1960, S. 232).

Zusammenfassung

Der Artikel untersucht die Heide- und Moorkolonisation auf der Kimbrischen Halbinsel in der Zeit des Siebenjährigen Krieges. Im Zuge aufklärerischer Reformpolitik unternahm das Königreich Dänemark den Versuch, mit Hilfe von Siedlern aus dem Südwesten des Heiligen Römischen Reiches Agrarstrukturen in den bislang kaum entwickelten Geestgebieten des Herzogtums Schleswig und Jütlands zu implementieren. In der Praxis erwies sich das Vorhaben aber als nur mangelhaft vorbereitet. Die Kolonisten mussten so gut wie ohne finanzielle und technische Ausstattung Moor- und Heideland bebauen und sahen sich dabei mit dem Widerstand seitens der einheimischen Bevölkerung konfrontiert. Mit dem Ende des Siebenjährigen Krieges und der Wiedereröffnung der traditionellen Auswandererrouten nach Nordamerika ebte das Interesse an dem Projekt rasch wieder ab.

Summary

The colonisation of heathlands and moor in Jutland
(mid-eighteenth century)

This article investigates the history of the colonization of the sparsely populated areas in the heart of the Duchy of Slesvig and Jutland during the Seven Years' War. The Danish government endeavored to enhance agricultural production in those regions in the spirit of enlightened reforms and tried to attract settlers from the Southwestern parts of the Holy Roman Empire. However, the entire project was ill-prepared from the outset. The colonists did not only have to struggle with meagre financial and technical support but were also confronted with resistance by the local populace. After the end of the war, traditional routes of emigration to North America were opened up again resulting in a fading interest in the project itself.

Ungedruckte Quellen

Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schleswig (LAS).
 LAS 66, 1908.
 LAS 66, 7358.

Gedruckte Quellen

Justi, Johann Heinrich Gottlob von: Allerunterthänigstes Gutachten, wegen Anbauung der Jütländischen Heiden. – In: *Justi, Johann Heinrich Gottlob von*: Oeconomische Schriften über die wichtigsten Gegenstände: Stadt- und Landewirtschaft, Bd. 2. Berlin und Leipzig 1760, S. 246–310.
Lüders, Philipp Ernst: Kurze Anleitung zum Potatos= oder Cartuffel=Bau. – O.O. 1772.

Literatur

Andersen, Valdemar (1970): Den jyske Hedekolonisation. – Aarhus.
Becker-Christensen, Henrik (1986): Hærvejen i Sønderjylland. Et vejhistorisk studie. – Apenrade.
Carstens, Frederik Carl Carstens (1839): Bemærkninger over Alheden og dens colonier. – Viborg (Neudruck Viborg 2006).
Clausen, Otto (1981): Chronik der Heide- und Moorkolonisation im Herzogtum Schleswig (1760–1765). – Husum.
Clausen, Otto (1985): Gründung und Entwicklung der Kolonie Neuduvenstedt. – In: *Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde*, 43, S. 169–361.
Degn, Christian u. Klose, Olaf (1960): Die Herzogtümer im Gesamtstaat, 1721–1830. – Neumünster.
Hobhouse, Henry (2001): Sechs Pflanzen verändern die Welt. Chinarinde, Zuckerrohr, Tee, Baumwolle, Kartoffel, Kokastrauch. – Stuttgart.
Hyllested, Jan; Dürr, Anna u. Sørensen, Elsa Steen (2003): Kartoffeltyskerne i Resenfelde. – Viborg.
Johansen, Etlar Kramer (1999): Fra fremmed land de kom. Kartoffeltyskernes historie. – Viborg.
Krüger, Kersten (1992): Möglichkeiten, Grenzen und Instrumente von Reformen im Aufgeklärten Absolutismus: Johann Friedrich Struensee und Andreas Peter Bernstorff. – In: *Bohnen, Klaus u. Jørgensen, Sven-Aage [Hrsg.]*: Der dänische Gesamtstaat. Kopenhagen, Kiel, Altona u. Tübingen, S. 23–47.
Küster, Hansjörg (2013): Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. Von der Eiszeit bis zur Gegenwart. – München.
North, Michael (2000): Von der Atlantischen Handelsexpansion bis zu den Agrarreformen (1450–1815). – In: *North, Michael [Hrsg.]*: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. München, S. 107–191.
Ølgaard, Elsa Steen [Hrsg.] (o.J.): Barn af kartoffeltyskere. 1759–2009. – Viborg.
Schmidt, Herbert (2011): Kolonistenatlas. Heide- und Moorkolonisation im Herzogtum Schleswig 1760–1765. Alle 47 Koloniedarstellungen zur Koloniegründungszeit in alten und neuen Karten. – Neumünster.

Ellinor Forster

Hürden der Transkulturalität?

Die Strukturierung des neuen schlesischen Grenzraums
mittels Inklusions- und Exklusionsprozessen, 1742–1770¹

Mit 2 Abbildungen

Das Konzept der Transkulturalität nach *Wolfgang Welsch* geht davon aus, dass es keine abgegrenzten Kulturen gibt, sondern stets eine gegenseitige Beeinflussung stattfindet und stattgefunden hat, die zu wechselseitigen Durchdringungen und Verflechtungen führte (*Welsch* 1994). Die Grenzen zwischen »*Wir-Gruppen*«, die durch Inklusions- und Exklusionsprozesse immer wieder neu gezogen werden, seien demnach variabel, Zugehörigkeiten zu Kulturräumen überlappen sich je nach Kontext und Zuschreibung. Diese Grenzen wurden zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich strikt ausgestaltet und gehandhabt, wenn etwa zwischen Konfessionen oder sozialen Gruppen scheinbar unüberwindbare Hürden aufgebaut, das »*Andere, Fremdartige*« mit negativen Zuschreibungen versehen und innerhalb der eigenen Gruppe Homogenisierungstendenzen durchgesetzt wurden (*Komlosy* 2018, S. 131–141).

Landesgrenzen, die in territorialer Hinsicht Räume der Zugehörigkeit definieren, können, aber müssen keine Barrieren für Transkulturalität darstellen. Denkt man an die Hochblüte des Nationalismus und der Stilisierung einer eigenen Kultur für die jeweiligen Ethnien, definiert durch eine Sprachgruppe, dann war eine solche Abschottung zumindest intendiert. Insbesondere im östlichen Europa wirkten sich die Abgrenzungen des 20. Jahrhunderts wirkmächtig auf die Prozesse der Vergesellschaftung aus, so dass diese Grenzen als Phantomgrenzen auch nach der Öffnung von 1989 noch nachwirken (*Grandits, Hirschhausen, Kraft, Müller u. Serrier* 2015, S. 13–20). Territoriale Grenzen bestimmten auch im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit Zugehörigkeiten. Erfahrbar wurde das für die Bevölkerung meist nur mittelbar, etwa durch Abgaben und Zinsleistungen, die weniger häufig direkt an die Landesherrschaft, sondern vielmehr an die Grundherrschaft oder die Kirche zu entrichten waren. Zwar galt Recht als ein

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

wesentliches Kriterium zur Definition eines Territoriums, aber durch vielfache Herrschaftsveränderungen und Herrschaftskumulationen existierten innerhalb eines Landes meist verschiedene Rechtsräume, die daher eher eine Identifikation mit kleinräumigeren Regionen beförderten. Zudem konnte es sich auch als erfolgreich erweisen, auf Rechte benachbarter Territorien zu verweisen, wenn etwa vor den Reichsgerichten eigene Anliegen durchgefochten wurden (*Schennach* 2008). Kulturelle Praktiken wie Wallfahrten oder Prozessionen führten oft über die Grenze hinweg (*Duhamelle* 2005). Frühneuzeitliche Territorien umfassten außerdem häufig eine Reihe von Enklaven anderer Landesherrschaften. Zwar nicht unumstritten, wie häufige Grenzdifferenzen zeigen, aber notwendigerweise überschritten daher Menschen in ihrem Alltagsvollzug immer wieder diese Grenzen (*Forster* 2017). Kurzzeitig undurchlässig wurden solche Grenzen meist nur, wenn es etwa Epidemien zu befürchten gab und für kurze Zeit Sanitätscordons gebildet wurden (*Jesner* 2016). Somit stand die Bevölkerung in den Grensräumen üblicherweise in kontinuierlichem Austausch über die Territorialgrenzen hinweg.

Im Gegensatz zu Grenzen, die über den genauen Verlauf zwar manchmal Streitigkeiten hervorriefen, aber darüber hinaus nicht in Diskussion und daher auch nicht dauerhaft unter genauer Beobachtung standen, geht es nun aber um eine neue Grenze, die 1742 errichtet wurde. Gefragt wird, ob diese, weil sie erst durchgesetzt und in der Folge mit größerem Aufwand verteidigt werden musste, dazu tendierte, Transkulturalitätsphänomene zu unterbrechen und Entflechtungsprozesse des gemeinsamen Kulturraums in Gang zu setzen.

Der Erste Schlesische Krieg hatte 1742 mit dem Sieg Preußens geendet und im Frieden von Berlin vom 28. Juli 1742 musste Österreich der Teilung des Herzogtums Schlesien, das als Land der böhmischen Krone mit dem Erwerb Böhmens 1526 an die Habsburger gekommen war, zustimmen. Innerhalb der habsburgischen Länder hatte Schlesien eine Besonderheit dargestellt, weil es aus einer Reihe von Teil-Herzogtümern bestand, die erst nach und nach in die direkte – erbliche – Herrschaft der Habsburger übergingen. Eine Art gemeinsame schlesische Identifikation über die Grenzen dieser Teil-Herzogtümer hinweg hatte sich erst im Lauf des Spätmittelalters entwickelt (*Rüther* 2010). Die Teilung fiel sehr ungünstig für die Habsburger aus – ganz Niederschlesien und ein Teil Oberschlesiens fiel an Preußen, nur ein kleiner Landstreifen im Süden verblieb bei Österreich. Der Grenzverlauf wurde im Friedenstraktat grob festgelegt, der sich ungefähr an älteren innerschlesischen Grenzen orientierte – die Fürstentümer Teschen, Troppau und Jägerndorf sollten weiterhin zu Österreich gehören. Die Grenze verlief dabei entlang der Flüsse Olsa und Oppa. Nur im Südwesten wurde das bischöfliche Fürstentum Neisse in der Mitte geteilt (Abb. 1).

Der Blick der folgenden Überlegungen richtet sich auf Inklusions- und Exklusionsprozesse der ersten Jahre im Grenzraum, um beurteilen zu können, inwieweit diese Grenze auch eine tatsächliche kulturelle Entflechtung bewirken konnte. Der Beitrag steht damit im Kontext der neueren Forschung zu Grensräumen, die untersucht, wie Räume und Identitäten über alltägliche, institutionelle und mediale Praktiken entstehen (*Wille u. Reckinger* 2016). Dazu wird zunächst die Frage nach der Sichtbarkeit und Lesbarkeit der Grenze gestellt. Konnte damit



Abb. 1: Das geteilte Schlesien von 1742. Der rosafarbene Bereich kam zu Preußen, der orangefarbene umfasste Bereich blieb bei Österreich. Auf der Karte ist auch die verwaltungsmäßige Unterteilung der preußischen Provinz in Niederschlesien (blau umrandet) und Oberschlesien (hellrot umrandet) dargestellt. Der davon ausgesparte Teil bildete ab 1922 einen Teil des wiedererrichteten Polens
© F.W. Putzgers Historischer Schul-Atlas, bearbeitet von Volker Preuß.
www.flaggenlexikon.de

die Trennung auch visuell wahrgenommen und entsprechend interpretiert werden? Das führt zur weiteren Frage, wie sich die Bevölkerung zur Grenze verhielt – zu ihren Symbolen und im Überschreiten der Grenze.

1 Grenzziehung und Ausgestaltung des Grenzraums – die sichtbare symbolische Trennung des Landes

Im Herbst 1742 machte sich eine Kommission, bestehend aus preußischen und österreichischen Delegierten auf, um von Osten nach Westen die gesamte Strecke abzufahren und dabei 138 Grenzsäulen einsetzen zu lassen. Das Unternehmen beschäftigte insgesamt eine größere Menge an Personen, da die Säulen aus Eichenholz nach einem vorgegebenen Maß im Vorfeld von den Gemeinden und Grundherrschaften an der Grenze auf deren Kosten vorbereitet werden mussten. Zudem kamen bei den jeweiligen Stationen auch Bevollmächtigte der Gemeinden oder Grundherrschaften hinzu, um über Grundverhältnisse und etwaige Grenzdifferenzen Auskunft geben und das gemeinsame Einsetzen der Säulen auch bezeugen zu können. Darüber wurde ein detailliertes Protokoll angefertigt und der Grenzverlauf mit den eingesetzten Säulen auf einer Karte festgehalten

(ZAO, KrÚ, Kart. 848, Fasz. 1298, Grenzziehungsprotokoll, 22. September bis 20. Oktober 1742). Damit gelangte das Wissen um die tatsächliche Grenzziehung einem breiteren Menschenkreis zur Kenntnis. Die Säulen waren in der Landschaft zudem deutlich sichtbar – im Gegensatz zu vielen spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Markierungen. Diese fanden sich meist an Steinen angebracht und konnten bei Grenzbegehungen häufig erst nach langem Suchen wiedergefunden werden. Zudem hatten sich über die Jahrhunderte hinweg verschiedene Markierungen überlagert, was weitere Verwirrung stiftete und die Grenze uneindeutig werden ließ. Die Säulen im schlesischen Grenzraum dürften zwar nicht unbedingt immer in Sichtweite voneinander gestanden sein, aber in der Gesamtheit zeichneten sie im Raum eine Linie nach, deren Markierung durch den Verlauf der Flüsse Olsa und Oppa noch unterstützt wurde. Wenn die Flüsse genau die Grenze darstellten, wurden Säulen an beiden Ufern angebracht. Verließ die Abtrennung am Land, setzte man eine gemeinschaftliche Säule ein. Zusätzlich wurden die Säulen mit Nummern versehen und gaben so eine Leserichtung vor. Das bewirkte in längerer Folge, dass die Beamten die Säulenummerierungen zunehmend in ihre Ortsbezeichnungen einbanden. So wurden diese also zumindest aus verwaltungstechnischer Sicht zu einem neuen raumbildenden Element.

Damit die Grenzsäulen ihre Bestimmung erfüllen konnten, nämlich alle Bewohner der davon nördlich gelegenen Gebiete in das Königreich Preußen einzuschließen und den südlich davon lebenden ihren Ausschluss, ihre Abtrennung vom nördlichen Teil deutlich zu machen, mussten die Säulen noch genauer bezeichnet werden. In der Frühen Neuzeit waren zur Markierung von Grenzen Wappen der Landesherrschaften üblich. Das wäre in diesem Fall schwierig gewesen, weil der weiße schlesische Adler des gesamten Herzogtums keine Eindeutigkeit markiert hätte und aufgrund der politisch umstrittenen Teilung – Österreich gab den Anspruch auf Schlesien erst nach dem Siebenjährigen Krieg 1763 auf – auch höchst provokativ gewesen wäre. Daher einigte man sich auf Buchstabenfolgen, die auf Blechschilder, in der Folge als Insignientafeln bezeichnet, gemalt werden sollten. Die österreichische Seite wurde mit der Kombination M. T. H. B. R. markiert, stehend für *Maria Theresia Hungariae Bohemiae Regina*. Preußen ließ auf seine Schilder lediglich ein F. R. – für *Fridericus Rex* – malen, allerdings »mit oben aufgestellten Hertzog Hüttel«, was seinen Anspruch auf das gesamte Herzogtum untermauerte (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Konzept Repräsentation und Kammer an *Maria Theresia*, Troppau, 29. Juli 1749). Die Korrespondenz zwischen Troppau, dem Hauptort von Österreichisch-Schlesien, und Wien verweist darauf, dass diese Beschriftung auf österreichischer Seite erst 1749 deutlicher wahrgenommen oder zum Thema wurde. Die Tafeln waren auch nicht direkt bei der Säuleneinsetzung 1742 angebracht worden, sondern erst ein Jahr später.

Zwischen diesen Jahren lag der Zweite Schlesische Krieg (1744–1745) und erst 1748 war der Österreichische Erbfolgekrieg beendet worden. Danach wandte sich das preußische Kriegs- und Domainenamt in Breslau an die Repräsentation und Kammer in Troppau mit dem Hinweis, dass durch die »Kriegs-Troublen« einige Säulen zerstört und eine Reihe der Blechtafeln mit den Herrschaftsbezeichnungen verschwunden seien (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, 3. Juli 1749). Das bot

die Gelegenheit, die Beschriftungen der Tafeln neu zu verhandeln. Nunmehr setzte *Maria Theresia* dem preußischen Herzogshut den kaiserlichen Titel, den sie kraft ihres mittlerweile zum Kaiser des Heiligen Römischen Reichs gewählten Ehemanns *Franz I. Stephan* trug, entgegen. Zudem ließ sie dem neuen Namenszug – M. T. R. J. H. B. R. (*Maria Theresia Romanorum Imperatrix Hungariae Bohemiae Regina*) – eine »böhmische Kron« aufsetzen (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Extract aus dem Kais.-König. Reskript, Wien, 9. August 1749). Damit demonstrierte sie die höhere Würde und zugleich auch die Oberhoheit der böhmischen Krone über das Land Schlesien. Ob diese Buchstabenfolgen allerdings so einfach lesbar und interpretierbar waren, vor allem für die Untertanen im Grenzraum, für die sie zur Orientierung ihrer neuen Zugehörigkeiten dienen sollten, ist fraglich. Schon in Richtung Breslau und Wien fühlten sich die Beamten in Troppau bemüßigt, die Bedeutung der Buchstaben zu erklären. Sie dürften also auch für die Untertanen nicht so genau zu entschlüsseln gewesen sein, sondern es brauchte zusätzlich das Wissen um die Grenze an sich, um die neuen politischen Verhältnisse und vor allem um die Gewohnheiten symbolischer Markierung.

Für die Herrschaftsebene spielten die durch die Beschriftungen vermittelten Besitzansprüche hingegen eine wesentliche Rolle. Dies wurde deutlich, als bei der gemeinsamen Grenzbegehung im Sommer 1750 die preußische Kommission die neuen österreichischen Beschriftungen beanstandete und die Einwände im Protokoll vermerkt haben wollte (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Bericht *Ernst Freiherr von Mitrowsky* an Repräsentation und Kammer, Schwarzwasser, 5. Juli 1750). Die Bezeichnungen unterlagen weiteren Veränderungen, die das jeweilige Verhältnis zwischen Österreich und Preußen spiegeln. Auf preußischer Seite fanden sich in den Grenzabschnitten der Fürstentümer Neisse, Troppau und Jägerndorf schon 1750 Beschriftungen mit P. L. G. bzw. K. P. L. G., die für Preußisch bzw. Königlich Preußische Landesgrenz-Säule standen. An dieser Benennung fand man aus österreichischer Sicht offensichtlich nichts auszusetzen und stimmte einer gleichlautenden Beschriftung bei neuen preußischen Insignientafeln zu (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Berichte der Landesältesten aus Troppau und Jägerndorf, 9.–11. Juli, Neisse, 16.–19. Juli 1750). In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden neue Grenzmarkierungen aus Stein entworfen, die nur noch die Bezeichnungen für Preußisch-Schlesien (P. S.) und Österreichisch-Schlesien (Ö. S.) trugen. Dies transportierte keinen Anspruch mehr auf das jeweils andere Territorium.

Neben der grundsätzlichen Frage, ob die Säulen für die Untertanen lesbar und richtig interpretierbar waren, um die gewünschten Zugehörigkeiten zu entwickeln, ermöglichen die immer wieder erfolgenden Grenzbegehungen und Beschreibungen der Säulen mit ihren Hoheitszeichen interessante Schlussfolgerungen, wie sich die Bevölkerung zur neuen Grenze verhielt. Dies lässt auf Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der Inklusion und Exklusion schließen.

2 Der Umgang mit den Grenzsäulen und den Herrschaftszeichen

Bevor man 1750 dem preußischen Vorschlag zu einer gemeinsamen Begehung der Grenze, um die fehlenden Säulen wieder einzusetzen und die Tafeln anzubringen, nachkam, wurden die höchsten Beamten der Fürstentümer in Österreichisch-Schlesien, die so genannten Landesältesten, mit der Kontrolle der Grenzabschnitte in ihrem Verwaltungsbereich beauftragt (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Konzept Repräsentation und Kammer an *Maria Theresia*, Troppau, 29. Juli 1749). Das Ergebnis brachte zunächst den Befund, dass die Nummern auf den Säulen kaum mehr sichtbar waren und neu eingebrannt werden sollten. Säulen selbst fehlten nur einige wenige, ihr Abgang ließ sich meist mit Naturereignissen erklären, die ein Stück Erdreich am Fluss ausgerissen und daher die Säule weggespült hatten. Allerdings wurde dem sehr genau nachgegangen, indem man nach den verschwundenen Säulen suchte, Leute befragte und diesen im Fall der Rückstellung »*Discretion*« versprach (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Rudolf von Cselesta* an Repräsentation und Kammer, Teschen, 15. Juli 1752). Dahinter schien sich der Verdacht zu verbergen, ob nicht jemand nachgeholfen habe, die Säule verschwinden zu lassen. Insbesondere hatten die Landesältesten in jenen Fällen genaue Nachforschungen anzustellen, in denen weggeschwemmte Säulen auf preußischer Seite wieder aufgestellt worden seien. Hier ging es in erster Linie darum, keine Gebietsveränderungen zuzulassen.

Anders verhielt es sich jedoch mit den Insignientafeln. Genau kontrolliert und gemeinsam besichtigt wurden von den insgesamt 138 zunächst nur 97. Von diesen fehlten auf österreichischer Seite 48 Stück, die ganz offensichtlich von Menschen abgenommen worden waren. Zugleich erhob man schon bei der ersten Kontrolle und schließlich bei der gemeinsamen Begehung im Jahr darauf auch die fehlenden preußischen Säulen und Insignientafeln. Damit standen den 48 fehlenden österreichischen 77 abgängige preußische Tafeln gegenüber. Auf eine preußische Tafel war zudem geschossen worden. Dabei unterschieden sich die Streckenabschnitte deutlich. Im Fürstentum Neisse, das in der Mitte geteilt worden war und deren Grenze also keine ältere Teil-Herzogtumsgrenze zugrunde lag, fiel der Anteil der fehlenden Tafeln auf beiden Seiten höher aus. Von insgesamt 28 Säulen waren auf österreichischer Seite 22 und auf preußischer Seite 26 Tafeln, also fast alle, entfernt worden. Dabei handelte es sich um einen laufenden Prozess. Von der Vorhebung im Sommer 1749 bis zur tatsächlichen Begehung im Jahr darauf stellte sich heraus, dass weitere Tafeln entwendet worden waren (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Übersichtstabellen über die fehlenden Säulen und Tafeln aus Teschen, 4.-8. Juli 1750, Troppau und Jägerndorf, 9.-11. Juli, Neisse, 16.-19. Juli 1750).

Selbst 1751, als an einigen Säulen die eingebrannten Nummern nachgebessert werden musste, wurde wieder von fehlenden preußischen Tafeln berichtet (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Rudolph von Cselesta* an Repräsentation und Kammer, Teschen, 30. Mai 1751). Mit der Abnahme insbesondere der preußischen Tafeln, ließ sich im Grenzraum also demonstrieren, dass man die Trennung des Landes und die Inklusion in das Königreich Preußen nicht akzeptieren wollte. Auch die Beamten schienen die Tendenz in dieser Weise wahrzunehmen, denn die Tafeln waren vor allem bei den eigenständig stehenden preußischen Grenz-

säulen entfernt worden. Sie drückten ihre Verwunderung darüber aus, wenn eine Tafel dort verblieben war (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Ernst Freiherr von Mittrowsky* an Repräsentation und Kammer, Teschen, 3. Oktober 1749).

Angesichts dieses Umstandes plädierten die österreichischen und preußischen Beamten gemeinsam dafür, dass die Strafen für die Abnahme und Beschädigung der Hoheitszeichen verschärft werden sollten (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Protokoll der Grenzbegehung, Teschen, 11. Juli 1750). Der Teschnische Landesälteste verwies auf Artikel 19, § 45 der »*Peinlichen Hals- und Gerichtsordnung von Kaiser Joseph*«, der eine Leibes- und Lebensstrafe vorsah, wenn Grenzmarkierungen wissentlich verändert, vernichtet oder entfernt würden. Man schlug vor, dass die Gemeinden für die Beobachtung und Kontrolle der Säulen auf ihrem Grund die Verantwortung tragen sollten. Mutwillige Veränderungen an den Grenzsäulen sollten mit Handabhaugung bestraft werden (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Ernst Freiherr von Mittrowsky* an Repräsentation und Kammer, Schwarzwasser, 5. Juli 1750). In Wien stimmte man diesem Vorschlag zu (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Maria Theresia* an Repräsentation und Kammer, 29. August 1750).

3 Zugehörigkeiten und Grenzpraktiken

Deutlicher noch als im Umgang mit den Herrschaftszeichen lassen sich Zugehörigkeiten dann erheben, wenn es um Streitigkeiten ging und die Menschen im Grenzraum stärker in Erscheinung traten und das Wort ergriffen oder ihre Befragung protokolliert wurde. Schon bei der Grenzfestlegung 1742 waren an verschiedenen Orten Schwierigkeiten aufgetreten, weil sich die Grenze nicht so einfach ziehen ließ. Häufig hatten Grundherrschaften und damit Bauern auch Rechte auf der anderen Seite des Flusses, einige Male gab es bereits Vorgeschichten von Grenzkonflikten, etwa zwischen Grundherrschaften oder den Teilherzogtümern, die nun noch dadurch verschärft wurden, dass die Grenze nicht mehr nur innerhalb des Herzogtums Schlesien, sondern zwischen zwei unterschiedlichen Ländern verlief. Besonders konfliktanfällig war entlang der Flüsse zudem die Regelung alter Wassernutzungsrechte. Nicht alles konnte 1742 gelöst werden, vieles wurde vertagt und insbesondere über die Kriegsjahre hinweg offensichtlich nicht weiterverhandelt. Damit entwickelten sich diese und neue Konfliktpunkte bei der Grenzbegehung von 1750 wieder zum Thema. Auch zur Regelung schwebender Konflikte, selbst wenn sie nicht direkt mit der Landesgrenze zu tun hatten, nutzte man offensichtlich diese Gelegenheiten, wenn Beamte persönlich auf dem eigenen Land ansprechbar waren.

Die folgenden Beispiele sind den Akten der österreichischen Behörden entnommen, reflektieren also vor allem eine Seite der Betrachtung. Preußische Vorstellungen kommen darin nur vor, wenn sich im Bestand Briefe von Beamten jenseits der Grenze finden.²

2 Die Befunde sollen noch mit Akten des Staatsarchivs Breslau (Archiwum Państwowe we Wrocławiu) abgeglichen und erweitert werden.

Wie sich die Landesteilung konkret auf die Menschen im Grenzraum auswirkte, lässt sich an einem Beispiel aus dem Fürstentum Neisse zeigen, in dem beide Landesteile Anspruch auf die drei Gärtner *Caspar Hentschel*, *Hans Rother* und *Caspar Peltz* erhoben – und diese auf ihre Zugehörigkeit befragt wurden. Die zahlenmäßig sehr stark vertretene Gruppe der Gärtner nahm in Schlesien eine Zwischenstelle zwischen Vollbauern und landlosen Häuslern ein. Man unterschied dabei zwischen so genannten Freigärtnern, die zu keinen oder nur bestimmten Diensten und Abgaben verpflichtet waren, und Dreschgärtnern in Niederschlesien bzw. Robotgärtnern in Oberschlesien, die beim Ernten und Dreschen gegen einen Naturalanteil mithelfen mussten. Darüber hinaus konnten sie noch zu einer Reihe weiterer Arbeitsleistungen für die Gutsherrschaft herangezogen werden (*Gehrke* 2009, S. 204). Die Zugehörigkeit zu den Landesteilen lässt sich aus der Perspektive der betroffenen Menschen auf die Zugehörigkeit zu Gemeinden herunterbrechen. Es war zu entscheiden, ob die drei Gärtner zur österreichisch-schlesischen Gemeinde Barzdorf (Bernartice) oder zu Hemmersdorf (Ozary) in Preußisch-Schlesien gehörten. Zunächst wurden die Gemeindevertreter beider Dörfer befragt, die nicht überraschenderweise die Gärtner jeweils für sich beanspruchten. In Hemmersdorf war man bei der Befragung durch den preußischen Beamten der Meinung, dass die Gärtner bei anfallenden gemeinschaftlichen Angelegenheiten, wenn es etwa um Wasserbauten oder Kirchenbauten ging, bis zur Landesteilung ihre Dienste in der Gemeinde Hemmersdorf geleistet hätten. Auch nähmen sie die Sakramente in dieser Pfarre in Anspruch, daher würden sie dorthin gehören. Der österreichische Beamte befragte die Barzdorfer Gemeinderepräsentanten und erhielt von ihnen die Antwort, dass die drei Robotgärtner zwar zum Kirchen- und Wasserbau der Gemeinde Hemmersdorf beigetragen hätten, sonst aber mit keinen Abgabenleistungen und Personaldiensten dorthin verpflichtet seien, sondern vielmehr zum Barzdorfer Herrschaftsvorwerk gehörten. Sie seien also »von undenklichen Jahren hero als Robothsame Gärtner« zu Barzdorf gehörig, indem sie auch Äcker besaßen, die diesem Vorwerk gehörten, ihre Häuser würden auf dessen Grund stehen, ihre Gärtnerstellen seien also Stellen des Barzdorfer Vorwerks (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, Protokoll des Neissischen Landesältesten, 17. Juli 1750).

Spielten diese üblichen vermischten Verhältnisse keine Rolle, solange zwischen den Gemeinden keine Landesgrenze verlief, so mussten diese Verbindungen nun gekappt und Klarheit hergestellt werden. Das galt auch für die Gärtner selbst, die nun deutlich Stellung bezogen, da es um mehr ging als um die Leistung von Arbeiten an verschiedenen Orten. Bei der Vernehmung gab der 59jährige *Hans Rother* an, dass er sich erinnern könne, dass er im Lauf seiner »30. jährigen Possession« zwar einige Male Leistungen für die Gemeinde Hemmersdorf erbracht, aber zugleich auch beim Barzdorfer Kirchenbau seinen Anteil geleistet habe, »weil er letzterer Gemeinde gehört und beständig für einen Bartzdorfer Inwohner gehalten worden wäre.« Ähnliches sagten auch die anderen beiden Gärtner aus und wollten ihre Aussagen mit Eid bekräftigen. Der 57jährige *Caspar Hentschel* konnte sich an überhaupt keine Leistungen an eine der beiden Gemeinden erinnern, allerdings habe er sein Haus in den letzten Jahren nicht durch-

gehend bewohnt, sondern einem Häusler verpachtet. Weil aber seine Ackerstücke aus Barzdorfer Ackerstücken bestehen würden, sei er »wirklich für einen Bartzdorfer Inwohner und Untertanen angesehen worden« (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *F. von Mückisch* und *Buchberg* an Repräsentation und Kammer, Weidenau, 27. Juli 1750). Für die drei Gärtner hatte sich zwar also nichts an der Zugehörigkeit zur österreichischen Landesherrschaft und zur Gemeinde geändert, aber die Dienste in der Nachbargemeinde, die nunmehr auf preußischem Boden lag, fielen weg und die Sakramente, die zumindest *Hans Rother* offensichtlich in der Nachbarkirche in Anspruch genommen hatte, musste er nun auf die diesseitige Pfarre verlegen. Damit begannen sich die Verflechtungen diesseits und jenseits der Grenze nach und nach zu lösen. Wenn Gefahr bestand, für einen Angehörigen der preußischen Nachbargemeinde gehalten zu werden, wurde wohl besonders darauf geachtet, mit keinen Handlungen diesen Anschein zu erwecken.

Einen anderen Blick auf mögliche Veränderungen von Praktiken im Grenzraum geben die in den Akten vermerkten Vorfälle an der Grenze, die von der einen oder anderen Seite als Straftat wahrgenommen wurden. Dabei handelte es sich in erster Linie um aus der Sicht der Behörden unerlaubte Grenzübertritte. Die Beschreibungen verweisen darauf, wie genau die Grenze beobachtet wurde und mit welchem gegenseitigen Misstrauen sich österreichische und preußische Beamte gegenüberstanden. Wenig überraschend wurden Militärpersonen als problematisch wahrgenommen, die auf österreichischer Seite Männer für das preußische Heer anwarben oder auch mit Gewalt fortbrachten. In den 1750er Jahren standen die österreichischen und preußischen Beamten insbesondere nach den gerade erfolgten gemeinsamen Grenzbegehungen noch auf gutem Fuße. Als daher in Pierstna (Prstná) im Fürstentum Teschen 1751 ein »*excessus*« passierte, war man von preußischer Seite bemüht, das auszugleichen. Der preußische Landrat des Kreises Pless sicherte dem Teschnischen Landesältesten zu, dass auf königliche Anweisung bereits eine Untersuchungskommission zusammengetreten sei, um diesen Fall zu ahnden und entsprechend zu bestrafen. Dabei wurde in der Korrespondenz deutlich, dass dies nur ein Fall unter mehreren war (ZAO, KrÚ, Kart. 850, Fasz. 1298, *Erdmann von Skrbensky* an *Rudolph von Cselesta*, Goldmannsdorf, 3. Juni 1751).

Ein verändertes Licht auf die österreichisch-preußischen Verhältnisse wirft ein Beispiel aus Jägerndorf von 1772, das zugleich die Relativität der festgelegten Grenze zeigt – auch wenn diese durch den Flussverlauf markiert wurde. Zwischen den Grenzsäulen 68 und 69 hatte laut Bericht ein preußischer Husar einen diesseitigen Dragoner aus dem Fürstlich-Liechtensteinischen Regiment zu sich gelockt und wollte ihn anwerben. Daraufhin sei es zu einer Balgerei gekommen und der preußische Husar vom österreichischen Militär arretiert worden. Dagegen protestierte die preußische Kriegs- und Domainenkammer mit dem Hinweis, dass sich der preußische Husar auf preußischem Boden befunden habe und verlangte, dass zur Überprüfung wiederum eine gemeinsame Kommission zu den entsprechenden Säulen entsendet würde. Das löste auf österreichischer Seite eine akribische Suche nach dem genauen Verlauf der Grenze aus. Zwar war die Karte von 1742 in diesem Streckenabschnitt eigentlich sehr eindeutig, weil die Grenzsäulen

an der Oppa lagen, die die beiden Gebiete trennte. Doch zeigen schon die Formulierungen der Repräsentation und Kammer, dass man sich darauf keineswegs verließ: Der Landesälteste von Troppau und Jägerndorf sollte herausfinden, wohin dieser Ort nun gehöre bzw. ob es ein »zweifelhafter zwischen beeden Seiten noch nicht außgemachter Orth seye« (ZAO, KrÚ, Kart. 853, Fasz. 1302, Konzept Repräsentation und Kammer an Troppauer Landesältesten, Troppau 23. Juni 1772). Neben dem Abgleichen mit der Karte musste daher auch als Beweis erhoben werden, wohin die entsprechenden Bauern ihre Steuern zahlten. Letztlich argumentierte die österreichische Seite damit, dass bei der Teilung, bei der Gründe der Stadt Jägerndorf auf der anderen Seite zu liegen kamen, dieses Gebiet zwar abgetrennt, aber von Jägerndorfer Bauern bewirtschaftet wurde – und somit österreichischen Boden darstelle.

Alltäglichere Konflikte – geschildert in Beschwerden der österreichischen Beamten – geben mehr Einblick, inwieweit die Grenze von der Bevölkerung im Grenzraum als Trennung wahrgenommen wurde. So habe der k.k. Aufschauer – Warenkontrollor – *Franz Huber* im Mai 1778 vom österreichisch-schlesischen Weißwasser (Bílá Voda) ins preußisch-schlesische Jauernig (Javorník) übergesetzt und seine bewegliche Habe mit sich geführt. Hinter der Grenzsäule Nr. 132 sei er auf der Straße von preußischen Aufsehern aufgehalten worden, die ihm mitteilten, dass er unerlaubterweise eine preußische Straße benutzte. Ähnliches sei im September 1779 *Franz Francke* aus Nieder-Gostitz (Gościce) passiert. Er sei mit einer Fuhre Getreide nach Weißwasser unterwegs gewesen, als ihn zwei königlich preußische Jäger zum Stehenbleiben zwangen (Abb. 2). Mit der Erklärung, dass er nicht österreichisches Getreide über eine preußische Straße wieder nach Österreich führen dürfe, wollten sie ihn mit auf das Amt in Patschkau (Paczków) mitnehmen. *Francke* weigerte sich jedoch und bestand darauf, dass es sich bei dieser Straße um eine kaiserliche Grenzstraße nach Weißwasser in Österreichisch-Schlesien handle. Im Juni 1780 sei schließlich *Christoph Scholz von Gallenau* (Goleniów) mit einigen Viertel Brotmehl und etlichen Pfund Fleisch auf seinem Wagen für seine »diesseits studierenden Söhne« angehalten und nach Reichenstein (Złoty Stok) gebracht worden, wo er für die Benutzung einer preußischen Straße Strafe zahlen musste. Im gleichen Monat habe sich auch ein preußischer Aufseher 100 Schritt von der Grenze entfernt bei der Säule Nr. 135 aufgestellt und zwei Frauen – *Rosina Rotterin* und *Elisabeth Grosserin* – aus Österreichisch-Schlesien aufgehalten, die mit Pflaumen zum Markt unterwegs waren. Als die beiden »mit dem Fuß über das Gränz Wässerl schreiten wollten, ist die hochschwanger gewesene Rotterin an ein Baumstürzel angestossen, und darnieder gefallen. Da die Grosserin der Rotterin aufgeholfen, ist der obengedachte Aufseher hinter sie gekommen, hat beyde mit denen Rücken über die Gränz [...] gezogen, und mit entblösten Seiten Gewehr [...] nach Reichenstein begleitet, und die Pflaumen in seinem Quartier ablegen, sonach die Weiber wieder zurückgehen lassen.« (ZAO, KrÚ, Kart. 853, Fasz. 1303, *Adam Josef Huber* an Königliches Amt, Weißwasser, 15. Februar 1781).

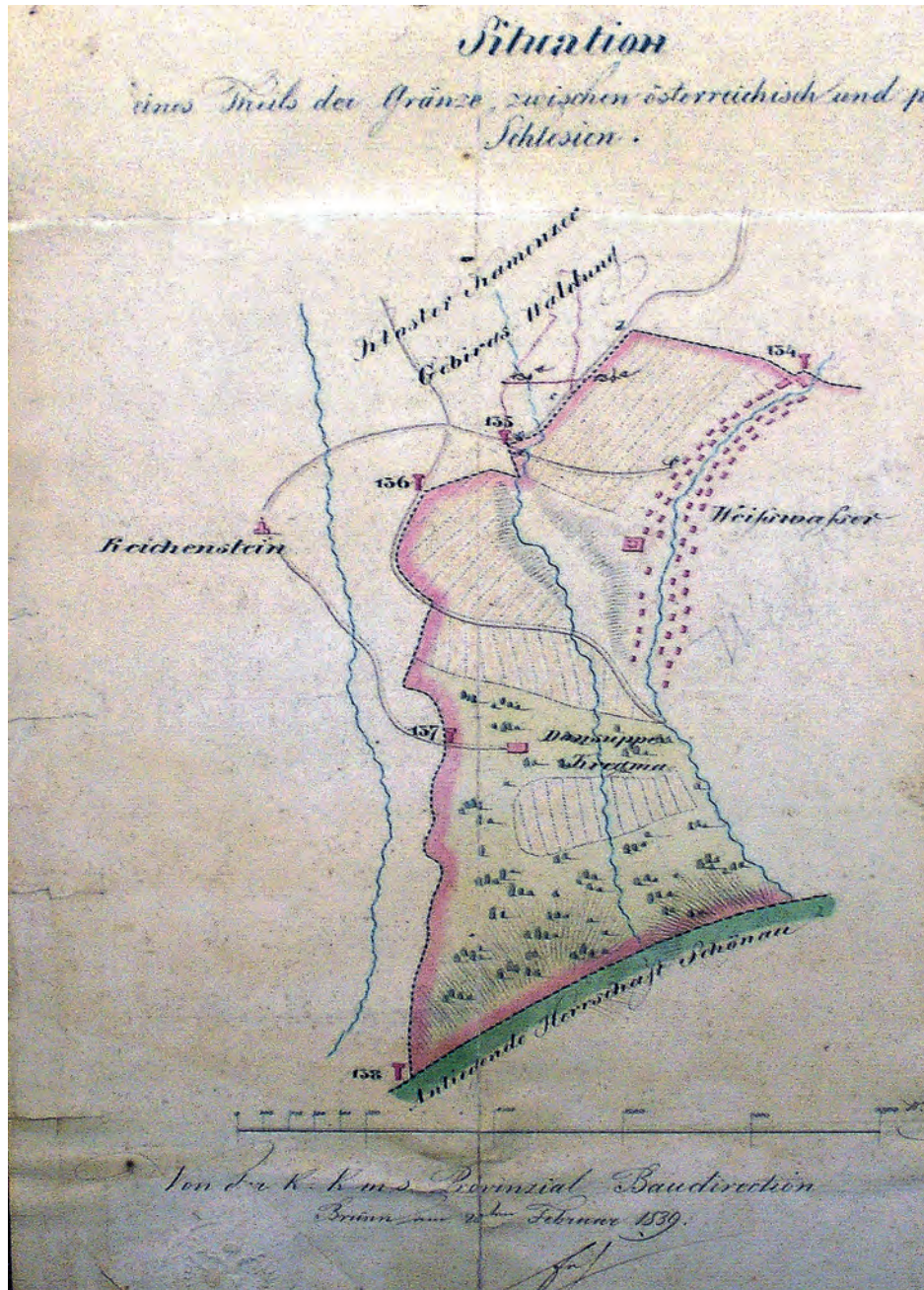


Abb. 2: Ausschnitt der Grenzsituation bei Weißwasser und Reichenstein entlang der Grenzsäulen 134 bis 138

© Zemský archiv v Opavě [Landesarchiv Opava], Krajský úřad Opavě [Kreisamt Opava] 52.37.4, Situationsplan eines Theils der Grenze zwischen Österreichisch-Schlesien und Preußisch-Schlesien, k.k. Provinzial-Baudirektion Brünn, 20. Februar 1839

Diese Beispiele verweisen darauf, dass die Menschen im neuen Grenzraum zur Erledigung ihrer Alltagsgeschäfte zunächst weiterhin ihre gewohnten Wege und Straßen benutzten, damit jetzt allerdings teilweise fremdes Territorium betreten. Da diese Grenze von beiden Seiten genau kontrolliert wurde, um den jeweils eigenen Herrschaftsanspruch zu verteidigen, gerieten die Menschen ins Kreuzfeuer dieser Auseinandersetzungen und mussten ihre Gewohnheiten ändern, um diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Deutlich wird das im Verhör von *Gottfried Grüttner von Rösnitz* (Rozumice), der angab, von preußischen Zollkontrollören bis ins österreichische Territorium verfolgt worden zu sein. Er habe mit seiner Fuhre Weizen bewusst einen anderen Weg genommen, um nicht von den preußischen Kontrollören angehalten zu werden, wenn er über preußisches Territorium ging (ZAO, KrÚ, Kart. 853, Fasz. 1303, Einvernehmungsprotokoll, Tropau 29. Mai 1780).

4 Fazit – trennende Grenze oder verbindender Grenzraum?

Für die Bevölkerung stellte die neue Grenze tatsächlich einen Einschnitt dar. Die Säulen als Grenzmarkierungen waren gut sichtbar. Auch wenn die genauen Buchstabenfolgen auf den Insignientafeln in erster Linie dem symbolischen Abtausch zwischen den Regenten der beiden Landesteile dienten und im genauen Wortlaut für die dort lebenden Menschen wahrscheinlich nicht zu entschlüsseln waren, so wussten sie doch, dass diese jeweils für Inklusion in die eine oder die andere Herrschaft standen. Im Sinne von *doing space* und *doing identity* brachten sie den Protest gegen die Grenze – insbesondere gegen die neue Zugehörigkeit zum Königreich Preußen – durch die Abnahme der Tafeln oder in einem Fall durch das Schießen auf die Tafel zum Ausdruck. Zu einer Änderung ihrer gewohnten Praktiken wurden sie durch die bewusste Stellungnahme für die eine oder andere Zugehörigkeit gebracht, wenn es um Grundstreitigkeiten, oder um die Benutzung von Straßen, die nunmehr über ausländisches Gebiet verliefen, ging.

Richtet man den Blick jedoch auf die Ebene der Beamten, ergibt sich ein kontrastierendes Bild. Je trennender eine Grenze angelegt war, desto mehr Miteinander und Kommunikation der zuständigen amtlichen Akteure schien sie zu benötigen. So trennen Grenzen zwar vordergründig, aber für die Wahrung der Grenzziehung müssen beide Seiten auf einer behördlichen, strukturellen Ebene miteinander kooperieren (*Guldin* 2011). Das gilt auch für die schlesische Grenze. Beginnend mit dem Einsetzen der Säulen bis zu jeder Kontrolle und Ausbesserung wurde immer genau darauf Bedacht genommen, dass Vertreter beider Länder zugegen waren, die im Vorfeld und während des gesamten Prozesses in ständiger Kommunikation standen. Die genaue Kontrolle möglicher unerlaubter Grenzübertritte benötigte zudem ein sehr genaues Achten auf die Grenze und den Raum hinter der Grenze, so dass dieser keineswegs abgetrennt erschien.

Für beide Aspekte gilt, dass es zur Feststellung dauerhafter Auswirkungen, ob diese territorialen Ein- und Ausgrenzungen von 1742 und den Folgejahrzehnten sich in gleicher Weise fortsetzten oder vielleicht nur dem in den 1770er und

1780er Jahren verschlechterten Verhältnis zwischen Österreich und Preußen geschuldet waren und sich etwa im Kontext der Napoleonischen Kriege verbesserten, als beide auf der gleichen Seite standen, weitere Studien braucht. Allerdings zeigen andere Untersuchungen, dass sich zwischen Beamten an der Grenze häufig selbst Eigendynamiken entwickelten und diese – auch losgelöst von Anordnungen der übergeordneten Herrschaft – ihre eigenen Streite ausfochten (Forster 2017). Da es sich bei der schlesischen Grenze um eine im Nachkriegskontext neu gezogene und daher in der ersten Zeit entsprechend militärisch gesicherte Grenze handelte, kann sie nicht so leicht mit anderen frühneuzeitlichen Grenzräumen verglichen werden, die sich im Lauf der Jahrhunderte entwickelt haben. Auf lange Sicht stellten die Zentralisierungsmaßnahmen sowohl von Seiten Wiens (Bein 1990) als auch Berlins (Klueting 1990) eine längerfristige Auseinanderentwicklung dar, insbesondere hinsichtlich der Homogenisierung der Rechtsordnung. Aber auch hier bedarf es noch näherer Untersuchung, inwieweit dadurch grenzüberschreitende Praktiken, etwa Heiratsmuster, unterbrochen und verändert wurden (Forster u. Maegraith 2015). Gleiches gilt für die Nationalismustendenzen im 19. Jahrhundert. Hier ist zu fragen, ob die Dreisprachigkeit in Oberschlesien – Deutsch, Tschechisch, Polnisch – tatsächlich zu einer trennenden Grenze wurde und dadurch die Landesgrenze vielleicht marginalisierte, und welche Rolle konfessionelle Grenzen in diesem Geflecht einnahmen.

Zusammenfassung

Der Beitrag geht der Frage nach, ob eine frühneuzeitliche Grenze – in diesem Fall jene von 1742 in Schlesien, die das Land zwischen Österreich und Preußen aufteilte – eine Hürde für Transkulturalität darstellte oder ob sie ähnlich älterer Grenzen im Grenzbereich problemlos überschritten werden konnte. Zunächst zeigt der Umgang mit der Grenze, insbesondere in der wiederholten Abnahme der Herrschaftszeichen, dass sie von der Bevölkerung nicht akzeptiert wurde. Allerdings konnte sie nicht ohne weitere ignoriert werden, da die strenge Beobachtung in die Alltagspraktiken der Bevölkerung eingriff und die Menschen Gefahr liefen, Strafe zahlen zu müssen, wenn sie gewohnte Straßen benutzten, die nunmehr über fremdes Territorium führten. So konnten in den ersten Jahrzehnten nach der Grenzerrichtung allmähliche Entflechtungserscheinungen sichtbar gemacht werden. Wie dauerhaft sich die Grenze allerdings als Hürde erwies, hing eng mit dem Verhältnis zwischen Preußen und Österreich sowie mit den jeweiligen Beamten an der Grenze zusammen und müsste daher in länger angelegten Studien weiterverfolgt werden.

Summary

Obstacles for transculturation processes?

Structuring the new Silesian border area by processes of inclusion and exclusion, 1742–1770

Taking the example of the Silesian border of 1742, which divided the country between Austria and Prussia, this contribution asks, if a border in early modern times could turn out to be an obstacle for transculturation processes. By continually changing insignias from the visible border, people in the border area expressed their dislike of the border and the involuntary inclusions and exclusions. However, they could not avoid being affected by the border as it was observed and controlled vehemently by the Austrian and Prussian officials – reflecting the mostly hostile relation between Austria and Prussia. So the border area indeed changed behaviour. However, to say something about enduring processes, one has to follow up on the subject by prolonged studies, which especially will look into the time period of the 19th century.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Zemský archive v Opavě (ZAO) [Landesarchiv Opava], Královský úřad (KrÚ) [Königliches Amt Opava], Kartons 848 (Faszikel 1298), 850 (Faszikel 1298), 853 (Faszikel 1302 u. 1303).

Literatur

- Bein, Werner (1990):* Die politische und administrative Neuordnung Österreichisch-Schlesiens in Theresianischer Zeit. – In: Baumgart, Peter (unter Mitwirkung von Schmilewski, Ulrich) [Hrsg.]: Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposiums in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987. Sigmaringen (Schlesische Forschungen, 4), S. 63–77.
- Duhamelle, Christophe (2005):* Territoriale Grenze, konfessionelle Differenz und soziale Abgrenzung. Das Eichsfeld im 17. und 18. Jahrhundert. – In: François, Etienne; Seifarth, Jörg u. Struck, Bernhard [Hrsg.]: Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., S. 33–51.
- Forster, Ellinor (2017):* (Um)Ordnen des Grenzraums zwischen dem Salzburger und Tiroler Herrschaftsbereich im Zillertal im 18. und 19. Jahrhundert. – In: Administory. Zeitschrift für Verwaltungsgeschichte, S. 49–73.
- Forster, Ellinor u. Maegraith, Janine (2015):* Alte Gewohnheiten unter neuem Namen? Die Angleichung Schlesiens durch die österreichischen Eherechtsnormen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. – In: Szkie Archiwalno-Historyczne [Archivhistorische Skizzen], S. 13–53.
- Gehrke, Roland (2009):* Landtag und Öffentlichkeit. Provinzialständischer Parlamentarismus in Schlesien 1822–1845. – Köln (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, 17).
- Grandits, Hannes; Hirschhausen, Béatrice von; Kraft, Claudia; Müller, Dietmar u. Serrier, Thomas (unter Mitarbeit von Casanova, Karin u. Esch, Michael G.) (2015):* Phantomgrenzen im östlichen Europa. Eine wissenschaftliche Positionierung. – In: Hirschhausen, Béatrice von; Grandits, Hannes; Kraft, Claudia; Müller Dietmar u. Serrier, Thomas [Hrsg.]: Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken. Göttingen (Phantomgrenzen im östlichen Europa, 1), S. 13–56.
- Guldin, Rainer (2011):* Ineinandergreifende graue Zonen. Vilém Flussers Bestimmung der Grenze als Ort der Begegnung. – In: Kleinschmidt, Christoph u. Hewel, Christine [Hrsg.]: Topographien der Grenze. Verortungen einer kulturellen, politischen und ästhetischen Kategorie. Würzburg, S. 39–48.
- Jesner, Sabine (2016):* Imperiale Grenze und Militärgrenzraum im Siebenbürgen des 18. Jahrhunderts. Funktionale Bedeutung und Wahrnehmung. – In: Breitenfellner, Helene; Crailsheim, Eberhard; Köstlbauer, Josef u. Pfister Eugen [Hrsg.]: Grenzen – Kulturhistorische Annäherungen. Wien, S. 117–131.
- Klueting, Harm (1990):* Die politisch-administrative Integration Preußisch-Schlesiens unter Friedrich II. – In: Baumgart, Peter (unter Mitwirkung von Schmilewski, Ulrich) [Hrsg.]: Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposiums in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987. – Sigmaringen (Schlesische Forschungen, 4), S. 41–62.

- Komlosy, Andrea (2018):* Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitverlauf. – Wien.
- Rüther, Andreas (2010):* Region und Identität. Schlesien und das Reich im späten Mittelalter. – Köln (Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte, 20).
- Schennach, Martin P. (2008):* Zuschreiben von Bedeutung. Publikation und Normativität frühneuzeitlicher Gesetze. – In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung, S. 133–180.
- Welsch, Wolfgang (1994):* Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen. Ein Diskurs mit Johann Gottfried Herder. – In: Via Regia. Blätter für internationale kulturelle Kommunikation, https://www.via-regia.org/bibliothek/pdf/heft20/welsch_transkulti [Zugriff: 05.09.2019].
- Wille, Christian u. Reckinger, Rachel (2016):* Exploring constructions of space and identity in border regions. – In: Wille, Christian; Reckinger, Rachel; Kmeç, Sonja u. Hesse, Markus [Hrsg.]: Spaces and identities in border regions. Politics – media – subjects. Bielefeld, S. 9–13.

Markus Zbroschzyk

Transkulturelle Räume in der Frühen Neuzeit

Ländliche Kolonisationspolitik preußischer Herrscher¹

Mit 3 Abbildungen

1 Einleitung

Transkulturelle Räume sind keineswegs nur ein Phänomen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts. Sie sind durchaus eine historische Erscheinung, die insbesondere in der Frühen Neuzeit aufgrund der Migration zahlreicher Wirtschafts- und Konfessionsflüchtlinge in ganz Europa und im Rahmen aktiver staatlicher Anwerbungspolitik kulturalandschaftsprägende Spuren transkultureller Prozesse hinterließ.² Vor allem die preußischen Herrscher verstanden es, in einer Zeit aufklärerischer Gedankenexperimente eine aktive und anwerbungsfreundliche Peuplierungspolitik zu entwickeln. Diese frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik im Zusammenhang mit kameralistischen Wirtschaftskonzepten setzte den Menschen als staatswohlstandsfördernden und kulturalandschaftsgestaltenden Faktor in den Mittelpunkt staatlicher Politik.

Die Frühe Neuzeit, geprägt durch gravierende Umwälzungsimpulse geistiger, konfessions- und bevölkerungspolitischer Strömungen, stellt aus migrationshistorischer Perspektive eine äußerst dynamische Epoche dar. Zahlreiche Emigranten verließen ihre Heimat und fanden als städtische oder ländliche Kolonisten u.a. im einwanderungsoffenen und Toleranz bekundenden Preußen ein neues Zuhause. Die von aufklärerischem Gedankengut geprägte Kolonisationspolitik preußischer Herrscher brachte nicht nur dank der unermüdlichen Arbeitskraft zahlreicher Migranten auf ehemals brachliegenden Domänengebieten und

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) freundlicherweise in Vertretung des Verfassers von Herrn Prof. Dr. *Winfried Schenk* gehalten wurde.

2 Siehe *Welsch* 2010, S. 8. Auch *Netzwerk Transkulturelle Verflechtungen*, 2016, S. 73–75.

durch Meliorationsmaßnahmen neu gewonnener Ländereien blühende, von Menschenhänden gestaltete, im Sinne frühneuzeitlicher Vorstellungen schöne, für die Kämmereikasse wertschöpfende Kulturlandschaften hervor. Die Peuplierungspolitik führte auch zu transkulturellen Räumen, die je nach Planung und Umsetzung zu Exklusion- oder Inklusionsprozessen führten und eine neue Kulturlandschaft emergierten. So entstand in Westpreußen im Warthebruch z.B. ein »*neues Amerika*« mit exotischen Siedlungsnamen wie New York, Malta, Jamaika und Maryland, das in Zusammenarbeit von preußischer Bürokratie, ausländischen Kolonisten und einheimischen Bevölkerungsteilen eine »*transkulturelle*« Kulturlandschaft und eine neue regionale Kultur hervorbrachte. So lassen sich im Rahmen der Urbarmachung und Melioration des Oder-, Warthe- und Netzebruchs sowie des Spreewaldes, aber auch im Kontext stadtkolonisatorischer Ansiedlung von Hugenotten unterschiedliche Dynamiken und Ausformungen im transkulturellen Prozess erkennen. Dieser transkulturelle Prozess ermöglicht der historisch-geographischen Forschung eine neue Perspektive auf kulturlandschaftliche Entwicklungen.

Die hohe Wertschätzung des Menschen als reichums- und wohlfahrtssteigerndem Faktor in frühneuzeitlichen Peuplierungspolitiken garantierte den niederlassungswilligen Kolonisten³ vollständige Gewissens- und Kulturfreiheit. Neben der menschlichen Energie in Form von Körperkraft wanderten nicht nur fleißige, mit fremden Fertigkeiten und Wissen ausgestattete, ausländische Menschen in die Einwanderungsländer wie Preußen ein, sondern auch verschiedenartige kulturelle Identitäten, die mit den vor Ort vorhandenen regionalen Identitäten und den anderen angesiedelten Fremden auf Mikro- und Makroebene in Kontakt traten. Die damit entstandenen transkulturellen Kontakträume waren je nach spezifischer Situation verschieden stark dynamisiert oder verflochten, sodass die Vermischung mehrerer kultureller Gruppen unterschiedlich in der Geschwindigkeit verlief. Angelockt durch die versprochenen Privilegien und Benefizien peuplierten Tausende Pfälzer, Hugenotten, Salzburger, Württemberger, Polen, Sachsen oder Bayern die entvölkerten Gebiete auf dem Land und die wüsten Hausstellen in den Städten. Hierbei hatten die ländlichen Kolonisten oftmals den Vorteil, dass man ihnen klar abgegrenzte, in sich geschlossene Landschaftsareale zur Urbarmachung überließ, wo sie weitestgehend unter sich leben konnten. Das hat sicherlich dazu geführt, dass man die eigene Kultur in einem fremden Land in vielen Teilen länger konservieren konnte, auch wenn der Einfluss preußischer und regionaler Kultur vor Ort stetig durch den Kontakt mit den administrativen Behörden und den Menschen im umliegenden Land präsent war.

Das Ziel des Aufsatzes ist es, einführende und methodische Gedanken zum Konzept der Transkulturalität für die frühneuzeitliche historisch-geographische

3 Hier und im Weiteren wird ausschließlich die männliche Form benutzt, da ausschließlich das Wort »*Kolonisten*« in sämtlichen Quellen des 18. Jahrhunderts zu finden ist, auch wenn Tabellen den Hinweis »*kam mit Frau und Kind*« enthalten können. Dennoch wäre es ein Anachronismus, hier auch von Kolonistinnen zu sprechen.

Forschung anhand des Beispiels zur landbezogenen Kolonisationspolitik Preußens darzulegen. Dabei werden die Chancen und methodischen Schwierigkeiten von Erkenntnisgewinnen anhand speziell ausgewählter Beispiele diskutiert und problematisiert.⁴

2 Methodische Vorüberlegungen zur Untersuchung transkultureller Prozesse in der Frühen Neuzeit

Die vorliegende Untersuchung zur preußischen Kolonisations- und Urbarmachungspolitik ist aus dem Bedürfnis heraus entstanden, aus einer historisch-geographischen Perspektive ein konzeptionelles Thema aufzugreifen, das in vielen Bereichen der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften sowie in der Kulturgeographie seit einigen Jahren zunehmende Aufmerksamkeit als methodisches Konzept erfährt: die Transkulturalität. Dahinter steht die Prämisse, dass Kulturen keineswegs als statische, monolithische Entitäten zu verstehen sind, sondern aufgrund ihrer Permeabilität sich durchmischen, wobei wiederum Prozesse der Verflechtung und Entflechtung in Gang gesetzt und neue Kulturen emergiert werden können. Adaptiert auf die geographische Forschung und damit auf den Raum und die Kulturlandschaft spricht man in der Historischen Geographie von Inklusions- und Exklusionsprozessen, die durch transkulturelle Konstellationen angestoßen werden. Das transkulturelle Konzept geht von einer komplexen Durchdringung und Verflechtung kultureller Identitäten aus und verwirft das seit dem 18. Jahrhundert sich zunehmend herausbildende »Kugelmodell von Kulturen« mit eindeutig klar abgrenzbaren Unterscheidungsmaßstäben interner Homogenitäts- und externer Abgrenzungsmerkmalen.⁵

Für die Historische Geographie sind diese Erkenntnisse und methodischen Ansätze keineswegs neu. Sie kann das Konzept der Transkulturalität mit der Intension einer Kennzeichnung der Hybridisierung von historischen Kulturlandschaften adaptieren (siehe Abb. 1). Zudem gehört es zur Forschungsgeschichte der Historischen Geographie dazu, sich stets in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit anderen theoretischen Ansätzen methodisch zu erweitern. Das Verständnis von Kulturen als »*situative*« Konstrukte deckt sich mit dem historisch-geographischen Verständnis von Kulturlandschaften, die »[...] als *materialisiertes Gedächtnis raumzeitlich differenzierte Formen gesellschaftlicher Raumaneynung*

4 Die Hinzunahme der stadtbezogenen Kolonisation mithilfe der Ansiedlung im Speziellen der Hugenotten, aber auch der anderen zahlreichen Professionisten aus den vielen Landschaftsteilen des Deutschen Reiches würde hier den Rahmen des Aufsatzes sprengen. Dennoch wäre eine Untersuchung zu den transkulturellen Räumen in Städten im Rahmen frühneuzeitlicher Kolonisation ein lohnendes Unterfangen, da viele fremde Emigranten als Einzelperson und als Gruppe in den preußischen Zentren – vor allem in Berlin und Potsdam – als Manufakturisten oder Fabrikanten ein neues Zuhause fanden. Hierbei sei nur auf das holländische Viertel in Potsdam oder auf die Berliner Kolonie der Hugenotten hingewiesen.

5 Siehe *Welsch* 2010, S. 2f.

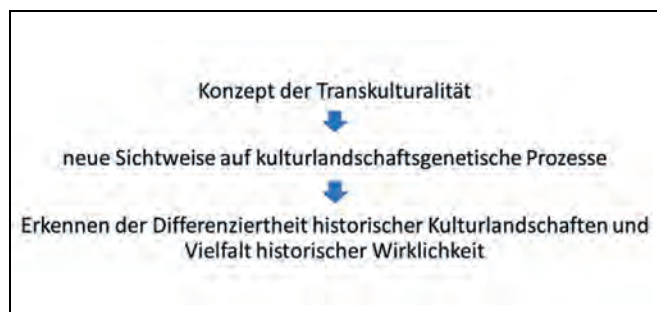


Abb. 1:
Konzept der Transkulturalität
Markus Zbroschzyk 2018

als auch konstruktivistisch als ein hermeneutischer Leseansatz [...] als Handlungs- und Identitätsraum verstanden« werden.⁶ Aufgrund dessen werden der Umgang und die Bewertung von historischen Kulturlandschaften im Rahmen der Kulturlandschaftspflege auch als ein ewiger Diskurs verstanden, der den Wert anhand der Maßstäbe »regionale Eigenart« und »historische Originalität« misst.⁷ Kulturlandschaften sind damit gedankliche Konstrukte, die durch vielfältige kulturelle Prozesse aus unterschiedlichen Zeiten geprägt sind – die kulturelle Vielfalt der persistierenden Relikte ist ein Kennzeichen von Kulturlandschaften.

Ein methodisches Problem der Bevölkerungsgeschichte wurde lange Zeit nicht erkannt und wahrgenommen: die Wanderung. Das Bild einer immobilen, vorindustriellen Gesellschaft frühneuzeitlicher Prägung ist grundlegend falsch, sodass Migration und Wanderung »[...] sowohl in vorindustrieller Zeit als auch in Industriegesellschaften [...] ein wichtiges Thema künftiger Forschung sein müssen (werden).«⁸ Die mit dem Attribut »postmoderner Raumverlust« belegten gegenwärtigen Globalisierungstendenzen stehen oftmals bei Analysen bevölkerungssoziologischer Forschung zur Raumwahrnehmung von Regionen im krassen Kontrast zur Frühen Neuzeit. Dabei kann bei einer undifferenzierten Betrachtung bevölkerungshistorischer Phänomene der Eindruck einer »[...] naiven Ortsgebundenheit einer vorindustriellen, vormodernen Gesellschaft« erweckt werden.⁹ Die Vorstellung einer »[...] spezifische[n] Gebundenheit einer bestimmten Lebensform mit einem gegebenen Territorium [...] als Kriterium für vorindustrielle Gesellschaften« führte zum naiven Fehlschluss, dass die frühneuzeitliche Epoche als eine Zeit stabiler lebensräumlicher Verankerung verstanden wurde.¹⁰ Allein die Tatsache, dass mithilfe peuplierungspolitisch intendierter aktiver Einwanderungs-

6 Zitat aus Schenk 2011, S. 14.

7 Siehe Schenk 2011, S. 115–116.

8 Zitat aus Sieglerschmidt 2004, S. 269. Diese »historische« Einsicht spiegelt sich auch in dem im Jahre 2005 herausgegebenen Ausstellungskatalog »Zuwanderung Deutschland. Migration« wieder. Siehe dazu Beier-de Haan 2005, S. 9–19, bes. S. 10 u. 12. Auch Bade u. Oltmer 2008, S. 141–170.

9 Zitat aus Ipsen 1994, S. 232.

10 Zitat aus Schwarzer 1998, S. 16.

politik politisch und religiös verfolgte Fremde zur Emigration bewegt wurden, wird durch die zahlreichen Migrationsströme der frühneuzeitlichen Epoche belegt, gleichzeitig die Immobilität frühneuzeitlicher Gesellschaften offenkundig widerlegt. Hierbei zeigt sich die raumwirksame Kraft bevölkerungspolitischer Gesetzgebung in Bezug auf die bevölkerungsdynamischen Aspekte räumlicher Bewegung deutlich, die grenzüberschreitend und überregional wirkte. Deshalb will dieser historisch-geographische Aufsatz u.a. das Bewusstsein dafür schärfen, dass Migration und Zuwanderung nach Deutschland bzw. nach Preußen und die damit verbundene aktive staatliche Bevölkerungspolitik alles andere als ein aktuelles Phänomen unserer heutigen Zeit sind. Vielmehr besitzen sie eine historische Tiefe und »Tradition«, haben zugleich aber auch eine lange, vorindustrielle und in vielen Aspekten noch unbekanntere transkulturelle Geschichte.

Die von den Preußen forcierte räumliche Differenzierung von stadt- und landbezogener Kolonisationspolitik sortierte im Vorfeld bestimmte soziale Gruppen der eingewanderten Emigranten aus ganz Europa aus. Die preußische Peuplierungspolitik verstand den Menschen als Kulturlandschaftsgestalter, der nun aus den unterschiedlichsten Winkeln des Reiches und der Nachbarstaaten in Preußen eine neue Heimat gefunden hatte.¹¹ Sowohl die Einwanderung unterschiedlicher kultureller Identitäten als auch die Territorialgewinne des 17. und 18. Jahrhunderts (Niederrheinische Gebiete, Teile des Königreiches Polen) bedingten eine kulturelle Vielfalt und Heterogenität auf räumlicher Mikro- und Makroebene, die insbesondere bei den Kolonisationsmaßnahmen miteinander agieren mussten. So entstanden im Kontext der Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Maßnahmen transkulturelle Räume, die zahlreiche Spuren transkultureller Prozesse in der Kulturlandschaftsgenese hinterließen. Oftmals dicht gedrängt und in unterschiedlichen Dynamiken und zeitlichen Geschwindigkeiten erfolgten Inklusions- und Exklusionsprozesse bis hin zu Hybridisierungen, die zu einer neuartigen Diversität von Kulturlandschaften führten. Gerade in den Meliorationsgebieten des Oderbruches z.B. erfolgte bei der Urbarmachung und Besiedlung in den neu entstandenen Kulturlandschaften ein kultureller Austausch und Kontakt, der eine differenzierte Raumeignung und Nutzung zur Folge hatte. Dabei entstanden äußerst komplexe Verbindungsstrukturen, auch über weite Distanzen, sodass Inklusions- und Exklusionsprozesse folglich ein wesentlicher Bestandteil menschlicher Gesellschaften in den Koloniegebieten zu sein scheinen. In den Koloniegebieten konnte es in regionalen Variationen immer wieder raumzeitdifferenzierte Phasen besonderer Verzahnung und Verdichtung von Kontakten zwischen ortsansässigen Inländern, anderen angesiedelten Fremden und der preußischen Bürokratie geben.

Aus methodischer Perspektive sind vor allem die Kolonisationsakten und Kirchenbücher des 17. bis 19. Jahrhunderts eine hervorragende Quelle, um den Grad unterschiedlicher kultureller Besiedlung und Durchmischung bei quellenkritischer Begutachtung zu mindestens tendenziell zu quantisieren. Die daraus

11 Siehe dazu Zbrochzyk 2014, S. 240–254.

resultierenden Verflechtungen im Raum lassen sich allerdings aufgrund fehlender lokaler und regionaler Akten nur sehr schwer fassen. Die deduktive Herangehensweise mithilfe des methodischen Konzeptes »*Transkulturalität*« stößt damit aufgrund fehlender und lückenhafter Quellen – vor allem der Eingewanderten selbst –, die eben den transkulturellen Prozess dokumentieren, an ihre Grenzen. Dennoch lassen sich aus der obrigkeitsstaatlichen Sichtweise der vorhandenen Quellen transkulturelle Prozesse identifizieren und mittels Extrapolation weiter nachzeichnen. Das Konzept »*Transkulturalität*« kann durchaus trotz der angemerkten methodischen Einschränkung als diskursives Denkmodell historisch gedacht werden. So übernahmen viele neuangesiedelte Emigranten zahlreiche Gewohnheiten ihres neuen Lebensortes und damit ihrer neuen räumlichen Disposition, bewahrten aber gleichzeitig eine Vielzahl an Elementen aus ihrer Heimatkultur, die im Laufe der Zeit zu einer transkulturellen Rauman eignung mit identitätsstiftenden Praktiken führte. Die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik hat bei den großen Neulandgewinnungen zu »*transkulturellen*« Kulturlandschaften geführt. Diese Erkenntnis führt im Speziellen bei den Kolonisationsgebieten zu der methodischen Konsequenz, dass die »*preußische*« Kulturlandschaft eine (Trans-)Kulturlandschaft geworden ist, die mit Hilfe vieler fremder Menschen entstand und damit ein »*anderes*« Lesen von Kulturlandschaft erfordert. In den preußischen Akten der Frühen Neuzeit lässt sich demnach eher lediglich das Ergebnis als der Prozess der Transkulturalität fassen. Dennoch ermöglicht es dem historisch-geographischen Forscher, im Rahmen der Untersuchung zur preußischen Peuplierungspolitik mithilfe der Transkulturalität neue Erkenntnisse zur Differenziertheit kulturlandschaftlicher Entwicklung und zur Vielfalt historischer Wirklichkeit zu gewinnen.

3 Historische Grundlagen transkultureller Prozesse im Kontext preußischer Kolonisationspolitik

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges war nicht nur eine wichtige Zäsur in der politischen Geschichte des Deutschen Reiches, sondern auch aus demographischer Sicht stellten die Menschenverluste einen wichtigen Wendepunkt im bevölkerungspolitischen Denken dar – so auch in Preußen.

Vor Beginn dieses verheerenden Krieges lebten im Deutschen Reich um die 17,1 Mio. Menschen. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges im Jahre 1648 reduzierte sich die Bevölkerung auf 10 Mio. Menschen. Erst um 1720 wurden das Vorkriegsniveau wieder erreicht und damit die Bevölkerungsverluste zahlenmäßig ausgeglichen. Blickt man noch auf das Jahr 1800, so lebten ca. 20–22 Mio. Menschen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Zahlreiche Höfe lagen infolge des Krieges öde und waren nicht mit Pächtern besetzt. Aber auch bisher ungenutztes Domänengebiet wurde unter größtem Einsatz menschlicher und tierischer Arbeitskraft meliorisiert und urbargemacht, um dort auf neu gewonnenem, trockengelegtem Land zu kultivieren – dies sollte fast ausschließlich mit ausländischen Emigranten erfolgen.

Preußens Bevölkerungsdichte lag nach dem Dreißigjährigen Krieg im Vergleich zu den anderen deutschen Territorialmächten im unteren Bereich.¹² Der »Westfälische Friede« von 1648 brachte keine tiefgreifenden Umwälzungen hervor, eher mehr Kontinuitäten als Neuansätze. Die fortgesetzten kriegerischen Aktionen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die vor allem die rheinischen Territorien in Mitleidenschaft gezogen haben, aber auch der Siebenjährige Krieg, verzögerten die demographische »Erholung« und wirkten destruktiv auf das weitere Bevölkerungswachstum.

Analysiert man nun die transkulturellen Prozesse Preußens, muss immer eine regionale Differenzierung der Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges als Basis für die Erklärung raumwirksamer und kulturlandschaftsgenetischer Wirkungen erfolgen. Auch wenn die Historische Demographie in den letzten Jahrzehnten relativ genaue Aussagen über demographische Entwicklungen in der Frühen Neuzeit erarbeiten konnte, so sind dies keine absolut exakten Daten, bilden aber dennoch tendenzielle Entwicklungen ab. Z. Szultka ermittelte auf der Basis von Quellen und älterer Literatur recht genaue Zahlen zur Kolonisation Friedrichs des Großen in seinen Kernlanden und im Speziellen in Preußisch Pommern.¹³ So wurden bis zum Jahre 1754 ca. 1 600 Familien, bis zum Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) ca. 1 700 Familien mit ca. 8 500 Mitgliedern in Pommern angesiedelt.¹⁴ 90 % dieser angesiedelten Kolonisten waren schätzungsweise Ausländer. Insbesondere in den Rodungssiedlungen war die Mehrzahl der Siedler Emigranten, in den bereits vorhandenen Siedlungen überwogen die Kolonisten aus Pommern. Dabei kamen bis zum Jahre 1754 etwa 30–35 % der Kolonisten aus Südwestdeutschland, dort mit großer Mehrzahl aus der Pfalz. Angesiedelt wurden sie in den Domänen Königsholland, Friedrichswalde, Verchen, Rügenwalde und Jasenitz. Ein weiterer großer Teil der Immigranten stammte aus dem benachbarten Mecklenburg und Polen. Die nach dem Schlesischen Krieg begonnene Kolonisation war ein Prozess, der mit unterschiedlicher Dynamik verlief. Insgesamt wurden im Zeitraum von 1740–1787 im Kontext friderizianischer Peuplierungspolitik etwa 36 000 Menschen in preußisch Pommern angesiedelt, wobei der Anteil fremder Immigranten mit 68,5 % deutlich überwog.¹⁵ Allein dieses Beispiel zeugt von einer enormen Anzahl eingewanderter Siedler, die mit ihrer regionalen Eigenart in Pommern eine neue Heimat gefunden hatten und transkulturelle Prozesse mit der dort einheimischen Bevölkerung angestoßen haben.

Zu Bedenken ist aber, dass mit dem Begriff »Ausländer« oder »Emigrant« jemand beschrieben wurde, der lediglich außerhalb des preußischen Staatsgebietes

12 Zahlen entnommen aus Pfister 2007, S. 10, zum Dreißigjährigen Krieg, S. 14–16.

13 Siehe Szultka 2006, S. 159–165.

14 Siehe Szultka 2006, S. 171.

15 Siehe Szultka 2006, S. 192. Szultka konnte damit nachweisen, dass dadurch ca. 9 500 Menschen mehr als Kolonisten in Pommern angesiedelt wurden, also bisher von der Forschung angenommen. Das heißt, dass der fremde kulturelle Input deutlich höher lag, der wiederum zu vermehrten transkulturellen Prozessen führen konnte.

lebte. So galt schon jemand als Emigrant, der z.B. aus dem kölnischen Teil der Bönninghardter Heide am Niederrhein in den preußischen Teil umsiedelte. Das Gleiche lässt sich auch in der Enklave im Spreewald bei der Gründung der Burg-Kolonie erkennen, wo die Neusiedler überwiegend aus dem angrenzenden Siedlungsgebiet im Kreise Cottbus kamen. Im Kontext der Kolonisation des Oder-, Warthe- und Netzebruches gehörten die polnischen Siedler zu den größten Volksgruppen der dort angesiedelten Kolonisten. Diese eingewanderten Polen waren allerdings überwiegend ehemalige Untertanen aus Territorialherrschaften des Deutschen Reiches. Aufgrund der Nichteinhaltung der geschlossenen Verträge mit dem polnischen Adel und der triumphierenden katholischen Gegenreformation zogen tausende deutsche Siedler wieder zurück in das Deutsche Reich und fanden im benachbarten Preußen, vorwiegend in der Neumark und in Pommern sowie speziell in den Brüchen, eine neue Niederlassung. Dennoch wurden die ehemaligen Auswanderer aus dem Deutschen Reich als Polen bezeichnet, lediglich die Namen in den Kolonistentabellen weisen auf deutsche Wurzeln hin. So ordneten die preußischen Behörden die ehemaligen Einwohner des territorial stark zersplitterten Deutschen Reiches anderer benachbarter deutscher Kleinstaaten als »*Emigranten*« ein. Auf Anordnung *Friedrichs des Großen* siedelte man die aus Polen kommenden Deutschen in den Brüchen an, sodass zwischen 1762 und 1763 ca. 3 000 Deutsche aus Polen nach Preußen kamen.¹⁶ Im Dorf Altersorge ließen sich 16 Familien mit 17 Pferden, 55 Stück Hornvieh, 466 Schafen und 24 Schweinen nieder. Ebenso bei Berkenwerder, wo 13 deutsche Kolonisten aus Polen eine neue Heimat gefunden haben, und in Neu Dessau, wo 30 Siedlerfamilien angesetzt worden sind. Hierbei kann festgehalten werden, dass sich eine große Mehrheit der im Warthe- und Netzebruch sich niedergelassenen Kolonisten aus Deutschen rekrutierte, die aus Polen kam und von dort wiederum geprägt worden sind. *E. Neuhaus* summierte die Gesamtzahl der eingewanderten Polen, sowohl ehemals Siedler aus dem Deutschen Reich als auch Polen mit slawischen Wurzeln, bis 1774 auf 8 386 Personen, 1 074 aus Sachsen und 739 aus Mecklenburg. Auch wenn diese Zahlen kritisch zu betrachten sind, so zeigt dies, dass ca. 70 % aller Kolonisten im Warthe- und Netzebruch aus den polnischen Gebieten kamen.¹⁷

Aufgrund eines vorherrschenden Fachkräftemangels siedelten auch Inländer aus dem preußischen Staatsgebiet an. Bis 1774 fanden 277 Familien den Weg in die beiden Niederungen und brachten ihre Wirtschafts- und Bebauungsfähigkeiten mit. Vor allem die Errichtung der Häuser und anderer wichtiger Bauten rund um die Eindeichung und die Kanalbauten erforderte viele Zimmerleute, Tischler und andere Handwerker.¹⁸

16 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 98.

17 Siehe dazu *Neuhaus* 1906. Hier entnommen aus *Czarnuch* 2015, S. 99. Zu diesem Zeitpunkt setzte aber erst die Kolonisation der Johanniter ein, die weitere Zuzügler aus weit entfernteren Gegenden angesiedelt hatte.

18 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 98.

Eine besondere Gruppe ausländischer Einwanderer nach Preußen stellten die aus Frankreich vertriebenen Hugenotten dar. Nachdem der preußische Kurfürst *Johann Sigismund* 1613 den reformierten Glauben annahm, ließen sich von den ca. 43 000 bis 50 000 hugenottischen Flüchtlingen ca. 20 000 in Brandenburg-Preußen nieder.¹⁹ Neben ihrer kulturellen Eigenart und Sprache züchteten sie Seidenraupen und entwickelten eine florierende Textilindustrie, trieben den Tabakanbau voran und belebten den ländlichen Raum. Mit Kenntnissen der Schmuckherstellung und speziellen Fertigkeiten waren sie willkommene Einwanderer in den Städten und trieben das Handwerk – vor allem Berlins und Potsdams – zu neuer Blüte.

Die bevölkerungshistorische Wissenschaft, die sich mit der vorstatistischen Zeit vor 1800 beschäftigt, muss sich mit mangelhaftem, vielfach in ungenügender Menge vorliegendem Quellenmaterial kritisch auseinandersetzen und mühsam bevölkerungsrelevante Daten aus meist deskriptiven Quellen extrahieren. Allerdings weisen *W. Reininghaus* und *J. Sieglerschmidt* mit Recht darauf hin, wie viel Material das vorstatistische Zeitalter für die frühneuzeitliche bevölkerungswissenschaftliche Forschung noch bereithält.²⁰ *R. Lee* deutet in einem Aufsatz im Vergleich zu anderen Ländern auf die hervorragende Quellenlage in Deutschland und den mageren Beitrag deutscher Forschung zur Bevölkerungsgeschichte.²¹ Insgesamt werden für das frühneuzeitliche Preußen zwischen ca. 300 000 und 400 000 Kolonisten geschätzt, die als Fremde auf den ländlichen Territorien und in den Städten Preußens eine neue Heimat gefunden haben.²² Für die 46-jährige Regierungszeit *Friedrichs des Großen* errechnete man ca. 900 neu errichtete Kolonien mit dazugehörigen 60 000 Bauernhöfen. Diese migrationshistorischen und demographischen Ausführungen belegen trotz der mit methodischen Problemen behafteten Einwanderungszahlen die Tendenz, dass im 17. und 18. Jahrhundert eine enorme Anzahl an Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung in das preußische Land einwanderten und zu einer transkulturellen Verflechtung und daraus neu entstandenen Kulturlandschaften führten.

Der Beginn einer wissenschaftlichen Beobachtung des Phänomens »Bevölkerung« im deutschen Raum war eng mit der Entwicklung des kameralistisch-absolutistischen Systems im 17. Jahrhundert verbunden, das von gravierenden politischen Umwälzungen und der Liberalismustheorie *Adam Smiths* zum Ende des 18. und zum Beginn des 19. Jahrhunderts abgelöst wurde. Peuplierungspolitik – und schon der Name ist ein »*Terminus technicus*« und impliziert eine temporäre Eingrenzung – kann nur im Spannungsfeld des Kameralismus und des Absolutismus erklärt werden. Gerade diese Phase ist durch ein hohes Potenzial transkultureller Prozesse gekennzeichnet, da sich im Zuge konfessioneller und wirtschaftlicher

19 Siehe *Lausberg* 2018, S. 1. Dazu auch *Lausberg* 2007, S. 11–62.

20 Siehe dazu auch *Rassem u. Stagl* 1980.

21 Siehe *Lee* 1975, S. 309–338, bes. S. 310–312 und auch *Lee* 1973, S. 289–310.

22 Siehe dazu *Beheim-Schwarzbach* 1874 und *Bergér* 1896. Zusammenfassend siehe den Forschungsbericht von *Szulka* 2006, S. 161–165.

Wirren viele notleidende Menschen unterschiedlicher regionaler Kulturen auf den Weg machten, um insbesondere in den einwanderungsfreundlichen Staaten eine neue Heimat zu finden. Preußen war eines der Länder, die mit ihren zahlreichen Kolonisationsprojekten einen Raum für transkulturelle Verflechtungen schuf. Kolonien sind damit für die historisch-geographische Forschung Indikatoren für potenzielle transkulturelle Räume, die neuen Kulturlandschaften emergierten.

4 Transkulturelle Räume im Kontext landbezogener Kolonisationspolitik

Vor allem die zahlreichen Neulandgewinnungen im Rahmen umfangreicher Meliorationsmaßnahmen im Oder-, Warthe- und Netzebruch brachten eine neue Kulturlandschaft hervor, die erst durch ein Zusammenwirken von preußischer Bürokratie, niederländischen Planern und Migranten aus vielen Territorien Europas entstehen konnte. Gerade in diesen neu entstandenen Räumen fanden aufgrund der bunten Durchmischung fremder Emigranten aus Polen, aus Frankreich, aus Württemberg, der Pfalz und der Schweiz und vielen anderen Teilen Europas transkulturelle Verflechtungs- und Entflechtungsprozesse statt. Das unproduktive und nahezu entvölkerte Land an der Oder und der Warthe bewog die preußischen Herrscher, ein umfangreiches Kolonisationsprojekt zur Gewinnung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen mithilfe von meist fremden Emigranten durchzuführen.²³ Die erfolgreiche Trockenlegung der Brüche bewegte den preußischen König *Friedrich den Großen* zu der Aussage, dass er hierbei eine Provinz im Frieden erobert habe. Dabei verrät uns auch die »[...] *Beherrschung der Natur durch den Menschen* [...] viel vom Wesen der menschlichen Natur.«²⁴

4.1 Die Ortsnamen als Indikator für (Trans-)Kulturlandschaften

Diese Entstehung von (Trans-)Kulturlandschaften im Warthebruch z.B. umschrieben die Zeitgenossen – vor allem die preußische Administration – mit dem verheißungsvollen Namen: »*Neues Amerika*«. So staunt der historisch-geographische Forscher nicht wenig, wenn er auf preußischem Gebiet des 18. Jahrhunderts im Warthebruch Ortsnamen wie Pennsylvania, Jamaika, Saratoga, Philadelphia, New York, Maryland, Havanna, Neu Korsika, Ceylon, Malta, Sumatra oder Louisa findet.²⁵ Andere Kolonisten blieben im Gegensatz zu den damals aktuell politisch

23 Der Oder-, Warthe- und Netzebruch waren noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine menschenleere, natürlich wilde Auenlandschaft, gekennzeichnet durch undurchdringliche Sümpfe und zahlreiche Bruchwälder. So gab es oftmals kein eindeutiges Flussbett, dafür aber ein undurchsichtiges Labyrinth kleiner verästelter Flussarme, die sich aus abgelagerten Sedimenten bildeten und wieder verschwanden. Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 9f.

24 Zitat aus *Blackbourn* 2007, S. 15.

25 In Malta gab es noch die kuriose Besonderheit, dass diese Siedlung noch die Ortsteile Quebeck und Mannheim besaß.

brisanten und exotisch klingenden Ortsnamen ihrer Heimat treu und gaben ihren Dörfern die Namen wie Neu-Dresden, Breisach, Stuttgart oder Neu-Soest. Aber auch rein französische Ortschaften wie Vevais oder Bearegard zeugen noch heute von einer französischen Sprachkultur und Geschichte in den Brüchen. Allein diese neu gegründeten Ortschaften mit den entsprechenden Ortsnamen sind ein Indikator für transkulturelle Prozesse auf preußischem Staatsgebiet.²⁶ Wo Kolonien oder Entreprisen auf erhöhten Sandbänken oder Dünen erbaut wurden, waren unter anderem topographische Aspekte bei der Namensgebung wie Malta, Korsika, Jamaika, Ceylon oder Sumatra ausschlaggebend, da sie wie Inseln im räumlichen Gefüge des Warthebruchs wirkten.

Allerdings muss die Geschichte der Ortsnamen differenziert betrachtet werden, um nicht auf falsche Schlussfolgerungen zu kommen. So gab es z.B. zeitweise eine große Konkurrenz um Holländer-Stellen zwischen ausländischen Bewerbern und preußischen Siedlerveteranen. Die Ortsnamen wie Geischerholländer im Netzebruch oder Woxholländer im Warthebruch deuten nicht auf eine Holländerkolonisation mit holländischen Kolonisten hin, sondern beschreiben lediglich eine bestimmte Wirtschaftsweise mit entsprechenden Bauten.²⁷ Ähnlich dazu lässt der Name der Kolonie Altona keine Rückschlüsse auf die Herkunft der Siedler zu. Dieser Name leitet sich nicht von dem Bezirk Altona in Hamburg ab, sondern setzt sich aus den Wörtern »*all zu nah*« zusammen, den die Einheimischen der neu entstandenen Kolonie gaben. Für sie langen die neuangesiedelten Fremden »*all zu nah*« an ihrem Heimatort Hammer.²⁸ Dieser Kolonienname bezeichnete somit eine Raumbeziehung mit Exklusionstendenz und klarer Abgrenzung, der von den Einheimischen als Abneigung gegen die fremden Siedler bewusst ge-

26 Es gab aber auch weniger kuriose Ortsnamen wie Brenkenhofsfließ, Cocceji, Groß-Friedrich oder Seydlitz, die die Namen der am Siedlungswerk beteiligten preußischen Beamten und Offiziere aus der Umgebung des Königs trugen. So schloss z.B. der neumärkische Kriegs- und Domänenrat *P.G. Schartow* im Jahre 1773 mit dem Johanniterorden einen Vertrag, der mit ihm als Entrepreneur zur Gründung der Kolonie Schartowsthal führte. Siehe zu den Ortsnamen auch *Czarnuch* 2015, S. 231–236.

27 Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 90f. Auch die Holländersiedlungen im Warthebruch wie die Holländerkolonie Albrechtsbruch waren im 18. Jahrhundert nicht an eine bestimmte Nationalität gebunden, sondern bezeichnen eine spezielle, aus Holland stammende Wirtschaftsform mit vorwiegend Vieh- und Weidewirtschaft. Die Kolonistenbauernhöfe nannte man in Polen Holländerhöfe, im preußischen Herrschaftsgebiet wurden diese als Holländereien bezeichnet. Die angesiedelten Kolonisten auf Holländereien waren freie Leute, sodass die Ansiedlungsbedingungen dieser »*Holländerkolonisten*« den mittelalterlichen Kolonisationsgrundsätzen auf Basis der Erbpacht ähnelten. Aus wirtschaftshistorischer Perspektive werden die Wirtschaftshöfe der Holländereien im Gegensatz zu den von Leibeigenschaft geprägten Verhältnissen der Alteingesessenen als Vorläufer kapitalistischer Ökonomiebedingungen in den feudalistischen Dorf- und Herrschaftsstrukturen angesehen. Diese Kolonisten aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts besaßen einen höheren sozialen Status, weil ihre Chance zu Wohlstand zu gelangen, größer war als bei den späteren Kolonien. Siehe dazu auch *Kouschil* 2012, S. 38 oder *Czarnuch* 2015, S. 81–87.

28 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 191.

geben wurde.²⁹ Schon vor dem Dreißigjährigen Krieg gab es Ansätze zur Gründung von Holländereien im Warthebruch, die jedoch durch den Krieg in ihrer Konsolidierung unterbrochen wurden. Im Rahmen der preußischen Peuplierungspolitik im 17. und 18. Jahrhundert gründete *Friedrich Wilhelm I.* im Jahr 1722 vorbildhaft für alle weiteren Holländereien an der Havel eine Musterkolonie für die Milchrinderzucht zur Produktion von qualitativ hochwertiger Milch und Qualitätskäse.³⁰ Eine der größten Holländerkolonien im Warthe- und Netzebruch war das Dorf Gottschimmerbruch, das 1720 mit 50 Höfen erbaut wurde. Im Jahre 1809 zählte der Staat sogar schon 95 Holländereihöfe. Anzumerken ist hierbei, dass nicht alle Holländereien den Zusatz »Holländerdorf« im Namen trugen.³¹ Wie



Abb. 2: Foto eines Wegweisers am Dorfeingang der Kolonie Jamaika

Foto entnommen aus:
Czarnuch 2015, S. 233

in den späteren Koloniegründungen waren die Konditionen in den unterzeichneten Verträgen genauso unterschiedlich. Allerdings entstanden in den kulturell bunt durchmischten Holländereien spezielle Versicherungsvereinigungen zur gemeinschaftlichen Risikoabdeckung. Die Absicherung gegen die immer wieder drohende Hochwassergefahr und das damit verbundene Ausschachten der Entwässerungsgräben förderte die Herausbildung neuer Normen des Zusammenlebens im Holländerdorf – nach dem Motto: einer für alle, und alle für einen. Die kulturell bunt gemischten Holländersiedlungen stellten eine Gemeinschaft dar, die sich im Rahmen des Kolonisationsprozesses neue Kenntnisse im Umgang mit der sie umgebenden Kulturlandschaft aneignen mussten. Damit unterschieden sie sich auch von dem typischen Modell der benachbarten feudalistisch geprägten Dörfer kulturell homogener Gemeinschaften.

Dass ein »*Neues Amerika*« im brandenburgisch-neumärkischen Warthebruch entstehen konnte, erklärte der Heimatforscher *O. Kaptik* mit seiner in breiten

29 Trotz der Umbenennung des Ortsnamens Altona durch die polnische Umbenennungskommission in Szamarzewice wurde der ursprüngliche Name in Form von »*Altona*« oder »*Altona*« von der örtlichen Bevölkerung beibehalten.

30 Siehe Czarnuch 2015, S. 84.

31 Neben den Dörfern Geninner Holländer, Pyrener Holländer, Vietzer Holländer oder Woxholländer auf königlichem Domänengebiet waren auch die Siedlungen Strehmelswerder oder Entenwerder Holländersiedlungen.

Teilen der Forschung akzeptierten These, dass die neu entstandenen Dörfer ein Spiegelbild ihrer Zeit waren.³² Hierbei wird aber auch zurecht dem nach »Peuplierung« seines Landes strebenden preußischen Herrscher *Friedrich dem Großen* eine List unterstellt, mit der Namensgebung des »Neuen Amerika« eine Art »Marketingstrategie« verfolgt zu haben, damit die, die nicht in das gelobte Land Amerika auswandern konnten, durch die traumhaft klingenden Namen in Preußen aus allen Teilen des Deutschen Reiches und des fernerer Auslandes zur Einwanderung in das preußische, freiheitsliebende und aufgeklärte Herrschaftsgebiet angesprochen werden konnten. Gerade diese Namen wie Pennsylvania suggerieren ausdrücklich das preußische peuplierungspolitische Ziel der Tolerierung religiöser Andersartigkeit und kultureller Fremdartigkeit. Der Kontinent Amerika wirkte damals wie ein Traumziel für viele Auswanderungswillige aus Europa. Wie in Amerika selbst repräsentierten diese für Religions- und Gewissensfreiheit stehenden Ortsnamen symbolhaft ein Sehnsuchtsziel konfessionell bedrängter und verfolgter Menschen. Andererseits muten die Namen dieser mit ärmlichen Häusern und Hütten aufgebauten Kolonien inmitten von Sümpfen und überschwemmungsgefährdeten Bereichen recht ironisch an. Die nach Freiheit und besserem Leben strebenden und von den von Werbeoffizieren propagierten Versprechungen angelockten Bruchkolonisten des 18. Jahrhunderts sahen eine gewisse Analogie zwischen ihrer Lebenssituation und dem Schicksal derer, die mit allem Risiko die weite Reise über den Ozean auf sich genommen hatten. Vielleicht klingt auch etwas das Bedauern oder der Galgenhumor bei der Namensgebung amerikanischer Städtenamen hier mit, weil man im Warthebruch schwierigere Verhältnisse als in Amerika vorfand und die Möglichkeit nach Wohlstand noch in weiter Ferne lag. Mit der Gründung der Kolonie Neu Amerika auf dem Küstriner Gelände der Kietzer Wiesen im Jahre 1833 endete der Prozess der Verwendung amerikanischer Namen an die Kolonien und Entreprisen im Warthebruch endgültig. Diese Kolonien existierten mit ihren eigentümlichen Namen bis 1945 und wurden von dem polnischen Staat unter dem Druck des Nationalismus achtlos vor der historischen Entwicklung später umbenannt. Eine weitere damit zusammenhängende transkulturelle Besonderheit ist das »babylonische« Namenswirrwarr der damals vorkommenden Flurnamen in den Brüchen, die sich in der über mehrere Meter langen Karte vom *I.J. von Petri* von 1764 wiederfinden.³³

32 Siehe dazu *Bader* 2011, S. 28. In den Jahren 1775–1783 erkämpften sich die amerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit. Vor allem im aufgeklärten Preußen fühlte man sich mit dem freiheitsliebenden Bestreben der jungen Kolonien in Übersee stark verbunden. Wiederhall fand man bei den nach Freiheit strebenden Kolonisten in den Brüchen, die sich wie ihre »Brüder« in Amerika als Pioniere fühlten und als Ausdruck ihrer Verbundenheit ihren entlegenen Orten jene verheißungsvollen Namen für ein neues, nach persönlichem Glück strebendes Leben in Preußen gaben.

33 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 159. Die Festlegung der Grenzen von Fluren und Gewässer war sehr wichtig, da diese Flächen zum Lebensunterhalt dienten und als Berechnungsgrundlage für die Feudalabgaben dienten.

4.2 Die Kolonisation des Oderbruchs

Im Oderbruch fanden im Rahmen der friderizianischen Kolonisation insgesamt ca. 6 000 fremde Menschen unterschiedlicher Kultur in 38 neugegründeten Dörfern auf einer trockengelegten Siedlungsfläche von 337,10 km² eine neue Heimat. In den Jahren 1763–1774 wanderten schätzungsweise 594 Polen, vier Russen, 164 Mecklenburger, 323 Sachsen, 24 Brandenburger, fünf Dessauer, 23 Pfälzer, 84 Württemberger, vier Franzosen, drei Schweizer, zwei Lüneburger, drei Holsteiner, acht Dänen, zehn Niederländer und 109 Personen aus dem übrigen Reich sowie 20 Österreicher in den Oderbruch ein.³⁴ Der preußische Statistiker und Autor topographischer Länderbeschreibungen *F.W.A. Bratring* (1772–1829) errechnete, dass die in die Neumark hinzugezogenen Kolonisten von 1763–1790 insgesamt ca. eine halbe Million Taler, 5 329 Pferde, 4 668 Stück Hornvieh, 16 231 Schafe und 2 097 Schweine mitgebracht haben.³⁵ Zudem sind sechs Dorferweiterungen auf königlichem Domänengebiet nachweisbar. Die Sonderstellung dieser (Trans-)Kulturlandschaft begründet sich bis heute in der Prägung durch einige der bedeutendsten Meliorationsmaßnahmen im Kontext eines kulturell bunt gemischten Projektes des 18. Jahrhunderts.³⁶ Im Warthebruch belief sich die Zahl der angesiedelten Fremden auf ca. 1 695 Kolonisten, die im »*Neuen Amerika*« ihr Glück suchten.³⁷

Der Vorgang der Kolonisation und die Ausformung aller Lebensbereiche der angeworbenen Emigranten für eine komplette Siedlung oder Vorwerk mit ausschließlich ortsfremder, von regionalen kulturellen Mustern geprägter und neu in Preußen angesiedelter Bevölkerung zeugt von der preußischen peuplierungspolitischen Prämisse, dass der aus dem Ausland angeworbene Mensch als kulturlandschaftsgestaltender Faktor verstanden wurde. Der Angeworbene – egal welcher kulturellen und regionalen Prägung – konnte mithilfe seiner anthropogenen Energie als ein staatssteuer, neuer Untertan einen Beitrag zur Wohlfahrtssteige-

34 Siehe *Kleber* 1925, S. 10. Zur Melioration des Oderbruches siehe *Czarnuch* 2015, S. 87–88 oder auch Zitat aus *Blackbourn* 2007, S. 33–53.

35 Zahlen von *Bratring* entnommen nach *Czarnuch* 2015, S. 136. Die Zahlen sind aufgrund der Unvollständigkeit der überlieferten Akten und der nicht immer genau getätigten Dokumentation nicht als absolute Größen zu verstehen, sondern geben tendenzielle Entwicklungen und Strukturen wieder, die uns aber dennoch ein recht genaues Bild von der Größenordnung der Urbarmachung und Kultivierung der Brüche erlauben.

36 Insgesamt initiierte *Friedrich der Große* während seiner Regierungszeit den Bau ca. 1 500 neuer Dörfer und Vorwerke, die von einer ungeheuer großen Anzahl von Fremden errichtet wurden. Diese umfangreichen Siedlungsmaßnahmen zeugen von einer enormen Peuplierungsleistung.

37 Der Direktor der Prinz-Ferdinand'schen Domänen- und Johanniterordens-Kammer *F.H. Stubenrauch* (1743–1806) zählte im Zeitraum von 1766–1785 an der Warthe ca. 1 750 Familien, also ca. 8 800 Personen, die dort angesetzt wurden. Hier entnommen aus *Czarnuch* 2015, S. 136. Noch anzumerken ist allerdings, dass die an der Warthe und an der Netze angesiedelten Emigranten im Rahmen der friderizianischen Peuplierungspolitik nur einen kleinen Teil der Kolonisten ausmachten, weil in Schlesien mit 60 000 und in Pommern mit 36 000 Einwanderern zwei Hauptgebiete der Inneren Kolonisation lagen.

zung des preußischen Staates leisten. Auffallend bei allen Neugründungen ist die Übereinstimmung in der Einmaligkeit und Abgeschlossenheit des Planungs- und Besiedlungsprozesses, sodass keine bedeutenden Siedlungserweiterungen für Nachsiedler vorgesehen wurden. Damit ist der prägende Einfluss der Kolonistendörfer auf das Erscheinungsbild der meliorisierten Brüche von großer Bedeutung. Diese planmäßigen, am Schreibtisch konzipierten Kolonistensiedlungen umfassten die Melioration, Urbarmachung und Peuplierung bisher nicht oder nur wenig durch menschliche Tätigkeit veränderter Gebiete. Die Umsetzung erforderte die Schaffung neuer staatlich funktionierender Strukturen, die neu entstandenen Siedlungsorte entstanden nicht aufgrund eines historisch-organischen Wachstums eines bereits vorhandenen Siedlungsschemas.³⁸

1736 erarbeitete *Simon Leonhard von Haerlem* (1701–1755) im Auftrag *Friedrich Wilhelms I.* ein Gutachten zu den Möglichkeiten der Trockenlegung des Oderbruches und der damit verbundenen Lösung der Hochwasserproblematik.³⁹ Ab 1747 wird der französische Ingenieur *Mahistre* als Generalunternehmer für die Kanalbauten vertraglich gebunden. Die Übertragung staatlicher Bauaufgaben erfolgte damals üblicherweise an private Unternehmer. Der preußische Staatsdiener *Samuel von Marshall* (1683–1749), Vorsitzender der Oderbruchkommission, kannte das Gutachten von *von Haerlem*, das bei Realisierung des *Haerlemschen* Gutachtens dem preußischen Staat die Möglichkeit bot, aus bisher ungenutztem Land ein wahres Paradies zu machen.⁴⁰ Vor dem 18. Jahrhundert waren es im Mittelalter die Zisterzienser und im 16. Jahrhundert der Johanniterorden gewesen, die durch Eindeichungen und Trockenlegungen den Oderbruch partiell in Kultur brachten (z.B. Neuzelle oder der Sternberger Bruch). Von 1747 bis 1753 führte eine durch ein striktes wasserbauliches Konzept mit Eindeichungen, Durchstichen und Kanalbauten gekennzeichnete vollständige Veränderung der Landschaft und ihrer tradierten Nutzungsformen zu einer mit einer bunten Vielzahl an fremden kulturellen Prägungen besetzten Ansetzung aus dem Ausland angeworbener Siedler. Aus der ehemaligen, für die Kämmereikasse wenig einbringenden »*Sumpf- und Wasserwüste*« im Oderbruch mit spärlich eingestreuten Fischersiedlungen wurde auf Neuland ein in geometrisch fest definierten Formen gefasster, produktiver Kulturraum mit ausgedehnten Landwirtschaftsflächen und regelhaften Plansiedlungen.

Ein solch enormer Umbau einer Naturlandschaft mit fremden Siedlern brachte ein großes Potenzial an Problemen mit der dort spärlich angesiedelten

³⁸ Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 18.

³⁹ *S.L. von Hearlem* war schon von frühester Jugend an gemeinsam mit seinem Vater und Großvater an der Realisierung zahlreicher Wasserbauten und Meliorationen aller Art in Holland, Spanien und in westdeutschen Küstengebieten beteiligt. Dieser internationale Ruf fand auch beim preußischen König wohlwollenden Widerhall. Siehe dazu *Spiegelberg* 2012, S. 65.

⁴⁰ Der Staatsminister *von Marschall* konnte auf seinem Gut Ranft am Rande des Oderbruches durch eine klug praktizierte Eindeichung die Erträge gegenüber den königlichen Vorwerken um ca. 50 % übertreffen.

einheimischen Bevölkerung mit sich. Fischerei und die Heugewinnung waren der einzige Reichtum der Bevölkerung der durch große Flächen von Schilf, Auenwäldern, Mooren, Seen und Weiden geprägten Oderbruchlandschaft. So langen z.B. die altslawischen Siedlungen wie Altreetz, Altmandewick, Altlewin, Alttrebin, Groß- und Kleinbarnim, Altwustrow oder Alt-Wriezen oder andere kleine Ortschaften auf erhöhten Sandhügeln, wo es oftmals hochwassergefährdete oder sogar gar keine Wege gab, umgeben von der mäandrierenden Oder, von der eine permanente Gefahr ausging; ein Irrgarten von Flussarmen, der nur für Ortskundige befahrbar war.⁴¹ Vor allem für die einheimische Bevölkerung, aber auch für die grundherrschaftlichen Adligen und den Johanniterorden mit ihren Vorwerken stellte die Urbarmachung und Ansiedlung mit fremden Kolonisten eine grundlegende strukturelle Umgestaltung ihres bisherigen Lebens dar.⁴² So entstanden die kulturlandschaftscharakteristischen Vorwerke im Oderbruch schon vor der großen Melioration und Urbarmachung: Friedrichsaue (1723), Wilhelmsau (1724), Werder (1724/1725), Amt Kienitz (1726), Wollup (1726), Hirnschädel (1739), Solikante (1740), Horst (1740), Gieshof (1744), Pozedin (1750/1752) und Neu-Lebus (vor 1755).⁴³

Aus ehemaligen Fischern mussten nun Bauern werden. Insbesondere die Fischer weigerten sich, auch bei der Melioration und Urbarmachung die am Wasserbau und Ansiedlung beteiligten Arbeiter und Fremden zu unterstützen und aufzunehmen.⁴⁴ Das alte slawische Fischerdorf Kriescht wurde durch die Melioration im Warthebruch starkem Veränderungsdruck ausgesetzt, da es nun auch zu einem Handelszentrum für die in direkter Umgebung siedelnden Kolonisten wurde. Dennoch haben sich in den ehemaligen Fischereidörfern Reste des slawischen Brauchtums am längsten erhalten.⁴⁵ Dieser Ort entwickelte sich demnach zu einem transkulturellen Handels- und Gewerbezentrum für die zahlreichen Kolonien.⁴⁶ Ähnlich erging es dem slawischen Dorf Limmritz, bei dem sich die Fischer zu Rinderzüchtern umlernen ließen und sich weitgehend auf Wiesenwirtschaft spezialisierten. Bald besaß das Dorf eine große Anzahl an Pferden, da die hiesigen Landwirte nun mit Fuhrdiensten ihren Unterhalt verdienten.⁴⁷ Zur Besänftigung bekamen die Alteingesessenen allerdings den leichter zur bearbeitenden Höhenboden, der deutlich einfacher als der jungfräuliche Sumpfboden urbar zu machen war. Dennoch hielten die einheimischen alten Bruchländer an ihren

41 Siehe dazu *Spiegelberg* 2012, S. 80.

42 Das Anlegen von Vorwerken bezeichnet ein Vorgehen der Landeserschließung, bei dem auf abgelegenen, zusätzlichen Flächen von Gemarkungen neue, große Einzelhöfe entstehen, die auch für Brandenburg-Preußen insgesamt über eine lange Zeit charakteristisch für die ländliche Kulturlandschaft waren.

43 Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 36.

44 Siehe dazu *Nippert* 1995, S. 96.

45 Noch im 18. Jahrhundert fand der Gottesdienst in den slawischen Altdörfern an der Netze und Warthe mehrheitlich in polnischer Sprache statt.

46 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 205.

47 Aufgrund der in der Nähe mit 10 Familien neu errichteten Kolonie Neu Limmritz nannte man das Altdorf nun Alt-Limmritz. Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 209.

archaischen Bräuchen und Vorstellungen fest. Irrlichter, Odergötter oder Odernixen schmückten vielfach noch im 18. Jahrhundert die bildlichen Gebrauchsgegenstände vieler Einwohner.⁴⁸ Trotz dieses Widerstandes regelte *Friedrich der Große* die Eigentumsverhältnisse neu und gab auch den Grundherrschaften klare Anweisungen zum Anlegen der Kolonistensiedlungen.⁴⁹ Von den urbargemachten Kolonistengrundstücken entfielen 56 % auf den preußischen König, 15 % auf den Markgrafen Karl von Brandenburg-Sonnenburg und den Johanniterorden, 25,6 % auf den Adel und 3,4 % auf die Städte Freienwalde, Oderburg und Wriezen.⁵⁰ Die geistige Kolonisationsleistung lag beim preußischen Staat, die Planungshoheit allerdings bei den jeweiligen Grundherren, die oftmals auf die Amtshilfe königlicher Behörden zurückgriffen. Wichtigster Kooperationspartner bei der Peuplierung des Landes war der Cousin des Königs und Ordensmeister des Johanniterordens Markgraf *Carl von Brandenburg-Schwedt*. Dieser siedelte trotz anfänglichen Widerstands gegen die Peuplierungsmaßnahmen bis zum Jahr 1763 in 25 neu gegründeten Kolonistendörfern oder Vorwerken 431 Familien auf seinem Grundbesitz an.⁵¹ Insgesamt vergrößerte sich der Besitz des Ordens mit zehn Altdörfern, 37 neu gegründeten Kolonien und Entrepreneurs und sechs Vorwerken durch die vom Staat aufgezwungenen Kolonisationsmaßnahmen enorm.⁵² Hierbei ist zu konstatieren, dass die transkulturellen Prozesse und räumlichen Ausformungen unter anderen rechtlichen Bedingungen abliefen als auf den königlichen Besitzungen. Insbesondere differierte durch das Fehlen von Großkolonistenstellen das soziale Gefüge der Emigranten. So belief sich eine königliche Großkolonistenstelle auf 90 Morgen, auf markgräflichem Boden auf 30 Morgen. Die angesiedelten Fremden wurden aufgrund ihrer geringeren sozialen Stellung über kulturelle und nationale Grenzen hinweg zusammen angesiedelt. Die Kleinolonistenstellen auf den Johanniterordensmarkungen sollten keine Vollbauern ernähren, sondern den Emigranten neben dem Ackerbau auch andere Handdienste auf den Vorwerken bereitstellen. Auch waren die neu angesiedelten Fremden auf adeligem Grund aus rechtlicher Perspektive schlechter gestellt als auf den königlichen Domänengebieten.

Dabei waren die Kolonistenstellen in den adeligen Siedlungen kombiniert mit der schlechter gestellten Rechtsstellung im Verhältnis zu den königlichen Siedlerstellen deutlich kleiner. Es entstand damit eine erhebliche Diskrepanz zwischen der staatlich vorgesehenen Anzahl und Art der Kolonistenstellen und den Wünschen der angeworbenen Fremden, die in Freiheit eine ausreichende Siedlungsfläche als Erbverschreibung zum Leben sich gewünscht hatten. Aufgrund der damit

48 Siehe *Spiegelberg* 2012, S. 112. Das Schulzensiegel von Küstrin ist mit der Odernixe als Bild gestaltet worden.

49 Oftmals wurden Deiche aus Protest gegen die umfangreiche Umgestaltung des Oderbruchlandes und die Ansiedlung von mit Vergünstigungen privilegierten Kolonisten durchgestochen.

50 Siehe dazu *Spiegelberg* 2012, S. 92.

51 Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 82.

52 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 226.

verbundenen Differenzen zwischen den Kolonisten und der preußischen Bürokratie, zwischen den Kolonisten auf Großbauernstellen und Angesiedelten auf Kleinbauernstellen, mitunter auf unterschiedlicher rechtlicher Grundlage, aber auch die Ressourcenstreitigkeiten sowie der Streit um Hilfeleistungen in den Anfangsjahren zwischen Kolonisten und Alteingesessenen führten zu einer konfessions-, kultur- und nationalübergreifenden Kooperation der fremden europäischen Siedler im Rahmen der Rauman eignung untereinander. Gerade in dieser hochkomplexen sozialen Gemengelage erfolgten kulturübergreifend transkulturelle Prozesse, die z.B. die sozial gleichgestellten Kleinbauern unterschiedlicher Herkunft zusammenbrachten.

Die ersten Kolonisten trafen schon vor der Trockenlegung und Fertigstellung der ersten Dörfer ein. Diese waren anfangs nicht recht begeistert, da ihnen nach der beschwerlichen Reise schon fertiggestellte, trocken gelegte Areale versprochen worden waren. Insgesamt waren zeitweise um die 1 500 Menschen an den Meliorationsarbeiten beschäftigt. Verheerende Hochwasser, aber auch der Arbeitskräftemangel, ein hoher Krankheitsstand und die zu Recht vorherrschende Arbeitsunwilligkeit der ersten Kolonisten bei Schachtarbeiten im Kanal prägten die arbeitsintensive Zeit der Melioration des Oderbruches. Die ersten eingetroffenen Kolonisten, die aus der Pfalz kamen, mussten bei den Einheimischen Unterschlupf suchen und fanden sich von Anfang an den Anfeindungen der Alteingesessenen und der Mitarbeiter der Trockenlegung ausgesetzt. Die Arbeitsbedingungen während der Melioration waren katastrophal, sodass die zur Ausführung der Arbeiten eingesetzten und vom Militärdienst freigestellten Soldaten stellenweise revoltierten oder desertierten. Aber auch die schon angesiedelten Kolonisten z.B. aus Meyershof oder Alvensleben klagten über unbezahlte Zwangsarbeit beim Aufschütten der Deiche. Vor allem die regelrechte Kasernierung der Arbeiter begünstigte Krankheiten, die gefährliche Arbeit bei der Melioration führte zu zahlreichen tödlichen Unfällen.⁵³ Die Rekrutierung von Arbeitern blieb ein permanentes Problem. Lediglich der vom preußischen Staat erzwungene Kontakt bei den Arbeiten führte zu einem direkten Kontakt zwischen den Neusiedlern, den am Oderbruch beteiligten preußischen Soldaten und der einheimischen Bevölkerung. Später ergingen auch Verordnungen zum Mühlenzwang, der die neu angesiedelten Kolonisten gesetzlich verpflichtete, bei den einheimischen Mühlenbetreibern ihr Getreide mahlen zu lassen. Ähnlich war es auch bei der Erwerbung von Bier und Schnaps, die nur in bestimmten örtlichen Schenken zu kaufen waren.⁵⁴

Nach der Rodung des Auenwaldes auf der Gemarkung Lietzegöricke errichteten die Arbeiter im August 1753 die ersten »*Probehäuser*« in Neulietzegöricke, die für die Planung künftiger Bruchdörfer beispielhaft sein sollten. Ende 1754 waren Neulietzegöricke und Neutornow als erste Kolonistendörfer im Oderbruch fertiggestellt. Die Entwürfe der Kolonistendörfer erfolgten meist durch militä-

53 Siehe zu den Arbeitsbedingungen bei der Melioration *Czarnuch* 2015, S. 128–131.

54 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 299 und S. 324.

rische Personen, zumal auch große Eile geboten war, da einige Kolonisten schon da waren. Die ersten Siedler stammten hier aus Mecklenburg, Polen, Sachsen und Schweden. Allein an diesem Beispiel der ersten Gründung erkennt man die kulturelle Durchmischung dieser Orte. Es wurden oftmals keine einheitlich homogenen Bevölkerungsteile aus fremden Regionen als gesamte Gruppe angesiedelt.

Parallel zum Dorfaufbau erfolgten permanente Verbesserungen an den Deichen, sowohl die neu eingetroffenen Siedler als auch die Einheimischen mussten in Bezug auf den Hochwasserschutz durch die preußische Bürokratie neu angelehrt werden. So waren bei der ersten Neugründung während der Aushebungsarbeiten, der Freilegung von Brunnen, dem Zerschneiden von Holz und vielen Fuhrdiensten insgesamt 150 Mann an dieser Kolonisationsbaustelle tätig, die sich aus Zimmerleuten, Maurern, Dachdeckern, Neusiedlern und Einheimischen zusammensetzten.⁵⁵ Gerade die Urbarmachung und die Konsolidierung einer solchen Neugründung sowie der Oderstrom in unmittelbarer Nähe selbst mit seinen Gefahren forderten alle Menschen und Kulturen, die im Oderbruch lebten und siedelten, zum gemeinsamen Handeln auf. Ein wirksamer Hochwasserschutz und eine dauerhafte Besiedlung waren nur in koordinierter Form unter Anleitung des preußischen Staates im Zusammenspiel von aus unterschiedlichen Orten kommenden Fremden und Einheimischen zu bewerkstelligen. Diese durch den preußischen Staat auf Makroebene gesteuerte Vorgehensweise erzwang ein Zusammenarbeiten unterschiedlicher regionaler Identitäten und lokal vorhandener einheimischer Bevölkerung, ein »*Meltingpot*« transkultureller Prozesse. Gerade die Kulturlandschaft »*Oderbruch*« kann als ein Paradebeispiel für eine »(Trans-) Kulturlandschaft« stehen, die mit Hinzunahme holländischer Expertise durch den preußischen Staat exekutiert und koordiniert sowie durch das Einwirken des Energiekonverters »*Emigrant*« raumwirksam gestaltet wurde – die Urbarmachung des Oderbruchlandes als frühneuzeitliches Projekt europäischer Größe.

Nachfolgend zogen aus den österreichischen Alpenländern, aus Pfalz-Zweibrücken, aus Hessen-Darmstadt und aus Württemberg zahlreiche Emigranten in den Oderbruch und ließen sich auf das Abenteuer der Umsiedlung in ein fremdes, aber neu in Kultur gesetztes Land ein. Dabei stellten die Schweizer Kolonien Beaugard und Vevais im Oderbruch eine Besonderheit dar, die im Gegensatz zu den anderen Siedlungen recht homogen mit kulturell einheitlicher Bevölkerung peupliert wurden. In Vevais siedelten vor allem französisch sprechende Landarbeiter aus dem Fürstentum Neuchâtel, zwei Siedlerfamilien kamen aus Frankreich. Auffallend ist, dass fast der gesamte Teil der französisch sprechenden Zuwanderer im Oderbruch in den adeligen Grundherrschaften eine neue Heimat gefunden hatte. In Beaugard ließen sich sechs Familien aus der deutschen Schweiz, vier aus Neuchâtel, drei aus Österreich, zwei aus Württemberg und jeweils eine Familie aus Hamburg und Sachsen nieder – im Gegensatz zu Vevais ist hier schon ein hoher Grad an kultureller Durchmischung bei der ersten Genera-

⁵⁵ Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 73.

tion der Siedler auf engstem Raum zu verzeichnen.⁵⁶ Aus einer Kolonistenakte aus den 1760er Jahren ist zu entnehmen, dass von den 244 Emigranten 106, also 43 %, als Reformierte aus der Schweiz und drei Hugenotten aus Frankreich kamen. Andere, mehrheitlich dem lutheranischen Glauben zugeneigte Siedler kamen aus Dänemark, Hamburg, Hessen, der Lausitz, Mecklenburg, Polen, Österreich, Sachsen, Ungarn, Württemberg und der Pfalz als Kulturlandschaftsgestalter in den preußischen Oderbruch. Allerdings weist auch *Liesenberg* in seiner bauhistorischen Dissertation zu Recht darauf hin, dass bei der Aufnahme und Ansetzung der vielen französisch sprechenden Kolonisten in bestimmten adligen Dörfern keine konfessionellen Gründe oder Kriterien einer strengen landmannschaftlichen Trennung vorlagen.⁵⁷ Dennoch konnte sich die ursprüngliche Kultur trotz der transkulturellen Durchmischung durch die Ortsnachbarn und den preußischen Staat länger erhalten als in den durch starke kulturelle Durchmischung gekennzeichneten Nachbarsiedlungen. Aufgrund der intensiven Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden und den Nachbarortschaften kann man dennoch von keiner Exklusion sprechen, auch wenn die Sprache sicherlich als kultureller Bestandteil länger erhalten blieb als in anderen Oderbruchdörfern.

Eine Besonderheit im Oderbruch war die Erweiterung des bisher schon vorhandenen Platzdorfes Neu Gabow. Das durch die Trockenlegung gewonnene Ackerland reichte für mehr Menschen, sodass auch emigrierte Fremde direkt in Neu Gabow angesiedelt wurden und damit der Kontakt und die Konfrontation mit den Einheimischen direkt vor Ort verliefen. Der permanente Kampf um landschaftliche Ressourcen und die damit verbundene Raumeignung fremder regionaler Identitäten kennzeichnete die erste Phase der Ansiedlung. Trotzdem sind aus den Quellen keine weitreichenderen Konflikte zu verzeichnen, sodass hier durch das Anlernen des preußischen Staates bei der Urbarmachung und Kultivierung ein koordiniertes Zusammenarbeiten zu transkulturellen Prozessen führte, wobei sowohl die Einheimischen als auch die Eingewanderten voneinander lernten und sich austauschten.

Auffallend bei der Verteilung der Siedlerstellen in den zahlreich neu entstandenen Dörfern war nicht der kulturelle Hintergrund der Emigranten. Vielleicht wollte der preußische Staat gerade auch eine gezielte Durchmischung der kulturell bunt gemischten Emigranten, um die Fremden als staatstreuen preußischen Untertanen schneller zu gewinnen und aus ihrer heimatlichen Beziehung zu lösen. Die unterschiedliche Größe der geplanten Siedlerstellen lag darin begründet, dass die Familiengröße, das mitgebrachte Vermögen, die Tiere und die Gerätschaften je nach Kolonist sich unterschieden. Vielmehr war bei der Verteilung der Grundstücke damit nicht der kulturelle Hintergrund entscheidend, sondern der soziale und ökonomische Status. Der geniale und effektiv arbeitende Kolonisationsorganisator *Franz Balthasar Schönberg von Brenkenhoff* (1723–1780) war explizit darum bemüht, die an einem Ort angesetzten Emigranten nicht aus ein und derselben Gegend und Heimat siedeln zu lassen, um dadurch die Herausbildung

⁵⁶ Siehe dazu *Nippert* 1995, S. 101.

⁵⁷ Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 86.

ethnischer Ghettos zu verhindern. Diese außergewöhnliche Persönlichkeit eines geschickten Peuplierungspolitikers fand im Ausland und bei den emigrierenden Kolonisten zahlreiche kreative Anregungen zur Landschaftsausnutzung meliorierter Areale. Er versuchte vor allem, Neuerungen aus der Tierzucht umzusetzen, und befasste sich auf seinen agrarisch geprägten Kolonien mit Rassenveredelungen. Er importierte in die preußischen Brüche friesische Tieflandrinder, Kühe aus Podolien, Schweine aus Westfalen und Schafe aus Holstein. Ferner betrieb er eine Karpfenzucht und versuchte sogar, Kamele zu akklimatisieren. In der Kolonie Breitenwerder betrieb er eine Fasanerie, die Tiere hierfür kamen aus Böhmen.⁵⁸ Diese exotisch anmutende Tierzucht erforderte wiederum den Zuzug spezieller Siedler, die sich mit den entsprechenden Praktiken und Pflege dieser Tiere auskannten. Als Landwirt unterhielt er eine große Gärtnerei, die er mit Niederlausitzer Samen von Gurken und roten Rüben betrieb. An den Hängen des Höhenrandes bei Altkarbe belebte er wieder die alte Tradition des Weinanbaus im Warthe- und Netzebruch. Auch hierfür wurden auswärtige Fachleute gebraucht, die wiederum aus den verschiedensten Ecken des Deutschen Reiches kamen und spezielle Fachkenntnisse in agrarischer Bebauung- und Kultivierungsfertigkeit mitbrachten. Allein diese Vielfalt tierzüchterischer und landwirtschaftlicher Innovationen im Warthe- und Netzebruch bedingte eine Transkulturlandschaft mit verschiedenen eingewanderten regionalen Kulturen, um diese alle umzusetzen zu können.

Aus den vorhandenen Kolonistentabellen in den Archiven ist zu entnehmen, dass die Fluktuation der ersten Siedler, geprägt durch Hochwasserschäden und Ernteausfälle aufgrund der Eingewöhnungszeit des Saatgutes in den ehemaligen Sumpf- und Feuchtböden, recht groß war. Das heißt, dass auch in kleinen Ortschaften selbst ein hoher Grad an Fluktuation von Siedlern vorherrschte und immer wieder neue fremde Menschen angesiedelt wurden. Der mehrjährige Zuzug der Kolonisten und die damit verbundene hohe Anzahl an anzusetzenden Kolonisten unterschiedlicher Herkunft hatten zur Folge, dass tendenziell unter ihnen im Oderbruch keine Dominanz bestimmter kultureller Landsmannschaften, Konfessionen oder sozialer Schichten zu finden ist. Der Oderbruch im 18. Jahrhundert wirkte wie »[...] ein Schmelztiegel unterschiedlichster europäischer Kulturen«, die staatlich propagierte religiöse Gewissensfreiheit ermöglichte weitestgehend über kulturelle Prägungen hinweg ein friedvolles Miteinander.⁵⁹

Auch wurden vor allem unter der Initiative des an der Kolonisation der Brüche sich sehr verdient machenden *von Brenkenhoff*, einem höchst effektiven Kolonisationsplaner mit umfangreichen Befugnissen und dem König direkt unterstellt, im Jahre 1769 im oberen Oderbruch die letzten Restflächen mit 376 Spinnerfami-

58 Siehe zu v. *Brenkenhoff Czarnuch* 2015, S. 101–108. Einer seiner wichtigsten Mitarbeiter war der Vermesser und Fachmann für Wasserbaukunst *D. Gilly* (1748–1808), der selbst ein Ergebnis preußischer Peuplierungspolitik war. Seine Eltern waren französische Hugenotten, die dem Aufruf des preußischen Königs vom »*Potsdamer Edikt*« aus dem Jahre 1685 folgten.

59 Zitat von *Peters* 2012, ohne Seitenangabe, da es ein durchgehender Onlinetext ist.

lien auf Kleinbauernstellen angesiedelt.⁶⁰ Kam es bisher bei den Kolonisationsakteuren auf ihr mitgebrachtes Hab und Gut und auf ihre soziale Stellung an, so wurden zum Ende der Peuplierung des Oderbruches die Spinnerfamilien nur noch summarisch als einheitliche Arbeitsgruppe betrachtet und demnach nach ihrer Profession angesiedelt.⁶¹ Nach dem Siebenjährigen Krieg war Preußen-Brandenburg wirtschaftlich und finanziell erheblich geschwächt, Handel und Gewerbe lagen am Boden. Gerade die Textilproduktion galt im 18. Jahrhundert als ein entscheidender Faktor für die Stärke eines Landes. Vor diesem Hintergrund entstanden auf dem »*Hohen Busch*« und in »*Friedrichsaue*« die Wollspinnerdörfer Baiersberg, Gerickensberg und Lehmannshöfe. Die 1770 gegründete Weberkolonie Friedrichstadt zwischen Landsberg und Wepritz siedelte binnen kürzester Zeit 134 Familien an, wovon der größte Teil, nämlich 37 %, Deutsche aus polnischen Adelssitzen waren. Die sehr kleinen Hofstellen, die so gerade das Überleben sicherten, aber auch die aufgebürdeten Frondienste brachten einen enormen Widerstand der Heimarbeiterkolonien hervor und schweißten die aus unterschiedlichen Regionen kommenden Kolonisten zusammen. Die Herkunft dieser sogenannten Büdnerstellen war lokal höchst unterschiedlich. Sowohl aus der Pfalz, aus Polen, Thüringen, Hessen, Sachsen, Mecklenburg als auch aus den umgebenden Altdörfern des Oderbruches kamen die Siedler und Tagelöhner her und bildeten transkulturelle Gemeinschaften, die gemeinsam sprach- und kulturübergreifend als neu gestaltete soziale Einheiten um ihr Überleben und ihre Rechte kämpften.

Im Rahmen der Gründung von Wollspinnerdörfern ist im Oderbruch eine Besonderheit einer städtischen Kolonie zu verzeichnen. Das Anlegen der Weberkolonie in der Stadt Wriezen wurde als Ergänzung und Vergrößerung der bestehenden städtischen Fläche angesehen. Diese entstand ca. 1765 im Nordwesten der Stadt und wurde bewusst als geschlossene Bauweise konzipiert.⁶² Die geplante geschlossene Bauweise hob sich aus städtebaulicher Perspektive von den alten Teilen der Stadt Wriezen ab. Zunächst war in dieser Weberkolonie gegenüber den städtischen Mitbewohnern eindeutig eine Abgrenzung und Exklusion zu konsta-

60 Der dem König immediat unterstellte *von Brenkenhoff* konnte innerhalb seiner Instruktionen selbstherrlich verfügen. Die lukrativsten Neuländereien behielt er sich vor und errichtete Entrepreneuren. Sein Vorzeigeobjekt einer Stuterei wollte aufgrund der schweren Bedingungen nicht so recht gedeihen, sodass diese Entreprise mit den Tieren aufgegeben wurde. Die angesiedelten Emigranten mussten hingegen – anders als die Pferde – aushalten und unter schwersten Bedingungen die Böden urbar machen und kultivieren. Bis zum Jahr 1763 konnte er bezogen auf die Neumark – zumeist aus Polen emigrierende – 1 959 Professionisten anwerben.

61 Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 94–95.

62 Siehe dazu *Liesenberg* 2003, S. 98f. Damit erinnerte sie an das Holländische Viertel in Potsdam. Das auf ehemals sumpfigen Gelände zwischen den Jahren 1734 und 1742 errichtete und vom holländischen Baumeister *J. Boumann* (1706–1776) geplante Holländische Viertel in Potsdam gilt bis heute als das größte Kulturdenkmal holländischen Stils außerhalb der Niederlande in Europa. Allerdings kam nicht der erhoffte Zuzug ausschließlich holländischer Handwerker an und Franzosen und Preußen fanden in den holländischen Typenhäusern ein neues Zuhause.

tieren, die sich aber im Laufe der Zeit immer mehr durch die Verheiratung der zweiten Generation mit der einheimischen und benachbarten, auch neuhinzugezogenen Bevölkerung relativierte. Die ersten Tuchmacher kamen bis 1772 mit 15 Familien aus Mecklenburg, später zogen noch Leinweber aus Sachsen und 13 Familien aus Fürth in das neu gegründete Viertel hinzu. 1775 war die geplante Ansiedlung mit 50 Familien vollendet.

Seit dem Beginn umfassender Meliorationsarbeiten wurden bis heute nicht nur 20 km Kanäle ausgegraben, 80 km Deiche aufgeschüttet und ca. 200 km² Neuland zur Urbarmachung und Besiedlung mit 56 Kolonistendörfern, 61 Vorwerken und sieben Ortserweiterungen gewonnen, sondern auch die friderizianische Ansetzung von ca. 6 000 Menschen aus verschiedensten Regionen Europas machten die Kulturlandschaft »Oderbruch« unter differenzierten rechtlichen Rahmenbedingungen zu einem Ergebnis intensiver und vielfältiger transkultureller Prozesse in der Frühen Neuzeit. Die in Vorbereitung umfangreicher Kolonisationsmaßnahmen in der Mitte des 18. Jahrhunderts für solche Großprojekte erst im Aufbau befindliche qualifizierte Verwaltung erforderte von den Kolonisten einen hohen Grad an Eigenleistung. Dies führte zu einer engen Zusammenarbeit der aus unterschiedlichen regionalen Kulturen stammenden Kolonisten und emergierte über die heute existierenden Landesgrenzen hinweg ein Gefühl, ein Oder-, Warthe- oder Netzebrücher zu sein. So gibt es heute eine primär von Künstlern, Landschaftsplanern und Intellektuellen getragene deutsch-polnische Bewegung, die im Bewusstsein der transkulturellen Leistung *Friedrichs des Großen* und der heutigen Überwindung nationaler gegensätzlicher Gedankenkonstrukte das Oder-, Warthe- und Netzebruch als ein Ergebnis multipler fremder regionaler Kulturen versteht – mit eigener Fahne, Hymne, Bürgern und einer eigenen Hauptstadt Slubfurt.⁶³ Für die heutigen Bewohner dieser Grenzregion ist ihre Heimat nichts anderes als »*Nowa Ameryka*«, »*Neues Amerika*«, ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten – was schon *Friedrich der Große* im 18. Jahrhundert zur Peuplierung seines Landes propagierte. Das »*Neue Amerika*« von heute zwischen Deutschland und Polen ist ein utopisches Land, das aus nun ca. 150 Bürgern besteht und keine festen Grenzen kennt. Sie gestalten ihre Heimat vor dem Hintergrund und Respekt der historischen Entwicklung, die bis heute in einigen Köpfen eine (Trans-)Kulturlandschaft hervorbrachte, die bewusst an das »*Neue Amerika*« *Friedrichs des Großen* anknüpft.⁶⁴

63 Siehe dazu die Internetseite dieser Bewegung <http://www.slubfurt.net/informacjone/nowa-amerika/> (abgerufen am 08.08.2018). Siehe dazu auch den Artikel der Zeitschrift »*Die Zeit*« vom 23.11.2013, abrufbar unter <https://www.zeit.de/2013/48/nowa-amerika-deutsch-polnisches-grenzgebiet> (abgerufen am 08.08.2018).

64 So gibt es für die Bürger des »*Nowa Amerykas*« keine Polen oder Deutsche, sondern nur noch »*Nowa Amerikaner*« mit polnischem oder deutschem Hintergrund. Sie verstehen die Transkulturlandschaft »*Nowa Ameryka*« als ein gedankliches Werkzeug, um sich die deutsch-polnische Grenze wegzudenken und die kulturelle Verflechtung bei der Melioration und Urbarmachung unter den preußischen Herrschern hervorzuheben.

4.3 Die Peuplierung des Warthe- und Netzebruchs

Analog zur Trockenlegung des Netzebruchs erfolgt durch v. *Brenkenhoff* die Melioration und Kultivierung des Warthebruchs von 1763–1767.⁶⁵ *Friedrich der Große* erhoffte sich durch die dort betriebene Wiesenwirtschaft eine Steigerung der Heuproduktion für die militärischen Einheiten.⁶⁶ Viele Neusiedler aus den armen Kolonien fanden in der Wiesenwirtschaft einen kleinen Hinzuverdienst, sodass einige Kolonien, wie z.B. Beaulieu, auch als Schnitterdörfer bezeichnet wurden. Später begannen sich die Schnitter regelrecht zu organisieren und gründeten einen eigenen Verein, dessen Vorsitz die Verträge stellvertretend mit den Gutsbesitzern aushandelte. Eine frühere Ansiedlung mit fremden Emigranten erfolgte schon unter *Friedrich Wilhelm I.*, der auf königlichem Domänengebiet Ansiedlungen wie das große Genniner Holländer (1724) anlegte. Damit finden sich die ältesten Nachweise transkultureller Verflechtungen im Rahmen des langen Prozesses der vom Menschen vorgenommenen Begrenzung natürlicher Überschwemmungsareale im Gebiet des Warthebruchs in dieser Kolonie. Aber auch der Johanniterorden siedelte 30 Kolonisten im Albrechtsbruch 1722 an, die ihr Land aus eigener Kraft und nach eigenem Ermessen erfolgreich urbar gemacht haben. Wie im Oderbruch war der König nicht alleiniger Grundherr, sondern musste hier mit dem Johanniterorden, der Landesberger Stadtkämmerei und lokalen Adligen kooperieren. Die Umsetzung des komplexen Systems von Schleusen, Wällen, Kanälen und Meliorationsgräben beiderseits des Flusses konnte nur mithilfe der einheimischen Bauern erfolgen, die meist zu den Meliorationsarbeiten gezwungen wurden.⁶⁷ Damit wurde dem anfänglichen Hass und Widerwillen gegenüber den anzusiedelnden Fremden Vorschub geleistet.

Das Leben der ersten Siedler war aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen bei der Urbarmachung der neugewonnenen Böden äußerst schwer und erforderte ein Zusammenarbeiten und Zusammenleben mit den fremden Nachbarn. Über die Lebensumstände der Kolonie Brenkenhofsfließ im Ordensbruch gibt eine staatliche Untersuchung detaillierte Auskunft, die im Jahre 1790 nach wiederholten Beschwerden von ca. 50 Dörfern über Unregelmäßigkeiten beim Bau der Häuser und der Verteilung der Hofstellen durch die Bewallungskommission der neumärkischen Kammer angesetzt wurde. Bei den im Jahre 1793 neuerrichteten neun Kolonistenhäusern waren »[...]die Feuermauern und Öfen auf Holzstubben gesetzt, die gleich nach dem ersten Kochen zu schwelen anfangen. Die Wände sind dünne Lehmwände. Durch die Dächer regnet es gleich in die Stuben, da diesen die Decken fehlen, wie denn aber auch die Sonne durch-

65 Siehe *Kouschil* 2012, S. 23–36. Siehe zur Trockenlegung auch *Czarnuch* 2015, S. 89–91.

66 Die Wiesenwirtschaft im meliorierten Warthebruch befand sich in den Landschaftsarealen, wo andere agrarische Nutzungsarten aufgrund von hochstehendem Grundwasser nicht umsetzbar waren. Hinzu kam die ständig existierende Hochwassergefahr, sodass die Spezialisierung einiger Kolonisten auf die Wiesenwirtschaft sehr risikoreich war. Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 281.

67 Siehe *Kouschil* 2012, S. 32.

scheint.«⁶⁸ Aufgrund dieser misslichen Lage, aber auch aufgrund der Unkenntnis über die örtlichen Gegebenheiten und die neuen klimatischen Bedingungen waren viele Siedler verärgert, sodass die Fluktuation der Neusiedler wegen des schnellen Abzugs sehr hoch war. Der Raum wurde somit immer wieder neu mit anderen fremden Emigranten »aufgeladen«. Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Vorbehalte bei den Grundherren ist es unzweifelhaft, dass die Melioration der Warthebrüche nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse veränderte. Auch eine intensive Durchmischung vielfältiger kultureller Muster wurde damit initiierte, die einem permanenten Wandel unterworfen war.

Die elf Neugründungen von Siedlungen im Warthebruch wurden mit zahlreichen Kolonisten aus nahen und weit entfernten Teilen Europas besiedelt. Die Siedlungen Albrechtsbruch (1722), Genniner Holländer (1724), Hopfenbruch (1769), Scheiblersburg (1771), Streitwalde (1771), Cocceji mit Neuwalde und Neudorf (1774), Entreprise Louisa (1774), Brenkenhofsfließ (1773/74), Vorwerk Woxfelde (1774), Entreprise Friedrichsthal bei Landsberg a.d. Warthe (1773) und das Vorwerk Schützensorge (1745) unterscheiden sich erheblich mit ihren bunten kulturellen regionalen Identitäten, in ihrem sozialen Status der Ansiedler und den rechtlichen, grundherrschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Ansetzung. Der friderizianische Landesausbau im Warthe- und Netzebruch war damit von Grund auf eine hybride Kulturlandschaft. Die frühe Neusiedlung Genniner Holländer auf Domänenland zählte schon im Jahre 1731 73 Kolonisten, die Erbzinskontrakte und Vollbauernstellen sowie die versprochenen Benefizien bekamen. Im Jahr 1771 wurden die grundherrschaftlichen und die rechtlichen Grundlagen eigenmächtig durch die Bewallungskommission umgestaltet. Die damit verbundene Reduzierung des Besitztums und die Zinserhöhung verschlechterte die Lage der angesiedelten zweiten Generation der Siedler. Insgesamt war diese Kolonie dennoch für die Kämmereikasse eine Goldgrube. Hopfenbruch auf dem Domänenamt Pyrehne gelegen hingegen war eine Kolonie, die einen speziellen Typus an Neusiedlern benötigte. Es wurden insgesamt zehn auf Hopfenanbau spezialisierte Gärtner angesetzt, die erst nach 20 Jahren Erbzinsverträge erhielten. 1779 siedelte das Amt neun Büdner an, die im Gegensatz zu den Hopfengärtnern Frondienste leisten mussten. Ungeachtet der regionalen Herkunft taten sich diese neu angesiedelten Kolonisten zusammen und wehrten sich 1804 gegen diese Ungleichbehandlung, lediglich zwei Familien erhielten daraufhin andere Kontrakte.

Damit bildeten sich abgesehen von der Herkunft aufgrund der Fixierung noch schlechterer Bedingungen als die der früher etablierten Kolonisten neue soziale Gruppen, um die unterschiedlichen Rechtsverhältnisse innerhalb der Neusiedlungen zu nivellieren. Die Arbeiterkolonie mit ca. 50 Kolonisten in Scheiblersburg auf adligem Besitz vergab das Land als erb- und eigentümlichen Besitz mit je fünf Morgen. Allerdings waren diese Kolonisten aufgrund der geringen Größe des Be-

68 Zitat aus GSTA, PK, II., HAGD, Abt. 13a von Brenckenhoffsche und Schutz'sche Meliorations- und Pensionsachen, Tit. II, Neumärkische Meliorationssachen, Lit. W., Nr. 2 und 3. Hier entnommen aus *Kouschil* 2012, S. 34.

sitzes auf Tagelohnarbeiten angewiesen, mussten aber keine Frondienste erbringen. Die meisten der Kolonisten stammten aus Polen, die restlichen aus Schwaben und Württemberg.⁶⁹ Anders verlief die eher kulturell homogene Ansiedlung von Kolonistenfamilien aus Polen im adeligen Streitwalde.⁷⁰ Hier fanden 29 gut etablierte Zinsbauern aus dem benachbarten Polen 1771 eine neue Heimat. Die kulturelle Einheit war aufgrund der kulturellen Homogenität der Angesiedelten stärker ausgeprägt, Sprache und Gewohnheiten hielten diese Siedler enger zusammen. Die Rauman eignung geschah in vertrauter Zusammenarbeit der angesiedelten Polen, sodass in diesem Ort die heimatliche Kultur langsamer durchmischt wurde als in den Nachbarorten. Die zeigt sich auch darin, dass diese Siedler ihre günstigen Existenzbedingungen gegen jedwede grundherrschaftliche Unterwanderung gemeinschaftlich verteidigen konnten.⁷¹

Zudem sind auch gewisse Spezialisierungen landwirtschaftlicher Produktion in den jeweils neu gegründeten Kolonistendörfern zu verzeichnen. In der Entrepr ise Schützensorge spezialisierten sich die Kolonisten auf Rinderzucht und Molkereiwirtschaft zur Herstellung von Käse und Butter. In Hopfenbruch warb der Grundherr spezielle Hopfenbauern an, die dem Ort auch seinen Namen gaben. In Fichtwerder lag beim Gebäude der Bewallungskommission eine Brennerei und Brauerei. Um diese mit genügend Hopfen zu versorgen, gründete man an der Straße nach Fichtwerder diese Kolonie, die sogar später expandierte und sich in Alt Hopfenbruch und Neu Hopfenbruch mit 13 Höfen teilte.⁷² Diese Tätigkeit erforderte im Rahmen der Melioration und Urbarmachung eine andere Landschaftsnutzung zugewiesener Agrarflächen.

Ein Zusammenhalt von Kolonisten unterschiedlicher Herkunft ist auch in der Kolonie Friedrichsthal nachweisbar, wo die Kolonisten gemeinsam gegen Zwangsdienste voringen. Ebenso rebellierten die Kolonisten aus Schartowsthal gegen die Nichteinhaltung versprochener Rechte. Der Streit zwischen den Kolonisten und dem Entrepreneur Schartow eskalierte derart, dass der preußische König sich dazu entschloss, das Militär als ein Exempel in das Dorf zu entsenden. Nach diesen staatlichen Maßnahmen blieben 1780 lediglich noch zwei Familien übrig. 1792 zählte man aber 24 Bauernhöfe mit 139 Personen, was auch als ein Beispiel für die starke kulturelle Fluktuation angesehen werden kann.⁷³ Auch die 22 Kolonisten aus Stuttgart beklagten sich gemeinsam über die ihnen zugewiesenen vermoorten Ländereien, die ein erfolgreiches Wirtschaften in den Anfangsjahren nahezu unmöglich machten.⁷⁴ Bei einer Hochwasserkatastrophe am

69 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 189.

70 Viele Polen emigrierten zu dieser Zeit in das benachbarte preußische Gebiet, um der Unterdrückung durch die dortigen Grundherrschaften zu entfliehen. Aufgrund der enormen Anstrengung bei der Erlangung der versprochenen Rechte und Kolonistenstellen erwogen es die Kolonisten aus Streitwalde ernsthaft, wieder in die alte Heimat zurückzugehen.

71 Siehe *Kouschil* 2012, S. 40.

72 Zum Ende des 19. Jahrhunderts ließ der Hopfenanbau nach und in späteren Zeiten lässt sich nichts mehr über den Hopfenanbau im Warthebruch lesen.

73 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 228.

74 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 229.

25. Dezember 1779 arbeiteten die Kolonisten aus Brenkenhofsfließ, Malta, Scharthowsthal und Stuttgart nach Untätigkeit des Staates zusammen, um eine neue Querverbindung zum alten Bett des Ledlings zwecks besseren Wasserabflusses zu graben.⁷⁵ Anders verlief der Prozess gegen den Entrepreneur Scharthow im Fall der Landarbeitersiedlung Beaulieu.⁷⁶ Die den Kolonisten zugeteilten meliorisierten Areale von je sechs Morgen waren derart feucht und sumpfig, dass die Ernten kaum ausreichten, um den Winter zu überleben. Es starben 17 Kolonisten an Hunger. Auch die versprochenen Häuser entsprachen eher Hütten, durch die der Wind permanent pfiiff. In diesem Fall bekamen die Kolonisten Recht und der Angeklagte wurde verurteilt.⁷⁷ Diese kulturübergreifende Kooperation unter den Kolonisten untereinander gegen die grundherrschaftliche Willkür war keineswegs ein Einzelfall. Allerdings gab es auch innerhalb der Dorfgemeinschaft soziale Differenzierungen, wie in Hopfenbruch nachweisbar. Die zehn angesiedelten spezialisierten Hopfenbauern aus Polen, Mecklenburg und Sachsen mit ihren Zweifamilienhäusern und größerem Dachboden für die Hopfenernte hatten in den ersten Jahren schwere Erntebedingungen. Als später noch Büdner angesiedelt wurden und sie sich gegen die Laudemialpflicht zu wehren versuchten, traten Hopfenbauern und Büdner nicht gemeinsam auf.⁷⁸ Solche aus preußischer Sicht geführten Rebellionen wurden teils mit militärischer Härte niedergeschlagen, um auch ein Exempel zu statuieren.

Zudem wurden auch gezielt Gotteshäuser errichtet, die zur sogenannten Gruppe der Konkordien- oder Simultankirchen gehörten, in denen Anhänger sowohl der lutheranischen als auch der calvinistischen Konfession ihren Glauben praktizieren konnten. Diese Einrichtungen sollten dem Aufflammen von Konfessionsstreitigkeiten entgegenwirken. Neben den kulturellen Unterschieden gab es auch in Bezug auf die Konfession unterschiedliche Gruppierungen. So lassen sich u.a. die Mährischen Brüder, auch genannt Herrnhuter Brüdergemeinde, mit ihrem Zentrum in Neu Dresden und in Döllensradung sowie die Baptisten in Tschernow nachweisen.⁷⁹ Diese durch eine vorbildliche moralische Haltung charakterisierte Gemeinde der Herrnhuter Brüdergemeinde besaß ein eigenes Netzwerk, das sich im Oder-, Warthe- und Netzebruch über die kulturellen Grenzen hinweg etablierte.⁸⁰ Als in der Umgebung der Holländereisiedlung Albrechtsburg neue Kolonien angesetzt wurden, kamen viele neue Kossäten und Tagelöhner in die Kirche von Albrechtsburg. Die hiesige Kirche musste durch den Einbau von Emporen vergrößert werden, wo für die Neuankömmlinge feste

75 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 231.

76 Der Ursprung des Namens wird unter anderem mit König *Friedrich dem Großen* in Verbindung gebracht, der bei einer Visitation aufgrund der Armut dieser Siedlung hin und hergerissen war und ausgerufen haben soll: »*C'est beau lieu*« (Das ist ein schöner Ort).

77 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 230.

78 Siehe *Kouschil* 2012, S. 141.

79 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 243.

80 Die Herrnhuter Brüdergemeinde ging im 18. Jahrhundert aus der Pietismusbewegung der evangelischen Kirche hervor. Diese evangelische Bewegung betonte das Ideal eines an der Bibel orientierten Christentums mit starker Akzentuierung christlicher Nächstenliebe.

Plätze vorgesehen waren. Damals war ein fester Platz in der Kirche ein soziales Statussymbol. Die anfängliche Zuordnung der neugegründeten Kolonien zu älteren Gemeinden führte auf konfessioneller Ebene zu weiteren transkulturellen Verflechtungen. So war z.B. die Pfarrei Kriescht für die geistliche Betreuung der Kolonien Albrechtsburg, Brenkenhofsfließ, Groß Friedrich, Maryland, Beaulieu, Schartowsthal und Stuttgart verantwortlich.⁸¹ Eine der ältesten Kirchen kann auf das Jahr 1780/1784 datiert werden und lag in der Kolonie Louisa. Häufig wurden neben den Kirchen auch die Schulhäuser errichtet. Gerade dieser Aufbau der vom preußischen Staat geforderten Schulhäuser bedeutete zugleich die Errichtung der einzigen bislang vorhandenen Zentren einer im weiteren Sinne verstandenen (trans-)kulturellen Verschmelzung und Integration auf dem Dorf.

Die aus unterschiedlichen Ländern angeworbenen Kolonisten waren für ihren Besitz zu unterschiedlichen Gegenleistungen an den Grundherrn oder Oberigentümer verpflichtet. Die Erbzinsverträge, insbesondere der später angesiedelten Kolonisten, stellten neben dem erblichen Eigentum das nächst wichtige Rechtsverhältnis höherer Qualität bei dem Etablisement der Emigranten im Netze- und Warthebruch dar. Gerade diese komplexe Differenzierung feudaler Strukturen erforderte eine über die Grenzen heimatlicher Kultur hinweg kooperative Zusammenarbeit unterschiedlicher Kulturen, sodass durch die immer wieder vorhandene Fluktuation von Kolonisten und die damit verbundene Neuansiedlung von anderen Fremden ein neuer kultureller Input in die soziale Dorfgruppe kam. Der preußische Staat musste sogar per Gesetz mit einem »*Publicandum wegen des Auswanderns derer Colonisten im Warthebruch*« mit Androhung lebenslanger Haftstrafe vorgehen.⁸² Selbst Spitzel wurden unter den Kolonisten gegen ein Entgelt eingesetzt, um Auswanderungswillige ausfindig zu machen.⁸³ Trotzdem gab es aber auch Kolonien, wie z.B. Cocceji, die drei Jahre nach ihrer Gründung schon 72 Kolonisten aufweisen konnten und gut gediehen. Auch anhand der Namen konnte nachgewiesen werden, dass in diesem Dorf die Zahl und die Pioniere der ersten Stunde im 18. Jahrhundert relativ stabil geblieben sind.⁸⁴

Gerade das unterschiedliche Spektrum der Rechtsverhältnisse in den elf Kolonien im Warthebruch förderte die transkulturellen Prozesse, da sich immer wieder neue Koalitionen von fremden Kolonisten herausbildeten, um für ihre gemeinsamen Rechte zu kämpfen und den Vorkehrungen notwendiger Deicharbeiten nachzukommen. Da vor allem die späteren Erbzinsverträge mit sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten in Form von Frondiensten, Zwangstageslohn und Gesindezwang – auch für Kinder – verbunden waren, spricht *Kouschil* zu Recht von

81 Siehe dazu *Czarnuch* 2015, S. 245.

82 Siehe *Kouschil* 2012, S. 82–83.

83 So leistete nachweislich der Kolonist *Johann Schulze* aus Brenkenhofsfließ Spitzeldienste für den preußischen Staat, siehe dazu *Kouschil* 2012, S. 83.

84 Siehe *Kouschil* 2012, S. 183–196. Exemplarisch zu den Verträgen Cocceji-Neudorf und Cocceji-Neuwalde siehe *Czarnuch* 2015, S. 329–331.

»dienenden Kolonisten.«⁸⁵ Darunter fielen z.B. die 70 Kolonistenfamilien auf dem Etablissement Cocceji oder aber auch die zehn Hopfenbauern auf der Kolonie Hopfenbruch. Oftmals gingen aber auch die Verträge der frühen Holländersiedlungen mit den besseren rechtlichen Rahmenbedingungen verloren, sodass die einmal ausgehandelten Erbzinskontrakte nicht für die Ewigkeit gültig waren. Damit waren die Lebensbedingungen der später angesiedelten Emigranten vergleichbar mit den Bewohnern der alten Dörfer, sodass über die gleiche soziale Situation sich Verbindungen herausbilden konnten. Zudem zählte die preußische Verwaltung die alten »Holländer« ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu den Alteingesessenen. Ein Versuch, den alten Holländersiedlungen mit ihren Gründungsprivilegien den Status von Kolonistendörfern abzuerkennen. Zum Konzept der Warthe- und Netzemelioration gehört »[...] die Ansiedlung minderprivilegierten Kolonisten«, sodass man in diesem Fall von einer »[...] pervertierten Form des Siedlerrechts« sprechen kann.⁸⁶ Eine große Anzahl an Siedlern war von Anfang an von den versprochenen Benefizien und Privilegien ausgeschlossen worden.

Die Bewallungskommission im Warthebruch wies den Kolonisten meist weniger als 15 Morgen Bruchland zu, die jedoch nötig gewesen wären, wenn man ohne Nebenverdienst seine Familien ernähren hätte wollen. Dadurch erhielten sie aber Arbeitskräfte, die sich zwangsweise etwas nebenbei hinzuverdienen mussten. Ähnlich war die Situation auf den Ordensbrüchen, wo die neuangesiedelten Kolonisten ebenfalls dem Charakter nach ähnlich wie die Alteingesessenen ausgebeutet wurden. Die Tagelöhner waren damit nicht nur in ihrem Dorf tätig, sondern leisteten auch außerhalb ihres Wohnraumes in Vorwerken und in den alten Dörfern Dienste, was wiederum den Kontakt zwischen unterschiedlichen regionalen Identitäten intensivierte.

Im Jahre 1783 zählte die preußische Kammer in der Kolonie Brenkenhofsfließ 71 Seelen, die ohne Grund und Boden als Tagelöhner zusätzlich in den Kolonistenhäusern ihre Unterkunft suchten.⁸⁷ Dieses Dorf gehörte zu den am stärksten von Hochwasserkatastrophen und Überflutungen geprägten Kolonien. Anfang des 19. Jahrhunderts intensivierte sich dieser Zuzug und überbevölkerte das Dorf – es lebten nun fast genauso viele Kolonisten wie Einlieger in Brenkenhofsfließ. Das lag u.a. an der vorherrschenden Sonderform des Dorfes, da dort 20 »dienende« Zehnmorgener und 50 Tagelöhner als Fünfmorgener lebten. Weil die Zehnmorgener aufgrund ihrer anderweitigen Verpflichtungen das Land nicht allein bewirtschaften konnten, rekrutierten sie Knechte und Mägde auch aus umliegenden Altdörfern, die bei ihnen auch im Haus mitlebten. Die Kombination »Frondienste« und »Eigenwirtschaft« führte in dieser Kolonie zu einer transkulturellen Verflechtung innerhalb und außerhalb des Etablissements. Die Flucht vor den alten Lasten bedingte regelrecht eine Emigration aus den alten Dörfern in

85 Siehe Kouschil 2012, S. 41.

86 Zitat aus Kouschil 2012, S. 60.

87 Siehe Kouschil 2012, S. 53.

die neuen Bruchkolonien, sodass nun eine beschleunigte Durchmischung von Alteingesessenen und Kolonisten der ersten und zweiten Generation erfolgte. Die 20 Vorwerkskolonisten mit zehn Morgen Land und die 50 Arbeiterkolonisten mit fünf Morgen Land erhielten auf Kosten des Königs 35 Doppelhäuser, in denen jeweils zwei Familien benachbart wohnten. Ende 1774 war die Peuplierung dieses Landstriches vollendet. Ende 1775 hatten jedoch aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen viele Kolonisten ihre Lose wieder an andere Neubesitzer verkauft.⁸⁸ Der permanente Zuzug neuer fremder Menschen veränderte das bunte kulturelle Gefüge dieser Neusiedlung ständig. Das Dorf unterlag damit einer dauerhaften transkulturellen Durchmischung, sodass eindeutige Exklusion- und Inklusionsprozesse nicht auszumachen sind. Die Frondienste verhinderten das Arbeiten am eigenen Land zusehends und brachten großen Unmut unter die Siedler, die auch hier gemeinsam gegen die ihnen aufgebürdeten Feudallasten opponierten. Nach langwierigen Verhandlungen bekamen jedoch die Zehnmorgener vom Ordensbruch zusätzliche Wiesenareale, die Fünfmorgener bekamen nichts.⁸⁹ Nach einem Hochwasservorfall erbaute man zwischen 1789 und 1798 neue Häuser für die Zehnmorgener, die sich nun durchsetzen konnten und nur Einzelhäuser bekamen. Dies zeigt, dass der Zusammenhalt der Zehnmorgener gegenüber dem Grundherrn des Johanniterordens nicht kulturell bestimmt war, sondern aus sozialen Gründen gespeist wurde. Damit teilte sich die Neusiedlung räumlich in Groß-Brenkenhofsfleiß mit den alten Häusern und in Klein-Brenkenhofsfleiß mit den neuen Häusern der privilegierten Zehnmorgener. Erst mit der Säkularisierung 1810 wurde der preußische Staat zum neuen Besitzer des Dorfes und verkaufte Ländereien aus dem Vorwerk Maryland an die Fünfmorgener Kolonisten. Diese taten sich kulturübergreifend zusammen und kauften als Gemeinschaft das ihnen angebotene Land und verteilten es unter den 44 Kolonisten. So kauften die Fünfmorgener im Rahmen ihre Möglichkeiten auch weitere Lose von anderen Kolonisten ab, um ihren Besitz zu vergrößern, um von den Vorwerksdiensten wegzukommen und um sich auf ihre eigene Scholle konzentrieren zu können. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts konsolidierten sich die Verhältnisse für alle Kolonisten zunehmend.

4.4 Die Kolonisation des Oberspreewaldes

Eine Besonderheit im Rahmen der preußischen Kolonisation stellte die Enklave im preußischen Teil des Oberspreewaldes dar. Aufgrund der ländlichen Abgeschlossenheit und Erreichbarkeit dieser Ländereien um das Dorf Burg, das mit Sorben besiedelt war, sind zu Beginn des 18. Jahrhunderts weniger kulturelle Verflechtungsprozesse zu verzeichnen.⁹⁰ Trotz preußischer Oberhoheit, die sicherlich

⁸⁸ Siehe dazu *Kleber* 1925, S. 15.

⁸⁹ Siehe dazu *Kleber* 1925, S. 15.

⁹⁰ Hierbei ist zu erwähnen, dass es in der sorbisch (wendischen) Kultur keine Diskussion um die beiden Kulturbezeichnungen »Sorben« und »Wenden« gibt. Zur Etymologie der beiden Begriffe siehe *Roggan* 2007, S. 13.

lenkend und verordnend die Sorben auch kulturell im Laufe der Geschichte prägten, ist eine gewisse Homogenität und Erhaltung der tradierten sorbischen Kultur zu konstatieren. So gibt es z.B. eine auffallende Ähnlichkeit sorbischer Mannes- tracht und der frühen preußischen Militärmontur.⁹¹ Die Kulturlandschaft um das Dorf Burg und seiner von Flurzwang geprägten Flurverfassung vom späten Mittelalter bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts war ein überwiegend abgeschotteter gemeinschaftlicher Lebens- und Wirtschaftsraum sorbischer Siedler. Die beiden später gegründeten Koloniesiedlungen beim Dorf Burg mit der Kauper- und Koloniesiedlung zeugen von einer bis heute existenten Unterschiedlichkeit im Erscheinungsbild.⁹² Eine Karte von 1719 belegt, dass man schon vor 1725 ohne vorherige Absprache mit den preußischen Behörden weitere Kaupenbereiche im Umland vom Dorf inoffiziell mit 104 Gehöften urbar machte.⁹³ Diese Besiedlung zur Zeit *Friedrich Wilhelms I.* erfolgte durch die zweite Generation des Dorfes Burg, da die Bevölkerung auf natürlichem Wege stetig zunahm und der Wohn- und Lebensraum zu klein wurde. Aus der im Dreißigjährigen Krieg intakt gebliebenen sorbisch geprägten Kulturgemeinschaft und einer zu vermutenden natürlichen Bevölkerungszunahme erwachsen zum Ende des 17. Jahrhunderts wichtige Impulse für die Kultivierung und Urbarmachung bisher unwirtlicher Lebens- und Wirtschaftsräume auf den Kaupen. Eine Ansiedlung weiterer fremder Kolonisten ist damit in diesem Schritt der »Kolonisation« nicht erfolgt. Nachdem die preußischen Behörden diese eigenmächtige Binnenkolonisation auf den Kaupen nachträglich vermerkten, verzeichneten sie bei der Neuerschließung staatlichen Landes 102 Hofstellen mit Burger Familiennamen, zwei hingegen deuten nur auf ausländischen Zuzug hin. Besonders die Sorben, die dort schon seit Jahrhunderten ihre Kultur und tradierten Bebauungs- und Urbarmachungsmethoden im Oberspreewald perfektionierten, konnten in diesem äußerst schwer zu kultivierenden Landesteil Preußens überleben. Sowohl die Sprache und Religion als auch die Traditionen und Kultivierungsmethoden überlebten die Zeit und stellen damit – partiell bis heute – eine eigene homogene Gruppe sorbischer Identität dar. Die Neusiedler auf den Kaupen wurden dennoch fälschlicherweise als Kolonisten bezeichnet. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass das sorbische Wort »*koln-jár*« irrtümlich mit dem Begriff Kolonist übersetzt wurde. Allerdings leitet sich das Wort von »*kalnica*« bzw. »*kalny*« ab, was so viel wie sumpfig bedeutet. Damit bezeichnen die Begriffe »*Koln*« oder »*Kolnen*« lediglich einen Menschen, der im Oberspreewald auf sumpfigem Land gesiedelt hat.⁹⁴ Aufgrund dieser Begriffsver-

91 Siehe dazu *Roggan 2007*, S. 63.

92 Siehe dazu *Roggan 2007*, S. 9.

93 Der Begriff »*Kaupen*« umschreibt eine kleinere Erhebung im sumpfigen Gelände, die einer dauerhaften Überschwemmungsgefährdung ausgesetzt ist. Das sorbische Wort »*kupa*« liegt diesem Begriff zugrunde und ist mit dem deutschen Wort »*Anhöhe*« oder »*Erhebung*« zu übersetzen. Die Bezeichnung der Kaupen als landschaftliches Element geht damit unmittelbar auf die sorbischen Siedler zurück und hat sich bis heute noch als Begriff erhalten. Siehe dazu *Roggan 2007*, S. 24.

94 Zur Begriffsgeschichte siehe *Roggan 2007*, S. 29.

wirung darf nicht der Rückschluss gezogen werden, dass bei allen preußischen Kolonisationen fremde Menschen angesiedelt worden seien und damit transkulturelle Prozesse in Gang gesetzt wurden.

Trotz der gemeinsamen sorbischen Herkunft lagen soziale Differenzierungen innerhalb der Dorfgemeinschaft vor. Die unter größtem persönlichen Einsatz und Arbeitsleistung geschaffenen neuen Agrarflächen in den Kaupen stellten nicht nur eine Ergänzung zu der limitierten Dorfflur dar, sondern kristallisierten sich als eine Chance heraus, Büdner, Kossäten und Hausleute zu namhaften Landbesitzern mit eigenverantwortlicher Wirtschaftstätigkeit zu machen. Aus ehemaligen Mitgliedern der Dorfgemeinschaft wurden nun auf eigenes Risiko meliorierende und wirtschaftende Einzelpersonen. Gerade mit dem Konzept der Transkulturalität lässt sich nachweisen, dass die vermeintliche Kolonisation *Friedrich Wilhelms I.* auf den Kaupen ein Mythos war, da sich nahezu ausschließlich eigenmächtig nur sorbische Einheimische aus dem Dorf Burg hier ansiedelten. Das »*Kauper-Etablissement*« wuchs von 47 Kauperfamilien im Jahre 1719 auf 169 Kauperfamilien im Jahre 1800.

Erst die zweite Besiedlungswelle in Verbindung mit dem preußischen Staat als Initiator erfolgte mit fremden Kolonisten. Den preußischen Planern bot sich ein Kulturlandschaftsbild sorbischer Prägung einer in weiten Teilen durchmeliorierten Landschaft, an der die preußische Peuplierungspolitik gewinnbringend ansetzen konnte. Erst ab 1765 im Rahmen der friderizianischen Binnenkolonisation lässt sich ein vermehrtes Auftreten fremder Familiennamen nachweisen. Damit ist es nach Roggan auch sachlich falsch, »[...] wenn die Burger Kauper in älteren und neueren Veröffentlichungen bedeutungsgleich mit den angeworbenen Kolonisten gesetzt werden.«⁹⁵ Diese Urbarmachung im Jahr 1769 erfolgte auf Grundlage der Meliorations- und Besiedlungserkenntnisse alteingesessener Burger Familien sorbischer Herkunft, worauf 67 Kolonisten, 60 Wohnhäuser, sieben Scheunen und 51 Ställe planmäßig errichtet worden sind. Zahlreiche Neusiedler kamen aus dem nur wenige Kilometer entfernten Gebiet Sachsens, waren aber aufgrund des Grenzübertrittes dennoch als fremde Kolonisten bezeichnet worden. 35 Neusiedler auf der später Burg-Kolonie genannten Territorialfläche waren Inländer. Der friderizianische Gedanke der demographischen und wirtschaftlichen Stärkung des preußischen Staates durch die ausschließliche Ansiedlung fremder kolonisationsfreudiger und arbeitsamer Ausländer war bei dieser Kolonie nicht umgesetzt worden. Auch wenn die Summe der Ausländer nicht zu so einer starken kulturellen Durchmischung führte wie im Oderbruch, so traten dennoch Nutzungskonflikte zwischen den zusammenhaltenden alten Kolonisten sorbischer Herkunft und den neuen Siedlern im Kontext friderizianischer Peuplierungspolitik auf. Die gegenseitige Abneigung dauerte noch jahrzehntelang und führte oftmals zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Akteure der preußischen Spreewaldkolonisation bis zum Jahre 1750 überwiegend Angehörige der einhei-

95 Zitat aus Roggan 2007, S. 66.

mischen sorbischen Bevölkerung waren, die sich mit den schweren landschaftlichen Bedingungen auseinandersetzten und das weitestgehend abgeschiedene Land kultivierten. Die Kaupenbesiedlung durch die alteingesessenen Sorben ist als eigenständige Leistung sorbischer Kolonisten ohne Hilfestellung des preußischen Staates zu würdigen. Gerade dieser Besiedlungserfolg in einer siedlungsfeindlichen Gegend erweckte bei den preußischen Behörden Aufmerksamkeit, um auch aus diesem Landstrich einen Ertrag für die Kämmereikasse zu erwirtschaften. Die tradierte Sachkunde bei der Melioration und Urbarmachung der Spreewaldländereien genügte, um in den Bereichen außerhalb der Dorfflur in den weiter entfernten, schwer zugänglichen Arealen die Kaupensiedlung mit ihrer »[...] beachtlichen landeskulturellen und ökonomischen Eigenart zu begründen.«⁹⁶ Die speziellen Kenntnisse beim Wohnungsbau mit archaischen Schmuckgiebeln am Haus, die an alte sorbische Traditionen bis heute noch erinnern, waren raffiniert durchdacht, da man das Wohnhaus im Notfall bei Überschwemmung verrollen konnte.⁹⁷ Die jahrhundertlang erprobte Bauweise und der Austausch nicht angepasster Bauweisen bei der ersten Siedlergeneration führten zur Übernahme durch die friderizianischen Kolonisten. Damit konnten der preußische Staat und die fremden Kolonisten bei der offiziellen Besiedlung regelrecht bei den Alteingesessenen abschauen, um die Burg-Kolonie mit den dringend notwendigen Kenntnissen der sorbischen Bewohner erfolgreich umzusetzen. Die an befahrbare Fließe angelegten Grundstücke sorbischer Kolonisten erfüllten als Lebens- und Wohnraum vielfältige Funktionen und wurden bei der Grundstücksaufteilung unter strikter Beachtung vorhandener topographischer Gegebenheiten aufgebaut. Im Gegensatz dazu prägen die in der Burg-Kolonie verteilten Grundstücke mit ihrem planmäßigen, rechteckigen Schema das klar definierte Landschaftsbild. Der starke kulturelle Zusammenhalt der sorbischen Bewohner des Dorfes Burg und der Kaupensiedlung verhinderte lange Zeit aufgrund des Kampfes um die vorhandenen landschaftsgebundenen Ressourcen einen kooperativen Austausch mit den neuangesiedelten Kolonisten. Damit belegen diese Kultivierungsprozesse bei aller positiven Wirkung aber auch, dass es oftmals ein regelrechter Kampf gegen die Naturgewalten und gegen den hartnäckigen Widerstand der Einheimischen war.⁹⁸ So zeigt das Landschaftsbild des Oberspreewaldes bis heute mit seiner einerseits organischen Grundstruktur im Rahmen der inoffiziellen Kultivierung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts und andererseits mit seiner rechteckigen Gestaltung des offiziellen Kolonisationsprozesses ab der Mitte des 18. Jahrhunderts eine klare historische Exklusionslinie zwischen den beiden Kolonien. Trotz dieser anfänglichen Exklusionsprozesse erforderten vor allem eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit und die damit verbundene In-

96 Zitat aus Roggan 2007, S. 71.

97 So erregt die Merkwürdigkeit des Hausverziers beim Touristen des Spreewaldes große Aufmerksamkeit. Es sind vor allem die gekreuzigten Schlangenköpfe über den Giebelfirsten. Im Christentum als »Satan« bezeichnet, genießt das Schlangensymbol bei den slawischen Völkern die Funktion eines bewahrenden Segensbringers.

98 Siehe aus Blackburn 2007, S. 50.

standhaltung der befahrbaren Fließe ein kooperatives Zusammenarbeiten aller Bewohner des Oberspreewaldes – ein Austausch und Kontakt war trotz der anfänglichen Abneigungen unbedingt erforderlich. Damit wirkte indirekt die schwierige topographische Lage des Landes als ein Motor für transkulturelle Prozesse, da das Räumen von Hauptgräben und Fließen regelmäßig zum Wohlergehen aller der dort lebenden Menschen erfolgen musste.

4.5 Die Urbarmachung am Niederrhein durch pfälzische Auswanderer

Ein weiteres Beispiel für die Vielgestaltigkeit transkultureller Prozesse stellt die Urbarmachung unkultivierter Heidegründe am Niederrhein durch pfälzische Auswanderer dar.⁹⁹ Zahlreiche Pfälzer Familien siedelten auf der Gocher Heide (Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf), der Asperdischen Heide und Voßheide bei der Stadt Goch, auf der Bönninghardter Heide und auf der Königshardt bei Oberhausen und Neudorf bei Duisburg. In pathetischer Überhöhung betonte O. v. Schütz 1863 die raumprägenden Anstrengungen der emigrierten Kolonisten auf der Gocher Heide, indem er den prächtigen Baumhof hervorhob, »[...] welcher zum Ressort des Mannes gehört, und schon beim ersten Anblick davon Zeugnis gibt, daß die meisten Pfälzer noch von ihrer oberländischen Heimat her die Obstzucht gut verstehen.«¹⁰⁰ Aber nicht nur die Anwendung heimatlicher Kenntnisse spiegelte sich in der kulturlandschaftlichen Erscheinung durch die vorzügliche Umsetzung obstzüchterischen Wissens wider, sondern auch das urbar gemachte Feld, »[...] wo der Bauer, während seine Frau bedächtig hinter ihm hergeht, mit froher Lust und Gottlob noch oftmals mit einer gewissen Andacht Dir die lieben Gottesgaben weist, die er im Schweiß seines Angesichtes erlangt; und dieser Gang durch die Felder, welche aus ehemaligem ödem Heideboden ein wunderbar gesegnetes Gefilde geworden sind, hat [...] etwas wirklich Erhabenes.«¹⁰¹ Vor allem in der Anfangszeit des Kultivierungsprozesses war die menschliche Arbeitskraft zur Urbarmachung die einzige energetische Quelle, weil »[...] sie für's erste weder Pferde noch Kühe besaßen.«¹⁰² Hier siedelte eine meist größere homogene kulturelle Gruppe inmitten einer katholischen Umgebung, die aufgrund des Zusammenhaltes lange Zeit ihre Kultur und einher gebrachten Traditionen bewahren konnte. Ohne staatliche und lokale Unterstützung wäre allerdings dieses peuplierungspolitische Unterfangen nicht zu realisieren gewesen, da »[...] dieser Heidegrund viel Zeit, Arbeit und Kosten zur Urbarmachung erfordert.«¹⁰³ Nicht unerwähnt darf aber auch die Hilfe lokaler Kräfte bei dem peuplierungspolitischen Kolonisationsprojekt bleiben, die zunächst eher durch die Klevische

99 Eine Untersuchung zur preußischen Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Gebieten belegt, dass auch außerhalb der Kernregionen preußischer Herrschaft binnenkolonisatorische Maßnahmen umgesetzt wurden. Siehe dazu Zbroschzyk 2017, S. 263–300.

100 Zitat aus Schütz 2000, S. 18.

101 Zitat aus Schütz 2000, S. 19.

102 Zitat aus Schütz 2000, S. 61.

103 Zitat des Gocher Magistrats aus dem Jahr 1744, entnommen aus Schütz 2000, S. 83.

Kammer unterwandert wurde. So hob der Pfarrer *O. v. Schütz* in seinem Werk über die Pfälzer Siedler hervor, dass die lokale Bevölkerung »[...] nach Kräften sich der armen Fremden liebevoll angenommen, um welche es sonst wahrlich noch weit schlimmer gestanden hätte«, sodass es »[...] eine urkundlich verbürgte Tatsache (ist), welche noch die spätesten Nachkommen der Pfälzer Emigranten in dankbarem Andenken behalten mögen, daß jene, so lange sie noch in Goch weilten, das ist von Michaelis 1741 bis zum Frühjahr 1743, durch die Wohltätigkeit des Magistrates und durch die christliche Liebe der evangelischen Gemeinde, ja durch die Menschenfreundlichkeit vieler katholischer, israelitischer und mennonitischer Einwohner der Stadt zum großen Teil unterhalten worden sind, also daß sie ihr ohnehin geringes Vermögen in dieser ganzen Zeit nur wenig anzugreifen brauchten, sondern es möglichst zur Kolonisierung der Heide verwenden konnten.«¹⁰⁴

Im Gegensatz zu der Besiedlung der Bönninghardter Heide war wohl bei diesem Kultivierungsprojekt eine gewisse Unterstützung einheimischer Bevölkerungsteile aus konfessionellen und philanthropischen Gründen gegeben.

Da die protestantischen Pfälzer Kolonisten ihr eigenes Siedlungsgebiet in einer sonst stark katholisch geprägten Umwelt aufbauen konnten, blieben sie weitgehend unter sich. Dies führte dazu, dass sie ihre kulturelle Identität, wie man auch heute z.B. noch vor allem bei der älteren Generation am Dialekt erkennen kann, bewahrten.¹⁰⁵ Somit kann bei der pfälzischen Insel im niederrheinischen Gebiet nicht von einer Assimilierung der Kolonisten im 18. Jahrhundert gesprochen werden, weil die mitgebrachten Werte- und Kulturmuster aufgrund der konfessionellen Andersartigkeit gegenüber der überwiegend katholischen Umlandbe-



Abb. 3: Gedenkkreuz bei Pfalzdorf zur Erinnerung an den ersten pfälzischen Friedhof
Markus Zbrochzyk 2012

¹⁰⁴ Zitat aus *Schütz* 2000, S. 60.

¹⁰⁵ Im Gegensatz zu den Gocher Kolonisten assimilierten sich die in das evangelisch geprägte Ostfriesland emigrierten Pfälzer vollständig.

völkerung geschützt und tradiert wurden. Da das Pfälzer Interesse darin bestand, sowohl die eigene kulturelle Identität zu bewahren als aber auch den täglichen Kontakt und die Interaktion mit den in der frühen Phase der Kolonisationszeit lieb gewonnenen Bürgern der Stadt Goch zu begrenzen, kann man von langsamer ablaufenden transkulturellen Prozessen ausgehen. Die Kolonistenfamilien praktizierten inmitten einer katholischen Umgebung konsequent ihren Glauben und bemühten sich früh um eine kirchliche Eigenständigkeit der Siedlung, sodass hier eine Exklusion vorlag, die sich bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts halten sollte. Aufgrund der kleineren Gruppen pfälzischer Kolonisten z.B. in den rechtsrheinischen Kolonien Königshardt und Neudorf bewahrten lediglich die pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf stärker ihre kulturelle Eigenart, die dennoch durch die umgebenden und staatlichen Einflüsse eine »neue« pfälzische Kultur emergierten. Gerade in den rheinischen Territorien sind unterschiedliche Dynamiken transkultureller Prozesse bei den pfälzischen Siedlungen nachweisbar und zeugen damit von der Vielfalt von Inklusions- und Exklusionsprozessen.

5 Fazit

Die Folgen der Anwendung des methodischen Konzeptes »*Transkulturalität*« für die kulturlandschaftliche Forschung sind nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Historizität von gegenwärtigen und historischen Kulturlandschaften noch nicht absehbar. Hierbei können die neu gewonnenen Erkenntnisse zu andersartigen Konsequenzen bei der Bewertung von Kulturlandschaften führen als bisher. Wie die dargestellten Beispiele preußischer Besiedlungspolitik im 17. und 18. Jahrhundert belegen, führten die transkulturellen Prozesse innerhalb der stellenweise durch Melioration und Urbarmachung neu entstandenen Kulturlandschaften und die Besiedlung ehemals wüster Hausstellen auf dem Land keineswegs zu einer Uniformierung von Kulturlandschaften. Angewendet auf die historisch-geographische Forschung zur frühneuzeitlichen Kolonisation Preußens steht das Konzept der Transkulturalität – analog zu den Kulturen – nicht für eine Orientierung jenseits jener Dichotomien, die von klar abgrenzbaren Kulturlandschaften ausgeht. *Welschs Hybriditätstheorie* hat aber auch damit keine kulturlandschaftliche Relativität zur Folge – im Gegenteil. Vielmehr ermöglicht sie dem Forscher trotz partiell vorhandener, lückenhafter Quellengrundlage mithilfe des Transkulturalitätskonzeptes eine neue Sichtweise zu entwickeln, die die historischen Kulturlandschaften in ihrer Komplexität und Vielfalt deutlicher erkennen lässt. So führten die lokalen transkulturellen Prozesse z.B. in den Neusiedlungen des Oderbruchs zu einer Zusammenarbeit von preußischer Bürokratie, ortsansässigen Einheimischen und angeworbenen Fremden dazu, dass von einer Nivellierung kulturlandschaftlicher Areale keine Rede sein kann. Vielmehr wurde die kulturlandschafts-genetische Diversifizierung vorangetrieben. Damit sind auch Rückschlüsse auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse und Verallgemeinerungen in Bezug auf die kulturlandschaftliche Genese größerer Regionen

wie des Oderbruchs insgesamt nur mit größter Vorsicht zu genießen, da kleinräumige territoriale und lokale Besonderheiten nicht zu unterschätzen sind. Gerade hierbei erfordert das Konzept der Transkulturalität aus methodischer Sicht kleinräumige Studien, um durch Erschließung quellengestützter Belege zu gültigen historischen Ergebnissen kulturlandschaftlicher Entwicklung zu kommen.

Die Melioration und die Vervollkommnung sowie Pflege der Entwässerungssysteme erfolgten unter der koordinierenden Aufsicht des preußischen Staates durch die Bruchbewohner selbst. Dieser intensive Kontakt auf den unterschiedlichen sozialen und grundherrschaftlichen Ebenen führte zu einem dauerhaften transkulturellen Prozess, der eine eigene, neue Kulturlandschaft in den Köpfen der Bruchkolonisten emergierte. Die Siedler empfanden sich nach einiger Zeit nicht mehr ausschließlich als Pfälzer, Polen oder Schweizer, sondern als »Oder-, Warthe- oder Netzebrücher«. Dieser Prozess verlief aber auf lokaler Ebene unterschiedlich schnell und muss immer in seiner jeweiligen Ausformung zeitlich und räumlich differenziert werden. Die soziale Konstellation, die sich aufgrund der unterschiedlichen Rechtsstellung der Kolonisten auf Neuland und durch die Erhöhung der Bevölkerungszahl bei der Vergrößerung bestehender Dörfer und Vorwerke oder in den Kolonien selbst im Laufe der Zeit ergaben, ist neben der konfessionellen Zuordnung vielfältig und komplex. So blieb z.B. der Grad der Abhängigkeit in den adeligen Kolonistendörfern von der Grundherrschaft im Allgemeinen größer. Die gemeinsame ungünstige Rechtslage zwischen den Kolonisten gegenüber dem jeweiligen Grundherrn, aber auch zwischen den Kolonisten und Alteingesessenen, bedingte einen intensiveren Kontakt der unterschiedlichen regionalen Identitäten untereinander.

Die preußische Herrschaft versuchte im Zuge der Melioration und Urbarmachung der Brüche ab Mitte des 18. Jahrhunderts, die alten Dörfer mit ihren teils archaischen Gepflogenheiten und ihrem Gemeinwesen mit komplexen sozialen Differenzierungen sowie unterschiedlichem Besitztum in Gemengelage in die Neugestaltung der Bruchländereien mit einzubinden. Die angestrebte Aufhebung der Erbuntertänigkeit, die Dezimierung frondienstlicher Arbeiten und die Auflösung vorwerklicher Tätigkeitsbereiche konnten nur auf den königlichen Domänenländereien tatsächlich umgesetzt werden (z.B. in Pyrehne und Gennin). So stieß selbst *von Brenkenhoff* mit seiner Egalisierung des Grundbesitzes in den Dörfern an grundherrschaftliche Grenzen adliger Willkür und archaischer Manifestationen organisch gewachsener sozialer Vielgestaltigkeit der Gemeinden. Das Aufbegehren und der Widerstand wegen nicht eingehaltener Versprechungen einerseits, aber auch die existenzbedrohenden Überschwemmungen und Missernten andererseits führten zu einem transkulturellen Miteinander zwischen den Kolonisten und Alteingesessenen, die nun für die gleiche Sache kulturübergreifend kämpften. Im Bewusstsein der ungeheuren erbrachten Leistung fremder Kolonisten in einer als siedlungsunfreundlich zu bezeichnenden Lage fasst folgender Satz die Situation gut zusammen und erklärt mitunter die große Fluktuation: »*Dem Ersten bringt's den Tod, dem Zweiten bittere Not, dem Dritten dann das Brot.*«¹⁰⁶ Ungeachtet der komplizierten, rechtlich unterschiedlichen Lage der neugegründeten Kolonien und der schwierigen Anfangsjahre sowie des Kampfes gegen feu-

dale Ausbeutung und Herrschaftswillkür gebührt sowohl den Planern, königlichen, adligen und städtischen Grundherren und Baumeistern als auch den fremden Kolonisten eine anerkennende Hochachtung bei der Errichtung einer neuen Kulturlandschaft, die zu einem Ort intensiver transkultureller Prozesse wurde.

Bei Kolonien, die auf Ländereien mit Nutzungsrechten alteingesessener Dorfbewohner lagen, wurde der Status quo alter Interessen- und Nutzungslagen durch den Zuzug fremder kultureller Identitäten mit der Notwendigkeit darauffolgender Neuregelung bestehender Nutzungsrechte und -gewohnheiten untergraben. Da die ständig latent vorhandene Unsicherheit der Ernährung immer noch ein den Alltag und die Mentalität der meisten preußischen Untertanen bestimmendes Phänomen der frühneuzeitlichen Epoche war, mag die oftmals hervortretende Abneigung gegenüber ländlichen und städtischen Emigranten und Fremden insgesamt in den zahlreichen räumlichen Nutzungskonflikten seine Wurzeln haben. Die Nutzungsansprüche unterschiedlichster Akteure einheimischer und ausländischer Untertanen trafen hier auf verschiedenen sozialen Ebenen aufeinander und mussten in einem gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess immer wieder neu ausdiskutiert werden. Eine Konfrontation, aber damit auch ein erzwungener Kontakt, war unausweichlich. Trotz aller Gegensätze benötigten die Neusiedler die Kenntnisse der Alteingesessenen. Zum Beispiel ist allen Spreewaldhäusern die einzigartige, über Jahrhunderte gewachsene Erfahrung bei der Berücksichtigung kleinklimatischer, bauphysikalischer und naturräumlicher Gegebenheiten durch die spreewaldtauglichen Material-, Konstruktions- und Nutzungsprinzipien gemeinsam.

Vor diesem Hintergrund entstanden zahlreiche Variationen der Kombination von Hofstellen und Häusern der Groß-, Mittel-, und Kleinsiedler sowie Büdnerstellen im Oder-, Warthe und Netzebruch. Die Gründungen frühneuzeitlicher Kolonien können als ein Versuch zur Schaffung einer neuen kulturellen Gemeinschaft eines Konglomerates fremder Menschen gedeutet werden, die aus den verschiedensten Territorien des Deutschen Reiches und Europas in die neugegründeten Ortschaften der Brüche oder wüsten Ländereien gekommen sind. Die gemeinsame Erschaffung der Kulturlandschaft »Oderbruch« und die damit zusammenhängende Erbauung von Dörfern war ein Wert an sich für alle dort siedelnden Menschen, die hier auf neu urbargemachtem Land oder auf den Hochflächen einen Platz zum Leben gefunden haben.

Das preußische Ziel einer selbstständigen Bauernschaft konnte hierbei nicht immer durchgesetzt werden. Allerdings wirkte die Vergabe verschieden großer Bauernstellen gemessen an dem vormaligen Besitz vor der Einwanderung ins preußische Land stabilisierend auf die Gesamtsituation der Kolonisten, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in der Anfangszeit gravierenden Umstellungen sowie existenzbedrohenden Unsicherheiten ausgesetzt waren. Auch die Entwurzelung von der alten Heimat und die Begegnung mit anderen kulturellen Verhal-

106 Zitat aus Roggan 2007, S. 48.

tensweisen und Mustern fremder regionaler Identitäten in der neuen Heimat emergierten eine neuartige persönliche und räumliche Selbstbestimmung. Gerade die daraus resultierende Vielfalt historischer Wirklichkeit und Differenziertheit historischer Kulturlandschaften sind ein lohnendes heuristisches Unterfangen, frühneuzeitliche Peuplierungsprozesse in Preußen unter dem Aspekt der Transkulturalität zu untersuchen. Vor allem die Brüche an der Oder, Warthe und der Netze unterlagen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einer intensiven, dauerhaften Migration. Im Zusammenhang individueller und kollektiver Identitätswürfe kristallisierten sich Bereiche permanenter Übergangsphasen heraus, in denen die Frage nach Inklusions- und Exklusionsprozessen nicht eindeutig beantwortet werden kann. Transkulturelle Prozesse waren dennoch vielfach in regionale landschaftliche Kulturprofile eingebunden, die, wie am Niederrhein, zu klar abgrenzbaren kulturlandschaftlichen Räumen führen konnten. Transkulturalität verlangt dem historisch-geographisch arbeitenden Forscher die stetige kritische Arbeit ab, adäquate Differenzierungen vorzunehmen, Zusammenhänge bewusst zu konstruieren und die historische kulturlandschaftliche Genese in ihrer Diversifikation hervorzuheben.

Zusammenfassung

Transkulturelle Räume sind auch eine historische Erscheinung der Frühen Neuzeit, die aufgrund der Migration zahlreicher Wirtschafts- und Konfessionsflüchtlinge in ganz Europa im Rahmen aktiver staatlicher Anwerbungspolitik kulturlandschaftsprägende Spuren transkultureller Prozesse hinterließ. Vor allem die preußischen Herrscher verstanden es, in einer Zeit aufklärerischer Gedankenexperimente, eine aktive und anwerbungsfreundliche Peuplierungspolitik zu entwickeln. Es lassen sich im Rahmen der preußischen Urbarmachung und Melioration des Oder-, Warthe- und Netzebruches sowie des Spreewaldes, aber auch im Kontext landkolonialisatorischer Ansiedlung von Pfälzern am Niederrhein unterschiedliche Dynamiken und Ausformungen im transkulturellen Prozess erkennen. Dieser ermöglicht für die historisch-geographische Forschung eine neue Perspektive auf kulturlandschaftliche Entwicklungen.

In diesem Aufsatz legt der Autor einführende und methodische Gedanken zum Konzept der Transkulturalität für die frühneuzeitliche historisch-geographische Forschung anhand des Beispiels zur landbezogenen Kolonisationspolitik Preußens dar. Dabei werden die Chancen und methodischen Schwierigkeiten von Erkenntnisgewinnen anhand speziell ausgewählter Beispiele diskutiert und problematisiert. Insbesondere für die Historische Geographie sind die daraus resultierende Vielfalt historischer Wirklichkeit und Differenziertheit historischer Kulturlandschaften ein lohnendes heuristisches Unterfangen, frühneuzeitliche Peuplierungsprozesse in Preußen unter dem Aspekt der Transkulturalität zu untersuchen.

Summary

Transcultural areas in early modern times
Rural colonisation policy of the Prussian sovereigns

Transcultural areas are also a historical phenomenon of the Early Modern Ages; for example due to active state-controlled recruitment politics everywhere in Europe numerous economic and religious refugees migrated, which left man-made traces of transcultural processes.

First and foremost, the Prussian sovereigns knew how to develop pro-active and pro-recruiting population politics in the Age of Enlightenment. As part of the Prussian cultivation and melioration process in the areas of the “Oder” “Warthe” and “Netzebruch” as well as the “Spreewald” region, but also in the context of colonial style settlement of Palatines in the Lower Rhine area, one can discover dynamic forces and shapings in the transcultural process. This enables historical-geographical research to develop a new perspective on man-made cultural processes.

In this paper the author presents introductory thoughts and methodical ideas by proposing the concept of transcultural landscapes for the early modern historical and geographical research on the basis of Prussian colonisation politics as an example. The chances and methodical difficulties are discussed in order to gain more knowledge and stipulate the problems on the basis of especially selected examples. Thus, the resulting diversity of historical reality and the variety of historical cultural landscapes are a rewarding heuristic venture – particularly for Historical Geography – to examine in detail Prussian population politics under the aspect of transculturation processes.

Literatur

- Beheim-Schwarzbach, M. (1874):* Hohenzollerische Kolonisation. Ein Beitrag zur Geschichte des Preußischen Staates und der Kolonisation des östlichen Deutschlands. – Leipzig.
- Bade, K. u. Oltmer, J. (2008):* Mitteleuropa. Deutschland. – In: Bade, K.; Emmer, C.; Lucassen, L. u. Oltmer, J. [Hrsg.]: Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. – 2. Aufl., Paderborn, S. 141–170.
- Bader, W. (2011):* Die weite Welt im Warthebruch. – In: Oststernberger Heimatbrief, S. 28–29.
- Beier-de Haan, R. (2005):* Zuwanderungsland Deutschland. Migration 1500–2005. Eine Einführung. – In: Beier-de Haan, R. [Hrsg.]: Zuwanderung Deutschland. Migration 1500–2005, Berlin, S. 9–19.
- Bergér, H. (1896):* Friedrich der Große als Kolonisator. – Gießen.
- Blackbourn, D. (2007):* Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. – München.
- Czarnuch, Z. (2015):* Das Warthebruch. Die Geschichte der Bändigung eines Flusses, übers. von Eckart Böhringer. – 2. und verbesserte Aufl., Witnica.

- Ipsen, D. (1994):* Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie. – In: Lindner, R. [Hrsg.]: Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität. Frankfurt a.M., S. 232–254.
- Kleber, O. (1925):* Brenkenhofsfließ. Die Geschichte eines Warthebruchdorfes. – Landsberg.
- Kouschil, C. (2012):* Landesausbau in der Neumark unter Friedrich II. Bäuerliche Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse im unteren Warthebruch (18. Jahrhundert bis Mitte des 19. Jahrhundert). – Berlin.
- Lausberg, M.:* Hugenottische Einwanderung nach Preußen. Das Edikt von Potsdam und ähnliche Dekrete. – In: e-Portfolie von Michael Lausberg (http://www.michael-lausberg.de/index.php?menue=grosswerk&inhalt=hugenottische_einwanderung_preussen, abgerufen am 22.7.2018)
- Lausberg, M. (2007):* Hugenotten in Deutschland. Die Einwanderung von französischen Glaubensflüchtlingen. – Marburg 2007.
- Lee, R.W. (1975):* Zur Bevölkerungsgeschichte Bayerns 1750–1850, britische Forschungsergebnisse. – In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62, S. 309–338
- Lee, R.W. (1973):* Probleme der Bevölkerungsgeschichte in England 1750–1850, Fragestellung und vorläufige Ergebnisse. – In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 60, S. 289–310.
- Liesenberg, C. (2003):* Die Kolonisation des Oderbruchs. Planung, Ablauf und Ergebnisse eines absolutistischen Besiedlungskonzeptes aus baulicher Sicht. – Univ. Diss., Weimar.
- Netzwerk Transkulturelle Verflechtungen: Transkulturelle Verflechtungen. Mediävistische Perspektiven. – Göttingen 2016.
- Neuhaus, E. (1996):* Die Fridericianische Kolonisation. – Landsberg.
- Nippert, E. (1995):* Das Oderbruch. Zur Geschichte einer deutschen Landschaft. – Berlin.
- Peters, J. (2012):* Die Zukunft des Oderbruchs. – In: Bundeszentrale für politische Bildung: Geschichte im Fluss. Flüsse als europäische Erinnerungsorte. Die Oder. – o.O., abrufbar unter <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-im-fluss/135934/die-zukunft-des-oderbruchs?p=all> (abgerufen am 6.8.2018).
- Pfister, Ch. (2007):* Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1500–1800 (EdG; 24). – 2. Aufl., München.
- Rassem, M. u. Stagl, J. [Hrsg.] (1980):* Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit, vornehmlich im 16. und 18. Jahrhundert. – Paderborn (Quellen und Abhandlungen zur Geschichte der Staatsbeschreibung und Statistik, 1).
- Roggan, A. (2007):* Das Amtsdorf Burg und die Kaupenbesiedlung. Ein außergewöhnlicher Vorgang in der preußischen »Inneren Kolonisation« des frühen 18. Jahrhunderts. – Bautzen (Schriften des Sorbischen Instituts, 44).
- Schenk, W. (2011):* Historische Geographie (Geo Wissen Kompakt). – Darmstadt.
- Schütz, O.H. von (2000):* Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen und mündlicher Überlieferung. – 4. Aufl., Pfalzdorf.
- Schwarzer, O. (1998):* Aspekte der Raumabgrenzung und Fragen der Stabilität von Kulturräumen bzw. Wandel der Raumstrukturen durch wirtschaftliche Beziehungen. – In: Bahadir, S.A. [Hrsg.]: Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Erlangen (Arbeitspapiere des Zentralinstituts für Regionalforschung, 3), S. 15–18.
- Sieglerschmidt, J. (2004):* Bevölkerungsgeschichte. – In: Schulz, G. [Hrsg.]: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. München (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, 169).

- Spiegelberg, K. (2012):* Das Oderstromsystem. Von der Quelle bis zum Haff. Eine europäische Kulturlandschaft mit wissenschaftlicher Akribie dokumentiert. – 2., erweiterte und verarb. Ausgabe, Berlin.
- Szultka, Z. (2006):* Die friderizianische Kolonisation Preußisch-Pommerns (1740–1786). – In: *Zeitschrift für Osteuropäische Forschung* 53, S. 159–193.
- Welsch, W. (2010):* Was ist eigentlich Transkulturalität. – In: Darowska, L.; Lüttenberg, Th. u. Machold, C. [Hrsg.]: *Hochschule als transkultureller Raum? Kultur, Bildung und Differenz in der Universität*. Bielefeld 2010, S. 39–66. (Aufsatz vorhanden als PDF unter URL: http://www2.uni-jena.de/welsch/papers/W_Welsch_Was_ist_Transkulturalit%C3%A4t.pdf) abgerufen am 15.7.2018)
- Zbrochzyk, M. (2017):* Die preußische Peuplierungspolitik als »kulturlandschaftsgestaltende« Idee in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. bis 19. Jahrhundert. – In: *Siedlungsforschung* 34, S. 263–300.
- Zbrochzyk, M. (2014):* Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. bis 19. Jahrhundert. – Univ. Diss., Bonn (<http://hss.ulb.uni-bonn.de/2014/3618/3618.htm>), abgerufen am 28.11.2018).

Patrick Reitinger

Transkulturelle Raumkonstrukteure

Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik¹

»Das ganze tschechoslowakische Volk eine große Trauergemeinde! Die Million, die in Prag von Masaryk Abschied nehmen konnte, diese Million, die in Ehrfurcht erschauerte, als langsam die Lafette den Sarg, der den toten Präsidenten barg, vorübertrug, war ja nur ein Teil dieser großen Gemeinschaft. Im ganzen Land nahm an diesem Tag, nahm in diesen Stunden die Bevölkerung Abschied von dem ersten Präsidenten ihrer Republik. Es waren Millionen, die Masaryk zum letzten Male grüßten. [...] Nicht nur die Tschechoslowaken! Denn größer als das tschechoslowakische Volk, viel größer ist die Trauergemeinde. Ihr gehören auch an die demokratischen deutschen, magyarischen, polnischen und karpatorussischen Staatsbürger, vor allem die sozialistischen Arbeiter dieser nationalen Minderheiten. Auch sie haben Masaryk verehrt und geliebt. Auch sie haben vertrauensvoll zu ihm aufgeschaut. Auch sie haben in ihm den vorbildlichsten Menschen unserer Zeit gesehen. Sie haben in ihm nicht nur den Staatspräsidenten geachtet, sie haben den Menschen Masaryk geliebt.« (Hofbauer 1938, S. 12f.).

Es lassen sich viele Auszüge finden, die ganz ähnlich aus einer zeitgenössischen Perspektive auf den Tod des ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik, *Tomáš Garrigue Masaryk*, blicken (z.B. *Oellermann* 2013, S. 309). Das vielleicht Besondere an diesen Ausführungen ist, dass sie nicht aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzt wurden, sondern im Original auf Deutsch vorliegen. Es sind die Worte des Sozialdemokraten *Josef Hofbauer*, der 1938, wenige Monate nach dem Tod *Masaryks*, seine Erinnerungen und Eindrücke in einem Buch niederschrieb, dem er den Titel *»Der große alte Mann. Ein Masaryk-Buch«* gab. Die Überlieferung in deutscher Sprache ist in diesem historischen Kontext von besonderer Bedeutung, da in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit der Sprachenfrage immer wieder eine zentrale Bedeutung zukam und in der Verwen-

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

derung *des Deutschen* und *des Tschechischen* eine mögliche Opposition zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen im jungen Staat angenommen wurde.

Im vorliegenden Beitrag wird ein Akteur in den Blick genommen, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen mit all den Spannungen und Herausforderungen zu kämpfen hatte, die die Erste Tschechoslowakische Republik als Ganzes erfassten – von dem man diese Zerrissenheit aber nicht unbedingt erwarten konnte, weil doch das vermeintlich zentrale Argument dieser Zeit, nämlich die Zuordnung zu einem bestimmten Nationalitätenkonstrukt über die Sprache so eindeutig war: Es handelt sich um die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die, dem Namen entsprechend, eigentlich durch und durch *deutsch* war, die aber als ein Beispiel dafür genommen werden kann, um zu zeigen, dass die so lange tradierte Fundamentalopposition von *den Deutschen* und *den Tschechen* bei näherer Betrachtung nicht standhält.

Der Beitrag blickt auf die Gründungsphase der neuen Tschechoslowakischen Republik nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches im Anschluss an den Ersten Weltkrieg. Dabei konzentriert er sich auf die raumpolitischen Überlegungen der deutschsprachigen Sozialdemokratie zwischen 1918 und 1920 und zeigt auf, dass die Partei als *transkultureller Raumkonstrukteur* bezeichnet werden kann, der verschiedene kulturelle Bezüge in seine politischen Diskussionen fruchtbar integrierte. Das Konzept der *Transkulturalität* wird in diesem Beitrag in einem breiten Sinne als verstehende Analysedimension aufgegriffen, bei dem ein bestimmtes Kollektiv, hier die deutschsprachige Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit, als Merkmalsträger unterschiedlicher kultureller Identitäten betrachtet wird. Damit wird ein Akteur in den Blick genommen, der – so die zentrale These – als *Kontaktzone* zwischen deutschsprachigen und tschechischsprachigen Menschen und Diskursen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik fungierte.

1 Die Sozialdemokratie und die Gründung der Tschechoslowakischen Republik

Als *Karel Kramář* am 14. November 1918 das Ende der Habsburgischen Herrschaft und die Gründung der Tschechoslowakei als neue Republik verkündete, befand sich *Masaryk* noch in den Vereinigten Staaten von Amerika. Einen Tag später traf *Masaryk* den amerikanischen Präsidenten *Woodrow Wilson* im Weißen Haus, das er nicht nur mit der verbalen Unterstützung der USA verließ, sondern zusätzlich mit einigem Geld, das für den Aufbau des neuen Staates benötigt wurde. In Prag wurde *Masaryk* bereits dringend erwartet. Es war nicht nur die symbolische Präsenz, die nötig war, um durch seine Anwesenheit den Beginn einer neuen staatlichen Zeitrechnung einzuleiten. *Masaryk* hatte einen wichtigen Vorteil, der in der unmittelbaren Nachkriegs- und Staatsgründungszeit entscheidend sein konnte: Er war bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit den Sozialdemokraten eng verbunden und wurde von den Anführern der Arbeiterbewegung zumindest respektiert – was nicht unbedingt auf den neuen Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, *Karel Kramář*, zutraf.

In Prag spielten sich ähnliche Entwicklungen ab wie in vielen anderen europäischen Hauptstädten zu der Zeit. Auch gerade in den Staaten, die sich neu herausbildeten, erkannten die Sozialistinnen und Sozialisten eine große Chance, in Anlehnung an den Sieg der Bolschewiki in Russland die eigenen Ideen in den neuen Staatsformen umzusetzen.

In einem Brief an den späteren Außenminister *Edvard Beneš*, der sich zu der Zeit noch in Paris aufhielt, äußerte *Kramář*: »*Unsere Situation ist immer noch ziemlich unsicher – hier gibt es viel Wahnsinniges. Unsere Sozialisten haben große Angst vor der Opposition in ihren eigenen Reihen, vor dem Bolschewismus, und so ist die Sache ein wenig hart. Sie und Masaryk müssen bald zurückkehren, Sie haben vorerst – das passiert in den böhmischen Ländern nie lange – ungenutzt Popularität und Autorität, und Sie werden sicher sein, dass es Ihnen gelingt, unsere Partisanen des Bolschewismus zu befrieden. Masaryk sollte so schnell wie möglich zurückkehren, das hätte eine gute Wirkung. Gerade jetzt, in einer kritischen Zeit, wäre sein Einfluss auf die Sozialisten sehr nützlich. Wir haben hier in Prag bolschewistische Agitatoren.*« (Zeman 1976, S. 118f., ins Deutsche übersetzt).

Eine Einbindung der sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte im neuen Staat war schon deshalb wichtig, weil diese Akteure im Zentralorgan der tschechischen nationalen Befreiungsbewegung, dem Nationalausschuss in Prag, kaum integriert waren. Die Zusammensetzung des 30 Mitglieder umfassenden Gremiums, das noch während des Krieges am 13. Juli 1918 gegründet wurde, entsprach den Ergebnissen der Wahlen in das Wiener Parlament im Jahr 1911, weshalb die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten. Auf der einen Seite war das Interesse groß, links-revolutionäres Potential möglichst klein zu halten, auf der anderen Seite wurden die rechtlichen Grundlagen des neuen Staates so gelegt, dass eine gewisse Kontinuität an die Verhältnisse im alten Habsburgerreich sichergestellt war. Der in Wien geborene und in der Tschechoslowakei wirkende sozialistische Jurist *Leonard Bianchi* urteilte in den Jahren nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in der Rückschau: »*Der Nationalausschuss in Prag richtete also sein Augenmerk auf den Schutz der Besitzenden, und deshalb nahm er sich den ruhigen Übergang von einer zur anderen Staatsform zum Ziel, ohne soziale Erschütterungen, ohne Änderung der gesellschaftlichen Ordnung und ohne revolutionäre Bewegungen der unzufriedenen Bevölkerung, die sich namentlich am Ende des Kriegs gegen die existierende Ordnung auflehnte.*« (Bianchi 1969, S. 10).

Die Führung des neuen tschechoslowakischen Staates war mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert wie es den Verantwortlichen um *Friedrich Ebert* im Deutschen Reich erging. Es musste innerhalb kürzester Zeit ein funktionierendes Staats- und Rechtssystem hergestellt werden, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Idee eines demokratischen Staates mit Leben zu füllen. So wie bei *Ebert* war es auch bei den Politikern in der Tschechoslowakei unumgänglich, an juristische und administrative Strukturen in der Vorrevolutionszeit anzuknüpfen, um diese Ziele zu erreichen. Wurden die revolutionären Veränderungen in Deutschland von den Sozialdemokraten federführend mitgestaltet, konnten die zentralen tschechischen Akteure, vor allem eben *Masaryk*, *Beneš*

und *Kramář*, nicht als Sozialdemokraten oder Sozialisten bezeichnet werden. Musste in Deutschland das neue Staatssystem so gestaltet werden, dass es gegen eine mögliche *Gegenrevolution von rechts* gewappnet war, musste in der Tschechoslowakei darauf geachtet werden, dass linksradikale Bewegungen zurückgehalten wurden. Eine Einbindung vor allem gemäßigter sozialdemokratischer Kräfte in das politische Geschehen in Prag war daher für die neue Staatsführung entscheidend.

Vor allem die tschechische Sozialdemokratie beanspruchte diesen Gestaltungswillen von Beginn an deutlich für sich: In einer Resolution auf deren 12. Parteitag im Jahr 1918 definierte die Partei ihre Aufgaben in der Tschechoslowakischen Republik. Dabei gehörten nicht nur zentrale sozialistische Forderungen wie die »*Vergesellschaftung der Produktionsmittel und [die] Sozialisierung der Erzeugung, der Sicherung des Rechts und der Pflicht der Arbeit sowie einer ordentlichen Verteilung der Produkte*«, sondern auch die Überzeugung, »*dass es zur Zeit die wichtigste Aufgabe der Partei ist, an der Festigung der tschechoslowakischen Republik mitzuarbeiten*« (Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei 1918) zum Kern ihrer Positionierung.

2 Wo dazugehören – Deutschösterreich oder Tschechoslowakei?

Dass mit *Beneš* und *Masaryk* zwei der zentralen politischen Akteure der neuen Tschechoslowakischen Republik zur Zeit der Staatsgründung in Amerika und in Frankreich verweilten, macht die internationale Dimension deutlich, in welche die Entwicklung im Herbst 1918 eingeordnet werden müssen. Zum zentralen Wort dieser Zeit wurde das sogenannte *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, das auf den amerikanischen Präsidenten *Woodrow Wilson* zurückging. Für *Wilson* war die Tatsache, dass die Nationalitätenkonflikte des langen 19. Jahrhunderts nicht rechtzeitig beigelegt wurden, eine zentrale Ursache für den Ersten Weltkrieg: »*Dieser Krieg hatte seine Ursprünge in der Missachtung der Rechte von kleinen Nationen und Völkern, denen die Verbindungen und die Macht fehlten, ihre Ansprüche geltend zu machen und so ihre eigenen Bündnisse und politisch-konstitutionellen Formen zu bestimmen.*« (*Wilson* 1917, zitiert nach *Leonhard* 2014, S. 659). Die nationalen Bestrebungen, die zu dem Zeitpunkt schon gut ein dreiviertel Jahrhundert in ganz Europa in unterschiedlicher, aber doch stets bestimmter Intensität verfolgt wurden, verstanden in diesen amerikanischen Worten die erhoffte Bestätigung ihrer Ziele und den Beginn ihrer souveränen Selbstbestimmung. Dass dies in einem vielsprachigen Staat wie der Habsburgermonarchie unweigerlich zu Interpretationsschwierigkeiten führen musste, war sicherlich schon 1916 abzusehen.

So reagierten die Beteiligten schnell, als der Erste Weltkrieg endlich sein Ende fand. Die Existenz Österreich-Ungarns in der bisherigen Form sollte bald vorbei sein, auch wenn in Wien zu Anfang doch noch nach einer versöhnlichen Lösung gesucht wurde: Am 2. Oktober 1918 versuchte der österreichisch-ungarische Staat noch den Umbau des Reiches zu einer Föderation. Doch schon Ende Okto-

ber waren die nationalen Bestrebungen überall erfolgreich gewesen. Die verschiedenen nationalen Akteure nutzten den Moment, um die Ansprüche der unterschiedlichen Teile des Reiches auf nationale Unabhängigkeit real werden zu lassen. Die internationale Unterstützung aus Washington, London und Paris gab den neuen Staaten auf dem Territorium des untergehenden Habsburgerreiches die nötige Legitimation von außen.

So wurden nicht nur die polnisch-, tschechisch- oder ukrainischsprachigen Politiker aktiv. Am 21. Oktober 1918 riefen die deutschsprachigen Abgeordneten des habsburgischen Reichsrates einen Nationalrat ins Leben, der den offiziellen Namen »*Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich*« erhielt. Am 30. Oktober 1918 folgte die Verabschiedung einer vorläufigen Verfassung für Deutschösterreich. Knapp 48 Stunden vorher wurde in Prag die Tschechoslowakei ausgerufen. Am 12. November proklamierte die Provisorische Versammlung die Republik Deutschösterreich und der Sozialdemokrat *Karl Renner* wurde erster Kanzler. Das Staatsgebiet sollte die deutschsprachigen Gebiete im Westen einschließlich Südtirols sowie Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens umfassen. Eine Entscheidung, die bei der deutschsprachigen Bevölkerung und den politischen Repräsentanten in den böhmischen, mährischen und schlesischen Gebieten durchaus auf Zustimmung traf. Denn auch sie proklamierten das Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich – nun gegenüber den Tschechen.

Nicht nur das Selbstbestimmungsrecht wurde von den tschechischsprachigen politischen Eliten in Prag anders interpretiert als von den deutschsprachigen Akteuren, die sich vor allem in den Grenzgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens befanden. Die Ereignisse rund um Revolution und Staatsgründung im Herbst 1918 erzeugte verschiedene Situationsdefinitionen. Die neue Republik Deutschösterreich, welche die deutschsprachigen Gebiete in der neuen Tschechoslowakei für sich beanspruchte, war de facto föderalistisch gestaltet. Dies bedeutete die Verlagerung wichtiger politischer Aktionen von Wien weg in die Provinz. Das stärkte zunächst die Machtverhältnisse der politischen Entscheidungsträger in der Provinz Deutschböhmen, einem Teil der neuen Republik Deutschösterreich auf dem Territorium der neuen Tschechoslowakischen Republik. Am 16. November 1918 trat in Liberec eine provisorische Landesversammlung zusammen, die die Repräsentation der deutschsprachigen Bevölkerung für sich beanspruchte. Zu dieser politischen Aufwertung kam die Vorstellung, dass der traditionell wirtschaftlich stärkere Norden Böhmens eine gute Ausgangslage für die neue Konstellation in einem deutschsprachigen Staatsgebilde sei.

Die Prager Perspektive war dagegen eine andere. Für sie waren die deutschsprachigen Gebiete vor allem Peripherie, über die es staatlichen Einfluss zu gewinnen galt. Unmittelbar nach der Gründung der Tschechoslowakei versuchte der neue Staat dann auch die Kontrolle über die Region zu erlangen, was verhältnismäßig schnell gelang. Schon im Dezember 1918 floh die deutschböhmisches Regierung von Landeshauptmann *Rudolf Lodgman von Auen* aus Liberec über Dresden nach Wien, wo sie zwar formal fortbestand, faktisch aber keine Gewalt mehr über die Provinz Deutschböhmen ausübt. Am 15. Dezember 1918 besetzten dann tschechoslowakische Soldaten Liberec und damit weitete der tschechoslo-

wakische Staat auch seine administrative Macht auf die deutschsprachigen Gebiete aus.

Die unklare Situation im Herbst 1918 und die unterschiedlichen Interpretationen des Selbstbestimmungsrechts der Völker waren spätestens an Weihnachten 1918 weitestgehend geklärt. Die deutschsprachigen Akteure in der Grenzregion versuchten sich zunächst noch gegen die Interessen aus Prag zur Wehr zu setzen. Nachdem ab dem 13. November 1918 weite Teile Deutschböhmens vom tschechoslowakischen Militär besetzt wurden, bildete sich vereinzelter Widerstand, der aber nie flächendeckende Auswirkungen hatte, weil es allein der Landesregierung der Deutschböhmen an militärischen Möglichkeiten fehlte. Eine vorangegangene Diskussion in Wien vom 6. November 1918, ob im Falle tschechoslowakischer Intervention auf reichsdeutsche Militärhilfe zurückgegriffen werden sollte, wurde negativ beendet. Die in der Zwischenzeit erfolgten Waffenstillstandsabkommen verhinderten ein Eingreifen deutschösterreichischer Truppen im Grunde sowieso. Gewaltsame Kämpfe gab es dann nur vereinzelt, wie zum Beispiel in Most. Hier war der Widerstand der Volkswehr am größten. Am 26. November 1918 setzte man sich gegen die tschechoslowakischen Truppen noch durch, diese verstärkten dann ihre Anzahl, sodass sich die Volkswehr einen Tag später nach heftigen Straßenkämpfen geschlagen geben musste.

Diese Ausgangslage im Herbst und Winter 1918 deutete schon an, dass es für die tschechischen Akteure in der neuen Tschechoslowakischen Republik ungleich schwieriger war, die Sozialdemokratie zu integrieren, als dies zum Beispiel im Deutschen Reich der Fall war. Denn im Gegensatz zu Deutschland spielte in der Tschechoslowakei neben einem Kampf verschiedener politischer Ideen und Ideologien auch der Konflikt zwischen den verschiedenen Sprachen und den daraus resultierenden Nationalitätenzuordnungen eine zentrale Rolle. So reichte es nicht, dass *Masaryk die Sozialdemokratie* auf seine Seite brachte, vielmehr musste er geschickt damit arbeiten, dass die sozialdemokratische Bewegung nach Sprach- und Nationalitätenkriterien in verschiedene Parteien aufgeteilt war. Und die verschiedenen sozialdemokratischen Parteien mussten sich zu den nationalistisch aufgeladenen Diskussionen entsprechend positionieren.

3 Raumvorstellungen der deutschsprachigen Sozialdemokratie vor und nach der Staatsgründung

Selbstverständlich beschäftigte sich die deutschsprachige Sozialdemokratie in den Böhmisches Ländern schon vor dem Ersten Weltkrieg mit Fragen der politischen Geographie innerhalb des Habsburgerreiches. Spätestens ab der Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge zahlreicher Nationsbildungsbestrebungen innerhalb der Donaumonarchie waren alle politischen Akteure in die Diskurse um die Gestaltung Österreich-Ungarns und die Wahrung nationaler Minderheitenrechte eingebunden. Schon bald bildete sich das Argument der Sprachlichkeit als zentrales Argument für die Zugehörigkeit zu verschiedenen Nationen heraus.

Auf dem Brünner Parteitag von 1899 trat erstmals der böhmische Sozialdemokrat *Josef Seliger* vor einer größeren Parteiöffentlichkeit auf. Er agierte auf diesem Beitrag als Referent für den Tagesordnungspunkt »*Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Österreich*«. Die im Zusammenhang mit diesem Parteitag formulierten Äußerungen *Seligers* können als Grundzüge für seine nationale Politik gewertet werden, die aufgrund seiner zentralen Rolle in der späteren Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik auch für die Gesamtpartei prägend werden sollten. Viele seiner Positionen fanden schließlich auch Einzug in den Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie, wo das Nationalitätenprogramm der habsburgischen Sozialdemokratie beschlossen wurde, das zur Lösung der nationalen Probleme in der Donaumonarchie eine Demokratisierung des Staates und die Umgestaltung im Sinne einer ethnischen Föderalisierung vorschlug. Ein genauerer Blick in die Debatten des Parteitages zeigt bereits, dass die verschiedenen nationalen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie durchaus unterschiedliche Interessen zur Reform des Staates verfolgten.

Was sich 1899 andeutete, wurde dann in der Ersten Tschechoslowakischen Republik unter anderen staatlichen Vorzeichen fortgeführt. Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei war für sich noch einmal aufgesplittet in einen deutschböhmischen, einen deutschmährischen und einen deutschschlesischen Teil. Diese Teile zusammengenommen vertraten wiederum Positionen, die mit der tschechischen Sozialdemokratie nicht immer übereinstimmten – davon abgesehen, dass neben nationalen Interessen auch politisch-ideologische Interessen im Kampf um die *wahre Lehre des Sozialismus* stets eine Rolle spielten.

Josef Seliger übernimmt innerhalb der deutschsprachigen Sozialdemokratie dann auch nach der Revolution im neuen Tschechoslowakischen Staat eine zentrale Rolle ein. Daher lohnt sich ein näherer Blick auf die raumpolitischen Vorstellungen von *Seliger* in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen. *Klaus Zessner* arbeitete dabei heraus, dass diese Vorstellungen einem Wandel unterzogen waren und innerhalb weniger Monate – vor allem im Kontext der Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz – den realpolitischen Entwicklungen in Europa und der Tschechoslowakei folgten. *Zessner* teilt den Wandel der Zielsetzungen für den Zeitraum von Oktober 1918 und September 1919 in drei Abschnitte ein (vgl. *Zessner* 1976, S. 116f.).

Zunächst war die Politik *Seligers* zwischen November 1918 und März 1919 konsequent auf die völlige Abtrennung der deutschsprachigen Gebiete vom tschechischen Staat gerichtet. Damit vertrat er die Position des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts der deutschsprachigen Bevölkerung und propagierte einen Anschluss der Gebiete an die Republik Deutschösterreich. Auch, nachdem der tschechoslowakische Staat die Herrschaft über die Gebiete faktisch durchsetzen konnte, hielt er zunächst an dieser Forderung fest. Die beginnende Friedenskonferenz und die dort geführten Diskussionen führten dazu, dass sich ab Mitte März 1919 bis Mitte Juni 1919 eine Phase des Übergangs abzeichnete. Das Hauptaugenmerk der Aktivitäten und Argumentationen lag zwar nach wie vor auf dem Kampf um das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht im Sinne

einer Loslösung von der Tschechoslowakei; angesichts der internationalen Entwicklungen und der deutlichen Führsprache für den tschechoslowakischen Staat durch die zentralen Akteure aus den USA, Frankreich und Großbritannien erkannten auch *Seligler* und die deutschsprachigen Sozialdemokraten, dass nun eine Kompromisslösung angestrebt werden müsse. Ziel sollte nun ein weitgehender Autonomiestatus der deutschsprachigen Bevölkerung innerhalb der Tschechoslowakei sein. Ab Juni 1919 realisierte die Parteiführung der deutschsprachigen Sozialdemokratie endgültig, dass sie sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen werde. Sie akzeptierte die neuen Realitäten, die die Pariser Friedensverhandlungen geschaffen hatten, und verfolgten nun das Ziel, die Partei auf die politische Arbeit innerhalb der Tschechoslowakei vorzubereiten. Auch die sozialdemokratische Presse änderte ihren Duktus und unterstrich nun die Forderung nach weitgehender Autonomie und vor allem nach der Beteiligung der deutschsprachigen Politikerinnen und Politiker an der verfassungsgebenden Versammlung in der Tschechoslowakei. Denn durch die anfängliche Fundamentalopposition gegen den tschechoslowakischen Staat waren die deutschsprachigen Akteure bei der Entwicklung der Staatsverfassung bisher nicht daran beteiligt. Im September 1919 formulierte die Partei dann auf dem Teplitzer Parteitag in ihrem Staatsprogramm diese Haltung verbindlich und machte sie zur Grundlage der künftigen Politik innerhalb des Staates.

Hier zeigte sich die Grundhaltung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei spätestens ab Ende 1919, die in großen Teilen zu dem zurückkehrte, was schon 1899 – noch in der Realität des Habsburgerreiches – formuliert wurde. Das Interesse der deutschsprachigen Sozialdemokratie war nun also nicht mehr die Herauslösung der deutschsprachigen Bevölkerungsteile aus dem neuen Nationalstaat, sondern vielmehr die Föderalisierung der Staatsstrukturen mit starken Landesteilen, die sich an den Nationalitätenkonstruktionen und den Sprachgrenzen orientierten.

4 Die deutschsprachige Sozialdemokratie im Tschechoslowakischen Staat

Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik versuchte fortan integrativ zu wirken und die Konflikte an der Linie verschiedener Sprach- und Nationalitätenkonstellationen zu überwinden. Zunächst sollte dies für die sozialdemokratische Bewegung an sich gelten: Es fanden immer wieder Versuche statt, im Sinne der Sozialistischen Internationale die Kooperationen zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei zu stärken. Bis 1893 hatten die verschiedenen sozialdemokratischen Politikerinnen und Politiker im Habsburgerreich in einer übernationalen gesamtösterreichischen Sozialdemokratie zusammengearbeitet, bis sich die tschechische Sozialdemokratie dann abspaltete. 1920 prägte dann die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Akteuren innerhalb der Sozialdemokratie den Parteialltag und eine weitere Spaltung, dann in Sozialdemokratie und Kommunisten, konnte nicht verhindert werden.

Es rückten nun vermehrt politisch-ideologische Konflikte in den Vordergrund und das Argument der Nationalität oder Sprache geriet in den innerparteilichen Diskussionen in den Hintergrund. Deutlich wird dies an einem Beispiel, bei dem die Einigkeit unter linken Politikerinnen und Politikern eigentlich ohne weitere Probleme gegeben sein sollte: Der Durchführung der Demonstrationen und Feierlichkeiten zum 1. Mai. Im Zuge des Parteitags der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik in Ústí nad Labem im Dezember 1923 berichtete der Parteivorstand von der schwierigen Kooperationen zwischen den Akteuren, die sich in einem Brief der deutschsprachigen Sozialdemokratie an die tschechischsprachigen Sozialdemokraten und die Kommunisten ausdrückte: *»Wir verhehlen uns nicht die großen Schwierigkeiten, die dem Zusammenwirken der drei proletarischen Parteien in diesem Staate entgegenstehen, sind aber trotzdem der Anschauung, daß im Sinne der für alle drei Gruppen geltenden internationalen Beschlüsse auch innerhalb der Tschechoslowakei ein Anfang in der Herstellung der internationalen proletarischen Einheitsfront gemacht werden könnte. Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei schlägt daher vor, die Massenkundgebungen in der Tschechoslowakei nicht am 20. April, sondern am 1. Mai zu veranstalten und zu den allgemeinen internationalen Parolen noch die Forderung nach der Sozialversicherung dazuzunehmen. Es wird wohl jede Gruppe am 1. Mai ihre eigenen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen abhalten. Wir glauben, daß die Resolution, die in allen Maidemonstrationen beschlossen werden soll, gleichartig im Sinne der Berliner Beschlüsse abgefasst werden könnte. Ferner halten wir es für möglich, daß die besonders formierten Maifestumzüge zu einem Gesamtumzug zusammengefaßt werden, wodurch unsere Zusammengehörigkeit im Kampfe um das gemeinsame Ziel anschaulich und drastisch manifestiert würde. Wir sind bereit, zunächst in gesonderte Verhandlungen mit den Parteien der Zweiten und der Dritten Internationale einzutreten. Sobald die prinzipielle Geneigtheit der beiden Gruppen, unseren Vorschlag zu beraten, ausgesprochen ist, könnte über die Durchführung der gemeinsamen Absichten dann eine Beratung stattfinden, an der etwa je drei Vertreter jeder Partei teilnehmen können.«* (DSAP 1923, S. 22).

Der Brief vom 8. April 1922 resultierte aus den *»Beschlüssen der Berliner Konferenz der Vertretung der drei internationalen Organisationen des Proletariats«* (DSAP 1923, S. 22), mit denen die verschiedenen sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien unter dem Anspruch des Internationalismus und der Auflösung nationalstaatlicher Argumentationen zur Zusammenarbeit aufgefordert wurden. Die Kommunistische Partei reagierte in einer Antwort am 10. April 1922 grundsätzlich offen, die tschechischsprachige Sozialdemokratie mit einem offenen Brief in der *Pravo Lidu* deutlich ablehnend: *»Der Einladung der deutschen sozialdemokratischen Partei zur gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der kommunistischen Partei über die Veranstaltung vereinigter Kundgebungen am 1. Mai können wir aus prinzipiellen und taktischen Gründen nicht willfahren. Die Berliner Konferenz der drei Internationalen hat nicht die bindende Verpflichtung ausgesprochen, daß die Kundgebungen in allen Ländern gemeinsam stattfinden müssen, sondern nur dort, wo es die Verhältnisse möglich ma-*

chen«. Diese Stilisierung erwirkten die Kommunisten, welche in Rußland gemeinsame Kundgebungen mit den übrigen sozialistischen Parteien nicht veranstalten wollen.« (DSAP 1923, S. 23). Damit bezogen sich die tschechischen Sozialdemokraten auf den Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten in Russland, den sie als grundsätzlichen Verrat an der sozialistischen Idee und als zentrales Argument gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ins Feld führten. Dass die deutschsprachige Sozialdemokratie scheinbar ohne größere Probleme über diese kommunistischen Agitationen und Aggressionen hinweg sah, wollten die tschechischsprachigen Sozialdemokraten nicht akzeptieren.

Dieser Briefwechsel macht deutlich, dass die fehlende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen linken Parteien dann ab Anfang der 1920er Jahre vor allem an politisch-ideologischen Differenzen scheiterte. Die deutschsprachige Sozialdemokratie behielt trotzdem fortan den Wunsch zur Integration in den tschechoslowakischen politischen Diskurs bei. Diese Haltung wurde dann in den 1930er Jahren wieder relevant, als vor allem in den nun sogenannten sudetendeutschen Gebieten mit dem Aufstieg der Sudetendeutschen Partei um *Konrad Henlein* die Autonomie und die staatliche Unabhängigkeit der deutschsprachigen Gebiete zentrale Forderung vor allem der deutschsprachigen Teile der deutschsprachigen Bevölkerung und der dazugehörigen politischen Akteure wurde. Große Teile der deutschsprachigen Sozialdemokratie blieben auch dann treu an der Seite des Tschechoslowakischen Nationalstaates – und somit in Opposition zu den nationalsozialistischen Bestrebungen hin zu einer Angliederung der deutschsprachigen Gebiete, nun nicht mehr an Österreich, sondern an das Deutsche Reich, wie es nach dem Münchener Abkommen 1938 und dem Einmarsch deutscher Truppen im Frühjahr 1939 dann auch passieren sollte. Durch die Opposition gegen diese Bestrebungen und die Loyalität zum tschechoslowakischen Staat wurden viele deutschsprachige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dann ab 1939 Opfer des Nationalsozialismus in den Konzentrationslagern.

Mit der Anpassung der raumpolitischen Visionen an die raumpolitischen Realitäten nach den Pariser Friedenskonferenzen und die zunehmende integrierende Grundhaltung im Alltag der tschechoslowakischen Republik förderte dann vor allem in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Annäherung an die tschechischsprachige Sozialdemokratie. Hier wurde fruchtbar gemacht, dass trotz aller Nationalitäten- und Ideologiekonflikte im Kontext der Gründungsphase in der Tschechoslowakei die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter gewissen Umständen zwischen deutschsprachigen und tschechischsprachigen Sozialdemokraten nie aufgegeben wurde. In den Gesandtschaftsberichten des Vertreters des Deutschen Reiches in Prag findet sich daher bereits am 7. Mai 1919 eine Notiz dazu: »Ich erfahre, daß zwischen den deutschen und tschechischen Sozialisten merkliche Annäherungen stattfinden, zu dem Zweck, nach Proklamierung der (das deutsche Siedlungsgebiet einschließende) Reichsgrenzen, den sozialen Kampf gemeinsam aufzunehmen und eine gemeinsame klassenkämpferische Front zu erreichen. Diese Entwicklung liegt in der Richtung dessen, was ich für wahrscheinlich halte, wenn die Tschechen in nationalen Fragen einigen Takt beweisen. An eine stürmische, die Pariser Entschlüsse rücksichtslos mißachtende Aufstands-

bewegung, die aus dem verwundeten Nationalbewußtsein des Deutschböhmen und Sudetenlandes spontan hervorbräche, vermag ich nach allem, was ich bisher erkundet und erfühlt habe, immer weniger zu glauben.» (Alexander 1983, S. 161f.)

5 Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik – ein transkultureller Raumkonstrukteur?

Die deutschsprachigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können wohl schon ab den beginnenden 1920er Jahren nicht mehr als natürliche Verbündete für eine reichsdeutsche Unabhängigkeit oder gar eine Vereinigung mit dem Deutschland der Weimarer Republik gewonnen werden. In der zweiten Hälfte der Ersten Tschechoslowakischen Republik, ab 1929 und bis 1938 war die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei sogar Teil der tschechoslowakischen Regierung, bis 1935, dem Aufstieg der Sudetendeutschen Partei als größte deutschsprachige Partei in der Tschechoslowakei.

Der ständige Hinweis auf das Argument der Sprachlichkeit in den verschiedenen politischen Kollektiven erweckt den Eindruck, dass die Bevölkerung in der Tschechoslowakei auch tatsächlich nach diesen vermeintlichen nationalen Kriterien voneinander getrennt war. Das Beispiel der deutschsprachigen Sozialdemokratie zeigt dagegen vielmehr, dass ein und derselbe Akteur, auch dann, wenn das Argument der Sprachlichkeit eine vermeintliche homogene Zuordnung zu einem deutlich definierbaren Nationalitätenkonstrukt vermuten lässt, das einfache Spiel von Inklusion und Exklusion nicht rechtfertigt. Diese Akteure sind vielmehr transkulturelle Akteure, weil sie allein durch die Einbettung in einen transkulturellen Diskurs, durch die ständigen Bezüge und Verbindungen zu den Debatten und Argumenten anderer, angeblich nach Nationalitätenkriterien abgeschlossener Gruppierungen, diese *Diskurse von außen* in das eigene Kollektiv integrieren. Ein Akteur wie die deutschsprachige Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei kann nur aus der Perspektive der Transkulturalität verstanden werden. Es sind verschiedenste kulturelle Bezüge, die immer wieder aufgegriffen und innerhalb des Kollektivs verarbeitet werden. Schon die lange Schule des multinationalen und multikulturellen Großreiches, der Habsburgermonarchie, in dem viele der genannten Akteure umfangreiche transkulturelle Erfahrungen sammeln und Praktiken erlernen konnten, wirkte selbstverständlich in die politischen Diskussionen und Entwicklungen der jungen Tschechoslowakei hinein.

Eine transkulturelle Perspektive auf die raumpolitischen Akteure verändert die analytische Haltung gegenüber der konkreten Raumpolitik, die diskursiv formuliert und dann zum Teil auch tatsächlich umgesetzt wird. So sind die Überlegungen zur Integration der deutschsprachigen Gebiete in die Republik Deutschösterreich oder in die Tschechoslowakische Republik zwischen 1918 und 1920 nicht in eine *deutsche* und eine *tschechische* Perspektive zu unterscheiden. Die – manchmal zeitgenössisch, oftmals nachträglich – formulierten Trennungs- und Exklusionsprozesse, die zu einer angeblich verhärteten Opposition zwischen zwei Kollektiven innerhalb eines Staates führen, sind – und das zeigt das Beispiel

der deutschsprachigen Sozialdemokratie deutlich – nur transkulturell zu fassen. Und erst eine solche transkulturelle Perspektive sensibilisiert für eine offene Haltung, die im wissenschaftlichen wie im gesellschaftlichen Diskurs nationale Zuschreibungen und ethnisch-kulturelle Trennungen auflöst. Selbstverständlich täuscht eine solche transkulturelle Perspektive nicht über die unzähligen Konflikte zwischen den Kollektiven hinweg. Nur sind auch diese Konflikte nicht nach der Leitdifferenz *deutsch/tschechisch* zu verstehen, sondern in ihrem Kern als transkulturelle Ereignisse und Prozesse zu beschreiben.

Zusammenfassung

Deutschsprachige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehörten bis zum Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1938 zu den zentralen Vermittlern zwischen der deutschsprachigen und der tschechischsprachigen Bevölkerung. Ein Blick auf die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, ihre Akteure und Mitglieder zeigt, dass die Verhältnisse in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit nicht immer so eindeutig an der Linie vermeintlicher Nationalitäten und Sprachgrenzen beurteilt werden konnten. Vielmehr führten auch politisch-ideologische Überzeugungen, raumpolitische Visionen und machtpolitische Realitäten zu Teils ganz bunten Gruppierungen und Kollektiven, die verschiedene Sprachen und verschiedene Perspektiven miteinander vereinten. Im heutigen Diskurs über das sogenannte Sudetenland und vor allem über die nach 1945 von tschechischer Seite organisierten Vertreibungen sind die Fronten oft zu klar zwischen *den Deutschen* und *den Tschechen* gesetzt. Der vermeintlich klar national abgegrenzte und sprachlich definierte Diskurs und die tatsächlichen gesellschaftlichen Verstrickungen in der Zwischenkriegszeit waren dagegen, wie dieser Beitrag aufzeigte, keinesfalls immer deckungsgleich.

Summary

Transcultural space constructor – The German Social Democratic Workers' Party in the Czechoslovak Republic

Until the end of the First Czechoslovak Republic in 1938, German-speaking social democrats were among the central mediators between the German-speaking and Czech-speaking populations. A look at the German Social Democratic Workers' Party in the Czechoslovak Republic, its actors and members shows that the conditions in Czechoslovakia in the interwar period could not always be judged so clearly by the line of supposed nationalities and language borders. Rather, political ideological convictions, spatial visions and power-political realities also led to some very colorful groupings and collectives that united different languages and different perspectives. In today's discourse about the so-called Sudetenland and above all about the expulsions organized by the Czech side after 1945, the fronts

are often set too clearly between *the Germans and the Czechs*. The supposedly clearly national and linguistically defined discourse and the actual social entanglements in the interwar period, on the other hand, were by no means always congruent, as this article pointed out.

Literatur

- Alexander, Manfred (1983)*: Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (Teil 1). – München u. Wien.
- Bianchi, Leonard (1969)*: Die Tschechoslowakische Republik als bürgerlich-demokratischer Staat. Ein Rückblick auf die Jahre 1918–1938. – Frankfurt a.M. u. Berlin.
- Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP): Bericht des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik an den Parteitag in Aussig a.d. Elbe im Dezember 1923 (für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 20. Juni 1922 und vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923), Wissenschaftliche Bibliothek des Collegium Carolinum München, CC: 37087.
- Hofbauer, Josef (1938)*: Der große alte Mann. Ein Masaryk-Buch. – Bratislava.
- Leonhard, Jörn (2014)*: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs. – München.
- Oellermann, Thomas (2013)*: Mehr als nur eine Partei. Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. – Düsseldorf.
- Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei*: »Die Aufgaben der Partei in der tschechoslowakischen Republik: Resolution des 12. Parteitages, 1918 der Tschechosl. Sozialdemokr. Partei«, Xerokopie in der wissenschaftlichen Bibliothek des Collegium Carolinum München, CC: 36988.
- Zeman, Zbyněk (1976)*: The Masaryks. The making of Czechoslovakia. – London u. New York.
- Zessner, Klaus (1976)*: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmisches Sozialdemokratie 1899–1920. – Stuttgart.

Rolf Peter Tanner

Transkulturalität im romanisch-deutsch-italienischen Durchdringungsraum zwischen Gotthard und Dolomiten vom Frühmittelalter bis heute¹

Mit 16 Abbildungen

1 Einleitung

Der Untersuchungsraum dieses Beitrags kennt seit alters her politische Eingriffe und Prozesse mit einer hochgradig kulturellen Bedeutung; von der Herauslösung des churrätischen Bistumsstaates aus den Bindungen nach Süden und der Eingliederung in die fränkische Grafschaftsverfassung um 800 über die bewusste Eindeutschung des Obervinschgaus in der Frühneuzeit, um diese Region dem »schädlichen« protestantischen Einfluss der churrätischen Nachbarschaft zu entziehen bis hin zur irredentistischen Vereinnahmung der ladinischen Regionen in den Dolomiten durch den jungen italienischen Nationalstaat. Parallel verliefen verschiedene Migrations- und Akkulturationsprozesse, die den Raum bis heute kulturell und politisch aufladen und fragmentieren – man denke nur an die jüngste Initiative der österreichischen Regierung, den deutschsprachigen Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft anzubieten. Damit durchdringen sich Kulturen seit der Antike im Sinne von Transkulturalität, werden Bevölkerungsgruppen durch Besiedlungsprozesse integriert bzw. inkludiert in ein spezifisches sozioökonomisches System, andere durch politische oder soziale Fragmentierungsprozesse ausgeschlossen.

Der Beitrag zeichnet die wesentlichen politisch-kulturellen Prozesse seit dem frühen Mittelalter nach und zeigt deren Wirkung auf die Herausbildung der heutigen sprachlich-kulturellen Textur des Untersuchungsraumes auf. Der Fokus liegt hier neben der Politik auf dem Zusammenwirken der verschiedenen Migrations- und Akkulturationsprozesse. Insbesondere soll auch die Narration der ethnisch-kulturellen Bedingtheit der Kulturlandschaftsgestaltung dekonstruiert werden. Gleichzeitig wird eine Hypothese vorgelegt, weshalb die Lage und Ausdehnung der heutigen rätoromanischen Sprachinseln nicht nur über den Diskurs

1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.

über so genannte Rückzugsgebiete erklärt werden kann. Der Ausblick auf die heutige Situation in Bezug auf Vitalität und kulturelle Praktiken in den rätoromanischen Gebieten rundet den Beitrag ab.

Der Untersuchungsraum (s. Abb. 1) reicht vom Gotthardpass im Westen zur italienisch-österreichischen Grenze im Pustertal im Osten und umfasst damit den Transit- und Austauschraum der Zentralalpen zwischen Oberitalien und Süd-deutschland.



Abb. 1:
Das Untersuchungsgebiet mit dem rätoromanischen Sprachgebiet
(mit Einschluss Friauls, Stand Ende des 19. Jahrhunderts)
Aus: Pescosta 2013, S. 16

2 Politisch-kulturelle Prozesse seit dem frühen Mittelalter

2.1 Frühmittelalterliche Umorientierung nach Norden

Für die Herausbildung der heutigen sprachlich-kulturellen Textur dieses Raumes war die Herauslösung der beiden Bistümer Säben/Brixen und Chur aus den Beziehungen nach dem noch teilweise spätantik geprägten Süden und deren Anbindung an den germanisch geprägten Norden von Bedeutung.

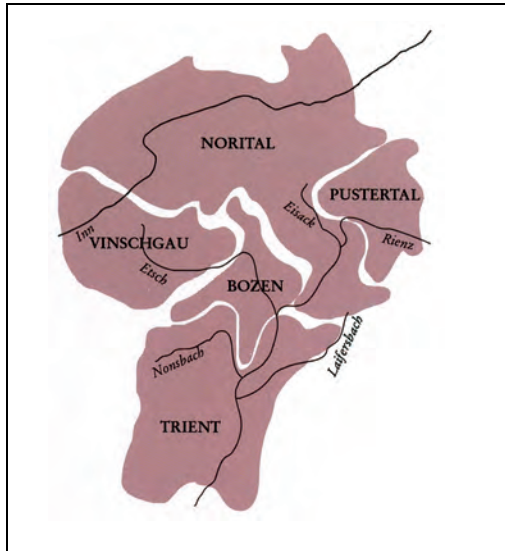
Chur gehörte vermutlich seit der Christianisierung zum Metropolitanverband Mailand, 451 wird der erste Bischof genannt. Vom 6. bis zum 8. Jahrhundert lagen die weltliche und die geistliche Macht (Präses- und Bischofsamt) in der Hand einer Familie, teilweise sogar in Personalunion. 806 erfolgte jedoch die »*divisio inter episcopatum et comitatum*« im Bistum Chur durch Kaiser *Karl*, dadurch verlor der Bischof die gräflichen Rechte. Im Zuge der Teilung von Verdun (843) wurde zusätzlich das Bistum Chur aus dem Verband von Mailand herausgelöst und der Erzdiözese Mainz angegliedert (*Kaiser* 2008, S. 35).

Analog erfolgte die Entwicklung im Bistum Säben/Brixen (*Kustatscher u. Romeo* 2010, S. 57). Dieses Bistum könnte als »*Rückzugsbistum*« des ursprünglichen Bistums Aelium Augustum (Augsburg) gegründet und dem Metropolitanverband Aquileja angegliedert worden sein. Es umfasste das heutige tirolische Inntal und das nördliche heutige Südtirol, der erste namentliche bekannte Bischof (*Ingeniunus*) wird im Jahr 579 genannt. Ab 590 geriet das Gebiet in den Machtbereich des Herzogtums Bayern, 798 erfolgten – analog zu Chur acht Jahre später – die Herauslösung aus der Erzdiözese Aquileja und die Unterstellung unter das Erzbistum Salzburg durch Kaiser *Karl*.

2.2 Die Reichskirchenpolitik der sächsischen und fränkischen Kaiser

Unter Kaiser *Otto I.* nun wurde dieser Prozess teilweise rückgängig gemacht, indem den Bischöfen im Rahmen der Reichskirchenpolitik die Grafschaftsrechte übergeben oder – im Falle Churs ab 960 – restituiert wurden. Um 1500 besass der Churer Bischof nominell die Herrschaft über den so genannten Gotteshausbund (die Landschaft um Chur, das Engadin und ein schmaler Streifen dazwischen entlang der Verbindungsachse), und im Obervinschgau auch darüber hinaus (*Surchat* 2014, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D11403.php>, letzter Zugriff 28.11.2018). Diese Herrschaftsrechte schmolzen jedoch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf einen kleinen Rest zusammen – primär zugunsten der Talgemeinden in der Folge der Reformation.

In den Bistümern Brixen und Trient führten die salischen Kaiser im 11. Jahrhundert die ottonische Politik weiter, indem die nördlichen Grafschaften (Norital und Pustertal, s. Abb. 2) in die Hände des Bischofs von Brixen gelegt wurden, die südlichen (Bozen, Vinschgau und Trient) in diejenigen des tridentinischen Amtsbruders (*Kustatscher u. Romeo* 2010, S. 79).



Ähnlich wie in Churrätien schwanden jedoch diese Herrschaftsrechte dahin. Hier waren es jedoch nicht die Talschaften, die davon profitierten, sondern – wie vielerorts bei geistlichen Herrschaften – die weltlichen Vögte, in unserem Fall die Grafen von Tirol und später die Habsburger (s. Abb. 3).

Abb. 2: Die mittelalterlichen Grafschaften in den Zentralalpen
Kustatscher u. Romeo 2010, S. 79

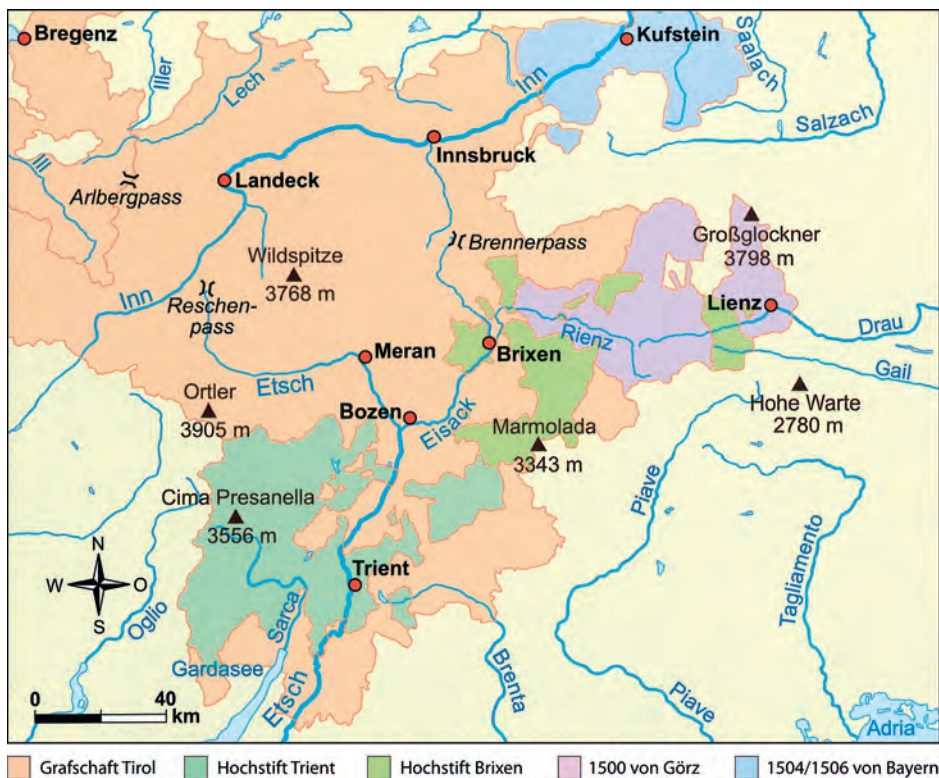


Abb. 3: Besitzungen der Bischöfe von Brixen und Trient um 1500
Kustatscher u. Romeo 2010, S. 103

2.3 Die schmerzhaftige Trennung von Rätien und Tirol in der Frühneuzeit

Noch im Spätmittelalter waren die Diözesen und Herrschaftsgebiete zwischen Chur, Tirol und Trient miteinander verwoben. So gehörte der Vinschgau seit Anbeginn zum geistlichen Bistum Chur, bildete jedoch weltlich eine eigene Grafschaft, die der Bischof von Trient und später seine weltlichen Nachfolger innehatten (s. oben). Zusätzlich übte der Churer Hirte über einen Teil der Menschen im Obervinschgau die Herrschaft aus – über die so genannten Gotteshausleute. Eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rätien und Tirol entstand durch die Gründung des Gotteshausbundes im Jahr 1367 als Antwort auf den Plan des Bischofs, das Bistum samt seinen Einkünften an die in Tirol herrschenden Habsburger zu verpfänden. (*Bundi* 2007, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17154.php> und *Sablonier* 2000, S. 268–276) »Von 1473 an häuften sich die Übergriffe beider Seiten derart, dass es den Rahmen der Darstellung sprengen würde, wollte man die Vorkommnisse einzeln anführen.« (*Loose* 1976, S. 47). 1499 endlich gipfelte die Auseinandersetzung in der so genannten Calvenschlacht am Ausgang des Münstertales, die mit der völligen Zerstörung des Vinschgaus durch die Bündner und eidgenössischen Truppen endete. »In tutto il paese non si sentiva altro che gridori, lacrime, ululati e pianti«,² wie der venezianische Chronist *Marin Sanuto* in seinen Diarii festhielt (*Rizzi* 2013, S. 201–202). Immer mehr erhielt der Konflikt auch eine sprachliche Komponente: »Gestützt auf landesfürstliche Mandate werden vom damaligen [1609] Administrator des Klosters [Marienberg], *Matthias Lang* [späterer Abt], für den Gerichtsbezirk Marienberg die Verbote der Heirat mit Engadinern (-innen), des Gebrauchs der rätoromanischen Sprache, der calvinistischen Lehre [...] verfügt, und schliesslich wird eine Schule für den Unterricht der deutschen Sprache in Burgeis errichtet, um die im Volk lebendige rätoromanische Sprache zu verdrängen.« (*Loose* 1976, S. 49). Die endgültige Trennung erfolgte 1652 durch den Auskauf der tirolischen Rechte im Engadin bzw. 1657/1665 durch die Anerkennung der tirolischen Gerichtshoheit über die Gotteshausleute im Vinschgau.

3 Die Lage und Ausdehnung der heutigen rätoromanischen Sprachinseln als Rückzugsgebiete?

Heute präsentiert sich die Lage so, als dass die Sprachgrenzen eher als Übergangsräume denn als teilende Linien zu verstehen sind. Zudem ist das rätoromanische Sprachgebiet in der Schweiz gegenüber dem deutschen Sprachraum in Auflösung begriffen (s. Kapitel 5). Gleichzeitig muss der Raum zwischen den rätoromanisch-ladinischen Gebieten und den lombardischen Dialektregionen eher als Übergangskontinuum begriffen werden (s. Abb. 4). Somit ergibt sich aus der Situation des Rätoromanischen das einleuchtende Bild einer Sprache, die – allseitig bedrängt – sich nur noch in abgelegenen Rückzugsgebieten halten

2 »Im ganzen Land hörte und sah man nichts als Schreien, Tränen, Heulen und Weinen.«

kann. Auf der einen Seite wurde und wird das Idiom vom Deutschen verdrängt und auf der anderen vom Italienischen assimiliert. Dieses Bild bedarf jedoch der Differenzierung, wobei die hier geäußerten Hypothesen eine vertiefte sprachgeschichtliche Analyse erheischen würden.

Zunächst muss angenommen werden, dass zumindest bis ins hohe Mittelalter im Alpenraum allgemein eine »*Romania*« vorhanden war, in der gewisse Gemeinsamkeiten linguistischer Art vorlagen. Dies zeigt sich an auffälligen Gemeinsamkeiten der rätoromanischen Idiome mit frankoprovenzalischen und okzitanischen Dialekten in den Westalpen (Goebel 2000, S. 155). Die überregionale schriftliche Kommunikation, die sich zu dieser Zeit auf ein absolutes Minimum beschränkte, dürfte in Latein erfolgt sein, was die romanischen Idiome zusätzlich stützte. Erst mit der Etablierung des toskanischen Dialektes als Schriftsprache im Spätmittelalter im Raum des heutigen Italien dürfte der Erosionsprozess am Rätoromanischen eingesetzt haben, dies ausgehend von den dichtbesiedelten Gebieten am südlichen Alpenrand allmählich gegen Norden. Dieser Einfluss ist primär auf das höhere Prestige der italienischen Sprache und die verstärkte Schriftlichkeit zurückzuführen und dürfte wohl von den Eliten allmählich zu den niedrigeren Gesellschaftsschichten vorgedrungen sein. Abb. 4 würde genau diesen Prozess widerspiegeln. Durch die seit der im Frühmittelalter erfolgten Umorientierung sowohl Churrätiens wie des heutigen Südtirols (s. Kapitel 2.1) begann zudem hier eine Durchdringung der *Romania* von Norden her durch die deutsche Sprache.

Nur bedarf die einfache Gleichung »*je abgelegener, desto eher erhält sich das Romanische*« einer genaueren Untersuchung. Betrachtet man zum Beispiel die Karte mit den romanischen Sprachgebieten des 19. Jahrhunderts in Graubünden, so fällt auf, dass diese Gebiete sehr wohl an den grossen alpenquerenden Achsen liegen (s. Abb. 5). Die »*Durchlöcherung*« des Gebietes ist eher der Besiedlung durch deutschsprachige Walser im hohen und späten Mittelalter geschuldet.³ Hingegen ist anzunehmen, dass sich auch hier – analog zum italienischen Raum – im Spätmittelalter das Deutsche als überregionale Schriftsprache durchgesetzt und das Latein verdrängt hat.

Im Raum der Bistümer Brixen und Trient zeigt sich, dass das Gebiet an der grossen Achse über den Brenner tatsächlich offensichtlich früh germanisiert wurde, hingegen die peripher gelegenen Talschaften entweder italianisiert wurden oder das Romanische sich erhielt (s. Abb. 4).

Offen bleibt höchstens die Frage, weshalb gerade der Raum mit den Tälern Gröden, Abtei, Fassa und Ampezzo romanisch bzw. ladinisch blieben. Alle sind sie über relativ niedrige, leicht zu bewältigende Pässe mit dem Umland verbunden. Durch Ampezzo verlief zudem eine Fernstrasse aus dem Veneto nach Norden (»*Strada d'Alemagna*«, Pescosta 2013, S. 127). Betrachtet man die territoria-

3 Als »*Walser*« wurden deutschsprachige Kolonisten aus dem Oberwallis bezeichnet, die durch den Adel Graubündens und des Rheintales im churrätischen und vorarlbergischen Alpenraum angesiedelt wurden (s. u.a. Bätzing 2015, S. 69, oder das Standardwerk Zinsli 2002).

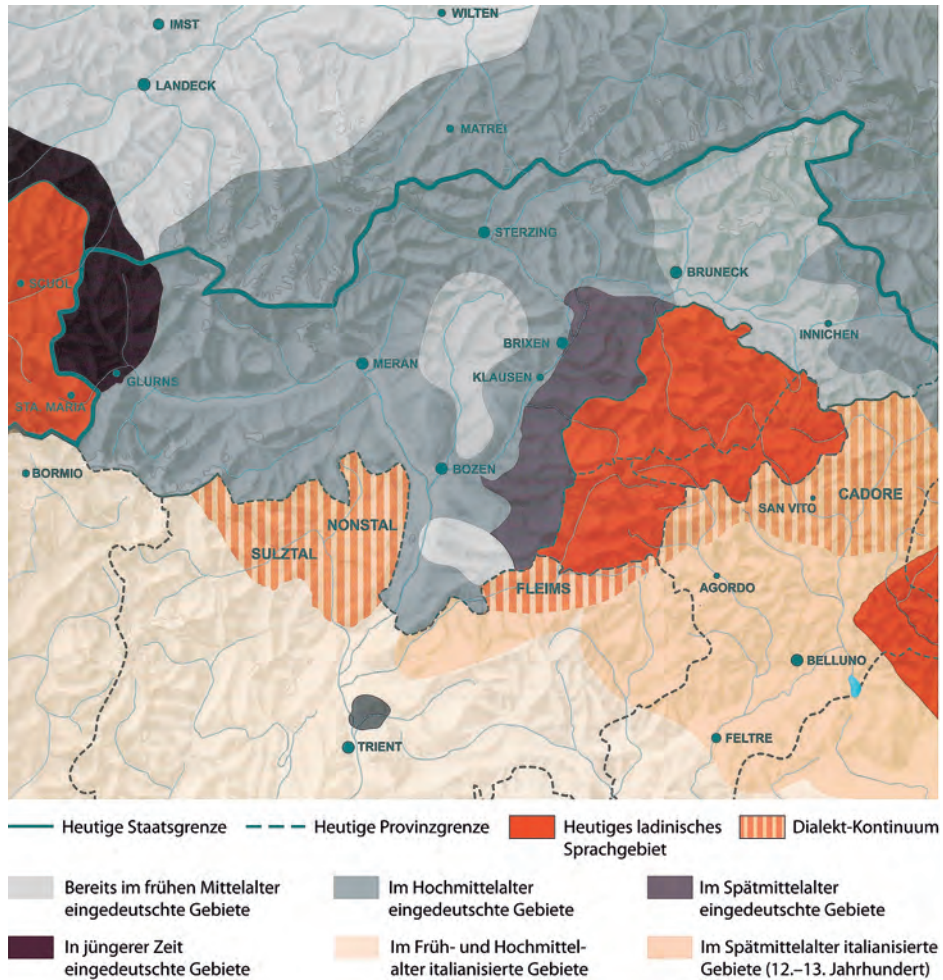


Abb. 4: *Italianisierung und Verdrängung des romanischen Sprachgebietes zwischen Graubünden und Friaul*
Pescosta 2013, S. 75

len Verhältnisse am Ende des Mittelalters (s. Abb. 3) fällt hingegen auf, dass das Fassatal (Fascia), das Buchenstein (Fodóm) und das Abteital (Val Badía) allesamt zum Gebiet des Hochstiftes Brixen gehörten, nur Gröden (Gherdëina) und Ampezzo (Anpezo) liegen ausserhalb. Wie in Churrätien dürfte die Verwaltungssprache am Ende des Mittelalters vom Lateinischen zum Deutschen übergegangen sein.

Somit dürfte die gängige Erklärung der Sprachverteilung folgendermassen differenziert werden: Das Rätoromanische wird vom Italienischen durch Assimilation »aufgesogen« und vom Deutschen verdrängt und erhält sich nur in denjeni-

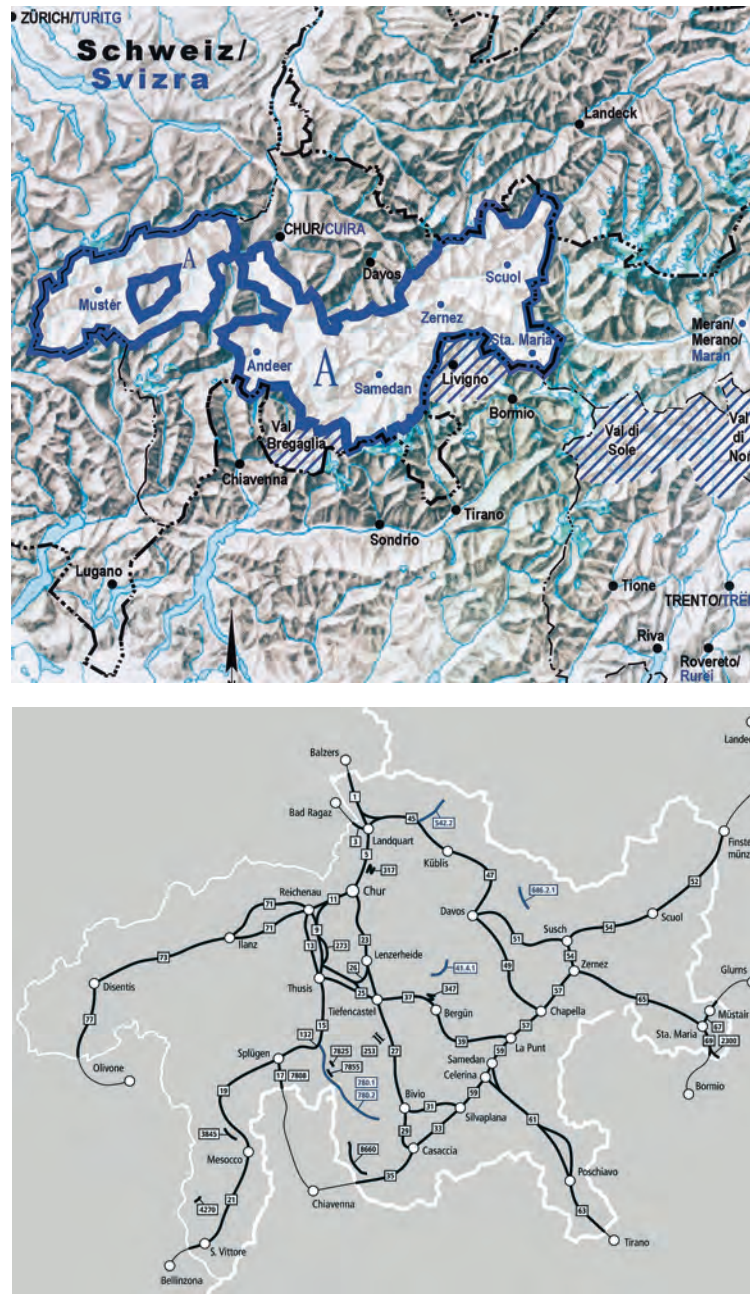


Abb. 5: *Das romanische Sprachgebiet in Graubünden und die historischen Passrouten* Pescosta 2013, S. 16 und Bundesamt für Strassen (2007), Hintere Umschlagklappe. Es handelt sich um die im Rahmen des Inventars der historischen Verkehrswege der Schweiz definierten Routen (<https://www.ivs.admin.ch>). In Blau sind lokale Routen mit hohem Substanzwert verzeichnet, in Schwarz die Hauptachsen.

gen Gebieten an der Sprachgrenze, wo das Deutsche wegen der zu grossen Entfernung von den deutschsprachigen Machtzentren nicht mehr die Kraft zum Verdrängen hat, aber als Schriftsprache das Romanische wie unter einem »Schutzschirm« vor der Assimilation durch das Italienische schützt. Genau in diesem Übergangsbereich erhalten sich die romanischen Idiome am längsten in ihrer ursprünglichen Form.

4 Narration der ethnisch-kulturellen Bedingtheit der Kulturlandschaftsgestaltung

Zunächst zwei Zitate aus noch nicht so weit zurückliegenden Publikationen:

»In der Siedlungsform Dolomitaliniens gibt es allerdings auch Unterschiede zu jener Deutschtirols: etwa in der Trennung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden sowie der Vorliebe für Siedlungskerne lassen sich die Spuren des romanischen Einflusses nicht leugnen.« (Perathoner 1998 in Loose 2000, S. 199–200).

»Bereits zu Beginn des 2. Jahrhunderts n. Chr. bestand also im Gadertal eine konsolidierte Gemeinschaft, die in verstreuten Weilersiedlungen lebte. Dies scheint jene Theorien zu bestätigen, die die kompakten Siedlungsformen als die ursprünglichen in der Siedlungsgeschichte des Alpenraums sehen.« (Bortolotti 1984 in Loose 2000, S. 225–226).

Beide Zitate zeigen, trotz vieler Versuche zur Dekonstruktion, dass solche Konzepte der Verbindung von Ethnie mit der Manifestation von Siedlung und Landnutzung noch immer zumindest hintergründig den Diskurs bestimmen. Tatsächlich sind solche Unterschiede ja auch sichtbar. Schon in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts haben die beiden amerikanischen Anthropologen *John W. Cole* und *Eric R. Wolf* in ihrem Buch »*The Hidden Frontier*« auf diesen Gegensatz zwischen Weiler- bzw. Dorfsiedlung mit Realteilung und der Einzelhof- bzw. Einödhofsiedlung mit Anerbenrecht in einer Fallstudie an der Grenze zwischen Deutschnonsberg (St. Felix) in Südtirol und der Val di Non (Tret) im Trentino aufmerksam gemacht. "The 'pauer', sole heir to authority, remains alone with his family upon the holding: all siblings who do not accept the stipulated conditions of dependence must leave the homestead [...] In Tret, authority is not vested exclusively in the male head of household; wife and husband complement each other in [carrying out their duties], and each participates in a distinct subset of relations with the daughters and sons of the household. The Tret family may be compared to a severalty, a shareholder company, while the Felixers [cling] rigidly to the concept of each man being a lord on his domain." (Cole u. Wolf 1974, S. 243). Diese Aussage scheint die Narration der ethnischen Bedingtheit der Siedlungs- und Nutzungsformen zu bestätigen: hier das deutschsprachige Anerbengebiet mit Einzelhöfen, dort das romanische Realteilungsgebiet mit Gruppensiedlungen. Die Val di Non wird übrigens teilweise ebenfalls zum rätoromanischen Gebiet gezählt; der dortige Dialekt steht dem Ladin der Dolomiten zumindest sehr nahe (s. Abb. 1).

Diesen Unterschied thematisiert *Werner Bätzing* in seinem Standardwerk zum Alpenraum und systematisiert ihn im ganzen Gebiet (s. Abb. 6), indem er die Form der Acker-Alp-Betriebe (einschliesslich der mediterran geprägten Sonderformen) mit Haufendörfern und Realteilung dem Altsiedelland zuordnet und die andere Form der Wiesen-Alp-Betriebe mit Anerbenrecht (Schweizer Hirtenland und Sonderform mit Waldwirtschaft eingeschlossen) dem Jungsedelland (*Bätzing* 2015, S. 60–62).

Er begründet die Unterschiede dadurch, dass im inner- und südalpinen Raum sich grössere alteingesessene Bauerngemeinschaften erhalten haben, die der Feu-

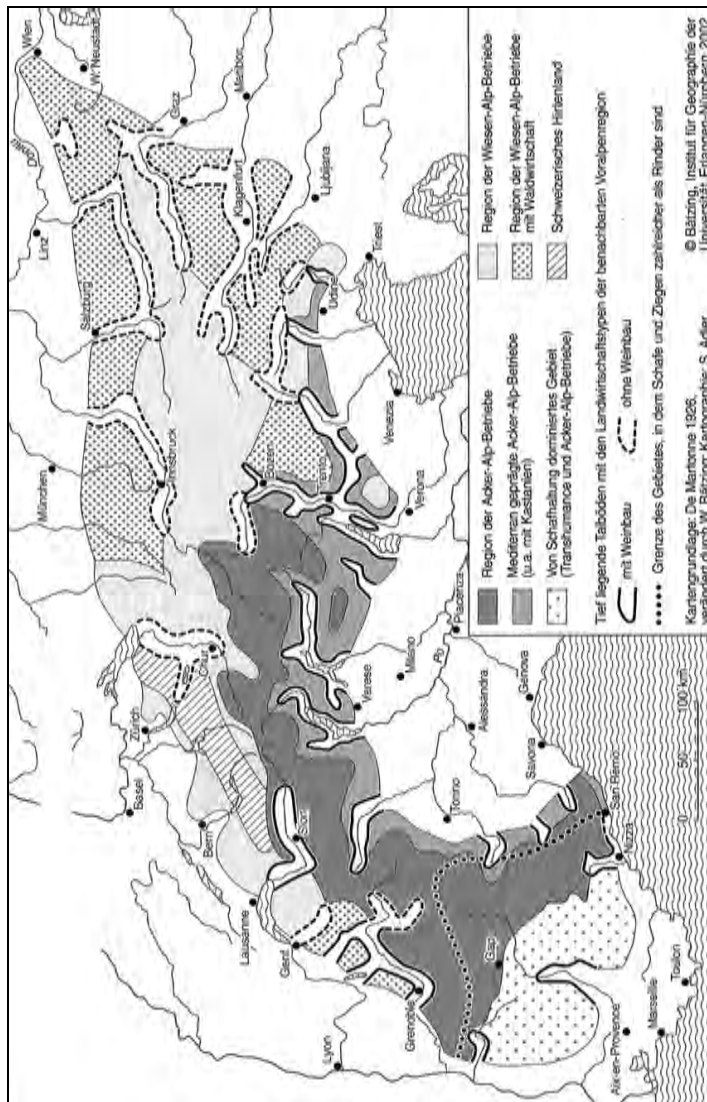


Abb. 6:
 Realteilungsgebiet mit Haufendörfern versus Anerbengebiet
 mit vorherrschender Streusiedlung
 Bätzing 2015, S. 61 nach De Martonne 1926, S. 157

dalisierung im hohen Mittelalter mehr oder weniger erfolgreich zu widerstehen vermochten und in einer kommunalen, statuarisch festgelegten, tendenziell egalitären Gesellschaftsordnung mit denselben Pflichten und Rechten für die Grundbesitzer lebten. Römisch-rechtliche Vorstellungen beeinflussten auch das Erbrecht, das zur Realteilung tendierte. Die Landnutzung bestand in einem eher auf Autarkie ausgerichteten Agropastoralsystem. Auf der anderen Seite stand das feudale Gesellschaftssystem im Jungsiedelland mit einem durch den Grundherrn organisierten Siedlungs- und Flursystem, in dem der Bauer als Lehensnehmer in einem personalen Abhängigkeitsverhältnis lebte. Gekennzeichnet ist dieses System durch das Anerbenrecht zur Aufrechterhaltung der Kontrolle durch die Grundherrschaft und durch Streusiedlung. Die Produktion war neben der Selbstversorgung auch auf Marktorientierung hin zu den aufstrebenden städtischen Siedlungen geprägt, was die Viehzucht begünstigte.

Tendenziell ist die Bevölkerung des Altsiedellandes eher im romanischen Sprachgebiet anzutreffen, während im Jungsiedelland das Deutsch vorherrscht. Das heisst hingegen nicht, dass die unterschiedlichen Siedlungs- und Nutzungsweisen wie auch das Erbrecht auf sprachlich-ethnische Unterschiede zurückzuführen sind, sondern darauf, dass im Altsiedelland logischerweise im ursprünglich rein romanischen Alpenraum eben die Derivate aus dem Latein weiterbestehen und nur im kaum vorbesiedelten Nordalpenraum und in den Höhenlagen sich das Idiom der Zuwanderer bzw. der Angesiedelten aus dem Norden durchsetzen konnte.

Geht man nun in die räumliche Tiefe und fokussiert zum Beispiel auf das Dolomitengebiet, stellt man auch innerhalb des ladinischen Sprachraumes erhebliche Unterschiede fest. Vor allem das Studium alter Karten, die die traditionelle Siedlungsstruktur zeigen, ermöglicht es, Unterschiede aufzuzeigen und zu verorten. So fallen beim Vergleich der beiden benachbarten Talschaften Fassa und Gröden eklatante Unterschiede auf, die der fassanische Autor *Fabio Chiocchetti* (2000, S. 364–365) wie folgt wiedergibt: *“Ed è proprio qui che risiede tuttavia la differenza fondamentale che oppone la vicenda storica di Fassa rispetto a Gardena: il ‘vicus’ di Fassa diventa fin da tempi remoti un centro di organizzazione endogena per l’intera vallata, sia sotto il profilo civile che religioso. Vigo è sede della ‘Curtis regia’, la «masseria di corte», in origine «beni della corona» passati in dotazione alle diocesi, quindi ai principati vescovili; ma nel restante territorio troviamo soltanto possedimenti allodiali, appartenenti a singoli individui o alle comunità, non «armentare» (Schweighöfe) come invece troviamo in Gardena.”*⁴

4 »Und genau hier liegt der fundamentale Unterschied in der Geschichte von Fassa in Bezug auf Gröden: der ›vicus‹ von Fassa ist seit weit zurückliegenden Zeiten zu einem endogenen Organisationszentrum für die gesamte Talschaft geworden, sei es in religiöser wie weltlicher Hinsicht. Vigo ist der Sitz der ›Curtis regia‹, des Hofguts, ursprünglich Königsgut, das als Vergabung an die Bistümer gegangen ist, demnach an die Fürstbistümer, aber im Rest des Gebietes finden wir lediglich allodiale Besitztümer, die entweder Einzelpersonen oder den Gemeinden gehören, aber keine Schweighöfe, wie wir sie hingegen in Gröden finden.« (Übersetzung R.P. Tanner).

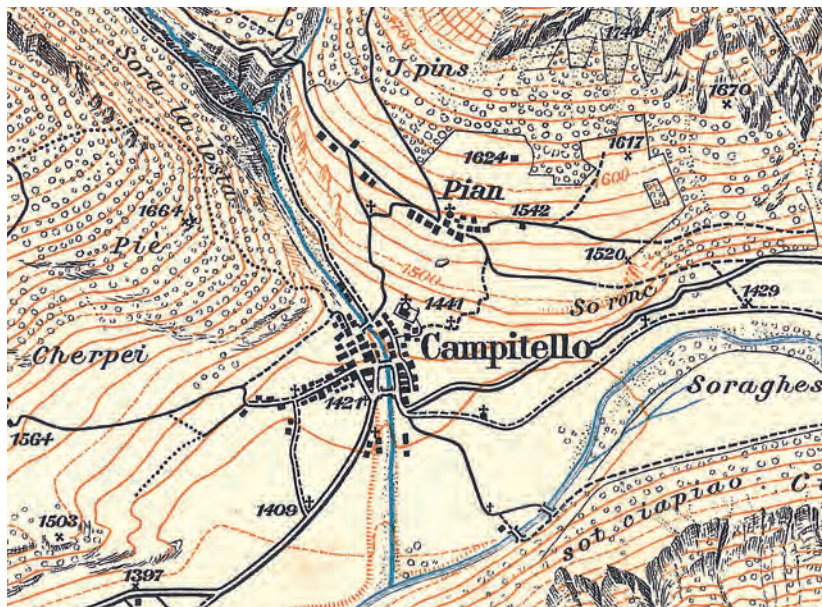


Abb. 7: Campitello im Fassatal 1904
Aegerter 1904, Beilage. Originalmassstab 1:25 000

Betrachtet man historische Karten der Region zeigt sich im Siedlungsbild genau dieser Gegensatz: dichte Haufendörfer mit zersplitterter Realteilungsflur in Fassa, Streu- und Weilersiedlung in Gröden und Abtei (s. Abb. 7 u. Abb. 8).

Explizit auf den Unterschied zwischen Gröden und Abtei (und auch Buchenstein/Fodóm) auf der einen Seite und Fassa auf der anderen weist Pescosta (2013, S. 254) im Zusammenhang mit der Emigration im 19. Jahrhundert hin: »Bleiben konnte nur, wer genug hatte, um seine Familie zu ernähren: dies war im Regelfall der Erstgeborene, der seit dem Mittelalter das väterliche Anwesen ungeteilt erbt [...] Das System des ungeteilten Erbrechts allein für den Erstgeborenen galt nicht in Fassa. Hier wurde das Erbe nach jeder Generation dem römischen Recht folgend gesplittet.«

Vergleicht man nun auf der Ebene des Katasters die Regionen Fassa mit dem Abteital zeigt sich eine zusätzliche Differenzierung. Dazu soll auch noch der Blick auf Welschnofen gerichtet werden. Es handelt sich hier um eine Siedlung westlich von Fassa jenseits des Karerpasses, die wahrscheinlich von dort her (mit-)besiedelt worden ist, wie auch der Name besagt: als »*Noua Latina*« im Jahr 1276 erwähnt – der »*lateinische Neubruch*.« (Pichler 2012, S. 33) Zunächst zu Fassa: Hier zeigt das Foto aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg fast paradigmatisch das typische Flur und Siedlungsbild des Haufendorfes mit Realteilung (s. Abb. 9).

Betrachtet man hingegen die Weilersiedlungen im Abteital, die so genannten »*Viles*«, dann zeigt sich ein anderes Bild (s. Abb. 10).

Dort entsteht stark der Eindruck, dass es sich ursprünglich um Einzelhöfe gehandelt hat, die aufgeteilt worden sind. Dennoch bleibt der Eindruck einer

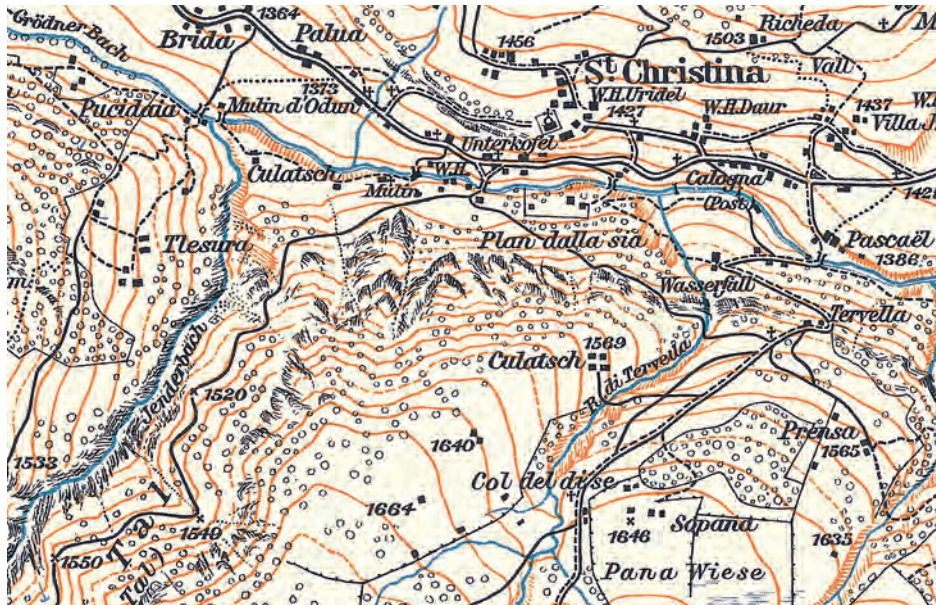


Abb. 8: St. Christina in Gröden
Aegerter 1904, Beilage. Originalmassstab 1:25 000



Abb. 9: »Campitello mit Kirche«
© ÖAV Alpenverein-Museum/Archiv, Historische Laternbildsammlung 1898–1942,
LB 32/616/1. Unten links das Hauptdorf Campitello/Ciampedel, am Hang das Filial-
dörfchen Pian



Abb. 10: Blick auf die vier Viles Gran und Pic' Ju (oben am Hang) sowie Anvi und Fles (unten am Hang). Im Vordergrund die Weiler Sorega (unten) und Prousc (oben). Verdeckt durch die Bäume die Talsiedlung Pikolein/Picolin
Aufnahme: R.P. Tanner

Streusiedlung bestehen. Der Blick auf den historischen Franziszeischen Kataster (in Tirol erstellt zwischen 1851 und 1861, *Südtiroler Landesverwaltung*, Geobrowser: http://gis2.provinz.bz.it/geobrowser/?project=geobrowser_pro&view=geobrowser_pro_atlas-b&locale=de, letzter Zugriff 14.01.2019, s. Abb. 11) zeigt eine großflächige Parzellierung mit unterschiedlicher Nutzung: Äcker in Beige, Wiesen in Grün, Weiden in Blassgrün, gekennzeichnet mit dem Buchstaben W. Zu beachten ist zudem, dass dieser Kataster primär für die Grundstückbesteuerung eingerichtet wurde und daher *Nutzungsparzellen* ausweist (*Südtiroler Landesverwaltung*, Grundbuch und Kataster: <http://www.provinz.bz.it/katastergrundbuch/buerger/dienste-grundkataster.asp>, letzter Zugriff 14.01.2019). Bis heute gilt in Südtirol als Definition für eine Parzelle Folgendes: »Eine Parzelle ist ein ununterbrochenes Grundstück, das einem selben Eigentümer (bzw. einer selben Miteigentum) gehört, das sich in einer einzigen Katastralgemeinde befindet und eine einheitliche Zweckbestimmung hat.« (ebd.).

Betrachten wir nun noch die Verhältnisse in Welschnofen (s. Abb. 12), wie erwähnt eine ursprünglich mehrheitlich ladinische Siedlung: Hier erkennen wir sogar »echte« Einzelhöfe (»Einödhöfe«). Zudem wird nun die Besonderheit des Katasters augenfällig: Obwohl auch hier pro Hof mehrere Parzellen eingezeichnet sind, kann angenommen werden, dass diese Nutzungsparzellen ein und demselben Eigentümer zugewiesen werden können.

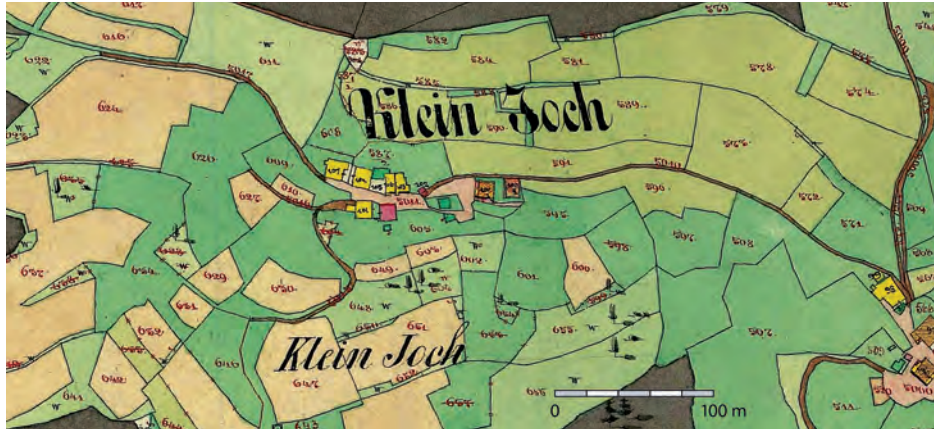


Abb. 11: Die Vila Pic' Ju bzw. Klein Joch im Franziszeischen Kataster (1858)
Südtiroler Landesverwaltung, Geobrowser: http://gis2.provinz.bz.it/geobrowser/?project=geobrowser_pro&view=geobrowser_pro_atlas-b&locale=de,
letzter Zugriff 14.01.2019



Abb. 12: Einödhöfe in Welschnofen (1858)
Südtiroler Landesverwaltung, Geobrowser: http://gis2.provinz.bz.it/geobrowser/?project=geobrowser_pro&view=geobrowser_pro_atlas-b&locale=de, letzter Zugriff
14.01.2019

Somit lässt sich nun in Bezug auf die Ethnizität von Siedlungsformen Folgendes aussagen: Es gibt eine klare innere Differenzierung im ladinischen Raum, indem nur das Fassatal dem Altsiedelland zugerechnet werden kann, während die übrigen Gebiete Jungsiedelland darstellen dürften. Somit wären die Ladinier genauso wie anderswo die deutschsprachigen Bevölkerungsschichten in den hoch-

mittelalterlichen Siedlungsausbau einbezogen und in der »*Forestis Gredine*« (Gröden) wie im Abteital und in Welschnofen angesiedelt worden. Dasselbe postuliert bereits *Schürr* (1963, S. 109), wenn er in Bezug auf die Besiedlung der Dolomitentäler schreibt, dass »*das Bistum Brixen [...] sich dabei romanischer Untertanen bedient [hat], die offenbar noch in den Seitentälern des Eisacktals sassen.*« Er dachte dabei wohl eher an das Villnösstal, das Aferer oder das Tierser Tal, aber wahrscheinlich galt dies ebenso sehr für das Fassatal. Die Herausbildung der Viles dürfte ein späterer Vorgang gewesen sein, der vielleicht eine etwas stärkere Hinwendung zu Gruppensiedlungen aufweist, aber die hergebrachte Höfstruktur bis zum heutigen Tag beibehalten hat. Oder wie *Loose* sagt (2000, S. 226): »*Die von den Architekten und Volkskundlern beigebrachten Argumente, die hinter dem gemeinschaftlichen Weidegang, den gemeinsamen Hofraiten, dem gemeinsamen Backhaus und der Brunnengemeinschaft, eine uralte Tugend der Ladinier zum friedlichen Zusammenwohnen vermuten, stehen auf tönernen Füßen. Es ist wohl eher ein Zwang zum Zusammenwohnen, der aus den lehens- und besitzrechtlichen Gegebenheiten, der Güterteilung und den Vermögensverhältnissen resultiert.*«

5 Ausblick auf die heutige Situation in Bezug auf Vitalität und kulturelle Praktiken

In Bezug auf die heutige Situation der rätoromanischen Idiome ist vor allem folgender Vergleich aufschlussreich: In der Schweiz ist das Romanische weiterhin beständig auf dem Rückzug (s. Abb. 13 und Abb. 14), während in den Dolomiten das Ladin eine erstaunliche Vitalität zeigt (s. Abb. 15).

Der Vergleich zeigt den stetigen Rückgang des Rätoromanischen in der Schweiz, insbesondere im Tourismusort Scuol, was durch die kartografische Darstellung unterstützt wird. Überraschend hingegen ist, dass in den ebenso intensiv touristisch genutzten Regionen der Dolomiten das Ladin eine erstaunliche Vitalität zeigt, ja sogar noch zulegen kann. Selbst in der touristischen Hochburg St. Ulrich/Ortisei/Urtijëi im Grödnertal steigt der Anteil der Ladinischsprachigen und ist höher als im relativ beschaulichen Zernez. Auch die neuesten Zahlen (s. Abb. 16) lassen keine Trendwende erkennen, im Gegenteil!

Man mag sich fragen, woher die Unterschiede herrühren. Es können an dieser Stelle nur einige Vermutungen angestellt werden. Zunächst muss betont werden, dass in Graubünden die Sprachwahl eine Angelegenheit der Gemeinden ist. So sagt Art. 16 des Sprachengesetzes des Kantons Graubünden Folgendes:

»¹ *Die Gemeinden bestimmen in ihrer Gesetzgebung die Amtssprachen nach den Grundsätzen dieses Gesetzes.*

² *Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 40 Prozent von Angehörigen einer angestammten Sprachgemeinschaft gelten als einsprachige Gemeinden. In diesen ist die angestammte Sprache kommunale Amtssprache.*

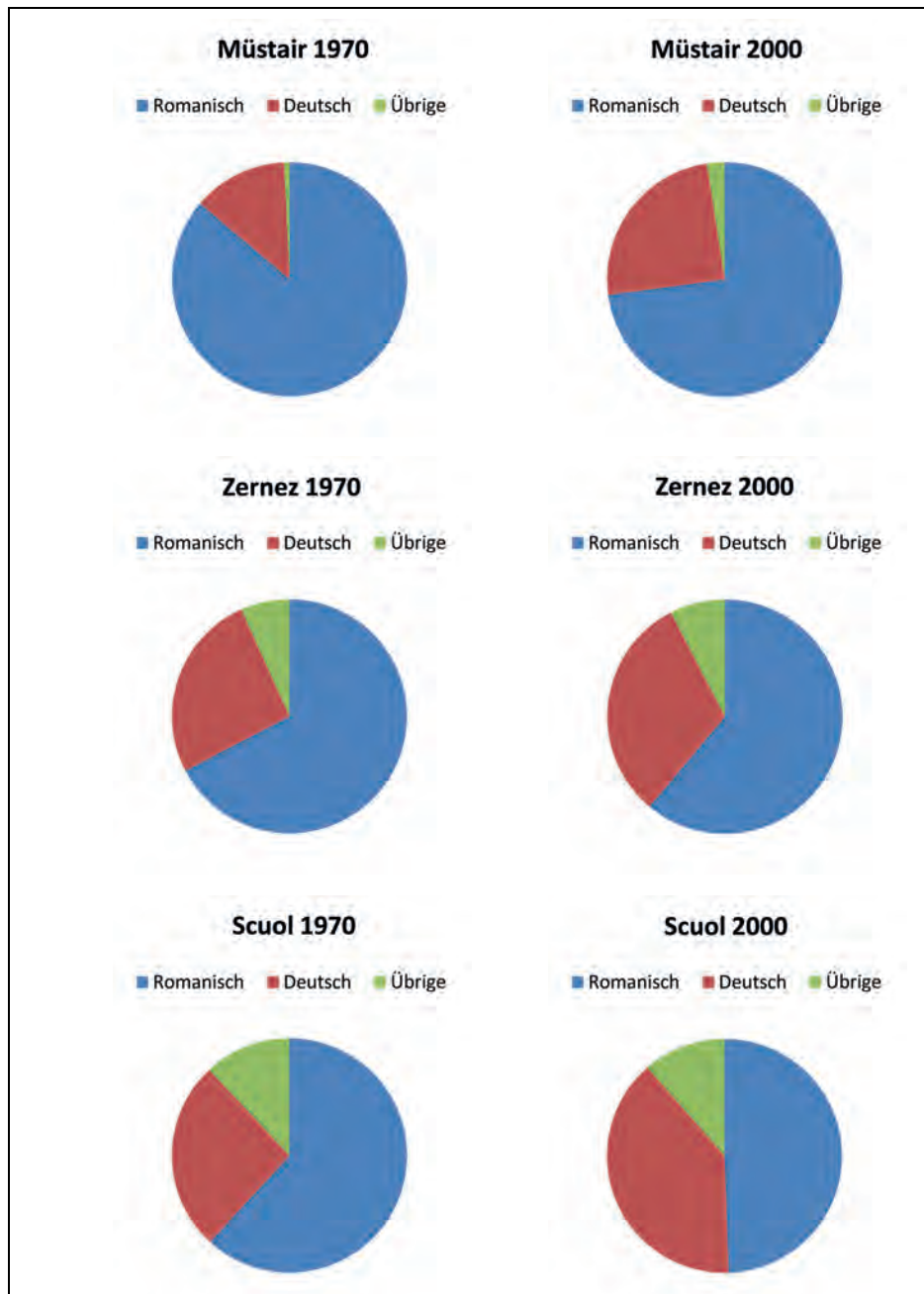


Abb. 13: Entwicklung der Sprachverteilung in ausgewählten Gemeinden des Unterengadins und der Val Müstair in Graubünden 1970 und 2000

Daten: © Bundesamt für Statistik, https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/map/mapIdOnly/0_de.html, letzter Zugriff 09.04.2019). Nota Bene: Die Hauptsprache wird in der Schweiz ab dem Jahr 2000 nicht mehr erhoben

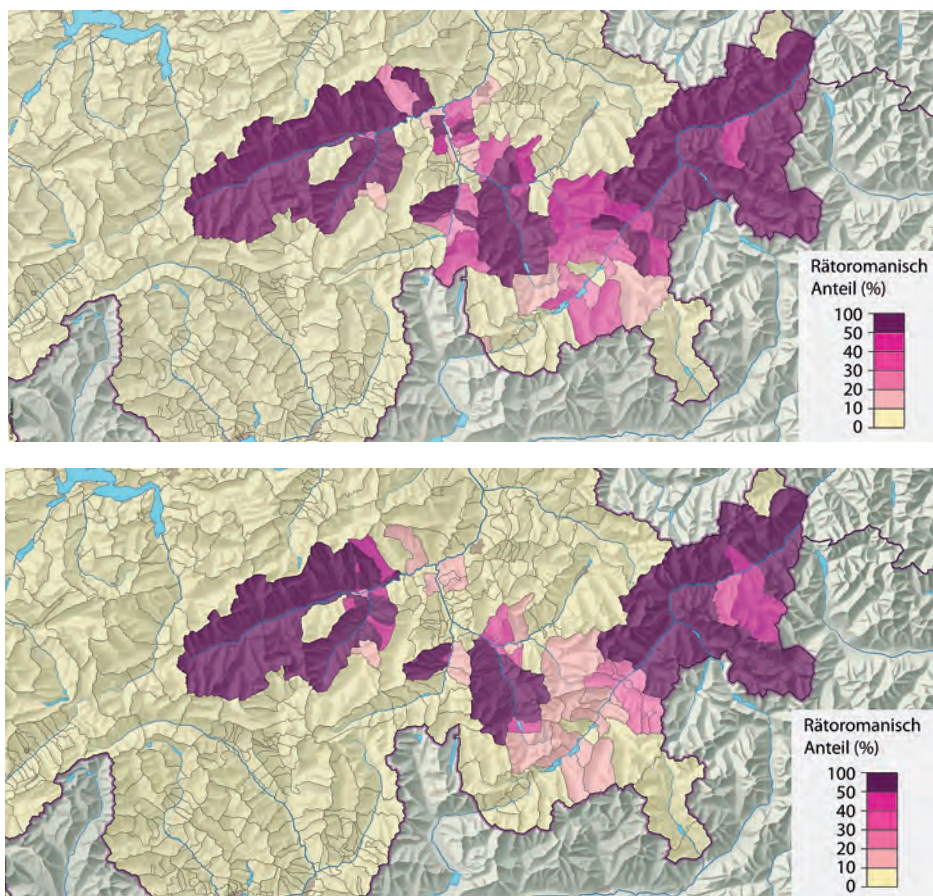


Abb. 14: Anteil der Romanischsprachigen an der Gesamtbevölkerung in Graubünden 1970 und 2000

Institut für Kartografie ETHZ 2010

³ Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 20 Prozent von Angehörigen einer angestammten Sprachgemeinschaft gelten als mehrsprachige Gemeinden. In diesen ist die angestammte Sprache eine der kommunalen Amtssprachen.

⁴ Für die Festlegung des prozentualen Anteils einer Sprachgemeinschaft wird auf die Ergebnisse der letzten eidgenössischen Volkszählung abgestellt. Zur rätomanischen oder italienischen Sprachgemeinschaft zählen sämtliche Personen, welche bei mindestens einer Frage nach der Sprachzugehörigkeit die rätomanische oder italienische Sprache angeben.« Art. 18 sagt bezüglich der Schulsprachen aus, dass dies analog zu regeln sei (Kanton Graubünden, https://www.gr-lex.gr.ch/app/de/texts_of_law/492.100/versions/2708, letzter Zugriff 09.04.2019).

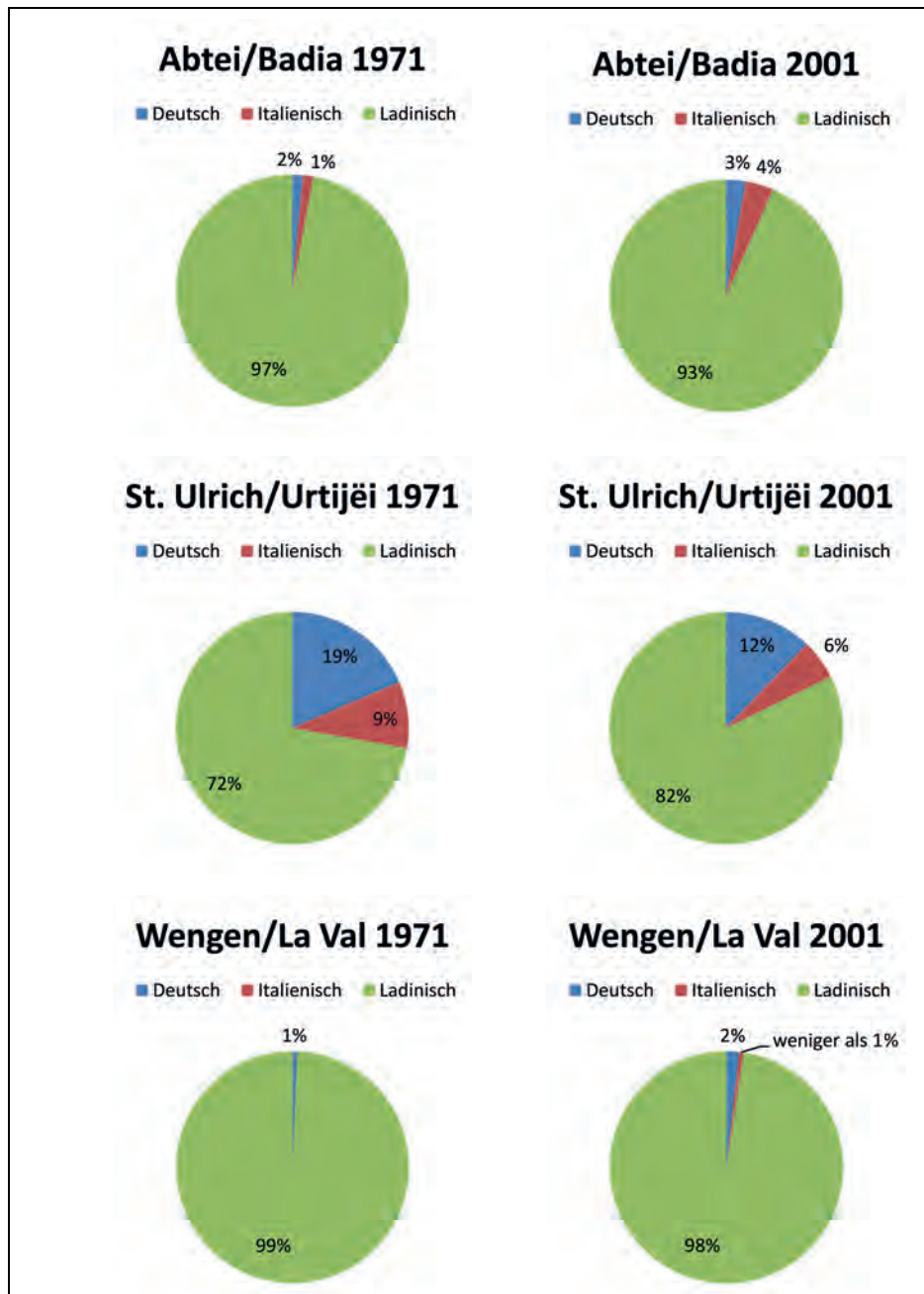


Abb. 15: Entwicklung der Sprachverteilung ausgewählter Gemeinden in den ladinischen Dolomiten 1971 und 2001

Daten: © Landesinstitut für Statistik der Provinz Bozen ASTAT, <http://astat.provinz.bz.it/de/datenbanken-gemeindedatenblatt.asp>, letzter Zugriff 09.04.2019)

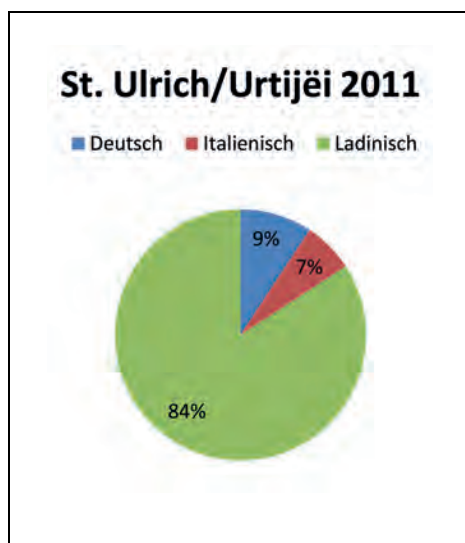


Abb. 16:
Sprachverteilung in St. Ulrich 2011
Daten: © Landesinstitut für Statistik der Provinz Bozen ASTAT, <http://astat.provinz.bz.it/de/datenbanken-gemeindedatenblatt.asp>, letzter Zugriff 09.04.2019

Das bedeutet konkret, dass per Gemeindebeschluss der Sprachunterricht in Rätoromanisch unter Umständen gekappt oder aber auch gestützt werden kann. Dasselbe gilt zum Beispiel auch für die Sprache an Gemeindeversammlungen. Baur (1996, S. 147–148) berichtet von einem Versuch, dies in der Gemeinde Lantsch/Lenz durchzusetzen und ergänzt: »[Man muss] sich einmal den Proteststurm vorstellen, wenn eine Initiativgruppe in einer Gemeinde des Tessins oder der Romandie [der französischsprachigen Schweiz] verlangen würde, Deutsch solle die Sprache der Gemeindeversammlungen sein.« In der übrigen Schweiz herrscht das Territorialitätsprinzip und ein Sprachwechsel ist praktisch nicht möglich, auch wenn grosse anderssprachige Minderheiten oder sogar Mehrheiten vorhanden sind, so in der Region am Murtensee oder in zahlreichen Tessiner Gemeinden. Nota Bene: Die Homepage der Gemeinde Lantsch führt zwar noch den Namen »Cumoin da Lantsch«, ist jedoch praktisch ausschliesslich in Deutsch gehalten (*Gemeinde Lenz*, <https://www.lantsch-lenz.ch/>, letzter Zugriff 09.04.2019). In Dolomitaladinien (beschränkt auf die Talschaften in der Autonomen Provinz Bozen⁵) hingegen finden wir eine andere Situation vor. »Ein Ministerialdekret aus dem Jahr 1948 legte den Grundstein zur Einführung der paritätischen Schule in den ladinischen Ortschaften Südtirols.« (*Istitut Micurá de Rü, Ladinisches Kulturinstitut*, [5 In den ladinischen Tälern ausserhalb der Provinz Bozen \(Fassa, Buchenstein und Ampezzo\) sind die Verhältnisse für den Unterricht in ladinischer Sprache ungleich schlechter \(Verra 2011, S. 108–110\).](https://www.micura.it/de/begegnung/ladinische-kultur/die-schule-in-</p>
</div>
<div data-bbox=)

den-ladinischen-taelern/schule-und-mehrsprachigkeit, letzter Zugriff 09.04.2019). Das heisst, schon seit mehr als sieben Jahren findet der Unterricht in den ladinischen Tälern der Provinz Bozen in einer genuin dreisprachigen Schule statt. Heute erfolgt der Unterricht im ersten Schuljahr auf Ladinisch und Deutsch (in Gröden) bzw. auf Ladinisch und Italienisch (in Abtei/Badia), ab der zweiten Klasse paritätisch eine Woche lang auf Deutsch, die nächste Woche auf Italienisch. Ladinisch kann jederzeit als Verständigungsmittel verwendet werden. In der Mittel- und der Oberschule wird eine Hälfte der Fächer auf Deutsch, die andere auf Italienisch unterrichtet; Ladinisch bleibt ein eigenes Unterrichtsfach. Lehrkräfte müssen zwingend alle drei Sprachen beherrschen (Verra 2011, S. 107–108). Hier dürfte wohl die Resilienz des Ladinischen begründet liegen und vor allem auch die Zunahme des Anteils der Ladinischsprachigen. Durch die starke Verankerung in der Schule werden auch Kinder deutsch- oder italienischsprachiger Eltern ins Ladinische eingeführt und möglicherweise für diese Sprache gewonnen.

Zum Schluss noch aus eigener Beobachtung eine weitere mögliche Funktion des ladinischen Idioms: Wenn man zur Hochsaison im August im Grödner- oder Abteital ein Restaurant oder Geschäft betritt, wird man vom einheimischen Personal sofort auf Italienisch angesprochen, es ist schliesslich Ferragosto. Gibt man auf Deutsch Antwort, wird sofort auf diese Sprache umgestellt. In den Hinterzimmern jedoch ertönt durchwegs das Ladinische. Könnte es sein, dass das einheimische Idiom die Rolle eines Rückzugsortes, eines Schutzschirms vor den übermächtigen Touristenmassen einnimmt?

Summary

Transculturality in the Romanic-German-Italian diffusion area between Gotthard and Dolomite Alps from the early middle ages until today

The area of investigation of this contribution has known political interventions and processes with a highly cultural significance since time immemorial: from the separation of the diocesan state Raetia Curiensis from the ties to the south and its integration into the Franconian countship system around 800 to the deliberate Germanization of the Upper Vinschgau in the early modern period, in order to protect this region against the “*harmful*” Protestant influence of the neighborhood of Raetia Curiensis, to the irredentist appropriation of the Ladin regions in the Dolomites by the young Italian nation-state. At the same time, various processes of migration and acculturation took place, which are politically and culturally charged-up, thus still having an impact on fragmenting the region culturally and politically – the most recent initiative of the Austrian government to offer Austrian citizenship to German-speaking South Tyrolean’s is just one example. Thus, cultures since antiquity have penetrated each other in the sense of transculturality, population groups have been integrated or included in a specific socio-economic system through settlement processes, others excluded through political or social fragmentation.

The article traces the essential political and cultural processes since the early Middle Ages and shows their effect on the development of today's linguistic and cultural texture of the research area. In addition to politics, the focus here lies on the interaction of the various migration and acculturation processes. In particular, the narration of the ethnic-cultural conditionality of cultural landscape design is to be deconstructed. At the same time, a hypothesis is presented why the situation and extent of today's Rhaeto-Romanic language islands cannot only be explained by the discourse on so-called retreat areas. The article is rounded off by an outlook on the current situation regarding vitality and cultural practices in the Rhaeto-Romanic regions.

Literatur

- Aegerter, Leo (1904)*: Karte der Langkofel- und Sellagruppe. – In: Zeitschrift des deutschen und österreichischen Alpenvereins Bd. XXXV, Beilage.
- Baur, Arthur (1996)*: Allegra genügt nicht! Rätoromanisch als Herausforderung für die Schweiz. – Chur.
- Bätzing, Werner (2015)*: Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. – München.
- Bortolotti, Fiorenza (1984)*: Die »Viles« des Gadertales. Hrsg. vom Assessorat für Umweltschutz der Autonomen Provinz Bozen Südtirol. – Bozen.
- Bundesamt für Statistik: Eidgenössische Volkszählung, 1850–2000(VZ), https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/map/mapIdOnly/0_de.html. – Bern.
- Bundesamt für Strassen [Hrsg.] (2007): Historische Verkehrswege im Kanton Graubünden. – Bern.
- Bundi, Martin (2007)*: Gotteshausbund. – In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 19.12.2007, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17154.php>. – Bern.
- Chiocchetti, Fabio (2000)*: L'etnogenesi ladina: Confronto fra la Val Gardena e la Val di Fassa. – In: Comploi, Emma et al. [Hrsg.]: Ad Gredine forestum 999–1999. L nridlamënt de na valeda – Das Werden einer Talschaft – Il costituirsi di una vallata. San Martin de Tor.
- Cole, John W. u. Wolf, Eric R. (1974)*: The hidden frontier. Ecology and ethnicity in an Alpine valley. – New York.
- De Martonne, Emmanuel (1926)*: Les Alpes. Géographie générale. – Paris.
- Gemeinde Lantsch/Lenz: Cumoin da Lantsch – Gemeinde Lenz, <https://www.lantschlenz.ch/>.
- Goebel, Hans (2000)*: Gröden und seine Sprache. Ein wissenschaftshistorischer Rück-, Über- und Ausblick zur »Questione ladina«. – In: Comploi, Emma et al. [Hrsg.]: ad Gredine forestum 999–1999. L nridlamënt de na valeda – Das Werden einer Talschaft – Il costituirsi di una vallata. San Martin de Tor.
- Institut für Kartografie ETHZ (2010): Atlas der Schweiz 3.0 (DVD). – Wabern.
- Istitut Ladin Micurá de Rü, Ladinisches Kulturinstitut: Schule und Mehrsprachigkeit, <https://www.micura.it/de/begegnung/ladinische-kultur/die-schule-in-den-ladinischen-taellern/schule-und-mehrsprachigkeit>. – San Martin de Tor.
- Kaiser, Reinhold (2008)*: Churrätien im frühen Mittelalter. – Basel.
- Kanton Graubünden: Bündner Rechtsbuch, https://www.gr-lex.gr.ch/app/de/texts_of_law/492.100/versions/2708.
- Kustatscher, Erika u. Romeo, Carlo (2010)*: Der Tiroler Raum von der Frühgeschichte bis ins späte Mittelalter. – Bozen (Übergänge und Perspektiven – Grundzüge der Landesgeschichte, 1).
- Landesinstitut für Statistik der Provinz Bozen ASTAT: Gemeindedatenblatt, URL: <https://astat.provinz.bz.it/de/datenbanken-gemeindedatenblatt.asp>. – Bozen.
- Loose, Rainer (1976)*: Siedlungsgenese des oberen Vintschgaus. Schichten und Elemente des thesesianischen Siedlungsgefüges einer Südtiroler Passregion. – Trier (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 208).
- Loose, Rainer (2000)*: Grödens mittelalterliche Anfänge aus siedlungsgenetischer Sicht. – In: Comploi, Emma et al. [Hrsg.]: Ad Gredine forestum 999–1999. L nridlamënt de na valeda – Das Werden einer Talschaft – Il costituirsi di una vallata. San Martin de Tor.
- Perathoner, Christoph (1998)*: Die Dolomitenladiner 1848–1919. – Bozen.
- Pescosta, Werner (2013)*: Geschichte der Dolomitenladiner. – San Martin de Tor.
- Pichler, Eduard (2012)*: Welschnofen: Siedlung und Wirtschaft. – Bozen u. Wien.
- Rizzi, Enrico (2013)*: Storia dell'Engiadina. – Boca (No).

- Sablonier, Roger (2000)*: Politik und Staatlichkeit im spätmittelalterlichen Rätien. – In: Verein für Bündner Kulturforschung [Hrsg.]: Frühzeit bis Mittelalter. Chur (Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 1).
- Schürr, Friedrich (1963)*: Die Alpenromanen. – In: *Vox Romanica* 22, S. 100–126.
- Südtiroler Landesverwaltung: Geobrowser, URL: http://gis2.provinz.bz.it/geobrowser/?project=geobrowser_pro&view=geobrowser_pro_atlas-b&locale=de. – Bozen.
- Südtiroler Landesverwaltung: Grundbuch und Kataster, URL: <http://www.provinz.bz.it/kataster-grundbuch/buerger/dienste-grundkataster.asp>. – Bozen.
- Surchat, Pierre (2014)*: Chur (Diözese, Fürstbistum). – In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 31.07.2014, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D11403.php>. Bern.
- Verra, Roland (2011)*: L lingaz ladin tla scola – Die ladinische Sprache in der Schule – Il ladino nella scuola. – In: Meighörner, Wolfgang [Hrsg.]: Ladinia. Bozen.
- Zinsli, Paul (2002)*: Walser Volkstum in der Schweiz, in Vorarlberg, Liechtenstein und Italien. Erbe, Dasein, Wesen. – Chur.

David Fuchs und Jan Peter Kosok

Materielles Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung

Migration, Interpretation und Transformation¹

Mit 5 Abbildungen und 1 Tabelle

1 Einleitung

Der vorliegende Beitrag untersucht die Rolle des materiellen Kulturerbes auf der Kurischen Nehrung. Im Fokus des Interesses steht die Verteilung des materiellen Kulturerbes über die Halbinsel sowie die Rezeption des materiellen Kulturerbes durch die aktuelle lokale Bevölkerung.² Der Fokus der Untersuchung liegt auf der aktuellen Erhaltungssituation von baulichen Relikten aus der »*deutschen Epoche*« der Besiedlung vor 1945 und deren Rezeption durch die aktuelle Bevölkerung.

2 Lage der Kurischen Nehrung

Die Halbinsel der Kurischen Nehrung liegt am östlichen Ufer der Ostsee und erstreckt sich über rund 100 Kilometer in einem leichten Bogen in Nord-Süd-Richtung (Abb. 1). Dabei ist sie zwischen 400 Metern und rund 4 Kilometern breit. Die Kurische Nehrung trennt das Kurische Haff von der Ostsee. In das Kurische Haff mündet die Nemunas (dt. Memel-Fluss), deren Wasser durch das Haff weiter über das Memeler Tief am nördlichen Ende der Kurischen Nehrung in die Ostsee fließt. Geologisch besteht die Kurische Nehrung vorrangig aus Sanden und ist daher nur bedingt fruchtbar. Nur in dem Bereich südlich des russischen Rybatschi (dt. Rossitten) befindet sich ein Gebiet, welches landwirtschaftlich nutzbar ist, da der Untergrund hier von einer Moräne geprägt ist.

-
- 1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.
 - 2 Der vorliegende Beitrag stellt ein Zwischenergebnis des Projektes »*Migration, Interpretation und Transformation des materiellen Kulturerbes auf der Kurischen Nehrung in Russland und Litauen seit 1945*« dar, welches finanziert wurde durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Abb. 1:
Lage der Kurischen Nehrung im Süden des Baltikums zwischen der Russischen Föderation und Litauen
David Fuchs,
Universität
Tübingen,
Kartengrundlage:
Mapbox, Open-
StreetMap

Politisch ist die Halbinsel zwischen der Russischen Föderation im Süden und der Republik Litauen im Norden geteilt. Zwischen diesen beiden Teilen verläuft somit eine Außengrenze der EU. Erst im Jahr 2019 wurde ein Kurzzeitvisum eingeführt, was den Grenzverkehr für Touristen auf der Nehrung erleichtern könnte. Auf der Nehrung gibt es heutzutage sieben Orte mit insgesamt rund 5 000 Einwohnern. Von den Nehrungsorten liegen drei im russischen Teil (Lesnoi, Morskoje und der russische Hauptort Rybatschi) und vier Orte im litauischen Teil (Preila, Pervalka, Juodkrantė und der litauische Hauptort Nida). Die Kurische Nehrung ist grenzüberschreitend seit dem Jahr 2000 ein Teil des UNESCO Weltkulturerbes.³ In der Begründung wird der besondere anthropogene Einfluss auf die Landschaft unter schwierigen natürlichen Bedingungen angeführt (UNESCO 2019).

3 Die Geschichte der Kurischen Nehrung

Die Kurische Nehrung wurde erst in der Herrschaftszeit des Deutschen Ordens ab dem 13. Jahrhundert nachhaltig und dauerhaft besiedelt (Kossert 2007, S. 192–195). Zuvor gab es zwar wiederholt Siedlungen von skandinavischen Gruppen und baltischen Stämmen, die jedoch alle nach einiger Zeit wieder aufgegeben wurden. Trotz der Besiedlung durch den Deutschen Orden waren die

³ Die Beschreibung der Nominierung zum Weltkulturerbe mit allen relevanten Informationen ist unter <https://whc.unesco.org/en/list/994/> abrufbar.

Siedler nicht ausschließlich Deutsche. Die Bevölkerungsverhältnisse waren komplex. Die Bevölkerung bestand aus den namensgebenden Kuren, Litauern und Deutschen, wobei die Identitäten der einzelnen Gruppen sich verschoben und oft nicht eindeutig waren. Zumindest ab dem 18. Jahrhundert scheint es, dass im südlichen Teil der Anteil der deutschen Bevölkerung größer war, während im nördlichen Teil der Nehrung der Anteil der Litauer höher war. Die Sprachverhältnisse auf der Kurischen Nehrung spiegelten die Bevölkerungszusammensetzung wider, so war das Kurische noch als die Sprache der Fischer erhalten, während die Liturgie in litauischer Sprache gehalten wurde und die Verwaltungssprache Deutsch war (*Gornig 1991, S. 63*).

Für die Ritter des Deutschen Ordens hatte die Kurische Nehrung die Funktion einer Heerstraße nach Kurland, wo sie in der Frühzeit des Ordensstaates gegen die heidnischen baltischen Stämme kämpften. Als die Ordensritter die Verwaltung ihres Gebietes durch Komtureien, Verwaltungsbezirke, organisierten, wurde die Kurische Nehrung administrativ etwa in der Mitte geteilt und zwei Komtureien zugewiesen (*Schlicht 1927, S. 72*).

Die Verkehrsfunktion der Kurischen Nehrung blieb auch nach dem Ende der kriegerischen Züge der Ordensritter gegen die Balten in Kurland erhalten. Nun wurde die Landzunge als wichtiger Verkehrsweg für die Verbindung zu den kurländischen und nördlicher gelegenen Besitzungen des Ordens genutzt. Zunächst bestand auf der Kurischen Nehrung keine Straße. Die Reise erfolgte entlang des Ufers der Ostsee. Man nutzte insbesondere den Übergangsbereich von Meer und Strand, da der Sand hier durch das Wasser eine höhere Kohäsion und somit höhere Festigkeit aufweist. Dies war auf der Nehrung nur auf der Seite der Ostsee möglich, da auf der gegenüberliegenden Haffseite durch die hochaufragenden Dünen eine solche Fortbewegung nicht denkbar war. Eine unbefestigte Straße über die Kurische Nehrung wurde erst später gebaut. Spätestens ab dem 16. Jahrhundert entwickelte sich der Verkehrsweg über die Kurische Nehrung weiter und wurde Teil des wichtigen Postweges von Königsberg nach St. Petersburg (*Schlicht 1927, S. 72*). Dafür wurden als Infrastruktur Krüge entlang des Weges errichtet. Diese Krüge befanden sich in Abständen, die von der Länge her typischen Reiseabschnitten entsprachen. Sie dienten als Unterkünfte für die Reisenden und Pferde. Gleichzeitig waren die Krüger für die Unterhaltung der einzelnen Streckenabschnitte zuständig. Diese Krüge hatten einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Orte, in denen sie sich befanden, indem sie zu einem regelmäßigen Einkommen für die Einwohner und der Verfügbarkeit von Informationen durch die Reisenden führten.

Aufgrund der kargen Böden auf der Kurischen Nehrung, die mit Ausnahme eines kleinen Gebietes bei Rybatschi (ehem. Rossitten) aus Sand bestanden, war die Landzunge für die Landwirtschaft untauglich. Daher war der wirtschaftliche Haupterwerb der Bewohner bis ins 20. Jahrhundert hinein die Fischerei. Das Leben der Bewohner der Kurischen Nehrung wurde durch ihren Haupterwerb als Fischer stark geprägt. An der Fischerei orientierten sich die Organisation des Lebens, die Architektur der Häuser und die Verteilung der einzelnen Siedlungen auf der Nehrung. Die Siedlungen wurden alle auf der Haffseite errichtet, die

einerseits besseren Zugang zu den Fischgründen bot, andererseits aber auch durch die Dünen besser gegen Wettereinflüsse geschützt war. Zudem wurden die Häuser auch mit der Kurzseite zur See errichtet, damit sie starken Winden eine geringere Angriffsfläche boten. Ab dem 18. Jahrhundert erschwerte zudem die zunehmende Versandung das Leben auf der Nehrung. Durch die Abholzung des Nehrungswaldes wurde der Sand mobilisiert und begann, Ortschaften unter sich zu begraben. Trotz aller Gegenmaßnahmen mussten Dörfer dadurch häufig aufgegeben werden (*Schlicht* 1927). Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es durch gezielte Aufforstung, die Dünen festzulegen und die Versandung der Orte endgültig zu stoppen.

Anfang des 19. Jahrhunderts rückte die Flucht der Königin *Luise* (1776–1810) mit ihren Kindern vor *Napoleon*, auf der sie die Nehrung überquerte, diese kurzfristig in das Blickfeld der preußischen Öffentlichkeit. Der beschwerliche Weg in einem Schlitten über die winterliche Nehrung nach Memel wurde propagandistisch ausgeschmückt und ausgeschlachtet (*Bruyn* 2001, S. 3–46). Kurz darauf wurde der Postweg von Kaliningrad (ehem. Königsberg) nach St. Petersburg über eine neue Straße durch Tilsit verlegt, was das Übersetzen in Booten von der Nordspitze der Kurischen Nehrung nach Memel überflüssig machte und so den Postweg beschleunigte. Für die Kurische Nehrung bedeuteten diese Veränderungen, dass sie nun die absolute Peripherie darstellte. Bereits 1817 wird dieses Motiv der abgeschiedenen Nehrung von dem aus Königsberg stammenden *E.T.A. Hoffmann* (1776–1822) in einer schaurigen Kurzgeschichte verarbeitet (*Hoffmann* 2015 [1817]). Diese Geschichte hatte wenig mit den echten Lebensverhältnissen auf der Nehrung zu tun. Weder Ostsee noch Kurisches Haff bekommen größere Erwähnungen und die Wälder werden als weitläufig und dicht beschrieben, was für die echten Wälder auf der Kurischen Nehrung nicht stimmen konnte. Diese waren durch die kargen Böden licht und von geringem Wuchs. Dies illustriert, dass selbst im nahen Königsberg die Menschen offenbar nicht mehr mit den Verhältnissen auf der Nehrung vertraut waren, so dass solche nicht den Tatsachen entsprechenden Darstellungen offenbar weithin akzeptiert wurden.

Auf Reisende hatte die Landschaft der Kurischen Nehrung dennoch weiterhin großen Einfluss. So schrieb *Wilhelm von Humboldt* (1767–1835), dass die Kurische Nehrung »so merkwürdig [sei], daß man sie eigentlich ebensogut als Spanien und Italien gesehen haben muß, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll.« (*Albrecht* 1995, S. 141). Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts begannen sich dann Königsberger Forscher für die Kurische Nehrung zu interessieren. Als Pionier dieser Erforschung gilt der Königsberger Richter *Ludwig Passarge* (1825–1912), der die Kurische Nehrung im Sommer 1868 bewanderte (*Passarge u. Sietz* 2002, S. IX). Während seiner Wanderung sprach er mit den verschiedenen Würdenträgern der Nehrungsorte und las in den örtlichen Chroniken und Jahresbüchern. Die dabei gesammelten Eindrücke schrieb er als Reisebericht nieder. Seine Texte geben Auskunft über die damalige Gestalt der einzelnen Nehrungsorte und das Leben der Menschen, welche immer noch maßgeblich vom Fischfang lebten (*Passarge u. Sietz* 2002, S. 79). Ebenfalls beschrieb *Passarge* einzelne Gebäude auf der Nehrung. Dabei konzentrierte er sich aber insbesondere

auf die verwendeten Materialien und allgemeine Angaben zu den Häusern. Seine Angaben zu der Gestaltung blieben aber eher allgemeiner Natur. Auch andere Königsberger Forscher wie *Adalbert Bezzenberger* (1851–1922) befassten sich ab dieser Zeit mit den Bedingungen auf der Nehrung. *Bezzenberger* wählte dabei in seinen Arbeiten einen systematischeren Zugang als *Passarge*. So untersuchte er die Bevölkerung der Kurischen Nehrung im Spiegel ihrer Lebensbedingungen. Dabei verwendete er auch eine Reihe historischer Quellen, um den Entwicklungen nachzuspüren. Zudem erstellte er eine umfassende Statistik über die einzelnen Nehrungsorte (*Bezzenberger* 1889).

Ende des 19. Jahrhunderts begannen die Künstler der Königsberger Kunstakademie sich für die Kurische Nehrung zu interessieren (*Barfod* 2008, S. 15–22). Kamen zunächst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einzelne Künstler, waren es später Gruppen von Künstlern. Die Künstler begeisterten sich insbesondere für die Kombination aus besonderem Licht auf der Kurischen Nehrung im Sommer mit verschiedenen Motiven wie den hohen Dünen oder dem Fischerleben an der See. Zunächst mangelte es in Nidden an hinreichenden Unterkunfts-möglichkeiten. Daher wohnten die Künstler im Sommer bei den Fischern, welche aus den zur Untermiete wohnenden Künstlern bald einen regulären Nebenerwerb machten. Die Künstler, die auf der Nehrung malten, wurden zunehmend bekannter und brachten weitere Künstler mit (*Barfod* 2008, S. 25–33). Sie institutionalisierten ihre Zusammenarbeit in der Künstlerkolonie Nidden, welche mit dem Gastwirt *Hermann Blode* (1862–1934) einen lokalen Förderer hatte. In der Künstlerkolonie waren Maler wie *Lovis Corinth* (1858–1925), *Max Pechstein* (1881–1951), *Karl Schmidt-Rotluff* (1884–1976) oder *Ernst Mollenhauer* (1892–1963) aktiv. Daneben kamen aber auch andere Künstler wie die Schriftsteller *Carl Zuckmayer* (1896–1977) und *Thomas Mann* (1875–1955) nach Nidden. Mit ihren Bildern sorgten die Maler dafür, dass die Kurische Nehrung über Ostpreußen hinaus als besonders pittoreske Landschaft mit besonderen, als urwüchsig angesehenen Fischern bekannt wurde (*Barfod* 2008, S. 24). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich auf der Kurischen Nehrung dann ein erster richtiger Tourismus (*Tümmler* 2012, S. 93). Dieser wurde begünstigt durch die Verkehrserschließung der Nehrung mit Dampfschiffahrtslinien zwischen Memel im Norden und Cranz im Süden. Von Cranz bestand eine direkte Zugverbindung nach Königsberg, was hier eine komfortable Möglichkeit für Reisende schuf und die Nehrung touristisch weiter erschloss.

Politisch waren die Jahre seit dem Ersten Weltkrieg von mehreren Umbrüchen bestimmt. Der nördliche Teil der Kurischen Nehrung wurde durch den Versailler Vertrag 1919 mit der Stadt Memel zu einem vom Deutschen Reich unabhängigen Völkerbundmandatsgebiet. Der südliche Teil gehörte weiterhin mit Ostpreußen zum Deutschen Reich. Das Mandatsgebiet wurde 1923 von der jungen Republik Litauen unter dem Vorwand eines Wunsches der dortigen Bevölkerung besetzt und 1924 zu einem autonomen Gebiet innerhalb Litauens erklärt. Der Autonomiestatus wurde aber bereits zwei Jahre später widerrufen. Danach war das Gebiet völlig unter litauischer Kontrolle, auch wenn die Bevölkerungsmehrheit sich selbst weiterhin als Deutsch bezeichnete. Im März 1939 wurde das Memelland mit

dem nördlichen Teil der Nehrung nach einem Ultimatum Hitlers wieder dem Deutschen Reich angegliedert. Nach dem Zweiten Weltkrieg beanspruchte die Sowjetunion das gesamte Gebiet Ostpreußens inklusive des Memellandes. Der nördlich gelegene Teil der Kurischen Nehrung wurde als Teil des Memellandes in der Folge im Jahr 1945 Teil des Staatsgebietes Litauens, das jetzt als Litauische Sozialistische Sowjetrepublik ein Teil der Sowjetunion war. Der südliche Teil der Kurischen Nehrung wurde gleichzeitig eine Oblast in der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik. In der Folge der Herrschaftsübernahme wurde die verbliebene deutsche Bevölkerung auf der Kurischen Nehrung vertrieben. Als Litauen 1991 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion wiedererlangte, blieb die Trennung der Kurischen Nehrung zwischen Litauen und Russland entlang der alten Verwaltungsgrenze bestehen. Somit ist die Kurische Nehrung seit 1991 Teil zweier Staaten und die EU-Außengrenze verläuft seit 2004 über die Nehrung.

4 Das materielle Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung

Materielles Kulturerbe wurde im Rahmen des Projektes insbesondere auf die überdauernden Gebäude bezogen, was durch die Erhaltungssituation nach 1945 bedingt ist. Die verwendete Definition orientiert sich an der Charta des Europarates zum Architektonischen Erbe von 1975, welche auf der World Heritage Charta der UNESCO aufbaut. Maßgeblich besagt diese, dass das architektonische Erbe die Umwelt der Menschen prägt und sowohl auf ikonenhaften Bauwerken, also auch auf kleineren und weniger bedeutsamen Bauten beruht, welche gemeinsam die Wirkung eines Raumes auf den Menschen in vielfacher Hinsicht prägen (Europarat 1975). Das Kulturerbe aus der »sowjetischen Epoche« wurde in unserer Untersuchung in der Kartierung und der Befragung miterfasst, es ist jedoch für die Fragestellung des Projektes insbesondere als Vergleichsgruppe für den Umgang mit dem Kulturerbe aus der »deutschen Epoche« interessant.

Die Vergänglichkeit des Kulturerbes und der Gebäude lag an den verwendeten Materialien. Da die Kurische Nehrung äußerst rohstoffarm ist, gab es als lokales Baumaterial nur Holz und Reet. Der Import von anderen Baumaterialien war durch die Armut der Einwohner stark begrenzt. Diese waren dann auch die hauptsächlich verwendeten Materialien für Gebäude und die meisten Gebrauchsgegenstände in der Fischerei auf der Kurischen Nehrung bis weit in die 1920er Jahre hinein (*Schlicht* 1927, S. 85–86). Da seit dem Übergang der Herrschaft rund 74 Jahre vergangen sind und da Gegenstände, die auf die deutsche Vergangenheit verwiesen, in der Sowjetunion lange kein gutes Ansehen besaßen, sind in der Folge viele Kulturgüter verloren gegangen. So beschränkt sich das materielle Kulturerbe heute zum größten Teil auf Gebäude, welche daher den Gegenstand der Untersuchung darstellen. Der Anteil des materiellen Kulturerbes am Gebäudebestand unterscheidet sich zwischen den beiden Nehrungshälften und den einzelnen Nehrungsorten. In dieser räumlichen Verteilung spiegelt sich auch die Geschichte der einzelnen Orte wider.

Dies lässt sich an den beiden Orten Juodkrantė (ehemals Schwarzort) und Nida (ehemals Nidden) im nördlichen Teil der Kurischen Nehrung zeigen. Beide

Orte sind durch die Entwicklungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts stark geprägt, so hatte sich Schwarzort während des neuauftretenden Tourismus zu einem Badeort entwickelt. Aus diesem Grund sind hier Beispiele für die Bäderarchitektur ähnlich der (ehemaligen) deutschen Ostseeküste zu finden. In Nidden setzte der Einfluss des Tourismus später ein als in Schwarzort. Zudem nahm der Tourismus in Nidden durch die Künstlerkolonie auch eine andere Entwicklung. Nidden ist der Ort, in dem die größte Anzahl von Gebäuden im sogenannten Nehrungsstil zu finden ist. Eine abschließende Baubeschreibung des Nehrungsstils steht noch aus, dennoch gilt der Nehrungsstil heute als prägend für die Architektur der Kurischen Nehrung (Demereckas et al. 2011, S. 41–46). Dies zeigt den massiven Wandel im frühen 20. Jahrhundert auf der Nehrung, da der Nehrungsstil erst ab dieser Zeit überhaupt in Quellen nachweisbar ist (Schlicht 1927, S. 86). Bilder von Fischerhäusern vom Ende des 19. Jahrhunderts zeigen Häuser, die in ihrer Kubatur und der baulich angelegten Nutzung bereits Elemente des Nehrungsstils aufweisen. Auf diesen Bildern werden solche Häuser jedoch noch mit geweißelten Fassaden oder einfachen Bretterwänden dargestellt. Erst im Anschluss an diese Zeit, etwa ab den 1920er Jahren, treten dann Gebäude in einer für den Nehrungsstil typischen Gestaltung auf. Zu diesem Stil gehört eine bestimmte Fassadengestaltung. Diese besteht aus einer Verkleidung mit vertikalorientierten Profiltrettern, welche in oxsenblutroter Farbe gestrichen sind (vgl. Tab. 1). Die Fensterrahmen setzen sich meist in blauer, seltener in weißer Farbe ab. Dazu kommen verschiedene Zierelemente wie weiße Fensterkreuze, sowie weiße oder blaue Giebelbretter und Gratleisten. Die Dächer sind entweder mit tönernen Schindeln oder mit Reet gedeckt. Der an den Gebäuden verwendete kräftige Blauton wird als »Niddener Blau« bezeichnet, die Farbe ist jedoch nicht näher definiert. Abb. 2 zeigt ein Gebäude, welches die Elemente des Nehrungsstils in sich vereint.

Tab. 1: Elemente des Nehrungsstils
Eigene Erhebung

Struktur	Dach	Fenster	Fassade
1,5 Geschosse, im Grundriss rechteckiger Bau mit einer an der Traufseite vorgelagerten verglasten Veranda als Eingang	Rote Dachziegel oder (seltener) reetgedeckt; hölzerne Zierleisten an den Giebeln und lotrechtes Giebelbrett am First	Meist halbe Geschosshöhe, oft mit einem markanten farblichen Rahmen abgehoben, oft Fensterläden	Mit Holzlatten in vertikaler Ausrichtung verkleidet und in Oxsenblutrot oder in »Niddener Blau« gestrichen. Elemente in Weiß oder »Niddener Blau«

Im südlichen Teil der Kurischen Nehrung fehlt dieser eindeutig zuordenbare typische architektonische Stil. Zwar ist hier die Architektur der einzelnen Epochen der Kurischen Nehrung gut zu unterscheiden, insbesondere die Architektur aus der »deutschen Epoche« ist klar zu erkennen. Ein eigener Stil wie der Nehrungsstil im Norden der Halbinsel hat sich hier jedoch nicht entwickelt. Da der



Abb. 2: Gebäude in Preila (LT) aus der Vorkriegszeit, welches die typischen Elemente des Nehrungsstils wie Farbgestaltung, Struktur und Größe aufweist
Sebastian Kinder, Universität Tübingen

Nehrungsstil für den nördlichen Teil der Kurischen Nehrung sehr prägend ist, macht es Sinn, diesen gegenüber dem sonstigen materiellen Kulturerbe kenntlich zu machen. Gleiches gilt für den Bäderstil, der auf der Nehrung nur in Juodkrantė eine Bedeutung für das materielle Kulturerbe besitzt.

Über das reine Vorhandensein von materiellem Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung hinaus ist der Einfluss auf die heutige Bewertung durch die Bevölkerung bedeutsam. Die Menge an materiellem Kulturerbe sollte eigentlich überraschen, da neben der bereits angesprochenen Vergänglichkeit der Bausubstanz im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass es in der Sowjetunion eine eher ablehnende Haltung gegenüber dem deutschen Kulturerbe gab. Die eroberten Gebiete in Ostpreußen galten in der sowjetischen Propaganda als »urslawische Erde«, die zurückerobert wurde (Hoppe 2000, S. 46). In der Folge wäre es denkbar, dass das materielle Kulturerbe aus der Zeit der deutschen Besiedlung eigentlich als Antithese zur neuen Herrschaft gesehen wurde. In der Untersuchung ist es somit interessant, ob und inwieweit die Gestaltung neuer Gebäude sich an den Gebäuden aus dieser »deutschen Epoche« orientiert, es also eine konkrete Bezugnahme auf das Kulturerbe aus der Epoche vor 1945 in der weiteren baulichen Gestaltung der Kurischen Nehrung gibt.

Andererseits ist das Verhältnis der heutigen Bevölkerung zum materiellen Kulturerbe von besonderem Interesse. Zunächst ist fraglich, ob die heutigen Einwohner der Kurischen Nehrung das materielle Kulturerbe als solches erkennen können, beziehungsweise als was sie es erkennen. Zum anderen ist die Frage auf-

schlussreich, wie die Einwohner das materielle Kulturerbe bewerten und, falls das materielle Kulturerbe als besonders angesehen wird, inwieweit es als eigenes angesehen wird. Eng damit verbunden ist die Frage nach der eigenen Identität der heutigen Nehrungsbewohner.

5 Methodik

Die zuvor erwähnten Aspekte erfordern ein methodisches Vorgehen, das sowohl quantitativ Auskunft über die Menge und den Zustand der Bausubstanz aus der Zeit vor 1945 als auch qualitativ Auskunft über die Einordnung des Kulturerbes in die Lebenswelt der Bewohner durch eben diese gibt. Die quantitative Erhebung erfolgte in Form einer kartierenden Bauaufnahme und der Aufbereitung der erhobenen Informationen in einer Datenbank. Die Einstellung der Bewohner zum Kulturerbe wurde in qualitativen Interviews erhoben. Im Folgenden sollen diese Methoden und ihre Durchführung vor Ort näher erläutert werden.

5.1 Kartierung

Die Kartierung wurde im Sommer und Herbst des Jahres 2018 durchgeführt. Dabei wurden alle ungefähr 2 500 Gebäude auf der Kurischen Nehrung aufgenommen. Zu jedem der Gebäude wurden anhand eines im Voraus erstellten Leitfadens Daten zum baulichen Zustand, der Gebäudestruktur, der Überprägung, dem architektonischen Stil und der Nutzung erhoben. Dabei handelt es sich insgesamt um 13 Variablen. Hinzu kamen sechs erhobene Variablen wie eine eindeutige Gebäude-ID, die der technischen Verarbeitung der Daten dienen. Zusätzlich dazu wurde jedes Gebäude nach der Erfassung fotografiert. Ein Schwerpunkt der Erhebung war die Bestimmung der stilistischen Ausgestaltung der einzelnen Gebäude. Dabei wurde vor allem auf die oben beschriebene Farbgebung, die Gestaltung der Verzierungen und Kubatur der Häuser Acht gegeben. Nach der Aufnahme wurden die Daten mit ArcGIS in einer Geodatenbank organisiert, um statistische Analysen zu ermöglichen. Ebenfalls hinzugezogen wurden historische Quellen wie Katasterpläne von Rybatschi und Lesnoi aus deutscher Zeit und historische Karten von vor 1945.

5.2 Interviews

Im Rahmen der Erhebung wurden 50 Interviews mit Bewohnern der Kurischen Nehrung geführt, von denen jeweils die Hälfte im russischen und dem litauischen Teil der Nehrung ansässig sind. Bei den Interviewpartnern wurde ein demographischer Querschnitt hinsichtlich des Alters und der Nationalität abgebildet. Aus allen Ortschaften der Nehrung wurden Einwohner befragt, wobei die Anzahl sich grob an der Bevölkerungszahl orientierte. So wurden im litauischen Teil überwiegend Einwohner des Hauptortes Nida interviewt. Auf der nördlichen, zu Litauen gehörenden Hälfte wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Laufe der 1990er Jahre vermehrt deut-

sche Staatsbürger auf die Nehrung zogen. Von diesen wurden ebenfalls einige interviewt. Ergänzt wurden die Interviews mit den Bewohnern durch Interviews mit lokalen Funktionsträgern wie Mitarbeitern der Nationalparkverwaltung, dem Vizebürgermeister von Nida, dem örtlichen lutherischen Pfarrer und Akteuren der heute noch bedeutenden Tourismusbranche.

Die Interviews folgen einem Leitfaden, der auf der theoretischen Orientierung an *Jacques Lacans* (1901–1981) Trias (siehe Abschnitt 6) basiert. Dennoch enthielten die Interviews Passagen, die den Charakter eines narrativen Interviews aufweisen, damit die Bewohner ausführliche Antworten zu ihrer Sicht auf das Kulturerbe der Kurischen Nehrung darlegen konnten. Die Interviews wurden auf der russischen Seite auf Russisch, auf der litauischen Seite auf Englisch, Deutsch oder Litauisch geführt. Bei den örtlichen Sprachen wurden lokale Dolmetscher zurate gezogen. Die Interviews mit den lokalen Experten wurden stärker standardisiert geführt, um bestimmte Sachinformationen zu gewinnen. Die Interviewpartner, die ausschließlich lokale Bewohner umfassen, wurden über Ansprache auf der Straße und über Vermittlung durch verschiedene Institutionen wie den Nationalpark, die Touristeninformation und Kontakte durch Partner an den Universitäten Klaipėda und Kaliningrad akquiriert. Die Interviews wurden mit Hilfe eines Diktiergerätes aufgezeichnet und anschließend für die weitere Auswertung kommentiert transkribiert. Die Interviews liefern im Gegensatz zu den quantitativen Daten der Gebäudeerhebung Detailinformationen über die lebensweltliche Relevanz des Kulturerbes für die Bewohner der Orte auf der Nehrung. Durch die Experten wird diese alltägliche Rezeption durch Wissen über mit dem Kulturerbe verbundene Verwaltungsabläufe ergänzt. Damit ergibt sich durch den Methodemix ein umfassendes Bild für beide Nehrungsseiten.

6 Die *Lacansche* Trias als epistemologischer Zugang

Bereits die Ergebnisse der Erhebung der Gebäude legen nahe, dass das materielle Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung eine besondere Bedeutung für die Einwohner hat. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Geschichte der Kurischen Nehrung zumindest überraschend. Die deutsche Bevölkerung wurde nach 1945 vertrieben, die neuen Einwohner waren nicht mit dem Gebiet vertraut oder verbunden, im russischen Teil der Kurischen Nehrung kamen die Neusiedler zum Teil sogar aus Gebieten, die mehrere tausend Kilometer entfernt waren (*Matthes u. Galcova* 1999). Diesen neuen Siedlern wurde die deutsche Geschichte des Gebietes als eine fremde und feindselige Besatzung dargestellt. Dabei war es egal, dass die Litauer nicht zu den Slawen gerechnet wurden und tatsächlich bereits auf der Kurischen Nehrung mit den Deutschen in Frieden zusammengelebt hatten.

Diese ungewöhnlichen Beobachtungen erfordern einen Zugang für die Interviews, welcher den von der offiziellen Lesart abweichenden Umgang der Bevölkerung sinnvoll erklären kann. Einen solchen Zugang kann die Trias aus den drei Registern des Symbolischen, Imaginären und Realen bieten. Diese Trias wurde als epistemologischer Ansatz zum Verständnis des Weltzugangs durch das Indi-

viduum durch den französischen Psychoanalytiker *Jacques Lacan* entwickelt (*Lacan* 1953 [2013]). Diese Idee der Epistemologie wurde vom Philosophen *Frank Wörler* in seiner Arbeit weiterentwickelt (*Wörler* 2015). Die Arbeit *Wörlers* erlaubt eine weitergehende Nutzung von *Lacans* Trias auch in anderen Wissensfeldern als den ursprünglich intendierten.

Die drei Register der Trias repräsentieren jeweils einen anderen Bereich des menschlichen Weltzugangs. Diese Bereiche stehen niemals für sich allein, die drei Register treten immer gleichzeitig auf (*Widmer* 2018, S. 153–156). Folglich ist es in der ›Realität‹ nicht möglich, ein Register an sich zu betrachten, da immer die beiden anderen zugleich anwesend sind. Es ist nur möglich,

ein Register in den Fokus der Betrachtung zu stellen (*Lacan* 2017, S. 33). Diese Eigenschaft der Trias wird durch den Borromäischen Knoten dargestellt, wie er in Abb. 3 dargestellt wird. Die drei Register haben vielfältige Verknüpfungen und Wechselwirkungen, die sie miteinander verbinden und in Beziehungen setzen. Daher wird hier nur grob das Zusammenwirken der drei Register skizziert.

Innerhalb der Trias repräsentiert das Symbolische die Systeme von Zeichen in ihrem jeweiligen Bedeutungsrahmen. Das Funktionsprinzip des Symbolischen ist die Beziehung (*Wörler* 2015, S. 225). So besteht die Struktur des Symbolischen aus reziproken Beziehungen zwischen wesensgleichen Elementen, den Symbolen. Die Beziehungen zwischen den Symbolen werden durch Gesetze, also feststehende Regeln, geordnet. Diese feststehenden Regeln sind zumeist so strukturiert, dass sich zumindest eine Art von Folgerichtigkeit benennen lässt. Die Symbole und die Gesetze sind das Ergebnis von Aushandlungsprozessen durch die Nutzer. Dabei ist die Verwendung symbolischer Systeme stets gruppenspezifisch. Die Symbole sind im gruppenspezifisch gültigen symbolischen System angelegt, welches wiederum durch die Regeln des Registers des Symbolischen organisiert ist (*Ort* 2014, S. 25). Die Symbole und die Gesetze des symbolischen Systems passen sich durch ihre dauerhaft wiederholte Verwendung neuen Anforderungen der Lebenswelt der Gruppe immer wieder an, wobei diese Gruppe sowohl die aktiven, als auch die ehemaligen Nutzer umfasst. Daraus resultiert, dass die Grenzen des symbolischen Systems wie auch die der Gruppe stets flexibel sind. Kommt ein Individuum, sei es durch Geburt, Zuzug oder auf anderem Wege, in Kontakt mit einem ihm unbekanntem symbolischen System, empfindet es dieses als vorgegeben und starr (*Lacan* 1978 [2008], S. 38). Symbole verfügen im jeweiligen Zu-

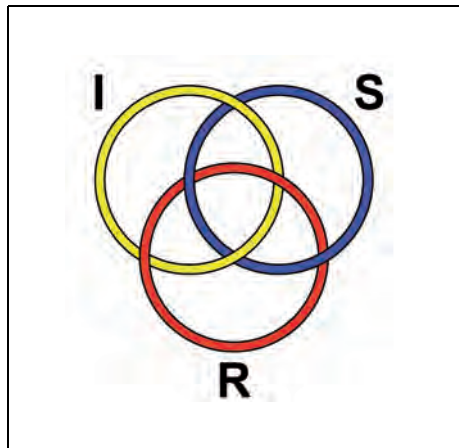


Abb. 3: Die Struktur der Lacanschen Trias anhand des Borromäischen Knotens
Verändert nach: *Widmer* 2018, S. 153

sammenhang immer über einen Sinn, der auf die symbolische Ordnung als Bedeutungsrahmen verweist und eine Bedeutung, welche auf die individuellen Zuschreibungen und Erfahrungen verweist, welche im Register des Imaginären angelegt sind.

Das Imaginäre repräsentiert die Sammlung von Selbstbildern und Bildern des als ›richtig‹ Empfundene des Individuums. Das Funktionsprinzip des Imaginären ist die Identität (Wörler 2015, S. 225), was bedeutet, dass Dinge entweder abgelehnt oder angenommen werden. Da sich das Imaginäre der Symbolisierung entzieht, wird es nur in »spekulativen oder projektiven Figuren« (Wörler 2015, S. 165) ersichtlich. Es ist mit Logik nur sehr bedingt auflösbar und entzieht sich einer endgültigen Bestimmung, was seinen Charakter als menschlicher Identität herausstellt. Auf der Ebene von Kollektiven und Gruppen ist das Imaginäre die Sammlung an internalisierten Normen und Werten. Diese haben immer auch einen emotionalen Wert, damit sie das Individuum zur Handlung befähigen (Wörler 2015, S. 169). Ein Auslöser für die Emotionen kann immer das Reale sein, welches mit Gefühlen von Angst und Unsicherheit verbunden ist.

Das Reale ist in der Theorie von Lacan am ehesten zu verstehen, wenn man es als »die ungewisse Erwartung, dass sich etwas Opakes ereignet« (Wörler 2015, S. 225) begreift. Es gilt gemeinhin als das am schwierigsten zu fassende Register Jacques Lacans. In der Trias weist es als Funktionsprinzip die singuläre Qualität auf (Wörler 2015, S. 225). Meist wird das Reale durch das Imaginäre oder das Symbolische verdeckt, in dem es in einen für das Individuum bekannten oder sinnvollen Kontext gestellt wird. Tritt das Reale in die Welt des Individuums, erscheint es dem Individuum, als träte das Reale unvermittelt und heterogen auf. Das bedeutet, dass das Reale weder abzusehen noch zu erwarten ist, da es scheinbar jede Form annehmen kann, die nicht durch die beiden anderen Register gedeckt wird. Daher wird das Reale für das Individuum als nicht-rationale Wirklichkeit erlebt.

Das materielle Kulturerbe muss den Neusiedlern auf der Kurischen Nehrung durch die Propaganda der Sowjetführung zunächst als eine solche singuläre Qualität im Sinne des Registers des Realen erschienen sein. Auf der einen Seite wurde symbolisch durch die Staatsführung vermittelt, dass das Deutsche abzulehnen sei und die deutsche Materialität für Jahrhunderte der Besetzung von »urslawischer Erde« (Hoppe 2000, S. 46) stand. Gleichzeitig aber wurde der relativ höhere Wohlstand der Orte auf der Kurischen Nehrung gegenüber der russischen Heimat und die bessere bauliche Ausführung vieler Gebäude von den Menschen direkt erlebt (Matthes u. Galcova 1999). Dieser Erfahrung war sich die sowjetische Führung bewusst, da sie auch bei den vielen in das Deutsche Reich verschleppten sowjetischen Staatsbürgern aufgetreten war (Zubkova 1999, S. 373). Daneben war die persönliche Erfahrung mit den Deutschen im Krieg, mit denen auch Neusiedler in Kontakt gekommen waren, keine andere Quelle für einen sinnstiftenden Umgang mit der nun auftretenden Spannung, als dass die ›feindliche‹ Materialität nun für das eigene Leben positiv erlebt werden konnte.

Die Trias aus Symbolischem, Imaginärem und Realem bietet hier einen guten Zugang, um die Anpassungsprozesse, die auf der Kurischen Nehrung stattgefunden

den haben, zu untersuchen. Dabei können die elementaren Prozesse identifiziert werden, welche die Anpassung zur Überwindung des Realen geliefert haben. Dabei wird es möglich sein, diese nach den beiden anderen Registern zu unterscheiden, was es möglich macht, nähere Bestimmungen vorzunehmen, wie ein solcher Anpassungsprozess abläuft, wie er in der Folge die Auffassung über den betroffenen Raum bestimmt, und wie die Lösungen des Spannungsverhältnisses in raumwirksame Prozesse umgesetzt wird.

7 Vorläufige Ergebnisse

Alle hier präsentierten Ergebnisse stellen nur einen Zwischenstand unserer Arbeiten dar. Die Auswertungen sowohl der Kartierungen als auch der Interviews laufen noch. Die hier vorgestellten Ergebnisse lassen jedoch schon eine Reihe von Schlüssen über das materielle Kulturerbe und deren Bedeutung für die Einwohner auf der Kurischen Nehrung zu. In beiden Teilen der Nehrung ist das materielle Kulturerbe ein wichtiger Bestandteil des Gebäudebestandes und prägend für die Ortschaften. Dies wird von den Menschen auch so rezipiert. Gleichzeitig wird die Nehrung von den Einwohnern komplett angenommen und das materielle Kulturerbe ist ein Teil der eigenen Identität. Dies beschreibt auch in etwa den Prozess nach der *Lacanschen* Theorie: Die vorgefundenen Gebäude stellten für die neuen Einwohner eine psychische Herausforderung dar, sie waren symbolische Relikte der ehemaligen Kriegsgegner, die grausame Verbrechen an der Zivilbevölkerung und Soldaten begangen hatten. Daher gab es einen starken Argwohn und eine Ablehnung, die aus der eigenen Identität, dem Imaginären bei *Lacan*, resultierten (*Zubkova* 1999, S. 373–376). Diese Ablehnung wurde nun mit der positiven Erfahrung der auch symbolischen Relikte konfrontiert, nämlich als funktionale und gute Gebäude (*Hoppe* 2000, S. 123–127). Diese Gebäude sind hier in der Theorie von *Lacan* das Reale, welches für die Menschen bei der direkten Erfahrung immer unerträglich ist und daher symbolisch oder imaginär gefasst – oder zerstört werden muss (*Widmer* 2018, S. 65–69). Dies mündete letztlich in der Annahme der neuen Heimat inklusive der Gebäude. Die Kartierung zeigt den Umfang der überdauernden Gebäude, welche zum einen Belegen, dass es keine größeren Zerstörungen gab, da die Orte nicht signifikant geschrumpft sind. Zugleich zeigt die Kartierung die positive Annahme der Gebäude durch die Aufnahme von Stilelementen in die eigene architektonische Gestaltung der Umwelt.

Die Erkenntnis, dass die einzelnen Nehrungsorte sehr unterschiedlich entwickelt sind und unterschiedliche Strukturen aufweisen, ist zunächst trivial. Es ist folgerichtig, dass Orte ein Spiegel ihrer Lage und Geschichte sind. Diese Erkenntnis wird in Bezug auf die Nehrung aber interessant, wenn man sich vor Augen führt, dass es sich um einen sehr begrenzten und einen letztlich eher homogenen Raum handelt. Die unterschiedlichen Merkmale der einzelnen Ortschaften, wie sie sich in der Kartierung zeigen, sind somit zwar erklärbar, waren aber weder zwingend noch absehbar zu erwarten.

7.1 Kartierung

Von den 2 321 kartierten Gebäuden auf der Kurischen Nehrung stammen rund 24 Prozent aus der Zeit vor 1945. Auf der litauischen Seite liegt der Anteil bei ungefähr 25,9 Prozent, auf der russischen Seite ist er mit rund 22,9 Prozent minimal geringer. Damit sind ein Fünftel bis ein Viertel der Häuser, die heute noch auf der Kurischen Nehrung stehen, Relikte der deutschen Zeit. Dennoch ist der Anteil der Gebäude aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, wie Abb. 4 zeigt, von Ort zu Ort unterschiedlich.

Deutliche Unterschiede sieht man bei der Verteilung des Nehrungsstils und von Gebäuden, die Elemente oder Interpretationen des Stils aufweisen. Um ein Gebäude mit Elementen des Nehrungsstils handelt es sich, wenn einzelne Teilaspekte wie beispielsweise Verzierungen an den Dächern oder die oben erklärte typische Farbgebung vorhanden sind. Interpretationen wiederum sind neuere Gebäude, die die Elemente aufgreifen und in einen modernen, individuellen Kontext setzen, der jedoch deutliche Bezüge zum früheren Stil aufweist. Auf russischer Seite sind lediglich drei Gebäude dem ursprünglichen Nehrungsstil zuzuordnen, von denen zwei in Rybatschi und eins in Morskoje stehen. Einzelne Elemente und moderne Interpretationen des Stils finden sich bei lediglich 3,4 Prozent. Die Mehrheit der in diesem Stil gehaltenen Gebäude steht abermals in Rybatschi, gefolgt von Lesnoi. Damit spielt der Stil sowohl bei den neu errichteten als auch bei den historischen Gebäuden keine Rolle.

Anders stellt sich die Situation in Litauen dar. Hier ist der Nehrungsstil weitaus stärker verbreitet. Einzelne Elemente und Neuinterpretationen des Stils finden sich bei 28,4 Prozent der kartierten Gebäude. Ein reiner Nehrungsstil findet sich bei 11,2 Prozent der Häuser wieder. Damit ist der Anteil an originär im Nehrungsstil gehaltenen Bauwerken im litauischen Teil wesentlich höher; der Anteil an Bauwerken, die Elemente oder eine Neuinterpretation des Stils enthalten, liegt ungefähr acht Mal höher als im südlichen Teil der Landzunge. Damit bestätigt sich, dass im nördlichen, heute zu Litauen gehörenden Teil der Kurischen Nehrung das Zentrum des Nehrungsstils liegt.

Jedoch gibt es auch dort räumliche Differenzierungen des Phänomens. In absoluten Zahlen sind in Nida mit 58 Gebäuden die meisten Gebäude im Nehrungsstil. Hier liegt der Anteil an den gesamten 478 untersuchten Gebäuden bei etwas mehr als 12 Prozent. Rund ein weiteres Viertel der Gebäude weist Elemente des Nehrungsstils auf, oder interpretiert diesen neu. In Juodkrantė verhalten sich die Zahlen mit elf Prozent Gebäuden im Nehrungsstil und 25 Prozent daran angelehnt gestalteten Häusern ähnlich. Der höchste Anteil an im originären Nehrungsstil gehaltenen Gebäuden findet sich in Preila, wo 17,1 Prozent der Häuser im entsprechenden Stil gebaut sind und 43,6 Prozent gestalterisch an ihn angelehnt sind. Wie sich diese in Preila verteilen, wird exemplarisch in Abb. 5 dargestellt. Dabei zeigt sich ein Muster der Clusterbildung, dass sich auch in anderen Orten der Nehrung erkennen lässt. In Preila findet sich in der Mitte des Ortes ein Bereich der vorrangig vom Nehrungsstil geprägt ist. Südlich daran schließt sich ein Bereich an, in dem viele Gebäude mit Elementen des Nehrungsstils und Interpreta-

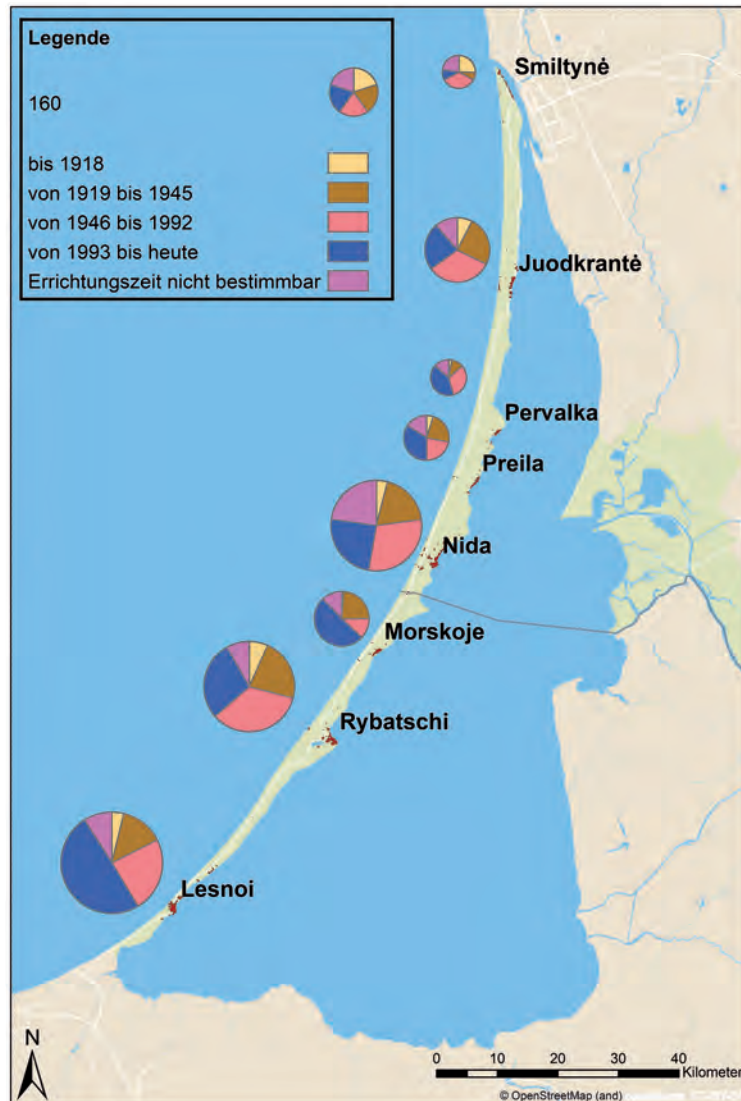


Abb. 4: Übersicht über die Anteile der Gebäude im Nahrungsstil in den Ortschaften auf der Kurischen Nehrung
David Fuchs u. Valerian Lange, Universität Tübingen, Kartengrundlage: Mapbox, OpenStreetMap

tionen des Nahrungsstils zu finden sind. Der Norden des Ortes ist wiederum von Gebäuden, die keinen Nahrungsstil aufweisen, dominiert.

Das Zentrum des Nahrungsstils liegt somit in absoluten Zahlen ausgedrückt in Nida. Hier ist vor allem im alten Dorfkern noch eine nahezu geschlossene Bebauung mit Häusern aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg vorhanden, was den Ort insbesondere für Touristen attraktiv macht. Auch in Juodkrantė befinden sich



Abb. 5: *Beispielhafte Verteilung der Gebäude im Nahrungsstil in Preila (LT)*
 David Fuchs u. Valerian Lange, Universität Tübingen, Kartengrundlage: Mapbox, OpenStreetMap

noch bedeutende Anteile des Nahrungsstils am Gebäudebestand. Prozentual am stärksten vertreten ist der Stil jedoch in Preila. Der Nahrungsstil und seine Abwandlungen haben in Litauen eine große Bedeutung für die Gestaltung der Orte und bilden auch einen wichtigen Anteil des gesamten materiellen Kulturerbes.

In Russland hingegen sind die wenigen Gebäude im Nehrungsstil zu vernachlässigen. Sie spielen im Erscheinungsbild der Orte keine Rolle. Dies gilt auch für mögliche Interpretationen oder Elemente des Nehrungsstils. Das materielle Kulturerbe aus der Zeit der deutschen Besiedlung ist im russischen Teil durch Gebäude ohne fest definierten Stil vertreten. Insgesamt ist der Anteil des materiellen Kulturerbes aus deutscher Zeit im russischen Teil in den einzelnen Orten ähnlich hoch wie im litauischen Teil. Was jedoch besonders auffällt ist, dass in allen drei Siedlungen im russischen Teil der Nehrung der Anteil der Häuser, die seit 1993 bestehen, besonders groß ist, was auf eine höhere Neubautätigkeit hindeutet.

7.2 Interviews

Die bisherige Auswertung der Interviews ergab, dass es sehr verschiedene Sichtweisen auf das materielle Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung gibt. Allgemein lässt sich festhalten, dass die unterschiedlichen Sichtweisen auf das materielle Kulturerbe sowohl die ästhetische Bewertung als auch das faktische Wissen um das materielle Kulturerbe betreffen. Die Unterschiede sowohl in der ästhetischen Bewertung, als auch beim faktischen Wissen sind insbesondere vom persönlichen Bezug zum materiellen Kulturerbe und somit dem individuellen Interesse abhängig. Daneben scheint es, als hätten ältere Menschen ein größeres Wissen um das materielle Kulturerbe auf der Nehrung als jüngere. Im russischen Teil spielte auch der Bildungsgrad eine größere Rolle. Dagegen spielten die Wohnorte nur eine nachrangige Rolle. Insgesamt lässt sich ein grundsätzlich positiver Bezug zum materiellen Kulturerbe attestieren. Dies gilt über beide Nehrungsteile hinweg. Die Gebäude werden als ästhetisch wertvoll wahrgenommen. In keinem der Interviews wurde eine offen ablehnende Haltung gegenüber der Materialität geäußert.

Die Prozesse, die zur positiven Einschätzung des materiellen Kulturerbes geführt haben, sind bisher nur in Grundzügen erkennbar geworden. Die Orte werden von den Gesprächspartnern als Heimat verstanden und auch als solche in den Gesprächen adressiert. Dabei ist es möglich geworden, eine Reihe Orte von Bedeutung zu identifizieren und auch einige Narrative zusammenzufassen, welche auf das Zusammenspiel der drei Register verweisen. Auffällig ist, dass es mehrmals in den Interviews zu dem Moment kam, dass Gesprächspartner das materielle Kulturerbe direkt als deutsch, in Abgrenzung zum Russischen oder Litauischen, adressiert haben, in der anschließenden Frage dann aber sagten, auf der Nehrung gäbe es keine alten Gebäude oder Vorkriegsarchitektur. Insbesondere diesen Aussagen, der Struktur der Sinnerzählungen und der Struktur der Orte von Bedeutung gilt es noch weiter nachzugehen. Die Trias wird bei dieser Analyse eine wichtige Rolle spielen.

8 Fazit

Es zeigt sich, dass die Kurische Nehrung bis heute insgesamt durch die Siedlungsstruktur und Gestaltung der ursprünglichen Fischerdörfer geprägt ist. Dabei hatten sich die grundsätzlichen Strukturen bis ins 19. Jahrhundert bereits entwickelt, während der architektonische Stil sich erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts nachweislich ausgeprägt hat. In den einzelnen Orten hat das materielle Kulturerbe einen wichtigen Einfluss auf das Erscheinungsbild. Zwar ist in beiden Teilen der Anteil des materiellen Kulturerbes am Gesamtbestand der Gebäude etwa gleich hoch. Jedoch ist im litauischen Teil das Kulturerbe durch den Nehrungsstil präsenter im Ortsbild als im russischen Teil, in dem ein einheitlicher und eindeutiger Stil fehlt.

Die Interviews belegen, dass das materielle Kulturerbe heute durch die Einwohner positiv angesehen wird. Es spielt eine Rolle in der lokalen Identität und wird mit positiven Emotionen besetzt. Dies gilt für beide Teile der Kurischen Nehrung, es zeigen sich aber Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen. Mit der Trias aus Symbolischem, Imaginärem und Realem wird es in Zukunft möglich sein, genauer aufzuklären, wie der Wandel in der Bewertung des materiellen Kulturerbes abgelaufen ist und welche genaue Rolle es heute für die Bewohner einnimmt.

Summary

Tangible cultural heritage on the Curonian Spit Migration, interpretation and transformation

The article deals with the history of tangible cultural heritage in the Russian and Lithuanian parts of the Curonian Spit by examining the amount of material on cultural heritage still in existence today and by stipulating the periods from which they originate. In this context, the so-called Nehrungsstil is presented separately. In addition, first results of interviews with inhabitants of the Curonian Spit are presented. The interview method used is based on the *Jaques Lacan's* "Trias" (French psychoanalyst 1901–1981) meaning that the lead questions can be classified into three categories – symbolism, imagination and reality – thus being an epistemological approach for individuals to understand the world. The author plans to elaborate on this approach in the future.

Literatur

- Albrecht, Dietmar (1995)*: Wege nach Sarmatien. Zehn Tage Preussenland / Orte, Texte, Zeichen. – Lüneburg.
- Barfod, Jörn (2008²)*: Nidden. Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung. – Fischerhude.
- Bezzzenberger, Adalbert (1889)*: Die Kurische Nehrung und ihre Bewohner. – Stuttgart (Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde 3, 4).
- Bruyn, Günter de (2001⁸)*: Preussens Luise. Vom Entstehen und Vergehen einer Legende. – Berlin.
- Demereckas, Kęstutis; Ramanauskienė, Margarita; Janušėčius, Juozapas Algimantas; Baltrūnė, Gintarė u. Adomaitis, Rimas (2011)*: Kuršių Nerijos. Tradicinė Architektūra. – Nida.
- Europarat (1975)*: European charter of the architectural heritage. – In: Conclusions of the 248th Meeting of the Ministers' Deputies held in Strasbourg from 15 to 26 September 1975, S. 58–59.
- Gornig, Gilbert-Hanno (1991)*: Das Memelland. Gestern und heute eine historische und rechtliche Betrachtung. – Bonn.
- Hoffmann, E.T.A. (2015 [1817])*: Das Majorat. – Berlin.
- Hoppe, Bert (2000)*: Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970. – München (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 80).
- Kossert, Andreas (2007¹)*: Ostpreußen. Geschichte und Mythos. – München.
- Lacan, Jacques (1953 [2013])*: Das Symbolische, das Imaginäre und das Reale. – In: *Lacan, Jacques*. Namen-des-Vaters. Lacans Paradoxa. Wien, S. 13–61.
- Lacan, Jacques (1978 [2008])*: Der individuelle Mythos des Neurotikers oder Dichtung und Wahrheit in der Neurose. Lacans Paradoxa. – Wien.
- Lacan, Jacques (2017)*: Seminar XXIII – Das Sinthom. 1975–1976. Das Seminar von Jacques Lacan / Texterstellung durch Jacques-Alain Miller; Buch 23. – Wien u. Berlin.
- Matthes, Eckhard u. S. P. Galcova (1999)*: Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945. – Ostfildern vor Stuttgart.
- Ort, Nina (2014)*: Das Symbolische und das Signifikante. Eine Einführung in Lacans Zeichentheorie. – Wien.
- Passarge, Ludwig u. Henning Sietz (2002)*: Die Kurische Nehrung. – Frankfurt a.M. (Preußen unter Nachbarn, 4).
- Schlicht, Oscar (1927²)*: Die Kurische Nehrung in Wort und Bild. Mit 123 Abbildungen und Plänen im Text. Ostpreußische Landeskunde in Einzeldarstellungen. – Königsberg.
- Tümmler, Holger (2012)*: Memelland. Heimat und Geschichte. – Wolfenbüttel.
- UNESCO (2019)*: Curonian Spit. Abrufbar unter: <https://whc.unesco.org/en/list/994/> (letzter Abruf: 24.10.2019).
- Widmer, Peter (2018)*: Subversion des Begehrens. Eine Einführung in Jacques Lacans Werk. – Wien u. Berlin.
- Wörler, Frank (2015¹)*: Das Symbolische, das Imaginäre und das Reale. Lacans drei Ordnungen als erkenntnistheoretisches Modell. Psychoanalyse. – Bielefeld.
- Zubkova, E. (1999)*: Die Sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung. – In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 H. 3, S. 363–383.

Alina Strzempa

Gemeinschaft, Raum, Diskurse und Kulturtexte: Das oberschlesische regionale ›Andersmachen‹ im polnischen nationalen Kontext

Inklusion, Exklusion und Transkulturalität¹

Mit 6 Abbildungen

Einführung

»Europäisierung und Globalisierung relativieren in zunehmendem Maße die einst so dominanten Nationalstaaten und legen oft fast schon vergessene [...] Regionen als Erfahrungswelten wieder frei [...]« – schrieb Jürgen Joachimsthaler in den einleitenden Worten zum Sammelband Regionalität als Kategorie der Sprach- und Literaturwissenschaft (2002, S. 9). In den letzten Jahren hat der Nationalstaat in manchen Teilen Europas erneut an Bedeutung gewonnen, was eine neue Etappe für den diskursiven und politischen Status einiger Regionen eröffnet. Der Nationalstaat exkludiert regionale Bevölkerungsgruppen mit Hilfe einer falsch aufgefassten Inklusion, d.h. einer solchen, die das grundlegende zivilgesellschaftliche Prinzip einer Teilhabe für alle nicht beachtet. So treten in Europa neue Spannungsfelder zwischen Zentrum und Peripherie zutage. An den diskursiven Auseinandersetzungen haften die früheren Tendenzen einer Europäisierung, die die regionalen Erfahrungswelten transkulturell frei zu legen suchte.²

Dabei lässt sich eine Region auf historisch zu verfolgender Basis ihres ›Andersmachens‹ erfassen. Insbesondere auf der Folie des Nationalen stellt sich die Forschungsfrage zum ›Andersmachen‹ der Regionen in verschiedenen Diskursen und medialisierten Kulturtexten. Wodurch zeichnet sich dieses ›Andersmachen‹ aus? Wie handelt der Nationalstaat? Ist sein Nationalismus inkludierend oder

-
- 1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der 45. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa ARKUM e.V. (Kiel, 19.–22. September 2018) gehalten wurde.
 - 2 Der Separatismus betrifft im heutigen Europa Regionen mit stark ausgeprägter Identität. Hierzu gestaltet sich die Lage jeweils sehr unterschiedlich. Die zugespitzte Lage in Katalonien brachte bspw. seit 2017 diese Problematik auf einen neuen Level, da zum ersten Mal eine Europa- bzw. EU-Skepsis im regionalen Kontext zutage trat (vgl. etwa Fassbender 2017).

exkludierend? Was bedeutet das in verschiedenen Kontexten? Wie handeln die regionalen ›Betroffenen‹? Kommt hierzu eine Exklusion im Kontext des Nationalen zustande? Oder versehen die Akteure ihre diskursiven Handlungen vielleicht mit transkulturellen Zügen? Welche Rolle übernehmen dabei die für die Regionalität ausschlaggebenden Kategorien Gemeinschaft und Raum?

Diese Fragen sollen im vorliegenden Beitrag am Beispiel des Oberschlesischen Industriegebiets [Górnośląski Okręg Przemysłowy]³ besprochen werden. In Polen wird es derzeit als ›Herd der regionalen Anderheit‹ bezeichnet (vgl. dazu etwa *Pilawa* 2018). Die Gründe dafür liegen in der relativ kurzen Verortung im polnischen nationalen Kontext. So nahm Oberschlesien beispielsweise am nationalen Trauma Polens – den Teilungen 1772–1918 – nicht teil. Das besagte ›Andersmachen‹ wird im Beitrag zunächst entlang der folgenden ineinandergreifenden und *gemeinschaftsbezogenen* Diskurse umrissen: (1.1.) der Europäizität, (1.2.) der Regionalität, (1.3.) des Nationalismus, (1.4.) der Zivilgesellschaft und (1.5.) der (Post-)Kolonialität. Der Teil 1 hat die Funktion, auf die historisch hervorgebrachte diskursive Verwicklung der ober-schlesischen Andersheit hinzuweisen. Im Teil »Europäizität« wird somit das derzeit vergessene Konzept eines Europas der Regionen angesprochen. Auf der institutionellen Ebene suchte dieses – um mit *Joachimsthaler* nochmal zu sprechen – die Regionen frei zu legen, d.h. eine Verbindung zwischen Raum und Gemeinschaft herzustellen und auf diesem Wege die Regionen transkulturell zu verorten. Das Verständnis der Transkulturalität als einer Suche nach Gemeinsamkeiten – beispielweise nach jenen, die in der materiellen Umgebung zu situieren sind – wird in Anlehnung an das Europa der Regionen und an *Wolfgang Welsch* definitorisch festgelegt. Im Teil »Regionalität« wird eine Region als zu funktionalisierende Wahrnehmungskategorie definitorisch umrissen. Es wird dementsprechend gezeigt, dass es in Oberschlesien

3 Die Geschichte der Benennung der Region ist durchaus verworren und trägt zur Dekomposition der historischen Region Oberschlesien bei. Es lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass ab Mitte des 18. Jahrhunderts zahlreiche administrative Reformen seitens der Großreichen und Nationalstaaten unternommen wurden, die zur Dekomposition der Region beitrugen. Wenn jedoch in Polen heute die Rede von Schlesien [Śląsk] ist, dann wird entweder die historische Region Oberschlesien [Górny Śląsk] mit den Städten Oppeln [Opole], Kattowitz [Katowice] und mit der tschechischen Stadt Troppau [Opava] oder die heutige administrative Einheit Woiwodschaft Schlesien gemeint, die an die Tschechische Republik und die Slowakei grenzt. Die historische Region Niederschlesien [Dolny Śląsk] mit der Hauptstadt Breslau [Wrocław] wird dagegen als Niederschlesien bezeichnet und kaum als historische Region wahrgenommen, sondern nur als die heutige Woiwodschaft Niederschlesien. Niederschlesien unterlag infolge der Grenzverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg einer noch stärkeren Dekomposition seiner regionalen Identität als Oberschlesien. Im vorliegenden Beitrag wird die Benennung Oberschlesien benutzt. Dabei gemeint wird überwiegend das Oberschlesische Industriegebiet in der heutigen Woiwodschaft Schlesien. In den Übersetzungen der polnischen Zitate, in denen mit Schlesien eigentlich Oberschlesien gemeint wird, wird der Kompositumsteil ›Ober-‹ in Klammern gesetzt. Ausnahmen bilden die Bewegung für die Autonomie Schlesiens [Ruch Autonomii Śląska], die Schlesischen Aufstände [Powstania Śląskie 1919–1921] und das Tanz- und Gesangensemble »Śląsk«. Die schlichte Übersetzung »Schlesien« wurde in diesen Fällen beibehalten.

eine historisch gebildete einheimische Bevölkerungsgruppe gibt, die diskursiv funktionalisiert werden kann. Im Teil »*Nationalismus*« wird die besagte Funktionalisierung auf das Medium einer Nation übertragen. Im oberschlesischen Kontext zeigt sich diesbezüglich, dass die Funktionalisierung im Sinne des Nationalen seitens des nationalen Zentrums *sowie* seitens der regionalen Peripherie erfolgt: Die besagte historisch gebildete oberschlesische Bevölkerungsgruppe wird seitens des polnischen Staates vereinheitlichend inkludiert, was auf eine Exklusion hinausläuft; gleichzeitig versucht die historisch gebildete oberschlesische Bevölkerungsgruppe sich selbst als eine eigenständige Nation zu etablieren, was ebenso exkludierend wirkt. Im Teil »*Zivilgesellschaft*« werden zunächst die Grundprinzipien einer Zivilgesellschaft angesprochen. Im Folgenden wird angedeutet, dass das Kultivieren dieser Grundprinzipien von den besagten beiden Nationaldiskursen beeinträchtigt wird. Im Teil »*(Post-)Kolonialität*« werden die bisherigen Ergebnisse auf einen gemeinsamen, (post-)kolonialen Nenner gebracht: Die dargelegten Handlungen der oberschlesischen Akteure lassen sich nämlich im Lichte der (post-)kolonialen Subalterität⁴ deuten. Ihre Theorie wird *Gayatri Chakravorty Spivak* (2011) entnommen. Die Subalternen – so *Spivak* – sind nicht imstande sich selbst zu vertreten, was diskursive und politische Implikationen hat. Das Obige wird am Beispiel einer Debatte zur Anerkennung der ethnischen oberschlesischen Minderheit und des Schlesischen [ślónsko godko] als einer regionalen Sprache illustriert. Die Debatte fand im Januar 2016 im polnischen Parlament statt. Damals wurden zwei Praxen des ›Andersmachens‹ angesprochen, die für Oberschlesien ausschlaggebend seien. Es handele sich einerseits um das ›Andersmachen‹ zwecks einer nationalen Konditionierung – um die propagandistische »*Ethnographisierung*« der oberschlesischen Einheimischen (seit 1945). Diese verkörpere den vereinheitlichenden polnischen Nationalismus und löse – zumindest zum Teil – den oberschlesischen Ethnonationalismus aus; andererseits handele es sich um den sogenannten »*Landschaftspatriotismus*«, d.h. um eine kulturelle Praxis, die vom regionalen Raum ausgehe und auf seiner Basis regionale Lebenswelten entwickle. Das Primat der Nationaldiskurse verhindere den »*Landschaftspatriotismus*« (vgl. PrawicowyInternet 2016, 00:00:20–00:26:11).

Auf der obigen Grundlage baut der zweite Teil des Beitrags auf. Der zweite Teil zeigt, wie sich die öffentlichen Diskurse in der Kunstphotographie und Popkultur – in den Kulturtexten – widerspiegeln. Somit wird die oberschlesische Andersheit anhand der Beispiele für ein ästhetisches medialisiertes *raumbezogenes* ›Andersmachen‹ mittels der Industrielandschaft besprochen. Ausgesucht wurden hierzu die Photographien *Andrzej Koniakowskis* (*1944) und ein Hip-Hop-Song und Ausschnitte aus einem Videoclip des Hip-Hop-Künstlers *Miuosh* (*1986). Die in den 1970er Jahren entstandenen Kunstphotographien *Koniakowskis* [die Fotoserie »*Schwarz-grüne Heimat*« (»*Czarno-zielona ojczyzna*«), 1974] werden auf der Folie der »*Ethnographisierung*« und des »*Landschaftspatriotismus*« be-

4 Das englische, dem Lateinischen entspringende Substantiv *subaltern* kann ins Deutsche als ›Untergeordnet‹ übersetzt werden.

sprochen. Auf der Folie der (post-)kolonialen Kritik – diesmal des Ansatzes eines *Othering* (›Andersmachens‹) *Spivaks* – wird die »*Ethnographisierung*« als koloniales *Othering*, und die künstlerische Praxis *Koniakowskis* als Selbst-*Othering* identifiziert (2.1.). *Miuoshs* Ausschnitte aus einem 2011 entstandenen Videoclip zum Song »*Fünfte Himmelsrichtung*« [»*Piąta strona świata*«] werden dagegen als Fortführung der von *Koniakowski* etablierten Ästhetik dargelegt. Es wird sich zeigen, dass diese zur Artikulation der (post-)kolonialen Klagen dient (2.2.). Im Teil 2.1. sowie im Teil 2.2. werden die zu besprechenden Kulturtexte auf ihre im nationalen Kontext inkludierende, exkludierende und transkulturelle Botschaft untersucht.

Die These, die in dem vorliegenden Beitrag ausgeführt wird, lautet folgendermaßen: Das transkulturelle Ideal einer regionalen Gemeinschaft, die ihre materielle Umgebung gestaltet und nach Gemeinsamkeiten mit anderen Gemeinschaften sucht, wird in Oberschlesien nicht realisiert. Stattdessen verwickeln sich die oberschlesischen gemeinschaftsbezogenen Diskurse in inkludierende und exkludierende Dilemmata. Diese finden einen Widerhall in ästhetischen Diskursen, die mit der Wahrnehmungskategorie Raum arbeiten. Das Obige lässt sich auf der theoretischen Folie des ›Andersmachens‹ zeigen.

1 Das oberschlesische ›Andersmachen‹ an der Schnittstelle der gemeinschaftsbezogenen Diskurse

Das diskursive Potential entsteht entlang eines »*Komplex[es] bestimmter politischer oder gesellschaftlicher Fragen*« (Angermüller 1999, S. 7), die ein »*öffentliches Interesse widerspiegeln und kontrovers diskutiert werden*« (Angermüller 1999). Die für diesen Beitrag relevanten ›komplexen Fragen‹ bzw. die »*diskursiven [großflächigen und dennoch ortsgebundenen, d. Verf.] Formationen*« (Angermüller 1999, S. 13 u. 16), ohne die sich jegliche Sinn- bzw. Bedeutungsproduktion im regionalen Kontext nicht denken lässt, werden hier zunächst in ihren Umrissen dargestellt und auf Oberschlesien bezogen.

1.1 Europäizität: Zum vergessenen Konzept eines Europas der Regionen

Der vielschichtige Begriff einer Europäizität kann im regionalen Kontext auf das mittlerweile auf der europäischen Makro- und Mesoebene gescheiterte Konzept eines Europas der Regionen zurückgeführt werden. Europa der Regionen – seit 1993 politisch und institutionell in die Wege geleitet – suchte auf dem Wege einer Regionalisierung, den Nationalstaat und zugleich den regionalen Separatismus zu entkräften. Es handelte sich dabei einerseits darum, auf der Folie der Subsidiarität (Selbstwirksamkeit einer Gemeinschaft) zivilgesellschaftlichen Akteuren ihre unmittelbare materielle und soziale Umgebung gestalten zu lassen; andererseits sollte die transnationale regionale Kooperation weiterentwickelt werden (vgl. dazu etwa *Abels* 2017). Die konzeptuellen Grundlagen eines Europas der Regionen weisen Gemeinsamkeiten mit *Wolfgang Welschs* Definition einer Transkul-

turalität auf: »Transkulturalität« sollte, dem Doppelsinn des Lateinischen ›trans‹ entsprechend, darauf hinweisen, dass die zeitgenössische Verfassung der Kulturen ›jenseits‹ der alten, kugelhaften Verfassung liegt und dass dies eben insofern der Fall ist, als die kulturellen Determinanten nunmehr ›quer‹ durch die Gesellschaften ›hindurchgehen‹, so dass kulturelle Verhältnisse inzwischen durch Verflechtungen und Gemeinsamkeiten gekennzeichnet sind.« (Welsch 2017, S. 12).

Die historische Region Oberschlesien wäre laut *Michał Smolorz* ein ›Traumwerkstoff‹ für ein Europa der Regionen gewesen. Dies lasse sich nicht nur wegen der kulturellen Grenzlage – heute polnisch-tschechischen – sondern auch wegen der Präsenz der regional bewussten Eliten⁵ annehmen. Diese Eliten seien grundsätzlich im Stande, der prospektiven Definition einer Region zu folgen, die flexible transkulturelle Kooperationen voraussetzt (vgl. *Smolorz* 2012, S. 71).

1.2 Regionalität: Zur historisch gebildeten oberschlesischen einheimischen Bevölkerungsgruppe

Eine Region definieren die Referenten der Tagung »Regionalität als historische Kategorie. Prozesse, Diskurse, Identität im Mitteleuropa des 16.–19. Jahrhunderts« (2016, Deutsches Historisches Institut Warschau) als »fließende[s], räumliche[s] Gebilde« (*Lemke* 2017), welches den »identitätsstiftenden Konfigurationen« (*Lemke* 2017) und »zeitlichen und funktionalen Veränderungen« (*Lemke* 2017) unterliegt. Diese funktionalen Veränderungen einer Region werden entlang der Maßstäbe natürliche bzw. vom Menschen geprägte Umwelt, Sprache, Kleidung, künstlerisches Schaffen bzw. Sittlichkeit realisiert (vgl. *Smolorz* 2012, S. 73–93). Die besagten Veränderungen ereignen sich im soziohistorischen, (rechts-)staatlichen, verwaltungshierarchischen, wirtschaftlichen, schließlich kulturellen Rahmen (vgl. *Smolorz* 2012, S. 93–104). Diese sich verschränkenden Perspektiven tragen zur Entstehung einer regionalen Gemeinschaft bei und gestalten die emotionalen und funktionalen Inklusions- bzw. Exklusionsprozesse, die auf die besagten identitätsstiftenden Konfigurationen hinauslaufen.

Um das soeben Gesagte auf Oberschlesien zu beziehen: Die grundlegende identitätsstiftende Konfiguration der Region fußt auf der preußischen Industrialisierung (Steinkohlebergbau und Eisen- und Stahlhüttenindustrie), die ab Mitte des 18. Jahrhunderts initiiert wurde und die Umwelt sowie die soziohistorische Gestalt der Region neu geprägt hat. Die plebejische Bevölkerung römisch-katholischer Religionszugehörigkeit, deren soziale Lage zu dieser Zeit sehr prekär war, sprach eine Mischsprache aus dem Altpolnischen und Alttschechischen⁶ und dem Deutschen. Im 19. Jahrhundert kristallisierte sich aus dieser Gesellschaftsschicht das oberschlesische Proletariat, das jedoch bäuerliche bzw. volkstümliche Züge

⁵ Mit dem umfassenden Eliten-Begriff werden in diesem Beitrag gebildete Gesellschaftsschichten gemeint.

⁶ Altpolnisch und Alttschechisch waren Überbleibsel der slavischen Herrschaft bis Mitte des 16. Jahrhunderts.

bewahrt hat (bspw. Pflanzenaufbau und Viehzucht in den Gärten in Hinterhöfen der Arbeitersiedlungen): eine „*society in folk-urban continuum*“ (Smolorz 2012, S. 50). Das von Robert Redfield entlehene Konzept einer Gesellschaft im bäuerlich-volkstümlich-urbanen Kontinuum besagt, dass die Repräsentant/innen der Bauernschicht im großstädtischen genauso wie im ländlichen Kontext eine gewisse Impermeabilität bewahren – dies auch in Bezug auf die Moral, Religion, Politik, ja Sozialisation. Die Encyclopaedia Britannica sagt zum Modell einer »folk society«: „*Especially significant characteristics of folk society, as Redfield saw it, are its self-conception as the vessel of the sacred (this conception endowing the moral order with absolute authority and rendering the life-styles rigidly conventionalized) and its quality of being the whole of social and spiritual reality, with functions satisfying all the needs of an individual from birth, through all his life crises and transitions, to death.*“ (Encyclopaedia Britannica 2019).

Die Existenz der oberschlesischen Gemeinschaft im bäuerlich-volkstümlich-urbanen Kontinuum befruchtet bis heute die Imaginationen in der Region und unterliegt als prägnantes kulturelles Element den besagten funktionalen Veränderungen, die Identitäten stiften.

1.3 Nationalismus: Die Funktionalisierungen der oberschlesischen Bevölkerungsgruppe im Sinne des Nationalen

Der Nationalismus wird im vorliegenden Beitrag als Dasein der Gesellschaft in und durch die Nation verstanden. Der Nationalismus geht auf die »objektiven Eigenarten« einer Nation [z.B. Sprache, Territorium, Präsenz der nationalen Figuren in der (Massen-)Kultur], aber auch auf ihre »subjektiven Eigenarten« ein: Diese beziehen sich bspw. auf die Vorstellungen über den eigenen Ursprung (vgl. etwa Maćków 2004, S. 44, 53). In Ostmitteleuropa bewegt sich die Frage nach einer Nationsbildung zwischen dem primordialistischen und konstruktivistischen Ansatz, also zwischen der Annahme, die Nationen seien infolge der umfassenden historischen Zusammenhänge entstanden und der Annahme, die Eliten hätten die Entstehung der Nationen konstruiert (vgl. Maćków 2004, S. 12f.).

Die Präsenz des nationalen Gedankens gestaltet sich in Oberschlesien folgendermaßen: Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde die oberschlesische, der deutsch-preußisch-polnischen kulturellen Kontaktzone innewohnende »folk society« von beiden Nationalismen beansprucht. Dieser Prozess erlebte seine Zuspitzung nach dem Ersten Weltkrieg, als im Laufe der Grenzziehung die Propaganda auf den beiden Seiten zur Teilung der Region in der Volksabstimmung beitrug. Die Zeit der wachsenden Nationalismen trug gleichzeitig dazu bei, dass sich in Oberschlesien ein national indifferenter Bevölkerungskern unter den Angehörigen der »folk society« verfestigt hat (vgl. Smolorz 2012, S. 50).

Ein interessantes Phänomen stellt dabei die heutige oberschlesische Nation dar. Diese sei eine soziologisch und psychologisch bedingte Nebenwirkung der oberschlesischen Regionalität (vgl. Smolorz 2012, S. 50), die ihre funktionalen Veränderungen der oberschlesischen »folk society« vornimmt. Die heutige nationale Bewegung in Oberschlesien kann auf alle sieben aufgelisteten objektiven

nationalen Attribute [Sprache, Territorium, schließlich eigene Figurationen in der (Massen-)Kultur] verweisen. Dies sorgt für eine Debatte in der polnischen Öffentlichkeit – auch im polnischen Parlament. Die Debatte lässt sich vor allem seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts zurückverfolgen. Sie nimmt immer nach den Volkszählungen (2002, 2011) ihre Wende. In diesen deklarieren ohne entsprechende Rubrik einige hunderttausend Bewohner/innen der Region ihre oberschlesische Nationalität. Somit bilden sie die größte nationale Minderheit in Polen und genießen nicht einmal den Status einer regionalen Sprache für die schlesische Sprache, geschweige denn den Status einer ethnischen Minderheit (vgl. *Gaduszewski* 2015, S. 31).

Dabei lässt sich die heutige Bildung der oberschlesischen Nation als ein Produkt des nationalen Konstruktivismus auffassen, welcher die primordialistischen Elemente diskursiv einsetzt: Die »*folk society*« der Indifferenten, die von der preußischen Industrialisierung historisch hervorgebracht wurde, wird von den regionalen Eliten auf dem Wege einer primordialistischen Argumentation diskursiv vereinnahmt (vgl. *Kocyba* 2009, S. 242). Eine Vorstellung über den eigenen Ursprung wird diskursiv hervorgehoben, d.h. als eigene historische Erinnerung etabliert. Die Spielart einer Nation wird jedoch traditionellerweise aus dem Katalog der regionalen Attribute ausgeschlossen (vgl. *Smolorz* 2012, S. 78) bzw. die Entwicklung einer Nation auf der Grundlage einer Regionalität stößt auf besondere Hindernisse seitens des Nationalstaats, der wegen der vereinheitlichenden Einbeziehung aller Gesellschaftsschichten, grundsätzlich eine Gefahr für die regionalen Lebenswelten darstelle (*Smolorz* 2012, S. 66). Nichtsdestoweniger lässt sich zunächst am Beispiel der oberschlesischen Nation festhalten, dass sich die oberschlesische Regionalität aus dem polnischen nationalen Kontext zu exkludieren vermag.

1.4 Zivilgesellschaft: Zur Spannung zwischen den Intentionen und den Handlungsräumen

Zivilgesellschaft als diskursiv-politische Kategorie setzt sich mit der Machtautorität und der Vielfalt gesellschaftlicher Akteure auseinander. Deren Lebensräume können dank Mechanismen des Rechtsstaates gelebt werden (vgl. *Maćków* 2004, S. 29). Zu Normen der Zivilgesellschaft gehören die Gleichheit vor dem Gesetz und die Wertschätzung des Individuums (vgl. *Maćków* 2004, S. 41). Ein solcher »*institutionalisierter Pluralismus einer bestimmten Art*« (*Maćków* 2004, S. 39) führt zum inkludierenden Nationalismus. Die Inklusion wird hierbei als Recht auf Teilhabe für alle verstanden. Wenn der Rechtsstaat kränkelt, komme der exkludierende Nationalismus zu Wort, der das Recht auf Teilhabe verletzt, d.h. mittels der falsch aufgefassten Inklusion exkludierend-vereinheitlichend wirkt (vgl. *Maćków* 2004, S. 70).

Die zivilgesellschaftliche Frage im heutigen oberschlesischen Kontext lässt sich folgendermaßen diskutieren: Der Internetseite der Bewegung für die Autonomie Schlesiens [Ruch Autonomii Śląska, gegründet 1990, weiterhin RAŚ] sind folgende Postulate zu entnehmen: »*das Gespür für die (ober-)schlesische Identität*

stärken,«⁷ »die zivilgesellschaftlichen Haltungen unter den (Ober-)Schlesier/innen propagieren«, »zur Integration der Bevölkerung in der Region beitragen« (»unabhängig von deren ethnischer Herkunft«). RAŚ beabsichtige darüber hinaus, das kulturgeschichtliche regionale Erbe und die Umwelt zu schützen, sie setze sich für die »Menschen- und bürgerlichen Freiheitsrechte« ein, sie spreche sich für die europäische Integration und »Zusammenarbeit unter den Gesellschaften« aus, sie wolle ein »positives (ober-)schlesisches Image promoten und kreieren«, sie kümmere sich um das »Aufrechterhalten der (ober-)schlesischen Sprache«. Zu weit reichenden Zielen der RAŚ gehören: eine »Dezentralisierung des polnischen Staates im Namen aller Regionen« und eine Qualitätsverbesserung der öffentlichen Dienste durch die Kompetenzerhöhung der lokalen Verwaltung (vgl. RAŚ 2018).

Dennoch prallt die Zivilgesellschaft im Falle der oberschlesischen Initiative auf die Praxen eines exkludierenden Nationalismus, der von der oberschlesischen Initiative selbst sowie vom polnischen Staat ausgeht. Deutlich sichtbar wurde dieser Sachverhalt 2016 während einer Debatte im polnischen Parlament, die im Verlauf der vorliegenden Analyse ausführlicher thematisiert wird. An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass die Bürgergesetzinitiative zur Anerkennung der oberschlesischen ethnischen Minderheit und des Oberschlesischen als einer regionalen Sprache in der Abstimmung der Abgeordneten zum Scheitern verurteilt wurde (vgl. z.B. *Pastulka* 2016).

1.5 (Post-)Kolonialität: Über diejenigen, die sich selbst nicht vertreten können

Kann die Regionalität mit dem Nationalismus vereinbart werden? Befinden wir uns im Bereich einer (post-)kolonialen Kritik, wenn wir uns dieser Problematik widmen? Zunächst lässt sich festhalten, dass einige Forscher/innen in regionalen Strukturen einen Zugewinn für die im 19. und 20. Jahrhundert entstehenden Nationalstaaten sehen. Besonders in Grenzgebieten erscheint die Regionalität als »nutzbare Größe«, weil »mit ihr öffentlichkeitswirksam ›Werbung‹ für die gesamte Nation gemacht wurde« (*Lemke* 2017). *Spivak* prägte bezüglich der Regionen den Begriff »Vierte Welt«: Es handele sich um die autochthonen Gruppen innerhalb der Nationalstaaten der sogenannten Ersten Welt [vgl. *Spivak* 2011 [1988], S. 130]. Man könnte mit *Spivak* annehmen, dass sich diese Gruppen durch eine Subalterität auszeichnen. Die Subalterität ist eine »Konzeptmetapher [des, d. Verf.] stets zurückweichende[n] Möglichkeitshorizonts, kurzum: ein ›Raum der Differenz‹« (*Spivak* 2011 [1988], S. 128f.). Der Subalterne könne sich selbst nicht vertreten und organisiere deswegen »Aufstände«, während derer sich seine Gegenwart manifestiere (vgl. *Spivak* 2011 [1988], S. 144–146). Sich selbst nicht vertreten zu können, bedeute »eine gewisse implizite Nicht-Befähigung, Sprechakte zu setzen« (*Spivak* 2011 [1988], S. 123). Der Zugang zu politischen Bewegungen spiele dabei

7 Falls nicht anders angegeben, stammen die Übersetzungen aus dem Polnischen von der Verfasserin dieses Beitrags.

eine wichtige Rolle (*Spivak* 2011 [1988], S. 127). Die Subalternen seien üblicherweise vom »sozialisierten Kapital« der politischen Bewegungen entfernt; sie seien grundsätzlich nicht im Stande, entlang der von den institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegebenen Linien zu sprechen (vgl. *Spivak* 2011 [1988], S. 128). Was passiert jedoch, wenn der Subalterne versucht, entlang dieser Linien zu sprechen?

Diese Frage kann am Beispiel der oberschlesischen Initiative beantwortet werden. Infolge der hier soeben theoretisch umrissenen Prozesse entsteht in Oberschlesien ein exkludierender Nationaldiskurs. Die Frage nach der oberschlesischen Nation ist zugleich ein Beispiel für den Diskurs der Subalternen, welcher entlang des nationalen »sozialisierten Kapitals« des polnischen exkludierenden Nationalismus, ja des Kapitals des ›polnischen Kolonisators‹ entsteht. Sichtbar wurde es während der Debatte zur Anerkennung der oberschlesischen ethnischen Minderheit und des Oberschlesischen als einer regionalen Sprache, die Anfang 2016 im polnischen Parlament stattfand. *Jerzy Gorzelik* (*1971), Sprecher der RAŚ und gleichzeitig Sprecher der entsprechenden Bürgergesetzinitiative definierte die Nationalität zunächst auf der Grundlage einer quantitativ-voluntaristischen Deklaration, maß ihr also eine emotionale Funktion bei. Die oberschlesische Erinnerung sei zugleich zunächst während der Volksrepublik Polen und danach in der Dritten Polnischen Republik von der polnischen Bildungspolitik beinahe vernichtet worden – u.a. durch eine propagandistische »Ethnographisierung« der Region: So herrscht seit 1945 die Überzeugung, die Oberschlesier/innen seien ausschließlich eine ethnographische Gruppe innerhalb der polnischen Nation. Im Anschluss daran betonte *Gorzelik*, dass ›Oberschlesientum‹ widme sich überwiegend einem räumlich bezogenen »Landschaftspatriotismus« [*»patriotyzm pejzazu«*] (vgl. *PrawicowyInternet* 2016, 00:00:20–00:26:11). Der »Landschaftspatriotismus« ist ein Begriff⁸ für die Haltung, die mit der Subsidiarität sowie mit den zivilgesellschaftlichen Postulaten der RAŚ in Verbindung steht.

In *Gorzeliks* Rede erfolgte ein gescheiterter Versuch, dem polnischen Gesetzgeber entlang seines national »sozialisierten Kapitals« eine beispielsweise in Deutschland stark assimilierte semantische Kategorie der Heimat einzuschärfen. Nun ist aber der Begriff einer Heimat kaum ins Polnische übersetzbar.⁹ Im polnischen Nationalstaat, entlang des national »sozialisierten Kapitals« stehen der oberschlesische Ethnonationalismus und der »Landschaftspatriotismus« im Widerspruch, der an *Spivaks* Umstände einer Subalternität verweist und zur

8 *Gorzelik* verwendete hier den Begriff des polnischen Schriftstellers *Józef Mackiewicz* (1902–1985), der bereits in der Zwischenkriegszeit 1918–1939 ohne polnischen Paternalismus und sogar ›interventionistisch‹ – gegen die polnische Verwaltung – über die Lage der damaligen von den belarussischen Einheimischen bewohnten Grenz-Woiwodschaft Polesien schrieb (vgl. *Sucharski* 2004).

9 In der polnischen Literatur entstand nach der Wende 1989 ein Diskurs der ›kleinen Vaterländer‹ [*mała ojczyzna*: zusammengestellte Übersetzung ins Polnische der semantischen Kategorie ›Heimat‹], der sich jedoch überwiegend den nach dem Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebieten widmete.

Verständnislosigkeit beiträgt. Die Debatte im polnischen Parlament hat das in ihrem weiteren Verlauf bewiesen: Ein Vertreter der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit [Prawo i Sprawiedliwość] hat die »vollkommene Willkürlichkeit« der Bürgergesetzinitiative wertend herausgestellt: Er hat die oberschlesische Initiative als eine »Mischung aus fehlender inhaltlicher Argumentation und aus Agitation« bezeichnet. Die oberschlesische »Risikovision« hat er im Nachhinein als ein schädlich subjektives »Produkt der postmodernen Gender-Ära« bezeichnet. Was passiert, wenn die Subjektivität frei eingesetzt wird? Die Antwort: »Eine provokative Zustimmung für die Willkürlichkeit der eigenen Andersheit kann uns alle in zweifelhafte und groteske Situationen bringen« (PrawicowyInternet 2016, 00:30:04–00:30:27).

Der exkludierende Nationalismus – derjenige, der die Inklusion zivilgesellschaftlich nicht einsetzt – kennzeichnet sich durch eine eingeschränkte Binnendifferenzierung (vgl. Smolorz 2012, S. 67). Ein gewisser Mangel an gesellschaftlichen ›Zwischenstationen‹ führt dazu, dass sich die Individuen als Beteiligte eines »kulturellen Stils« (Smolorz 2012, S. 67) sehen, und nicht als Mitglieder einer unmittelbaren, ja ›greifbaren‹ Gemeinschaft. Ein so aufgefasster Patriotismus spiegelt sich auch in der Staatsorganisation wider. Ein unitärer Nationalstaat weist dabei einen erheblichen Grad an staatlich-nationaler Homogenisierung auf. Smolorz stellt eindeutig fest, Polen sei ein unitärer Nationalstaat, der nach der Wende 1989 ausschließlich Reformen der lokalen Selbstverwaltung innerhalb der Woiwodschaften eingeführt, und keine Regionalisierung entlang der historischen und kulturellen Grenzen durchgeführt habe (vgl. Smolorz 2012, S. 70).

Zwischenfazit

Es wurde hier soeben am Beispiel Oberschlesiens angedeutet, welche Dilemmata in gemeinschaftsbezogenen regionalen Diskursen zutage treten. Zunächst – im Teil ›Europäizität‹ – wurde das transkulturelle Ideal eines Europas der Regionen als ein abhandengekommenes Konzept umrissen. Das Konzept eines Europas der Regionen suchte die Gemeinschaft mit Hilfe der unmittelbar gegebenen Kategorie einer materiellen Umgebung zu stärken. Im Nachhinein wurde in diesem Beitrag die oberschlesische »folk society« als grundlegende identitätsstiftende Kategorie in der Region dargelegt. Ihre Funktionalisierung in gemeinschaftsbezogenen Diskursen läuft auf die Idee einer oberschlesischen Nation hinaus, die sich aus der polnischen Nation exkludiert und zugleich als ein Diskurs der Subalternen identifizieren lässt. Die oberschlesische Initiative stößt auf den exkludierenden polnischen Nationalismus, der vereinheitlichend handelt und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Anerkennung der ethnischen Minderheit und der regionalen Sprache verhindert. Die Inklusion im Sinne einer Teilhabe für alle findet somit nicht statt.

Darüber hinaus kamen in dem vorliegenden Beitrag am Beispiel der Debatte im polnischen Parlament zwei Praktiken des oberschlesischen ›Andersmachens‹ zu Wort: die »Ethnographisierung« seit 1945 und der »Landschaftspatriotismus«.

Im Nachhinein werden die beiden Praktiken als Bezugsfläche zur Erörterung der raumbezogenen Praktik in der Kunst dienen.

2 Das oberschlesische ›Andersmachen‹ im medialisierten raumbezogenen Diskurs

Das soeben besprochene Funktionieren der gemeinschaftsbezogenen »*großflächigen Formationen*« (Angermüller 1999, S. 16) im oberschlesischen Kontext spiegelt sich in den Kulturtexten der Kunst wider. Sowohl die Photographien *Andrzej Koniakowskis* als auch die Hip-Hop-Lieder und Videoclips des Künstlers *Miuosh* sind im medialisierten kulturellen Bereich der regionalen Praktiken zu situieren.

2.1 Photographien *Andrzej Koniakowskis* [›Schwarz-grüne Heimat‹ (›*Czarno-zielona ojczyzna*«, 1974)] im Spektrum der »*Ethnographizierung*« und des »*Landschaftspatriotismus*«: (Post-)koloniale Kritik und die Frage nach dem Nationalen

Die soeben angesprochene Praxis einer »*Ethnographizierung*« lässt sich im Lichte der (post-)kolonialen Kritik deuten: Die zu leistende ›Arbeit‹ des »*ethnographizierten*« Kulturtextes erfolgt auf der Folie eines *Othering* (eines ›Andersmachens‹). Dem *Othering* liegen laut *Spivak* zwei ineinandergreifende Annahmen zugrunde: Die erste Annahme konstatiert, der Einheimische bewohne einen angeblich »*unbeschrifteten Raum*« [*uninscribed earth*], was eine Möglichkeit auslöse, diesen im Sinne des Kolonisators zu beschriften. Dies zieht eine zweite Annahme nach sich: Der Einheimische werde gezwungen, sich selbst als einen ›Anderen‹ ontologisch zu erfassen (vgl. *Spivak* 1985, S. 254).

Die ethnographische Imagination der Volksrepublik Polen zeigt sich als Beispiel für ein solches *Othering*. Die Volkskultur der besagten »*folk society*«, ja ihre Folklore bekam den Status einer »*kulturellen Ware*« [*cultural commodity*] (*Spivak* 1985, S. 248). Es ist ein Beispiel dafür, wie die Archivarbeit mit »*hegemonialen Ansprüchen*« [*hegemonic pretensions*] (*Spivak* 1985, S. 249) untermauert wurde und das Archiv selbst als »*Ersatz für die Wirklichkeit*« [*substitute for the reality*] und Werkzeug zur »*schlüssigen Rekonstruktion der Vergangenheit*« [*repository of traces of the past which may be used in its inferencial reconstruction*] (*Spivak* 1985, S. 249) zu gelten begann.

Auch die Gesellschaftsklasse gilt üblicherweise als eine der Mobilisationslinien, entlang derer die hier gerade umrissene »*epistemische Gewalt*« [*epistemic violence*] (*Spivak* 1985, S. 264) erfolgt. Der »*Nationalkommunismus*« [*narodowy komunizm*] (*Dziurok u. Linek* 2011, S. 278) der Volksrepublik Polen funktionalisierte die »*folk society*« im Namen der angestrebten soziopolitischen Prozesse, deren Kern das Bündnis zwischen dem Bauerntum und den Arbeitern bildete. Diese sollten gemeinsam »*ein Volk in Lohn und Brot*« [*lud pracujący*] innerhalb des politischen Systems formen (vgl. *Smolorz* 2012, S. 68).



Abb. 1: Auftritt des Tanz- und Gesangensembles »Schlesien«. Besonders auffällig ist die mit den Federbüscheln versehene Galakleidung der (Berg-)Männer
Foto: Piotr Pagiela 2017

Als Beispiel für eine so zu deutende »Ethnographisierung« kann das Werk des Tanz- und Gesangensembles »Schlesien« [»Śląsk«, gegründet 1953, tritt bis heute auf] dienen. Die aus den Archiven geholten Lieder, z.B. das Lied »Karolinka ging nach Gogolin« [»Poszła Karolinka do Gogolina«]¹⁰, werden in einer Inszenierung vorgeführt, die die Volkstraditionen und Volkskultur vergegenständlicht.

»Karolinka ging nach Gogolin x2
Und Karliček lief ihr hinterher x2
Mit einem Fläschlein Wein

Lauf mir nicht hinterher Karliček
Was willst du denn von mir? x2
Ich hab dir schon gesagt
Ich will dich nicht
Das weißt du doch selbst [...]«

Eine Theatralisierung der Volkskultur, ja der »folk society« wird nicht zum Maßstab der Regionalität bei *Koniakowski*. Der Kunstphotograph bedient sich des vernichteten Habitats des Menschen – der Industrielandschaft. Es handelt sich also bei *Koniakowski*s Photographien um Medialisierungen, die die räumlichen Kategorien aus dem Katalog der regionalen Attribute holen. Die Umwelt und die (Industrie-)Architektur werden im Medium Raum in eine solche Botschaft übertragen, die den Prinzipien eines »Landschaftspatriotismus« folgt, und zwar auf

10 Das Lied wurde vom deutschen Arzt *Julius Roger* (1819–1865) niedergeschrieben. Zu *Julius Roger* vgl. *Tiggesbäumker* 2009, S. 57–68.



Abb. 2: Schweineställe in Nickischschacht
Foto: Andrzej Koniakowski 1974, »Schwarz-grüne Heimat« [»Czarno-zielona ojczyzna«]

einem Wege, auf dem der Raum einen Status des »Objekts einer Repräsentation« (Spivak 1985, S. 248) bzw. des »symbolischen Trägers« (Smolorz 2012, S. 93) bekommt.

Koniakowskis Ablehnung einer theatraisierten Ethnographie lässt sich ebenso im Lichte der (post-)kolonialen Kritik deuten. Diese hat die »die Karriere des topographischen Diskurses und der daran gekoppelten Inanspruchnahme des Raums für soziale Theorie in den Cultural Studies begründet« (vgl. Wiegel 2004, S. 235). Auch Raymond Williams lässt sich an dieser Stelle zitieren: Die von Williams theoretisch aufgefasste Kultur ist synonym mit der »gesamten Lebensweise« [»a whole way of life«]. Williams betont, er verdanke den Ansatz »Culture Is Ordinary« seiner regionalen Herkunft (Industrieregion mit Kohlerevier Wales, Großbritannien). Dort "[he, d. Verf.] was to see the shaping of minds: the learning of new skills, the shifting of relationships, the emergence of different language and ideas" [Williams 2002 (urspr. 1958), S. 92], und wo "the making of a society [was, d. Verf.] the finding of common meanings and directions, and its growth [was, d. Verf.] an active debate and amendment under the pressures of experience, contact and discovery, writing themselves into land" (Williams 2002, S. 93). Die (post-)koloniale Kritik korrespondiert hierzu mit Williams, denn – um mit Wiegel erneut zu sprechen – die (post-)koloniale Kritik beschreibt »die alltäglichen Handlungsweisen als eine Art Rhetorik, die neben den materialisierten, sichtbaren auch unsichtbare Spuren in den Raum zeichnet« (Wiegel 2004, S. 236). Die obigen Aus-



Abb. 3: *In den Hinterhöfen der Kattowitzer Arbeitersiedlung Nickischschacht*
Foto: Andrzej Koniakowski 1974, »Schwarz-grüne Heimat«

schnitte aus den Schriften zur (post-)kolonialen Kritik und zu den Cultural Studies können als ein theoretischer Verweis auf die Idee einer Subsidiarität im Europa der Regionen – einer Konzeptualisierung der Gemeinschaft, die ihre unmittelbare materielle Umgebung gestaltet – betrachtet werden.

Koniakowski's Photographien werden zu Beispielen für das oberschlesische medialisierte ›Selbst-Andersmachen‹ bzw. Selbst-*Otherring* mittels des (post-)kolonialen Raums: Zu *Koniakowski's* Credo wurde im Medium Raum und im Medium Photographie, eine »(ober-)schlesische Synthese« zu schaffen (vgl. *Koniakowski* 2007, 00:02:58–00:03:10). Das künstlerische Postulat einer »(ober-)schlesischen Synthese« trägt Spuren einer programmatischen Beanspruchung des Raums sowie Spuren einer Beanspruchung der materialisierten Alltäglichkeit, die sich im Raum widerspiegelt. Als solche sind die beiden Beanspruchungen imstande, die transkulturelle Idee einer Subsidiarität ästhetisch zu unterstützen.

Koniakowski's Einstellung zum polnischen Nationalismus verlangt nach einer gesonderten Betrachtung. Während der im November 1974 im Sitz der Warschauer Gesellschaft für Photographie [Warszawskie Towarzystwo Fotograficzne] organisierten Ausstellung wurden als ›Bindestriche‹ zwischen den Photographien Gedichte von *Koniakowski's* Freund *Ryszard Maria Jedliński* an die Wand geworfen. Es sind auf der Abb. 4 die Standards für die ästhetische Wahrnehmung des oberschlesischen Raums zu sehen. Als textuelle Ergänzung erscheint ein Gedicht zur kanonisierten Figur der ›polnischen Mutter‹ [›Matka Polka‹]. Ihr Schicksal wird in den Kontext der ausgeprägt ideologisch-national gedeuteten sogenannten



być matką:
 tylekroć umierać
 ile razy dawalo się życie
 być matką
 z domem, chlebem i soba
 wyznaczyć miejsce na świecie
 być matka powstancą
 znaczy
 tysiąc razy śmierć
 za każde słowo
 kula i krew
 za każde dziecko
 i każde słowo
 polskie
 na rynkach i placach
 pośrodku miasta naszych, na głównych ulicach
 jest miejsce pod pomnik
 biało-czerwony miłością i krwią
 wystrzelający w niebo jak krzywda i kwiat
 posąg konieczny
 Dla Polskich Matek

Andrzej Koniakowski

Ryszard Maria Jedliński

Abb. 4: Eine Frau vor der Fassade des Wohnhauses in der Arbeitersiedlung Nickischschacht
 Foto: Andrzej Koniakowski 1974, »Schwarz-grüne Heimat«

Schlesischen Aufstände (kurz vor der Teilung der Region im Jahre 1922) hineininterpretiert.

*»eine Mutter sein
 so oft sterben
 wie oft man das Leben gegeben hat
 eine Mutter sein
 mit dem Zuhause, Brot und sich selbst
 den Ort in der Welt bestimmen
 die Mutter des Aufständischen sein
 das bedeutet
 tausend Mal Tod
 für jedes Wort
 eine Kugel und Blut
 für jedes Kind
 und jedes Wort
 polnisches Wort
 auf den Marktplätzen
 mittendrin in unseren Städten, in den Hauptstraßen
 sind Orte für die Denkmäler
 weiß-rot für Liebe und Blut
 in die Höhe schießend*

*ein unausweichliches Denkmal
Für die polnischen Mütter
Ryszard Maria Redliński*

An diesem Beispiel ist zu sehen, wie *Koniakowski* den oberschlesischen Raum und seine Bewohner außerhalb der »*Ethnographisierung*« verortet, und sich dennoch mittels des textuellen Mediums im polnischen Nationaldiskurs bewegt. Der Kunstphotograph oszilliert somit zwischen Exklusion und Inklusion im polnischen Kontext.

Dieser Sachverhalt lässt sich historisch erklären: 1974 gestaltete sich der Zugang zum nationalen Diskurs anders als heute. Der heutige Sachverhalt lässt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: Seit 1989 kultiviert Polen sein Wesen als unitärer Nationalstaat. Heute spitzt sich die Lage sogar in Form eines »*illiberalen Staates*« zu, was zahlreiche Politiker/innen, Journalist/innen und Forscher/innen betonen (vgl. etwa *Sapper u. Weichsel* 2018, S. 5). Die konservativ-nationale Haltung bildete jedoch in den 1970er und 1980er Jahren eine eindeutig positiv besetzte Facette der antikommunistischen Opposition. Mit der dichterischen Deutung seines Lichtbildes verortet sich also der junge *Koniakowski* in dem damals eindeutig positiv besetzten national-konservativen Diskurs. Am Rande sei angemerkt, dass sich die historische Deutung der sogenannten Schlesischen Aufstände der »*Nationalkommunismus*« und die polnischen Rechtskonservativen teilen. Zur Rede wurde es von *Jerzy Gorzelik* gebracht, als er von der Bildungspolitik sprach, die die Region vernichte.

2.2 »*Fünfte Himmelsrichtung*« [*»Pięta strona świata*«, 2011] *Miuoshs*:
Fortsetzung der Ästhetik *Koniakowskis* und (post-)koloniale Klagen.
Exklusion, Transkulturalität oder Multikulturalismus?

Der Text des Songs »*Fünfte Himmelsrichtung*« fordert eine Verortung Oberschlesiens im (post-)kolonialen Kontext. Der Text thematisiert die Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie:

*»Oh, mein (Ober-)Schlesien, du stirbst mir am helllichten Tag!
Oh, mein (Ober-)Schlesien, diese Fabriken zerstören dich*

*Oh mein (Ober-)Schlesien, sie zerstören dein grünes Herz,
die Lungen deiner Seele*

Oh, mein (Ober-)Schlesien, du stirbst mir am helllichten Tag x4

*Wenn ich meine Augen öffne, dann liebe ich das, was ich sehe
Rosarote Luft, Straßenschild Katowice*

*Hier vergeht das Leben langsamer, zwischen Niederlagen und Siegen
Hier der Kohle- und Rußgeschmack hat mit den Worten und dem Bit was zu tun
Hier ändert das Saufen die Perspektive und die Geschichte ist wie eine Narbe*

*Die Andersheit ist ein Charisma, so wurden wir hier erzogen
 Jedes Zuhause ist ein Zufluchtsort, der Boden ist schwarz und fruchtbar
 Zur Verfluchung wird der Tand – davon wird die Identität geprägt
 Weil uns alles über die Jahre hinweg weggenommen wurde
 All diese Orte, zu denen man zurückkehren muss
 Ich weiß, jede Ohrfeige kommt uns zugunsten
 Geld ist ihr Glaube, unser Glaube sind Ehre und Arbeit
 Es ist ein im Land versunkenes Land, in einer Unmenge von Halden und
 Verlusten
 Auf der Erde, wo Satan mit Gott spielt
 Und obwohl das Schicksal uns nicht nur einmal dazu verurteilt hat, in den
 Abgrund zu springen
 haben wir gelernt zu fliegen [...]«*

Die Ästhetik der diese Auffassung Oberschlesiens ergreifenden Raumabbildungen ist dabei den in der Volksrepublik Polen gesetzten ästhetischen Standards zu verdanken. Somit wird von *Koniakowski*s Überwindung der »*Ethnographisierung*« Gebrauch gemacht, was anhand der hier zusammengestellten Bilder beobachtet werden kann.

Sowohl auf den Standbildern als auch im Text kommt der (Industrie-)Raum als Wahrnehmungskategorie zum Tragen (»*rosarote Luft, Straßenschild Katowice*«, »*Kohle- und Rußgeschmack*«, »*der Boden ist schwarz und fruchtbar*«, »*Unmenge von Halden*«), was mit den raumorientierten Prämissen der (post-)kolonialen Kritik im Einklang steht. Der Widerstand gegen die »*hegemonialen Ansprüche*« des Kolonisators (»*Weil uns alles über die Jahre hinweg weggenommen wurde*«, »*Geld ist ihr Glaube, unser Glaube sind Ehre und Arbeit*«) wird durch explizite Statements verfestigt, die sich auf die räumlichen Kategorien beziehen bzw. den Status eines oberschlesischen Opfers thematisieren – beispielweise in dieser Passage: »*Es ist ein im Land versunkenes Land, in einer Unmenge von Halden und Verlusten*«.

Die oberschlesische Peripherie wird von *Miuosh* im (post-)kolonialen Sinne exkludiert. Obwohl er sich des transnationalen Genres eines Hip-Hops bedient, kann seine (post-)koloniale Botschaft nicht als transkulturell bezeichnet werden. Der Text und die Bilder scheinen Oberschlesien eher zu »ghettoisieren«. Eine solche Verfassung bezeichnet *Welsch* als einen Multikulturalismus: »*Der Multikulturalismus sieht die Partialkulturen innerhalb einer Gesellschaft noch immer wie Kugeln oder Inseln an und befördert dadurch tendenziell deren Ghettoisierung. Darin schlägt die Erblast des antiquierten Kulturverständnisses durch – Kugelkulturen haben das Ghetto nicht zum Negativbild, sondern zum Ideal.* (Welsch 2017, S. 22).

Die Gründe hierfür sind in der Gestalt der gemeinschaftsbezogenen Diskurse um Oberschlesien zu suchen. In *Miuosh*s Song erlangt somit Oberschlesien eher den Status einer Minderheit, die um ihre Anerkennung kämpft. Eine solche Haltung ist im liberalen Diskurs assimiliert. Auf diesem Wege wird also *Miuosh*s oberschlesischer Diskurs »europäisch«.



*Links: In der Kattowitzer Siedlung Nikischschacht
Foto: Andrzej Koniakowski 1974,
»Schwarz-grüne Heimat«
Oben: Standbild aus dem Videoclip
Miuosh 2011 »Fünfte Himmelsrichtung« [
»Pięta strona świata«]*



*Links: Taube – ein Zucht tier der Bergmänner
Foto: Andrzej Koniakowski 1974,
»Schwarz-grüne Heimat«
Oben: Standbild aus dem Videoclip
Miuosh 2011 »Fünfte Himmelsrichtung« [
»Pięta strona świata«]*

Abb. 5: Verwandtschaft der Ästhetiken Koniakowskis und Miuoshs

3 Zusammenfassendes Schlusswort

In diesem Beitrag wurde eine Folie der »frei gelegten« Regionen nachgezeichnet, deren Bewohner/innen ihre materielle Umgebung gestalten, nach Gemeinsamkeiten in der Welt suchen und so ihre Gemeinschaft und Identität bilden. Während der Analyse wurde diese Konzeptualisierung anhand eines Europas der Regionen, der Transkulturalität nach *Wolfgang Welsch* und im Nachhinein auch anhand des Ansatzes »*Culture Is Ordinary*« von *Raymond Williams* und anhand *Sigrid Wiegels* Bemerkungen zum Status des Raums in der (post-)kolonialen Kritik theoretisch illustriert und untermauert.



Abb. 6: Oben: Kattowitzer Halden (die Hügel, die nach der Kohleproduktion entstehen)
Foto: Andrzej Koniakowski 1974, »Schwarz-grüne Heimat«

Unten: Standbild aus dem Videoclip Miuoshs / 2011 »Fünfte Himmelsrichtung«

Mit Hilfe der (post-)kolonialen Ansätze (*Spivaks* Subalternität und *Othering*) wurde darauf hingewiesen, dass sich die europäischen Regionen in der Tat im Spannungsverhältnis mit dem nationalen Zentrum befinden. Dieses Spannungsverhältnis ist insbesondere in gemeinschaftsbezogenen Diskursen zu beobachten. Diese verwickeln sich in Fragen der Inklusion und Exklusion, die je nach Kontext und Auffassung unterschiedliche Dimensionen annehmen.

All dies wurde im vorliegenden Beitrag am Beispiel des polnischen Oberschlesien besprochen. Im ersten Teil des Beitrags wurde die Wechselwirkung der In-

klusion und der Exklusion im national-regionalen Kontext umrissen. Es wurde gezeigt, wie die oberschlesische »folk society« im Rahmen dieser Prozesse auf dem Wege eines ›Andersmachens‹ mehrfach und von verschiedenen Akteuren funktionalisiert wird.

Die Europäizität, die Regionalität, der Nationalismus, die Zivilgesellschaft und die (Post-)Kolonialität als diskursive Argumentationsstränge zeigten sich wie unter einem Brennglas in der Debatte zur Anerkennung der oberschlesischen ethnischen Minderheit und des Oberschlesischen als einer regionalen Sprache. In Anlehnung an zwei in dieser Debatte genannten Praxen des regionalen ›Andersmachens‹ (»Ethnographizierung« und »Landschaftspatriotismus«) konnte in diesem Beitrag die ästhetische Facette des oberschlesischen ›Andersmachens‹ angesprochen werden.

*Andrzej Koniakowski*s Abbildungen der oberschlesischen (Industrie-)Raums und der oberschlesischen »folk society« wurden dementsprechend als Überwindung der propagandistischen »Ethnographizierung« dargelegt. Sie lassen sich als eine ästhetisierte Facette einer solchen regionalen Gemeinschaft deuten, die ihre materielle Umgebung lebt und auf dieser Grundlage ihre soziale Umgebung gestaltet. In dem Teil des Beitrags, der einem Beispiel für die heutigen Figurationen des Oberschlesischen in der Popkultur gewidmet wurde, hat sich gezeigt, dass die Ästhetik *Koniakowski*s weiterhin ihre Anwendung findet. Sie dient jedoch den (post-)kolonialen Klagen, die sich aus den gemeinschaftsbezogenen Diskursen speisen.

Sowohl die Photographien *Koniakowski*s als auch der Song und der Videoclip des Hip-Hop Künstlers *Miuosh* wurden auf ihre inkludierende, exkludierende und transkulturelle Botschaft untersucht. Der historische Hintergrund der in den 1970er Jahren entstandenen Photographien hat *Koniakowski* dazu veranlasst, trotz der implizite vorhandenen, im (post-)kolonialen (Industrie-)Raum verankerten transkulturellen Botschaft zwischen Inklusion und Exklusion im polnischen nationalen Kontext zu oszillieren. *Miuosh*s (post-)koloniale Klagen sind dagegen exkludierend und folgen *Welsch*s Ansatz eines Multikulturalismus, der Trennungen der Lebenswelten voraussetzt.

Zusammenfassung

Im regionalen Kontext prallen die gemeinschaftsbezogenen Diskurse und die raumbezogenen Diskurse aufeinander, was in inkludierenden und exkludierenden Praktiken im nationalen Kontext resultiert. Diese Prozesse lassen sich auf der theoretischen Folie eines ›Andersmachens‹ zeigen. Auf dieser Grundlage entsteht eine Forschungsfrage zum ›Andersmachen‹ der Regionen in den ästhetischen und medialisierten Diskursen. Ist der raumbezogene ästhetische Diskurs imstande, eine transkulturelle Botschaft im regionalen Kontext zu erzeugen? Oder spiegelt er die inkludierenden und exkludierenden Dilemmata der gemeinschaftsbezogenen Diskurse wider?

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den obigen Fragen am Beispiel des polnischen Oberschlesiens. Im ersten Teil werden die ineinandergreifenden gemeinschaftsbezogenen Diskurse besprochen, die über die öffentliche diskursive Verwicklung der oberschlesischen Andersheit entscheiden. Im zweiten Teil kommen die ästhetischen Diskurse zum Tragen. Der Widerhall der gemeinschaftsbezogenen Diskurse mit ihren inkludierenden und exkludierenden Praktiken wird besprochen. Gleichzeitig wird das transkulturelle Potenzial der künstlerischen Artefakte untersucht.

Summary

Community, space, discourses and cultural artefacts:
The Upper Silesian 'otherness' in the Polish national context.
Inclusion, exclusion and the transcultural communication

In a regional context discursive practices can be found, which are related both to community and space. As discursive strategies, community and space clash in public debates which often results in inclusive and exclusive practices in a national context. These processes can be demonstrated on a theoretical basis of "rendering things different". This question can also be raised with regard to the aesthetical discourses when talking about space. Is the space-related aesthetical discourse able to create a transcultural message in a regional context? Or does it only mirror the inclusive and exclusive dilemmas of the community-related discourses?

This paper deals with the above-mentioned, taking the industrial region of Upper Silesia in today's Poland as example. In the first part of the paper community-related discourses are discussed as they determine the Upper Silesian otherness. In the second part the aesthetical discourses are being presented. How do they reflect the inclusive and exclusive dilemmas of the community-related discourses? At the same time, the author examines the transcultural potential of the aesthetical space-related artefacts.

Kulturtexte

- www.koniakowski.pl (Die Internetseite existiert nicht mehr. Zur Künstlerbiographie Andrzej Koniakowski s. etwa https://galeriastalowa.pl/pl/325_andrzej-koniakowski).
- Miuosh (2011)*: Piąta strona świata [Fünfte Himmelsrichtung]. <https://www.youtube.com/watch?v=4Fx4mshinO0> (Zugriff am 19.09.2018).

Literatur

- Abels, Gabriele (2017)*: Lass uns allein oder lass uns rein. Zum (Des-)Integrationspotenzial eines »Europa der Regionen«. – In: Politikum. Analysen – Kontroversen – Bildung. Eurosion 1, S. 35–40.
- Angermüller, Johannes (1999)*: Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven. Eine Einführung. – In: Angermüller, Johannes et al. [Hrsg.]: Diskursanalyse: Theorien. Methoden, Anwendungen. Hamburg, S. 7–22.
- Dziurok, Adam u. Linek, Bernard (2011)*: W Polsce Ludowej (1945–1989) [Im kommunistischen Polen (1945–1989)]. – In: Bahlcke, Joachim et al. [Hrsg.]: Historia Górnego Śląska. Polityka, gospodarka i kultura europejskiego regionu [Geschichte Oberschlesiens. Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart]. Gliwice, S. 267–286.
- Encyclopaedia Britannica (2019): Folk society. – URL: <https://www.britannica.com/topic/folk-society> (Zugriff am 01.12.2019).
- Fassbender, Bardo (2017)*: Die EU besteht ihre Probe nicht. – URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/katalonien-krise-wird-die-eu-ihrer-rolle-gerecht-15263281.html> (Zugriff am: 27.02.2018).
- Gaduszewski, Grzegorz (2015)*: Struktura narodowo-etniczna, językowa i wyznaniowa ludności Polski. Narodowy spis powszechny Ludności i Mieszkań 2011 [National-ethnische und konfessionelle Struktur der Bevölkerung Polens. Nationale Volkszählung 2011]. – URL: <http://stat.gov.pl/spisy-powszechne/nsp-2011/nsp-2011-wyniki/struktura-narodowo-etniczna-jezykowa-i-wyznaniowaludnosci-polski-nsp-2011,22,1.html> (Zugriff am 02.03.2018).
- Joachimsthaler, Jürgen (2002)*: Zur Einführung. – In: Institut Filologii Germańskiej der Uniwersytet Opolski [Hrsg.]: Regionalität als Kategorie der Sprach- und Literaturwissenschaft. Frankfurt a.M. u.a., S. 9–14.
- Kocyba, Piotr (2009)*: Aspekte der Konstruktion kollektiver Identität in Oberschlesien. – In: Prunisch, Christian [Hrsg.]: Konzeptualisierung und Status kleiner Kulturen. Dresden, S. 235–254.
- Koniakowski, Andrzej (2007)*: Stalowe pejzaże [Eiserne Landschaften]. – URL: https://www.canalu.tv/video/fmsh/l_sk_stalowe_pejza_e_andrzeja_koniakowskiego_silesie_les_paysages_d_acier_d_andrzej_koniakowski.29571 (00:00:00–00:12:11, Zugriff am 18.09.2018, die Internetseite existiert nicht mehr).
- Lemke, Vanessa, J. (2017)*: Regionalität als historische Kategorie. Prozesse, Diskurse, Identitäten im Mitteleuropa des 16.-19. Jahrhunderts. – URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6924> (Zugriff am 18.09.2018).
- Maćków, Jerzy (2004)*: Am Rande Europas. Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine. – Freiburg i.Br. u.a.
- Pastulka, Agata (2016)*: Kukiz15 i PiS wyrzucili Ślązaków z ustawy o mniejszościach etnicznych [Die Parteien Kukiz15 und Recht und Gerechtigkeit haben die (Ober-)Schlesier aus dem Gesetz zu ethnischen Minderheiten entfernt]. – URL: <http://>

- www.dziennikzachodni.pl/serwisy/polityka/a/kukiz15-i-pis-wyrzucili-slazakow-z-us-tawy-o-mniejszosciachetnicznych,10759278/ (Zugriff am 14.03.2018).
- Pilawa, Konstanty* (2018): Śląsk się budzi, Polska śpi [(Ober-)Schlesien wacht auf, Polen schläft]. – URL: <https://klubjagiellonski.pl/2018/10/28/slask-sie-budzi-polska-spi/> (Zugriff am 10.06.2019).
- PrawicowyInternet [RechtesInternet] (2016): Cała debata! Ślązacy będą mniejszością etniczną? (OBY NIE!) [Die gesamte Debatte! Werden die (Ober-)Schlesier eine ethnische Minderheit sein? (BLOSS NICHT!). – URL: <https://www.youtube.com/watch?v=HjUA-6G9PF8> (00:00:00–01:57:26, Zugriff am 14.03.2018).
- RAŚ (2018): Cele Ruchu Autonomii Śląska [Ziele der Bewegung für die Autonomie (Ober-) Schlesiens]. – URL: <http://autonomia.pl/cele-ruchu-autonomii-slaska/> (Zugriff am 22.02.2018).
- Sapper, Manfred u. Weichsel, Volker (2018): Materialschnitt. – In: Zeitschrift Osteuropa 3–5, S. 5–6.
- Smolorz, Michał* (2012): Śląsk wymyślony [(Ober-)Schlesien erfunden]. – Katowice.
- Spivak, Gayatri, Ch.* (1985): The Rani of Sirmur: An essay in reading the archives. – In: History and Theory 3, S. 247–272.
- Spivak, Gayatri, Ch.* (2011 [1988]): Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne artikulation. Aus dem Englischen von A. Joskowicz u. S. Nowotny. Wien (u.a.), S. 119–148.
- Sucharski, Tadeusz* (2004): »Patriotyzm pejzażu« Józefa Mackiewicza w Buncie rojstów [»Landschaftspatriotismus« Józef Mackiewicz's in Aufstand der rojsty]. – In: Śląskie Prace Filologiczne 3, S. 155–172.
- Tiggesbäumker, Günther* (2009): Hoffmann von Fallersleben und der »schlesisch-polnische« Volksliedersammler Julius Roger. Dokumente einer Freundschaft. – In: Eke, Norbert, O. et al. [Hrsg.]: Hoffmann von Fallersleben. Internationales Symposium. Corvey/Höxter. Bielefeld, S. 57–68.
- Welsch, Wolfgang* (2017): Transkulturalität. Realität – Geschichte – Aufgabe. – Wien.
- Wiegel, Sigrid* (2004): Zum »topographical turn«. Raumkonzepte in den Cultural Studies und den Kulturwissenschaften. – In: Wiegel, Sigrid: Literatur als Voraussetzung der Kulturgeschichte. Schauplätze von Shakespeare bis Benjamin. München, S. 233–247.
- Williams, Raymond* (2002 [1958]): Culture is ordinary. – In: Highmore, Ben [Hrsg.]: The Everyday Reader. London, S. 91–100.

Oliver Auge

Eine Stadt in Bewegung

Zur Migrationsgeschichte Kiels vom Mittelalter bis zur Gegenwart¹

Mit 9 Abbildungen

Im Januar 2017 berichteten die ›Kieler Nachrichten‹, dass Kiel in diesem Jahr mächtig in Bewegung sein werde (Kieler Nachrichten vom 5.1.2017). Was der Zeitungsreporter für die vielen Aktivitäten im Jahr 2017 formulierte, lässt sich problemlos für die gesamte Geschichte Kiels konstatieren: Kiel war schon immer eine Stadt in Bewegung, und Kiels Einwohnerschaft bestand und besteht bis heute aus »Wanderern«, die in die Stadt hineinkommen und sie – manchmal nach nur kurzer Zeit schon – wieder verlassen. Kiels Antlitz wandelte sich dabei in enormem Maße.²

So wuchs Kiel im 13. Jahrhundert, als es mit dem Stadtrecht versehen war, gleich sehr rasch. Dies erklärt sich hauptsächlich durch den Zuzug von Menschen, die sich hier ein gutes Auskommen für ihren Lebensunterhalt erhofften (Walther 1991, S. 30; Rosenplänter 2011a, S. 37–39). Eine Untersuchung der im Ersten Kieler Stadtbuch vorkommenden Namen ergab, dass es einen konstanten Zuzug von Einwanderern aus der Region um die Stör gab. Dieser machte rund ein Fünftel des Gesamtzuzugs von Neubürgern aus. Dahinter stand wohl die Anwerbe- politik der Stadtherren, die sich gezielt an Kaufleute richtete, die sich des Wasser- wegs der Stör bedienten und, ursprünglich von weiter herkommend, mittlerweile zwischen Stormarn und Neumünster heimisch geworden waren. Noch heute deu- ten Straßennamen in der Kieler Altstadt auf den permanenten Zuzug von außen hin. Gemeint sind die Flämische, die Dänische und die Kehdenstraße (Paravicini 1992, S. 26–29). Wohlgermerkt bedeuten diese Namen nicht, dass entsprechende Landsmannschaften in nennenswerter Größenordnung in Kiel wohnten. Viel- mehr benennen sie nur Regionen, deren Fernhändler nach dem Wunsch des

1 Mit Nachweisen versehene Fassung des öffentlichen Abendvortrags zur Eröffnung der ARKUM-Tagung »Inklusion|Exklusion. Transkulturalität im Raum« am 19. September 2018 in Kiel. Die Gedanken fußen im Wesentlichen auf den entsprechenden Passagen meines Buchs *Auge 2017*. – Der Anmerkungsapparat ist bewusst knapp gehalten.

2 Vgl. www.kieler-stadtentwicklung.de [letzter Zugriff 15.2.2020], wo zahlreiche detaillierte Pläne sowie ein Zeitraffer die Entwicklungsgeschichte der Stadt Kiel illustrieren.

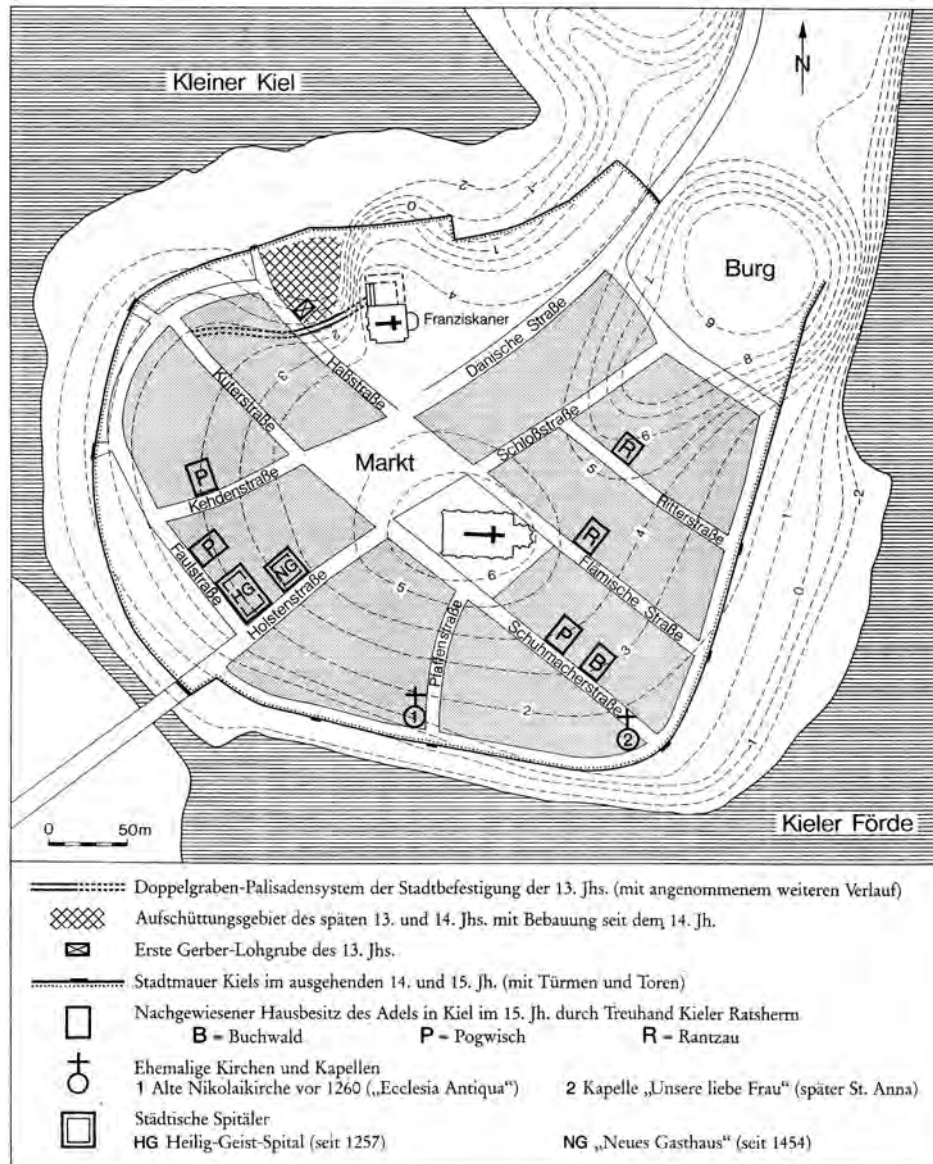


Abb. 1: Kiel im Mittelalter
 Aus: Jensen u. Wulf 1991, S. 26

Stadtgründer eine möglichst große Rolle für die Entwicklung seiner Stadt spielen sollten.

Im Übrigen musste, um kurz auf das wichtige Phänomen nicht nur räumlicher, sondern auch sozialer Mobilität im Mittelalter einzugehen, wer einmal Kaufmann oder Handwerker war, nicht immer ein solcher bleiben. Man weiß von einem Kie-

ler Schmied namens *Hinrich*, der zum Händler wurde, dann 1259 Ratsmann war, und als Ausdruck für seine erlangte Reputation folgerichtig mit ›dominus‹ – ›Herr‹ angesprochen wurde (Walther 1991, S. 31). *Hinrich* ist ein schönes Beispiel für berufliche und soziale Mobilität im Mittelalter, das insgesamt alles andere als statisch war. Und *Hinrich* steht keineswegs allein da. Man konnte damals also vergleichsweise gut im noch jungen Kiel sozial aufsteigen. Und diese Entwicklung setzte sich im weiteren Verlauf des Mittelalters fort, als Kiel sich mehr und mehr zu einem Regionalzentrum entwickelte (Landgraf 1959, S. 52–55). So kamen zwar Zuzügler aus anderen aufstrebenden Städten vor, die sich seinerzeit im Hansebund organisierten. Allerdings erreichten die Einwanderungsdimensionen in Kiel zu keinem Zeitpunkt Ausmaße wie in Hamburg oder Lübeck.

Entscheidender war für Kiel im Spätmittelalter das Hereindrängen des Adels in die Stadt, was Kiel zur Hauptstadt der schleswig-holsteinischen Ritterschaft machte und zur markanten Zunahme des adeligen Hausbesitzes in der Stadt führte (Walther 1991, S. 46–50; Krüger u. Künne 1991, S. 68, 74, 75f. 78, 133f.; Auge 2018, S. 285). In der frühen Neuzeit gehörte hier nahezu jedes siebte Haus dem Adel. Das 14. Jahrhundert hatte im Übrigen wegen der großen Pestwelle auch einen erheblichen Bevölkerungsrückgang herbeigeführt: Um 1300 hatten ungefähr 1 800 bis 2 000 Menschen in Kiel gelebt. 1350, auf dem Höhepunkt der Pest, waren es nur noch etwa 1 600. Der erhebliche Rückgang in der Einwohnerentwicklung um etwa ein Fünftel konnte allerdings in der Folgezeit durch Zuzug vergleichsweise problemlos ausgeglichen und dann auf dem Niveau des frühen 14. Jahrhunderts gehalten werden. Verantwortlich hierfür war anscheinend auch das Phänomen der spätmittelalterlichen Landflucht (Walther 1991, S. 54; Landgraf 1959, S. 38–42). So lebten 1565 maximal 1 900 Menschen in Kiel. 1682 waren es schon 3 420, d.h. die Stadtbevölkerung war in etwas mehr als 100 Jahren um das 1,8fache angewachsen (Krüger u. Künne 1991, S. 79).

Migranten und Migrantinnen in ganz anderer, aber ebenso prägender und deswegen unbedingt zu erwähnender Form stellten seinerzeit die zahlreichen Vagabundierenden dar (Krüger u. Künne 1991, S. 79; Sievers 1989, S. 51–72). Das umherziehende oder fahrende Volk war weit verbreitet. Seine Zusammensetzung war sehr heterogen und bezog ebenso Kaufleute und Krämer oder Handwerker mit ein wie Söldner, Prostituierte oder Bettler. Die städtischen Obrigkeiten sahen in dieser Gruppe eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und für die lokale Armenfürsorge, die schon für die ›eigenen‹ Armen nicht ausreichend war. Studiert man die einzelnen Einträge in der frühneuzeitlichen ›Skandalchronik‹ des Bürgermeisters *Asmus Bremer* genau und zieht zusätzlich weitere Quellen wie etwa das Kieler Varbuch heran, erkennt man indes rasch, dass die Bedrohung der öffentlichen Ordnung durch fremde Vagabunden eine mentale Konstruktion war, die sich von der Realität stark unterschied (Jensen 1976; Peters 2017). Verbrechen, die kriminelle Vaganten verübten, machten einen Bruchteil aller Delikte aus. Deutlich wird aber, dass die von auswärts Kommenden regelmäßig härter bestraft wurden als die Einheimischen und dass der bekannte Kieler Umschlag, zeitweilig die größte Finanzmesse in Nordeuropa, ein Anziehungspunkt für diese auswärtigen Kriminellen darstellte (Jensen 1991, S. 62; Krüger u. Künne 1991, S. 133).

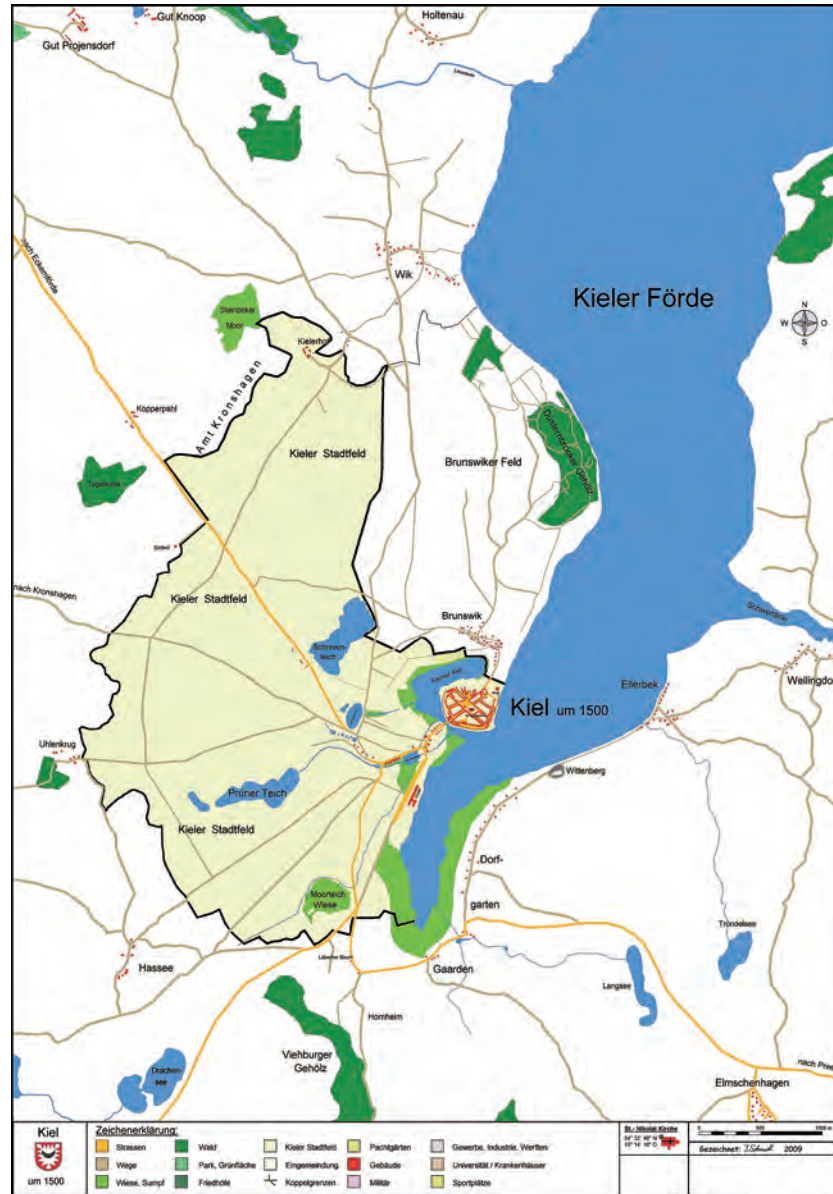


Abb. 2: Kiel um 1500
© Joachim Schmidt, Kiel 2009

Ein neuer Bewegungsfaktor in der Stadt wurde ab 1665 die Universität (*Jordan* 1965, S. 25; *Auge* 2016, S. 96–110). Studierende wie Professoren kamen und gingen. Überhaupt geriet durch die Universität das strenge soziale Gefüge in der Stadt in Bewegung. So hatte der Magistrat bei offiziellen Umzügen fortan ins

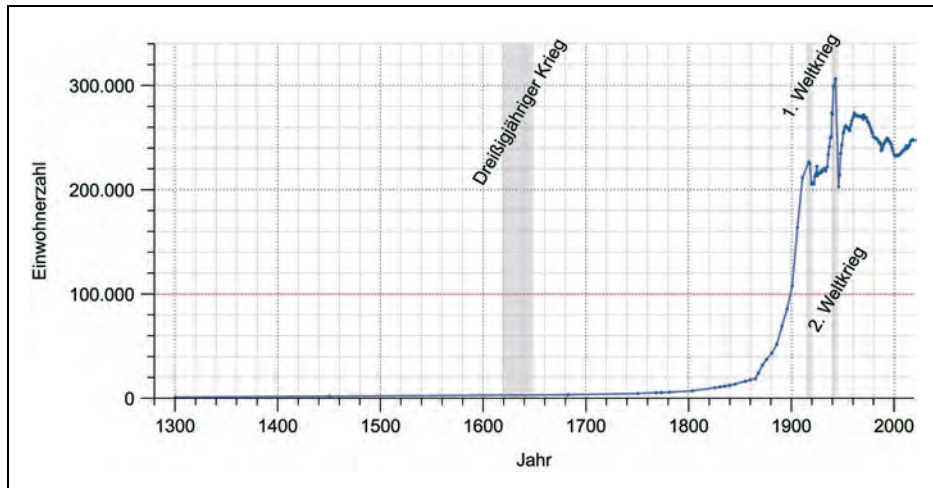


Abb. 3: Die Einwohnerentwicklung Kiels seit seiner Stadtgründung
CCO 1.0

zweite Glied zurückzutreten, weil dem Prorektor und den Dekanen der erste Platz gebührte. Eine solche Verschiebung sozialer Hierarchien wog in Zeiten, in denen Rang und Ritual besonders viel zählten, besonders schwer. Als dann zum Ausgang des 19. Jahrhunderts die Marine dominant werden sollte, hatten die Professoren im Ansehen zurückzustecken (Wulf 1991a, S. 268). Bis heute hat die Kieler Universität eine bewegte Geschichte erlebt, in der auf viele Krisen immer wieder Konjunkturen folgten. Rein zahlentechnisch ließe sich die Universitätsgeschichte aufs Ganze betrachtet freilich unbedingt als Erfolgsgeschichte verkaufen: 140 Studenten schrieben sich im ersten Semester 1665 in die Matrikel ein; im Wintersemester 2017/2018 studierten hier knapp 26 500 Menschen aus nah und fern (Auge 2015; Kieler Nachrichten vom 16.10.2017).

Im weiteren Verlauf der Geschichte wuchs Kiels Bevölkerung weiter an: Zwischen 1781 und 1835 verdoppelte sie sich auf 11 622 Einwohner (Lange 1991, S. 143, 159). Soweit dieses Wachstum auf Zuwanderung beruhte, stammten die betreffenden Neubürger damals zu fast 75 Prozent aus dem Bereich Schleswig-Holsteins und hierbei aus einem genuin städtischen Milieu. Erst nach 1851 kam es in größerem Umfang zu einer Zuwanderung aus Landdistrikten, die bis dahin unter 25 Prozent gelegen hatte. Dieselbe stieg bis 1869 dann auf rund 40 Prozent an. Die dahinterstehende Landflucht gilt als Zeichen einer zunehmenden Verstärkung. Kiel war dabei Teil der gesamtdeutschen Entwicklung. Indes bot in Kiel nur der Bereich der Vorstadt mit der Holstenstraße und dem Kuhbergviertel genügend Raum für eine ständig wachsende Stadtbevölkerung (Lange 1991, S. 159–161). 1781 wohnten hier bereits 45 Prozent der Gesamtbevölkerung Kiels, 1860 waren es ganze 58 Prozent. Um den Bevölkerungsdruck etwas zu mildern, erfolgte daher ab 1847 die Neuerschließung des Damperhofviertels zwischen

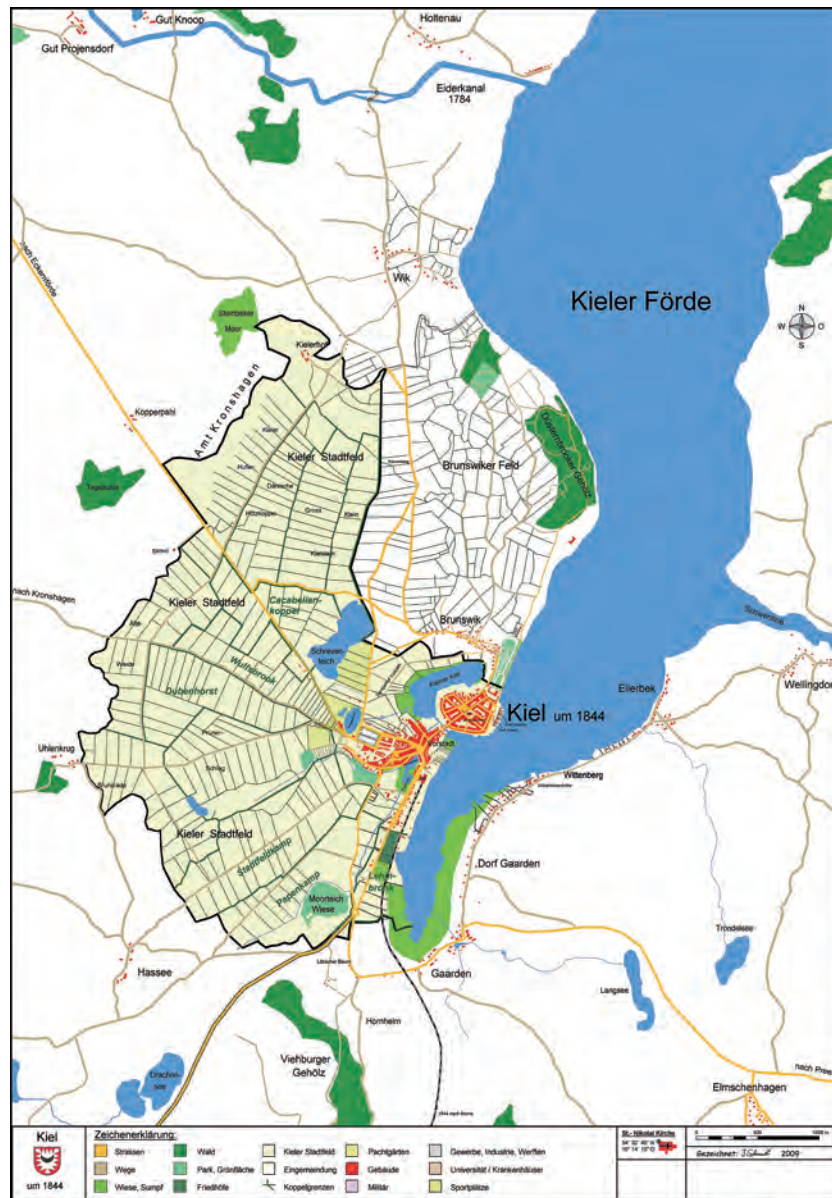


Abb. 4: Kiel im Jahr 1844
© Joachim Schmidt, Kiel 2009

Bergstraße, Knooper Weg und Kleinem Kuhberg als erste planmäßige Auslegung von Bauplätzen in Kiel überhaupt. Für damalige Verhältnisse handelte es sich um ein riesiges Areal von 29 Hektar. Die ganze Altstadt umfasste lediglich 22 Hektar. Die Zahlen sprechen für den Erfolg der Baumaßnahme: 1867 wohnten bereits zehn Prozent der Stadtbevölkerung in dem weitgehend bebauten Viertel.



Abb. 5: *Kiel im Jahr 1900*
© Joachim Schmidt, Kiel 2009

Doch war das erst der Anfang! Wenig später begann ein neuer, starker Zustrom vieler Arbeitskräfte und ihrer Familien von außen, hervorgerufen durch die ab 1865 nach Kiel verlegte preußische Marine und die rasch wachsenden Werften, Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe, Handel und Verkehr (Wulf 1991a, S. 208; Auge u. Tillmann 2017). Man hat die Verlegung der Marinestation nach

Kiel daher auch nicht ganz zu Unrecht als zweite Stadtgründung bezeichnet (Salewski 1991, S. 280). Lebten um 1850 noch etwa 16 000 Einwohner/-innen in Kiel, waren es 1885 schon 51 706, 1900 107 977 und 1914 schließlich ganze 225 161. Die prozentuale Zunahme betrug zwischen 1840 und 1864 52 Prozent, explodierte dann aber geradezu zwischen 1864 und 1890 auf 245 Prozent und zwischen 1890 und 1914, minimal abgeschwächt, auf 195 Prozent. Ein solches Bevölkerungswachstum erinnert in bester Weise an zeitweilige amerikanische Verhältnisse und kannte in Deutschland kaum seinesgleichen.

Die Abhängigkeit der Bevölkerungszunahme von der Marine war allerorten spürbar. So kam es unter den Marineangehörigen zu häufigen Versetzungen, was eine ungewöhnlich hohe Fluktuation innerhalb der Kieler Bevölkerung erzeugte. Der Anteil der Zu- und Abwandernden pro Jahr machte in der Kaiserzeit sage und schreibe ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Kiels aus (Wulf 1991a, S. 208). Doch nicht nur der Zu- und Wegzug nach oder aus Kiel war besonders stark ausgeprägt. Auch innerhalb der Stadt gab es eine ganz erhebliche Fluktuation. So wechselte in manchen Jahren in einigen Straßenzügen rund die Hälfte der Mieter den Wohnort. In Zahlen ausgedrückt, heißt dies, dass zwischen 1900 und 1912 jährlich 80 000 Personen innerhalb der Stadt umzogen. Man kann sich vorstellen, wie stark die Bevölkerung damals eigentlich konstant in Bewegung war. Negative Folgen für die Stadt und ihre Identität blieben nicht aus: Wegen ihrer ständigen Mobilität kam es zu keiner mentalen Bindung vieler Einwohner/-innen an die Stadt; auch entwickelten diese kein verantwortliches Bewusstsein für dieselbe. Es handelte sich eben um keine organisch gewachsene Bürgerschaft. Vielmehr blieb die durch und durch zusammengewürfelte Einwohnerschaft gewissermaßen Gast in ihrer eigenen Stadt. Oft genug zogen die Leute rasch wieder fort, bevor sie sich auch nur irgendwie als Kieler zu fühlen begonnen hatten. Kiel nahm damit im Prinzip Ansätze zur anonymen Großstadt vorweg, wie man sie heute allerorten vorfinden kann. Bis zur Gegenwart wird in Kiel immer wieder eine fehlende Identifikation der Einwohnerschaft mit ihrer Stadt beklagt. Zur fehlenden Ausbildung oder Verankerung eines Kieler Selbstverständnisses in der rapide anwachsenden und bunt »zusammengewürfelten« Bevölkerung trat der rasche bauliche Gesichtsverlust des historisch gewachsenen Kiels. Unter dem enormen Wachstumsdruck wurde die Geschlossenheit und Beschaulichkeit des alten Stadtbildes neuen, funktionalen Bau- und Stilelementen des späten 19. Jahrhunderts geopfert. Traditionsreiche Häuser mussten neuen Geschäfts- und Bürohäusern sowie Straßenzügen weichen, wie das bekannte Schwebelhaus an der Klinke im Jahr 1907 (Wulf 1991a, S. 219–223). Immerhin wurde dessen wertvolle Inneneinrichtung gerettet und in das Thaulow-Museum überführt. Das Ergebnis waren »langweilige, eintönige und sogar häßliche Straßenzüge mit sehr uneinheitlicher Bebauung [...], die Kiel ein etwas unförmiges und gestaltloses Aussehen gaben« (Wulf 1991a, S. 223). Nicht also erst die Bombenschäden des Zweiten Weltkriegs, sondern bereits das immense, trotz verschiedener Bebauungspläne nahezu unkontrollierbare Wachstum, dem sich Kiel seit der Verlegung der Marine hierher ausgesetzt sah, machten die Stadt zu einem von vielen als gesichtslos empfundenen Gebilde (Stoy 2003).

Die Kieler Einwohner/-innen stammten nun zunehmend nicht mehr aus Kiel selbst, aus dem Kieler Umland oder überhaupt aus Schleswig-Holstein, sondern sie kamen von viel weiter her (*Wulf* 1991a, S. 209; *Wenzel* 1978, S. 26–29). Eine besondere Rolle spielte dabei die Binnenmigration im Königreich Preußen, dessen Teil Kiel 1867 geworden war. Kiel zog jetzt viele Leute von außerhalb Schleswig-Holsteins an. Der Anteil der nichtdeutschen Stadtbewohner/-innen blieb damals freilich gering. Er war in Kiel noch niedriger als in Schleswig-Holstein insgesamt. 1910 betrug er nur 1,1 Prozent und lag damit weit unter demjenigen in Berlin oder im Ruhrgebiet. Eine große Gruppe unter den internationalen Zugezogenen machten insbesondere in den 1860er und 1870er Jahren Schweden aus, die nach Kiel kamen, um hier beim Eisenbahn-, Festungsanlagen- und Schiffbau mitzuarbeiten (*Riegler* 1985, S. 106–115). Auch am Bau des Nord-Ostsee- bzw. Kaiser-Wilhelm-Kanals waren viele ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus Polen, Russland und Italien, beteiligt (*Troitzsch* 1995, S. 120). Für die Arbeiter, die mindestens 17 Jahre alt sein mussten, wurden eigens Barackenlager zur Unterbringung errichtet. Sie waren militärisch organisiert und wurden auch von Offizieren geleitet. Die meisten der ausländischen Arbeitskräfte blieben nicht auf Dauer hier, sondern zogen später weiter.

In bescheidenen Ausmaßen entstand seinerzeit auch eine winzige jüdische Gemeinde in Kiel (*Goldberg* 2011a, S. 43–47; *Wulf* 1991a, S. 261). Bereits in den 1790er Jahren hatten sich sieben Schutzjuden-Familien in Kiel niedergelassen. 1850 gaben sich dann 22 jüdische Familienväter aus Kiel und Brunswik Local-Statuten. Da der Magistrat sich bemühte, die Juden auszuweisen, wendeten sich die Kieler Juden an das verantwortliche königliche Ministerium, um eine offizielle Anerkennung als jüdische Gemeinde zu erhalten. Eine Anerkennung erlangten sie allerdings erst unter der preußischen Regierung am 4. Oktober 1867. Damals lebten in Kiel 125 jüdische Einwohner/-innen. 1871 waren es 187. Kiel vereinte so immerhin 13 Prozent aller in Schleswig-Holstein außerhalb Altonas lebenden Juden auf sich. Der Anteil stieg im Jahr 1910 auf nahezu 35 Prozent. Allerdings machten sie nur verschwindend wenige 0,3 Prozent der gesamten Kieler Stadtbevölkerung aus. Dabei blieb es bis in die Weimarer Zeit, als 1930 die jüdische Gemeinde mit 655 Mitgliedern ihren Höchststand erreichte. Ganz ähnlich wie die restliche Stadtbevölkerung hatte sich die frühe jüdische Gemeinde in Kiel aus Personen zusammengesetzt, die entweder aus der Stadt selbst oder dem holsteinischen Umland stammten. In der Kaiserzeit driftete die Entwicklung dann auseinander: Während sich der Anteil der Stadtbewohner/-innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft kaum erhöhte und 1910 bei 1,1 Prozent lag, nahm der Zuzug zur jüdischen Gemeinde aus Osteuropa erheblich zu, sodass 1910 ganze 21 Prozent ihrer Mitglieder im Ausland geboren waren (*Wulf* 1991b, S. 355; *Goldberg* 2011a, S. 45, 47–53; *Goldberg* 2011b, S. 162–164). Die osteuropäischen Juden zeigten sich weniger assimiliert als die schon länger in Kiel beheimateten und sie lebten nach strengeren religiösen Regeln als letztere, was manche interne Probleme für die jüdische Gemeinde mit sich brachte. Der Großteil der jüdischen Mitbürger/-innen fiel dann nach 1933 dem nationalsozialistischen Holocaust zum Opfer.

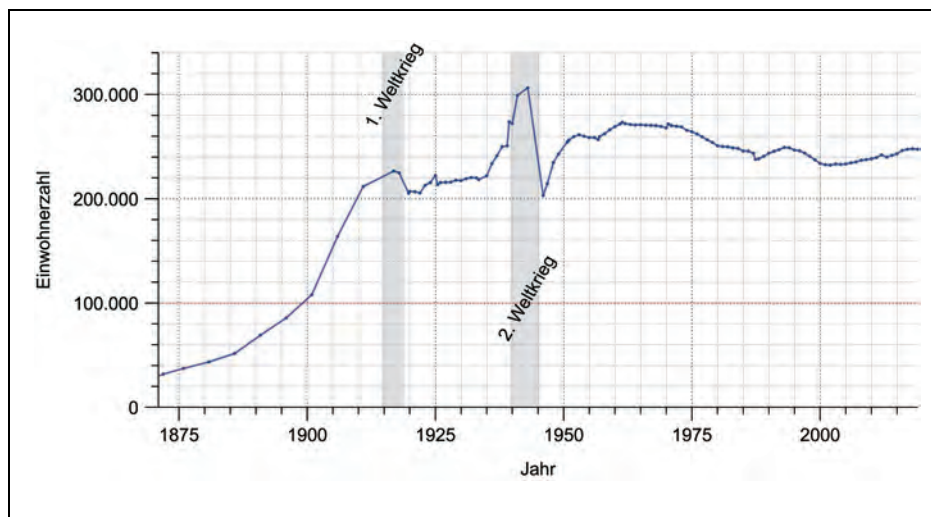


Abb. 6: Die Einwohnerentwicklung Kiels ab dem späten 19. Jahrhundert bis heute
CCO 1.0

Die Bevölkerungsentwicklung kannte nicht nur ein stetiges Aufwärts. Vielmehr führte die einseitige Ausrichtung der Kieler Wirtschaftsstrukturen auf die Marine und Werftindustrie nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg zu massiven Problemen wie Personalabbau und Arbeitslosigkeit. Und diese wiederum hatten eine Abwanderung größeren Ausmaßes und damit Bevölkerungsverluste zur Folge: 1918 hatten in Kiel noch rund 243 000 Menschen ihr Zuhause (*Wulf* 1991b, S. 303f.). Im Folgejahr handelte es sich nur noch um 205 330 Personen, was einem Rückgang um 15,6 Prozent in nur einem Jahr gleichkam. Im Zuge der mehr oder minder erfolgreichen Versuche zur Neuorganisation der Kieler Wirtschaftsstrukturen kam es bald aber wieder wenigstens zum gebremsten Wachstum, sodass Kiel 1933 schon wieder über 218 335 Einwohner/-innen verfügte. Kiel rangierte beim Bevölkerungszuwachs nunmehr aber hinter Altona und Lübeck, was vor dem Ersten Weltkrieg ganz undenkbar gewesen wäre (*Sieck* 2005, S. 97).

Die während der nationalsozialistischen Diktatur veränderten ökonomischen und militärischen Rahmenbedingungen wirkten sich wiederum auf das Wanderungsverhalten der Bevölkerung in Kiel aus. Die ab 1935 massiv betriebene Wiederaufrüstung der Marine führte nochmals zum beschleunigten Bevölkerungswachstum um jährlich 3,6 Prozent. Das bedeutet, dass die Einwohnerzahl von 1933 bis 1939 um fast 50 000 Menschen auf 265 443 stieg. Ihren absoluten Höchststand erreichte sie schließlich 1942 mit 306 000 Menschen (*Wulf* 1991b, S. 359f.). Parallel zur Bevölkerungszunahme nahm auch die Migration innerhalb Kiels wieder erheblich zu. Beides hatte seine Ursache darin, dass es sich vielfach um Werftarbeiter oder Militärangehörige mit ihren Familien handelte. Gerade die Letzteren wurden oft versetzt. Zudem führte dies zu einem wachsenden Druck auf den Kieler Immobilien- und Wohnungsmarkt. Am dichtesten bewohnt war um

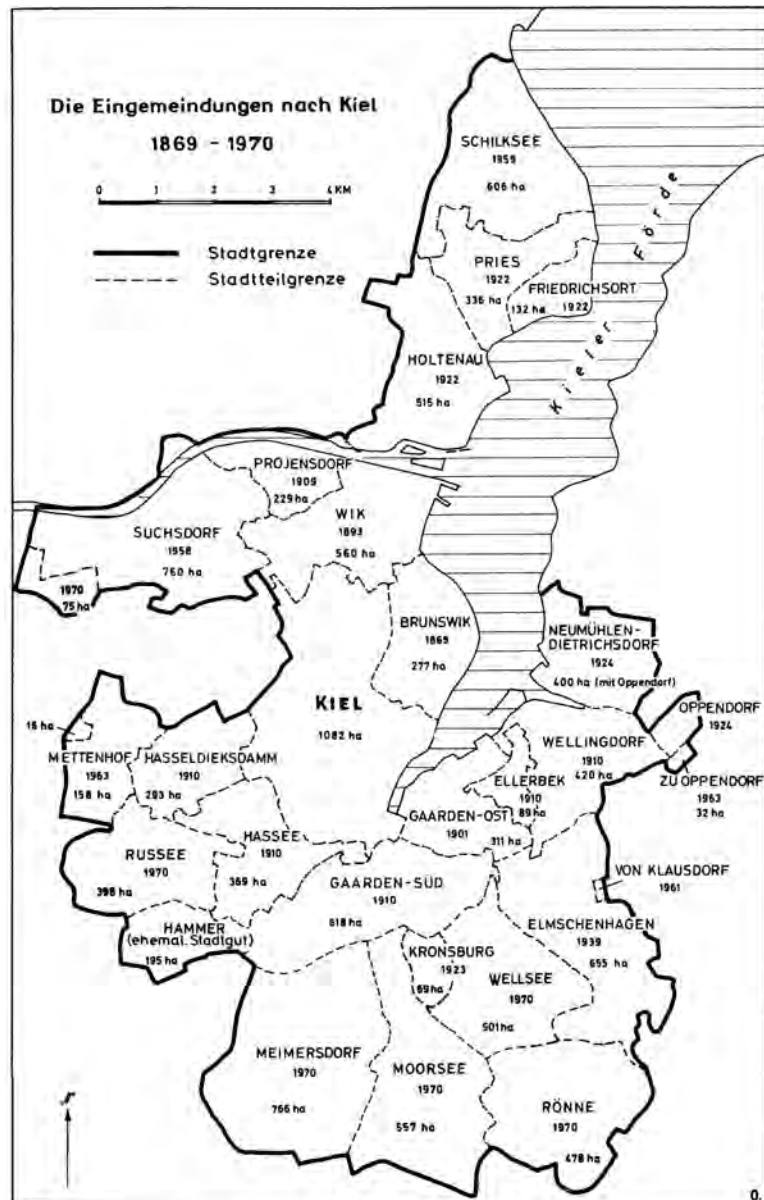


Abb. 7: Die Eingemeindungen nach Kiel 1869–1970
Aus: Jensen u. Wulf 1991, S. 409

1939 das Westufer der Stadt zwischen Blücherplatz und Hauptbahnhof – mit Ausnahme des großzügig bebauten Düsternbrooker Gehölzes natürlich. Es wurde eng in der Stadt. Damit in Zusammenhang stand die Zunahme der Bevölkerungsdichte in den Außenbezirken. Die Leute zog es jetzt vermehrt aus den sehr dicht besiedelten Wohngebieten um den Exerzierplatz, in der Brunswik, in Gaarden-

Ost oder am Südfriedhof in die Außenbezirke nach Hasseldieksdamm, Hassee, Wellingdorf, Kronsburg oder in die Wik. Hier wurden aufgelockerte Wohnsiedlungen in einer sogenannten Grüngürtelzone um den Stadtkern errichtet. Die Möglichkeiten hierzu hatten umfängliche Eingemeindungen seit 1869 geschaffen (Freche 2014). Die dort wohnenden Menschen mussten nun freilich zur Arbeit in die nahe Stadt kommen: Das Phänomen der Pendler war geboren!

Höhe- und Tiefpunkte liegen in der Geschichte oft nahe beieinander, so auch in Kiel bezüglich der Einwohnerzahlen. War 1942, wie gesagt, der absolute Höchststand mit über 300 000 Einwohner/-innen erreicht, führten die massiven Kriegseinwirkungen durch die Bomberflotten der Alliierten dazu, dass ein Teil der Einwohner/-innen freiwillig die Stadt verließ und ein anderer, größerer evakuiert werden musste (Erlenbusch 2011a, S. 220f.). Am 1. Januar 1945 lebten dann nur noch 143 000 Menschen in Kiel – so wenige wie zu Anfang des Jahrhunderts (Wulf 1991b, S. 360; Sieck 2005, S. 116). Bei der gesunkenen Bevölkerungszahl blieb es längerfristig, wenn auch nicht auf derart niedrigem Niveau. Viele Kieler und Kielerinnen kehrten nach und nach wieder in ihre Stadt zurück. Weil diese sehr stark zerstört war, wurden hier vergleichsweise wenige Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den von der Roten Armee eroberten deutschen Ostgebieten untergebracht. Sie machten mit 34 632 Personen lediglich 14,3 Prozent aus (Grieser 1991, S. 402–407). Zum Vergleich: In ganz Schleswig-Holstein erreichten Flüchtlinge und Heimatvertriebene 1948 einen Bevölkerungsanteil von 42 Prozent (Grieser 1991, S. 402; Degn 1994, S. 296f.; Danker, Kellmann u. Schwabe 2014, S. 298–302). Kein anderes Land in Westdeutschland erlebte einen so starken Zustrom wie Schleswig-Holstein. Kiel allerdings bildete hier eine Ausnahme.

Aus den vielen Trümmern des Zweiten Weltkriegs erstand bald ein neues, anderes Kiel. Es wurde gewissermaßen zum dritten Mal gegründet. Stadtbaurath *Herbert Jensen* gilt als der Vater dieser Neuplanung, wobei sein von den damaligen Experten gefeierter Hang zu den vielen Betonkonstruktionen auch für Unmut unter der Bevölkerung sorgte (Grieser 1991, S. 411–413; Erlenbusch 2011b, S. 160). Diese hatte mit der zweckmäßigen, asketisch sparsam ausgeführten Architektur ihre Probleme. Die Beseitigung zerstörter, alter Bausubstanz schuf indes gemeinsam mit der Zusammenlegung von Grundstücken die Gelegenheit zu großzügigen innovativen Planungen und einem modernen Städtebau, wie ihn z.B. die ›Klagemauer‹ in der Holtenuer Straße oder die Andreas-Gayk-Straße als eine ›Magistrale der Moderne‹ widerspiegeln (Rosenplänter 2011b, S. 190f.; Larsson 1992, S. 260–262; Grieser 1992, S. 323–327). Sie waren geleitet von der Vision einer von Grün umrahmten, durchsonnten und nicht zuletzt von modernen, breit angelegten Verkehrsadern durchzogenen Stadt der Zukunft. Sie waren Ausdruck von uneingeschränktem Zukunftsglauben und einem gewissen Pathos der Wiederaufbauzeit. Für die Fortbewegung in der Stadt sorgte dabei noch bis 1985 auch eine seit 1896 elektrifizierte Straßenbahn, die schließlich aber wegen der wachsenden Konkurrenz des Omnibusverkehrs und steigender Betriebskosten ihren Betrieb einstellen musste (Rosenplänter 2011c, S. 366f.). Aktuell lässt die Stadt Kiel ein Konzept zur Wiedereinführung einer Stadtbahn erarbei-

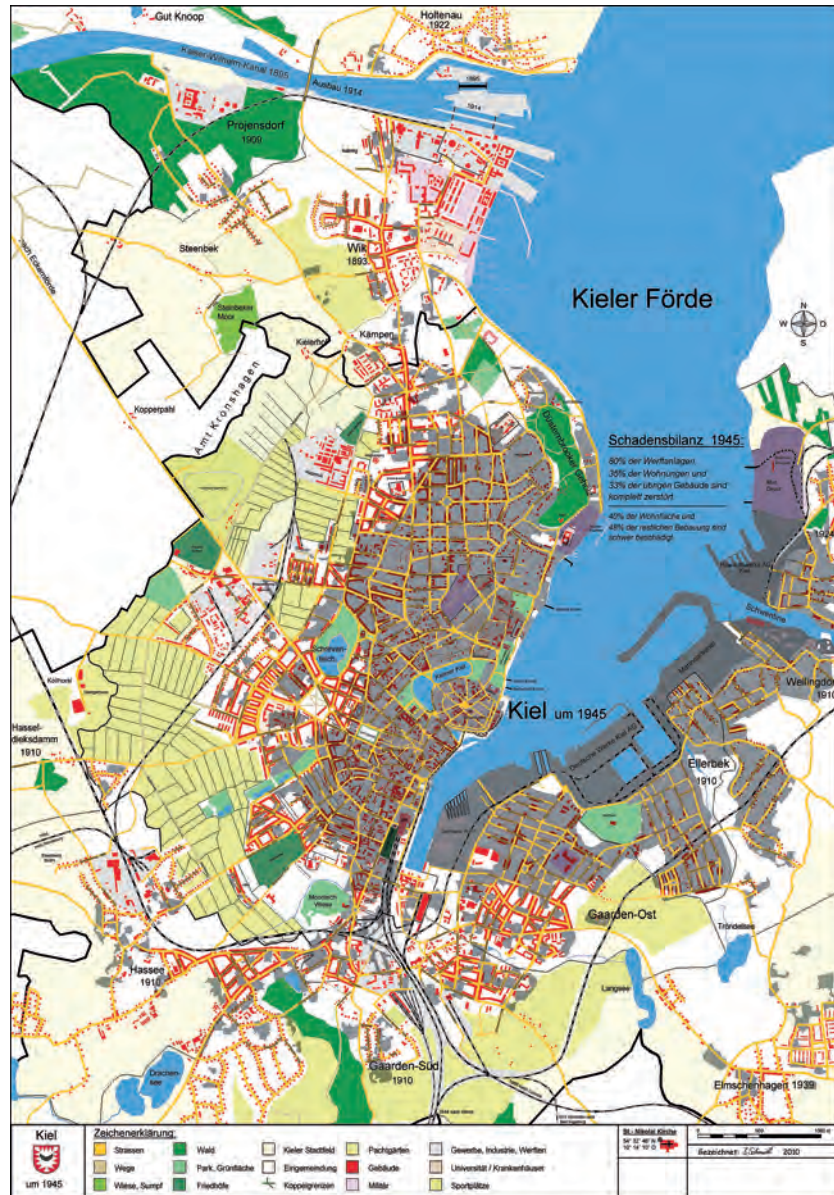


Abb. 8: Die Zerstörungen in Kiel 1945 (grau hinterlegt)
 © Joachim Schmidt, Kiel 2010

ten, um das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs nachhaltig zu verbessern. Auch aus den ehrgeizigen Plänen, Kiel zum festen Knotenpunkt des in die weite Ferne bewegenden, internationalen Luftfahrtverkehrs zu machen, wurde nichts. Im Jahr 2006 wurde der zuletzt stark subventionierte Linienverkehr auf dem seit 1927 existierenden Flughafen Kiel-Holtenau eingestellt (*Rosenplänter*

2011d, S. 99). Weitaus positiver verlief die Entwicklung der Stadt als bedeutender Fährhafen: Seit den 1960er Jahren ist Kiel durch Fährverbindungen mit Oslo und Göteborg verbunden. Lange Jahre verkehrten gleichfalls Fähren zwischen Kiel und einer Reihe dänischer Städte. Jährlich werden über eine Million Menschen, teils mit ihren Autos, auf den Fährlinien der Color Line nach Oslo, der Stena Line nach Göteborg sowie der DFDS Seaways nach Klaipeda oder von dort nach Kiel transportiert. Die dafür nötige Infrastruktur wurde 1992 durch den Ausbau des Bollhörnkais im Bereich der Innenförde und durch die Errichtung neuer Terminals auf dem Ost- (1997) bzw. Westufer (2010) geschaffen. Beide Gebäude prägen durch ihre auffallende Architektur die Silhouette der Hafencity. Zum Linienverkehr der Fähren kam seit dem Fall des Eisernen Vorhangs das Kreuzfahrtgeschäft als weiterer lukrativer Wirtschaftszweig hinzu. Zu dessen verbesserter Abwicklung wurde 2007 der alte Oslokai zum neuen Ostseekai ausgebaut, der heute über vier Liegeplätze verfügt. Über 2 391 000 Passagiere starteten im Jahr 2019 von hier aus mit ihrer Seereise in ferne Länder (Port of Kiel, Umschlagsergebnisse). Kiel ist deswegen ein so attraktiver und zukunftsfähiger Anlaufhafen, weil er wetterunabhängig ist, über Liegeplätze direkt neben dem Stadtzentrum verfügt, also insgesamt kurze Wege aufweist und gut an den weiteren Verkehr, ob nun mit der Bahn oder im Personenkraftverkehr, angebunden ist (Briel 2011, S. 128–130; Tillmann 2011, S. 273f.). Im Rahmen der aktuellen Klimadebatte wächst indes auch die Kritik am regen Hafенbetrieb und werden Forderungen nach seiner Begrenzung und Umstellung auf klimaneutrale Antriebstechniken lauter.

Auch nach der Zeit des Wiederaufbaus gab es größere städtebauliche Akzente, die das Aussehen Kiels gründlich wandelten, was wiederum die starke Bewegung in der Bevölkerungs- und Architekturgeschichte Kiels gut widerspiegelt: Zu erwähnen sind neben der großzügigen Anlage des neuen Stadtteils Mettenhof in der Mitte der 1960er Jahre (Rothert 2011, S. 238f.; Pez 1992, S. 377–380) ab 1968 die umfänglichen Baumaßnahmen im Umfeld der Olympischen Segelwettkämpfe von 1972 (Rosenplänter 2011e, S. 271f.) oder als zeitgenössische Maßnahme zur Stadtsanierung der gläserne Neubau der Einkaufspassage Sophienhof im Jahr 1988 (Winkelmann 2011, S. 342f.; Büttner 1992, S. 340–342; Nuth 2008, S. 153–208). Diesem waren zu Anfang der 1980er Jahre Proteste und die Besetzung der hier zuvor vorhandenen Altbauten, teils 1906 im Jugendstil errichtet, durch ca. 50 Studierende, Schüler/-innen und Auszubildende der »Initiative Schöner Wohnen« vorausgegangen. 1982 hatten Denkmalpfleger und Kunsthistoriker in einer Resolution gefordert, in Kiel auch der Vergangenheit eine Zukunft zu geben. Dennoch wurden im Juli 1983 die letzten alten Häuser im Bereich zwischen Sophienblatt, Sophieneck und altem Sophienhof unter großem Polizeiaufgebot abgerissen. In jüngster Zeit wurden die Umgestaltung des Bereichs zwischen Hauptbahnhof und Kaistraße mit der Anlage eines neuen Parkhauses auf einem ebenfalls neu hergestellten Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB), der Abriss des ehemaligen Karstadtareals in der Altstadt und seine vollständige Neubebauung, die Errichtung mehrerer moderner Wohnhäuser im Areal Alte Feuerwache, die Umgestaltung des Schlossquartiers einschließlich Überbauung der Eggerstedtstraße mit neuen Wohn- und Geschäftshäusern sowie die vollständige

Neubebauung der Kaufhausflächen entlang der Andreas-Gayk-Straße bis zum Berliner Platz in Angriff genommen bzw. bereits realisiert, sodass man die Kieler Altstadt und ihr südliches Vorfeld in Teilen kaum wieder erkennen kann. Und Kiels Antlitz bleibt weiter in Bewegung, wenn man bedenkt, dass man gerade an der Wiederherstellung einer direkten Wasserverbindung zwischen Bootshafen und dem Kleinen Kiel in Form eines Kleinen-Kiel-Kanals, auch Holsten-Fleet, arbeitet. Der Kanal soll die von vielen als gesichtslos oder austauschbar verschriene Innenstadt ästhetisch aufwerten und für Einkaufskunden und Touristen ansprechender machen.

Erst in den 1960er Jahren, als nahezu Vollbeschäftigung herrschte, wurde mit 273 000 Einwohner/-innen der Vorkriegsstand wieder erreicht. Doch ging im Zuge der nachgehenden Öl- und Wirtschaftskrise die Einwohnerzahl zwischen 1965 und 1979 erneut um rund ein Zehntel zurück und betrug zum Ende der 1980er Jahre rund 243 000, 1987 237 000 Menschen (Grieser 1991, S. 406f.). 2006 zählte Kiel gar nur 235 366 Einwohner/-innen. Der Verlust ist auf eine massive Abwanderung von Facharbeitern im Zuge der Reorganisation des Wertsektors zurückzuführen. Ebenso trugen ein langanhaltender Geburtenunterschuss und – seit Beginn der 1960er Jahre – weiter starke Abwanderungsverluste von jährlich über 1 000 Personen ins Kieler Umland zu dieser Entwicklung bei. Letztere arbeiteten vielfach weiterhin in Kiel, was im Gegenzug die Zahl der Pendler enorm ansteigen ließ. Anfang der 1970er Jahre pendelten schon täglich rund 30 000 Menschen nach Kiel ein oder aus Kiel ins Umland hinaus. Um den dadurch verursachten immer stärkeren Verkehrsstrom zu bändigen, war man in den 1970er Jahren zum Bau einer Stadtautobahn im Verlauf der B76 gezwungen, der wiederum manche alte Bausubstanz weichen musste. Heutzutage sind es über 48 000 Ein- und Auspendler/-innen täglich, die den Verkehrsweg am unmittelbaren Stadtkern vorbei ins Kieler Umland nutzen – mit den damit verbundenen Folgen für die Verkehrssituation in und um Kiel: »Kurz vor dem Infarkt« lautete folgerichtig eine Schlagzeile in den »Kieler Nachrichten« am 6. März 2017, um darauf hinzuweisen, dass die Stadtautobahn für die tausenden Autos, die täglich darauf fahren, schon wieder viel zu eng geworden ist. Die aktuellen Debatten und Demonstrationen wegen der schlechten Luftwerte im direkten Umfeld der Stadtautobahn und die anhaltend hohe Feinstaubbelastung haben das Kieler Verkehrsproblem bundesweit bekannt gemacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt Kiels Migrationsgeschichte durch den Zuzug sogenannter Gastarbeiter einen neuen Akzent (Wiebe 1992, S. 263–265; Liebler 2018). Anfänglich handelte es sich noch um vernachlässigbare Dimensionen. So lebten in Kiel 1970 nur 1 715 Gastarbeiter mit Familien; davon stammte rund die Hälfte aus der Türkei. 1989 zählte man schon 15 354 Einwohner/-innen ohne deutschen Pass, wiederum zur Hälfte türkischer Abstammung. Im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten rangierte Kiel mit einem Anteil ausländischer Stadtbewohner/-innen von nur 5,5 Prozent (Stand 1987) aber lediglich an vorletzter Stelle. Das mag auch daran gelegen haben, dass Kiel relativ weit von den Heimatländern der Betroffenen entfernt war und dass dieselben zunächst erst einmal näherliegende Ziele in Deutschland ansteuerten. Ende der 1980er Jahre

waren aus diesen internationalen Gästen dann freilich längst dauerhaft in der Stadt lebende Mitbürger/-innen geworden, die ihre eigene Lebensart und Kultur nach Kiel mitbrachten und hier heimisch werden ließen. Hatte es in Kiel 1979 nur zehn Lebensmittelhändler, drei Gaststätten, einen Änderungsschneider sowie einen Autohändler gegeben, deren Betreiber türkischer Abkunft waren, so verfügte die Stadt 1987 bereits über 87 türkische Betriebe: 32,7 Prozent davon handelten mit Lebensmitteln, 27,6 Prozent verdienten ihr Geld als Änderungsschneidereien, 26,4 Prozent waren Gaststätten. Diese Betriebe dienten den eigenen Landsleuten als wichtige Kommunikationsstätten, stellten sich allmählich aber auch auf ein deutsches Publikum ein, das dieses zusätzliche Angebot vielfach dankbar annahm. Zu neuen Kommunikationsräumen für die glaubensmäßig mehrheitlich im Islam verankerten Einwohner entwickelten sich ab 1979 mehrere Moscheen im Stadtgebiet. Heute sind es acht an der Zahl.

Knapp 9 Prozent aller Einwohner/-innen Kiels mit allmählich steigender Tendenz besaßen im Jahr 2006 eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft (Statistischer Bericht Kiel Nr. 190, S. 10). Die stärkste Gruppe machten mit 6 425 Menschen immer noch Türken und Türkinnen aus, gefolgt von 1 720 Polen/-innen, 973 Irakern/-innen und 951 Russen/-innen (Statistischer Bericht Kiel Nr. 190, S. 34). Auch Menschen aus der Ukraine, Serbien, Kroatien, China, dem Iran, Italien, Thailand, Großbritannien, Österreich usw. wurden erfasst, allerdings in weit niedrigerer Zahl. Diese verteilten sich nicht gleichmäßig auf das Stadtgebiet. Spitzenreiter beim Einwohneranteil ohne deutsche Staatsbürgerschaft waren und sind nach wie vor Gaarden-Ost mit einem Anteil von 25,1 Prozent, Friedrichsort mit 19,6 Prozent und die Altstadt mit 19,2 Prozent an der Einwohnergesamtzahl. In Rönne betrug der Anteil stattdessen lediglich verschwindend niedrige 1,7 Prozent (Statistischer Bericht Kiel Nr. 190, S. 33).

Während die deutsche Bevölkerung Kiels anteilig nach wie vor abnimmt, verstärkte sich in jüngster Zeit der Zustrom aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Seit 2011 nahm der Ausländeranteil von 7,9 Prozent auf 12,1 Prozent zu (Statistischer Bericht Kiel Nr. 257, S. 48). Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Einwohnerschaft stieg von 18,9 auf 22 Prozent. Dafür sind vor allem die gegenwärtig krisenhaften Zustände im Nahen Osten und Afrika sowie die Öffnung der Grenzen zum Osten der EU als Gründe zu nennen. Dies führte dazu, dass nach den gut 4 500 ausländischen Einwohnern/-innen türkischer Herkunft mittlerweile gebürtige Syrer und Syrerinnen mit 3 750 Menschen die zweitstärkste Gruppe in Kiel bilden. Auch die Zahl der in Kiel lebenden Iraker und Irakerinnen nahm deutlich auf rund 2 000 zu. Nennenswert war 2016 auch der Zuzug aus Bulgarien und Rumänien (Statistischer Bericht Kiel Nr. 251, S. 71). Kiel bildet damit im Vergleich zum restlichen Deutschland keine Ausnahme, sondern die Regel. Der leichte Rückgang der deutschen Bevölkerung ist weiterhin auf ein Geburten- und ein Migrationsdefizit zurückzuführen. Als Hauptgründe für die Abwanderung der deutschen Bevölkerung nennen die Statistiker den angespannten Wohnungsmarkt mit stark steigenden Mieten und den Wunsch nach mehr Ruhe und weniger Stress außerhalb der Stadt.

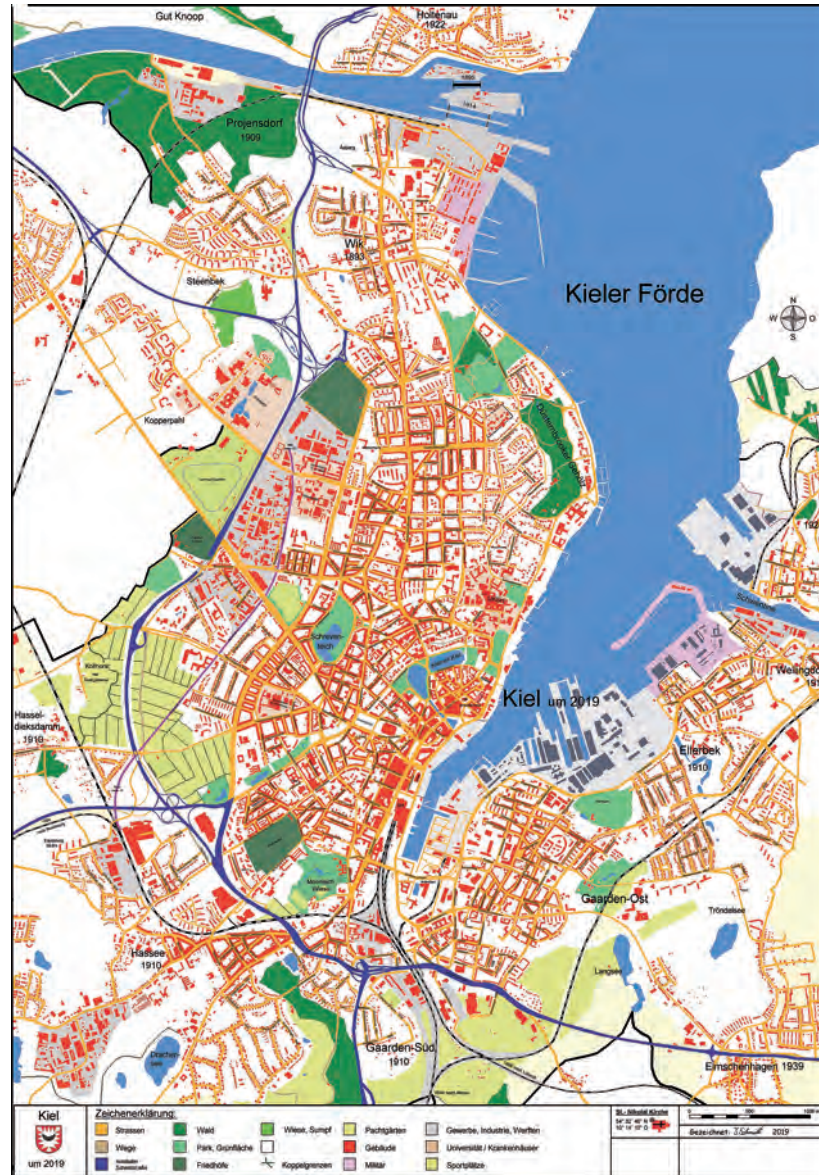


Abb. 9: Kiel heute (2019)
© Joachim Schmidt, Kiel 2019

Worüber aber die Politik teilweise immer noch diskutiert, das ist in Kiel damit längst Wirklichkeit: Es ist nicht jüngst erst zum Einwanderungsziel geworden, sondern gewissermaßen schon immer eines gewesen. Und Kiels bewegte Migrationsgeschichte geht mit Sicherheit bunt und lebhaft wie eh und je weiter. Kiel bleibt damit auch in Zukunft in Bewegung, wie es das schon mehr als 775 Jahre lang getan hat.

Zusammenfassung

Kiel ist seit seiner Gründung im Mittelalter eine Stadt in Bewegung. Bei genauerer Betrachtung seiner Bevölkerungsgeschichte kann man feststellen, dass eine beträchtliche Anzahl von Menschen nach ihrer Ankunft nur für einen sehr kurzen Zeitraum in der Stadt lebte.

Räumliche und soziale Mobilität hat Kiel geprägt und sein Stadtbild auf enorme und nachhaltige Weise verändert. Die Stadt Kiel entwickelte sich zeitweise so rasch und unkontrolliert, dass ihr Bevölkerungswachstum an typisch amerikanische Verhältnisse oder an Fallstudien der sogenannten Dritten Welt erinnert.

Dieser Artikel beleuchtet die Migrationsprozesse vom Mittelalter bis zu unserer Zeit und endet mit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015. Darüber hinaus werden einerseits die »*glokalen*« Aspekte aufgezeigt, die dieser Entwicklung im Lauf der Zeit einen deutlichen Schub verliehen haben. Andererseits wird herausgearbeitet, was die Entwicklung behinderte. Schließlich werden die Konsequenzen dieser besonderen Kieler Stadtgeschichte mit ihren vielen Veränderungen vor Augen geführt: In weiten Bereichen ist hier eine gesichtslose Stadtlandschaft entstanden, welche die Phänomene anonymisierter Großstädte der Gegenwart bereits antizipiert hat.

Summary

A town in motion

About the history of migration of Kiel from the Middle Ages until today

Since its foundation in the Middle Ages, Kiel has always been a city in motion. Having a closer look at its population you can notice a significant number of people living in the city for only a very short period of time after their initial arrival.

In relation to these phenomena, the spatial and social mobility has shaped the countenance of Kiel and changed its city scape in a tremendous and sustainable way. Temporarily, the city of Kiel developed itself in such a fluid and unsupervised manner, that its unrestricted population growth reminds us to the so called "*typical American situation*" or to case studies of the third world.

This article throws some light on the migration processes, considering their starting point in the middle ages to our time – ending up in the so-called refugee crisis of 2015. In addition to that, it shows the "*glocal*" aspects on the one hand, which have given this development its significant boost over time. On the other hand, it shows what hindered the development. Finally, it states the consequences of the city's history that has been gone through a lot of changes throughout its own history: In large areas a faceless city scape was emerged, which has already anticipated the phenomena of anonymised large cities of recent years.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Auge, Oliver [Hrsg.] (2015):* Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt. – Kiel u. Hamburg.
- Auge, Oliver (2016):* Christian Albrecht. Herzog – Stifter – Mensch. – Kiel u. Hamburg (Wissen im Norden).
- Auge, Oliver (2017):* Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie. – Kiel u. Hamburg (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Nr. 86).
- Auge, Oliver u. Tillmann, Doris [Hrsg.] (2017):* Kiel und die Marine 1865–2015. 150 Jahre gemeinsame Geschichte. – Kiel.
- Auge, Oliver (2018):* Kiel. – In: Seggern, Harm von [Hrsg.]: Residenzstädte im Alten Reich (1300–1800), Abteilung I: Analytisches Verzeichnis der Residenzstädte, Teil I: Nordosten. – Ostfildern (Residenzenforschung Neue Folge: Stadt und Hof).
- Briel, Jutta (2011):* Hafen. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 128–130.
- Büttner, Frank (1992):* Der neue Sophienhof: Ein Paradies für Fußgänger. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 340–342.
- Danker, Uwe; Kellmann, Klaus u. Schwabe, Astrid (2014):* Flucht und Vertreibung / Zusammenleben. – In: Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde. Husum.
- Dehn, Christian (1994):* Schleswig-Holstein – Flüchtlingsland Nr. 1. – In: Schleswig-Holstein eine Landesgeschichte. Neumünster, S. 296f.
- Duppel, Dietrich u. Krieger, Martin (2020):* Nord-Ostsee-Kanal. Biografie einer Wasserstraße. – Kiel u. Hamburg.
- Erlenbusch, Timo (2011a):* Luftkrieg. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 220f.
- Erlenbusch, Timo (2011b):* Jensen, Herbert Friedrich. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 160f.
- Freche, Julian (2014):* Die Eingemeindungen in die Stadt Kiel (1869–1970). Gründe, Probleme und Kontroversen. – Frankfurt a.M. (Kieler Werkstücke. Reihe A, Nr. 38).
- Goldberg, Bettina (2011a):* Abseits der Metropolen: die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein. – Neumünster (Quellen und Studien zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins, Nr. 3).
- Goldberg, Bettina (2011b):* Juden. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 162–164.
- Grieser, Helmut (1991):* Wiederaufstieg aus den Trümmern (1945 bis in die Gegenwart). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 401–456.
- Grieser, Helmut (1992):* Die Andreas-Gayk-Straße: Zu Ehren eines großen Bürgermeisters der Nachkriegszeit. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 323–327.
- Jensen, Jürgen [Hrsg.] (1976):* Asmus Bremers ordentliche und wahrhaftige Beschreibung der Geschichte von Vielerley Gewalt, Mord, Übelthaten und Unglücksfällen, welche sich in der Stadt Kiel und daherum von Anno 1432 biß Anno 1717 begeben haben. Eine Auswahl aus dem Chronicon Kiliense tragicum-curiosum. – Neumünster (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 4).

- Jensen, Jürgen (1991):* Der Kieler Umschlag. – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 59–64.
- Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.] (1991):* Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. – Neumünster.
- Jordan, Karl (1965):* Christian-Albrechts-Universität Kiel: 1665–1965. – Neumünster. Kieler Zeitungsverlag [Hrsg.]: Kieler Nachrichten, diverse Ausgaben.
- Krüger, Kersten u. Künne, Andreas (1991):* Kiel im Gottorfer Staat (1544 bis 1773). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 65–126.
- Landgraf, Henning (1959):* Bevölkerung und Wirtschaft Kiels im 15. Jahrhundert. – Neumünster (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Nr. 39).
- Lange, Ulrich (1991):* Vom Ancien Régime zur frühen Moderne (1773 bis 1867). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 137–206.
- Larsson, Lars (1992):* Die ›Klagemauer‹ Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 260–262.
- Liebler, Karoline (2018):* Arbeit für und mit Migrant_innen im Kiel der 1970er bis 1990er Jahre. Unveröffentlichte Masterarbeit. – Kiel.
- Nuth, Anna (2008):* Die Kontroverse um den Abriss des alten Sophienhofs um 1890: Stadtplaner, Politiker und Investoren, Hausbesetzer, Denkmalpfleger und die Medien. – In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 84,4, S. 153–208.
- Paravicini, Werner (1992):* Die Flämische Straße: Mittelalterliche West-Ost-Beziehungen in einem alten Namen. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 26–29.
- Peters, Gwendolyn (2017):* Kriminalität und Strafrecht in Kiel im ausgehenden Mittelalter. Das Varbuch als Quelle zur Rechts- und Sozialgeschichte. – Frankfurt a.M. (Kieler Werkstücke, Reihe A, Nr. 45; Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Nr. 82).
- Pez, Peter (1992):* Mettenhof: Leben in einer Großwohnsiedlung. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 377–380.
- Port of Kiel (2019): Umschlagsübersicht des Kieler Hafens im Jahr 2019 (<https://www.portofkiel.com/statistik.html> [letzter Zugriff: 11.02.2020]).
- Riegler, Claudius (1985):* Emigration und Arbeitswanderung aus Schweden nach Norddeutschland 1868–1914. – Neumünster (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holstein, Nr. 8).
- Rosenplänter, Johannes (2011a):* Bevölkerungsentwicklung. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 37–39.
- Rosenplänter, Johannes (2011b):* Klagemauer. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 190–192.
- Rosenplänter, Johannes (2011c):* Straßenbahn. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 366f.

- Rosenplänter, Johannes (2011d)*: Flughafen Kiel-Holtenu. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 99.
- Rosenplänter, Johannes (2011e)*: Olympische Segelwettbewerbe. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 270–272.
- Rothert, Hans-Friedrich (2011)*: Mettenhof. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 238f.
- Salewski, Michael (1991)*: Kiel und die Marine. – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 272–286.
- Sieck, Annerose (2005)*: Kiel. Eine kleine Stadtgeschichte. – Erfurt.
- Sievers, Kai (1989)*: Vaganten und Bettler auf Schleswig-Holsteins Straßen. – In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 114, S. 51–72.
- Statistischer Bericht Kiel Nr. 190. Kieler Zahlen 2006, hrsg. v. Landeshauptstadt Kiel, Amt für zentrale Informationsverarbeitung, Abteilung Statistik, Kiel 2007 (https://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/statistik_kieler_zahlen/_statistische_jahrbuecher/Statistischer_Bericht_Nr._190_-_Kieler_Zahlen_2006.pdf [letzter Zugriff: 11.02.2020]).
- Statistischer Bericht Kiel Nr. 251. Kieler Zahlen 2016, hrsg. v. Landeshauptstadt Kiel, Bürger- und Ordnungsamt, Amt für Statistik, Kiel 2017 (https://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/statistik_kieler_zahlen/_statistische_jahrbuecher/Statistischer_Bericht_Nr._251_-_Kieler_Zahlen_2016.pdf [letzter Zugriff: 11.02.2020]).
- Statistischer Bericht Kiel Nr. 257. Kieler Zahlen 2017, hrsg. v. Landeshauptstadt Kiel, Bürger- und Ordnungsamt, Amt für Statistik, Kiel 2018 (https://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/statistik_kieler_zahlen/_statistische_jahrbuecher/Statistischer_Bericht_Nr._257_-_Kieler_Zahlen_2017.pdf [letzter Zugriff: 11.02.2020]).
- Stoy, Vera (2003)*: Kiel auf dem Weg zur Großstadt: Die städtebauliche Entwicklung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. – Kiel (Bau + Kunst: Schleswig-holsteinische Schriften zur Kunstgeschichte, Nr. 6; Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Nr. 43).
- Tillmann, Doris (2011)*: Oslokai. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 273f.
- Troitzsch, Ulrich (1995)*: Die Baugeschichte des Kaiser-Wilhelms-Kanals 1887–1945. – In: Lagoni, Rainer; St. Seidenfus, Hellmuth u. Teuteberg, Hans-Jürgen [Hrsg.]: Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995. Festschrift. Neumünster, S. 111–161.
- Walther, Helmut (1991)*: Von der Holstenstadt der Schauenburger zur Landesstadt des holsteinischen Adels (1242 bis 1544). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 13–58.
- Wenzel, Rüdiger (1978)*: Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914. – Kiel (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Nr. 7).
- Wiebe, Dietrich (1992)*: Auf dem Wege zur Integration: Türkische Gewerbebetriebe in Kiel. – In: Paravicini, Werner [Hrsg.]: Begegnungen mit Kiel: Gabe der Christian-Albrechts-Universität zur 750-Jahr-Feier der Stadt. Neumünster, S. 263–265.
- Winkelmann, Thomas (2011)*: Sophienhof. – In: Tillmann, Doris u. Rosenplänter, Johannes [Hrsg.]: Kiel Lexikon. Neumünster, S. 342f.
- Wulf, Peter (1991a)*: Kiel wird Großstadt (1867 bis 1918). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-

Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 207–271.

Wulf, Peter (1991b): Die Stadt auf der Suche nach ihrer neuen Bestimmung (1918 bis 1933). – In: Jensen, Jürgen u. Wulf, Peter [Hrsg.]: Geschichte der Stadt Kiel. Kiel, 1242–1992, 750 Jahre Stadt: Jubiläums-Veröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte in Verbindung mit der Landeshauptstadt Kiel. Neumünster, S. 303–358.

Anschriften der Autoren, Herausgeber und Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises

Autoren und Herausgeber

Prof. Dr. Oliver Auge: Historisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Olshausenstraße 40, D-24098 Kiel. E-Mail: oauge@email.uni-kiel.de

Drs. Peter Burggraaff: Am Mühlenberg 6, D-53539 Kelberg. E-Mail: peter.burggraaff@t-online.de

Prof. Dr. Timo Felber: Germanistisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Leibnizstraße 8, D-24118 Kiel. E-Mail: felber@germsem.uni-kiel.de

Prof. Dr. Ellinor Forster: Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck – Innrain 52, A-6020 Innsbruck. E-Mail: ellinor.forster@uibk.ac.at

David Fuchs, M.Sc.: Wirtschaftsgeographie der Universität Tübingen – Rümelinstraße 19–23, D-72070 Tübingen. E-Mail: david.fuchs@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Martin Krieger: Historisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Leibnizstraße 8, D-24118 Kiel. E-Mail: krieger@email.uni-kiel.de

Prof. Dr. Jürgen Heyde: Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) Specks Hof (Eingang A) – Reichsstraße 4–6, 04109 Leipzig. E-Mail: juergen.heyde@leibniz-gwzo.de

Dr. Daniel Knitter: Physische Geographie, Geographisches Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Ludewig-Meyn-Straße 14, D-24098 Kiel. E-Mail: knitter@geographie.uni-kiel.de

Jan Peter Kosok, M.A.: Wirtschaftsgeographie der Universität Tübingen – Rümelinstraße 19–23, D-72070 Tübingen. E-Mail: jan.kosok@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Thomas Meier: Institut für Ur- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg – Sandgasse 7, D-69117 Heidelberg. E-Mail: thomas.meier@zaw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Ulrich Müller: Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel – Johanna-Mestorf-Straße 2–6, D-24118 Kiel. E-Mail: umueller@ufg.uni-kiel.de

Priv.-Doz. Dr. Oliver Nakoinz: Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Johanna-Mestorf-Straße 2–6, D-24118 Kiel. E-Mail: oliver.nakoinz@ufg.uni-kiel.de

Patrick Reitinger, M.A.: Historische Geographie Geographisches Institut, Universität Bamberg – Am Kranen 12, D-96049 Bamberg. E-Mail: patrick.reitinger@uni-bamberg.de

Dr. Thomas Schader: Forschungszentrum Gotha der Universität Erfurt (FZG) – Schloßberg 2, D-99867 Gotha. E-Mail: thomas.schader@uni-erfurt.de

Dr. David Schnur: Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd – Augustinerstraße 3, D-73525 Schwäbisch Gmünd. E-Mail: david.schnur@schwaebisch-gmuend.de

Dr. Alina Strzempa: Institut für Slavistik der Universität Münster – Bispinghof 3, D-48143 Münster. E-Mail: alina.strzempa@uni-muenster.de

Prof. Dr. Rolf Peter Tanner: Institut Sekundarstufe I und II der Pädagogischen Hochschule Bern – Fabrikstraße 2E, CH-3012 Bern. E-Mail: rolf.tanner@phbern.ch

Dr. Markus Zbroschzyk: In der Aue 2b, D-53757 Sankt Augustin. E-Mail: markzyk@googlemail.com

Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises

Dr. Rudolf Bergmann: Westfälisches Museum für Archäologie – Landesmuseum und Amt für Bodendenkmalpflege, Mittelalter und Neuzeitarchäologie – An den Speichern 7, D-48157 Münster. E-Mail: rudolf.bergmann@lwl.org

Prof. Dr. Vera Denzer: Institut für Geographie, Universität Leipzig – Johannisallee 19a, D-04103 Leipzig. E-Mail: denzer@rz.uni-leipzig.de

Prof. Dr. Andreas Dix: Professur für Historische Geographie, Geographisches Institut, Universität Bamberg – Am Kranen 12, D-96049 Bamberg. E-Mail: andreas.dix@uni-bamberg.de

Prof. Dr. Matthias Hardt: Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) e.V. an der Universität Leipzig – Specks Hof (Eingang A) Reichsstraße 4–6, D-04109 Leipzig. E-Mail: matthias.hardt@leibniz-gwzo.de

PD Dr. Orsolya Heinrich-Tamáska: Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) e.V. an der Universität Leipzig – Specks Hof (Eingang A) Reichsstraße 4–6, D-04109 Leipzig. E-Mail: orsolya.heinrich-tamaska@leibniz-gwzo.de

Prof. Dr. Thomas Meier: Institut für Ur- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg – Sandgasse 7, D-69117 Heidelberg. E-Mail: thomas.meier@zaw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Haik Thomas Porada: Abt. Kartographie und visuelle Kommunikation, Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. – Schongauerstraße 9, D-04328 Leipzig. E-Mail: H_Porada@ifl-leipzig.de

Prof. Dr. Johannes Renes: Departement Sociale Geografie en Planologie, Universität Utrecht – Heidelberglaan 2, NL-3584 CS Utrecht. E-Mail: j.renes@geo.uu.nl

Prof. Dr. Peter Rückert: Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart – Konrad-Adenauer-Straße 4, D-70173 Stuttgart. E-Mail: peter.rueckert@la-bw.de

Prof. Dr. Winfried Schenk: Geographisches Institut der Universität Bonn, Historische Geographie – Meckenheimer Allee 166, D-53115. E-Mail: winfried.schenk@giub.uni-bonn.de

Prof. Dr. Rolf Peter Tanner: Institut Sekundarstufe I und II der Pädagogischen Hochschule Bern – Fabrikstraße 2E, CH-3012 Bern. E-Mail: rolf.tanner@phbern.ch

Umschlagabbildung:

Janine Cordts, Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Contents

Exclusion|Inclusion – Transculturality in space

Timo Felber

Welcome address by the dean of the faculty of philosophy
of the Christian-Albrechts-University in Kiel 9

Ulrich Müller und Thomas Meier

Inclusion|Exclusion – Transculturality in space
An introduction 13
With 6 figures
Summary

Oliver Nakoinz and Daniel Knitter

Models of transculturality 43
With 10 figures
Summary

David Schnur

From a quarter to an alleyway
The Late Medieval Jewish quarter in Frankfurt am Main,
Reflecting inclusion and exclusion 63
With 2 figures
Summary

Jürgen Heyde

Arranging areas
Armenian and civic in late medieval Lviv 87
With 1 figure
Summary

Thomas Schader

Missionaries on the threshold
The everyday life of German-speaking Jesuits in the Andalusian
Hospicios de Indias, 1660–1760 101
With 3 figures and 1 table
Summary

Martin Krieger

- The colonisation of heath and moor in Jutland
(mid-eighteenth century) 119
With 1 figure
Summary

Ellinor Forster

- Obstacles for transculturality?
Structuring the new Silesian border area by processes of inclusion
and exclusion, 1742–1770 129
With 2 figures
Summary

Markus Zbroschzyk

- Transcultural areas in early modern times
Rural colonisation policy of the Prussian sovereigns 145
With 3 figures
Summary

Patrick Reitingger

- Transcultural space constructor
The German Social Democratic Workers' Party in the
Czechoslovak Republic. 187
Summary

Rolf Peter Tanner

- Transculturality in the Romanic-German-Italian diffusion area
between Gotthard and Dolomite Alps from the early middle ages
until today 201
With 16 figures
Summary

David Fuchs and Jan Peter Kosok

- Tangible cultural heritage on the Curonian Spit
Migration, interpretation and transformation 225
With 5 figures und 1 table
Summary

Alina Strzempa

- Community, space, discourses and cultural artefacts
The Upper Silesian 'othernesses' in the Polish national context.
Inclusion, exclusion and the transcultural communication 245
With 6 figures
Summary

Oliver Auge

A town in motion

About the history of migration of Kiel from the Middle Ages

until today..... 269

With 9 figures

Summary

Addresses of authors, editors and board members

of the working group 291

Contents..... 295

Schwerpunktthemen der bisher erschienenen Bände der Zeitschrift
Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie

Schwerpunktthemen der Siedlungsforschung

Band 1, 1983, S. 15–166

STADTRANDPHÄNOMENE

Mit Beiträgen von: Busso von der Dollen, Burkhard Hofmeister, Winfried Schich,
Felix Escher, Wolfgang Hofmann, Eberhard Bohm, Franz Irsigler, Henriette
Meynen.

Band 2, 1984, S. 7–185

MITTELALTERLICHE UND FRÜHNEUZEITLICHE SIEDLUNGSENTWICKLUNG
IN MOOR- UND MARSCHENGEBIETEN

Mit Beiträgen von: Michael Müller-Wille, Hans-Jürgen Nitz, Hendrik van der
Linden, Guus J. Borger, Ekkehard Wassermann, Klaus Brandt, Rosemarie
Krämer, Dietrich Hoffmann, Hans Joachim Kühn und Bodo Higelke.

Band 3, 1985, S. 7–85

METHODISCHE UND KONZEPTIONELLE WEITERENTWICKLUNGEN IN DER HISTORISCH-
GEOGRAPHISCHEN SIEDLUNGS- UND KULTURLANDSCHAFTSFORSCHUNG

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Dietrich Denecke, Helmut Hildebrandt und Neek
Maqsud, Hans-Jürgen Nitz.

Band 4, 1986, S. 9–184

VERKEHRSWEGE UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE KULTURLANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Karlheinz Willroth, Birgitta Hardh, Svend Gissel, Franz
Irsigler, Karel A.H.W. Leenders, Ulrich Troitzsch, Frank Norbert Nagel, Gerhard
Oberbeck.

Band 5, 1987, S. 9–204

STÄDTISCHES WOHNEN

Mit Beiträgen von: Wilfried Krings, Günter P. Fehring, Miroslav Richter und
Zdenek Smetánka, Pavel J. Michna und Vladimír Nekuda, Herbert Knittler,
Jürgen Ellermeyer, Josef Ehmer, Renate Banik-Schweitzer.

Band 6, 1988, S. 9–214

FRÜHE UMWELTEN

Mit Beiträgen von: Helmut Jäger, Walter Janssen, Jens Lüning und Arie J. Kalis,
Karl-Ernst Behre, Helmut Bender, Ulf Dirlmeier, Christian Pfister, Jürgen Hagel,
Engelbert Schramm, Achim Rost, Reinhard Mook und Helge Salvesen, Günter
Bayerl, Hubert Mücke.

Band 7, 1989, S. 9–216

SIEDLUNGS- UND KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG AM UNTERLAUF GROSSER STRÖME AM BEISPIEL DES RHEIN-MAAS-DELTAS

Mit Beiträgen von: Guus J. Borger, J.H.F. Bloemers, W.J.H. Willems, H. A. Heidinga, Peter Henderikx, Herbert Sarfatij, Adriaan Verhulst, Jan Bieleman, J.D.H. Harten, Jelier A. J. Vervloet, Johannes Renes und Gerard P. van der Ven.

Band 8, 1990, S. 9–206

SIEDLUNGSPROZESSE AN DER HÖHENGRENZE DER ÖKUMENE. AM BEISPIEL DER ALPEN

Mit Beiträgen von: Klaus Aerni, Hans-Rudolf Egli, René Wyss, Jürg Rageth, Paul Gleirscher, Werner Kreisel, Werner Meyer, Werner Bätzing, Hans Becker, Susanne Pacher.

Band 9, 1991, S. 9–227

DER EINFLUSS POLITISCHER GRENZEN AUF DIE SIEDLUNGS- UND KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von: Franz Irsigler, Hermann Parzinger, Helmut Bender, Vladimír Nekuda, Armin Ratusny, Hans-Jürgen Nitz, Winfried Schich, Ludwig Schober, Johann-Bernhard Haversath, Klaus Fehn.

Band 10, 1992, S. 9–210

DIE BESIEDLUNG DER HÖHEREN MITTELGEBIRGE

Mit Beiträgen von: Dietrich Denecke, Wolf-Dieter Sick, Uwe Kühl, Jörg Stadelbauer, Rainer Graafen, Heiko Steuer, Eike Gringmuth-Dallmer, Gerhard Billig und Volkmar Geupel, Wolfgang Schwabenicky.

Band 11, 1993, S. 9–291

ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG KLEINERER STÄDTE

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Hans Losert, Hans-Georg Stephan, Gabriele Isenberg, Miroslav Richter und Tomáš Velímský, Lieselott Enders, Michel Pauly, Ronald Flückiger-Seiler, Ernst Pleßl, Martina Stercken, Gerhard Henkel, Alois Mayr.

Band 12, 1994, S. 9–233

WÜSTUNGSPROZESSE – WÜSTUNGSPERIODEN – WÜSTUNGRÄUME

Mit Beiträgen von: Dietrich Denecke, Rudolf Bergmann, Manfred Balzer, Günter Mangelsdorf, Vladimír Nekuda, Rostislav Nekuda, Ervín Černý, Alojz Habovštiak, Hans Krawarik, Peter Rückert, Peter Čede, Johannes Renes.

Band 13, 1995, S. 9–249

BRÜCHE IN DER KULTURLANDSCHAFTSENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Nitz, Georg Kossack, Walter Janssen, Karlheinz Blaschke, Felix Escher, Frank Hering, Dieter Scholz, Heinz Günter Steinberg,

Thomas Wölker, Luise Grundmann, Heinz Schürmann, Horst Förster, Jörg Stadelbauer.

Band 14, 1996, S. 7–313

KULTURLANDSCHAFTSMUSTER UND SIEDLUNGSSYSTEME

Mit Beiträgen von: Eike Gringmuth-Dallmer, Günter Löffler, Harm Tjalling Waterbolk, Theo Spek, Wim A. Ligtendag, Johannes A. Mol und Paul Noomen, Johannes Ey, Dirk Meier, Hans-Rudolf Egli, Carl-Hans Hauptmeyer.

Band 15, 1997, S. 9–220

MARITIME KULTURLANDSCHAFTEN AM BEISPIEL DES OSTSEERAUMES

Mit Beiträgen von: Michael Müller-Wille, Christer Westerdahl, Winfried Schich, Andreas Dix, Achim Leube, Axel Priebes, Rolf Plöger, Bruno Benthien, Susanne Schumacher-Gorny, Gerd Hoffmann, Walter Dörfler, Michael Müller-Wille und Jörn Thiede.

Band 16, 1998, S. 9–362

BERGBAU- UND INDUSTRIELANDSCHAFTEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG VON STEINKOHLENBERGBAU UND EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Wolfgang Wegener, Hans-Werner Wehling, Rolf Plöger, Johannes Biecker und Heinrich Otten, Michael Hartenstein, Horst Kranz, Jörg Wiesemann, Johannes Renes, Georg Römhild, Günther Hein, Christoph Willms.

Band 17, 1999, S. 9–318

DÖRFER IN VORINDUSTRIELLEN ALTSIEDELLANDSCHAFTEN

Mit Beiträgen von: Werner Rösener, Johann-Bernhard Haversath, Mathias Austermann, Norbert Gebauer, Udo Recker, Birgitta Vits, Ulrich Reuling, Reinhard Bauer, Jürg Tauber, Friedrich Eigler, Hans Krawarik, Armin Ratusny, Eike Gringmuth-Dallmer, Matthias Hardt, Hans-Jürgen Nitz.

Band 18, 2000, S. 9–261

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER GENETISCHEN SIEDLUNGSFORSCHUNG IN MITTELEUROPA

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Winfried Schenk, Peter Rückert, Klaus-Dieter Kleefeld, Hermann Parzinger, Perdita Pohle, Dirk Meier, Karl Martin Born, Matthias Koch, Günther Moosbauer, Hansjörg Küster, Renate Gerlach, Bernhard Selter, Gabriele Recker, Ulrich Stanjek, Oliver Karnau, Josef Mangold, Franz Maier, Helmut Flachenecker, Jürgen Vollbrecht, Heinrich Otten. Die Beiträge von Dietrich Denecke und Rudolf Bergmann finden sich in Band 19, 2001.

Band 19, 2001, S. 9–270

WALD UND SIEDLUNG

Mit Beiträgen von: Winfried Schenk, Günter Moosbauer (mit einem Beitrag von Matthias Leopold und Jörg Völkel), Chrystina Häuber, Hansjörg Küster, Christoph Morissey, Peter Rückert, Bernd-Stefan Grewe, Aline Kottmann und Reinhold Schaal, Bernward Selter, Anton Schuler, Richard Pott und Holger Freund, Franz Schmithüsen, Per Grau Møller.

Band 20, 2002, S. 9–237

RELIGION UND KULTURLANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Winfried Schenk, Leszek Paweł Stupecki, Jerzy Strzelczyk, Izabela Skierska, Ralf Gebuhr, Winfried Schich, Rudolf Bergmann, Jerzy Piekalski, Krzysztof R. Mazurski, Peter Čede, Oliver Karnau, Zoltán Ilyés, Klaus Fehn, Dietrich Denecke.

Band 21, 2003, S. 7–215

SINGULÄRE UND PERIODISCHE GROSSVERANSTALTUNGEN IN IHRER AUSWIRKUNG
AUF DIE HISTORISCHE KULTURLANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Klaus Fehn, Karl-Heinz Willroth, Hans-Wilhelm Heine, Hauke Jöns, Caspar Ehlers, Christoph Bartels, Monika Meyer-Künzel, Dieter Rödel und Franz Kümmerle, Klaus Fesche, Olaf Mußmann, Siegfried Zelnhefer.

Band 22, 2004, S. 7–202

KERNRÄUME UND PERIPHERIEN

Mit Beiträgen von: Dietrich Denecke, Franz Irsigler, Günter Mangelsdorf, Heiko Steuer, Christian Lübke, Hans Rudolf-Egli, Klaus Fehn, Reinhard Zölitz-Möller, Helmut Klüter, Reinhold E. Lob.

Band 23, 2005, S. 9–294

NATURKATASTROPHEN UND NATURRISIKEN

Mit Beiträgen von: Thomas Glade, Karl-Ernst Behre, Guus J. Borger, Elke Freifrau von Boeselager, Manfred Jakobowski-Tiesen, Eike Gringmuth-Dallmer, Peter Rückert, Birgit Heuser-Hildebrandt, Martin Gudd, Christian Rohr, Lukas Clemens, Mathias Deutsch und Karl-Tilman Rost, Christian Stolz, Thomas Meier, Klaus Fehn.

Band 24, 2006, S. 9–312

HISTORISCHE KULTURLANDSCHAFTSFORSCHUNG IM SPANNUNGSFELD VON ÄLTEREN
ANSÄTZEN UND AKTUELLEN FRAGESTELLUNGEN UND METHODEN

Mit Beiträgen von: Winfried Schenk, Klaus Fehn, Ute Wardenga, Sebastian Brather, Eike Gringmuth-Dallmer, Fred Ruchhöft, Rainer Schreg, Udo Recker, Rudolf Bergmann, Theo Spek, Johannes Renes und C.A. Kolen, Peter Rückert, Axel Posluschny.

Band 25, 2007, S. 9–312

FLÜSSE UND FLUSSTÄLER ALS WIRTSCHAFTS- UND KOMMUNIKATIONSWEGE

Mit Beiträgen von: Franz Irsigler, Stephan Freund, Eike Gringmuth-Dallmer, Vladimír Salač, Thomas Fischer, Matthias Hardt, Peter Ettel, Roman Grabolle, Petra Weigel, Christian Zschieschang, Hans Friedrich Kniehase, Horst-Günter Wagner, Volker Kaminske, Klaus-Dieter Kleefeld, Johannes Ey, Jette Anders, Pierre Fütterer, Max Linke, Stefan Baumeier und Thomas Küntzel.

Band 26, 2008, S. 7–286

STÄDTISCHE SIEDLUNGEN UND IHR UMLAND

Mit Beiträgen von: Susanne Siewers, Donat Wehner, Pim Kooij, Thomas Küntzel, Franz Irsigler, Ragnhild Berge, Renger E. de Bruin, Rolf Peter Tanner, Peter Burggraaff und Klaus-Dieter Kleefeld, Peter Rückert, Annika Björklund, Klaus Fehn, Raf Verbruggen, Michael Kriest, Orsolya Heinrich-Tamáska, Rainer Schreg.

Band 27, 2009, S. 7–244

SEEN ALS SIEDLUNGS-, WIRTSCHAFTS- UND VERKEHRSRÄUME

Mit Beiträgen von: Matthias Hardt, Hans-Rudolf Egli, Albert Hafner und Christian Harb, Orsolya Heinrich Tamáska und Sylvia Hipp, Heidemarie Hüster Plogmann, Thomas Meier, Hans-Ulrich Schiedt, Armand Baeriswyl, Rolf Tanner, Roland Flückiger-Seiler.

Band 28, 2010, S. 7–212

KONSUM UND KULTURLANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Thomas Gunzelmann, Andreas Dix, Thomas Eißing, Peter Rückert, Hans Becker und Helmut Hildebrandt, Volkmar Eidloth, Manuel Schramm, Klaus Fehn.

Band 29, 2011, S. 9–392

HOMOGENISIERUNG UND DIVERSIFIZIERUNG VON KULTURLANDSCHAFTEN

Mit Beiträgen von: Vera Denzer, Anne Dietrich, Matthias Hardt und Haik Thomas Porada, Anngret Simms, Orsolya Heinrich-Tamáska, Matthias Hardt, Marcin Wołoszyn, Christian Schneider, Christian Zschieschang, Christofer Herrmann, Wieland Carls, Vera Denzer, Anne Dietrich und Haik Thomas Porada, Anton Schindling, Johannes Meier, Jürgen Lafrenz, Andreas Dix, Gerhard Gabel, Jan Erik Steinkrüger, Rolf Peter Tanner, Winfried Schenk, Rainer Luick, Verena Gawel.

Band 30, 2012/13, S. 7–236

ROHSTOFFGEWINNUNG UND STADTENTWICKLUNG

Mit Beiträgen von: Franz Irsigler, Ulrich Müller, Uwe Meyerdirks, Frederik Heinz, Götz Goldammer, Hansjörg Rümelin, Antje Seidel, Martin Pries, Peter Welke.

Band 31, 2014, S. 9–394

OFFENE LANDSCHAFTEN

Mit Beiträgen von: Manfred Rösch, Johannes Renes, Jens Schneeweiß und Natalya Ryabogina, Eike Gringmuth-Dallmer, Peter Rückert, Tim Soens, Dries Tys und Erik Thoen, Orsolya Heinrich-Tamáska, Ágnes B. Tódt, Ilona Bede und Csaba Szalontani, Márta Tóber und Andrea Kiss, István Petrovics, Máté Tamáska, Franz Maier, Edit Pocsik, Andrea Kiss und Zoltán Karancsi, Máté Tamáska, Peter Čede.

Band 32, 2015, S. 9–481

JAGDLANDSCHAFTEN IN MITTELEUROPA

Mit Beiträgen von: Anngret Simms, Haik Thomas Porada, Stefan Klotz und Winfried Schenk, Haik Thomas Porada und Martin Heinze, Werner Konold, Heiko Laß, Helmut Witticke, Mario Küßner, Manfred Rösch, Thomas Westphalen, Werner Rösener, Thomas Eißing, Martin Knoll, Katharina Winkler, Annett Steinert, Andreas Zechner, Sabine Bock, Haik Thomas Porada, Claudia und Rainer Hohberg, Christoph Hinkelmann, Inge Gotzmann, Axel Armbruster, Roswitha Kirsch-Stracke, Holger Reinhardt und Daniel Rimbach, Erik Borg und Bernd Fichtelmann.

Band 33, 2016, S. 9–387

TOD UND GEDENKEN IN DER LANDSCHAFT

Mit Beiträgen von: Thomas Meier, Jürgen Hasse, Gernot Meier, Stefan Brauckmann, Wolfgang Wegener, Hauke Kenzler, Max Linke, Zoltán Ilyés †, Pavel Vařeka und Zdeňka Vařeková, Lucyna Przybylska, Karen M. de Vries, Alexander Holthuis und Maarten G.J. Duijvendak, Klaus Fehn, Claudia Binder und Thomas Meier, Nicolas Schroeder.

Band 34, 2017, S. 9–411

LANDSCHAFT ALS RESSOURCE. ENERGIE, ÖKONOMIE, DEMOGRAPHIE

Mit Beiträgen von: Norbert Kühn, Winfried Schenk, Klaus-Dieter Kleefeld, Elke Janßen-Schnabel, Martin Vollmer-König, Martin Knoll, Michael Kamp, Martina Gelhar, Bernward Selter, Wolfgang Hassenpflug, Thomas Büttner, Hans-Rudolf Egli, Franz Irsigler, Stefan Sonderegger, Andreas Weigl, Markus Zbroschzyk, Viktoria Baur, Maurice Paulissen, Christina Mauelshagen und Eva-Maria Jakobs, Anje Gillich, Michael Tempel und Jörn Schultheiß, Christina Vossler-Wolf, Winfried Schenk und Klaus Fehn.

Band 35, 2018, S. 9–400

ORTE UND LANDSCHAFTEN DER MUSSE, FREIZEIT UND ERHOLUNG

Mit Beiträgen von: Volkmar Eidloth, Andreas Thiel, Peter Rückert, Andrea Schaer, Dietrich Denecke, Franz Irsigler, Volkmar Eidloth und Hans Renes, Gilbert Norden, Katrin Schulze, Claus-Joachim Kind, Folker Reichert, Kilian Jost, Petra Martin, Marcus Mogk, Johannes Hofmeister, Klaus Fehn.

Band 36, 2019, S. 9–366

ORTE UND LANDSCHAFTEN DER MOBILITÄT

Orsolya Heinrich-Tamáska und Máté Tamáska, Balázs Komoróczy und Marek Vlach, Johannes Preiser-Kapeller, Gerd-Otto Albrecht, Heiko Beckmann, Klaus-Jürgen Bergemann, Bernd Bobertz, Bengt Büttner, Thomas Gottlob, Jörg Hartleib, Rolf Kneißl, Haik Thomas Porada, C. Michael Schirren und Reinhard Zölitz, Zdzisław Noga, Máté Tamáska, Zsuzsa Frisnyák, Jakub Taczanowski, Stephan Krause, Rolf Peter Tanner, Michael Kriest, Konrad Schliephake, Roman Lukas Palkoska.

Band 37, 2020, S. 9–290

EXKLUSION|INKLUSION – TRANSKULTURALITÄT IM RAUM

Timo Felber, Ulrich Müller und Thomas Meier, Oliver Nakoinz und Daniel Knitter, David Schnur, Jürgen Heyde, Thomas Schader, Martin Krieger, Ellinor Forster, Markus Zbrochzyk, Patrick Reiting, Rolf Peter Tanner, David Fuchs und Jan Peter Kosok, Alina Strzempa, Oliver Auge.

Die bisher erschienenen Bände der Zeitschrift Siedlungsforschung sind zu beziehen bei: Selbstverlag Arkum e.V., Meckenheimer Allee 166, 53115 Bonn, % Geographisches Institut / Historische Geographie. Tel. 02 28 – 73 58 71 und 73 76 52, Fax 02 28 – 73 76 50

